

# ***Geschichte unserer Zeit***

**Dr. Karl Siegmund Baron von Galéra**

***Band 5***

***5. Teil:***

***Der Kampf um die nationale Macht***

***1. Buch:***

***Die Erhebung der nationalen Opposition gegen die demokratische Gewalt,  
Sommer 1929 bis Frühjahr 1931***

Nationale Verlags-Gesellschaft m. b. H., Leipzig © 1932-1935.

Dieses Digitalisat © 2020 by **The Scriptorium** und ins Netz gestellt am 11. November 2020, dem 102. Jahrestag der Waffenstillstandserklärung, die den Ersten Weltkrieg beendete und den wohl unheilvollsten Frieden der Neuzeit einleitete. - Alle Illustrationen stammen aus dem Original.

### **Eingriffe durch Scriptorium:**

der besseren Lesbarkeit halber wurden stellenweise ausgeschriebene Zahlenworte in Ziffern abgeändert (z.B. hundertfünfzigtausend → 150 000) und bei solchen Textstellen Betonung (Fettdruck) hinzugefügt, wo es aus heutiger rückblickender Perspektive angebracht schien.

Die Textgliederung wurde leicht vereinfacht und geringfügige Druck- bzw. Satzfehler wurden korrigiert.

Druckversion 2021 gesetzt vom Hilfsbibliothekar, alle externen Verweise führen zu den Quellen im Netz.



**Scriptorium dankt Herrn M. P. S.**

**für seine großzügige Spende dieser Bücher zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!**



## ***Inhalt des Fünften Bandes:***

**V. Teil: Der Kampf um die nationale Macht, ab 1929**

**1. Buch: Die Erhebung der nationalen Opposition gegen die demokratische Gewalt,  
Sommer 1929 bis Frühjahr 1931**

**Vorwort**

**Einleitung: Der Aufstieg des nationalen Sozialismus in Deutschland**

**Der Weltkrieg und seine Folgen. - Allgemeine Wirkungen des Weltkrieges. - Wandlung Europas durch den Weltkrieg. - Untergang des deutschen Kaiserreiches. - Frontsozialismus. - Gegensatz des Frontsozialismus zur Vorkriegszeit. - Kritik der wilhelminischen Ära. - Zertrümmerung des Heeres. - "Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten". - Der Weg des Stahlhelm. - Adolf Hitler und der Nationalsozialismus. - Adolf Hitlers Staatsauffassung. - Arbeit und Zinsknechtschaft. - Der Nationalsozialismus und seine Zeit. - Nationalsozialismus gegen Rechtsparteien. - Wesen des Nationalsozialismus als Freiheitsbewegung. - Nationalsozialismus und Konfessionen. - Vergleich zwischen Hitler und Stein. - Die Anfänge des Nationalsozialismus. - Programm des Nationalsozialismus. - Geschichtliche Entwicklung des Nationalsozialismus. - N.S.D.A.P. und Bauern. - N.S.D.A.P. als politische Macht. - Gegner des Nationalsozialismus. - N.S.D.A.P. und Demokraten. - N.S.D.A.P. und Zentrum. - Deutschvölkische Freiheitsbewegung. - Ihr Programm und Wesen. - Deutschvölkische gegen N.S.D.A.P. - Jungdeutscher Orden. - Seine Ziele und demokratische Entartung. - Jungdeutscher Orden gegen N.S.D.A.P. - Der Jungdeutsche Orden und die Volksnationale Aktion. - Mahraun und die Demokratie. - Zusammenfassung.**

## **1. Kapitel: Die Reichstagswahl von 1928. Angriffe und Widerstände**

Wahlergebnis. - Regierung Hermann Müller. - Bombenattentate. - Hugenberg Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei. - Hugenberg an Amerika. - Kampf gegen den Youngplan. - Volksbegehren und Volksentscheid gegen Youngplan. - Kampf der Regierungen dagegen. - Länderwahlen in Sachsen und Baden. - Absplitterungen von den Deutschnationalen. - Schacht gegen Haager Abkommen. - Finanzpolitik. - Industrie für Schacht. - Wahlen in Thüringen. - Kommunistische Umtriebe. - Verbot des Rotfront-Kämpferbundes. - Meuchelmord und Aufstände.

## **2. Kapitel: Besiegelung des Youngplanes. Zweite Haager Konferenz. Rheinlandräumung**

Haager Konferenz Januar 1930. - Reibungen. - Zahlungstermin, Moratorium, Pfänder. - Sanktionen. - Einigung in der Sanktionsfrage. - Der "äußerste Fall". - Frankreich gegen Deutschland. - Dr. Schacht im Haag. - Beurteilung des Haager Abkommens. - Verhandlungen im Reichstag. - Die Parteien über Haag. - Ingangsetzung des Youngplanes. - Bedeutung der Konferenz. - Räumung besetzten Gebietes. - Bilanz der Rheinlandbesetzung. - Separatistenverfolgungen. - Frankreich und die Separatisten. - Die Saarfrage.

## **3. Kapitel: Die neue Linie der französischen Sicherheitspolitik**

Frankreichs Sicherheit. - Briand im Völkerbund. - Widerstände in Frankreich. - Zollkonferenz des Völkerbundes 1930. - Briands Memorandum über Paneuropa. - Kongreß der Paneuropäischen Union. - Antworten Italiens, Deutschlands, Groß-Britanniens. - Antworten der andern europäischen Staaten. - Stellung der nationalen Minderheiten. - Völkerbund September 1930. - Scheitern der Briandschen Paneuropa-Idee.

## **4. Kapitel: Scheitern der Regierungspolitik.**

### **Die demokratische Gewalt im verschärften Kampf mit ihren Gegnern**

Finanznot der Reichsregierung. - Rücktritt der Regierung Hermann Müller. - Neues Republiksschutzgesetz. - Heinrich Brüning und sein Kabinett. - Gegensatz zu Parlament und Parteien. - Haltung der Deutschnationalen. - Regierungspläne. - Kampf um die Arbeitslosenfürsorge. - Reichstag gegen Regierung. - Auflösung des Reichstages. - Vordringen des Nationalsozialismus. - Reichswehrminister Groener gegen Nationalsozialisten und Kommunisten. - Erster deutscher nationalsozialistischer Minister, Dr. Frick in Thüringen. - Frick gegen Severing, Polizeistreit. - Schulgebet. - Wirth gegen Frick; neue Schwierigkeiten. - Osterkundgebung der Kommunisten in Leipzig. - Reichsreformpläne. - Streit um Reichsreform. - Severing und die Reichsreform.

## **5. Kapitel: Von den Septemberwahlen zur Diktatur der Demokratie**

Maßnahmen des Reiches. - Reichstagswahlkampf. - Parteibewegung. - Reichstagswahl 1930. - Urteile des Inlands und des Auslands. - Absichten der Reichsregierung. - Krisis der Staatspartei. - Reichswehrprozeß. - Reichstagsseröffnung. - Direktorialregierung. - Schwierigkeiten der Regierung. - Vorgänge im Reich. - Dezembersitzung des Reichstages. - Kommunistische Unruhen. - Arbeitslosigkeit. - Verschärfung der inneren Gegensätze. - Regierungsschwierigkeiten. - Reichstagswahlkampf Februar 1931. - Auszug der nationalen Opposition. - Brüning und die Sozialdemokratie. - Politische Notverordnung März 1931. - Kampf in Preußen. - Stahlhelmvolksbegehren. - Freiheitskampf in Thüringen. - Dr. Fricks Sturz. - Nationalsozialistischer Minister in Braunschweig. - Bischöfe gegen Nationalsozialismus.

## **6. Kapitel: Äußere Schicksale Deutschlands**

Polnische Übergriffe und Gewalttaten. - Oberschlesiens Martyrium. - Deutschland und Polen vor dem Völkerbund. - Vorbereitende Abrüstungskonferenz. - Konventionentwurf November 1930. - Streit darum. - Unwillen in Deutschland. - Scheitern der französischen Europapolitik. - Frankreich, Rußland, England. - Beginnende Weltwirtschaftskrise. - Deutschlands Zollunion mit Österreich. - Sturm um Zollunion. - Zollunion vor Völkerbund. - Briands Ablehnung. - Englands Vermittlung. - Haager Spruch. - Scheitern der Zollunion. - Tschechisch-französische Umtriebe.



## **Vorwort zu Teil 5, 1. Buch.**

Der vorliegende Band behandelt eine sehr wichtige Epoche der deutschen Geschichte, in welcher **das Ringen um das Selbstbestimmungsrecht des Volkes** gleichzeitig auf inner- und außenpolitischem Gebiete vor sich ging.

Mit dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes hat es eine eigenartige Bewandnis. Die Völker des europäischen Kontinentes lernten dieses Selbstbestimmungsrecht durch die Französische Revolution von 1789 kennen. Damals verkündete man das Recht der Nation gegen das Recht der Dynastie. Länder und Völker waren keine Besitzwerte einiger bevorzugter Familien mehr. Die Alleinherrschaft wurde abgelöst durch die Volksherrschaft. Das Königtum kapitulierte vor der Demokratie, deren höchstes gesetzgebendes Organ das unpersönliche Parlament war und ist.

Die Ideen der Französischen Revolution wirkten im 19. Jahrhundert in Europa. Zunächst **auf der außenpolitischen Linie**: Deutschland gegen Frankreich, Griechen gegen Türken, Polen gegen Russen. Auch das Drängen nach dem Kaiserreich innerhalb des deutschen Volkes war ein solches Symptom wachgerüttelten Selbstbewußtseins.

Etappenweise setzte sich **auch innenpolitisch** dieses Selbstbestimmungsrecht des Volkes in Deutschland durch. Schrittweise wurden Verfassungen und Parlamente in den deutschen Ländern geschaffen, ursprünglich hervorgehend aus der alten Idee ständischer Gliederung, dann übergehend in die gegensätzlichen, eng begrenzten Interessengemeinschaften politischer Parteien.

Die Einigung Italiens und Deutschlands waren nächst der Französischen Revolution die großartigsten Erscheinungen der Geschichte des 19. Jahrhunderts, die aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker hervorgegangen waren. Da es **Bismarck** gelang, das außenpolitische Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes mit dem innenpolitischen in Einklang zu bringen, konnte er das zweite Reich schaffen, durch die Vereinigung des preußischen Deutschland mit dem nichthabsburgischen Deutschland.

Die innerpolitische Selbstbestimmung des deutschen Volkes, sichtbar gestaltet im Parlament, dem deutschen Reichstag, zerflatterte alsbald in zerfleischende Parteigegensätze, welche wirtschaftlich und gesellschaftlich ihren Ausdruck in der Zersplitterung Bourgeoisie und Proletariat, politisch aber in der Antithese monarchistisch-konstitutionell und demokratisch-liberalistisch fanden. Die parlamentarische Demokratie ertrug keinen Monarchen. Bismarcks diktatorischer Charakter überbrückte noch die feindseligen Gegensätze. Seine soziale Gesetzgebung sollte auch für die Zukunft der bindende Zement zwischen Krone und Volk, zwischen Bourgeoisie und Proletariat sein. Sie war das hochpolitische Fundament für das mit starken zentrifugalen Tendenzen geladene innerpolitische Selbstbestimmungsrecht der Nation.

Deutschland ging an seinem innerpolitischen Selbstbestimmungsrecht, seinem Parlamentarismus zugrunde. Die Ereignisse von 1917, 1918 und 1919 waren eine gewaltige Verbreitung der Ideen von 1789 über Ost- und Mitteleuropa. Fast dreihundert Millionen Menschen erlangten durch den Sturz der Monarchien die völlige Demokratie, und unter Berufung auf das Nationalitätenrecht wurden die Grenzgebiete zwischen Deutschland, Rußland, Österreich aufgewühlt. Neue Staaten entstanden: die Tschechoslowakei, Polen, die Randstaaten.

Aber der demokratische Gedanke erlebte nur, wie gesagt, einen Scheinsieg. Die wahre Demokratie unter den Nationen war es schon deshalb nicht, weil man in **Versailles** die europäischen Völker in solche stärkeren Rechtes und solche minderen Rechtes trennte. Die Befreiung der unterdrückten Nationalitäten führte andererseits zu einer, die europäische Kultur verhöhnenden **Unterdrückung des deutschen Elementes**. Über die Demokratie der Völker hatte die Diktatur Frankreichs gesiegt: diesem Staat, der einst der Vorkämpfer des demokratischen Gedankens gewesen war, war das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur Mittel zum Zweck.

Noch viel wichtiger aber war es, daß der demokratische Gedanke, nachdem er durch den Sturz der mitteleuropäischen Monarchien einen Sieg wie noch nie in der europäischen Geschichte zu ver-

zeichnen hatte, zugleich mit diesem Siege auf der innenpolitischen Linie zu sterben anfing. Es ist bei jeder großen Aktion in der Weltgeschichte so, daß sie die Gegenaktion auf den Plan ruft. Es war also natürlich, daß die alternde Demokratie mit der Diktatur als Gegenspielerin rechnen mußte. Eine Bewegung aber, die sich gegen ihre Gegner behaupten will, muß ungebrochene Jugendkraft besitzen. Nur mit dieser vermag sie sich durchzusetzen. Als die Stunde der Demokratie in Europa geschlagen hatte, war diese aber bereits im Liberalismus vergreist und geschwächt. Die Vorbedingung ihres Erfolges, die Kraft der Disziplin, die Selbstzucht, fehlte ihr vollkommen. Bei der siegreichen, aber altersschwachen Demokratie, hieß es schon 1919: Tausend Menschen, tausend Willen, bei ihren jungen Gegnern aber hieß es: Tausend Menschen und ein Wille! Den demokratischen Parteien fehlte die diktatorische Größe.

So erlebte man in Europa, daß sich gegen die uneinige, träge, greisenhaft langsame Demokratie die junge, starke Diktatur erhob. In Rußland übernahm 1917 die Diktatur des Proletariats die Herrschaft, in Italien kam 1922 die Diktatur des Faschismus ans Ruder, in Litauen begann 1926 die Militärdiktatur, wie eine solche auch in Spanien während der letzten Jahre der Monarchie herrschte und das Schicksal Polens bestimmte.

Auch in Deutschland begann das Ringen zwischen Demokratie und Diktatur. Auch hier setzte sich bis zu einem gewissen Grade das diktatorische Prinzip durch. Nicht einmalig, durch einen Gewaltstreich wie in Rußland, Italien oder Litauen, aber Schritt für Schritt. Indem die Regierungsgewalten des demokratischen Prinzips sich verzweifelt gegen den immer stärker werdenden diktatorischen Willen des jungen Deutschlands wehrten, mußten sie selbst wohl oder übel in immer weiterem Umfange zu diktatorischen Hilfsmitteln greifen: zur Ausschaltung des Parlamentarismus, zur Außerkraftsetzung der demokratischen Grundrechte, zu Eingriffen in das Wirtschaftsleben, zum gewalttätigen Einschreiten gegen den Kreis der Opposition.

Um die Wende des dritten und vierten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts standen in Deutschland sich zwei gleichstarke elementare Gewalten gegenüber: die demokratische Diktatur, hervorgegangen aus der 1919 siegreichen Demokratie, und die nationale Diktatur, der jungdeutsche Nationalsozialismus.

Der Nationalsozialismus forderte das "Dritte Reich", das die nationale Diktatur verwirklichen sollte. Das Anwachsen des Nationalsozialismus machte den Begriff des Dritten Reiches zur beherrschenden Idee des politischen Lebens. Die Nationalsozialisten kämpften fanatisch um den Zukunftsstaat, "das Dritte Reich", die Gegner wehrten sich verzweifelt gegen den Zukunftsstaat, "das Dritte Reich". Die große Rolle, die der Begriff des "Dritten Reiches" im ganzen Volke spielte, scheint es zu rechtfertigen, daß das vorliegende Geschichtsbuch, das nicht politische Zielsetzung bezweckt, sondern Bericht über das Vergangene gibt, unter den Titel "Der Kampf um das Dritte Reich" gestellt wird.

Die geschichtliche Darstellung des Zeitabschnitts von 1929 bis 1932 gehört vielleicht zu den schwersten Aufgaben, die einem Geschichtsschreiber gestellt werden können. Die Beziehungen zwischen den drei politischen Gewalten Regierung, Parlament und Nationalsozialismus sind allzu vielseitig und verwickelt und wiederholen sich in tausendfältigem Wandel. Sterbendes und Werden sind, wie bei jeder Zeitenwende, eng ineinander verflochten. Ich habe mit Ernst und Fleiß die Wahrheit gesucht, wie ich dies als Geschichtsschreiber verantworten kann und muß. Die Wahrheit ist etwas Großes, und sie will niemandem zu Leid und Liebe dienen. Aber durch das Suchen nach der nationalen Wahrheit bin ich endgültig Nationalsozialist geworden. Doch bin ich stets bemüht, im Interesse der Wahrheit auch jedem andern gerecht zu werden, ihn seelisch zu verstehen aus seiner Welt- und Parteianschauung heraus.

**Es ist ein ebenso billiger wie bequemer Einwand der Kritik, daß man über die jüngste Geschichte nicht schreiben könne, da man den Ereignissen noch "allzu nahe" stünde.** Es ist ja richtig, daß unsere deutsche Geschichtsschreiberei reproduktiv ist und gut abgelagerte Materie bevorzugt. Der Vorteil dieser Art ist ein viel leichteres Arbeiten, einmal, weil die Problematik der Materie durch das Herumtasten vieler Generationen an ihr bereits hübsch abgerundet ist, sodann,

weil der Kreis der kritischen Leser sich mit dem Augenblick auf die ganz kleine Gruppe von Fachleuten beschränkt, als die behandelten Ereignisse außerhalb dem unmittelbaren Volkserleben liegen. **Aber diese durch nichts gerechtfertigte Einschränkung der Geschichtsschreibung darf nicht zum Schaden der historischen Erkenntnis oberstes Gesetz der Wissenschaft sein.** Denn gerade der Geschichtsschreiber weiß, wie wertvoll den späteren Generationen die zeitgenössischen Darstellungen aller Epochen geworden sind. Mag das eine oder das andere später anders beurteilt werden, so lohnt doch das Bewußtsein, den Lebenden und den Zukünftigen einen Dienst zu erweisen, ihre Erkenntnis zu befreien, die Schwierigkeit eines solchen Unternehmens.

Halle a. d. Saale, Mittsommer 1932.

Dr. K. S. Baron von Galéra.



### **Einleitung zu Teil 5, 1. Buch:**

#### ***Der Aufstieg des nationalen Sozialismus in Deutschland.***

**Der Weltkrieg** stellte das letzte Stadium einer absterbenden imperialistischen Epoche dar. Er war das Ergebnis einer siebenjährigen Entwicklung, in deren Verlauf sich wohl die Menschheit ohne nennenswerte Ausnahme der materialistischen Weltanschauung in die Arme warf, aber gerade aus diesem Grunde sich hoffnungslos spaltete in die beiden "Klassen" der Bourgeoisie und des Proletariats. In der schwülen Luft des unheimlich wachsenden Kapitals und auf dem modrigen Grunde des Materialismus konnte das marxistische Theorem erwachsen, dessen ganze Energie eben in der stetig wachsenden Spannung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat beruhte. Und letzten Endes war der Weltkrieg nichts anderes als die Ableitung der immer unerträglicher werdenden Atmosphäre im Innern der einzelnen Völker nach außen, ein letzter verzweifelter Versuch, den Primat der Staatsführung über die Wirtschaftsführung wiederzugewinnen und zu befestigen.

**Der Weltkrieg  
und seine Folgen**

Aber der Weltkrieg war nicht imstande, irgend eine Macht oder eine Mächtegruppe zu befriedigen. Die alte, imperialistische Staatsidee, verfälscht durch wirtschaftliche Forderungen, war gerichtet, allein dadurch, daß es ihr nicht gelang, an irgend einem Teile und in irgend einer Beziehung unbestritten zu siegen. Die Gruppe der demokratischen Völker des Westens verstand es wohl, eine Zeitlang einen Sieg vorzutäuschen, indem sie das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen proklamierte und dies als eines der hauptsächlichsten Ziele des Krieges hinstellte. Doch auch dies krankte an schwerer, innerer Unwahrhaftigkeit, da dieses nationale Selbstbestimmungsrecht nur auf die Angehörigen der unterlegenen Mächtegruppe angewendet wurde, doch nicht auf die Angehörigen der bürgerlich-demokratischen Westmächte. Unter Verhöhnung des demokratischen Gedankens im Völker-, Staats- und Wirtschaftsleben konnte ein Sieg konstruiert werden, indem die Ausbeutung der Schwachen durch die Starken ins riesengroß Politische übertragen wurde.

Eines aber führte der Weltkrieg herbei, woran keine der ringenden Mächte beim Ausbruch des Krieges zu denken wagte: **über dem chaotischen Trümmerfeld des kapitalistischen Imperialismus stieg siegend eine Idee heraus in mannigfaltiger Gestalt: der Sozialismus** im Gegensatz zum Individualismus, sei es nun ein marxistisch-internationaler, oder sei es ein militärisch-nationaler Sozialismus. Je länger der Krieg dauerte, um so klarer wurde es den Kapitalisten aller Länder, daß sein endgültiger Ausgang abhing von den Leistungen des Proletariats in den Schützengräben. In zunehmendem Maße mußten Clemenceau, Lloyd George und Wilson sich um die Gunst der Arbeiter bemühen, um ihre Politik zu Ende zu führen. Sie mußten Schranke um Schranke zwischen den Klassen einreißen, um die unerschöpfliche Kraft des Proletariats zum Bundesgenossen zu gewinnen. Sie, die Beauftragten der Machthaber der finanziellen und kapitalistischen Wirtschaft, mußten auf ihrem Wege Schritt für Schritt dem Proletariat entgegenkommen. Das ging nicht ohne Reibungen ab, doch der Arbeiter stieg in Staat und Wirtschaft zur Gleichberechtigung mit den Besitzenden empor.

Das war jetzt die große und elementare Frage: sollte das Proletariat, das seine nationale Notwendigkeit erwiesen hatte, als Arbeiterklasse zerstörend und staatsfeindlich wirken, oder sollte es, veredelt zum Arbeiterstande, sich eingliedern in die Gemeinschaft des Staates, ihm zu dienen, ihn gemeinsam mit den andern Ständen zu fördern? Wenn dies zweite in der Entwicklung der Völker lag, so mußte vorausgesetzt werden, daß auch die Bourgeoisie als Klasse aufhörte zu bestehen und ihren Gegensatz zum Arbeitertume aufgab. Von zwei Seiten also mußte die Lösung des Problems gesucht werden, wenn der Fortschritt des Weltkrieges nicht bloß darin bestand, daß das marxistische Proletariat sich die Klassenherrschaft aneignete: beim Bürgertum wie bei der Arbeiterschaft mußte Massengeist in Gemeinschaftsgeist umgeschaffen, Kollektivismus und Klassengeist und auch der Individualismus zu Sozialismus veredelt werden.

Diese titanische Aufgabe durchbebte die Völker bis in ihre innersten und geheimsten Lebensnerven.

**Ein Jahrzehnt der Krisen und inneren Erschütterungen** zog über die Welt dahin. Auch in den siegreichen kapitalistischen Ländern des Westens kamen Arbeiterregierungen zur Macht. In allen Teilen der Welt mußte die durch den Aderlaß des Weltkrieges aufs tiefste ermattete kapitalistische Wirtschaft eine Position nach der andern aufgeben, und, von einer höheren Warte aus betrachtet, zeigte sich, daß der kapitalistisch-bourgeoise Imperialismus, der 1914 die höchste Stufe seiner Angriffskraft erreichte, nach 1918 kaum mehr zur allernotwendigsten Abwehr befähigt war. Viele Millionen waren gefallen, und aus diesem Grunde mußten schließlich nach Kriegsende neben den besonderen wirtschaftlichen Gewinnen einzelner Gruppen der Welt die großen, die Menschheit berührenden sozialen Probleme nach Gestaltung verlangen.

*Allgemeine  
Wirkungen  
des Weltkrieges*

Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der "Sozialismus", der nun zur Herrschaft kam, aus der **Wurzel des klassenkämpferischen Marxismus** hervorgegangen war. Insofern haftete ihm zunächst das Negative der überwundenen Epoche auch weiterhin an, soweit die wirtschaftliche Struktur der Völker Gegenstand seiner Betrachtungen war. Aber das gewaltige Element des Krieges bedingte auf der Plattform der Politik vielerorts eine **Abwandlung von der Internationale zum nationalen Gedanken**. Dadurch zwar erhielten die Sozialisten ihre Fähigkeit, die Regierung ihrer Länder im Sinne politischer Tradition weiterzuführen, so in England und Frankreich, aber sie wurden doch durch die Anerkennung der nationalen Selbsterhaltung von der ursprünglichen proletarischen Linie abgedrängt und gerieten auf den Weg, da sie sich notgedrungen der Bourgeoisie ihrer Länder angleichen mußten. So war das Endergebnis des Krieges in den Siegerstaaten zwar ein bourgeois-proletarischer Kompromiß, entstanden aus der Schwäche der Bourgeoisie und der Stärke des Proletariats, belastet mit zahlreichen Schwächen und Hemmungen der Vorkriegszeit, vor allem mit politisch-nationalen Spannungen und Vorurteilen, die nun in die neue Epoche mit hinübergeschleppt wurden, aber das Bedeutsame war doch, daß in England und Frankreich der seit Jahrhunderten im demokratischen Bürgertum fest verwurzelte alte nationale Wille sich behauptete und bei diesem bourgeois-proletarischen Kompromiß auch weiterhin Führung behielt. Die politische Idee des Bürgertums war stärker als das wirtschaftliche Ideal der Arbeiterschaft.

Die am wenigsten demokratische Großmacht des Krieges war **Rußland**. Trotz der Duma herrschte hier der Zar und seine Kamarilla nahezu absolut. Der immer stärker anwachsenden Schwierigkeiten glaubte man Herr zu werden durch immer rücksichtslosere Ausschaltung des Volkes und der Abgeordneten. Der Zar regierte zuletzt nur noch durch Vertagung der Duma. Hieraus wuchs der Gegendruck, so daß im März 1917 der Zar durch die Revolution der Duma gestürzt wurde. Aber die Bewegung, die ins Rollen gekommen war, konnte nicht mehr aufgehalten werden, um so weniger, da sich offenbarte, daß Miljukow und Kerenski zwar den Zaren gestürzt hatten, aber nicht willens waren, dessen imperialistisch-nationale Vernichtungspolitik aufzugeben. Kerenski mußte stürzen, weil in Rußland das proletarische Ideal stärker war als die politisch-nationale Idee der Bourgeoisie, weil hier infolge des zarischen Absolutismus das demokratische Bindeglied zwischen den Klassen fehlte. So folgte der parlamentarischen Revolution der Duma im November 1917 die marxistische Revolution des

*Wandlung Europas  
durch den Weltkrieg*

Volkes. Ein neues Zeitalter wurde eingeleitet durch entschlossene und grundsätzliche Abwendung von der Politik der vergangenen Jahrhunderte, durch die Verkündung des konsequenten Marxismus, der Diktatur des Proletariats und seiner internationalen Solidarität. Damit zwar reifte zum ersten Male die marxistische Geistesbewegung zur Tat, aber sie stellte doch letzten Endes nichts absolut Neues dar; hatte sie sich doch sieben Jahrzehnte lang im Gegensatz zur herrschenden imperialistisch-kapitalistischen Staatsform entwickelt. Und dieser Gegensatz, der eine Beschränkung, eine Fessel bedeutete, beherrschte das neue Rußland, das nun nicht etwa ein neues Gebilde wurde, sondern durch die Verneinung des Bisherigen eng an die Vergangenheit gebunden war.

Das **kaiserliche Deutschland** andererseits beschritt einen Weg, der die Mitte zwischen der Haltung des Zaren und derjenigen der Westvölker einschlug. Das Volk, insonderheit die Arbeiterschaft, das Proletariat, wurde nicht ausgeschaltet, es wurde im Gegenteil durch den Staat vorzugsweise berücksichtigt, man war ängstlich darauf bedacht, ihm auf jede Weise entgegenzukommen, man denke an die Ernennung der Reichskanzler Graf Hertling und Prinz Max, sowie an die Wahlreform. Aber man lehnte doch die unmittelbare Beteiligung der Sozialisten an der Regierung ab, im Gegensatz zu England, Frankreich, Italien und Amerika, und entschloß sich erst im letzten Augenblicke höchster Not dazu, Scheidemann und Ebert Regierungsämter zu übertragen. Die kaiserliche Regierung hütete besorgt ihre moralische Macht, und was sie den Sozialisten zugestand, trug, wiewohl im Rahmen der Verfassung, stets den Charakter gnädigen Wohlwollens (vgl. Wahlreform).

Dieses Prinzip, das innerlich ebensowenig kräftig war wie das russische, hatte eine **Wandlung des marxistischen Sozialismus in Deutschland** zur Folge. Grundsätzlich stimmten die Sozialisten der Politik des kaiserlichen Deutschland zu, bewilligten die Kriegskredite, ohne sich von der Internationale loszusagen, leisteten aber innenpolitisch scharfen Widerstand gegen die Maßnahmen der Zensur, des Belagerungszustandes, der Ernährungspolitik, gegen das Klassenwahlrecht. Diese Haltung der Ebert und Scheidemann bedeutete in der Frage der äußeren Politik eine Abkehr vom konsequenten Marxismus, und so konnte sich eine **neue unversöhnliche Richtung marxistischer Bestrebungen** seit 1916 entwickeln, die von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführt wurde, im Frühjahr 1917 durch die Unabhängigen Haase, Dittmann, Ledebour verstärkt wurde und seit November 1917 in enge Beziehung zu den russischen Bolschewisten trat.

Der kompromißlerische und der konsequente Marxismus bekämpften sich zwar als Todfeinde, doch bedeuteten sie jeder für sich und beide zusammen eine **Gefahr für das Kaiserreich, denn das Erstarken des Marxismus war nun einmal unleugbare Tatsache**. Wenn auch in Fragen der äußeren Politik die Ansichten beider marxistischer Lager auseinandergingen, so war doch in der Innenpolitik nach Temperament und Entschlossenheit modifiziert die gemeinsame Spitze gegen das kaiserliche System vorhanden. Dennoch marschierten beide Richtungen getrennt. Die wiederholten Versuche Eberts 1917 und 1918, die Einheit des marxistischen Sozialismus in Deutschland wiederherzustellen, scheiterten. Um so mehr suchte er die Bundesgenossenschaft derjenigen bürgerlichen Parteien, die sich ebenfalls in der inneren Politik der kaiserlichen Regierung entgegenstellten, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei.

Im Frühjahr 1917 kam die **Koalition zustande zwischen Zentrum, Fortschrittlicher Volkspartei und (gemäßigter) Mehrheitssozialdemokratie**. Es war eine Opposition, die nicht bloß aus innenpolitischen Gründen sich bildete, sondern die in dieser Form vor allem auf dem nationalschwachen Defätismus, der Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht beruhte. Denn den letzten Anstoß, daß sich Bourgeoisie und Sozialdemokratie fanden, gab das Scheitern des deutschen Friedensversuches vom Dezember 1916 und die Friedentätigkeit Erzbergers im Frühjahr 1917. Das Zentrum wurde die Brücke, auf der Fortschritt und Sozialdemokratie zusammenkamen. In dieser Hinsicht trat die Koalition am 19. Juli 1917 mit ihrer Verzichtfriedensresolution im Reichstag vor die Öffentlichkeit.

Das ist das Wichtige: **Die pazifistische Koalition, an welcher die Mehrheitssozialdemokratie großen Anteil hatte, hatte einen negativen, destruktiven Charakter**; sie war ein Kind der Schwäche, der moralischen Unterernährung. Sie zog ihre Kraft aus der Verneinung sowohl der äußeren wie der inneren Politik des herrschenden kaiserlichen Systems. Der bürgerlich-proletarische

Kompromiß in Deutschland sah also ganz anders aus als bei den Westmächten. War er bei diesen auf den nationalen Schwung des Bürgertums vereinigt, so war in Deutschland der marxistisch-internationale Gegensatz des Proletariats zur nationalen Politik des Kaiserreiches stärker. Es war so: bei den Westvölkern vereinigte sich das bourgeois-proletarische Kompromiß mit dem nationalen Willen in der Kriegführung, in Deutschland richtete sich das bourgeois-proletarische Kompromiß gegen den nationalen Willen in der Kriegführung. Im Gegensatz zu den Westvölkern vereinigte sich in Deutschland marxistischer Internationalismus mit bürgerlichem Wirtschaftsmaterialismus. Denn der Marxismus sprengte zwar nicht in der bourgeoisen Interessengemeinschaft seinen engen Panzer von den Anschauungen des Proletariats und des Klassenkampfes, den er aus der Vorkriegszeit mitgebracht hatte, aber er übernahm nun auch noch wirtschaftliche und gesellschaftliche Überlieferungen der liberalen Bourgeoisie, zwar nicht offiziell, aber tatsächlich aus der überwundenen Epoche. **Die Mehrheitssozialdemokratie entwickelte sich zu einer Art Scheinbourgeoisie, indem sie Manchesterium und proletarische Habgier auf der Basis des Materialismus vereinigte.**

Diese nationalschwache, verzichtfreudige Koalition zwischen Scheinsozialisten und Scheinbourgeois zog **das Bewußtsein ihrer Macht aus Deutschlands Not**. Ihr Selbstbewußtsein stieg zur Selbstüberhebung, als sie die Bemühungen der kaiserlichen Regierung, sie zu sprengen, bemerkte. Dies sollte durch die Berufung des Grafen Hertling und die Wahlreform geschehen. Die Koalition hatte aber einen falschen Maßstab. Sie maß ihre Bedeutung nicht an dem Zustand der normalen Stärke des Reiches, sondern an dem Tiefpunkt sittlicher und körperlicher Entkräftung.

Eine gewisse geistige Verwandtschaft bestand allerdings seit je zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in einer **internationalen Zielsetzung**. Wenn auch der Weg ein verschiedener war - die Sozialdemokratie erstrebte die von Marx geforderte proletarische Internationale, das Zentrum die seit den Tagen des Mittelalters von Rom aus geforderte christlich-katholische Internationale, deren Ausdruck ein Völkerbund im Sinne Erzbergers war - das Ziel war das gleiche: Minderung der selbständigen nationalen Macht. Diese Idee der Internationale bildete ein haltbares Bindeglied zwischen Erzberger und Ebert und wirkte jahrelang für die Erhaltung der Koalition.

**Der Sturz des Kaiserreiches** im November 1918 erfolgte von einer Seite, die man bisher immer unterschätzt hatte. Die **konsequenten Marxisten** Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ledebour, Dittmann, Haase, Eisner u. a., den Bolschewisten wesensverwandt, führten die Revolution herbei: Die Mehrheitssozialdemokratie, Ebert, Scheidemann, Noske, schon jetzt jenes Zwittergebilde zwischen Bourgeoisie und Proletariat, war, wenn sie den Gang der russischen Dinge sah, nicht mehr imstande, sich mit den konsequenten Marxisten zu verbinden, entwaffnete geschickt ihren feindlichen Bruder und entschied, daß die **Staatsmacht hinfort der bürgerlich-sozialistischen Koalition vom Juli 1917 gehören sollte**. Diese nun, die sich außenpolitisch auf ihre Resolution vom Juli 1917 und auf **Wilson's 14 Punkte vom Januar 1918** festgelegt hatte, suchte sich innenpolitisch durch die **Verfassung vom 11. August 1919** zu befestigen.

**Untergang des  
deutschen  
Kaiserreiches**

**Die sogenannte "Weimarer Koalition" ist ihrem Wesen nach nichts anderes als die Fortsetzung der Julikoalition von 1917.** Daraus ergibt sich zwanglos, daß sie, mit den Schlacken des zertrümmerten Imperialismus der Jahre vor 1914 belastet, mit dem tödlichen Gift jener fieberschwangeren Zeit von 1917 und 1918 erfüllt, jenes ungesunde Übergangsstadium 1917-1918 in einen Dauerzustand verwandeln wollte. Sie hat eine Entwicklung, die 1917 in Fluß und Gärung war, auf viele Jahre hin zur Erstarrung gebracht, ohne sie ausreifen zu lassen. So erklärt sich die völlige Hilflosigkeit Deutschlands in der Außenpolitik und seine absolute innere Lethargie. Auch die Beteiligung anderer bürgerlicher Parteien, z. B. der Volkspartei und der Deutschnationalen, vermochte nichts an dieser Tatsache zu ändern. Die unpersönliche, parlamentarische Mehrheit, die 1917 das nationale Selbstbewußtsein untergrub, hatte auch fernerhin das Heft in Händen. Diese neue Regierungsform wurde von ihren Gegnern späterhin "Das System" genannt.

Die nationalschwache Julikoalition von 1917 hatte einen schweren Fehler, der auch ihrer Fortführung, der Weimarer Koalition von 1919, anhaftete: sie war einseitig. Ein außerordentlich lebens-

wichtiges Element war in ihr völlig ausgeschaltet, der **Mann des Krieges**, der **Frontkämpfer**. Heer und Heimat hatten seit 1917 eine vollkommen verschiedene, teilweise geradezu diametral auseinanderlaufende Entwicklung genommen.

Gewiß war das **Reservoir der moralischen Energien im Heere sehr stark erschöpft**. Beginnend mit den Flandernschlachten des Jahres 1914, als Hunderte junger Studenten, das Deutschlandlied singend, in den Opfertod hineinstürmten, setzte sich die Vernichtung des sittlichen Volkselementes vor Verdun und an der Somme, in den Frühjahrskämpfen 1918 fort. Und diese ungeheure Einbuße an sittlich-idealistischer Kraft konnte das allgemeine Charakterniveau der Nation so tief herabdrücken, daß die Julikoalition aus dieser Schwächung ihre Stärke herleiten konnte.

Doch in den Schützengräben hatte sich eine **neue Art von Sozialismus**, von **Frontsozialismus**, von einem wahren Gemeinschaftsgeist, herausgebildet. Er gründete sich auf die Schicksalsverbundenheit der Soldaten, auf den kameradschaftlichen Sinn, der zugleich höchste Persönlichkeitsleistung hervorbringen und höchste Selbstverleugnung bewirken konnte im Dienste für die Gemeinschaft und letztthin für das Vaterland. Nicht das Prahlen mit schönen Worten schuf hier eine neue Weltanschauung, sondern allein das Schweigen, mit dem der Bürgersohn sein trockenes Brot mit dem Proletarier teilte, das selbstverständliche Bewußtsein, mit dem der Akademiker gemeinsam mit dem Arbeiter im feindlichen Granatfeuer dem Befehl des Führers Gehorsam leistete. Seit jeher hat nichts einen gewaltigeren Eindruck auf die deutsche Seele gemacht als das Einsetzen des ganzen Mannes für ein hohes Ziel im Augenblicke der Gefahr.

**Dieser deutsche Frontsozialismus und seine Entfaltung, seine Fortentwicklung, ist nun das eigentlich Neue, Fortschrittliche im nachrevolutionären Deutschland**, und gerade er wurde von der Juli-Koalition 1917 wie von der Weimarer Koalition einfach beiseitegeschoben. Hieraus erklärte sich die ungeheure Erbitterung, mit der große Teile des deutschen Heeres, in denen der Frontsozialismus lebendig war, in die Heimat zurückfluteten. Die Soldaten erblickten in der Revolution nicht nur Hochverrat, sondern auch Landesverrat, denn das ganze nationale Werk, das in vier Kriegsjahren geleistet war, wurde durch eine souveräne Handbewegung der marxistischen Sozialdemokratie, die, statt die Revolution zu unterdrücken, sich zu ihrem Bundesgenossen gemacht hatte, sie für ihre Zwecke ausnutzte, restlos vernichtet. So lagen bereits Ende 1918 Keime in der Luft, die das spätere dramatische Aufeinanderprallen entgegengesetzter Energien ahnen ließen: der nationale Frontsozialismus mußte sich eines Tages mit dem marxistischen Sozialismus der Julikoalition messen.

**In viererlei Beziehung war der Frontsozialismus das ausgesprochene Gegenteil des marxistischen Sozialismus:** er war stark national geladen und lehnte alle internationalen Verbrüderungstendenzen ab, er war klassenversöhnend und hatte die Doktrin des Klassenkampfes überwunden, er war positiv religiös und erkannte dem gottlosen Freidenkertum keine Berechtigung zu, und vor allem: er forderte die verantwortungsvolle Einzelpersönlichkeit und verurteilte grundsätzlich das verantwortungslose Kollektivmenschentum. Lediglich in einem Punkte gab es Übereinstimmung: in der unbedingten Ablehnung der Herrschaft des unpersönlichen und internationalen Großkapitals, jenem traurigen Rudimente der imperialistischen Vorkriegsjahre, auf das die Sieger ihren Sieg gründeten. Diese Übereinstimmung genügte aber nicht, um den jungen Frontsozialismus zum älteren Marxismus hinüberzuziehen, sondern hatte die gegenteilige Folge, da die Mehrheitssozialdemokratie sich durch ihre Koalition mit dem Bürgertum in eine Scheinbourgeoisie verwandelt hatte, die als solche nicht mehr unbedingt gegen die Geldherrschaft ankämpfen konnte und von breiten Massen nicht mehr als Trägerin eines reinen Sozialismus betrachtet wurde.

Der Frontsozialismus war in gewisser Weise eine ins Praktische übersetzte bürgerliche Philosophie, nicht auf **Nietzsche**, sondern auf **Kant** und **Fichte** zurückgehend. Der Frontsozialismus hatte nichts gemein mit individualistischem Übermenschentum; dies war zwar ein verzweifelter Versuch, die Gegensätze der bürgerlichen und proletarischen Kollektivismen zu überwinden, aber er erhob sich doch aus dem von den bürgerlichen Außenseitern einer überwundenen Epoche neu konstruiertem Gegensatz zwischen Individualismus und Kollektivismus. Im Gegensatz hierzu forderte der Frontsozialismus höchste Charakterentwicklung des Menschen bis zur Bereitschaft der Selbstentäuße-

rung. Hierin nämlich übersteigerte sich der Mensch praktisch, nicht theoretisch, derart, daß er den letzten Sinn seines Lebens, seines Handelns und Leidens nicht mehr um seiner selbst willen erkannte, sondern um der Gemeinsamkeit, um der Gemeinschaft der Schicksalsverbundenen willen! Es war ein neues Heldentum des aktiven Opfers, ein soziales Heldentum der pflichtmäßigen Hingabe, völkisch und christlich zugleich. Gewiß wurde dieser Höhepunkt nur von einem verhältnismäßig kleinen Teile erlebt. Es genügte aber vollkommen der Nachweis, daß die Erreichung eines solchen Höhepunktes auch wirklich möglich war.

*Gegensatz des  
Frontsozialismus  
zur Vorkriegszeit*

Dieser Frontsozialismus stellte sich in **bewußten Gegensatz zur wilhelminischen Ära**. Er ist also in keiner Weise reaktionär. Eine rücksichtslos harte Kritik an den Zuständen der Vorkriegszeit wurde hier geübt. Aber die Geistesbewegung blieb nicht in der Kritik, in der Verneinung stecken wie beim bourgeoisproletarischen Kompromiß, sondern versuchte das Neue, das Bessere an die Stelle des Alten zu setzen. Es mag genügen, wenn dieser kritische Geist an den Hauptträgern der Bewegung aufgezeigt wird.

*Kritik der  
wilhelminischen Ära*

**Adolf Hitler** schilderte die wilhelminische Ära etwa folgendermaßen: Sie war das Zeitalter oberflächlicher Dilettanten, ohne seelische Tiefe, ohne Charakter, ohne jede große Idee. Eine tiefe, unüberbrückbare Kluft trennte Arm und Reich, ein System byzantinischer Schmeichelei umgab die Fürsten, und der größte Teil des Adels war geldgierig, bar aller idealen Regungen, und daher jüdisch-kapitalistisch verrottet. Das Volk war überbildet, aber nur die Kinder der Reichen waren ohne Rücksicht auf Befähigung und Begabung zum Studium berechtigt. Die wirtschaftlichen Interessen überwogen allein alle anderen Interessen, und demnach war das Geld das Instrument zur Internationalisierung der Wirtschaft. Eine schwere wirtschaftliche Verfallserscheinung war das langsame Ausscheiden des persönlichen Besitzrechtes und das allmähliche Übergehen der gesamten Wirtschaft in das Eigentum von Aktiengesellschaften. Die Minderwertigkeit breitete sich aus, überall herrschte die Halbheit. Die Monarchisten waren Kriecher und Speichellecker, die sich nicht für ihre Herren totschiessen ließen, aber die Fürsten waren grundsätzlich blind genug, um das nicht zu erkennen. Eine große Feigheit vor der Verantwortung zeigte sich auf allen Gebieten, vor allem in der Presse. Das Ehe- und Geschlechtsleben litt unter bodenloser Scheinheiligkeit. Aber die Sünde wider Blut und Rasse ist die Erbsünde und das Ende einer ihr sich ergebenden Menschheit; dazu kam dann noch die einseitige Betonung des Intellekts, womit eine Herabzuchtung des Charakters zur Feigheit verbunden war. Aber die frühere bessere Kultur eines **Schiller**, **Goethe**, Shakespeare wurde gelästert, dagegen die sittenlose Asphaltkultur verherrlicht. Die großen Städte waren nicht mehr Kulturstätten wie ehemals, sondern chaotische Menschenanhäufungen, und der moderne Kulturausdruck waren das Warenhaus und das Hotel. Der Glaube wurde zersetzt, verspottet, und religiöse Überzeugung ward für politische Zwecke mißbraucht. Die deutsche Politik litt nur Ziellosigkeit und parlamentarische Halbheiten, so in der Bündnispolitik, in Polen, Elsaß-Lothringen, in den Fragen des Heeres. Der Verlust des Kampfes um die Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation ist das Ergebnis der schon im Frieden betätigten Halbheit in der Heranziehung der gesamten Volkskraft zur Verteidigung des Vaterlandes. - Aber als mustergültige Einrichtung von hohem sittlichen Gehalt erkennt Hitler im alten Reiche: erstens die Staatsform an sich und ihre monarchische Ausprägung, wodurch die Stabilität der gesamten Staatsleitung gewährleistet wurde und die außerdem eine hohe Bedeutung als Schützer kultureller Werte besaß. Zweitens das Heer, das zu Verantwortlichkeit und Idealismus erzog, das den Glauben an die Persönlichkeit in einer Zeit des Materialismus pflegte und das Führerprinzip in der Zeit der Halbheiten förderte. Und schließlich den unbestechlichen Beamtenkörper und zweckmäßigen Verwaltungsapparat des Reiches und der Staaten.

Auch **Graf Reventlow** weist nachdrücklich auf die Schäden des alten Regimes hin. Er tadelt den Kastengeist und Standesdünkel, daß jeder etwas Besseres sein wollte als sein Volksgenosse, er stellt den erbärmlichen Krämergeist während des Krieges an den Pranger. Während das Volk hungerte und darbt, schacherten und feilschten die Juden um die Lebensmittel, ließen sich die Beamten bestechen. Die Quelle aller Korruption waren die von Rathenau gegründeten Kriegsgesellschaften. Ganz gefährlich aber war es, daß die Fürsten und Fürstinnen vollständig versagten. Sie bemühten

sich, für das Volk zu sorgen und Wohltätigkeit zu üben, aber, ohne daß sie es wußten, wurden sie getäuscht, wohin sie kamen. Der Kaiser selbst war seinem Volke unsichtbar, und seine zivile Regierung trug alle Zeichen der Unfähigkeit. Das völlige Versagen der Fürsten ist nach Reventlow der Hauptgrund für den Zusammenbruch des monarchischen Gedankens.

Der Auslandsdeutsche **Möller van den Bruck** beklagt den Mangel einer großen Idee im Vorkriegsdeutschland. Seit der Reichsgründung habe sich kein hinreißender, überwältigender Gedanke mehr gezeigt. Die Dilletanten und die Halben hatten die Herrschaft, und so mußten wir den Krieg verlieren, weil wir nicht für eine Idee fochten wie die Engländer und die Franzosen und die Amerikaner.

Auch an den Gedankengängen **Mahrauns**, die er im *Jungdeutschen Manifest* Ende 1927 entwickelt, darf man nicht vorübergehen. Er schaltete in seine Betrachtungen bewußt und scharf die Auffassung vom Gegensatz der Generationen ein. Er schildert die alte Generation der wilhelminischen Ära, die in Luxus und Wohlleben verflachte und willensschwach wurde. An Stelle der Bewertung der Geistigkeit des Einzelnen sei in zunehmendem Maße die Überbewertung des Besitzes getreten. Die bürgerlichen Gesellschaften, meist der Hort von Bildung, Kunst und Geistigkeit, wurden zum Schauplatz öden und ungeistigen Prunkes. Alles ergab sich dem Mammon. Der Akademiker, der Offizier, der Bürger tauschte die staatsbürgerliche Freiheit willig gegen die gesellschaftliche Hörigkeit. Der Kastendünkel bestimmte das Leben der herrschenden Kreise.

"Die Gesetze der Kaste gingen so weit, daß sie sogar die Verehelichung ihrer Mitglieder unter den Zwang von Vorschriften stellten. Die Wahl einer durch Geld geadelten Frau wurde ertragen, während die Wahl der Frauen aus den ältesten Familien des Landes, soweit sie den formalen Vorschriften nicht entsprachen, den Ausschluß aus der Kaste zur Folge hatte. Den Ungeist dieser Kaste, ihrer Überbewertung des Geldes und ihrer hohlen Formengewandtheit, fielen sogar der Offiziersstand und die Nachkommen vieler akademischer Bünde zum Opfer, deren Väter noch auf den Barrikaden des Freiheitskampfes gegen die höfische Ordnung gestanden hatten. Das Schicksal jeder Kaste ist Entartung und Mittelmäßigkeit."

Dieser Kastendünkel erzeugte und verstärkte auf der anderen Seite den Klassenhaß, zwischen beiden aber klaffte die "Leere an idealen Hochzielen", das Volk versumpfte in materialistischer Weltanschauung. Undeutsche, unvölkische und gleisnerische Heuchelei zerstörte den Ehrbegriff, das Standesmenschentum zerstörte das Staatsbürgertum. Darum zerriß das Volk im November 1918 und kannte keine einigende nationale Idee, darum fehlte auch in jenem kritischen Augenblick der große nationale Führer.

Der **Frontsozialismus** stand also im schärfsten Gegensatz zur Vergangenheit wie natürlich auch zu der neuen Synthese bürgerlicher und proletarischer Gedanken, denn er **forderte die Gemeinschaft an Stelle der Masse**. Deshalb **fiel ihm vor allem die Aufgabe zu**, die oben als die notwendige Folge des Krieges bezeichnet wurde: **aus der destruktiven, zerstörungssüchtigen Arbeiterklasse einen staatsaufbauenden, volkserhaltenden Arbeiterstand zu machen, eine marxistische Masse von Proletariern in eine sozialistische Gemeinschaft von Volksgenossen zu verwandeln**. Dies war die letzte Erkenntnis aus dem Weltkriege, der als Waffengang der Regierung verloren war, als seelisches Erlebnis der Kämpfer aber eine segensreiche Saat zukünftiger Entwicklung darstellte.

Wie zu Beginn des 16. und des 19. Jahrhunderts trat nach dem Weltkriege in Deutschland der Gegensatz der Generationen aufs schärfste hervor. Das ewig ungelöste biologische Problem Väter und Söhne ward gleichsam riesengroß aus dem Familiären ins Politische übersetzt. Die Führer der bourgeois-sozialistischen Koalition von 1917 und 1919 waren hervorgegangen aus dem Gegensatz zur Ära Bismarck. Diese destruktive Energie hat ihre Kindheit erfüllt, bildete den Inhalt ihres Strebens, als sie zu Männern herangereift waren. Doch als sie, seit der Jahrhundertwende, erfolgreich den Weg zur Verwirklichung ihrer Ziele beschriften hatten, wuchs in ihren Söhnen eine junge Generation auf, die sich wiederum im Gegensatz zu ihren Vätern befand. Für die Entwicklung dieser jungen Generation war der Krieg das bedeutsame Ereignis, er gab ihnen die Möglichkeit, ihre Kräfte zu entfalten, so wie dies einst der Sturz Bismarcks ihren Vätern getan hatte. Diese Gegensätze der

Generationen beginnen gefühlsmäßig, sind sie erstarkt, dann werden sie verstandesmäßig geformt. Einer Ära gefühlsmäßiger Verneinung und Zerstörung des Alten folgt die Epoche verstandesmäßiger Bejahung und Schöpfung des Neuen. Indem die geistige Bewegung der Koalition, jener letzten Generation Bismarcks, 1918 die intellektuelle Erfüllung ihrer Wünsche fand, rückte sie bereits in die Reihe jener älteren Generation, die nach sich eine gegensätzlich jüngere Menschheit kommen sieht. Für diese junge Generation war das Jahr 1918 der Augenblick, wo gefühlsmäßiges Streben sich in verstandesmäßiges Wollen verwandelte, so wie dies bei ihren Vätern 1890 geschah. Aus diesem großen Gegensatz in der Geschichte der Menschheitsentwicklung ist die grundsätzliche Ablehnung der wilhelminischen Ära durch die junge Generation des nationalen Sozialismus zu verstehen, ist überhaupt der ganze Kampf ums Dritte Reich zu würdigen.

In dem Augenblicke, da die Julikoalition von 1917 zu ihrer höchsten Macht emporstieg, wurde das **Heer**, der Träger des nationalen Sozialismus, gesprengt: durch den Waffenstillstand im November 1918. Die Front löste sich in ihre Atome auf, der nationale Sozialismus, ohne sichtbaren Zusammenhalt, ohne Organisation, zerstäubte in alle Teile des Reiches, wie ein gefahrloser Funkenregen, den ein heftiger Windstoß aus erlöschender Flamme emporwirbelt. Dies war der erste große Vorteil für die neuen Herren des Reiches, daß der Gegner von der Front, der bei den ganzen Vorgängen nicht um seine Ansicht gefragt worden war, der in Jahrzehnten geschulten Organisation der Sozialdemokratie nichts Ebenbürtiges mehr entgegensetzen hatte, über keinerlei äußerlich sichtbar zusammengefaßte Macht verfügte. Der zweite Vorteil für die Koalitionsherrschaft war die in Europa herrschende Bolschewikenpanik. Das Entsetzen vor den Greueln und Bluttaten ohne Maß und ohne Grenzen wühlte die Gemüter tief auf, und allgemein war die Ansicht verbreitet, daß in Deutschland die Spartakisten die gefährlichsten Staatsbedroher sind. Zwischen der Koalition und dem zurückkehrenden Heere bildete sich eine Interessengemeinschaft auf der Basis des gemeinsamen Kampfes gegen die Anhänger des konsequenten Sozialismus marxistischer Richtung. Etwa sechs Monate, vom November 1918 bis zum Mai 1919, gingen der nationale Sozialismus und der gemäßigte Sozialismus marxistischer Richtung als Bundesgenossen gegen die proletarische Revolution nebeneinander her. Dies bedeutete eine Stärkung des Koalitionssystems, eine Knebelung des Geistes des nationalen Sozialismus.

**Zertrümmerung  
des Heeres**

Aber bereits in den ersten Tagen nach der Revolution entstand bei den zurückkehrenden Soldaten der Gedanke, eine eigene Organisation zu schaffen, die ihnen die Macht geben sollte, ihre Forderungen durchzusetzen. Zahlreiche kleine Bünde und Verbände auf kameradschaftlicher Grundlage bildeten sich, lokal beschränkt, ohne Bedeutung, in der Form von Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen. Aber zwei Verbände entstanden damals, mit denen in der Folgezeit der Aufstieg des nationalen Sozialismus aufs innigste verknüpft war, zwei Organisationen, die sich bewußt als Träger des nationalen Frontsozialismus bezeichneten, und nicht nur die konsequenten Marxisten, die Spartakisten, Unabhängigen, Kommunisten, sondern auch die Anhänger der herrschenden Koalition als ihre Gegner bezeichneten, die bekämpft werden mußten. Seit dem Juni 1919, als der Spartakismus am Boden lag und andererseits der Versailler Vertrag unterzeichnet wurde, richtete sich der Kampf des nationalen Sozialismus gegen den herrschenden neuen Staat und sein System der inneren und äußeren Versklavung.

**Zwei ehemalige Frontsoldaten legten um die Jahreswende 1918-19 den Grund für die Organisation des nationalen Sozialismus:** der norddeutsche **Franz Seldte in Magdeburg** und der süddeutsche **Adolf Hitler in München**. Es ist jene sonderbare Duplizität der Fälle, die beweist, wie sehr einerseits die Luft schwanger war von der Idee des nationalen Sozialismus, und wie andererseits sich auch in diesen scheinbar ganz primären Vorgängen die verschiedene Wesenheit und Art der deutschen Stämme ausdrückt.

**Franz Seldte, der Magdeburger**, war erfüllt vom preußischen Geiste, von militärisch-staatlichem Selbstbewußtsein. Dem norddeutschen Preußen drückte sich in der Staatsidee der Machtwille des Volkes auf, und in der Geschichte ist Norddeutschland die Heimat der deutschen Staatengründer. Diese eisernen Charaktere wie **der Große Kurfürst**, die Könige **Friedrich Wilhelm I.** und

**Friedrich der Große**, der Junker **Otto von Bismarck**, die mit der Gewalt ihres Willens und mit dem Drucke ihrer Faust über allen landsmannschaftlichen Sonderinteressen hinweg souverän den Staat als achtungsgebietende Großmacht konstituierten, diese Herrschergestalten sind es, in deren Geiste die norddeutschen Anhänger des nationalen Sozialismus nach der Erfüllung ihrer Wünsche strebten. Das Machtinstrument dieses Staatsgedankens und zugleich die große Pflichtschule des Volkes war das **Heer**, dessen Ruhm zwei Jahrhunderte hindurch auf den Schlachtfeldern Europas unerschüttert war, und das auch diesmal unbesiegt vom Feinde, aber verraten von inneren Gegnern seine Fahnen einrollen mußte. Der Geist dieser Armee, der durch Kameradschaft und Vaterlandsliebe veredelte Sozialismus, mußte erhalten werden, er mußte gepflegt werden, damit er gedeihen und demaleinst den neuen Staat durchdringen könne, um ihn, der jetzt schwach und verachtet am Boden lag, einst wieder zu Ansehen und Größe zu führen. Der Geist dieser Armee war der Lebensodem des starken deutschen Staates.

Seldte erblickte also die Aufgabe des nationalen Sozialismus auf **militärisch-staatsschöpferischem Gebiete**, wie es für den Preußen und Soldaten selbstverständlich war. Darum gab er seiner Schöpfung einen Namen, in dem das Gedenken an den Ruhm der alten Armee weiterleben sollte, er nannte ihn "Stahlhelm". Darum organisierte er diesen Bund der Frontsoldaten streng nach dem Vorbild des preußischen Heeres, dessen wichtige Lebensenergie, die Disziplin, der Bund in Volk und Staat erhalten sollte. Aber er ging noch einen Schritt weiter und betonte stärker das sozialistische Moment: er legte die Führung in die Hände von Leuten, die nicht nach Stand und Klasse etwas Besseres zu sein sich dünkten, sondern die durch persönliche Tüchtigkeit sich das Recht auf Führung verdient hatten. Der Kampf der Revolution: Freie Bahn dem Tüchtigen! wurde hier ins National-Sittliche übertragen.

**Der Stahlhelm,  
Bund der  
Frontsoldaten**

Überhaupt rückte Seldte überall das soziale, oder wenn man so will, das sozialistische Moment in den Vordergrund, indem er stets darauf drang, daß der wirtschaftlich Stärkere für den wirtschaftlich Schwächeren eintreten sollte, ihm helfen, ihn unterstützen sollte, wie echte Kameradschaft, wahrer Gemeinschaftsgeist dies verlangte. Hieraus entsprangen die großen Wohlfahrtsaktionen des Stahlhelms für die Erwerbslosen, Alten und Hilflosen. Immer aber steht der starke, nationale Staat, der mit Waffen gepanzerte, international gleichberechtigte Staat im Mittelpunkt seines Strebens. Deshalb erblickte er es als seine zunächst liegende Aufgabe, die Staatsidee als solche unbedingt zu verfechten und zu verteidigen gegen die schlechthin staatsverneinenden Spartakisten. Im Dienste dieser Idee war es nötig, zeitweise auch die herrschende Koalition gegen die Spartakisten, die Nachahmer des russischen Bolschewismus, zu unterstützen. Aber auch den Staat der herrschenden Koalition lehnte Seldte als unnational, verklagt und unaufrichtig ab, er verachtete es, in das parlamentarische Getriebe selbst hinabzusteigen, um sich nicht in den verfänglichen Schlingen dieses neuen, unzulänglichen Staates zu verstricken. Doch betrachtete er es als seine Pflicht, den Parteien, welche den nationalen Staat im Parlament verteidigten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, ein starker Rückhalt zu sein, um ihnen die Möglichkeit zu geben, dem Staatsgedanken des nationalen Sozialismus auch unter den herrschenden Verhältnissen mit legalen Mitteln zum Siege zu verhelfen.



**Franz Seldte, der Führer des  
"Stahlhelm". Keystone View Co.**

Der Stahlhelm konnte kein besseres Sinnbild für seine Ziele finden als **Friedrich den Großen**, den Heerführer und Staatengründer, der Preußen zur Großmacht erhob und der zum ersten Male vor der Welt den wahren deutschen Sozialismus betätigte, die Persönlichkeit aus Pflicht ganz in den Dienst der Gemeinschaft stellte. Das militärische, staatsbildende und soziale Element des großen Preußenkönigs war dasjenige, was auch der Stahlhelm wieder zur Tat werden lassen wollte. In dieser Idee lag keineswegs ein Rückschritt, sondern das Bestreben, an einen gesunden Idealismus über die

versunkene Epoche des ungesunden, kapitalistischen Imperialismus hinweg wieder anzuknüpfen.

**So sammelte Franz Seldte zu Weihnachten 1918 in Magdeburg einen ganz kleinen Kreis von Gesinnungsfreunden um sich, und diese wenigen Überzeugten gründeten den "Stahlhelm".**

***Der Weg des  
Stahlhelm***

Es dauerte eine geraume Zeit, bis sich der Geist der Bewegung in den alten Frontsoldaten sammelnd durchsetzte. In den ständigen Kämpfen mit den Kommunisten erstarkte der Bund in Mitteldeutschland, er griff auf andere Gebiete Nord- und Süddeutschlands über, als er den **Versailler Vertrag** scharf gegen die herrschende Koalition ablehnte und verurteilte. Er trat jederzeit für einen sauberen, sozialen Staat im Innern, für ein freies, wehrhaftes Reich nach außen hin ein. Er war in der Lage, durch seine straffe, militärische Organisation die nationalen Parteien zu durchdringen und sie zu stützen und zu stärken, ohne daß er selbst parteipolitisch sich festlegte; denn die Abgeordneten der nationalen Parteien waren, soweit sie am Kriege teilgenommen hatten, selbst Mitglieder des Stahlhelms. Der Stahlhelm bildete die große Woge, welche im Frühjahr 1925 die Reichspräsidentenwahl zu **Hindenburgs** Gunsten entschied. In den meisten Städten und in den Dörfern saßen seine Ortsgruppen, Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Besitzenden in einer höheren Idee in sich vereinigend und auf ein gemeinsames Ziel des freien, starken, deutschen Vaterlandes hinlenkend, die heranwachsende Jugend in diesem Geiste erziehend. Im Jahre 1931 endlich war er stark genug, um unmittelbar in das Getriebe der Politik einzugreifen, als er versuchte, durch einen Volksentscheid den großen Lebensstrom des Volkswillens in Preußen aus dem Bette des marxistischen Koalitionssozialismus in das Bett des nationalen Sozialismus hinüberzuleiten.

Aber dem Stahlhelm fehlte die letzte, entscheidende Kraft. Er war konservativ, allzu fest in die politische Vergangenheit gebunden. Bismarck, der gewaltige Held der Vergangenheit, war ihm zugleich Heros der Zukunft. Dies war Stillstand, ein Moment der Schwäche. Zunächst latent, offenbarte sie sich entscheidend im Frühjahr 1932, bei der zweiten Reichspräsidentenwahl. Der Stahlhelm, der das Parteiwesen als Chaos von Interessengegensätzen und Totengräber der Staatsgemeinschaft abgelehnt hatte, alliierte sich der reaktionären Deutschnationalen Volkspartei: der Konservatismus des Stahlhelms ward sein Verhängnis, er war wesensverwandt der Reaktion einer Standespartei. Damit schied der überalterte Stahlhelm, dem es am Zuströmen junger Kräfte mangelte, von selbst wieder aus der Front des nationalen Sozialismus aus. Er erlag dem Parteiwesen der Koalitionsära, das er bis dahin standhaft bekämpft hatte, und sank in dem kommenden Kampfe zwischen Nationalsozialismus und Marxismus zur Bedeutungslosigkeit herab.

**Adolf Hitler** ging von anderen, man möchte sagen, umfassenderen, nicht so formenstrengen Voraussetzungen wie Seldte aus; die zeitlich engen Bindungen fehlten. Als Nichtpreuße, Süddeutscher, er stammte aus dem nicht zu Bayern gehörenden deutschen Donauland Österreichs, rückte er das **lebendige Volkstum** und seinen erstrebten sichtbaren Ausdruck, das Reich, in den Mittelpunkt seines Strebens.

***Adolf Hitler und der  
Nationalsozialismus***

"Der Staat stellt keinen Zweck, sondern ein Mittel dar. Er ist wohl die Voraussetzung zur Bildung einer höheren Kultur, allein nicht die Ursache derselben. Diese liegt vielmehr ausschließlich im Vorhandensein einer zur Kultur befähigten Rasse... So ist die Voraussetzung zum Bestehen eines höheren Menschentums nicht der Staat, sondern das Volkstum, das hierzu befähigt ist."

Und weiter:

"Der Staat ist ein Mittel zum Zweck. Sein Zweck liegt in der Erhaltung und Förderung einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichgearteter Lebewesen. Diese Erhaltung selber umfaßt erstlich den rassenmäßigen Bestand und gestattet dadurch die freie Entwicklung aller in dieser Rasse schlummernden Kräfte. Von ihnen wird immer wieder ein Teil in erster Linie der Erhaltung des physischen Lebens dienen und nur der andere der Förderung einer geistigen Weiterentwicklung. Tatsächlich schafft aber immer der eine die Voraussetzung für das andere. Staaten, die nicht diesem Zwecke dienen, sind Fehlerscheinungen, ja

Mißgeburten. Die Tatsache ihres Bestehens ändert so wenig daran als etwa der Erfolg einer Filibustiergemeinschaft die Räuberei zu rechtfertigen vermag."

Und schließlich:

"Die Güte eines Staates kann nicht bewertet werden nach der kulturellen Höhe oder Machtbedeutung dieses Staates im Rahmen der übrigen Welt, sondern ausschließlich nur nach dem Grade der Güte dieser Einrichtung für das jeweils in Frage kommende Volkstum."

Also **das Volkstum ist das Maßgebende**. Der Staat soll völkisch werden, nicht in dem Sinne abstrakter Professorenweisheit, sondern in der natürlichen Heranzüchtung reiner Menschen, die ihr Blut nicht mit dem fremder Rassen vermischen und ihre kulturschöpferische Fähigkeit behalten. Gedacht ist hier vor allem an die Ausschaltung des Judentums. Die große Idee, die der nationale Sozialismus in Hitlers Fassung erhielt, war der deutschvölkische Staat, der als Ziel aufgestellt wurde, oder, wie Hitler es ohne Umschweife ausdrückt: "**Der germanische Staat deutscher Nation.**" Das ganze gesellschaftliche Leben hat sich dieser Idee unterzuordnen. Ehen sollen nur zwischen Deutschen gestattet sein. Aufgabe der Erziehung soll das Heranzüchten gesunder Menschen und starker Charaktere sein, dem abstrakten, intellektuellen Wissen kommt erst in zweiter Linie Bedeutung zu. Vor allem muß die geistige Ausbildung auf humanistisch-idealistischer Grundlage erfolgen. Das Heer hat dann die Erziehung vom Knaben zum Manne zu übernehmen. Die Willens- und Entschlußkraft muß ausgebildet und die Verantwortungsfreudigkeit gehoben werden. Erst nach Ablauf der Heeresdienstzeit soll dem jungen Manne das Staatsbürgerrecht verliehen werden. Die Frau soll es nach ihrer Verheiratung, oder wenn sie einen Beruf ergreift, erhalten. In wirtschaftlicher Beziehung soll allein der materielle und ideelle Wert der Arbeit maßgebend sein. Brechung der Zinsknechtschaft ist notwendig, kein Einkommen ohne Arbeit! Und über allem muß **als höchstes Gesetz stehen: Gemeinnutz vor Eigennutz**.

**Adolf Hitlers  
Staatsauffassung**

**Arbeit und  
Zinsknechtschaft**

"Industrie und Technik, Handel und Gewerbe vermögen immer nur zu blühen, solange eine idealistisch veranlagte Volksgemeinschaft die notwendigen Voraussetzungen bietet. Diese aber liegen nicht in materiellem Egoismus, sondern in verzichtfreudiger Opferbereitschaft."

Aus diesen Grundanschauungen ergeben sich nun die politischen Folgerungen. Hitler fordert Großdeutschland. Er betrachtet das Reich Bismarcks als ein Durchgangsstadium, etwas Unvollendetes. Sein Blick ist in die Zukunft gerichtet, zum Unterschied vom Stahlhelm, der von der Größe der Bismarckschen Ära zehrt.

"Das Deutsche Reich", sagt Hitler, "soll als Staat alle Deutschen umschließen, mit der Aufgabe, aus diesem Volke die wertvollsten Bestände an rassigen Urelementen nicht nur zu sammeln und zu erhalten, sondern langsam und sicher zur beherrschenden Stellung emporzuführen."

Damit hängt zusammen, daß Hitler auch mehr zum Einheitsstaat als zum Bundesstaate neigt. Er wehrt sich rücksichtslos gegen die Preußenhetze in Bayern. Ein Deutscher sei in erster Linie ein Deutscher, dann erst Preuße, Bayer, Österreicher. Die Bedeutung der Einzelstaaten werde künftig überhaupt nicht mehr auf Staats- und machtpolitischen Gebiete liegen. "Ich erblicke sie entweder auf stammesmäßigem oder kulturpolitischem Gebiete." Das Heer eigne sich vorzüglich als Schule des gegenseitigen Verstehens und Anpassens aller Deutschen.

"Der Nationalsozialismus muß grundsätzlich das Recht in Anspruch nehmen, der gesamten deutschen Nation ohne Rücksicht auf bisherige bundesstaatliche Grenzen seine Prinzipien aufzuzwingen und sie in seinen Ideen und Gedanken zu erziehen. So wie sich die Kirchen nicht gebunden und begrenzt fühlen durch politische Grenzen, ebensowenig die nationalsozialistische Idee durch einzelstaatliche Gebiete unseres Vaterlandes. Die nationalsozialistische Lehre ist nicht die Dienerin der politischen Interessen einzelner Bundesstaaten, sondern soll dereinst die Herrin der deutschen Nation werden. Sie hat das Leben eines

Volkes zu bestimmen und zu ordnen und muß deshalb für sich gebieterisch das Recht in Anspruch nehmen, über Grenzen, die eine von uns abgelehnte politische Entwicklung zog, hinwegzugehen. Je vollständiger der Sieg ihrer Idee wird, um so größer mag dann die Freiheit im einzelnen sein, die sie bietet."

Ebensowenig, wie Hitler die innenpolitische Eigenbrötelei anerkennt, ebenso sehr lehnt er religiöse Zerklüftung ab. **Das Christentum ist die Grundlage unserer Kultur und soll sie bleiben. Hitler hält unter allen Umständen am positiven Christentum fest.** Die Bemühungen gewisser völkischer Kreise, das Christentum aus der deutschen Kultur auszuschalten, erscheinen ihm lächerlich; aber ebenso verderblich sind unfruchtbare religiöse Streitereien und vor allem der Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken. Die beiden christlichen Konfessionen sollen friedlich nebeneinander leben, sich gegenseitig achten und nie den Grundsatz der Religionsfreiheit aus den Augen verlieren.

Vor allem aber, und das ist die Hauptsache, ist Hitler bemüht, das marxistische Klassen- und Klassenkampfprinzip restlos zu überwinden. Er geht hierbei von der Erwägung aus, daß der Klassengedanke erst mit der Anhäufung des Kapitals in privaten Händen, mit dem Beginn des arbeitslosen Einkommens, also mit dem Beginn der Zinsknechtschaft in die Welt gekommen sei. Deshalb muß die Zinsknechtschaft gebrochen werden, jeder einzelne Volksgenosse muß Arbeiter sein, d. h. durch tatsächliche Arbeit in irgendeiner Form seinen Lebensunterhalt verdienen. Das Schmarotzertum des Leihkapitals ist die Seuche des imperialistischen Zeitalters, die ebenso verheerend wirkt wie Syphilis oder Tuberkulose. Nicht in feindliche, einander bekämpfende Klassen der Besitzenden und Besitzlosen soll das Volk zerfallen, sondern es soll sich gliedern wie ehemals in Berufsstände. Ganz offensichtlich läßt sich die Anknüpfung an das Zeitalter, das vor dem des Kapitals in Deutschland herrschte, erkennen. Ausmerzung des kapitalistisch-marxistischen Zeitalters und seines materialistischen Geistes, der die Generationen seit 1840 beherrschte, ist das Ziel des nationalen Sozialismus.

Hitler lehnt aus der Schlußfolgerung, daß die Ära der Julikoalition, beziehungsweise der Weimarer Koalition, nicht die Überwindung des kapitalistisch-imperialistischen Zeitalters, sondern seine Fortsetzung in allen seinen Schwächen und Mängeln ist, jegliche Gemeinschaft mit dem seit 1918 herrschenden System ab. Niemand hat dieser Einstellung wohl prägnanteren Ausdruck verliehen als Hitlers Mitarbeiter **Gottfried Feder**:

"Aus dem Chaos entsprang die Welt, aus dem Ungeordneten die Ordnung, aus dem wilden Wirbel das Organische. Chaos herrscht heute auf Erden, Verwirrung, Kampf, Haß, Neid, Streit, Unterdrückung, Ausbeutung, Roheit, Selbstsucht. Der Bruder versteht den Bruder nicht mehr. Volksgenossen fallen übereinander her, prügeln einen zu Tode, nur, weil dieser ein Hakenkreuz trägt. Sie tragen alle gleiche Last, gleiche Entbehrung, aber wo hat man in den letzten Monaten gehört, daß marxistische Arbeiter ihre Arbeitgeber, oder ihre Parteibonzen, oder gar einmal einen der großen Blutsauger von Bank und Börse, oder einen Großschieber überfallen und zu Tode geschlagen hätten? Die Opfer des Chaos waren einfache, schlichte, brave Arbeiter. Verwirrt sind die Hirne, die Marxisten scharen sich um die größten Ausbeuter ihrer eigenen Klasse und wenden sich verhetzt und vertiert gegen ihre Retter aus ihren eigenen Reihen."

Und an anderer Stelle:

"Dort der Staat, besser der Unstaat, liberal-demokratisch-parlamentarischer Prägung, der nur notdürftig die Tyrannis des Leihkapitals verdeckt, zu dessen Füßen das ganze Gewimmel und diensteifrige Gekrabbel der Judenknechte, parlamentarischer Schieber und Günstlinge, die Nutznießer des Systems und ihre Lakaien, bei uns der Kampf für Befreiung und Reinigung unseres Volkes, eine Läuterung zum wahren Staat sozialer Gerechtigkeit und nationaler Freiheit. Der Nationalsozialismus ist eine Weltanschauung, die in schärfster Opposition zu der heutigen Welt des Kapitalismus und seiner marxistischen und bürgerlichen Trabanten steht."

Der Parlamentarismus, der Bastard der Ehe zwischen Kapital, Finanz, und Marxismus, wird grundsätzlich abgelehnt. Die Verantwortungslosigkeit der Majoritätsbeschlüsse widersprechen dem Führergedanken des nationalen Sozialismus, der Achtung von unten und Verantwortlichkeit von oben fordert. Jeder, der im gegebenen Augenblicke auf die materielle Gewalt verzichtet, zu Kompromissen und Zugeständnissen an das herrschende System neigt, ist schon in den Netzen gefangen. Das ist auch das Schicksal der nationalen Parteien und der nationalen Wehrverbände. Politische Parteien seien zu Kompromissen geneigt, erklärt Hitler, Weltanschauungen, wie der Nationalsozialismus, aber niemals. Politische Parteien rechnen selbst mit Gegenspielern, Weltanschauungen proklamieren ihre Unfehlbarkeit. So nur kann Feder den Deutschnationalen vorwerfen, daß sie bereits ihre obersten Grundsätze verleugnet hätten, nur um in die Regierung hineinzukommen. Er sagt wörtlich:

**Der  
Nationalsozialismus  
und seine Zeit**

**Nationalsozialismus  
gegen Rechtsparteien**

"Die Nationalisten, vaterländischen Kreise, Rechtsparteien streben in die Regierung oder sitzen darin mit den Verneinern oder Zerstörern ihres Staatsideals und verlieren dabei Ehre und Charakter. Die Wehrverbände wollen hinein in den Staat, in den Staat der Severing und Grzesinsky. Mit Pazifisten, Internationalisten, Juden glauben sie zusammen regieren zu können. Verwirrt sind die Hirne! Die sogenannten Rechtskreise sehen nicht, daß es niemals Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Adler und Schlange, zwischen Rind und Löwe, zwischen Mensch und Cholerabazillus geben kann und geben wird. So stützen sie mit ihren Kräften, mit ihrem Willen zur Form, die zur 'Ordnung' gewordene Unordnung, das politische Chaos, die politische Ohnmacht. Aber sie stellen sich gegen die Nationalsozialisten, gegen diese 'Fanatiker', sie stoßen als vermeintliche 'Realpolitiker' die Retter aus dem politischen Chaos von sich, sie nicht minder hassend, obgleich verwandt sich fühlend, aber voll innerer, wahnsinniger Angst, die Nationalsozialisten möchten ihnen etwas nehmen von ihren früheren Vorrechten oder Stellungen, - sie vergessen dabei, daß sie alles verloren haben durch diejenigen, von denen sie einen Anteil an den staatlichen Futterkrippen begehren!"

"Die Wirtschaftler, ob groß oder klein, Schwerindustrie oder Kleingewerbetreibende, kennen **nur ein Ziel: Profit, sie haben nur eine Sehnsucht: Kredit, nur eine Aufwallung: die gegen die Steuern, nur eine Furcht und namenlose Hochachtung: die vor den Banken, und nur ein überlegenes Achselzucken über die nationalsozialistische Forderung der Brechung der Zinsknechtschaft.** Alle drängen sich danach, 'Schulden zu machen'. Die maßlosen Wuchergewinne der Banken, die ohne Mühe und Arbeit, als Tribut vom Leihkapital erpreßt werden, findet man durchaus in der Ordnung. Man gründet eigene Wirtschaftsparteien und stimmt für die Dawesgesetze, die die Grundursache für die maßlosen Steuerlasten sind. Man stürzt sich in tiefste Zinsknechtschaft, schimpft über Steuern und Zinsen und erstirbt in Hochachtung vor jedem Bankier und Börsenpiraten. Verwirrt sind die Hirne! Die ganze Wirtschaft ist entedelt, entpersönlicht, in Aktiengesellschaften umgewandelt worden. Die Schaffenden haben sich selbst ihren größten Feinden in die Hände gegeben, dem Finanzkapital. Tief verschuldet bleibt den Werteschaffenden in Werkstatt, Fabrik und Kontor nur karger Lohn, jeder Gewinn der Arbeit fließt in die Taschen der anonymen Geldmacht als Zins und Dividende. Die Leute, die die wirtschaftliche Vernunft in Pacht genommen haben, wissen das entstandene Chaos nicht zu bändigen. Von oben ausgepreßt durch Steuern und Zinsen, von unten bedroht durch das unterirdische Grollen der betrogenen Arbeitermassen, haben sie sich in wahnwitziger Verblendung dem Finanzkapital und seinem 'Staat' an den Hals geworfen und werden von den Nutznießern und Ausbeutern des heutigen Chaosedaseins als Sklavenhalter über die Masse des arbeitenden Volkes geduldet. Aber nicht gegen die Schächter der deutschen Wirtschaft wendet sich ihr Zorn, nicht gegen marxistischen Wahnwitz, nein, gegen den Hakenkreuzler. Man vergißt, daß wir es einzig und allein waren, die die Tragödie der deutschen Wirtschaft kommen sahen, voraussagten und rechtzeitig Wege gewiesen hatten, wie aus eigener Kraft die Wiederaufrichtung der gesamten Wirtschaft erfol-

gen kann. Verbände, Interessenvertretungen, Berufs-, Beamten-, Angestelltenverbände, Sparschutz-, Kleinrentner-, Reichsbankgläubigerverbände, Wehrverbände, Kriegervereine, Innungen, Vereine, Genossenschaften, Gewerkschaften, Bauern- und Landbünde, Klubs und was noch für Namen derartige seltsame Körperschaften führen mögen - vernünftig im Grundgedanken - sinnlos im Chaos des heutigen öffentlichen Lebens, bemühen sich, Ordnung zu machen. Vergeblich, weil nirgends organisch in die Gesellschaft, in die höhere Ganzheit des Volkes eingegliedert. Alle nur erpicht auf die Erringung kleiner Vorteile für die eigene Kaste, die eigene Klasse, bar jedes großen politischen oder wirtschaftlichen Leitgedankens, hilflos sich an möglichst viele politische Parteien wendend, anerkennend die nun einmal gegebene Staatswirtschaftsform, gehorsam und knechtseelig gegen die sogenannte Obrigkeit.... der Wille zur Form, der Wille, das Chaos zu entwirren, die aus den Fugen gegangene Welt wieder in Ordnung zu bringen und als Wächter (in höchstem platonischen Sinn) der Ordnung zu walten - das ist die ungeheure Aufgabe, die sich der Nationalsozialismus gestellt hat."

So weit Feder. Den Freikorps, dem Selbstschutz, den Einwohnerwehren, Traditionsverbänden und Wehrverbänden wirft Hitler zweierlei vor: den Mangel ganz realer, brutaler Macht und den Mangel einer politischen Idee und eines politischen Zieles. So wie die sogenannten nationalen Parteien keinerlei Einfluß auszuüben vermochten, mangels irgendwelcher bedrohlichen Macht auf der Straße, so konnten die sogenannten Wehrverbände keinerlei Einfluß ausüben mangels irgendwelcher politischen Idee und vor allem jedes wirklichen politischen Zieles. Was einst dem Marxismus den Erfolg gegeben habe, sei das vollendete Zusammenspiel von politischem Wollen und aktivistischer Brutalität gewesen. Was das nationale Deutschland der Nachkriegszeit von jeder praktischen Gestaltung der deutschen Entwicklung ausgeschaltet habe, sei das Fehlen einer geschlossenen Zusammenarbeit brutaler Macht mit genialem politischen Wollen gewesen. Der Mangel einer großen, neugestaltenden Idee bedeute zu allen Zeiten eine Beschränkung der Kampfkraft. Die Überzeugung vom Rechte der Anwendung selbst brutalster Waffen sei stets gebunden an das Vorhandensein eines fanatischen Glaubens an die Notwendigkeit des Sieges einer umwälzenden neuen Ordnung auf dieser Erde. Eine Bewegung, die nicht für solche höchsten Ziele und Ideale fechte, werde daher nie zur letzten Waffe greifen. Im Gegenteil! Die Rechtspolitiker seit 1918 hatten ihre jämmerliche Feigheit immer mit "kluger Vorsicht" entschuldigt. Statt den Geist der Befreiung zu erzeugen, hatten sie stets nur über den "Mangel an Waffen" geklagt! -

So mußte aus grundsätzlichen Erwägungen heraus der nationale Sozialismus Hitlers jede Zusammenarbeit mit Parteien und Verbänden, die nicht in Opposition zum herrschenden System standen, ablehnen. Er ging darin wesentlich weiter als der Stahlhelm, der wenigstens mittelbare Beeinflussung und Mitarbeit durch die nationalen Parteien für zulässig hielt. Überhaupt ist für den Nationalsozialismus die Deutsche Republik der nationalschwachen Koalition zwischen liberaler Bourgeoisie und der zur Scheinbourgeoisie entarteten Sozialdemokratie nichts weiter als der Zustand eines unerquicklichen, zerfahrenen und auf die Dauer unerträglichen Interregnums. Das von Bismarck geschaffene Zweite Deutsche Reich ist zertrümmert, nichts Neues, Großes oder Größeres ist an seine Stelle getreten. Deshalb faßt der Nationalsozialismus alle seine Energien zusammen auf das große Werk der Zukunft: die Schöpfung des großdeutschen "Dritten Reiches". Dieser Ausdruck ward zuerst von einem Auslandsdeutschen, **Möller van den Bruck**, 1922 verwendet. Der nationale Sozialismus griff ihn auf und machte ihn zum Inbegriff seines Strebens und seiner Ziele, die im Dritten Reiche Wirklichkeit werden sollten, wenn das im November 1918 einsetzende Interregnum überwunden sein würde.

Aber der Weg zum Dritten Reiche wird erst dann geebnet, wenn, wie Hitler sagt, die breite Masse in den Dienst des Freiheitsgedankens tritt. Die höchste und gewaltigste Aufgabe einer Bewegung sei die Nationalisierung der breiten Volksmassen nicht bloß durch Propaganda, sondern durch Erweckung seelischer persönlicher Kräfte durch das Vorbild opferbereiten Heldentums. Das ist die einzige reale und zugleich vorbereitende Politik des nationalen Sozialismus, die er während des Interregnums treiben

**Wesen des  
Nationalsozialismus  
als Freiheitsbewegung**

kann. Hitler hat dafür **14 programmatische Gesichtspunkte** aufgestellt.

Um das Ziel zu erreichen, sei zuerst kein soziales Opfer zu schwer und zu groß. Sodann aber müsse man die Schicht der Handarbeiter auch sozial heben, indem man ihr vollen Anteil an den Kulturgütern der Nation gewähre. Die kulturelle Gleichberechtigung ist eine sehr wesentliche Ergänzung der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung. Sodann dürfen keinerlei Halbheiten, sogenannte "Objektivitätsstandpunkte" von Professoren und Diplomaten, sich bemerkbar machen, sondern eine rücksichtslose und fanatische Einstellung ist nötig. Weiter müssen alle internationalen Gegner ausgerottet werden, eine Maßnahme, die auf der andern Seite durch rassische Erhaltung des Volkstums ergänzt wird. Die Stände und Berufe müssen durch das soziale Hinaufheben der unteren Schichten in die Gemeinschaft eingegliedert werden. "Das heutige Bürgertum wurde nicht durch Maßnahmen des Adels dem Staate eingegliedert, sondern durch eigene Tatkraft unter eigener Führung." Aber die internationale Führung und Einstellung der Gewerkschaften muß beseitigt werden, damit die Arbeiterschaft aus eigener Initiative sich dem neuen Staate eingliedern kann. Es sei nicht Ziel der Bewegung, eine Umschichtung im an sich nationalen Lager vorzunehmen, sondern das anationale zu gewinnen. Dazu muß die Propaganda einheitlich und einseitig auf die großen Massen eingestellt werden. Ihr Zweck ist die Erringung der politischen Macht. Der antiparlamentarische Gesichtspunkt muß laut betont werden. Der Führer solle nicht zum Vollstrecker des Willens und der Meinung der Majorität degradiert werden; man kämpfe für "unbedingte Führerautorität, gepaart mit höchster Verantwortung". Die innere Organisation der Bewegung muß eine Frage der praktischen Zweckmäßigkeit, nicht des theoretischen Prinzips sein. Die Stärke der Bewegung liegt in ihrem unbedingten und unerbittlichen Fanatismus. Deshalb ist rücksichtslosester Kampf das erstrebte Ziel. Schließlich muß die Achtung vor der Person gefördert werden und vor dem Werte der schöpferischen Kraft eines Menschen, denn diese sei nicht mechanisch anerzogen, sondern eine göttliche Gnade!

Eine gewisse Schwierigkeit bereitete den Nationalsozialisten zunächst das Problem der beiden Konfessionen in Deutschland. Hitler erkennt unbedingt die christliche Religion an. "**Die Partei steht als solche auf dem Boden des positiven Christentums**", heißt es in Feders Programm. Aber sie will über den Konfessionen stehen, sich keineswegs in Gegensätze und Streitfragen einmischen. Dennoch verspürte Hitler das Bedürfnis, als Katholik sein Verhältnis zum Papste zu verbessern, ein Umstand, der auf die ganze Partei von Einfluß war, zum Verdrusse des protestantischen Norddeutschland. Universitätsprofessor Dr. Johannes Stark schrieb ein Buch über *Nationalsozialismus und katholische Kirche*, worin sich beispielsweise der Satz befindet: "**Ein Nationalsozialist, der sich der Verantwortung gegenüber seiner Partei und dem deutschen Volke bewußt bleiben will, darf an Lehren, Einrichtungen oder Persönlichkeiten der katholischen Kirche keine abfällige Kritik üben.**" Dies Buch, das von der Parteileitung anerkannt wurde, rief den Widerruf der evangelischen Nationalsozialisten hervor. Dr. Hermann Cremers in Bonn, Führer des Evangelischen Bundes der Rheinlande, antwortete mit einer Schrift *Nationalsozialismus und Protestantismus*. Die hohe Würdigung des Nationalsozialismus durch Cremers zeigt sich darin, wenn er Hitler für den Nachfolger Chamberlains erklärt: "Chamberlain und Adolf Hitler, das ist (unter gewissen Vorbehalten) wie Saat und Ernte, wie Meister und Jünger, wie Gedanke und Tat." Dennoch aber sieht Cremers die schwerste Gefahr für den Nationalsozialismus in einseitiger Romfreundschaft:

"Ist sich der Nationalsozialismus der aus dieser Ecke (von seiten der katholischen Aktion) drohenden Gefahr bewußt, aufgesogen oder durch sich einnistende ultramontane 'Zellen' zerrüttet zu werden? Uns will scheinen: ein von römischen Gesichtspunkten aus in seiner Fahrt gehemmter Nationalsozialismus wäre wie ein schief geladenes Schiff mit Schlagseite, wie ein Auto ohne Benzin, wie jenes berühmte Messer ohne Griff und Schneide. Es würde daraus wahrscheinlich ein Ableger jenes österreichischen 'christlichen Sozialismus' Karl Luegers werden, welcher die nationale Bewegung Schönerers überflügelte, dann scheiterte, um nach Krieg und Revolution in der Seipel-Politik eine unfruchtbare Auferstehung zu halten. Aber ob ein römisch denaturierter Nationalsozialismus oder eine Rompartei mit nationalsozialistischem Einschlag käme auf eins heraus; auf beiden Feldern würde die

deutsche Freiheitsbewegung in der Wurzel geschädigt, vom Unkraut überwuchert, verdorren müssen." -

Den drohenden Kulturkampf in der Bewegung, hervorgerufen durch Hitlers Hinneigung zu Rom und Papsttum, suchte der Führer dadurch zu unterdrücken, daß er jede Erörterung über religiöse Fragen untersagte.

Ein Ausweg aus dieser heiklen Situation konnte in der Folgezeit praktisch dadurch gefunden werden, daß evangelisches und katholisches Glaubensbekenntnis als zwei selbständige, aber durchaus notwendige Faktoren der deutschen Kultur bezeichnet wurden. Jedoch mußten beide Glaubensbekenntnisse, die in der Organisation der Kirchen eine gewisse reale Macht sichtbar gestaltet hatten, strikte aus allen staatlichen und politischen Machtfragen verbannt werden. Sie beide, der Protestant und der Katholik, konnten ihrem Glauben in voller Überzeugung anhängen, ohne damit den Willen zu verbinden, einander zu überwältigen oder gar die staatlichen Machtmittel diesem Religionskampfe dienstbar zu machen. Diese von allen Macht Tendenzen befreite gegenseitige Duldung wurde auch den Nationalsozialisten als Inhalt einer höheren deutschen Politik offenbar, jene Duldung, die in vornehmer Art schon **der evangelische Reichsfreiherr vom Stein** bewies, der von orthodoxen Kreisen seines Bekenntnisses deshalb als "Kryptokatholik" bezeichnet wurde, jene Duldung, wie sie auch der Staatsmann Bismarck besaß, obwohl sie ihm ultramontane Kreise absprachen, weil er Machtansprüche der römischen Kirche an den Staat zurückwies. Indem es den Führern des Nationalsozialismus gelang, diese freie und sichere Haltung der Toleranz zu gewinnen, festigten sie aufs neue das innere Fundament der Bewegung und befreiten sie von inneren Spannungen.

### **Nationalsozialismus und Konfessionen**

Der Historiker hat die Pflicht, die große Linie aufzudecken, welche eine elementare Volksbewegung mit dem Wesen und der Vergangenheit eines Volkes verknüpft. Der nationale Sozialismus ist in seinen Grundprinzipien nicht erst eine Erscheinung des 20. Jahrhunderts. Er ist es aber in bezug auf die besonderen Zustände der tatsächlichen Verhältnisse, indem er den seit Ende des 19. Jahrhunderts bestehenden Gegensatz zwischen den Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats durch Betonung der höheren völkischen Einheit beseitigen will. Wenn wir in ihm nun das Ringen der spezifisch deutschen Gemeinschaftsseele um die innere und äußere Erlösung erblicken, so offenbart er sich hierin wieder als der stete Lebensstrom des deutschen Volkes, der zuweilen offen, vielfach verdeckt durch die Jahrhunderte dahinfließt. Aus politischen Katastrophen schwersten Inhalts zieht der nationale Sozialismus seine Kraft, so schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts wie nach dem Ende des Weltkrieges. Eine außerordentlich tiefgehende Übereinstimmung besteht zwischen beiden Epochen. Damals hatten Preußen die Schicksalsschläge von Jena und Tilsit getroffen, wie nach dem Weltkrieg die Novemberkapitulation und Versailles. Damals war es **ein Nichtpreuße**, der den deutschen, umfassenden, nicht preußisch gebundenen Vaterlandsgeist weckte und pflegte, und seiner gewaltigen Initiative folgten bewußt und unbewußt die Männer wie **Arndt, Fichte, Schleiermacher**, Steffens, **Humboldt, Scharnhorst, Gneisenau**. Das nationale, christliche großdeutsche Reich über alle territorialen Schranken hinweg zur machtvollen Einheit zusammengefaßt, galt als das höchste Ziel, das erstrebt wurde. Zertrümmerung des Kastengeistes, Anerkennung des Bürgertums als politisch gleichberechtigten Stand, Einsetzung des Bauernstandes in seine Menschheitsrechte, das sind Tendenzen, durch welche Stein die wirtschaftlichen Schichten des Volkes gewinnt, Idealismus, Begeisterungsfähigkeit, nationales Selbstbewußtsein, das sind die Kräfte, welche auch das gebildete Bürgertum und die akademische Jugend in das große Werk der schließlichen Befreiung einordnet.

Der nationale Sozialismus mußte schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts einen Träger haben, für den der Staat lediglich Mittel zum Zweck, das Volkstum und seine Erhaltung aber Selbstzweck ist. Es ist merkwürdig, daß dieser Träger ein Mann sein mußte, der nichts mit dem norddeutsch-preußisch-protestantischen Machtzentrum zu tun hatte, sondern ein Sohn des ältesten deutschen Machtgebietes, des rheinischen war. Ebenso merkwürdig ist es, daß der Träger des nationalen Sozialismus im 20. Jahrhundert ebenfalls außerhalb des Bismarckschen Reichsgebietes seine Entwicklung genommen hat und von dem süddeutsch-österreichischen, dem zweiten Machtzentrum der deutschen

Geschichte, im Sinne des deutschen Volkstums auf die anderen deutschen Gebiete einwirkte.

### Vergleich zwischen Hitler und Stein

Ganz überraschende Übereinstimmungen bestehen zwischen dem Reichsfreiherrn vom Stein und Hitler: nicht nur auf sozialem Gebiete der Versöhnung der Stände und Klassen durch kulturelle Hebung der unteren Schichten und Niederlegung der Klassenschranken, nicht allein darin, daß beide den Wert der Persönlichkeit, ihre sittliche Tüchtigkeit als höchsten Maßstab des gesellschaftlichen Lebens erklärten und diesen Persönlichkeitswert an der geleisteten Arbeit, an Dienst und Verdienst, maßen, nicht allein, daß beide die verantwortliche Führerautorität über die untaugliche, träge Masse heraushoben, sondern auch darin sind Stein und Hitler einander gleich, daß sie das Volk über den Staat, das großdeutsche Reich über das dynastische Territorium stellen und bei vollem Bekenntnis zum positiven Christentum unbedingte religiöse Freiheit für beide Bekenntnisse forderten. Und schließlich gleichen sich beide Männer darin, daß sie ihre gesunden urwüchsigen Ideen im schroffen Gegensatz und harten Kampfe gegen das herrschende System durchsetzen mußten. Die Geschichte hat den Beweis erbracht, daß die Persönlichkeit eines Monarchen dem nationalen Sozialismus ebenso hinderlich sein kann wie die Unpersönlichkeit einer Demokratie, vorausgesetzt, daß beide Staatsformen aus nichtdeutscher Wurzel entsprossen sind. Denn in der Tat leitete sich die Monarchie **Friedrich Wilhelms III.** aus dem französischen Absolutismus des 17. Jahrhunderts her, so wie die Demokratie von 1918 sich allzueng an den westlichen Liberalismus anlehnte. Der Unterschied zwischen Stein und Hitler besteht aber vor allem darin, daß Stein auf sich allein angewiesen war und nicht auf die Bundesgenossenschaft des noch unselbständigen und schwachen Volkes rechnen konnte, während Hitlers Bestrebungen keinen monarchischen Widerstand fanden, sondern durch das unter den Gesetzen der Demokratie stehende Volk selbst verwirklicht wurden.

Ich habe bei Hitler keine unmittelbare, bewußte, verstandesmäßige Verbindung mit dem Reichsfreiherrn vom Stein feststellen können. Dennoch ist die mittelbare, gefühlsmäßige Verbindung vorhanden, durch das Element der deutschen Seele selbst. Es ist eine Eigentümlichkeit des deutschen Wesens, daß es stets bestrebt ist, sich als Individualität in der Erfüllung einer Aufgabe vor einem Höheren, sei es das Volk, die Kultur oder Gott, zu rechtfertigen. Insofern sind **Luther, Friedrich der Große, Stein** und Hitler im Grunde die sich stets gleichbleibenden Ausdrucksformen des deutschen Wesens, nur verschieden durch die Gebiete, auf denen, und die Zeiten, in denen dieses Wesen zum Ausdruck kommt. Aber die größte Ähnlichkeit besteht doch zwischen Stein und Hitler. Diesem faustischen Deutschtum stehen die anderen Völker verständnislos gegenüber. Wenn sie sich bemühen, bis zum letzten Kern des Deutschen vorzudringen, dann verschwimmen vor ihren Augen die seelischen Kräfte der Deutschen zu etwas Rätselhaftem, Geheimnisvollem, Unerkennbarem, mit dem sie nichts mehr anzufangen wissen, in dem sie lediglich eine ungeheure Gefahr wittern. Der Papst konnte nichts mit Luther anfangen, Napoleon nichts mit Stein, aber das eine wußten sie: daß Luther mit dem Bann belegt und daß Stein in die Acht erklärt werden mußte. Und so war es wieder nach dem Weltkriege. Den Engländern und Franzosen war die Julikoalition und spätere Weimarer Koalition unproblematisch, denn sie beherrschten sie geistig, sie konnte ihr ihren Willen aufzwingen. Da die Juli- bzw. Weimarer Koalition geistige Bestandteile des französischen und englischen Geistes übernommen hatte durch internationale Vermittlung, ließ sich auf dieser homogenen Basis ein einfaches Exempel zwischen Siegern und Besiegten konstruieren, das Problem aber ist der nationale Sozialismus in der Form der Hitlerbewegung. Hier versagt vollkommen die Klassifizierung zwischen Siegern und Besiegten, weil der Nationalsozialismus jenseits und außerhalb von Versailles steht, und das ist in den Augen der Westmächte die Gefahr. Daher ihr Wunsch, daß, wie einst Luther gebannt und Stein geächtet wurde, auch diese geistigen Bewegungen von Staats wegen verboten und ausgelöscht würden. -

Für die deutsche Geschichte aber beruht die große Linie des nationalen Sozialismus im 20. Jahrhundert darin, daß er Fortschritt und Gesundung der Nation anstrebt durch die Anknüpfung an gesunde Kräfte über ein Jahrhundert hinweg und durch bewußte und folgerichtige Überwindung des ungesunden und materialistischen Zeitalters des wirtschaftlichen Imperialismus.

Die Triebkraft des nationalen Sozialismus ist das Aufbäumen gegen die Unterdrückung der Nation durch die Feinde des Weltkrieges. In dem Maße, als Engländer, Franzosen und Amerikaner aus ihrem Rechte des Siegers sich steigende brutale Maßnahmen gegen das deutsche Volk herleiteten, vermehrte sich dagegen der Widerstand des nationalen Sozialismus. Ein Jahrzehnt englisch-französischer Siegerpolitik genügte, um den nationalen Sozialismus zur herrschenden Macht Deutschlands emporzuführen.

### *Die Anfänge des Nationalsozialismus*

Ganz klein waren die Anfänge. Harrer und der Modellschlosser Anton Drexler gründeten Anfang Januar 1919 eine "Deutsche Arbeiterpartei" in München. Beide Männer waren einst Sozialdemokraten, die durch die Novemberereignisse zur nationalen Selbstbesinnung zurückkehrten. Unter den paar Leuten, die sich in bestimmten Zeitabständen in kleinen Lokalen zusammenfinden, befand sich auch der Ingenieur Gottfried Feder, der in seinen Ausführungen besonders die Beziehungen zwischen Staat und Leihkapital behandelte und kategorisch die Brechung der Zinsknechtschaft forderte. Im Sommer 1919 trat Adolf Hitler als siebentes Mitglied in den Kreis ein, und er ward in der Folgezeit die treibende Kraft des nationalen Sozialismus.

Der Kampf, der ursprünglich dem internationalen Börsenkapital galt, ward nach der Unterzeichnung des **Versailler Vertrages** am 28. Juni 1919 auf das ganze politische Gebiet ausdehnt. Nach diesem Ereignis entschloß sich die nun "Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei" in die breite Öffentlichkeit hinauszutreten. Im September 1919 fand die erste öffentliche Versammlung in München statt, die von 111 Teilnehmern besucht wurde. Die nächste Versammlung im Oktober erregte bereits die Aufmerksamkeit der Kommunisten, doch ihre Störungsversuche wurden vereitelt.

Die Ratifikation des Versailler Vertrages und ihre Folgen am 10. Januar 1920 gaben der Bewegung neuen außenpolitischen Antrieb. Im 24. Februar wurde die erste große Massenversammlung abgehalten in München. Die bayrische Regierung, die aus Bayrischer Volkspartei (Zentrum) und Sozialdemokraten bestand, fügte sich zwar nur widerstrebend dem immer stärker werdenden nationalen Drucke des Volkes. Sie hatte einerseits Furcht, daß eines Tages die nationale Welle über sie hinweggehen könne, andererseits war sie unwillig, daß Hitler in aller Öffentlichkeit die antipreußischen Tendenzen Münchens scharf bekämpfte. Nur zwei höhere Staatsbeamte hatten damals bereits aufrichtig den Mut, zu bekennen, daß sie zuerst Deutsche und in zweiter Linie Beamte seien, der Polizeipräsident Pöhner und der Oberamtmann Dr. Frick. "Pöhner und sein Mitarbeiter Dr. Frick sind in meinen Augen die einzigen", sagt Hitler, "die von Männern in staatlicher Stellung das Recht besitzen, als Mithersteller eines nationalen Bayerns zu gelten." Den Ernst Pöhner schildert Hitler als "einen Mann von granitner Redlichkeit, von antiker Schlichtheit und deutscher Gradlinigkeit, bei dem das Wort 'lieber tot als Sklave' keine Phrase, sondern den Inbegriff seines ganzen Wesens bildete."

In der Versammlung des 24. Februar wurden zum ersten Male **die 25 Thesen, das Parteiprogramm**, bekanntgegeben, was zur Folge hatte, daß der jungen Partei eine große Schar neuer Mitglieder zuströmte. Die gewaltige Massenversammlung nahm mit großer Begeisterung des Programm auf, das folgenden Wortlaut hatte:

### *Das Programm des Nationalsozialismus*

**"Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei** ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Groß-Deutschland.
2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.
3. Wir fordern Land und Boden (**Kolonien**) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung

unseres Bevölkerungsüberschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden gesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig, welcher Art, gleich, ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft, eine Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nichtdeutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen. Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. **Brechung der Zinsknechtschaft.**

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17. Wir fordern eine unsern nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksicht auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20. Um jeden fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit

das Einrücken in führende Stellung zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.

**21.** Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugend-Ausbildung beschäftigenden Vereine.

**22.** Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

**23.** Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß **a)** sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen, **b)** nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden, **c)** jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nichtdeutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrechtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausüben, die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

**24.** Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

**Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums,** ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.

**25.** Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches, unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen. Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten. Die Führer versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten."

Diese 25 Thesen waren der Katechismus der Bewegung, ihre unerschütterliche Grundlage. Und die Erläuterung, die Gottfried Feder dazu gab, ließen den umfassenden Inhalt erst recht erkennen. Auch der Historiker darf nicht auf diese Erläuterungen verzichten. Sie bewegen sich in folgenden Gedankengängen: **Das Ziel ist Deutschlands Wiedergeburt in deutschem Geist zu deutscher Freiheit. Der Weg zu diesem Hochziel ist**

**1. staatspolitisch:** Das Deutsche Reich ist die Heimat der Deutschen.

**a)** außenpolitisch Aufrichtung eines geschlossenen Nationalstaates, der alle deutschen Stämme umfaßt, und die kraftvolle Vertretung der deutschen Interessen im Ausland.

**b)** rassenpolitisch Ausscheidung der Juden und aller Nichtdeutschen aus allen verantwortlichen Stellen des öffentlichen Lebens und Unterbindung der Zuwanderung von Ostjuden und von anderen

schmarotzenden Ausländern; lästige Ausländer und Juden können abgeschoben werden.

c) staatsbürgerliche Verleihung des Bürgerrechts nur an den Deutschen, der sich zur deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft bekennt, Stellung unter Fremdenrecht aller derjenigen, die nicht Deutsche sind und als Gäste im Deutschen Staate leben, und die Überordnung der Rechte und Belange der Deutschen über die der Angehörigen fremder Völker.

**2. Wirtschaftspolitisch:** Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist die Bedarfsdeckung und nicht eine möglichst hohe Rentabilität für das Leihkapital.

a) Grundsätzliche Anerkennung des Privatkapitals und seine Stellung unter staatlichen Schutz.

b) Begrenzung der Anhäufung maßloser Reichtümer in den Händen einzelner,

c) Zusammenfassung aller Deutschen zu einer Werksgemeinschaft zwecks Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur,

d) freie Erwerbsmöglichkeit jedes Deutschen und freie Verfügung über seinen Arbeitsertrag im Rahmen der allgemeinen Arbeitspflicht und unter grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums,

e) Aufrechterhaltung der gesunden Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, auch in der Landwirtschaft,

f) Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten Betriebe,

g) Todesstrafe für Wucher- und Schiebertum und rücksichtslose Bereicherung auf Kosten und zum Schaden des Volkes,

h) Einführung eines Arbeitspflichtjahres für jeden Deutschen.

**3. Finanzpolitisch:** das Geldwesen steht im Dienste des Staates, die Geldgewaltigen dürfen keinen Staat im Staate bilden, daher das Ziel: **Brechung der Zinsknechtschaft** durch

a) Befreiung des Staates und Volkes aus seiner zinspflichtigen Verschuldung gegenüber dem Großleihkapital,

b) Verstaatlichung der Reichsbank A.G. und der Notenbanken,

c) Geldbeschaffung für alle großen öffentlichen Ausgaben (Ausbau der Wasserkräfte, Verkehrswege usw.) unter Vermeidung des Anleiheweges durch Ausgabe zinsloser Staatskassengutscheine bzw. auf bargeldlosem Wege,

d) Einführung einer feststehenden Währung auf gedeckter Grundlage,

e) Schaffung einer gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsbank (Währungsreform) zur Gewährung zinsloser Darlehn,

f) durchgreifende Umgestaltung des Steuerwesens nach sozialen, volkswirtschaftlichen Grundsätzen, Befreiung der Verbraucher von der Last der indirekten Steuern sowie der Erzeuger von einengenden Steuern.

**4. Sozialpolitisch:** Das allgemeine Wohl ist oberstes Gesetz.

a) Großzügiger Ausbau der Altersversicherung durch Verstaatlichung des Leibrentenwesens, jedem bedürftigen Volksgenossen wird von einem bestimmten Lebensalter an oder bei vorzeitigem Eintritt dauernder Erwerbsunfähigkeit eine auskömmliche Rente sichergestellt,

b) Beteiligung aller an schöpferischen oder werteschaaffenden Unternehmungen Beschäftigten je nach Leistung und Alter an den Erträgen des Werkes unter gleichzeitiger Mitverantwortlichkeit für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Werkes,

c) Einziehung aller nicht auf ehrlicher Arbeit beruhenden Kriegs- und Revolutionsgewinne sowie von Hamster- und Wuchergut und deren Verwendung für den Ausbau der sozialen Fürsorge,

d) Behebung der Wohnungsnot durch umfangreiche Wohnungsneubauten im ganzen Reich mit den Mitteln der neu zu schaffenden gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsbank.

**5. Kulturpolitisch:** Eine Blüte aller Wissenschaften und schönen Künste auf der Grundlage eines politisch freien, wirtschaftlich gesunden Staates ist das kulturelle Großziel, durch

a) Erziehung der Jugend zu körperlich gesunden und geistig freien Menschen nach den großen Überlieferungen des deutschen Geisteslebens,

b) volle Religions- und Gewissensfreiheit,

c) besonderen Schutz der christlichen Glaubensbekenntnisse,

d) Unterdrückung und Fernhaltung von Glaubenslehren, die dem deutschen Sittlichkeitsgefühl zuwiderlaufen und deren Inhalt staats- und volkszerstörenden Charakter trägt,

e) Unterdrückung aller schädigenden Einflüsse in Schrifttum und Presse, Bühne, Kunst und Lichtspiel,

f) Freiheit der Lehre auf den deutschen Hochschulen, Heranbildung einer Führerschicht von charaktervollen Männern.

## **6. Militärisch:**

a) Wehrhaftmachung der Nation durch Einführung des Wehrrechtes für jeden freien Deutschen,

b) Aufhebung der Söldnertruppe,

c) Schaffung eines Volksheeres zur Verteidigung der Heimat unter einem in strenger Standeszucht aufzubauenden Berufsoffizierskörper.

## **7. Sonstige Verbesserungen:**

a) Verbesserung des Pressewesens,

b) Änderung des Wahlrechtes unter Ausschaltung der jetzt so entsittlichenden Formen des Wahlkampfes, der Unverantwortlichkeit der Gewählten (Immunität),

c) Bildung von berufsständigen Kammern,

d) Justizreform auf dem Gebiete des Bodenrechts - grundsätzliche Anerkennung des Eigentumsrechtes am Boden, Unbeleihbarkeit des Bodens von Seiten des Privatkapitals, Vorkaufsrecht des Staates besonders gegenüber Ausländern und Juden, Zwangsverwaltung von Grund und Boden durch den Staat im Falle liederlicher Bewirtschaftung, - des Zivilrechtes - strenger Schutz der persönlichen Ehre, der Gesundheit, gegenüber dem heute vorherrschenden einseitigen Rechtsschutze des Eigentums.

e) Staatsrechtliche Reformen: Staatsform, die dem deutschen Wesen entspricht, d. h. Vereinigung der souveränen Staatsführung in einer obersten Spitze, wobei offen bleibt, ob Monarch oder Präsident; Bundesstaatlicher Charakter des Reiches im Hinblick auf die inneren Angelegenheiten; Vertretung nach außen, Paß, Zoll, Heer, Flotte sind Reichsaufgaben.

Feder betonte, daß die Verwirklichung dieser großen Ziele nur möglich sei durch den Kampf gegen Marxismus, Parlamentarismus und Großleihkapital.

Durch seine umfassende Fülle und großartige Geschlossenheit überstrahlt das Programm der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sämtliche anderen Parteiprogramme. Vor allem aber wohnt ihm eine großartige Wucht inne, weil es unbeschwert ist von Bindungen und Zugeständnissen an bereits geschaffene Zustände und Einrichtungen. Es ist etwas vollkommen Neues, Gewaltiges, Zwingen-

des, erfüllt von unerschrockenem Mute gegen die Forderungen unbarmherziger Feinde, gegen den Klassenkampf des Marxismus, gegen den Klassendünkel der Bourgeoisie. An jenem 24. Februar 1920 leuchtete zum ersten Male dieser neue Geist über dem deutschen Volke, noch bspöttelt und unverstanden durch die Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien, ignoriert von den Anhängern der herrschenden Koalition, aber bereits tödlich gehaßt von den konsequenten Marxisten, den Kommunisten.

Als nun in der Folgezeit das Feldzeichen der nationalen Sozialisten, das rote Banner, dessen runde weiße Scheibe das schwarze Hakenkreuz zeigt, seine Anziehungskraft auf das Volk immer weiter zu entfalten begann, da nahmen auch die Gewalttätigkeiten der Kommunisten zu: diese suchten Reibungen und Entladungen herbeizuführen, indem sie in die Versammlungen der Nationalsozialisten in großen Haufen strömten und diese, wiewohl vergeblich, zu sprengen suchten. So begann die nationalsozialistische Partei im Sommer 1920 eine auf blinde Disziplin gegründete Ordnungstruppe zu organisieren, die von nun an erfolgreich alle kommunistischen Störungsversuche in den jetzt zahlreicher werdenden Massenversammlungen unterdrückte. Das waren die Sturmabteilungen und Schutzstaffeln, S.A. und S.S. Einen neuen außenpolitischen Antrieb brachten der Bewegung die Anfang 1921 in London beginnenden Tributverhandlungen, und das äußere Zeichen für das innere Erstarren der Idee war eine am 3. Februar 1921 im Zirkus Krone zu München abgehaltene Massenversammlung, an der sich viele tausende begeisterte Zuhörer beteiligten. Nachdem dann Mitte 1921 Hitler die Führung der Partei übernommen hatte - schon Ende 1920 war der *Völkische Beobachter*, der zuerst wöchentlich zweimal erschien, erworben worden - kam es Anfang November im Münchner Hofbräufestsaal zu einer großen gewalttätigen Auseinandersetzung mit den Kommunisten, in deren Verlaufe sich die Nationalsozialisten siegreich behaupteten.

Das Jahr 1923 bildete auch für den nationalen Sozialismus den Beginn einer neuen Entwicklungsepoche. Eigentlich erst in jenem Jahr ward die Bewegung wahrhaft populär, indem sie zugleich über die Grenzen Süddeutschlands hinaus nach dem preußischen Norden übergreif. Zwei Ereignisse waren hierbei von tiefgreifender und aufwühlender Bedeutung, ein außenpolitisches: die französisch-belgische Ruhrbesetzung, und ein innenpolitisches: die Inflation. Ende 1922 hatte es fast den Anschein, als wollte man sich von dem bisherigen System der Koalitionsregierung abwenden, indem Cuno mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Dies war in der Tat eine sogenannte Rechtsschwenkung der Regierungskreise, die aber deshalb ohne jeden positiven Erfolg blieb, weil weite bürgerliche Schichten, vor allem die Volkspartei, bereits allzutief in die Vorstellungskomplexe der Koalition verstrickt waren. Aus diesem Grunde konnte der scheinbare Systemwechsel vom November 1922 weder einen schädlichen noch einen nützlichen Einfluß auf den abseits stehenden nationalen Sozialismus ausüben, es sei denn, daß man eine gewisse Sympathie Cunos der Stahlhelmbewegung gegenüber [feststellt, die] nationalsozialistischen Ziele auch nur zum Teil zu verwirklichen beziehungsweise in weitesten Kreisen dafür Verständnis zu finden.

### ***Geschichtliche Entwicklung des Nationalsozialismus***

Der französisch-belgische Ruhreinfall peitschte in ungeheurem Maße die nationalen Leidenschaften auf. Eine Sturmflut der Leidenschaft rollte über das Volk, die auf ihrer Spitze den nationalen Sozialismus trug. Hitler konnte von jetzt ab den *Völkischen Beobachter* täglich erscheinen lassen. Die Ordnungstruppen wurden jetzt nach rein militärischen Gesichtspunkten umorganisiert, sie wuchsen zu einer stattlichen kriegsbegeisterten Armee an, in der sich der junge Handarbeiter brüderlich mit dem Akademiker vereinigte. Die nationalsozialistischen Versammlungen wurden von zehntausenden begeisterten Menschen besucht. Noch aber erschienen die Ideen und die Leidenschaft Hitlers der großen Masse allzu extravagant, als daß sie einstimmigen Widerhall gefunden hätten, als daß sie die Gestaltung des Wortes zur Tat ermöglicht hätten. Es war dem nationalen Sozialismus noch nicht möglich, seine außenpolitischen Ziele auch nur zum Teil zu verwirklichen.

Als dann im Herbst 1923 das Reich infolge der Inflation im Bolschewismus zu versinken drohte, war Hitler zur Tat entschlossen. Er organisierte den Zug nach Berlin, um das Reich von der Diktatur des Marxismus zu befreien. Diese Tat fand aber am 9. November in München ihr tragisches Ende.

Immerhin bedeutete dies Ereignis keineswegs eine Niederlage des nationalen Sozialismus, sondern einen Sieg in der Richtung, daß der süddeutsche reichsfeindliche Separatismus, der sich zu einer Gefahr für Deutschland entwickelt hatte, entwaflnet worden war. **Das Nähere hierüber ist im dritten Kapitel des dritten Bandes geschildert worden.** So wie der Kapp-Putsch 1920 trotz seiner Niederlage den Erfolg hatte, daß ein Reichstag mit deutlicher Zunahme der Rechtsparteien gewählt wurde, so hatte die Hitleraktion trotz ihrer Niederlage den Erfolg, daß der Reichsgedanke über der beabsichtigten Trennung des deutschen Südens vom Norden siegte.

Die Nationalsozialistische Partei wurde nach dem 9. November 1923 verboten. Und dennoch wuchs sie mächtig an. Welches aber waren die tieferen Gründe für dieses Anschwellen? Man muß da wohl zunächst die völlige wirtschaftliche Umwälzung, die Enteignung der Besitzenden durch die Inflation, nennen. Infolge der Revolution vom November 1918 waren die Parteien wohl bemüht, sich nicht mehr horizontal wie früher, gesellschaftlich, zu schichten, sondern vertikal zu gliedern, sozusagen in sich das Abbild einer Volksgemeinschaft zu geben. Die bürgerlichen "Volksparteien" wollten in gleicher Weise die oberen Schichten wie die Handarbeiterschaft umschließen, und die Sozialdemokratie nahm große Bestandteile des ehemaligen "Bürgertums", besonders Beamte, in sich auf. Der Kampfruf der Revolution "Freie Bahn dem Tüchtigen" war schließlich nichts anderes als der Ausdruck des Bestrebens, die einst durch den Besitz gezogenen Klassenschranken zu durchbrechen.

Allerdings konnten die bürgerlichen Parteien der sich neu bildenden soziologischen Struktur des Volkes nicht gerecht werden, sie standen ihr vielfach hilflos gegenüber. Das Feilschen um Besitzfragen herrschte vor. Die besonderen Interessen des Landbesitzes, der Industrie, des Hausbesitzes, der Beamten, der Arbeiter, der Rentner, der Aufwertung deckten immer wieder innerhalb der Parteien Gegensätze auf. Nur dadurch und durch die mangelnde Disziplin konnten jene zahlreichen Splitterparteien, Wirtschaftspartei, Volksrechtspartei, Landvolkpartei und wie sie alle heißen, entstehen. In Wahrheit aber hatten diese Bildungen keinerlei Existenzberechtigung mehr.

Die neue soziologische Struktur kannte nicht mehr die alte, überlebte Klasseneinteilung des Volkes, wie sie sich durch die herrschende Koalition auch über den November 1918 hinaus geschleppt hatte. Immer deutlicher traten neue Lebensenergien des Volkes in Erscheinung, nicht Stände, nicht Klassen, sondern Schicksalseinheiten. Das besitzende Bürgertum von ehemals hatte seinen Besitz verloren, es war nun gezwungen, weniger durch Renten, als vielmehr durch Arbeit sein Leben zu sichern. Die Enteigneten gingen in die Gemeinschaft der Arbeitnehmer hinein, als Beamte oder Angestellte, als Kopf- und Handarbeiter. So erwuchs eine neue, kulturell gehobene Arbeitergruppe, innerhalb der die aus Besitz und Nichtbesitz hervorgehenden feindseligen Tendenzen mehr und mehr schwiegen und innerhalb der das einstige Proletariat zum Arbeitertum sich emporarbeiten konnte.

Der Besitz, soweit er sich als Besitz von Geld und Kapital darstellt, ward zum Monopol eines ganz kleinen Kreises, derjenigen, die mit dem Gelde handelten, der Banken. Durch den Verlust ihrer Kapitalvermögen und die Unmöglichkeit, neue Kapitalien anzusammeln, waren die, welche Land, Häuser, Fabriken, Handwerksbetriebe besaßen, gezwungen, sich die nötigen Kapitalien durch die Banken leihen zu lassen, und gerieten auf diese Weise in ein Abhängigkeitsverhältnis von den Banken, für die sie arbeiten mußten, um die hohen Zinsen zu beschaffen. Der Landwirt und der Hausbesitzer, der Handwerker und Fabrikant wurden durch die Zwangsmaßnahmen eines verschärften imperialistisch gerichteten Kapitalismus in die große Schicksalsgemeinschaft der Abhängigen, der Unselbständigen, der Arbeiter eingereiht. So war der größte Teil des Volkes, ohne sich dessen bewußt zu werden, zu einer gewissen Standesgemeinschaft jenseits von Bourgeoisie und Proletariat zusammengeschlossen.

Eine ganz eigenartige Klammer in diesem neuen Gesellschaftsbau bildete das Werkstudententum. Hier wurde durch innige Verbindung zwischen Kopf- und Handarbeit jener soziale Idealismus neu befestigt, der im Schützengraben sich herausgebildet hatte, und es zeigte sich, daß zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft keine starren, unüberwindlichen Schranken waren, sondern daß beide Erscheinungsformen ineinander übergingen.

War der Stand der Arbeiterschaft so, zwar in sich differenziert, aber doch unter der alles beherrschenden Idee der Arbeit und des Lohnes aus Arbeit vereinigt, so bildete sich aus ihm eine ebenso aus ehemals heterogenen Bestandteilen verschmolzene neue Schicksalsgemeinschaft heraus, die der Arbeitslosen. Auch sie nahm den Akademiker und Offizier, den Prokuristen und Buchhalter, den Bergarbeiter und Landarbeiter in sich auf. Auch sie war nicht durch starre Schranken von der Gemeinschaft der Arbeiter getrennt, sondern gerade hier zeigte sich täglich, wie fließend die Grenzen zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Stellung waren.

Diese ganz neue soziologische Struktur erwies sich als außerordentlich günstiger Resonanzboden für den nationalen Sozialismus. War sein ursprünglicher Grundstock in den Reihen der Arbeiterschaft zu suchen, so erwies sich bereits 1923, daß der größte Teil der akademischen Jugend sich in den Dienst der Bewegung stellte, angezogen durch ihren in keiner Weise materialistisch getrüben Idealismus. Der dauernde Hinweis darauf, daß die an die Feinde zu zahlenden Tribute die Ursache für die ständig wachsende Arbeitslosigkeit seien, brachte es mit sich, daß auch weite Kreise der Erwerbslosen dem nationalen Sozialismus zugänglich wurden, so weit sie sich in ihrer Hoffnungslosigkeit nicht dem Kommunismus in die Arme warfen.

Zu dem bevorstehenden Wahlkampfe von 1924 vereinigten sich die Nationalsozialisten mit der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung zur Nationalsozialistischen Freiheitspartei, die von Ludendorff, Gräfe und Strasser geführt wurde.

Die außenpolitische Parole des Kampfes gegen den Dawesplan konnte den überraschenden Aufstieg der Reichstagswahl vom Mai 1924 bewirken, wo der nationale Sozialismus etwa zwei Millionen Stimmen erhielt, obwohl die Bewegung mit starken Schwierigkeiten innerhalb der Führung zu kämpfen hatte. Allerdings trug zu diesem Erfolge auch wesentlich der große Prozeß in München bei, der gegen die "Hochverräter" Hitler, Ludendorff und Genossen geführt wurde. Nie hat eine Partei den Vorteil einer derart gewaltigen und wirksamen Propaganda ihrer Ideen und Ziele gehabt wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei mit dem Prozeß im März 1924! Zwar ergab sich schon bei der nächsten Wahl infolge von Hitlers Festungshaft und folgendem Redeverbot, sowie damit zusammenhängenden inneren Streitigkeiten und Zersetzungerscheinungen ein erheblicher Rückschlag, denn am 7. Dezember 1924 wurden nur 900 000 Stimmen abgegeben, die sich bei der Wahl am 20. Mai 1928 weiter auf 800 000 ermäßigten. Der Streit innerhalb der Bewegung wurde im Februar 1925 durch den Rücktritt Ludendorffs, Gräfes und Strassers beendet, und die norddeutsche Gruppe trennte sich unter Graefes Führung wieder als deutschvölkische Freiheitsbewegung ab.

Der Parteitag vom 6. Juni 1925 in Weimar, an dem 10 000 Menschen teilnahmen, war die eigentliche Wiedergeburt des Nationalsozialismus nach dem November 1923. Aber gerade die Rückfallserscheinung der Jahre 1924-1928 zeigte deutlich, wie sehr noch der Geist der Koalition, des liberalen Bürgertums und der sozialdemokratischen Scheinbourgeoisie herrschte. Locarno, Rheinlandbefreiung, Völkerbund usw. deuteten eine scheinbare Beruhigung der deutschen Außenpolitik auf der Grundlage der gegebenen Tatsachen an, und das labile Gleichgewicht war die Folge davon. Dies aber erwies sich als hinderlich für die Entschlossenheit des nationalen Sozialismus. Die hohen und mühelosen Kredite, die das finanzkräftige Ausland in die deutsche Wirtschaft hineinsteckte, führte eine wirtschaftliche Scheinblüte herbei, ohne daß sich die Masse der Gedankenlosen darüber klar wurde, wie in zunehmendem Maße die Deutschen durch Überfremdung der Wirtschaft zu Zinsknechten des Auslandes wurden. Die Gegner der Nationalsozialisten scheuten im politischen Kampfe nicht vor Unwahrheiten zurück. Der Taumel des Spekulations- und Besitztriebes hatte weite Kreise erfaßt, so daß man ihnen ohne Schwierigkeit vorreden konnte, die Nationalsozialisten träten für Abschaffung des Privateigentums ein. Adolf Hitler gab am 13. April 1928 darauf folgende Erklärung ab:

"Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der N.S.D.A.P. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung nötig: Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus 'Unentgeltliche Enteignung'

nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften."

Doch, wie schon gesagt, das in dem breiten amerikanisch-englisch-französischen Goldstrome dahinplätschernde deutsche Volk hatte zunächst kein Bedürfnis, sich auf seine sittlichen Pflichten zu besinnen. Alle großen Bewegungen haben unter retardierenden Momenten zu leiden. Es mußte sich erst mit schrecklicher Klarheit zeigen, daß Deutschland auf die Dauer die Daweslasten nicht mit Anleihen im Ausland bezahlen konnte. Es war also wieder ein grundlegendes Ereignis der äußeren Politik, das dem nationalen Sozialismus zu Hilfe kam und ihm die Bahn zum Aufstieg endgültig ebnete. Der Youngplan und die Haager Konferenz, zehn Jahre nach dem Versailler Vertrag, ließen noch einmal deutlich erkennen, wie die Weimarer oder Juli-Koalition in Deutschland vom Geiste der Sieger beherrscht wurde. Diese Koalition, ganz in der zwangsläufigen Vorstellung wurzelnd, daß Deutschland der Besiegte des Weltkrieges sei, erklärte sich einverstanden mit der endgültigen Tributversklavung des deutschen Volkes auf Generationen von Kindern und Kindeskindern hinaus. Dieses feige Kapitulieren vor der Habgier der Feinde, das bis weit in demokratische Kreise hinein Unwillen hervorrief, erleichterte dem nationalen Sozialismus sehr seine Ausbreitung und Entfaltung. Es kam dazu, daß nach Stresemanns Tode ein völlig unfähiger Nachfolger mit der Leitung der äußeren Politik betraut wurde, ein unbeholfener Mann, der lediglich das Verdienst hatte, der Deutschen Volkspartei anzugehören und sich einzubilden, das Werk Stresemanns fortzusetzen. Doch die kommenden Ereignisse sprachen ein grausam vernichtendes Urteil über diesen Minister, der trotzallem als Exponent der knechtseligen, sittlich verfaulten Juli- bzw. Weimarer Koalition von dieser ängstlich als Hüter der auswärtigen Interessen Deutschlands beschützt wurde. Es blieb dem scharfen Auge des nationalen Sozialismus nicht verborgen, daß das Reich nach dem Tode Stresemanns überhaupt keine äußere Führung mehr besaß.

Es ist ein besonderes Zeichen in der Geschichte des unfreien Deutschland seit 1918, daß jede Erschütterung von außen her zugleich eine tiefe innere Erschütterung zur Folge hat. Wie im Jahre 1923 die Ruhrbesetzung die Inflation mit sich brachte, bzw. zu ihrer grotesken Entsetzlichkeit anschwellen ließ, so trieb die Annahme des Youngplanes die wirtschaftliche Not des Volkes in eine ungeahnte Höhe. Die Zahl der Arbeitslosen schwoll in nie gekannte Höhe an, die Landwirtschaft wurde durch Zinsen, Steuern und sinkende Einnahmen in den Ruin getrieben. Auch diese Entwicklung war für den nationalen Sozialismus günstig. Immer mehr verbreitete sich bei den um ihre Existenz ringenden Bauern die Überzeugung, daß nur eine entschlossene Befreiung von all den Lasten der Tribute, der Zinsen und der Steuern eine Gesundung des Reiches und des Volkes bringen könne.

Mit einer beispiellosen Großartigkeit begann der nationale Sozialismus eine Aufklärungs- und Propagandatätigkeit, wie sie bisher von keiner deutschen Partei geübt worden war. Leidenschaftliche Flugblätter überschwemmten das Volk, jeden Tag wurden Hunderte von Versammlungen in den Großstädten und Dörfern abgehalten, bis in die entlegensten Winkel, bis in die kleinsten Gemeinden drangen die Kämpfer für den nationalen Sozialismus systematisch vor. Und infolge ihres Prinzips, daß kein Widerstand so groß ist, daß er nicht überwunden werden könnte, hatten die hinreißenden Redner überall, wohin sie kamen, den erwarteten Erfolg. Die Landtagswahlen in Thüringen im Herbst 1929 zeigten, daß eine neue sieghafte Woge des nationalen Sozialismus das deutsche Volk erfaßt hatte, gewaltiger als die Woge von 1923. Zum ersten Male wurde in eine Landesregierung ein nationalsozialistischer Minister aufgenommen.

Der Angriff des nationalen Sozialismus auf das deutsche Bauerntum erweckte den Unwillen der bäuerlichen Interessenvertretungen, besonders der Landvolkpartei. Vor allem die Alten, großgeworden in den abgegriffenen parlamentarischen Formen der Vor- und Nachkriegszeit, standen verständnislos der von einer jungen und leidenschaftlichen Generation getragenen Bewegung gegenüber. Sie begegneten ihr mit Mißtrauen und Argwohn, mit Gehässigkeit, ja mit offener Feindschaft. Man wies darauf hin, daß die nationalsozialistischen Abgeordneten in den Parlamenten meistens mit Sozial-

demokraten und Kommunisten gegen die Anträge der bürgerlichen Parteien stimmten und verschwiegen dabei, daß die Nationalsozialisten grundsätzlich jede parlamentarische Arbeit sabotierten, um auf diese Weise den Untergang des Parlamentarismus zu beschleunigen. Als in Thüringen der nationalsozialistische Minister Frick in die Regierung eintrat, äußerten die Landvolkparteiern Sorgen und Bedenken, ob nun nicht der Landbesitz sozialisiert werden würde. Das Organ der Landvolkpartei, die *Deutsche Tageszeitung*, warf sich zum Sprecher dieser Besorgnisse auf und stellte den Nationalsozialisten Ende Januar 1930 zehn Fragen, die von Gottfried Feder in folgender Weise beantwortet wurden:

"Landwirtschaftlicher Grundbesitz und N.S.D.A.P."

"In Nr. 43 der *Deutschen Tageszeitung* vom 25. Januar 1930 wenden sich "führende Kreise des brandenburgischen Landbundes" im Namen des Landvolkes mit einer Reihe von Fragen an die N.S.D.A.P. Die Fragen betreffen vor allen Dingen die grundsätzliche Einstellung der N.S.D.A.P. zum ländlichen Grundbesitz, zum Erbrecht, zur Kreditbeschaffung, zur Zollpolitik, Preisbildung, Gewinnbeteiligung und zu Fragen allgemeiner sozialpolitischer und wahltaktischer Natur.

## I.

Aus Besorgnis vor einer eventuellen willkürlichen Auslegung des Artikels 17 des nationalsozialistischen Parteiprogrammes, der eine "unentgeltliche Enteignung unrechtmäßig (!) erworbenen oder zum Schaden der Allgemeinheit mißwalteten Grundeigentums" fordert, wird unter Zusammenfassung der unter I zusammengefaßten Fragen und Bedenken gefragt:

"Ist die N.S.D.A.P. bereit, Garantien zu geben, daß sie den ländlichen Besitz unangetastet läßt?"

Antwort: **Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz.** (G. Feder, *Das Programm der N.S.D.A.P.* S. 35 II. 8).

Die gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, also auch in der Landwirtschaft, bleibt aufrechterhalten. (S. G. Feder, *Das Programm der N.S.D.A.P.* S. 35, II. 12.)

Aus Sinn und Geist des Gesamtprogrammes ergibt sich mit unwiderleglicher Klarheit, daß der Nationalsozialismus als überzeugtester und folgerichtigster Gegner des Marxismus, dessen Volk und Wirtschaft zerstörende Kardinallehre der "Enteignung allen Besitzes" mit aller Entschiedenheit ablehnt, daß er auch wiederum als schärfster politischer Gegner der internationalen Irrlehre des Marxismus im bodenständigen Bauerntum die beste und sicherste Grundlage für den nationalen Staat sieht.

Aber auch als schärfster Gegner des **Hochkapitalismus** und dessen Sucht, alle bodenständigen Werte zu mobilisieren, den Bauern durch Zins und Steuern zu enteignen, erhebt der Nationalsozialismus die ausdrückliche Forderung nach staatlichem Schutz des ländlichen Besitzes vor dem Zugriff der Banken und Börsen.

Wir brauchen einen gesunden kraftvollen Bauernstand, frei von Zinsknechtschaft und Steuerbolschewismus.

## II.

Die zweite Frage, die sich speziell an meine Person, als "die von Hitler bestellte letzte Instanz in allen Fragen, die das Programm betreffen", richtet, lautet:

"Wie steht der Nationalsozialismus zum ererbten Eigentum und der Erbschaftssteuer?"

Antwort: Gerade als Wahrer und Hüter des völkischen Gedankens ist die Kontinuität des ländlichen Besitzes, also der Übergang des von den Vätern und Urvätern urbar gemachten und bebauten Bodens auf die Kinder eine **Selbstverständlichkeit**. Der Nationalsozialismus erkennt das Erbrecht

ebenso grundsätzlich an, wie das Eigentumsrecht an Grund und Boden.

Bei Übergang an entfernte Verwandte wird auch der nationalsozialistische Staat eine Steuer erheben, die aber bei engeren Verwandtschaftsgraden unter den derzeitigen Sätzen bleiben wird.

### III.

Hier werden - höchst unbegründete - Besorgnisse geäußert wegen der eventuellen Folgen einer "Unbeleihbarkeit des Bodens" seitens des Privatkapitalisten im nationalsozialistischen Staat.

**N.S.D.A.P.  
und Bauern**

Antwort: Ein Staat, der die Entschuldung des bäuerlichen Besitzes will, der die Landwirtschaft aus den Krallen der Berufsleihkapitalisten retten will, - und wieviel Bauern sind von Juden und Judenbanken schon um Haus und Hof gebracht worden - ein Staat, der das Geldleihmonopol des Kapitalismus brechen will, dessen Hochziel gerade die Brechung der Zinsknechtschaft ist, wird ganz gewiß dem Bauern unbedingt nötige Kredite nicht vorenthalten oder die Zinssätze in die Höhe treiben, im Gegenteil wird der nationalsozialistische Staat mit allen Mitteln die Landwirtschaft fördern.

### IV.

"Brechung der Zinsknechtschaft", Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Frage: "Wie stellt sich die Nationalsozialistische Partei zu den Zinserträgen des ersparten oder ererbten Kapitals?"

Antwort: Welcher Bauer kann heute noch ein "arbeits- und müheloses Einkommen" aus Zinspapieren, welcher Landwirt kann heute noch von Zinserträgen aus erspartem oder ererbtem Vermögen leben?

Dahinter verbirgt sich entweder die Besorgnis einiger weniger Großgrundbesitzer, die vielleicht noch etwas Kapitalvermögen haben, oder absichtliches Mißverstehen oder Unkenntnis dieser äußerst wichtigen Programmforderung der N.S.D.A.P.

N.B. es heißt Brechung der **Zinsknechtschaft**. Niemand wird die paar Mark Zinsen aus Sparbesitz oder Pfandbriefen oder Staatspapieren als **Zinsknechtschaft** bezeichnen.

Aber Zinsknechtschaft ist es, wenn durch die Inflation uns allen unser Sparbesitz gestohlen worden ist und der Bauer nun seine neuen Hypotheken und kurzfristigen Kredite zu Zinssätzen verzinsen muß, die ihn ruinieren.

Wer also für die Beibehaltung der jetzigen zinskapitalistischen Wirtschaft ist, ist gegen die Interessen der Bauern und für die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes, indem die Banken, bzw. ihre Hintermänner auf dem Rücken der Landwirtschaft Schindluder treiben.

Im übrigen verweise ich auf meine ausführlichen Schriften: G. Feder: *Der Staat auf nationaler und sozialer Grundlage* und auf *Das Programm der N.S.D.A.P.*

### V.

Unsere Steuerpolitik sagt klar und eindeutig: "**Befreiung der Verbraucher von der Last der indirekten Steuern sowie der Erzeuger von einengenden Steuern.**"

Frage: Will die Partei auch die Zölle beseitigen?

Antwort: Der Landbund muß wissen, daß die nationalsozialistischen Sitze im Reichstag mit aller Entschiedenheit für die landwirtschaftlichen Schutzzölle gestimmt haben, gemäß ihrem Grundsatz: Schutz der nationalen Arbeit in Stadt und Land.

### VI.

Wirft die Frage der **Gewinnbeteiligung** auf.

Es ist unmöglich, hier diese äußerst umfangreiche und schwierige Materie zu behandeln, ich habe dazu in einer längeren Aufsatzreihe in meiner Wochenzeitung *Die Flamme* eingehend Stellung genommen. An dieser Stelle kann ich nur kurz antworten:

Die aus dem Zusammenhang genommenen Sätze in dem Aufsatz der *Deutschen Tageszeitung* sind irreführend. Ich persönlich halte eine Gewinnbeteiligung im Sinne der kapitalistischen und auch der marxistischen Gedankenwelt in solch allgemeiner Form für unlösbar. "Unser Programm" zielt auch in diesem Punkt auf die Fabrikarbeiterschaft, so daß eine restlose Klärung dieser Frage an dieser Stelle für die Landwirtschaft ohne wesentliche Bedeutung ist.

## VII.

Großzügiger Ausbau der Altersversicherung.

Frage: Wie sollen die Mittel dafür aufgebracht werden?

Antwort: Auch heute besteht eine Altersversicherung, nur ist sie in vielen Fällen ungenügend und wird als Almosen betrachtet. Nach Beseitigung der Tributlasten und Wiedereingliederung der heute Arbeitslosen aber Arbeitsfähigen in dem Wirtschaftsprozeß sind genügend Mittel vorhanden, um den Arbeitsalten eine auskömmliche Rente zu geben.

## VIII., IX., X.

Die Fragen unter VIII., IX., X. sind keine grundsätzlichen Fragen, sondern Fragen der Parteitaktik.

Als Oppositionspartei gegenüber einer für Deutschland unglücklichen Regierungskoalition stimmen wir selbstverständlich so und so oft - genau wie die Deutschnationalen und die Christlichnationalen Bauern mit den Kommunisten, obwohl uns eine Welt von diesen trennt. Wir lassen uns auch von niemand vorschreiben, woher wir unsere Anhänger gewinnen, wir wenden uns an alle, an Arbeiter, Bürger und Bauern, die ein deutsches Herz haben, guten Willens sind und der parlamentarischen Mißwirtschaft und der erbärmlichen Erfüllungspolitik ein Ende machen wollen.

"Gesellschaftlichen Verkehr" mit anderen Parteien halten wir nicht für ein geeignetes Mittel, um das deutsche Volk von der Pest des Marxismus und Parlamentarismus zu befreien - es führt dies meist nur zu politischem Kuhhandel -. Nur diktatorisches Vorgehen, rücksichtsloser Machtwille kann Deutschland noch aus dem Sumpf herausreißen.

Das Volk will nicht schöne Reden, sondern **Kraft**; will nicht Kuhhandel, sondern rücksichtslose Arbeit im Dienste unseres armen geknechteten deutschen Volkes." -

Soweit Feder.

Wenige Wochen später, am 6. März, nahm die Nationalsozialistische Partei amtlich Stellung zu Landvolk und Landwirtschaft. Dies geschah in folgender Auslassung:

### **Parteiamtliche Kundgebung über die Stellung der N.S.D.A.P. zum Landvolk und zur Landwirtschaft.**

München, 6. März 1930.

#### **1. Bedeutung des Landvolkes und der Landwirtschaft für das deutsche Volk.**

Das deutsche Volk deckt einen erheblichen Teil seines Lebensunterhaltes durch Einfuhr ausländischer Lebensmittel. Vor dem Weltkriege konnten wir diese Einfuhr mit den Einnahmen unserer industriellen Ausfuhr, unseres Handels und unseres im Ausland angelegten Kapital bezahlen. Diese Möglichkeit hat uns der Ausgang des Weltkrieges versperrt.

Heute bezahlen wir unsere Lebensmittel-Einfuhr in der Hauptsache mit geliehenem fremden Gelde. Dadurch wird das deutsche Volk immer tiefer in die Schuldknechtschaft der kreditgebenden internationalen Hochfinanz geführt. Diese wird - bei Fortdauer des gegenwärtigen

gen Zustandes - das deutsche Volk immer mehr enteignen. Sie kann durch Sperren des Kredits und damit der Lebensmittelzufuhr, also durch Höherhängen des Brotkorbes, vor allem die deutschen Proletarier zwingen, in ihrem Dienste um Hungerlöhne zu arbeiten, oder sich als Arbeitssklaven in ausländische Kolonien verfrachten zu lassen.

Befreiung von dieser Knechtschaft ist nur möglich, wenn das deutsche Volk sich im wesentlichen von eigenem Grund und Boden ernähren kann.

**Die Steigerung der Leistung der heimischen Landwirtschaft ist deshalb eine Lebensfrage für das deutsche Volk geworden.** Ein wirtschaftlich gesundes, kaufkräftiges Landvolk ist aber auch für den Absatz unserer in Zukunft immer mehr auf den Binnenmarkt verwiesenen Industrie von entscheidender Bedeutung.

Wir erkennen nicht nur die überragende Bedeutung des Nährstandes für unser Volk, sondern sehen **im Landvolke auch den Hauptträger volklicher Erbgesundheit, den Jungbrunnen des Volkes und das Rückgrat der Wehrkraft.**

**Die Erhaltung eines leistungsfähigen, im Verhältnis zur wachsenden Gesamtvolkszahl auch zahlenmäßig entsprechend starken Bauernstandes bildet einen Grundpfeiler der nationalsozialistischen Politik, gerade deshalb, weil diese auf das Wohl des Gesamtvolkes auch in den kommenden Geschlechtern gerichtet ist.**

## **2. Mißachtung des Bauernstandes und Vernachlässigung der Landwirtschaft im gegenwärtigen deutschen Staate.**

In Nichtachtung der biologischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Bauernstandes und im Widerspruch zu der lebensnotwendigen Forderung einer gesteigerten Leistung der Landwirtschaft ist die Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden Bauernstandes im heutigen deutschen Staat auf das schwerste bedroht.

Die an sich wohl mögliche erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung wird verhindert, weil die dazu nötigen Betriebsmittel infolge zunehmender Verschuldung der Landwirte mangeln, und weil der Anreiz zu gesteigerter Leistung fehlt, da die landwirtschaftliche Arbeit sich nicht mehr lohnt.

Die Ursachen dieser ungenügenden Entlohnung (Rentabilität) der landwirtschaftlichen Arbeit sind zu suchen:

- 1.** in der gegenwärtigen **Steuerpolitik**, welche die Landwirtschaft unverhältnismäßig stark belastet. Dies geschieht aus parteipolitischen Rücksichten und weil die in der parlamentarischen Demokratie tatsächlich regierende jüdische Weltmacht die Vernichtung der deutschen Landwirtschaft will, da ihr dann das deutsche Volk, im besonderen die Arbeiterschaft, völlig preisgegeben ist.
- 2.** In dem **Wettbewerb** der unter günstigeren Bedingungen erzeugenden **ausländischen Landwirtschaft**, der durch eine landwirtschaftsfeindliche **Zollpolitik** nicht genügend eingedämmt wird.
- 3.** In den **unzulässig hohen Gewinnen**, die der zwischen Erzeuger und Verbraucher sich einschaltende Großhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, der heute größtenteils in der Hand der Juden liegt, sich aneignet.
- 4.** In den **Wucherpreisen**, die der Bauer für **Kunstdünger** und **Elektrizität** an die meist jüdischen Konzerne zahlen muß.

Aus dem Ertrag der unzulänglich entlohnten Landarbeit können die hohen Steuern nicht mehr bezahlt werden. Der Bauer ist gezwungen, Schulden zu machen, für die er Wucherzinsen entrichten muß. Er gerät immer tiefer in Zinsknechtschaft und verliert Haus und Hof an die vorwiegend jüdischen Besitzer des Leihkapitals.

## **Der deutsche Bauernstand wird entwurzelt.**

### **3. In dem von uns erstrebten zukünftigen Reiche soll deutsches Bodenrecht gelten und deutsche Bodenpolitik getrieben werden.**

Eine **durchgreifende** Besserung der Notlage des Landvolkes und eine Gesundung der Landwirtschaft ist nicht zu erwarten, solange das Deutsche Reich mit Hilfe des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems tatsächlich von internationalen Geldfürsten beherrscht wird; denn diese wollen die Vernichtung der bodenständigen deutschen Kräfte.

Erst in dem von uns erstrebten, wesensverschiedenen **neuen deutschen Staate** werden Landvolk und Landwirtschaft diejenige Berücksichtigung finden, die ihrer Bedeutung als einer Hauptstütze eines **wahren deutschen Volksstaates** zukommt.

In diesem **zukünftigen Reiche soll deutsches Bodenrecht** gelten und **deutsche Boden-politik** getrieben werden.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

**1. Der vom deutschen Volke in Besitz genommene und verteidigte deutsche Boden dient dem Aufenthaltsort und der Lebensversorgung des Gesamtvolkes. Er muß daher vom einzelnen Bodenbesitzer in diesem Sinne verwaltet werden.**

2. Nur deutsche Volksgenossen dürfen Besitzer deutschen Bodens sein.

**3. Von deutschen Volksgenossen rechtmäßig erworbener Besitz an Boden wird als erbliches Eigentum anerkannt.**

**Dieses Eigentumsrecht ist aber an die Verpflichtung geknüpft, den Boden auch zum Wohle des Gesamtvolkes zu nützen.**

Die Überwachung dieser Verpflichtung obliegt **berufsständigen Gerichten**, die sich aus Vertretern aller Berufsgruppen der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung und einem staatlichen Vertreter zusammensetzen.

4. Der deutsche Boden darf keinen Gegenstand für Finanzspekulationen bilden und nicht arbeitslosem Einkommen des Besitzers dienen. Land erwerben kann künftig nur, wer es selbst bewirtschaften will.

**Bei jedem Verkauf von Grund und Boden hat daher der Staat das Vorkaufsrecht. Verpfändung von Grund und Boden an private Geldgeber ist verboten.**

Notwendige Betriebskredite zu günstigen Bedingungen erhält die Landwirtschaft durch ihre staatlich anerkannten berufsständischen Genossenschaften oder durch den Staat.

5. Für die Nutzung des deutschen Bodens hat der Besitzer eine nach Umfang und Beschaffenheit des Besitzes bemessene Abgabe an den Staat zu leisten. Durch diese Bodenertragssteuer wird eine weitere staatliche Besteuerung des landwirtschaftlichen Bodens und Betriebes hinfällig.

6. Bezüglich der **Größe der landwirtschaftlichen Betriebe** kann es keine schematische Regelung geben.

Eine große Zahl lebensfähiger, kleiner und mittlerer Bauerstellen ist vom bevölkerungspolitischen Standpunkte aus vor allem wichtig.

Daneben erfüllt aber auch der Großbetrieb seine besonderen notwendigen Aufgaben und ist **im gesunden Verhältnis** zum Mittel- und Kleinbetrieb berechtigt.

7. Das **Erbrecht** an Grund und Boden ist durch ein Anerbenrecht so zu regeln, daß eine Zersplitterung des Landbesitzes und eine Schuldenbelastung des Betriebes vermieden wird.

## 8. Der Staat hat das Recht der **Enteignung gegen angemessene Entschädigung**:

- a) von Land, das nicht in Besitze deutscher Volksgenossen sich befindet;
- b) von Land, das - nach Urteil des zuständigen Berufsstandsgerichtes - durch verantwortungslose Mißwirtschaft seines Besitzers nicht mehr der Versorgung des Volkes dient;
- c) von Teilen des von den Besitzern nicht selbst bewirtschafteten Großgrundbesitzes zum Zwecke der Ansiedlung einer freien Bauernschaft;
- d) von Land, das zugunsten der Volksgesamtheit für besondere staatliche Zwecke (z. B. Verkehrseinrichtungen, Landesverteidigung) benötigt wird.

Unrechtmäßig (im Sinne deutschen Rechtes) erworbener Boden wird unentgeltlich enteignet.

## 9. Eine planmäßige - nach großen, bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten erfolgende - **Besiedlung** verfügbar gewordenen Landes ist Aufgabe des Staates.

Das Land soll den Siedlern als **Erblehen** zu Anfangsbedingungen zugeteilt werden, welche eine lebensfähige Wirtschaft möglich machen.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt nach Prüfung ihrer staatsbürgerlichen und beruflichen Eignung zum Siedler. Die nicht erbberechtigten Söhne von Landwirten (siehe Ziffer 7) werden besonders berücksichtigt.

**Vor allem wichtig ist die Grenzland-Siedlung im Osten.** Diese ist aber nicht allein durch Schaffung von Bauernwirtschaften befriedigend zu lösen, sondern nur im Zusammenhang mit Entwicklung kaufkräftiger Landstädte in Verbindung mit einer Neugruppierung der Industriebetriebe. Dadurch wird erst die Absatzmöglichkeit geschaffen, welche die neugegründeten mittleren und kleineren Bauernbetriebe lebensfähig macht.

**Ernährungs- und Siedlungsraum im großen** für das wachsende deutsche Volk zu schaffen, ist Aufgabe der deutschen **Außenpolitik**.

## 4. Der Bauernstand soll wirtschaftlich und kulturell gehoben werden.

Der Staat hat die Aufgabe, die **wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Bauernstandes** entsprechend seiner Bedeutung für das ganze Volk zu fördern und dadurch eine Hauptursache der Landflucht zu beseitigen.

1. Zunächst muß die gegenwärtige drückende Notlage des Landvolkes durch **steuerpolitische Erleichterungen** und sonstige besondere Maßnahmen gemildert werden. Der weiteren Verschuldung der Landwirtschaft muß Einhalt getan werden durch **gesetzliche Herabsetzung des Zinsfußes** für das Leihkapital auf das Maß der Vorkriegszeit und **durch schärfstes Einschreiten gegen Zinswucher**.
2. Der Staat hat durch seine **Wirtschaftspolitik** dafür zu sorgen, daß die landwirtschaftliche Arbeit sich wieder lohnt.

Die heimische landwirtschaftliche Erzeugung ist durch **Zölle, staatliche Regelung der Einfuhr und eine zielbewußte nationale Erziehung** zu schützen.

Die **Preisgestaltung** für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß der börsenmäßigen Spekulation entzogen und die Ausbeutung der Landwirte durch den Großhandel unterbunden werden. Die Übernahme des Großhandels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch landwirtschaftliche Genossenschaften ist staatlich zu fördern.

Die **berufständischen Organisationen der Landwirtschaft** haben die Aufgabe, die **Gestehungskosten** für die Landwirte **zu vermindern** und die **Erzeugung zu steigern**. (Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln, Saatgut, Zuchtvieh zu günstigen Bedingungen, Meliorationen, Schädlingsbekämpfung, kostenlose landwirtschaft-

liche Beratung und chemische Bodenuntersuchung usw.) Bei Erfüllung dieser Aufgaben sind die berufsständischen Organisationen durch den Staat weitgehend zu unterstützen. Insbesondere muß das Eingreifen des Staates eine wesentliche Verbilligung der künstlichen Düngemittel und der elektrischen Kraft erzwingen.

3. Die berufsständischen Organisationen haben auch die Verpflichtung, die Berufsgruppe der **Landarbeiter** durch sozial gerechte Arbeitserträge in die bäuerliche Berufsgemeinschaft fest einzugliedern. Dem Staate fällt das Aufsichtsrecht und oberste Schiedsrichteramt zu.

Der tüchtige Landarbeiter muß die Aufstiegsmöglichkeit zum Siedler erhalten.

Die notwendige **Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und Löhne** für die Landarbeiter wird um so rascher und durchgreifender erfolgen können, je mehr sich die Lage der gesamten Landwirtschaft verbessert. Durch diese Verbesserungen der Lage der heimischen Landarbeiter und durch Unterbindung der Landflucht wird **ein Heranziehen ausländischer Landarbeiter unnötig und deshalb künftig verboten**.

4. Die Bedeutung des Bauernstandes für das Volk erfordert staatliche und berufsständische Förderung der Fachausbildung und **Wiederbelebung der bäuerlichen Kultur**. (Landjugendheime, Bauernhochschulen mit weitgehender Begünstigung für **mittellose**, begabte Landjugend.)

**5. Berufsständige Wirtschafts-Organisationen können dem Bauernstand nicht durchgreifend helfen, sondern nur die politische deutsche Freiheitsbewegung der N.S.D.A.P. Die gegenwärtige Not des Landvolkes ist ein Teil der Not des ganzen deutschen Volkes.**

Es ist ein Irrsinn, zu glauben, daß ein einzelner Berufsstand sich aus der Schicksalsgemeinschaft ausschließen kann, und ein Verbrechen, Landvolk und Städter gegeneinander zu hetzen, die beide doch auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind.

**Wirtschaftliche Aushilfen im Rahmen des herrschenden politischen Systems können keine durchgreifende Besserung bringen; denn die Not des deutschen Volkes wurzelt in seiner politischen Versklavung, aus der nur politische Mittel befreien können.**

Die bisher regierenden alten, politischen Parteien, die unser Volk in die Versklavung geführt haben, können nicht Führer auf dem Weg zur Befreiung sein.

**Berufsständige Organisationen** haben in unserem zukünftigen Staate wichtige **wirtschaftliche** Aufgaben zu erfüllen und können in diesem Sinne schon heute vorbereitende Arbeit leisten, für den politischen Befreiungskampf aber, der auch für eine neue Wirtschaftsordnung erst die Voraussetzung schaffen muß, sind sie ungeeignet; denn dieser Kampf kann nicht vom Standpunkt eines einzelnen Berufsstandes, sondern muß vom Standpunkt des Gesamtvolkes aus geführt werden.

**Den Freiheitskampf gegen unsere Unterdrücker und deren Fronvögte erfolgreich führen kann nur eine politische Freiheitsbewegung, die, bei voller Würdigung der Bedeutung des Landvolkes und der Landwirtschaft für das Volksganze, die Deutschbewußten aller Stände und Schichten des deutschen Volkes zusammenfaßt.**

**Diese politische Freiheitsbewegung des deutschen Volkes ist die N.S.D.A.P.**

gez. **Adolf Hitler.**

Durch die umfassende Darlegung der bäuerlichen Ziele des Nationalsozialismus gelang es diesem, nun auch im Fluge die größtenteils immer noch mißtrauisch abseitsstehenden Bauern Deutschlands zu gewinnen. Der Nationalsozialismus eroberte ein neues Bollwerk im Kampfe um das deutsche Volk und seine Freiheit. -

Die Ereignisse zeigten, daß die Bewegung Hitlers infolge ihrer im Innersten lautereren, aufrichtigeren und idealen Beweggründe den Sieg davontrug. Die

**N.S.D.A.P. als  
politische Macht**

Reichstagswahl vom September 1930 bewies es. Alle Widerstände aus den Kreisen der Koalitionsparteien und von seiten der Regierung wurden überwunden. Es war eine elementare Tatsache, eine höhere Gewalt, daß im Sommer 1929 mit der Haager Konferenz der Aufstieg des Nationalsozialismus begonnen hatte und daß er in den folgenden Jahren seinen unbezwingbaren Siegeszug antrat. Im September 1930 wählten 6,4 Millionen Deutsche nationalsozialistisch, fast ein Fünftel der deutschen Wählerschaft. Ein Jahr später verfügte die Partei über 600 000 eingeschriebene Mitglieder. Sie war, nach den Sozialdemokraten, die stärkste Partei des deutschen Volkes und zählte um die Jahreswende 1931/32 eine Million eingeschriebener Mitglieder.

Das entschlossene Vorgehen der Hitlerbewegung übte nicht nur auf die Deutschnationale Volkspartei ihren Bann aus, die sich unter Hugenberg mit den Nationalsozialisten zur nationalen Opposition vereinigte, sondern auch auf den Stahlhelm, jenen norddeutsch-preußischen Zweig des nationalen Sozialismus, der im Sommer 1931 zur Initiative überging und einen Volksentscheid über Auflösung des preußischen Landtages herbeiführte. - Aber das im einzelnen darzustellen, wird Aufgabe der nächsten Kapitel sein. Hier kam es nur darauf an, zu zeigen, wie die Bewegung des nationalen Sozialismus, nachdem sie sich ein Jahrzehnt gegen Widerstände und Enttäuschungen durchgerungen hatte, endlich nach dem letzten großen Angriff der Sieger auf die Besiegten im Sommer 1929 in das breite Bett der deutschen Nachkriegspolitik einmündete. -

Die Geschichte des deutschen Volkes seit 1917 ist eine Geschichte der Massenbewegungen. Die Massen der Millionen, durchtränkt von national-idealistischen oder international-materialistischen Energien, diese letzteren entweder in kapitalistischer oder marxistischer Gestalt, prallen aufeinander, reiben sich aneinander. Sie entzündeten sich und explodieren und an diesen Brennpunkten stehen die Männer, die Führer. Seitdem der Aufstieg des nationalen Sozialismus im Sommer 1929 offenbar wurde, hat es nicht gefehlt an heftigen Kämpfen; besonders die Kommunisten, die Todfeinde des Nationalsozialismus, haben seit dem Sommer 1929 einen planmäßigen Kleinbürgerkrieg gegen den Nationalsozialismus eröffnet. Sie sahen in ihm das Diktatorische, das sich rücksichtslos durchsetzt. Sie entdeckten darin eine Verwandtschaft des deutschen Nationalsozialismus mit dem italienischen Faschismus, und um ihren Anhängern dies plausibel zu machen, predigten sie den Kampf gegen den deutschen Faschismus. Ein Zustand des latenten, aber um so erbitterteren Bürgerkrieges wurde zu einer Dauererscheinung, die nicht einmal von den staatlichen Ordnungsorganen beseitigt werden konnte. Täglich wurden in allen Teilen des Reiches einzelne Nationalsozialisten und Stahlhelmangehörige überfallen, oder man griff aus nächtlichen Hinterhalten ganze Trupps an. Ungezählte Märtyrer der nationalen Idee verbluteten auf dem Pflaster der Straßen, von fanatischen Gegnern niedergeschossen oder niedergestochen. Junge, begeisterte Menschen, die sich noch mit großen Hoffnungen fürs Leben trugen, Familienväter starben im Kampf fürs Dritte Reich. Die Kommunisten, von der Autorität des Staates mühsam niedergehalten, verfolgten in Deutschland seit dem Aufstieg des nationalen Sozialismus in der Tat die bolschewistischen Prinzipien des Terrors und regelrechten Bürgerkrieges, wie sie in Rußland seit 1918 vorbildlich verwirklicht worden sind. So zerfleischte sich in tragischer Weise die junge Generation eines großen Volkes.

**Gegner des  
Nationalsozialismus**

Auch die Anhänger des demokratischen Koalitionssystems kämpften gegen die Bestrebungen des nationalen Sozialismus. Hier wurde der Kampf weniger mit den Mitteln brachialer Gewalt, als vielmehr mit geistigen Waffen geführt.

**N.S.D.A.P. und  
Demokraten**

**Friedrich Franz v. Unruh**, der Demokrat, ein typischer Exponent der völlig verflachten Mittelmäßigkeit und Halbheit, die sich über die Julikoalition und die Weimarer Koalition aus der Vorkriegszeit in die Republik rettete, gab nach den Septemberwahlen 1930 eine Schrift heraus, die unter dem Titel *Nationalsozialismus* eine Reihe von Aufsätzen zusammenfaßte. Von Unruh behaupteten seine Anhänger, daß seine Werke Deutschlands politische und geistige Neuorientierung in starkem Maße beeinflusst hätten. Es ist der Kreis um die Ullsteinpresse, um das *Berliner Tageblatt*, die *Vossische Zeitung*, die *Frankfurter Zeitung*, jene Gruppe, die bis zur Selbstaufgabe liberal und vor lauter Zersetzungsarbeit am Positiven selbst nicht zu etwas Positivem fähig ist.

Unruh ist dem Remarque absolut wesensverwandt. Es sind jene intellektuellen Typen, die infolge Überfütterung mit abstrakten Maximen in einen Zustand geistiger Stoffwechselkrankheit geraten sind. Minutiös tasten sie die Oberfläche einer Erscheinung, einer Bewegung ab, glauben Unebenheiten und Widersprüche festzustellen, die ihnen riesengroß vorkommen, weil sie nicht in der Lage sind, bis in den inneren, bewegenden Kern vorzudringen. Indem sie für sich selbst in Anspruch nehmen, als Menschen mit ihren Schwächen und Eigenheiten gewürdigt zu werden, verweigern sie in unerbittlicher, psychoanalytischer kleinlicher Kritik ihrem Gegner das gleiche Recht.

Indem Unruh für seine Polemik, die er als Streiter für die liberale Demokratie gegen den nationalen Sozialismus führt, einen maßvollen und glatten, das Vertrauen des Lesers erschleichenden Ton wählt, einen Ton, wie er aus den literarischen Erzeugnissen der gesellschaftlichen Dekadenz allzu bekannt ist, glaubt er, seinen Gegner geistig am wirksamsten zu bekämpfen. Indem er auf der einen Seite Zugeständnisse und Anerkenntnisse ausspricht, glaubt er auf der anderen Seite um so vernichtendere Schläge zu führen. Ganz ein Kind der traditionslosen wilhelminischen Ära steht er historischen Erkenntnissen verständnislos gegenüber. Er ist unfähig, zu erkennen, daß es sich beim nationalen Sozialismus um eine überzeitliche Energie handelt, die im 20. Jahrhundert dieselbe Berechtigung hat wie im 19. Jahrhundert, eine Erkenntnis allerdings, die von einem Materialisten nicht zu erwarten ist. Es ist ihm schlechterdings unmöglich, zu verstehen, daß eine überzeitliche Idee jederzeit zu verschiedenen, dem jeweiligen Zeitalter angepaßten Mitteln greifen muß, um sich in diesem Zeitalter durchzusetzen. Sonst wäre es nicht möglich, daß sich Unruh mit seiner lediglich auf Äußerlichkeiten beruhenden Gegenüberstellung Hitlers mit Fichte und Stein bedenkliche Blößen gibt. Der Stil seiner Widerlegung ist ganz und gar auf den Asphaltgeist der Großstädte zugeschnitten, und damit ist zugleich ihre Unfruchtbarkeit begründet. Auch das hat Unruh mit Remarque gemein.

Aber auch vor bewußten Unwahrheiten schreckt Unruh nicht zurück. Er erklärt, der Wahrheit widersprechend, das letzte Ziel der nationalsozialistischen Außenpolitik sei der Krieg. Unruh behauptet weiter, Hitler werde den reaktionären Kasernenstaat errichten, der an Drill und Kadavergehorsam alles Frühere übertreffe. Er will auf diese Weise die geordnete militärische Zucht der Bewegung als abschreckendes Bild hinstellen, ohne den chaotischen Gesinnungsterror des Koalitionssystems zu erwähnen, von dem allerdings nur der kleine Kreis um Unruh verschont wird. Die Disziplin und energische Propaganda, welche die Sozialdemokratie und an ihrer Schleppe die bürgerliche Demokratie zum Siege geführt hatten, dort also von den Koalitionanhängern als nötig und lobenswert anerkannt wird, erscheint Herrn Friedrich Franz von Unruh bei den Nationalsozialisten lächerlich, ja verbrecherisch! Unruh meint schließlich, der nationale Sozialismus sei nur aus Deutschlands trostloser Lage zu erklären, sei also so etwas wie Defätismus. Er verschweigt dabei, daß auch das Werk der Stein und Fichte erst aus Preußens trostloser Lage hervorgegangen ist. Es ist möglich, daß ein Materialist, welcher den Wert der Idee nicht kennt, Defätismus und Selbstbesinnung verwechselt. Wie ein Kaffeehauspolitiker führt er Goethe und Kant ins Treffen, ohne die elementarste Erkenntnis zu verraten, daß Politik nicht bloß mit geistigen Waffen gemacht wird, wie übrigens auch die Leute um Unruh selbst bewiesen haben, wenn man an das Gesetz zum Schutze der Republik denkt.

Unruh, der Vertreter eines sterbenden Systems, der Epigone der imperialistisch-kapitalistischen Ära Wilhelms, fordert seine Freunde nicht zur Abwehr, sondern zum Gegenangriff auf, das Verständnis hierfür sei gereift. Nur mit äußerster Anstrengung sei der Massenwahnsinn zu bannen.

"Ein Kabinett Hitler bedeutete: Einbuße der so mühsam errungenen politischen Position, Drosselung, beziehungsweise Entziehung der Auslandskredite (die Septemberwahl brachte schon zwei Milliarden Kreditverlust); Stärkung des englisch-französischen Bundes; ferner - denn es glaubt ja wohl doch keiner, der noch bei Verstand ist, Frankreich würde die Aufrüstung, die Zerreißung des Youngplanes dulden - Sanktionen; im Innern: Diktatur, Abschaffung ( "legale" Erwürgung) des Parlamentes, Knebelung aller geistigen Freiheit; Inflation, Terror und Bürgerkrieg; denn die Opposition wäre nicht einfach auszuschalten [wie dies z. B. 1918 geschah; damit würde Unruh die Rechtsgrundlage der Novemberdemokraten

erschüttern und diejenige z. B. des Kapp-Putsches anerkennen!]; ein Generalstreik wäre die Folge. Die Gewerkschaften gäben den Rückhalt des erbittertsten Widerstandes; dazu käme das Reichsbanner und die Mithilfe aller für die Zukunft Besorgten [z. B. Kommunisten]. Und wenn Hitler selbst die Reichswehr gewönne, Geschütze aufführte - er würde Millionen Entschlossene finden."

Diese erzwungene Konstruktion von Konsequenzen erwies sich schon bald als unrichtig. Es zeigte sich nämlich im Sommer 1931, wenige Monate nach Erscheinen von Unruhs Schrift, daß auch einer Koalitionsregierung Brüning die Kredite entzogen wurden, es zeigte sich ferner, daß Frankreich sich sehr wohl mit einer Zerreißung des Youngplanes einverstanden erklären mußte; es zeigte sich auch, daß sich trotz des Anwachsens des nationalen Sozialismus der Gegensatz zwischen Frankreich und England vertiefte; es zeigte sich schließlich, daß nicht erst Hitler zu kommen brauchte, um das Parlament "legal" zu erwürgen. Brüning schuf in der Beziehung einen Präzedenzfall.

Unruh gehörte zu jenen Schwachen, Kraftlosen, die das Gegebene als Schicksal hinnehmen, ohne Selbstvertrauen und Verantwortungsfreude, das Gegebene zu bessern, weil sie die Dinge für stärker halten als die Menschen. Denn da sie selbst Materialisten sind, halten sie alle anderen Menschen auch für solche und finden für das Anwachsen des nationalen Freiheitswillens keine andere Erklärung als die, daß es sich um eine "Fieberkurve" handle.

Ebenso schwächlich wie die Schrift Unruhs ist die demokratische Widerlegung des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms durch Dr. Carl Busemann. Dieser steht verständnislos dem Begriff und Wesen des nationalen Sozialismus gegenüber. In seiner Hilflosigkeit versucht er stets den nationalen Sozialismus mit dem marxistischen Sozialismus in eine Parallele zu stellen. Dadurch gibt es Verzerrungen, Entstellungen, werden Widersprüche konstruiert, die nicht existieren.

Nicht weniger haltlos als der geistige Kampf der Koalitionsdemokraten ist derjenige des Zentrums. Hier wird vor allem behauptet, der Nationalsozialismus sei eine heidnische Bewegung, neugermanisches Heidentum, und jeder gute Christ und Katholik müsse sich vor diesem Werk des Teufels hüten. Aus diesem Grunde stand auch die katholische Geistlichkeit bis in ihre höchsten Spitzen dem Nationalsozialismus feindselig gegenüber. Hinzu kam, daß die Bischöfe in der Bewegung Hitlers eine Bedrohung des katholischen Gehorsamsprinzips fürchteten. Für die Grausamkeit, bis zu der sich der Haß der katholischen Geistlichkeit steigerte, seien zwei Beispiele gegeben. Ende Mai 1931 erschöß sich in Hamborn (Westfalen) ein sechzehnjähriger Elektrikerlehrling, weil ihm sein dem Zentrum angehörender Lehrer das Hakenkreuz vom Anzug gerissen hatte. **Der katholische Pfarrer Heckmann der Norbertusgemeinde verweigerte das christliche Begräbnis und riet den trostlosen Eltern, ihren Sohn abends, wenn es dunkel werde, mit sechs Mann auf dem Friedhof zu verscharren und ein Vaterunser dabei zu beten, dann sei alles in Ordnung.** Dies geschah Ende Mai 1931. Anfang September des gleichen Jahres wurde der hessische Gauführer Gemeinder ohne kirchliche Ehren begraben, weil er eingeschriebenes Mitglied und Führer eines von den Bischöfen verbotenen Vereins gewesen und gestorben sei, ohne seine Zugehörigkeit zu diesem Verein zu bereuen und aufzugeben; denn **die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei und ihr Wirken dafür habe ohne weiteres den Ausschluß von den Sakramenten und die Verweigerung eines kirchlichen Begräbnisses zur Folge.** Mit solch unendlichem Haß, der bis in alle Ewigkeit dauern sollte, verfolgte die katholische Kirche die Angehörigen der nationalsozialistischen Partei! -

**N.S.D.A.P.  
und Zentrum**

Die **Sozialdemokraten** erblicken im Nationalsozialismus den gefährlichen Gegner, der mit aller Macht niedergerungen werden müsse. Besonders nach der Reichstagswahl von 1930 befestigte sich in ihnen diese Idee. Die Nationalsozialisten seien die schlimmsten Reaktionäre, eine dauernde Gefahr für die freiheitlichen Errungenschaften der Arbeiterschaft. Sie seien Kriegstreiber und Kriegshetzer, die den Frieden Europas bedrohten. Zudem sei die Nationalsozialistische Partei gar keine Partei für die Arbeiter, da sie nicht den proletarischen Klassengedanken besitze; sie sei nichts als ein Chaos, in dem der Lumpenproletarier mit dem Hohenzollernprinzen zusammengewürfelt werde. Und gerade darum bilde sie eine schwere Gefahr für die sozialdemokratischen Erfolge, und

die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie müsse sein, überall, in Regierung und Öffentlichkeit, schonungslos gegen die Nationalsozialisten und die Verbreitung ihrer Ideen anzukämpfen.

**Betrachtet man diese Anschauungen, dann erkennt man, daß der nationale Sozialismus nur durch sich selbst zum Aufstieg gelangen konnte, indem er sich mit seelischen Kräften nährte, die durch die steigende Not im Volke gelöst wurden.** Das sind die beiden Richtungen des Menschentums, die ewig miteinander im Kampfe liegen und die dann in Erbitterung gegeneinander aufstehen, wenn die Not die Menschen drückt. Die eine Richtung sind die Materialisten, deren Erkenntnis in der Zeit der Not ist: Not kennt kein Gebot; die andere Richtung sind die Idealisten, die sich zu dem Satze bekennen: Not lehrt beten. Ihnen gibt das Gebet zur höchsten Macht der Idee die Kraft, die Not zu überwinden. -

Aus dem Nationalsozialismus selbst sind eine Reihe zum Teil sehr edler, von Leidenschaft und lauterem Wollen zeugender Schriften hervorgegangen. Bereits 1922 veröffentlichte Alfred Rosenberg, der Deutschbalte und Herrenmensch, eine Schrift: *Wesen, Grundsätze und Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*, worin er seelisch die Gegensätze der neuen Bewegung zu dem herrschenden und oppositionellen Materialismus, dem Erbe der Vergangenheit, darlegte und begründete. Im gleichen Jahre brachte der Deutschböhme Rudolf Jung, ein Ingenieur, seine Broschüre heraus: *Der nationale Sozialismus, seine Grundlagen, sein Werdegang und seine Ziele*. Hier wird die historisch-organische Entwicklung aufgezeigt, die dem nationalen Sozialismus seine Existenzberechtigung verleiht. Damals auch brachte Gottfried Feder, ebenfalls Ingenieur, das *Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft* heraus. Und schließlich veröffentlichte der Auslandsdeutsche Moeller van den Bruck im Dezember 1922 sein Buch: *Das Dritte Reich*.

Seit 1926 gab Gottfried Feder eine Schriftenreihe *Nationalsozialistische Bibliothek* heraus; hier erschien als erstes Heft von Feder *Das Programm der N.S.D.A.P.* In den folgenden Heften wurde die Stellung der Nationalsozialisten zu Einzelfragen der inneren und äußeren Politik behandelt, so z. B. die praktische Kulturarbeit im Dritten Reich von Dr. Hans Severus Ziegler. Hitler selbst veröffentlichte 1926 *Mein Kampf*, worin er die Ziele der Bewegung und die Mittel zu ihrer Erreichung behandelt. Im Juli 1930 gab Graf Reventlow ein sehr inhaltsschweres, mit tiefen Gedanken erfülltes Buch heraus: *Deutscher Sozialismus, Civitas Dei Germanica*, und im November des gleichen Jahres erschien *Hitler, eine deutsche Bewegung* von Erich Czech-Jochberg, welcher die historische Entwicklung des Nationalsozialismus darlegte. Seit Frühjahr 1930 erscheinen die *Nationalsozialistischen Monatshefte*, herausgegeben von Hitler, redigiert von Rosenberg, worin die Weltanschauung des Nationalsozialismus in Einzelfragen behandelt wird.

So hat der Nationalsozialismus sich zu einer achtunggebietenden politischen Macht entwickelt, unterbaut von einem breiten, geistigen Fundament. -

Die Darstellung des nationalen Sozialismus würde unvollständig sein, wenn nicht auch die **Deutschvölkische Freiheitsbewegung** erwähnt würde. Unter der Führung Reinhold Wulles, Albrecht von Gräfes (Goldebee) und des Majors Henning formte sie sich in den schweren Jahren 1922 und 1923 und hatte seitdem besonders in Norddeutschland, Niedersachsen, Mecklenburg und Pommern ihren Schwerpunkt. Sie griff auch auf das Rheinland, das nördliche Thüringen und den Freistaat Sachsen über und konnte überall in der bewußt protestantischen Bevölkerung sich Stützpunkte schaffen. Geistige Vorläuferin der deutschvölkischen Freiheitsbewegung war die Deutschvölkische Partei, die 1914 aus der Vereinigung verschiedener antisemitischer Gruppen entstand und im November 1918 in der Deutschnationalen Volkspartei aufging. Dann entstand im Dezember 1918 der Deutschvölkische Bund, der sich 1920, als die Deutschnationale Volkspartei die entschlossene völkische Linie verließ, zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund erweiterte und nach der Ermordung Rathenaus 1922 verboten wurde. Im Dezember dieses Jahres gründeten v. Gräfe, Wulle, Henning die Deutschvölkische Freiheitspartei, welche vom Frühjahr 1924 bis Februar 1925 unter der Führung Ludendorffs, von Graefes und Strassers mit der Nationalsozialistischen Partei zur Nationalsozialistischen Freiheitspartei vereinigt war. Seit Februar 1925 marschierte die norddeutsche Deutschvölkische Freiheitspartei wieder für sich allein. Die

**Deutschvölkische  
Freiheitsbewegung**

Bewegung lehnte derart entschieden das nachrevolutionäre System in Deutschland ab, daß sie mehr einen starren theoretisch-akademischen, weniger einem beweglichpolitischen Charakter wie der Nationalsozialismus Süddeutschlands trug. Die ganze norddeutsche Starrköpfigkeit kam in der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung zum Ausdruck, sie kannte keine Brücken zu den Zuständen ihrer Gegenwart. So kam es, daß die Deutschvölkischen auch zu den Nationalsozialisten in scharfen Gegensatz gerieten, trotzdem ja beide Bewegungen weite Strecken gemeinsamen Weges gingen. So kam es auch, daß ihre Anhängerschaft sehr gering war, kaum eine Viertelmillion Norddeutsche zählte. Dennoch wirkte der Ideenkreis der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung machtvoll durch seine grandiose Geschlossenheit. Noch im Frühjahr 1931 sagen die Führer von ihrer Bewegung:

"Klein, aber rein hat unsere Bewegung, auf Massen- und Augenblickserfolge bewußt verzichtend, eine tiefgehende Aufklärung des feindlichen Vorfeldes geschaffen, totgeschwiegen, verlacht, verhöhnt, verspottet und verleumdet - allen überstaatlichen Mächten zum Trotz!"

Mit Stolz weisen sie darauf hin, daß die Bewegung unberührt geblieben sei von der "Zersetzung der sogenannten nationalen Opposition", die eine "Folge der Enttäuschung der Wahl vom 14. September 1930" gewesen sei.

Seit 1926 verfügte die Deutschvölkische Freiheitsbewegung über eine eigene Presse, wozu das *Deutsche Tageblatt* in Berlin, die *Mecklenburger Warte* und die *Rostocker Zeitung* gehörten. Später wurden die drei Zeitungen in den *Deutschen Nachrichten* vereinigt. Auf der Reichstagung in Eisenach 1927 wurden die Ziele der Bewegung programmatisch festgelegt:

### **Ziele der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung.**

Die Deutschvölkische Freiheitsbewegung erstrebt die Schaffung eines in allen Teilen des völkischen und staatlichen Lebens unabhängigen Deutschen Reiches, das alle deutschen Stämme Mitteleuropas umfaßt. Dieses Ziel kann nur erreicht und behauptet werden, wenn sämtliche schaffenden Stände des deutschen Volkes aus der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Unterdrückung befreit und in voller Gleichberechtigung, aber auch voller Verantwortlichkeit zum Dienst am Volke herangezogen werden.

**Programm und  
Wesen der  
Deutschvölkischen  
Freiheitsbewegung**

Diesem völkischen Freiheitswillen steht entgegen die Weltdiktatur der überstaatlichen Mächte, der schwarzen, roten und goldenen Internationalen, die mit Hilfe der parlamentarischen Demokratie Deutschland beherrscht. Sie zu brechen, ist deutsche Sendung.

### **Unser Ziel:**

- 1. Innenpolitisch.** Befreiung vom unfruchtbaren, verantwortungslosen Parlamentarismus. Ausbau der deutschen Selbstverwaltung auf stammesartiger und berufsständischer Grundlage.
- 2. Außenpolitisch.** Befreiung von der **Kriegsschuldlüge** und damit von den Diktaten von Versailles und St. Germain, aber auch von allen übrigen Versklavungsverträgen. Heraus aus dem Völkerbund! Errichtung des großdeutschen Reiches.
- 3. Wirtschaftspolitisch.** Befreiung von der Herrschaft des internationalen Weltkapitalismus Alljudas. Beseitigung des Dawessystems. Wiederherstellung der freien deutschen Nationalwirtschaft, die gestützt auf eine durch Heimatswerte gesicherte Währung und kräftigen Innenmarkt ihre Selbständigkeit in der Welt behaupten kann.
- 4. Sozialpolitisch.** Befreiung jeder ehrlichen deutschen Arbeit von unsozialer Ausbeutung. Gerechte Wertung der Arbeitsleistung. Befreiung von Marxismus und Bolschewismus, von Kastengeist und Klassenkampf. Anerkennung der gleichberechtigten Mitarbeit aller schaffenden Stände im Staate nach Leistung und Können.

**5. Kulturpolitisch.** Befreiung des deutschen Geistes und der deutschen Seele von jüdischer Zersetzung und jesuitischer Knechtung. Der deutschen Kultur und der deutschen Sitte ein deutsches Reich.

### **Darum fordern wir:**

#### **Zu 1:**

die völkische Monarchie. Jede Republik endete noch immer in Geldsackherrschaft. Nur eine unabhängige, von den Parteien und von den Finanzmächten nicht beherrschte Spitze sichert den Deutschen die Freiheit;

Aufbau der Volksvertretung aus den Selbstverwaltungskörpern der Gemeinden, Kreise und Provinzen unter gleichzeitiger Berücksichtigung auch der berufsständischen Gliederung;

Verbot der Freimaurerei als Geheimbund; die Mitgliedschaft bei einer ausländischen Loge schließt von allen öffentlichen Ämtern aus.

#### **Zu 2:**

den amtlichen Widerruf der dem deutschen Volke abgepreßten Zustimmung zur Kriegsschuldfrage und als Folge die Aufhebung der Schanddiktate von Versailles und St. Germain, sowie Kündigung aller weiteren nicht verfassungsmäßig zustande gekommenen Versklavungsverträge;

die sofortige Räumung der besetzten und die Rückgabe der geraubten Gebiete unter Berufung auf die uns aus dem Waffenstillstande zustehenden Rechte;

bei aller Berücksichtigung unserer augenblicklichen Wehrlosigkeit eine nationale, planmäßig auf die schrittweise Wiedererlangung der Freiheit gerichtete Außenpolitik der Selbstachtung, im Gegensatz zu der uns entmündigenden Völkerbund- und Locarno-Politik. Auch ein entwaffnetes Volk kann Würde zeigen;

**die allgemeine Wehrpflicht als Vorrecht der Volksdeutschen** (Nichtwehrberechtigte und Nichtwehrpflichtige zahlen eine Wehrsteuer), bis zu ihrer Wiedereinführung ein Arbeitspflichtjahr für die Jugend.

#### **Zu 3:**

Schutz der **deutschen Wirtschaft** vor der Enteignung durch das jüdische Finanzkapital und vor ausländischer Überfremdung. Stärkung des Inlandmarktes und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren auf dem Weltmarkt;

Stellung der **Juden unter Fremdenrecht**; deutscher Grund und Boden darf von Juden nicht erworben und landwirtschaftlicher Grundbesitz von ihnen nicht gepachtet oder verwaltet werden;

Wiederherstellung der **Finanzhoheit** des Staates. Beseitigung der heutigen ungesunden Anleihepolitik. Änderung der Finanz-, Börsen- und Aktiengesetzgebung. Verhinderung der Zusammenballung unproduktiven und nur spekulativen Kapitals. Zurückführung der Geldwirtschaft und der Banken auf ihre eigentlichen Aufgaben des Dienstes an der Volkswirtschaft an Stelle der heutigen Beherrschung der Wirtschaft;

die Stärkung und den Schutz der **deutschen Landwirtschaft**, ein freies Landvolk auf freier deutscher Scholle. Als Grundlage für jede unabhängige Nationalwirtschaft Sicherung der Volksernährung durch Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Schutz gegen Überflutung durch ausländische Waren und gegen willkürliche Beherrschung der Lebensmittelpreise durch die Börse;

eine gesunde Siedlungspolitik unter besonderer Berücksichtigung von Bauernsöhnen und tüchtigen Landarbeitern; die Siedlungspolitik darf aber nicht zur spekulativen Bereicherung von Siedlungsgesellschaften mißbraucht werden;

für die Städte fordern wir die Förderung von Eigenheim- und Kleingartenbewegung, einen gesunden Wohnungsbau, Schutz gegen jede Art Bodenwucher, auch des Staates;

Erhaltung und Stärkung eines unabhängigen **Mittelstandes**. Schutz der Gewerbetreibenden, der Industrie und des Handels, insbesondere gegen die Vergewaltigung und den unlauteren Wettbewerb durch Warenhausbetriebe, Truste und Betriebe der öffentlichen Hand. Vorzugsweise Übertragung öffentlicher Lieferungen und Arbeiten an Handwerk und Gewerbe. Schutz des Berufsbeamtentums und der Rechtsprechung gegen Politisierung;

die grundlegende **Steuerreform** im Sinne einer Vereinfachung und Milderung, öffentliche Abgaben dürfen grundsätzlich nur vom Ertrage und nicht von der Substanz erhoben werden unter Belassung einer angemessenen Lebenshaltung.

#### **Zu 4:**

Erleichterung der Aufstiegsmöglichkeit nach der persönlichen Leistung. Jeder deutsche Arbeiter und Angestellte hat ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Dasein. Jeder Arbeitgeber hat in seinem Mitarbeiter den deutschen Menschen zu sehen; die vornehmste Aufgabe des Staates ist, den Arbeitnehmer vor jeder wirtschaftlichen und seelischen Ausbeutung und Knechtung zu schützen;

Befreiung des **deutschen Arbeiters** von der Herrschaft volksfremder Führer. Die deutsche Arbeiterschaft muß eine deutsche Standesvertretung haben. Brechung des Arbeitsstättenterrors. Regelung der Arbeitszeit, die auf die Verschiedenartigkeit der Betriebe Rücksicht nimmt;

Reform des Krankenkassenwesens, Beseitigung seiner schädlichen Auswüchse, Ausbau des Versicherungswesens auf berufsständischer Grundlage.

#### **Zu 5:**

Ausbau des **deutschen Rechtes** und seine Befreiung von wesensfremden Einschlügen;

gesetzlichen Schutz gegen öffentliche Beschimpfung deutschen Volkstums und seiner Überlieferung. Gesetzlichen Schutz der deutschen Kunst. Beseitigung des jüdischen Einflusses im deutschen Geistesleben, insbesondere der Presse;

Pflege der **vaterländischen Geschichte** unter besonderer Würdigung ihrer Ruhmeszeiten und **ihrer großen Männer**, und Vertiefung des Verständnisses für germanische Kultur. Der deutschen Jugend eine deutsche Schule und christliche Erziehung.

Schutz des Christentums, Sicherung der deutschen **Gewissensfreiheit**. Jede Störung des konfessionellen Friedens, namentlich durch Mißbrauch der Religion für politische Zwecke, ist zu bekämpfen. Schutz der deutschen Hochschulen vor Überfremdung. Sicherung ihres Selbstbestimmungsrechtes;

Gesetze zur Pflege der Familie und Sippe.

**Unser Weg ist Kampf! Unser Wille ist Freiheit! Es lebe die Freiheit!**

Die Ziele sind also: Ständischer Staat, Diktatur des starken Mannes, völkische Erneuerung, Brechung der Zinsknechtschaft und des Parlamentarismus, bedingungslose Bekämpfung Stresemannscher Verständigungspolitik.

Eine Übereinstimmung dieser Tendenzen mit denen der Nationalsozialisten läßt sich in sehr vielen Punkten erkennen. Dennoch bestehen nach Ansicht der Deutschvölkischen unüberwindliche Gegensätze. Bei den Deutschvölkischen ist, im Gegensatz zur Hitlerbewegung, ein gewisses **preußisch-protestantisches Moment** vorherrschend. Wulle, Albrecht von Gräfe und Henning fordern zwar auch das großdeutsche Reich, aber sein Eck- und Grundstein muß ein starkes Preußen bilden. Hitler dagegen, der den bayrischen Separatismus unmittelbar kennengelernt hatte, trat aus diesem Erlebnis heraus mehr für die politische Degradierung der Einzelstaaten ein. Dem Kampftruf nach dem Dritten Reich setzten Wulle und

**Deutschvölkische  
gegen N.S.D.A.P.**

Gräfe die Erklärung entgegen: "Unser Reich heißt Preußen-Deutschland!"

Aber noch etwas anderes werfen die Deutschvölkischen den Nationalsozialisten vor: sie streben in den Staat der Gegenwart hinein, indem sie damit restlose Anlehnung an die Westmächte, d. h. an die weltkapitalistischen Staaten suchen und so die Enteignungswirtschaft des jüdischen Weltkapitalismus unterstützen. Brüning, Schacht, Hugenberg, Hitler hätten alle das gleiche Weltbild: "Der Westen, also der Weltkapitalismus, ist unsere Rettung." Die Nationalsozialisten lehnten zwar die rote Internationale des Proletariats ab, aber machten gemeinsame Sache mit der goldenen Internationale des jüdischen Kapitalismus und damit zusammenhängend natürlich der jüdischen Freimaurerei; Mussolini selbst sei Freimaurer gewesen. Überhaupt habe sich die Nationalsozialistische Partei nach ihrem Wahlsieg von 1930 zur Verzichtspartei entwickelt. Um mit Italien Freundschaft zu haben, habe Hitler auf das deutsche Südtirol verzichtet. Hitler, der kompromißbereite Bürger, wandle in den Verzichtspuren Stresemanns.

Aber besonders verderblich für den Nationalsozialismus sei es, meinen die Deutschvölkischen, daß die Nationalsozialisten auch die **schwarze Internationale**, die Herrschaft des Papstes anerkennen. Hitler sei ebenso ein treuer Sohn seiner römisch-katholischen Kirche wie Brüning. Der Universitätsprofessor Dr. Johannes Stark habe ein Buch geschrieben *Nationalsozialismus und Katholische Kirche*, von dem der *Völkische Beobachter* schreibe, es sei "eine maßgebende Klarstellung des Verhältnisses der N.S.D.A.P. zur Religion... Die religiöse Seite dieser Schrift ist von hochstehenden katholischen Theologen geprüft worden." In dieser Schrift sei folgendes zu lesen:

"Der Staat erkennt die der katholischen Aktion unterstehenden Organisationen an, soweit sie nach Anordnung des Heiligen Stuhles selbst ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei und in unmittelbarer Abhängigkeit von der kirchlichen Hierarchie zur Verbreitung und Verwirklichung der katholischen Grundsätze entfalten."

Und dann erkläre Stark:

"Ein Nationalsozialist, der sich der Verantwortung gegenüber seiner Partei und dem deutschen Volke bewußt bleiben will, darf an Lehren, Einrichtungen oder Persönlichkeiten der Katholischen Kirche keine abfällige Kritik üben."

Was heiße das anders, als mit Rom Deutschland regieren? Deutschnationale wie Nationalsozialisten hätten mit ihrer Romfreundlichkeit nichts anderes im Sinne, als um die Gunst der Zentrumspartei zu buhlen. Das müsse die Deutschvölkische Freiheitsbewegung von Grund aus ablehnen. In einem Flugblatt des Frühjahrs 1931 sagte Wulle:

**"Wohin marschierten die Deutschnationalen? Hinein in den Staat!** Sie kehrten zurück, zerschlagen wie Napoleons große Armee. Wohin marschieren sie jetzt? Hinein in den Staat, man sagt: Diesmal mit zielbewußter Spitze! Was ist das Ziel? Bildung einer Regierung mit dem Zentrum in Preußen und im Reich. **Aus der schwarz-roten Republik soll eine schwarz-blaue werden.** - **Wohin marschieren die Nationalsozialisten? Hinein in den Staat!** Sie wollen mit dem Zentrum in einer Regierung aus der Republik das Dritte Reich machen, das **schwarz-blaue** Reich nach Mussolinis Vorbild. - Nein, **wir marschieren nicht mit**, weder in die schwarz-blaue Republik, noch in das schwarz-blaue Dritte Reich. **Unser Reich heißt Preußen-Deutschland.**"

Der Kampf gegen Rom, die protestantische Energie, wurde seit Frühjahr 1931, da sich Hitler zur katholischen Aktion des Papstes bekannt hatte, ganz besonders von der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung in den Vordergrund gerückt. Heinrich Wolf, der führende Historiker in der Bewegung, prägte das Dogma von den beiden Wendepunkten der deutschen Geschichte, dem Jahre 800, und dem Jahre 1517. Als der "Römer" **Karl**, der zu Unrecht der Große genannt werde und der bei Verden an der Aller tausende freier germanischer Sachsen im Auftrage der römischen Kirche niedergemetzelt habe, zum römischen Kaiser gekrönt worden sei, sei der "Sündenfall" eingetreten, während das Jahr 1517 **der große Wendepunkt** zu einer segensreichen Entwicklung gewesen sei.

Unter schärfster Betonung des Gegensatzes zu Karl, dem Begründer des deutschen Unglücks, dem Begründer der deutschen Romknechtschaft, hielt die Deutschvölkische Freiheitsbewegung Anfang September 1931 ihre Reichstagung in Verden an der Aller ab, der historischen Stätte des großen Sachsenmordes. Alle Energien waren auf den unerbittlichen Kampf gegen Rom konzentriert. Das war der politische Wechsel auf die Zukunft: wenn eines Tages die nationalsozialistische Bewegung Hitlers in der ultramontanen Internationale versinken würde, dann sollte die Deutschvölkische Freiheitsbewegung die Zuflucht für die enttäuschten Nationalsozialisten sein, um sie nicht dem Bolschewismus in die Arme fallen zu lassen!

Die Bestrebungen der Deutschvölkischen Freiheitspartei waren edel, dennoch politische Utopie. Der rein geistige Kampf gegen Rom mußte auf politischem Gebiete doch nur wesensloser Schemen bleiben, wenn es ihm nicht gelang, politische Realitäten sich dienstbar zu machen. Solche Realitäten waren einmal die Mainlinie, die eine geistige blieb, solange es gelang, Religionsfrieden zu halten, die aber unter den Verhältnissen seit 1918 sofort eine politische werden konnte, sobald der Kampf gegen Rom von der Gegenseite nicht bloß als politischer, sondern auch als kultureller Kampf betrachtet wurde. Die andere politische Realität war, daß die drosselnde Wirtschaftsnot des Volkes die Überordnung wirtschaftlich-sozialer Forderungen über den Kampf gegen Rom verlangte, wenn nicht der Bolschewismus die Massen ergreifen sollte. Die Politik der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung war, im Gegensatz zur Hitlerbewegung, zu sehr auf eine ferne Zukunft gerichtet, als daß sie Voraussetzung zur Überwindung der Schwierigkeiten ihrer Gegenwart in sich barg.

So tritt der innere Gegensatz zwischen der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, den Deutschnationalen und dem Stahlhelm klar zutage.

"Die Deutschvölkische Freiheitsbewegung kämpft nicht um eine schwarz-blaue Republik und nicht um ein schwarz-blaues Drittes Reich, sie kämpft um die Freiheit der deutschen Seele. Sie will den Feind aus den Einbruchstellen heraustreiben, dafür sucht sie Kämpfer. Wer etwas erben will, gehört nicht zu uns. Wer aber die deutsche Revolution will im Sinne **Armins**, **Luthers** und **Friedrichs des Großen**, gegen Rom und seine Trabanten, im Sinne **Steins** und **Bismarcks** gegen Juda und Rom, der **muß** in unsere Reihen, sonst weicht er seiner deutschen Aufgabe aus. Deutschland steht im Kampf, wer nicht kämpft, ist Deserteur." -

Eine ganz eigenartige Stellung in der Bewegung des nationalen Sozialismus nimmt der Anfang 1920 von dem Ostpreußen Oberleutnant Artur Mahraun in Kassel gegründete **Jungdeutsche Orden** ein. Die Art seiner Entstehung, das Hervorgehen aus Freikorps, die den Bolschewismus bekämpften, sowie seine bündische, das Parteiwesen ablehnende Organisation hat der Jungdeutsche Orden mit dem Stahlhelm gemein. Aber doch unterscheiden sich beide Bünde durch grundsätzliche Auffassungen: Mahraun bringt bewußt und schroff den Gegensatz der Generationen zum Ausdruck. Zudem sieht er den einzigen Feind des deutschen Volkes im Bolschewismus. Er hält die Vereinigung aller Deutschen bis weit in die Reihen der Marxisten hinein für möglich unter der einen beherrschenden Idee des Kampfes gegen den Bolschewismus. Das lebensbejahende Moment seiner Tätigkeit ist, daß er den auf dem Begriff der tätigen und opferbereiten Volksgemeinschaft sich erhebenden Volksstaat nicht auf die Rechtsparteien beschränkt sehen will, sondern dazu auch die Mithilfe der nationalgesinnten demokratischen Mitte fordert. Das leitende soziale Motiv Mahrauns ist "Volk gegen Kaste und Geld", und daraus ergibt sich einmal sein Kampf gegen den "Parteiismus", das Cliqueswesen des herrschenden demokratischen Systems, und zum andern sein erbitterter Kampf gegen die "Plutokratie" Hugenberg's.

**Jungdeutscher  
Orden**

**Die Verfassung des Jungdeutschen Ordens** sagt über die Ordensziele folgendes:

"Der Jungdeutsche Orden erstrebt die deutsche Volksgemeinschaft auf christlicher Grundlage und durch sie die Errichtung des deutschen Volksstaates. Ein freies Reich aller Deutschen, einig in allen seinen Stämmen und Ständen, ist das politische Hochziel jungdeutscher Arbeit. - Der Jungdeutsche Orden steht auf dem Boden der Reichsverfassung: Er will durch Zusammenfassung deutschgesinnter Männer und Frauen eine Gemeinschaft herstellen, die

fest entschlossen ist, den Aufbau des Vaterlandes zu fördern und für die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes zu arbeiten. - Sein Kampf gilt der sittlichen Entartung, der Unehrenhaftigkeit und Selbstsucht, die die Kraft des deutschen Volkes zermürben und den Wiederaufbau des Vaterlandes unmöglich machen. Er will den in der Kampfgemeinschaft des Krieges erprobten Gemeinschaftsgedanken vertiefen und zum Brüdergedanken der Volksgemeinschaft erheben, frei von Standes- und Parteigesetzen für die gegenseitige Achtung und Versöhnung aller Deutschgesinnten wirken und den Zwiespalt, Neid und Haß bekämpfen, der das deutsche Volk entzweit. Die Pflege deutscher Geistesgüter, Förderung des volksgemeinschaftlichen Denkens und des Verständnisses für soziale Fragen, Pflichttreue und Opfersinn für Reich und Volk stehen im Mittelpunkt der Ordensarbeit. - Im Kampfe für seine Ziele faßt der Jungdeutsche Orden seine Mitglieder in straffer Ordenszucht zu Einheiten zusammen und erfüllt diese Gemeinschaften mit dem zielbewußten Willen zur Einordnung in die Volksgemeinschaft, zu körperlicher Ertüchtigung und zur Wehrhaftigkeit."

Ausführlich werden die Gedanken und Ziele des Ordens von Mahraun im *Jungdeutschen Manifest* dargelegt, das im Dezember 1917 erschienen ist. Aus der "überständischen Frontkameradschaft" wird der Wille zur Umwertung des Menschen und Staatsbürgers aus materiellen Maßstäben in ideell-geistige hergeleitet. Nicht mehr die Plutokratie darf maßgebend sein, sondern eine Bindung auf ideeller Grundlage. Der wahre Idealismus, die sittliche Grundlage des Volksstaates bestehe in der freudigen Bejahung staatsbürgerlicher Pflichterfüllung, der Unterordnung des einzelnen unter das Wohl der Gesamtheit und des Dienstes an Volk und Staat. Freiwilliger Gehorsam auf der Grundlage des Gemeinschaftsgeistes sei das Grundprinzip. Nicht die Freiheit sei die Grundlage der Auffassung von dem Berufe des Staatsbürgers, sondern die Pflicht. Deswegen setze der jungdeutsche Staatsgedanke an Stelle der Masse den Zustand der organischen Struktur des Volkes, an Stelle des Massenstaates den Gemeinschaftsstaat. Die ständische Struktur muß abgelehnt werden.

**Der Jungdeutsche Orden:  
seine Ziele und  
demokratische Entartung**

In dieser Zeit sei nicht der Gegensatz von Schwarz-weiß-rot und Schwarz-rot-gold, nicht der von Monarchie und Demokratie das maßgebende, sondern der Gegensatz der Weltanschauungen von Demokratie und Absolutismus, wobei zu berücksichtigen sei, daß der heutige Absolutismus durch die Plutokratie ausgeübt werde. Als Werkzeuge habe sich die Plutokratie die Parteien geschaffen, und die Wahlfeldzüge im Zeichen des Parteiismus seien lediglich reine Privatangelegenheiten der Geldgewaltigen. Das zeige die ganze Parteitaktik, das Cliqueswesen, die skrupellose Hinwegsetzung über das eigene Programm. Das auf diese Weise vom Volke gewählte Führertum werde so zum Schrittmacher und Bundesgenossen der plutokratischen Gewalten.

Interessant sind Mahrauns Auslassungen über die Weimarer Verfassung. Die Unzulänglichkeit dieser Verfassung sei dadurch bewiesen, daß der größte Teil ihres Inhaltes durch das Parlament außer Kraft gesetzt worden sei:

"Die jungdeutsche Bewegung sieht in der Verfassung von Weimar keineswegs die Verfassung des zukünftigen Volksstaates. Sie hält diese Verfassung des Deutschen Reiches für eine Übergangsverfassung. Sie sieht jedoch in den Grundgedanken die Möglichkeit der Entwicklung zum Volksstaat. Gerade diejenigen Grundgesetze, an denen die Übergangsbewegung zum Volksstaat anknüpfen kann, sind durch verfassungswidrige Anordnungen oder geduldeten Tatsachen ausgeschaltet. Die jungdeutsche Bewegung sieht in der Verfassung von Weimar die Möglichkeit einer evolutionären und verfassungsmäßigen Entwicklung zum Volksstaate. Sie wird daher die Grundgesetze dieser Verfassung verteidigen, um auf ihnen das vollkommen neue Gebäude einer Verfassung des Volksstaates aufzubauen. **Die jungdeutsche Bewegung ist darum in ihrem Kampfe verfassungstreu, - Ihre Gegner, die plutokratischen Gewalten, haben die Verfassung gebrochen.**"

Uns komme es darauf an, die parteiistische Demokratie zu brechen, um den Volksstaat zu begründen.

Mahraun entwickelt dann die sittliche Hebung des Staatsbürgers. Masse verdirbt, Gemeinschaft erhebt. Der deutsche Mensch muß dazu erzogen werden, seinen Mitmenschen anders zu bewerten als bisher. Ein Korpsgeist muß geschaffen werden. Das ist auch im Wehrgedanken das Wichtige. Nicht die technische Ausbildung mit der Waffe sei das Notwendige, sondern die Erziehung zum Gemeinschaftsgeiste. Die Schaffung dieser sittlichen Kräfte sei das Schwerste und Langwierigste im Aufbau unserer Wehrmacht. Der Geist von Potsdam müsse sich mit dem Geiste von Weimar untrennbar verbinden.

Mahraun tritt so für die **Volksdienstpflicht** ein, die sich für ihn mit dem oft erörterten Gedanken einer Arbeitsdienstpflicht deckt.

"Große Kulturarbeiten sind durch sie zu verrichten. Die Urbarmachung von Öd- und Unländereien wird eine ihrer wesentlichen Aufgaben sein. Die Befestigung der Küsten gegen die Gewalt des Meeres, die Wiedergewinnung der von der See entrissenen Landstriche, der Watten, nach dem Beispiel der holländischen Kulturarbeit in der ehemaligen Zuidersee, stellen ebenfalls eine gewaltige Aufgabe für die Zukunft dar."

In der Errichtung einer solchen Volksdienstpflicht liege der größte Angriff gegen den Militarismus der Siegerstaaten.

Der jungdeutsche Volksstaat wurzelt in der Weltanschauung der christlichen Lehre, er bekennt sich zur christlichen Nächstenliebe. Aber Duldsamkeit für beide Kirchen ist in ihm Gesetz, wenn die Freiheit der kirchlichen Gebräuche gesichert ist.

Der Macht des Geldes und seiner Presse setzt der Jungdeutsche Orden die Macht der Gemeinschaft entgegen. Er hat sich auf das Schöpferisch-Bejahende eingestellt, und dadurch löst er sich vom "Antigeist unserer Zeit." -

Der Jungdeutsche Orden geriet bald in Gegensätze zu den Vaterländischen Verbänden und den Rechtsparteien. Mahraun machte den nationalen Organisationen zum Vorwurf, sie verneinten nur, hätten keinen positiven Inhalt. Der Haß gegen die bestehende Staatsform kann kein Neues schaffen. Mahraun weigerte sich, der 1923 gegründeten Dachorganisation der Vereinigten Vaterländischen Verbände beizutreten. Im Jahre 1925 schied der Orden überhaupt aus der Front der nationalen Verbände aus.

Ein wesentlicher Grund dafür war die Gegensätzlichkeit außenpolitischer Auffassungen. Die nationalen Verbände erblickten den Erbfeind, den Todfeind des deutschen Volkes allein in Frankreich. Sie waren teilweise bereit, so 1923, ein Bündnis mit Sowjetrußland zur gemeinsamen Bekämpfung Frankreichs zu schließen. Anders der Jungdeutsche Orden. Ihm ist der Todfeind der deutschen Kultur und des deutschen Volkes der Bolschewismus. Dagegen meint er, daß in Frankreich sich die Anschauungen seit dem Kriege gründlich geändert hätten. Es sei sehr wohl möglich, daß ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland geschlossen werden könne, ja, die wirtschaftliche Lage beider Länder verlange dies sogar! Es sind dies Gedanken, die auch der Kaliindustrielle Arno Rechberg und Gustav Stresemann vertraten. Als 1925 der Locarnopakt zur Debatte stand, prallten diese Ansichten Mahrauns scharf auf die der nationalen Rechten auf, die das Bündnis mit Sowjetrußland befürworteten.

Insbesondere ist Mahraun mit Hugenberg, dem Diktator der Deutschnationalen Volkspartei, bis auf den Tod verfeindet. Er sei der typische Vertreter jener volksmordenden Plutokratie, die mit der Macht des Geldes Presse und Parteiwesen beherrsche. Er stelle das größte Hindernis für die Schaffung des Volksstaates dar, denn er betreibe den Klassenkampf des Besitzes gegen die Nichtbesitzenden. Er predige den Revanchegeist gegen Frankreich, aber der wahre Aktivposten sei nicht der Revanchegeist, sondern der Freiheitswille der Nation.

Auch die Nationalsozialistische Arbeiterpartei lehnt Mahraun ab. Ihr Programm enthalte viel innere Gegensätze, Forderungen, die halb marxistisch seien. Die Forderung nach der Diktatur sei nicht deutsch, sondern

**Jungdeutscher Orden  
gegen N.S.D.A.P.**

römisch. Das Programm werde willkürlich ausgelegt. Und so sei es kein Wunder, daß sich innerhalb der Hitlerpartei zwei verschiedene Grundrichtungen herausgebildet hätten, eine nationalistisch-reaktionäre Hitlers und eine sozialistisch-revolutionäre Otto Strassers. Die Hitlerrichtung paktiere mit der reaktionären Rechten, die Strasserrichtung mit dem Bolschewismus. Der Nationalsozialismus sei eine seltsame Mischung von Rückschritt und Fortschritt. Mahraun fordere die volksbrüderliche Lebensgemeinschaft, schöpferische Staatsidee und Selbstverwaltung der Nation im Volksstaate, Hitler dagegen völkische Herrenmoral, Nachahmung fremder Staatsidee, Diktatur. Hitler habe keine eigenen Ideen, er verstehe nur, fanatischen Haß aufzupeitschen; das sei nicht nur unmoralisch, sondern auch gefährlich. Auch das politische Pharisäertum Hitlers sei innerlich unehrlich und ungebildet. "Hitler trommelt, Mahraun baut den Staat. Seine Bauleute sind alle ehrlichen Deutschen." Wie die Deutschvölkische Freiheitsbewegung, rechnet der Jungdeutsche Orden darauf, einst das Sammelbecken der enttäuschten Nationalsozialisten zu sein, wenn Hitlers Partei einst zusammenbreche.

So war es ganz natürlich, daß Mahraun dazu gelangte, eine neue Front, die der nationalen Mitte, zu schaffen. Unabhängig von rechts und links begann er Ende 1928 zur "Volksnationalen Aktion" aufzurufen. Er propagierte die Idee 1929 in gewaltigen Versammlungen zu Dortmund, Danzig und Dresden. In der *Parole 1929* schreibt Mahraun:

"Wir müssen noch weiter gehen und die Tatsache bekennen, daß das Zukunftsfeld unserer Arbeit gar nicht in den sogenannten 'vaterländischen' Kreisen zu suchen ist. Hier finden wir zuviel 'uniformierte Meinungen', zu wenig Willen und Streben nach einer neuen Staatsidee. Nein - das Kampfgebiet unserer Arbeit müssen wir in die Volkskreise verlegen, die im Jahre 1918 demokratisch gewählt haben, weil sie mit dem Gedanken der Demokratie ihre Sehnsucht nach einer neuen freiheitlichen Staatsidee zum Ausdruck bringen wollten. Diese Menschen sind durchaus nicht mit den Berliner Kurfürstendamm-Jünglingen zu vergleichen, die, solange sie jung sind, in Pazifismus, Sozialismus und Demokratie machen, sich aber ohne Rücksicht auf solche Dinge später, wenn sie das väterliche Geschäft übernommen haben, immer nur dorthin entscheiden, wo sie den Nutzen und die Mehrung ihrer materiellen Güter spüren."

### **Der Jungdeutsche Orden und die Volksnationale Aktion**

Aus dieser demokratischen Richtung heraus sollte sich also **die "Volksnationale Aktion"** entwickeln. Mahraun war überzeugt, daß die Menschen des Klassenhaders müde seien, sie möchten gern in einer brüderlichen Volksgemeinschaft leben, wenn nur jede Vergewaltigung des einen durch den andern unmöglich gemacht wäre. Man müsse einen Widerstand organisieren gegen Bolschewismus und Plutokratie, welche zur Entartung der modernen parteiistischen Republik geführt hätten. Das sei die Überzeugung der weitesten Volkskreise. Aber Mahraun setzte den Hebel der Erneuerung nicht rechts, sondern in der Mitte an, der nationalen Mitte, als deren Führer er Hindenburg bezeichnete.

Im Frühjahr 1930 organisierte Mahraun die volksnationale Aktion, er gründete die **Volksnationale Reichsvereinigung**. Sie hatte vor allem ein Innenprogramm: Reichsreform, Wahlrechtsreform, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik. Die Begründung dieses Programms war im September 1929 zu Dresden gegeben worden:

"Die neue Zeit schwerster außen- und innenpolitischer Entscheidungen, in dem Augenblick, in dem der Youngplan den Herrschaftswillen der Weltplutokratie enthüllt, ruft der Jungdeutsche Orden zur politischen Neuordnung auf. Außenpolitische Freiheit und Gleichberechtigung unter den großen Nationen wird das deutsche Volk nur dann erringen, wenn seine Kraft in einem organischen Volksstaat zur Wirkung kommt. Das Vertrauen weitester Kreise zur heutigen Parteiwirtschaft ist verschwunden. Mit plutokratischen Mitteln, mit einer korrumpierten Subventionswirtschaft und mit Pressetrusten sind Kreise politisch führend geworden, denen wir kein Vertrauen entgegenbringen können. Mit beispielloser Demagogie wird im Parteiinteresse von rechts und links die durch die Revolution vertiefte Volksspaltung aufrechterhalten. Die Frage der Novemberschuld, die Flaggenfrage und

ähnliche Gegensätze werden in den Vordergrund gezerzt. An ihnen scheitert jedes Streben nach Einheit des deutschen Wollens in dringenden Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben. Der Gefahr des Bolschewismus und der Weltplutokratie, der drohenden Diktatur proletarischer oder sozialreaktionärer Minderheiten steht das deutsche Staatsbürgertum schutzlos gegenüber. Die breitesten Schichten, vom unabhängigen deutschen Mittelstand bis zur standesbewußten arbeitsfreudigen Arbeitnehmerschaft werden zwangsläufig die Opfer einer plutokratischen Politik. Der gesunde Bauernstand, eine der Grundlagen von Volk und Staat, ist schwer bedroht. Versuche, die bürgerlichen Parteien zu reformieren, sind an deren Abhängigkeit von plutokratischen Cliques gescheitert. Eine durchgreifende Reichs- und Verwaltungsreform ist das Gebot der Stunde."

So war auch für Mahraun in dem allgemeinen Drängen und Gären des Jahres 1929, in den Bestrebungen des nationalen Sozialismus, staatsgestaltende Kraft zu entfalten, die Zeit gekommen, direkt in das Staatsleben einzugreifen. Aber geblendet von der Kraft seiner Idee beging er den verhängnisvollsten Fehler: indem er den "Parteiismus", der immer formloser, negativer zerrann, bekämpfen wollte, wandte er sich selbst dem Parteiwesen zu, suchte er da eine Stütze, die wankte, die nicht mehr fest im Boden des Volkes stand: er machte den Jungdeutschen Orden selbst zur Partei. An sich wäre dies noch kein Schade gewesen, auch Hitler hat das getan, aber der Jungdeutsche Orden war allzustark vorbelastet durch weitgehende innen- und außenpolitische Zugeständnisse an das herrschende System. Mahraun hatte nicht erkannt, daß diejenigen, an die er sich wandte, innerlich von dem herrschenden System bereits sich abgewendet hatten. Als dann die Volksnationale Reichsvereinigung selbst als Partei in Wahlkämpfen des Frühjahrs 1930 auftrat, erntete sie katastrophale Mißerfolge. Bei den sächsischen Landtagswahlen Ende Juni errang die Volksnationale Reichsvereinigung noch nicht 40 000 Stimmen, kaum 1½ Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen!

Mhraun beruft sich in seinen Schriften häufig auf den **Reichsfreiherrn vom Stein**. In ihm sieht er das Vorbild für sein eigenes Wirken. Uns will es scheinen, daß Mahraun weniger Stein verwandt ist als dem Dichter **Ludwig Uhland**, der im Frankfurter Parlament 1848 immer etwas zu weit links stand. Uhland sprach in jenem Parlament die denkwürdigen Worte: "Glauben Sie, es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Öles gesalbt ist!" Jene romantische Demokratie, die nur in der Idee, nicht in der Wirklichkeit möglich ist, ist auch der Inhalt der Mahraunschen Bestrebungen. Mahraun war, obwohl er das Gesetz der Generation erkannt hatte, im Grunde viel zu bürgerlich, um sich souverän über alle bourgeoisen und proletarischen Gegensätze erheben zu können. - Die Hauptstützpunkte des Jungdeutschen Ordens waren Hessen, Westfalen, Schleswig-Holstein und Sachsen. Der *Jungdeutsche*, das Hauptorgan, erschien seit 1924 als Tageszeitung. Daneben wurde die Führerzeitschrift *Der Meister*, eine volksnationale Schriftenreihe *Der Staatsbürger* und die Monatszeitschrift *Jungdeutsche Jugend* herausgegeben.

**Mhraun und  
die Demokratie**

Seldte und Düsterberg, Hitler und Feder, Gräfe und Wulle, Mahraun und Bornemann - sie waren Männer von heftigen Gegensätzen, und dennoch dienten sie einer Idee: Ablehnung alles Internationalen und dafür scharfe Betonung des nationalen Selbstbewußtseins und der nationalen Selbstbestimmung, Ablehnung des marxistischen Sozialismus und dafür scharfe Betonung der sozialen Verbundenheit aller Stände und Gesellschaftsschichten, - aber tiefe Gegensätzlichkeit nicht nur in den Mitteln und Wegen, die zu Deutschlands innerer und äußerer Befreiung führen sollen, sondern auch in dem schließlichen Endziel, dem Ausbau des neuen Reiches. Das tragische Erbübel der Deutschen, die Zersplitterung und Eigensinnigkeit, kommt auch hier wieder zum Ausdruck. Vier Bewegungen mit gleichen Zielen, aber in ihrem Charakter verschieden, indem sie entweder das militärisch-staatliche Moment betonen wie der Stahlhelm, oder das politische wie Hitler, oder das geistige wie Wulle, oder das demokratische wie Mahraun, gehen nebeneinander her, trennen sich teilweise sogar durch unversöhnliche Feindschaft.

Dennoch aber entschied das deutsche Volk selbst, soweit es für die Ideen und Ziele des nationalen Sozialismus zugänglich war, welche von den vier

**Zusammenfassung**

Bewegungen die führende sein sollte. **Der Stahlhelm** hatte keine Zukunft. Da nur Frontkämpfer seine wahren Mitglieder sein konnten, war er zum langsamen Absterben verurteilt. Er konnte sich nicht vermehren und vergrößern, sondern es war sein Schicksal, in sich zusammenzuschrumpfen. Auch der Jung-Stahlhelm, jene Organisation, die den jungen Nachwuchs des Bundes im gleichen Geiste erziehen sollte, konnte die durch den Tod gerissenen Lücken nicht ergänzen. Sie blieben offen und wurden größer. Denn den Angehörigen des Jungstahlhelm fehlte das Ursprüngliche des Erlebnisses, des Krieges, woraus sich erst seelisch und gefühlsmäßig der Charakter des Stahlhelms und seine Tätigkeit entwickeln konnte. **Die Deutschvölkische Freiheitsbewegung** war zu sehr vom Wesen positiver Politik entfernt, sie war allzu geistig-kritisch, als daß sie die Massen für sich gewinnen konnte. **Der Jungdeutsche Orden**, der sich bewußt als das Sammelbecken der neuen Generation fühlte, gliederte sich organisch allzusehr in das System des nachrevolutionären Deutschland ein und verlor dadurch einen großen Teil seiner Urwüchsigkeit und seiner Eigenart.

So blieb allein **die nationalsozialistische Partei** als Sammelbecken für die strömende Kraft der jungen Generation. Diese Partei unterlag nicht der physischen Beschränkung wie der Stahlhelm, sie machte sich nicht die starre Schroffheit der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu eigen, sie gab nicht den Prinzipien der Kreise nach, welche die Revolution durch den Sturz Deutschlands erkämpften und in der Koalitionsdemokratie von 1917 bzw. 1919 das Ziel ihres Handelns erblickten, sie vereinigte in sich physische Kraft mit Leidenschaft und Idealismus und mit einem hohen politischen Ziel. Sie herrschte durch die Gewalt ihres Charakters und riß die Massen mit sich, indem sie Widersprüche und Gegensätze in einer höheren Idee zu einen verstand. Aus der stolzen seelischen und materiellen Unabhängigkeit zog sie ihre Bannkraft, und aus dieser Unabhängigkeit ergab sich auch, daß sie unangreifbar war. Der Nationalsozialismus konnte vorwärtsstürmen, ohne rückwärts zu blicken und dadurch unfrei zu werden, und so konnte er, seitdem der Streit um den Youngplan im September 1929 sich erhob, offensichtlich auch den Stahlhelm und die Deutschnationale Volkspartei in seinen Kreis zwingen. Seit jener Zeit aber begann auch der Gedanke an die politische Macht dem Nationalsozialismus näher zu rücken. Zwei geistige Welten von nun gleicher materieller Stärke rückten gegeneinander vor. Der sie trennende Zwischenraum wurde täglich kleiner unter dem Druck der großen inneren und äußeren Not.

Der Nationalsozialismus verband mit der militärischen Disziplin die politische Form der Partei. Das war sein Vorteil, weil er keine Partei war wie die anderen, sondern die deutsche Großvolkbewegung. Er war die der Evolution fähige Bewegung der jungen Generation, wenigstens soweit sie den Kommunismus ablehnte. In ihrer Entwicklung liegt etwas Irrationales. Die Partei, von Hitler zur Macht berufen, entwickelte sich ganz von selbst weiter, je mehr die junge Generation heranwuchs. Und diese Masse der Nationalsozialisten bildete den tragfähigen Boden, auf dem die Führer, die 1914 bis 1918 für ein neues, starkes Deutsches Reich, dem Sozialismus innere und äußere Freiheit bedeutete, in den Weltkrieg zogen, ihr Drittes Reich bauen konnten.

Die Regierungen, soweit sie Vertreterinnen der Koalitionsparteien vom Juli 1917 und vom August 1919 waren, mußten mehr und mehr ein bestimmtes Verhältnis zum nationalen Sozialismus anstreben. Seine unbedingte Anerkennung bedeutete Aufgabe ihrer selbst. Der "Geist von Weimar" war doch schon recht brüchig geworden und altersschwach. **So darf der Historiker den Beginn des Kampfes um das Dritte Reich in jene Zeit verlegen, da der Streit um den Youngplan neue tiefe Wunden dem deutschen Volke schlug, im Spätsommer und Herbst 1929.** Bis zum Herbst 1930 war das erste Stadium dieses Kampfes überwunden. Er trat in einen neuen Abschnitt, der abermals ein Jahr, bis zum Herbst 1931 dauerte.

Im Kampfe für ihre Weltanschauung und Ideale, für ihre Staats- und Kulturziele mußten die alten Parteien fallen, um dem Drängen junger Kräfte die Bahn frei zu machen.



## 1. Kapitel: Die Reichstagswahl von 1928. Angriffe und Widerstände.

Die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 brachte den Marxisten einen großen Stimmenzuwachs; die Sozialdemokraten, die 1924 etwa 7,9 Millionen Stimmen auf sich vereinigten, konnten diesmal etwa 9,3 Millionen Anhänger zählen. Die Gefolgschaft der Kommunisten vermehrte sich von 2,7 auf 3,2 Millionen. Im bürgerlichen Lager dagegen trug eine außerordentliche Interessenszersplitterung zu einer teilweise recht erheblichen Schwächung der alten und großen Parteien bei. Die Deutschnationale Volkspartei verringerte ihre Stimmenzahl von 6,2 auf 4,5 Millionen, die Deutsche Volkspartei von 3,1 auf 2,7, die Demokraten gingen von 1,9 auf 1,5, das Zentrum von 4,1 auf 3,7 und die Bayerische Volkspartei von 1,1 auf 0,9 Millionen Stimmen zurück. Auch die Nationalsozialisten büßten von ihren ehemals 900 000 Stimmen etwa 7 Prozent ein.

### Wahlergebnis

Dagegen hielten die Splitterparteien reiche Ernte. Die Wirtschaftspartei verdoppelte sich auf 1,4 Millionen; der Landbund, der 1924 eine halbe Million Stimmen ergattern konnte, sank auf weniger als die Hälfte, doch zum Ausgleich sproßte neben ihm neu und kräftig die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkspartei mit 770 100 Stimmen. Die Volksrechtspartei, die nicht ganz eine halbe Million Stimmen zusammenbrachte, war ebenfalls ein neues Gebilde und lebte von der Unzufriedenheit aller, denen die Aufwertungsgesetze nicht genügten. Der völkischnationale Block mit seinen 300 000 Stimmen wollte die vereinten völkischen und protestantischen Ziele Wulles und des ehemaligen Hofpredigers Döhrings zum Siege führen, während die Evangelische Partei Deutschlands mit 51 000, die Christlich-soziale Reichspartei mit 110 000 und der Evangelische Volksdienst mit nicht 5000 Stimmen aus der Wahl hervorgingen.

Dergestalt zeigte sich im bürgerlichen Flügel des Volkes ein Ermatten der parlamentarischen Energien, die Tendenz des Zerfließens und der Auflösung, deren Nutznießer die Sozialdemokraten und Kommunisten waren. Dieselbe Erscheinung offenbarte sich bei den Landtagswahlen, die am gleichen Tage in Preußen und Bayern, in Württemberg, Anhalt und Oldenburg stattfanden. Es schien, als sei die Uhr des Volkes zurückgedreht, als breche eine neue Epoche der Macht für die Sozialdemokratie, die führende Partei der Regierungskoalition, an. Alle Errungenschaften der Deutschnationalen Volkspartei, die sie unter Mühen und Kämpfen der letzten vier Jahre erreicht hatte, gingen in Trümmer: sie verlor 40 Sitze im Reichstag, während die Sozialdemokratie ihre Sitze von 131 auf 153 vermehrte und damit mehr als doppelt so stark wie die deutschnationale Fraktion wurde.

Die Wahl war für die bürgerlichen Parteien eine empfindliche Niederlage, geradezu eine Katastrophe. Die Partei der revolutionären Generation aber fühlte sich mit hochgesteigertem Machtwillen geladen. Die Regierungsbildung vom 29. Juni brachte dies klar zum Ausdruck. Das Amt des Reichskanzlers übernahm der Sozialdemokrat Hermann Müller, der schon einmal von Ende März bis Anfang Juni 1920 Reichskanzler gewesen war. In seinem Kabinett vereinigte er außerdem die Sozialdemokraten Severing (Innenministerium), Hilferding (Finanzen), und Wissell (Arbeit). Die Justiz und das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft übernahmen zwei Demokraten, Erich Koch und Dietrich. Die besetzten Gebiete und der Verkehr wurden dem Zentrum zugestanden, während der Bayerische Volksparteiler Schätzel das Postministerium behielt. Der Außenminister Stresemann und der Wirtschaftsminister Curtius gehörten der deutschen Volkspartei an. Vier Sozialdemokraten, zwei Demokraten, zwei, bzw. drei Zentrumsanhänger und zwei Volksparteiler - das war die neue Koalitionsregierung. Das Kabinett Marx, das vom 29. Januar 1927 bis zum 12. Juni 1928 regierte, bestand aus vier Deutschnationalen, zwei Volksparteilern und drei, bzw. vier Zentrumsanhängern. Das Schwergewicht hatte sich wieder einmal nach links verschoben.

### Regierung Hermann Müller

Die Regierung Hermann Müller war es also, die sich berufen fühlte, die nachrevolutionäre Politik Deutschlands im Sinne des herrschenden Systems auf ihren Höhepunkt zu führen, das heißt, die es sich zum Ziele setzte, eine endgültige Regelung der Tributversklavung zu erreichen und, gleichsam als moralischen Erfolg, als ideellen Ausgleich für materielle und nationale Opfer, die restlose Befreiung der Rheinlande herbeizuführen. In den langen und langwierigen Verhandlungen über den **Youngplan** und seine Durchführung, die sich vom Frühjahr 1929 bis in den Frühsommer 1930 hin-

zogen, fand nicht nur das Kabinett Hermann Müller die Aufgabe, die zu lösen es sich vorgesetzt hatte, sondern sie bildeten die Krönung, den Höhepunkt der ganzen bisherigen demokratischen Politik. Aber insofern bildeten sie zugleich den Wendepunkt des Systems. Die nationale Opposition, zwar von der Regierung ausgeschaltet, sammelte aber doch ihre Kräfte nicht nur zum Widerstand, sondern zum Angriff auf das System. Nicht so sehr die Deutschnationale Volkspartei entwickelte sich zum durchschlagenden Faktor. Sie litt an allzuviel Hemmungen, da sie in alten Anschauungen und Vorstellungen wurzelte. Viel mehr der nationale Sozialismus, der weder von bürgerlichen noch marxistischen Ideologien beschwert war, übernahm in der Folgezeit die Führung der nationalen Opposition.

Bei den Unterlegenen des 20. Mai verbreitete sich zunächst eine Art Panikstimmung. Am schlimmsten war die Angst vor einer weiteren Zerrüttung der wirtschaftlichen Grundlagen in den landwirtschaftlichen Kreisen. Die Hoffnung auf Besserung ihrer Lage hatte sich nicht erfüllt, jetzt aber glaubten sie, den sicheren Tod vor Augen zu sehen. In der Tat hatten derartige Befürchtungen eine gewisse Begründung. Man war machtlos gegen die zunehmende Verschuldung. **Die Schulden der deutschen Landwirtschaft** betragen an den letzten Tagen der Jahre 1925: 3,2 Milliarden, 1926: 4,3, 1927: 5,7, 1928: 6,8 Milliarden, sie vermehrten sich bis zum 31. Dezember 1929 auf 7,3, bis zur Mitte 1931 auf rund 11,5 Milliarden. **Die Konkurse** nahmen besonders bei den mittleren und größeren Betrieben zu: Es fanden **Zwangsversteigerungen** statt vom 1. April 1925 bis 31. März 1926: 1268 mit 9638 Hektar Fläche, 1926-27: 2489 mit 35 944 Hektar, 1927-28: 2403 mit 37 875 Hektar, 1928-1929: 2367 mit 50 432 Hektar! In Ostpreußen wurden 1928: 14 000 Hektar zwangsweise versteigert, bereits im folgenden Jahre war eine zehnmal so große Fläche konkursreif.

Diese bittere Not und die seelische Depression über die Wahlniederlage im Mai sowie die Aussicht, keine Besserung der Verhältnisse je zu erleben, verleitete einige junge Hitzköpfe, mit Gewalttat und Terror gegen ein System vorzugehen, das mit Steuern, Reparationen und ungenügendem Zollschatz die Landwirtschaft zugrunde richtete. In der Zeit vom November 1928 bis zum November 1929 wurden mehrere **Bombenattentate** verübt, in Holstein und Niedersachsen, aber auch in Berlin. So wurde Ende November nachts das Haus des Amts- und Gemeindevorstehers in Hollenstädt, Schleswig, angegriffen. In der nächsten Nacht wurde ein Dynamitattentat auf das Auto des Amtsvorstehers in Lunden (Norddithmarschen) verübt. Gleichzeitig fand man in Beidenfleth Bomben vor dem Hause des Amtsvorstehers. In einer der ersten Aprilnächte 1929 explodierten in Wesselburen Handgranaten. Einige Wochen später erfolgte im Landratsamt von Itzehoe eine Explosion; kurz darauf erlebte, ebenfalls nachts, der Schulrat von Hohenwestedt eine Pulverexplosion in seiner Autogarage. Darauf wurde das Wohnhaus des Landrats in Niebüll (Schleswig) Gegenstand eines Angriffs. In Lüneburg wurde die Villa eines Rechtsanwalts in der ersten Augustnacht 1929 Schauplatz eines Attentats. Vier Wochen später unternahm man einen Bombenanschlag gegen das Wohnhaus des Vizepräsidenten Grimpe in Schleswig. Auch das Reichstagsgebäude in Berlin wurde nicht verschont. Hier erfolgte ein Bombenattentat am 1. September. Und schließlich, am 6. November, wurde auch das Regierungsgebäude in Lüneburg attackiert.

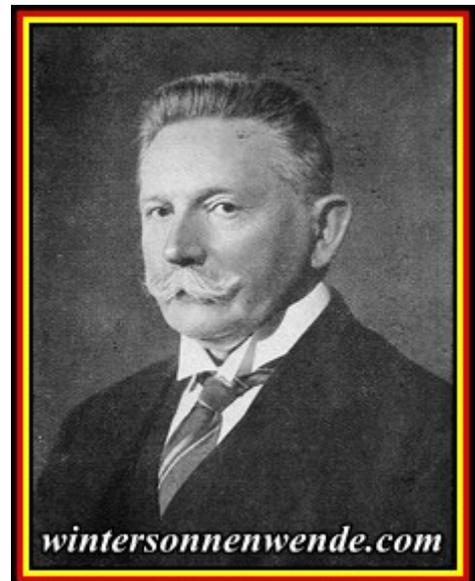
Die Attentate vernichteten keine Menschenleben. Sie sollten das Volk aufrütteln aus seiner Lethargie, es sollte das marxistische Joch abschütteln; der Polizei gelang es verhältnismäßig leicht, die Attentäter zu fassen. Sie nahm Massenverhaftungen vor; die Attentäter legten Geständnisse ab, belasteten die nationalsozialistische Partei. Die Nationalsozialisten erklärten, sie hätten nicht das Geringste mit der holsteinischen Landvolkbewegung zu tun. Dennoch wurden im September 1929 bei der Verfolgung der Bombenleger Haussuchungen bei Nationalsozialisten bis nach Ostpreußen hin, in Königsberg und Tilsit, vorgenommen. Ja, man erwog im preußischen Innenministerium die Auflösung der Partei, trotzdem es nicht gelungen war, den geringsten Zusammenhang zwischen den Nationalsozialisten und den Bombenlegern nachzuweisen. Tatsächlich aber wurde Mitte Oktober verschiedenen Nationalsozialisten, die in überfüllten öffentlichen Versammlungen gegen den Youngplan sprechen wollten, das Reden verboten, ja, einige wurden sogar verhaftet! Auch die Rathenaumörder von Salomon und Techow wurden in die Angelegenheit verwickelt. Die Heißsporne

hatten nichts mit ihrer Mühe erreicht; sie kamen ins Gefängnis, und dann wurde in Altona der "große Bombenlegerprozeß" gegen die schleswig-holsteinischen Landwirte geführt, der im Oktober 1930 damit endete, daß elf Angeklagte mit rund 50 Jahren Zuchthaus bestraft wurden. Die Rechtspresse fand das Urteil ausgesucht schwer, es vertiefte die Kluft im Volke aufs neue. Die linksdemokratische *Vossische Zeitung* dagegen meinte, daß das Urteil mit seiner nüchternen Abwägung aller Umstände am besten geeignet sei, eine Epoche des Unverstandes und der Verwirrung abzuschließen, die unverantwortliche Führer ange richtet hätten. Doch schon im Juni 1932 wurden die Verurteilten in Freiheit gesetzt, nachdem im preußischen Landtag ein nationalsozialistischer Amnestieantrag angenommen worden war. -



*Zum Bombenattentäterprozeß: Bauernführer Claus Heim. Ankunft in Berlin. Photo Scherl.*

Doch mit solchen Gewaltmaßnahmen war dem System nicht beizukommen. Viel wichtiger war es, daß die **Deutschnationale Volkspartei** infolge der Maiwahlen beschloß, das seit 1924 geübte Verfahren der direkten oder indirekten Unterstützung der Regierung aufzugeben und wieder in die unbedingte Opposition zurückzukehren. Man erklärte sich die Unzufriedenheit der Wählerschaft damit, daß man zu sehr der demokratischen Linie gefolgt sei. Infolgedessen trat Graf Westarp, der die Partei im Zeichen positiver Regierungsmitarbeit geführt hatte, zurück, und mit nur fünf Stimmen Mehrheit wählte man am 20. Oktober 1928 den Geheimrat **Hugenberg** zum Vorsitzenden. In seiner Programmrede am folgenden Tage bezeichnete Hugenberg die Politik Stresemanns als zu eilig, zu unaufrichtig. Sie habe nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt. Die entscheidende Frage der deutschen Außenpolitik sei jetzt, ob Deutschland Gefahr laufe, das Schlachtfeld der Welt zu werden. Man müsse mit den zahllosen Fehlern des parlamentarischen Systems, mit den zahllosen und unnützen Kommissionsberatungen ein Ende machen und die auch im Parlament vorhandenen guten Kräfte wieder für gesunde Arbeit einsetzen. Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei sei es, die überparteilichen Kräfte der Wirtschaft und der Wehrverbände zu positiver Mitarbeit an Deutschlands innerer Stärkung anzuregen. Die Verantwortung bestehe nicht darin, daß man Kompromisse mache, sondern daß man die Probleme wirklich meistere.



*Dr. Alfred Hugenberg, Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei. Photo Scherl.*

Nun hatte allerdings mit Hugenbergs Wahl eine ganz bestimmte, scharf ausgeprägte Richtung in der Deutschnationalen Volkspartei die Herrschaft erlangt. Hugenberg war Industrieller, und auf die Bauern brauchte man ja weniger Rücksicht zu nehmen, seitdem sie ihre eigenen Vertretungen ins Parlament schickten. Hugenberg war aber ein Vertreter der Plutokratie, wie ihn nur die besten Jahre der untergegangenen Zeiten des Finanzimperialismus hervorbringen konnten. Er herrschte über einen Konzern, der mehr als hundert Millionen Mark Vermögen besaß. Er verfügte über die nationale Presse der Reichshauptstadt, da ihm seit 1916 das umfangreiche Scherlunternehmen gehörte. Er hatte sich durch die Vera-Verlagsgesellschaft Einfluß auf die Provinzpresse erobert. Die große Anzeigen-Aktien-Gesellschaft "Ala" war Hugenberg hörig. Die Telegrafien-Union, nächst Wolff der größte deutsche Nachrichtendienst, war ein Unternehmen Hugenbergs. Die Universal-Film-Aktiengesellschaft (Ufa) schließlich war ebenfalls ein Hugenberg'sches Unternehmen. Durch die Macht des Geldes eroberte Hugenberg sich die Diktatur über die nationale Politik. Von den 3000 deutschen Zeitungen wurden mehr als die Hälfte durch die

**Hugenberg und die Deutschnationalen**

Telegraphen-Union beliefert; diese selbst war ein Riesenunternehmen, das 90 Redakteure, 500-600 festangestellte Beamte und 2000 Mitarbeiter beschäftigte.

Mit einem solchen Apparat finanzieller Macht ausgerüstet bemächtigte sich Hugenberg der Diktatur über die Deutschnationale Partei. Alle vorwärtsdrängenden Kräfte in Bauerntum, Arbeiterschaft, alle nationalen Idealisten, drängte er aus der Partei. Er selbst, ein Mann von 63 Jahren, hatte keine seelischen Beziehungen zur ringenden Generation des nationalen Sozialismus. Die Partei war eine Partei des Besitzes, des Materialismus geworden, in der sich alle die sammelten, die mit der neuen Zeit nichts anzufangen wußten: alte Generäle, pensionierte Pfarrer, Geheimrätinnen, studierte Frauen alten Stiles, die, wiewohl sie nie das Glück hatten, Mütter zu werden, sich anmaßen, tausendmal besser als alle Mütter und Frauen Bescheid zu wissen über die einschlägigen Fragen. Mit einem Wort: **die deutschnationale Volkspartei sank zu einem Instrument Hugenbergs herab, aber Hugenberg selbst verkörperte die Reaktion in der nationalen Bewegung: er war kein nationaler Sozialist, sondern ein Klassenkämpfer für den Besitz.**

So war denn die ganze Kraft Hugenbergs gegen die sozialdemokratische Regierungstätigkeit gerichtet. Und darin lag die Begründung **Hugenbergscher Politik, er setzte dem Klassenkampf der Marxisten den Klassenkampf des Besitzes entgegen.**

**Hugenberg  
an Amerika**

Aber das war doch nur negativ und konnte schließlich nichts Neues aufbauen, konnte die Entwicklung nicht fördern. Die Aufrollung der Reparationsfrage im Frühjahr 1929 ließ Hugenberg die Möglichkeit erkennen, sich als nationale Opposition in den großen Gang des Weltgeschehens einzureihen. So begann der Diktator der Deutschnationalen Volkspartei seinen Kampf gegen die von der Regierung Müller in Paris neu begonnenen Reparationsverhandlungen mit einem längeren Schreiben, das er am 5. März an etwa 3000 amerikanische Wirtschaftsführer, Politiker und Beamte versandte. Auf diese Weise wollte er die Amerikaner beeinflussen, eine Atmosphäre zu schaffen, die in Paris das Gegengewicht gegen die allzugroße Willfährigkeit der deutschen Vertreter bilden sollte. Erreicht hat er allerdings nichts. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

"Die augenblicklichen Diskussionen über die definitive **Regelung der Frage der Tribute**, die Deutschland zahlen soll, geben einer Anzahl prominenter amerikanischer Persönlichkeiten ausgezeichnete Gelegenheit, ihren gewichtigen Einfluß für eine endgültige Befriedung Europas und damit der ganzen Welt in die Wagschale zu werfen. Diese Befriedung ist jedoch unerreichbar, solange eine definitive Regelung nicht in Übereinstimmung gebracht wird mit den Gesetzen der Vernunft und der Gerechtigkeit und solange sie nicht auf Deutschlands Zahlungsfähigkeit abgestellt wird. Sie kann nicht erreicht werden, wenn Deutschland nicht die Position behaupten kann, durch die es instand gesetzt wird, Wächter der Kultur in dem Sinne zu bleiben, in dem die Kultur von den Vereinigten Staaten, die uns unsern Anteil am gemeinsamen Streben nicht mißgönnen, behütet wird.

Die Feinde des deutschen Volkes außerhalb und innerhalb unserer Grenzen bestehen darauf, daß Deutschland und hauptsächlich der konservative Teil seiner Bevölkerung, dem im allgemeinen die vage Bezeichnung der "Reaktionäre" gegeben wird, verantwortlich für den **Kriegsausbruch** war. Das Werk jener berühmten Historiker jedoch, die ihre Arbeit der Aufhellung dieser Frage widmeten - von denen die amerikanischen Professoren Fay, Burgess, Barnes an erster Stelle erwähnt zu werden verdienen -, und umfangreiches dokumentarisches Archivmaterial, das bisher veröffentlicht wurde, haben die Wahrheit der Worte bewiesen, die Hindenburg auf dem Tannenberger Schlachtfeld sprach: "Wir traten reinen Herzens in den Krieg ein und benutzten unser Schwert mit reinen Händen." Noch viel weniger hegt die Deutschnationale Volkspartei am gegenwärtigen Tag den Gedanken eines Angriffskrieges, der in der Tat bedeutungslos sein würde angesichts unserer Abrüstung. Deswegen müssen wir aber nicht ohne Protest uns der Vernichtung unseres guten Namens durch den Schimpf, allein verantwortlich für den Krieg gewesen zu sein, unterwerfen.

Die Deutschnationale Volkspartei erkennt durchaus den hohen Wert der Bemühungen des Staatssekretärs Kellogg an, die **Ächtung des Krieges** durch einen Pakt, der alle Nationen

vereinigt, herbeizuführen. Wir sympathisieren mit diesen Bemühungen. Die Tatsache, daß wir trotzdem beschlossen, Deutschlands Beitritt im Reichstag abzulehnen, resultiert aus der Unmöglichkeit, freiwillig den untragbaren *status quo* anzuerkennen, der durch den Versailler Vertrag geschaffen wird. Dieser Vertrag beraubte Deutschland seiner Souveränität und soll Deutschland auf den Status einer bloßen Kolonie für die Alliierten herabdrücken. Wir warten auf den gerechten Frieden, der Deutschland wirkliche **Gleichberechtigung** unter den Völkern gibt. Wir wünschen, daß das **Selbstbestimmungsrecht** vom Präsidenten Wilson für alle Nationen verkündet, auch für Deutschland Gültigkeit habe. Jeder neue Vertrag, der auf dem *status quo* aufgebaut ist, muß aber die moralische Unterstützung des Versailler Vertrages darstellen. Wir haben keine Absicht, Krieg zu führen, aber wir wünschen unseren Teil an Recht und Freiheit.

Ohne fremde Hilfe ist Deutschland außerstande, die Lasten der Zahlungen, die bisher geleistet wurden, zu tragen. Tatsächlich konnten die Zahlungen deutscher Tribute nur durch **Anleihen**, die Deutschland hauptsächlich von Amerika gewährt wurden, aufgebracht werden. Deutschland ist seit dem Dawesabkommen nicht imstande gewesen, irgendwelchen Betrag aus eigenen Mitteln zu zahlen. Die Amerikaner zahlen deswegen in Wirklichkeit die Tributlasten, die Deutschland aufgezwungen wurden. Die Amerikaner sind es, die - zweifellos im guten Glauben, aber nichtsdestoweniger tatsächlich - den **französischen Militarismus** finanzieren und England die Mittel liefern, seine Kriegsschiffe zu bauen. Die Amerikaner sind es auch, die dem deutschen Marxismus die Mittel für die **sozialdemokratischen Experimente** in Verwaltung und Wirtschaft liefern. Deutschland verliert allmählich durch die Tribute, die es durch Anleihen zahlt, seine finanzielle Substanz. Es ist eine absolute Lüge, zu behaupten, daß Deutschlands Prosperität zunimmt, ebenso wie es eine absolute Lüge ist, Deutschland für zahlungsfähig zu erklären. Die akkumulierende Last seiner Schulden muß zerstörend auf gerade diese Anleihen und auf Deutschlands Währung wirken. Es ist daher - auch in bezug auf das in Deutschland investierte Kapital - nicht im Interesse der Vereinigten Staaten, eine Reparationsregelung zu begünstigen, die **Deutschlands Zahlungsfähigkeit** übersteigt. Die Deutschnationale Volkspartei wünscht eine verständige und gerechte Lösung des Tributproblems und der Fragen, die damit zusammenhängen. Die Revision, die endgültig sein soll, muß innerhalb der Grundsätze bleiben, die **Präsident Wilson in seinen vierzehn Punkten** proklamierte und auf deren Grundlage das deutsche Volk seine Waffen niederlegte. Sie muß notwendigerweise auf Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit basiert sein und muß gewissenhaft in Rechnung setzen, was Deutschland bereits seinen Gläubigern gezahlt hat. Nur eine gerechte Endlösung wird Deutschland in den Stand setzen, die Aufgaben zu erfüllen, die ihm durch die geographische Lage aufgezwungen wurden, nämlich den Schutz der zivilisierten Welt vor dem **Bolschewismus** - eine Aufgabe, zu deren Erfüllung die kultivierten und fortschrittlichen Elemente der ganzen Welt wirklich einhellig beitragen sollten. Wenn Deutschland durch unverständliche Politik und durch untragbare Lasten in Verzweiflung getrieben wird, wird es ebenfalls in die Arme des Bolschewismus getrieben. Nur dann und nicht vorher wird Deutschland wahrscheinlich eine Gefahr für die ganze Welt werden.

Die Deutschnationale Volkspartei hält den Gedanken des Privateigentums aufrecht als Basis jeder Art staatlichen Lebens. Sie lehnt daher ab, mit dem Sozialismus ein Kompromiß zu schließen. Sie weigert sich auch aus dem gleichen Grunde, als einzige große Partei Deutschlands, die Regierung mit Sozialdemokraten zu teilen. Daher ist es nur durch die Hilfe anderer Parteien möglich, daß die Sozialdemokratie sich ihre marxistischen Regierungsexperimente leisten kann. Der Sozialismus ist der erste Schritt zum **Bolschewismus**. Deswegen stellt die Deutschnationale Volkspartei das einzige Bollwerk gegen das Chaos dar. Unsere besondere Sache ist ebenso die Sache aller derjenigen Mitglieder jedes Volkes, die wünschen, das Chaos zu bekämpfen. Wenn durch unverständige Lösung der Tributfrage der Kampf vereitelt wird, wird ein gewaltsamer Einbruch des **Chaos in Deutschland und**

**Europa** die Folge sein, und dieses Ereignis könnte die ganze zivilisierte Welt gefährden, denn der Bolschewismus und der Sozialismus sind nicht besondere Produkte Rußlands, sondern eine seelische Krankheit der industriellen Menschheit, die wie die Grippe über die Ozeane rasen kann. **Unsere Sache ist die Ihre.**" -

**Mitte Juni fielen die Würfel in Paris. Es war nun klar, daß das deutsche Volk auf zwei Generationen hinaus unter das Tributjoch gebeugt werden sollte.** Das war das letzte Wort der Wirtschaftsführer, und den Staatsmännern blieb nur noch übrig, ihre Zustimmung auszudrücken. Es waren da noch verschiedene Formalitäten nötig, denn die Umwandlung eines bisher politischen Problems in ein rein wirtschaftliches verlangte einige Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Staaten und der Weltwirtschaft. Aber gerade an diesem Punkte kamen die verschieden gerichteten Bewegungen des deutschen Volkes in Fluß, Energien prallten aufeinander, Machtfaktoren rieben sich schwer aneinander wie knirschende Mühlsteine.

Nicht nur die nationale Opposition, die sich in gewaltigen Kundgebungen gegen den Youngplan erging, erhob ihre Stimme, die strikte Ablehnung forderte. Auch das Zentrum erhob Bedenken. Dr. Kaas schrieb am 10. Juli Dr. Wirth, daß eine dauernde Kontrolle des Rheinlandes durch Frankreich nach aufgehobener Besetzung für das Zentrum infolge seiner innigen Verbundenheit mit den westdeutschen Gebieten unannehmbar sei. Wirth erwiderte, nach Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund würde die "Feststellungs- und Vergleichskommission", welche die französische Presse fordere, als ständige Einrichtung ein stärkster Einbruch in die moralische Autorität des Völkerbundes sein. Die Erfüllung seiner Aufgabe der Friedenssicherung könne dadurch gefährdet werden. Das abgerüstete Deutschland, das auf die Entwicklung des Rechts und die Völkergemeinschaft vertraue, könne unmöglich diesen Sprung vom sicheren Boden der Rechtsordnung des Völkerbundes in den unsicheren Strudel von Regelungen machen, die in schwierigen Zeiten, da der innere Ausgleich fehle, die Belastungsprobe nicht bestehen würden. Deutschland könne nicht zu seiner Wehrlosigkeit noch seine Rechtlosigkeit fügen. Eine Dauerkommission über die Rheinlande sei indes, wengleich in gleißender Verbrämung, ein Schlag gegen Deutschlands Recht, der dem Ruhreinbruch verglichen werden könnte, und ein Rückschritt in der ganzen friedlichen Entwicklung. Daß überdies eine solche französische Forderung zu den von Frankreich zu bietenden Gegenleistungen in groteskem Mißverhältnis stehen würde, springe in die Augen. Um des Rechts und des Friedens willen werde eine Forderung, die eine Dauerkontrolle für die Rheinlande verlange, allerschärfste Ablehnung von seiten Deutschlands finden. - Im Haag kam es aber zu einem Vergleich, der diese Worte Wirths ganz erheblich einschränkte. **Darüber ist im 4. Bande der Geschichte unserer Zeit berichtet.**

**Kampf gegen  
den Youngplan**

Hugenberg aber war entschlossen, die stärkste legale Waffe gegen die Annahme des Youngplanes ins Feld zu führen, er bereitete einen Volksentscheid vor. Es ist das erstmal in der Geschichte der deutschen Republik, daß die nationale Opposition sich des in der Reichsverfassung gewährten Mittels der Volksgesetzgebung bediente. In gewaltigen und unzähligen Versammlungen wurde hierfür Propaganda gemacht und Hugenberg war seines Erfolges gewiß. Er versicherte sich gleichgesinnter Bundesgenossen, der nationalsozialistischen Partei, der Christlich-nationalen Bauernpartei und des Landbundes. Sie alle vier hatten bei der Maiwahl sechs Millionen Stimmen auf sich vereinigt. Auch der Stahlhelm hatte sich dafür erklärt, er bildete gleichsam den interparteilichen Kitt der betreffenden Parteien. Ein Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren wurde gebildet, worin Hugenberg, Hitler und Seldte die Führung hatten. Als die Vorarbeiten beendet waren, gab der Reichsausschuß am 11. September folgende Erklärung heraus:

"Die Vorbereitungen für das Volksbegehren gegen die Versklavung des Deutschen Volkes sind abgeschlossen. Dem Volksbegehren ist ein Gesetzentwurf zu Grunde gelegt, der grundsätzliche außenpolitische Forderungen enthält.

**Volksbegehren und  
Volksentscheid  
gegen Youngplan**

Die außenpolitischen Forderungen des Reichsausschusses fußten auf der Tatsache, daß Deutschland nicht die **Schuld am Kriege** trägt. Die Anerkennung dieser Tatsache durch die

Mächte, die das Diktat von Versailles unterzeichnet haben, kann und wird erreicht werden. Die Befreiung Deutschlands von dem Vorwurf der Kriegsschuld muß die Grundlage der deutschen Außenpolitik sein.

Auf diesem Grundgesetz bauen sich folgende außenpolitische Ziele auf:

Es gilt, unter Abkehr von den bisher geübten Verfahren eine **Regelung der Reparationsfrage** zu erreichen, die unter voller Anrechnung aller von Deutschland bereits durchgeführten Leistungen im Einklang mit der tatsächlichen deutschen Leistungsfähigkeit steht.

Voraussetzung für eine wirkliche "Liquidierung des Krieges" ist die Anerkennung der deutschen Lebensnotwendigkeiten. Zu ihnen gehört die Wiederherstellung des für das deutsche Volk lebensnotwendigen Raumes. Dies bedeutet, daß insbesondere **Rheinland und Saargebiet**, befreit von allen die Souveränität irgendwie beeinträchtigenden Sonderbestimmungen, unbelastet zum Reiche kommen. Zu den deutschen Lebensnotwendigkeiten gehört ferner der selbst in Versailles vorgesehene Rüstungsausgleich zwischen dem entwaffneten Deutschland und den zur See, zu Lande und in der Luftwaffe aufgerüsteten europäischen Mächten.

Als erster Schritt zur Erreichung dieser außenpolitischen Ziele soll das mit dem Gesetzentwurf näher gekennzeichnete Volksbegehren dienen. Die dem Reichsausschuß angeschlossenen Parteien werden gleichzeitig im Reichstage bei der Beratung der für die Haager Vereinbarungen notwendigen Gesetze die Aussetzung der Verkündung dieser Gesetze beantragen. Sie kann mit einem Drittel der Reichstagsstimmen beschlossen werden.

Neben dieser auf Artikel 72 gestützten Maßnahme wird der Reichsausschuß dem Reichsminister des Innern den für das Volksbegehren ausgearbeiteten selbständigen Gesetzentwurf einreichen. Dieser Gesetzentwurf mußte in Form und Inhalt die augenblickliche völkerrechtliche Lage Deutschlands berücksichtigen und sich den staatsrechtlichen Bestimmungen über ein Volksbegehren anpassen. Der Gesetzentwurf ist die Einleitung zu der vom Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren erstrebten völligen Umstellung der deutschen Außenpolitik. Er hat folgenden Wortlaut:

§ 1: Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß das erzwungene **Kriegsschuld**anerkennnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2: Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß das Kriegsschuldanerkennnis des Artikel 231 sowie die Art. 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden. Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die **besetzten Gebiete** nunmehr unverzüglich und bedingungslos sowie unter **Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet** geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.

§ 3: Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldanerkennnis beruhen. Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die auf Grund der **Vorschläge der Pariser Sachverständigen** und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.

§ 4: Reichskanzler und Reichsminister sowie Bevollmächtigte des deutschen Reiches, die entgegen der Vorschrift des § 3 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92, 3. St.G.B. vorgesehenen Strafen.

§ 5: Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft."

Nachdem Ende September Hugenberg und Seldte beim Reichsinnenminister Severing den Zulas-

sungsantrag zum Volksbegehren gestellt hatten, entbrannte sofort der Kampf der gegeneinander gerichteten Gewalten. Es zeigte sich zunächst, daß **die Deutsche Volkspartei in schroffster Weise das Volksbegehren bekämpfte**. Der Reichsausschuß dieser Partei erließ am letzten Septembertage einen Aufruf, worin er etwa folgendes erklärte: Das ganze Volk lehne die Kriegsschuldflüge ab, mit seiner diesbezüglichen Forderung renne Hugenberg also offene Türen ein. Der Youngplan bringe die endliche Befreiung Deutschlands von fremder Besatzung und schaffe das jedem deutschen Gefühl unerträgliche Kontrollsystem ab. Das sei Stresemanns Verdienst.

"Die Urheber des Volksbegehrens treiben ein frivoles Spiel mit den heiligsten nationalen Empfindungen und der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Der Reichsausschuß erwartet von den Mitgliedern der deutschen Volkspartei, daß sie das ihrige tun, um das Volk über den wahren Sinn des Volksbegehrens in seiner nunmehrigen Gestalt aufzuklären, damit es das Spiel durchschaut und ihm ein Ende bereitet."

Allerdings bestand innerhalb der Deutschen Volkspartei keine absolute Einigkeit in der Auffassung. Besonders nach dem Tode Stresemanns am 3. Oktober machten sich in allen Teilen des Reiches Stimmen der Jungvolksparteiler bemerkbar, die eine Unterstützung des Volksbegehrens forderten und zur Gründung einer Partei der nationalen Mitte aufforderten. Aber noch stand die Politik Stresemanns trennend zwischen der Deutschen Volkspartei und der nationalen Opposition.

**Am nachdrücklichsten jedoch setzte der Kampf gegen die nationale Aktion von der Seite der Regierung her ein.** Das war ganz natürlich, denn das herrschende System witterte von dieser Seite

**Kampf der Regierungen  
gegen das Volksbegehren**

eine gefährliche Bedrohung seines Werkes, ja seiner Existenz überhaupt! Alle Mittel wurden angewendet, um das Vorgehen Hugenbergs scheitern zu lassen. Die Reichsregierung ließ sich die Bekämpfung des Volksbegehrens trotz aller finanziellen Nöte eine drittel Million Mark kosten! Der preußische Innenminister Grzesinski löste mit ausdrücklicher Zustimmung von Severing und Curtius am 9. Oktober auf Grund des Gesetzes, das am 22. März 1921 zur Ausführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages erlassen worden war, den Stahlhelm und die ihm angeschlossenen Organisationen in Rheinland und Westfalen auf. Man habe diese staatsgefährliche Organisation schon viel zu lange geduldet! Man hielt bei den Führern Haussuchungen ab, nahm ihnen die Unterlagen für das Volksbegehren weg, sperrte ihre Postscheckkonten. Ein Einspruch der Betroffenen war erfolglos. Auch der preußische Staatsrat stellte sich zwei Monate später auf die Seite der Regierung und lehnte eine Aufhebung des Verbotes ab.

Obwohl es nicht gestattet war, den Rundfunk für politische Propagandazwecke zu benutzen, hielten doch jetzt in ihm Minister, so Severing, Reden gegen das Volksbegehren. Die Beamten ließ die preußische Regierung und der Reichsinnenminister Severing wissen, daß sie jeden Staats- oder Reichsbeamten, der sich zum Volksbegehren einzeichne, disziplinarisch verfolgen und seines Amtes entheben würden. Das war ein Terror, der offensichtlich die in der Reichsverfassung gewährte Freiheit verletzte. In der Tat wurden Beamte aus diesem Anlaß gemäßregelt. So wurde in Düsseldorf ein Regierungsrat Bierbach seines Amtes enthoben, weil er einen Aufruf für das Volksbegehren mit unterzeichnet hatte. Aus dem gleichen Grunde wurde gegen einen Regierungsrat Fabricius vom Landesfinanzamt Brandenburg das Dienststrafverfahren eröffnet. Sozialdemokratische Zeitungen, wie die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* in Neumünster, scheuten nicht davor zurück, Namen von Beamten öffentlich abzudrucken, die sich in die Volksbegehrenliste eingezeichnet hatten.

Mit rücksichtslosem Terror wurde versucht, die nationale Bewegung im Keime zu ersticken. Der Reichsausschuß für das Volksbegehren fragte deshalb beim Reichsinnenminister Severing an, wie sich die Beamten zum Volksbegehren zu verhalten hätten. Darauf antwortete dieser am 16. Oktober:

"Die Reichsregierung ist bereit, die verfassungsmäßigen Rechte der Beamenschaft vor jeder unzulässigen Beeinträchtigung zu bewahren. Nach der Rechtsprechung des Reichsdisziplinarhofes muß sich jedoch auch der Beamte bei der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte innerhalb des gebotenen Anstandes und insbesondere der Strafgesetze halten.

§ 4 des Volksbegehrens überschreitet diese Grenze. Indem er die Tätigkeit von Reichspräsident und Reichsregierung als Landesverrat zu brandmarken sucht, einhält er eine Beschimpfung der höchsten Organe des Reiches. Die erdrückende Mehrheit der deutschen Beamten-schaft teilt übrigens die Rechtsüberzeugung der Reichsregierung, wie sich aus den dankenswerten Aufrufen der Beamtenorganisation ergibt. **Die Reichsregierung ist nicht in der Lage und nicht gewillt, Beamte, die durch Eintreten für diesen § 4 des Volksbegehrens die verfassungsmäßige Grenze überschreiten, vor disziplinarischem Einschreiten der zuständigen Behörden zu schützen.**"

Daraufhin klagte Hugenberg beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches, und endlich nach zwei Monaten, am 19. Dezember, fällte der Staatsgerichtshof folgenden Spruch:

"Die im Artikel 130, Absatz 2, der Reichsverfassung den Beamten gewährleistete Freiheit ihrer politischen Gesinnung umfaßt das Recht, sich bei einem zugelassenen Volksbegehren **ohne Rücksicht auf den Inhalt** einzutragen und beim Volksentscheid abzustimmen. Die weitergehenden Anträge werden abgewiesen."

Damit hatte die nationale Opposition einen, wenn auch bescheidenen Erfolg gegen die herrschende Regierung errungen.

Besonders der vierte Paragraph, der "Zuchthausparagraph", wurde heftig bekämpft. Selbst in den Reihen der eigenen Anhänger stieß er auf Widerspruch, so bei der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkbewegung, und der Kampf gegen § 4 war überhaupt der Hauptkampf für alle Gegner des Volksbegehrens. Es gelang, auch ein Urteil des Reichspräsidenten von Hindenburg über diesen Paragraphen zu erwirken. Am 18. Oktober ersuchte Hindenburg den Reichskanzler, dem Reichskabinett mitzuteilen, daß er den Paragraphen 4, welcher Reichskanzler und Reichsminister, die den Youngplan oder ähnliche Verträge abschließen, unter Anklage des Landesverrates stellt, als unsachlichen und persönlichen politischen Angriff bedauere und verurteile. -

Auch die hessische Landesregierung wandte sich in einem Aufruf gegen das Volksbegehren. Hessen sei durch die feindliche Besetzung besonders hart getroffen. Durch die Annahme des Youngplans sei die Möglichkeit gegeben, daß die fremden Truppen bis zur Mitte des nächsten Jahres das Land verlassen. Man solle diese Aussicht nicht durch Beteiligung am Volksbegehren zerstören.

Mit derartigen Schwierigkeiten hatte die nationale Opposition zu kämpfen. In der Zeit vom 16. bis 29. Oktober wurden die Listen ausgelegt, und es gelang mit dem nötigen Nachdruck durch Flugblätter und Versammlungen **mehr als 4,1 Millionen gültige Einzeichnungen** zusammenzubringen. Das waren mehr als 10 Prozent der Stimmberechtigten, und nun mußte nach der Verfassung der Volksentscheid folgen.

Die Reichsregierung war aber zugleich verpflichtet, nun das zum Volksentscheid stehende Gesetz vor der Ansetzung des Volksentscheids im Reichstage einzubringen. Das geschah am 25. November. Gleichzeitig aber formulierte die Regierung ihre Stellung zum Freiheitsgesetz, daß sie "mit aller Entschiedenheit gegen die Annahme des Gesetzentwurfs" sei. Sie begründete das insbesondere mit dem verfassungsändernden Charakter des Gesetzentwurfs und damit, daß er Eingriffe der Gesetzgebung in die auswärtige Politik enthalte (**Vgl. Band IV, S. 319**).

Am 29. und 30. November wurde das Freiheitsgesetz im Reichstag verhandelt. Unter den 491 Mitgliedern des Reichstages waren nur 98, die den Gruppen und Parteien des Volksbegehrens angehörten. Es war vorauszusehen, daß der Entwurf durchfallen würde. Es waren bei der Abstimmung am 29. November 405 Abgeordnete anwesend, unter ihnen nur 82, die für das Gesetz eintraten. Zunächst hielt Curtius eine lange Rede, die eine matte und schwächliche Polemik darstellte. Den § 4 bezeichnete er als den Gipfel der Demagogie. In den übrigen Rednern gegen das Gesetz sprach allzuoft unverhohlener Haß. Besonders der Abgeordnete von Kardorff von der Deutschen Volkspartei sprach Worte, die eine tiefe Kluft zwischen rechts und links aufrissen. Das Volksbegehren richtete sich in erster Linie gegen den verstorbenen Außenminister Stresemann, deswegen sei die Deutsche

Volkspartei grundsätzlich dagegen. Es sei durchaus berechtigt, daß auch spätere Generationen einen Teil mittragen von den unerhörten Kriegslasten, die die heutige Generation übernehmen mußte. Durch den vierten Paragraphen fühlte sich Kardorff aufs tiefste gekränkt und verletzt. Hugenberg habe es durch seine Aktion unmöglich gemacht, daß sich in den nächsten Jahren eine bürgerliche Einheitsfront gegen den Marxismus bilden könne. Der Deutschnationale Dr. Oberfohren bezeichnete es als eine Infamie, diejenigen als Verbrecher zu bezeichnen, die sich als Träger des nationalen Befreiungswillens bekannt hätten. Der Kampf müsse gegen den Youngplan geführt werden, weil er die deutsche Wirtschaft zerschlage, weil er Deutschland zur unselbständigen Arbeitsprovinz herabdrücke. Der Nationalsozialist Feder wetterte, diejenigen, die den Youngplan annähmen, müßten aufgehängt werden. - Das Gesetz wurde bereits nach der zweiten Lesung am 30. November endgültig abgelehnt, so daß eine dritte Lesung nicht mehr vorgenommen wurde.

**Unabhängig von der Aktion des Volksbegehrens hatte bereits der Kampf gegen den Youngplan dem nationalen Flügel erhebliche Erfolge gebracht.** Dabei zeigte sich ohne Zweifel, daß die Seele der nationalen

**Länderwahlen in  
Sachsen und Baden**

Volksteile mehr zu den fortschrittlichen Nationalsozialisten als zu den rückschrittlichen Deutschnationalen hinneigte. Es offenbarte sich, mit anderen Worten, großen Teilen des Volkes, daß die Freiheit und Zukunft Deutschlands nicht in der Linie des Klassenkampfes der Besitzenden gegen den Klassenkampf der Marxisten lag, sondern in der Überwindung aller bourgeoisen und proletarischen Ideologien. So kam es, daß bei den Wahlen zum sächsischen Landtag am 12. Mai und zum badischen Landtag am 27. Oktober die Nationalsozialisten ganz unerwartete Erfolge erzielten, die Deutschnationalen weiter erhebliche Verluste in Kauf nehmen mußten.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen und Baden war folgendes:

| <b>Sachsen</b>                  |             |             |                |    |
|---------------------------------|-------------|-------------|----------------|----|
|                                 | <b>1929</b> | <b>1926</b> | <b>Mandate</b> |    |
| N.S.D.A.P.                      | 133 787     | 37 725      | 5              | 2  |
| Deutschnationale Volkspartei    | 218 363     | 343 153     | 8              | 13 |
| Landvolk                        | 140 522     | -           | 5              | -  |
| Christlich-soziale Reichspartei | -           | -           | -              | -  |
| Evangelischer Volksdienst       | -           | -           | -              | -  |
| Volksrechtspartei               | 70 092      | 98 479      | 3              | 4  |
| Wirtschafts-Partei              | 304 353     | 237 626     | 11             | 10 |
| Deutsche Volkspartei            | 363 417     | 292 085     | 13             | 12 |
| Zentrum                         | 25 440      | 24 089      |                |    |
| Demokraten                      | 115 097     | 111 467     | 4              | 5  |
| Sozialdemokratische Partei      | 922 118     | 768 005     | 33             | 31 |
| Alte Sozialdemokraten           | 39 625      | 97 885      | 2              | 4  |
| Kommunisten                     | 345 817     | 342 382     | 12             | 14 |
| Linke Kommunisten               | 22 594      | -           | 0              | -  |
| <b>Baden</b>                    |             |             |                |    |
|                                 | <b>1929</b> | <b>1926</b> | <b>Mandate</b> |    |
| N.S.D.A.P.                      | 65 106      | 8 917       | 6              | 0  |
| Deutschnationale Volkspartei    | 34 081      | 93 750      | 3              | 9  |
| Landvolk                        | 28 141      | -           | 3              | -  |
| Christlich-soziale Reichspartei | 5 105       | -           | 0              | -  |
| Evangelischer Volksdienst       | 35 328      | -           | 3              | -  |
| Volksrechtspartei               | 6 803       | 4 176       | 0              | 0  |
| Wirtschafts-Partei              | 35 613      | 22 856      | 3              | 2  |
| Deutsche Volkspartei            | 74 318      | 72 887      | 7              | 7  |
| Zentrum                         | 341 860     | 283 413     | 34             | 28 |
| Demokraten                      | 62 335      | 66 652      | 6              | 6  |

|                            |         |         |    |    |
|----------------------------|---------|---------|----|----|
| Sozialdemokratische Partei | 187 290 | 160 498 | 18 | 16 |
| Alte Sozialdemokraten      | -       | -       | -  | -  |
| Kommunisten                | 55 169  | 47 343  | 5  | 4  |
| Linke Kommunisten          | 1 530   | -       | 0  | -  |

**Diese Wahlen waren in mehrfacher Beziehung bemerkenswert.** Zunächst ließen sie **einen Rückgang der marxistischen Parteien** erkennen, in Sachsen von 51,35 auf 49,21 Prozent, in Baden von 27,33 auf 26,16 Prozent. Die Sozialdemokratie hatte in folgender Weise an diesem Rückgang teil: in Sachsen ging sie von 36,8 auf 35,6, in Baden von 21,1 auf 20,1 Prozent zurück. **Dagegen konnten die Parteien, die sich zum Volksbegehren vereinigt hatten, eine Zunahme verzeichnen**, in Sachsen von 16,2 auf 18,24, in Baden von 13,5 auf 13,65 Prozent. Aber das wichtigste war doch **die überraschende Zunahme der Nationalsozialisten**. Sie vermehrten sich in Sachsen von 1,6 auf 4,95, in Baden gar von 1,18 auf 6,98 Prozent.

**Das Entscheidende war nun das folgende.** In Sachsen war das Erstarken der Nationalsozialisten nicht so sehr auf Kosten der Deutschnationalen Volkspartei erfolgt. Die Schwächung dieser Partei wurde lediglich durch die Abspaltung des Landvolkes bedingt. Aber in Baden, wo 1925 die Deutschnationalen und Landbund noch über 12,32 Prozent verfügten, waren beide 1929 auf 6,67 Prozent gesunken! Der Verlust betrug 5,65 Prozent, dem ein nationalsozialistischer Gewinn von 5,80 Prozent gegenüberstand. Es war also erwiesen, daß **fast die Hälfte der Deutschnationalen ins Lager der Nationalsozialisten abgewandert war**. Hugenberg hatte also mit seinem Klassenkampf für den Besitz die beste Werbung für Hitler gemacht; er hatte einen großen Teil der deutschnationalen Arbeitnehmer ins Lager der Nationalsozialisten gedrängt.

Darüber erhob sich ein großer Schrecken bei den deutschnationalen Gegnern Hugenbergs, die mit den alldeutschen Bestrebungen ihres Führers nicht einverstanden waren, andererseits aber aus einer gewissen inneren bürgerlichen Gebundenheit heraus im Nationalsozialismus marxistische Triebkräfte fürchteten und ihn daher ablehnten. Unter dem erschütternden Eindruck dieser Wahlen und den daraus abgeleiteten Erwägungen schrieb der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Treviranus am 1. November an einen Parteifreund in Bremen einen Brief, der etwa folgendes enthielt:

"...Der Zusammenhang zwischen dem badischen Wahlausgang und dem Scheitern der Volksbegehrenshoffnungen hat unter der Oberfläche eine wahre Revolution hervorgerufen. Aus den Kreisen der Beamten, der Industrie, der gesamten Angestellten (D.H.V.) wird eine Loslösung von der Partei verlangt, weil die alte Firma nicht mehr erneuerungsfähig sei. Die Konkordatsabstimmungen im Preußischen Landtag haben zweifellos den katholischen Volksteil abgeschreckt. Die psychologische Einstellung Hugenbergs nach der Seite der Nationalsozialisten ist vielen Gutmeinenden eine unerträgliche Belastung. Es erscheinen hier in den letzten Tagen Freunde aus dem Lande in Scharen, die zu einem sofortigen Schritt drängen."

Treviranus kündigt dann für Ende November die Gründung einer neuen Partei an für fortschrittliche konservative Politik, wofür er Deutschnationale, einen Teil der Deutschen Volkspartei, der durch den Tod Stresemanns von parteipolitischen Bindungen freigemacht worden sei, gewinnen will.

"Das Zentrum wartet - dafür kann ich mich verbürgen, nur auf die Klärung in der Rechten, um den Bruch mit den Sozialdemokraten aufzunehmen und eine durchgreifende Reichs- und Finanzreform mit uns im Bunde durchzuführen."

Die Person Hugenbergs und die Tendenz der Alldeutschen gelte jetzt noch, wie beim Reichspräsidenten, als unübersteigliches Hindernis.

**So begann die innere Zersetzung in der Deutschnationalen Volkspartei**, die nun nicht mehr, wie zur Zeit des Dawesplanes 1924, aufzuhalten war. Hugenberg beantragte zwar das Ausschlußverfahren gegen Treviranus, aber schon am 3. Dezember erklärten die Abgeordneten Hülser, Hartwig, Dr.

**Abspaltungen von  
den Deutschnationalen**

Klönne, Lejeune-Jung und Treviranus ihren Austritt. Es waren in der Hauptsache Arbeitnehmervertreter, die dem schon vorher gemäßregelten Lambach folgten. Die ausscheidenden Deutschnationalen begründeten ihren Schritt in öffentlichen Erklärungen, die etwa folgendes enthielten: Hugenberg regiere mit den halbmarxistischen Nationalsozialisten gegen alle übrigen bürgerlichen Kreise des Volkes, gegen den Reichspräsidenten, gegen die Vernunft. Hugenberg habe das ganze Regime der Partei auf die Diktatur gestellt. Lambach insbesondere warf Hugenberg vor, er habe die Gewerkschaften vor den Kopf gestoßen mit seinem Kampfe gegen die Sozialpolitik, vor allem mit seinem Brief nach Amerika; bei der Konkordatsabstimmung habe er einen Gewissenszwang ausgeübt; seine Presse- und Filmpolitik habe die evangelischen Volkskreise abgestoßen, und schließlich habe der Zuchthausparagraph des Volksbegehrens große Ärgernis erregt.

Schon am folgenden Tage traten sechs weitere Abgeordnete aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion aus: von Lindeiner-Wildau, Schlange-Schöningen, von Keudell, Mumm, Hoetzsch und Behrens. Darauf legte Graf Westarp den Vorsitz der Fraktion nieder, sein Nachfolger wurde am 12. Dezember Dr. Oberfohren. Auch aus der preußischen Landtagsfraktion traten Kliesch und Meyer-Herford aus.

Als nun, mit dem Ziele, eine fraktionelle deutschnationale Arbeitsgemeinschaft mit den andern ausgeschiedenen Abgeordneten einzugehen, Hülser, Hartwig, Behrens, Mumm und Lambach am 5. Dezember zur Christlich-sozialen Gruppe sich zusammenschlossen, erhielten sie vier Tage später weiteren Zuzug. Die deutschnationalen Vertreter der christlich-nationalen Gewerkschafts- und evangelischen Arbeitervereinsbewegung, Baltrusch, Rudolph, Thränert, Blum und Adolf hatten der Partei den Rücken gekehrt. Diese zehn Abgeordneten der "Christlich-Sozialen Reichsvereinigung" schlossen sich am 28. Dezember mit dem Christlichen Volksdienst in Berlin zum "Christlich-Sozialen Volksdienst" zusammen, dessen Vorstand von Bausch, Hartwig, Hülser, Kliesch, Kling und Sinzendörffer gebildet wurde. An der Spitze der "Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft" aber, zu der auch die am 4. Dezember ausgeschiedenen Abgeordneten traten, stand Treviranus.

Die Betonung des christlich-sozialen Momentes in der neuen oppositionellen Parteibewegung bewies, wie sehr unzufrieden große Teile der Partei mit den plutokratisch-kapitalistischen Bestrebungen Hugenbergs waren.

Als nun dergestalt diese inneren Vorgänge die Front des Volksbegehrens merklich erschütterten, wurde auch der Reichsregierung ein Stoß versetzt von einer Seite, von der man es nicht erwartet hatte. Der Reichsbankpräsident Schacht erhob seine Stimme gegen die Youngplanpolitik der Regierung Müller. Am 5. Dezember reichte er den Ministerien ein Memorandum ein, das etwa folgenden Inhalt hatte:

**Dr. Schacht gegen  
die Regierung**

Es sei unmöglich, weiter zuzusehen, wie die Absichten des Youngplanes verschoben und seine Erfolgsaussichten gefährdet würden. Der Versuch der auswärtigen Regierungen, daß jede einzelne über den Youngplan hinaus weitere wirtschaftliche und finanzielle Leistungen aus Deutschland herauspressen wolle, verstoße gegen die im Youngplan ausdrücklich zur Pflicht gemachte Zusammenarbeit. Die finanzielle Entlastung werde durch die zusätzliche Belastung, die man Deutschland außerhalb des Planes zumute, illusorisch gemacht. Es liege keinerlei Veranlassung vor, ohne gleichartige Gegenleistung freiwillig in irgendeinem Punkte auf die Geltendmachung der Klausel zu verzichten, daß Deutschlands frühere Verpflichtungen durch den Youngplan ersetzt werden sollen, oder Zahlungen zu leisten oder Verzicht auszusprechen. Wenn Deutschland sich bereiterkläre, einseitige Empfehlungen der Gläubigersachverständigen zu befolgen, so müsse dagegen verlangt werden, daß die Empfehlungen der deutschen Sachverständigen ebenfalls befolgt oder andere Gegenleistungen geboten werden. - Deutschland solle unter anderem auf den Überschuß von 400 Millionen Mark verzichten, der sich aus der Überschneidung des Dawesplanes und des Youngplanes ergebe. Deutschland solle weiter für die ersten Jahre des Youngplans die ungeschützte Annuität erhöhen. Deutschland solle auf rund 300 Millionen aus liquidiertem deutschem Eigentum verzichten. Deutschland solle laut Vertrag mit Polen (vom 31. Oktober 1929) auf außerordentlich hohe Eigentumsansprüche an Polen verzichten. Für alle diese Verpflichtungen, die zusammen in die

Milliarden gingen, werde keinerlei Gegenleistung geboten. Die deutsche Regierung gehe im Zugeständnis dieser Verpflichtung weit über die Zugeständnisse der deutschen Sachverständigen hinaus, welche schon an sich den Youngplan für untragbar erklärten.

Voraussetzung für die Haltung der deutschen Sachverständigen in Paris sei die Entschlossenheit der Reichsregierung gewesen, in den **Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden** dauernde Ordnung zu schaffen und die Erfüllung des schweren Youngplans durch innerwirtschaftliche Erleichterung der Produktion zu ermöglichen. Nicht das Geringste sei geschehen! Das materielle Gleichgewicht der Haushalte sei nicht hergestellt worden. Die deutsche Wirtschaft stehe nicht vor einer Lastensenkung, sondern vor einer Lastenerhöhung.

"Gerade diejenigen", fährt Schacht fort, "die mit mir der Meinung sind, daß der Youngplan ein endgültiges **Friedensinstrument** ist, ein Plan, der die internationale Zusammenarbeit und das Gedeihen der deutschen Wirtschaft voraussetzt und ohne diese beiden Voraussetzungen nicht durchführbar ist, müssen verlangen, daß alles getan wird, um diese Voraussetzungen zu erfüllen. Ich habe mit allem Nachdruck die Agitation gegen den Youngplan bekämpft, ich halte das eingeleitete **Volksbegehren**, das dieser Agitation dient, für einen schweren Fehler, weil es eine sinn- und kraftvolle Verteidigung unserer Interessen unter dem Youngplan untergräbt. Aber gerade weil ich mich für die Annahme des Youngplanes einsetze, wünsche ich nicht, teilzuhaben an seiner Verfälschung. Es wäre eine Selbsttäuschung der Welt, zu glauben, wir könnten über die Youngzahlungen hinaus noch weitere beliebige Millionen oder Milliarden zahlen oder auf Eigentumsrechte verzichten. Es wäre eine Selbsttäuschung des eigenen Volkes, zu glauben, daß es bei der heutigen oder womöglich noch gesteigerten Wirtschaftsbelastung die Youngzahlungen und womöglich noch zusätzliche Beträge aufzubringen in der Lage ist."

Die Reichsregierung war nicht sonderlich erbaut von dem Vorgehen Schachts, das sie als heimtückischen Überfall empfand. Sie drückte ihr "Befremden" aus über die "Voreiligkeit", welche die "einheitliche Staatsführung gefährde". Sie lehne es ab, sich im gegenwärtigen Augenblicke der schwebenden Verhandlungen in Erörterungen einzulassen und verweise auf das kommende Finanzprogramm.

Das Finanzprogramm der Regierung erblickte am 9. Dezember das Licht der Öffentlichkeit. Es enthielt zunächst Senkungsvorschläge für verschiedene Steuern, Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Gewerbesteuer; es sah Abbau der Industriebelastung (aus den Dawesgesetzen) vor, sie sollten von 330 Millionen (1929) auf 250 Millionen (1930) herabgesetzt werden und dann jährlich um 50 Millionen sinken, bis sie 1935 ganz in Wegfall käme; die Rentenbankzinsen sollten aufgehoben werden, desgleichen die Zuckersteuer. Dagegen sollten Bier- und Tabaksteuer erhöht werden. Auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollten vom 1. Januar um ein halbes Prozent erhöht werden. Es waren Palliativmittel, von denen man Heilung erwartete. An die Grundschäden, z. B. eine übermäßige Verschwendungssucht der Gemeinden, die wachsende Verschuldung zur Folge hatte, wagte niemand heranzugehen.

**Finanzpolitik**

Dagegen fanden Schachts Gedanken lebhaften Beifall in den Kreisen der Industrie. Am 12. Dezember tagte in Berlin unter Vorsitz von Geheimrat Duisberg der Reichsverband der Deutschen Industrie. Auch Schacht erschien zu dieser Tagung und wurde mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Dr. Paul Silverberg hielt dann eine Rede über Steuer- und Finanzpolitik. Die Privatwirtschaft, die individualistische, kapitalistische Wirtschaft könne nicht mit Erfolg betrieben werden, wenn der Staat eine kollektivistische Wirtschaft und insbesondere eine sozialistisch-kollektivistische Steuer- und Finanzwirtschaft treibe. Solange dieser innere Widerspruch bestehe, würden vor allem auch die ausländischen Verpflichtungen des Reiches nicht durch Überschüsse der Zahlungsbilanz abgedeckt werden können. Der Youngplan werde der Ausgangspunkt zur Selbsttäuschung sein, wenn auf ihn gestützte Etatskunststücke (Finanzprogramm) diese Lage verschleiern. Die überhöhten Löhne und Gehälter ständen in keinem Verhältnis zur Produktion. Die Folge sei, daß nicht nur die Privatwirtschaft des Betriebs- und meist auch

**Industrie für Schacht**

des Anlagekapitals ermangele, sondern daß auch die öffentliche Hand, obwohl sie im Übermaß mobiles Kapital an sich gezogen habe, in bedenklicher Weise lang- und kurzfristig verschuldet sei. Darum: Förderung der privaten Kapitalbildung durch sparsamste Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand, Steuerumlegung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, Reform oder Errichtung einer Finanzwirtschaft. Zur Kontrolle der öffentlichen Finanzwirtschaft sei eine besondere Abteilung beim Reichsfinanzministerium zu schaffen, der auch die öffentliche Anleihepolitik, die Finanzgebarung der sozialen Versicherungen und die öffentlich-rechtlichen Finanzinstitute des Reiches, der Länder und der Gemeinden zu unterstellen seien. Diese sehr großen Aufgaben könne die Abteilung nur zusammen mit der Reichsbank erfüllen. Bei energischem Willen, aus den Irrtümern zu lernen und sofort zu handeln, könne in der Wirtschaft und den Finanzen Deutschlands aus eigener Kraft Ordnung geschafft werden.

**Die Selbstherrlichkeit des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding, der mit großer Geste dem Auslande Milliarden verschenkte, hatte es nun dahin gebracht, daß auch die Industrie der öffentlichen Wirtschaft entschlossen Kampf ansagte.** Bereits im Juni war Hilferdings Versuch, eine Reichsanleihe von einer halben Milliarde aufzulegen, kläglich gescheitert. Kaum der dritte Teil wurde gezeichnet! Ende Juli erklärte Parker Gilbert, er halte Hilferding nicht für geeignet, den Youngplan durchzuführen, und in einer sozialistischen Betriebsversammlung zu Spandau erklärte ein Redner unter größtem Beifall, Hilferding sei ein ausgesprochener Dilletant und Versager. So urteilte der eigene Parteigenosse über den Minister! In der Tat berechtigte das unaufhaltsam wachsende Elend zu jeder Kritik am System. Das Reich hatte am Ende des Jahres in seinem Etat einen Fehlbetrag von mehreren Millionen. Reich, Länder und Gemeinden hatten zu jedem Zahltag ihre Not, Löhne und Gehälter zusammenzubringen. Doch riesige Summen wurden durch weitverbreitete Korruption verschenkt, wie die Bestechungs- und Betrugsaffäre der Gebrüder Sklarek bewies. Die Spitzen der Berliner Stadtverwaltung, allem voran der Oberbürgermeister Böß, waren in diese höchst unsaubere Sache verstrickt. Der deutsche Außenhandel schloß mit einem Passivsaldo von  $\frac{3}{4}$  Milliarde ab. Die Ausfuhr betrug 13,5 Milliarden, die Einfuhr 13,4 Milliarden, aber in der Ausfuhr waren 800 Millionen Reparationen enthalten! Die Zahl der Arbeitslosen hatte 2 Millionen erreicht, und die Wohlfahrtserwerbslosen, die von den Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern (ohne Hansestädte) unterstützt werden mußten und Ende 1928 etwa 118 000 betrugten, hatten sich nach einer Verminderung auf 103 000 im Juni Ende 1929 auf 190 000 vermehrt! **Die wirtschaftliche Not wurde immer unerträglicher. Anfang Januar ereigneten sich in Berlin an einem Tage 16 Selbstmorde aus Existenzsorgen.**

An der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hatten die beiden volksparteilichen Minister Curtius und Moldenhauer, der seit 11. November Wirtschaftsminister war, teilgenommen. Die Ausführungen hatten insofern Erfolg, als Hilferding, der die mächtige Gegnerschaft der mit Schacht verbündeten deutschen Industrie fürchtete, am 21. Dezember von seinem Amt als Finanzminister des Reiches zurücktrat und nach einigen Tagen durch Moldenhauer ersetzt wurde.

Wiewohl die Taktik Schachts und der Industrie gegen die Youngplanpolitik der Reichsregierung gerichtet war, stimmte sie grundsätzlich für die Annahme des Paktes. Sie kam daher zur Unterstützung des Volksbegehrens nicht in Frage. Inzwischen hatte Severing den Tag des Volksbegehrens auf den 22. Dezember festgesetzt. Hugenberg wendete ein, dies sei ein ungünstiger Tag, der Goldene Sonntag vor Weihnachten, an dem die Läden geöffnet seien und die Leute Weihnachseinkäufe besorgten. Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten beantragten im Reichstag einen andern Termin, aber dieser Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Auch meinte die Regierung, aus innen- und außenpolitischen Gründen müsse der Volksentscheid beschleunigt, noch vor Weihnachten, durchgeführt werden. So wurde denn am 22. Dezember abgestimmt. Es wurden 5,8 Millionen Jastimmen abgegeben, d. h. 13,8 Prozent aller Stimmberechtigten, eine Viertelmillion Stimmen weniger als die hinter dem Volksentscheid stehenden Parteien am 20. Mai 1928 aufgebracht hatten. Ein niederschmetterndes Ergebnis! Nicht zum wenigsten durch Hugenberg herbeigeführt, der die Partei mit inneren Spannungen überladen hatte. Dann muß auch auf die Einschüchterung der Beamten und die allgemeine Abneigung gegen § 4 hingewiesen werden, schließlich auch der ungünstige

Abstimmungstag. Als dann am 7. Januar 1930 der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren dennoch beim Reichskanzler Hermann Müller die Verkündung des Freiheitsgesetzes beantragte, lehnte dieser rundweg ab.

**Wahlen in  
Thüringen**

Jedoch einen Erfolg hatte der Aufruhr der Gemüter noch zu verzeichnen: **am 8. Dezember hatten in Thüringen Landtagswahlen stattgefunden, die ebenso wie in Sachsen und Baden ein beträchtliches Erstarken der Nationalsozialisten mit sich brachten.** Während sich die Sozialdemokraten auf ihrer Höhe hielten, hatten die bürgerlichen Rechtsparteien und die Kommunisten ansehnliche Verluste zu verzeichnen. Das Ergebnis war folgendes:

|                              | 1929    | 1927    | Mandate |    |
|------------------------------|---------|---------|---------|----|
| N.S.D.A.P.                   | 90 236  | 27 061  | 6       | 2  |
| Deutschnationale Volkspartei | 31 618  | 270 568 | 2       | 4  |
| Landbund                     | 131 688 |         | 9       | 9  |
| Deutsche Volkspartei         | 70 413  |         | 5       | 6  |
| Zentrum                      | 9 632   |         | 0       | 0  |
| Wirtschaftspartei            | 76 217  | 75 690  | 6       | 6  |
| Volksrechtspartei            | 9 622   | 22 077  | 0       | 1  |
| Demokraten                   | 23 528  | 26 832  | 1       | 2  |
| Sozialdemokratische Partei   | 257 352 | 254 042 | 18      | 18 |
| Kommunistische Partei        | 85 190  | 117 027 | 6       | 8  |
| Kommunistische Opposition    | 12 156  |         | 0       | -  |

Waren bei den Maiwahlen in Sachsen 4,95 Prozent Stimmen für die Nationalsozialisten abgegeben worden, bei den Oktoberwahlen in Baden 6,98 Prozent, so waren in Thüringen 11,31 Prozent erreicht, gegen 3,41 im Jahre 1927. Die vier vereinigten Parteien dagegen sanken von 34,10 auf 30,50 Prozent. Erwähnt sei außerdem noch, daß bei den Bürgerschaftswahlen in Lübeck am 10. November 1929 für die Nationalsozialisten 6338 Stimmen abgegeben wurden, während sie hier 1926 keine Stimme erhielten. Auch hier errangen die Nationalsozialisten etwa 8,1 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

**Auch in Preußen ergab sich bei den Wahlen in den Provinziallandtagen Mitte November eine Stärkung der Nationalsozialisten.** Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf sie 5,36 Prozent, während sie im Mai 1928 kaum 2 Prozent erhielten. Doch konnten die Anhänger des Volksbegehrens nur ein Viertel aller Stimmen für sich geltend machen, während die bürgerliche Mitte 29,2 und die Sozialdemokratie 28,3 Prozent erhielten, zusammen also mehr als die absolute Hälfte. -

Während so die beiden großen Prinzipien der nationalen Selbstbestimmung und der Unterwerfung unter die Gläubigermächte miteinander rangen, **war auch die dritte Macht im deutschen Volke, die des bolschewistischen Umsturzes, nicht müßig.** Die Kommunisten hatten versucht, den Weltfeiertag des Proletariats, den 1. Mai, dadurch festlich zu begehen, daß sie in Berlin einen kleinen Bürgerkrieg entfesselten. So hallten denn in den ersten Maitagen verschiedene Stadtteile Berlins, der Wedding und Neukölln, von Barrikadenkämpfen wider, die zuungunsten der Aufständischen auslieferten und 24 Menschen das Leben kosteten.

**Kommunistische  
Umtriebe**

Diese Ereignisse veranlaßten den Reichsinnenminister Severing, den Innenministern der einzelnen Länder das **Verbot des Rotfrontkämpferbundes, der militärisch eingerichteten kommunistischen Kampforganisation und aller hiervon abhängigen Bünde** nahezu legen. Grzezinski, der sozialdemokratische Innenminister Preußens, verfügte bereits am 6. Mai die Auflösung des Rotfrontkämpferbundes, verbot alle Umzüge und die *Rote Fahne*, das Hauptblatt der Kommunistischen Partei. Die Kommunisten waren empört. Ihre Abgeordneten überschütteten den Preußischen Landtag mit Anträgen, sie verlangten, daß die Verbote der Roten Fahne, des Rotfrontkämpferbundes und der Umzüge aufgehoben würden. Sie forderten, daß der Berliner Polizeipräsident seines Amtes enthoben, die Polizeibeamten, die an der Unterdrückung

**Verbot des Rotfront-  
Kämpferbundes**

der Maiunruhen beteiligt waren, entlassen würden. Aber alle diese Anträge wurden abgelehnt.

Statt dessen wurde der **Rotfrontkämpferbund** auf Betreiben Severings **auch in den andern deutschen Staaten verboten**: in Sachsen und Thüringen, in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Mecklenburg. **Auch die Rote Jungfront und die Rote Marine** fielen unter das Verbot, das sich auf das Gesetz zum Schutze der Republik stützte. Die Vermögen wurden zugunsten des Reiches beschlagnahmt. So war, ehe das zweite Drittel des Mai vorüber war, die Kampforganisation der Kommunisten geschlagen. Bei den Führern hatte man Haussuchungen vorgenommen, verdächtige Schriften beschlagnahmt und die Leute selbst zum Teil in Untersuchungshaft abgeführt.

Doch die Kommunisten dachten nicht daran, zu kapitulieren. Kaum hatte die preußische Regierung am 1. Juni das Umzugsverbot aufgehoben, als auch schon nach zwei Tagen die Kommunisten in Berlin sieben große Erwerbslosenmärsche veranstalteten, die in den Uniformen des verbotenen Rotfrontkämpferbundes abgehalten wurden. **Überhaupt entfalteten die Kommunisten von nun an eine rege Agitation unter den Erwerbslosen**, deren Unzufriedenheit sie schürten, um sie für ihre Zwecke auszunutzen. Gleichzeitig versammelten sich in Brandenburg 2000 Berliner Kommunisten zu einem Roten Treffen. Dabei kam es bereits zu einem Handgemenge mit der Polizei, welche auf dem Markte einem mit dem Dampfer angekommenen Trupp eine Rotfrontfahne entreißen wollte.

Auf dem Parteitag der Kommunisten, der Mitte Juni in Berlin stattfand, versicherten sich die Radikalen ihrer ungebrochenen Stärke. Die zaghaften "Versöhnler" wurden gemäßregelt, daß sie sich bedingungslos der Parteidisziplin unterwarfen. Dann beschloß man, weiterhin das verrottete bürgerliche System anzugreifen. Es sollten besondere kommunistische Gewerkschaften gebildet werden überall da, wo wenigstens 40 Prozent der Arbeiterschaft der **Kommunistischen Partei** angehörten. Der Abgeordnete Remmele forderte militärische Schulung der Parteimitglieder:

**"Für uns ist der Krieg nichts anderes als die Fortsetzung des Klassenkampfes mit anderen Mitteln.** Wir lehnen die Armeen der kapitalistischen Länder ab, wir bejahen aber die Wehrfrage durchaus, wenn es sich um die Wehrhaftigkeit des Proletariats handelt. In diesem Sinne kann man die Maiaufstände als erste Etappe der großen Revolution betrachten."

Bei ihren Bemühungen, sich für den verbotenen Rotfrontkämpferbund Ersatzorganisationen zu schaffen, gerieten die Kommunisten in scharfen Gegensatz zu der Polizeibehörde. Dennoch konnten neue Gebilde entstehen. In Leipzig bildete sich eine "Sächsische Arbeiterwehr", die bereits Mitte Juli tausend Mann umfaßte und ein doppeltes Ziel verfolgte, Kampf gegen den Faschismus, worunter man die nationale Bewegung verstand, und Verteidigung der Sowjetunion. Auch der "Republikanische Frontkämpferbund" verfolgte diese Tendenzen. Der Kampf gegen den Faschismus rückte immer deutlicher in den Vordergrund; es entstand das System eines geheimen, aber blutigen und grausamen Bürgerkrieges, das mit vollem Recht als "organisierter Mord" bezeichnet wurde.

Die Kommunisten, die in diesen Verbänden gesammelt wurden, hielten wieder Sonntags und nachts regelrechte militärische Übungsabende ab, die von ehemaligen Rotfrontführern geleitet wurden. In den Ansprachen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Weltrevolution vorbereitet werden müsse. Den ganzen Sommer und Herbst über wurden in der Umgegend Berlins diese Militärdienstübungen abgehalten. Daß auch Waffen und Sprengstoff im Besitz der Kommunisten waren, ließ sich an gelegentlichen Explosionen und Bombenfunden erkennen.

Das Jahr 1929 gab den Kommunisten verschiedentlich die Möglichkeit, ihre Kräfte zu entfalten. Am 28. Juni veranstalteten nationale Organisationen in allen Teilen des Reiches Protestkundgebungen gegen **den Frieden von Versailles**, der sich **zum zehnten Male** jährte. Auch die Kommunisten waren tätig. In Berlin riefen sie allein zwölf große Versammlungen unter freiem Himmel ein, in denen sie gegen Faschisten und Kriegstreiber hetzten, worunter sie die nationalen Verbände meinten. Besonders der linksradikale Beamtenbund tat sich hierin hervor. So kam es denn, daß im Dunkel der Nacht Angehörige des Stahlhelms und des Jung-

**Meuchelmord  
und Aufstände**

deutschen Ordens hinterrücks überfallen und zu Boden geschlagen wurden. In Breslau kam es zu wüsten Ausschreitungen gegen die Polizei, als die Kommunisten ihren Heerbann zur Protestkundgebung gegen die Versailler Demonstration der Vereinigten Vaterländischen Verbände führten.

Es zeigte sich, daß das Verbot des Rotfrontkämpferbundes gar nichts genützt hatte. **Im Juli waren die Kommunisten rühriger denn je.** Ihre Vorbereitungen zu einem machtvollen Auftreten gegen den imperialistischen Krieg, das für den 1. August geplant war, nahmen deutlichen Kampfcharakter an. Zwar hatten die Behörden ein internationales Antikriegstreffen der Kommunisten, das am 21. Juli in Aachen stattfinden sollte, untersagt. Um so mehr wollten die Gegner des Staates ihre imposante Macht in Berlin konzentrieren. In den Nord- und Ostvierteln der Reichshauptstadt wurden bei Gesinnungsgenossen für auswärtige Kämpfer Quartiere gemacht. Seit Mitte Juli wurde es in den Straßen immer unruhiger. Täglich wälzten sich kommunistische Umzüge und gedungene Erwerbslose mit roten Fahnen durch die Straßen, belästigten die Passanten. Wie hungrige Wölfe streiften die Erwerbslosen umher und beunruhigten die Geschäftsinhaber. Die Russische Botschaft glich einem Taubenschlag, die roten Führer gingen ein und aus und hielten unter dem Schutze der Exterritorialität geheime Sitzungen ab. Allmählich erfüllte Lärm und Geschrei und Todesröcheln die von den großen Lampen fast taghell erleuchteten Straßen. **Rote Horden fielen mit Messern und Knüppeln und Schlagringen über ihre Gegner her, Reichsbanner, Stahlhelm und andre.** In einer Nacht Ende Juli fielen 90 Kommunisten über das Stahlhelmlokal im Treptower Park her und zerstörten es bis in den Grund. Ein zufällig des Wegs kommender Mann blieb mit schweren Wunden an der Stätte der Verwüstung liegen.

Übrigens herrschten ähnliche Zustände auch in andern Großstädten. In **Düsseldorf** gingen tausend Kommunisten drohend gegen die Polizei vor, als diese Mitglieder des ehemaligen Rotfrontkämpferbundes verhaften wollte. Auf dem **Stuttgarter** Markt schoß ein Kommunist auf einen Polizisten, der einen Mann in Rotfrontuniform verhaften wollte. Zur Feier des 1. August wurde von der kommunistischen Leitung im ganzen Reiche ein vierundzwanzigstündiger Generalstreik proklamiert.

Mit großer Besorgnis sahen alle nichtkommunistischen Teile des Volkes dem 1. August entgegen, dem so terroristische Vorbereitungen voraufgingen. Die bayrische Regierung traf Vorsorge. In München fanden ausgedehnte Haussuchungen statt, man machte Jagd auf die Führer und verhaftete sie. Dann verbot man auch alle kommunistischen Umzüge zum 1. August. Doch in Preußen ließ man die Kommunisten gewähren. Thälmann durfte sich drohend der kommunistischen Fortschritte rühmen, er verkündete, daß am 1. August eine Weltaktion für die Weltrevolution geplant sei. **Die bürgerliche Presse** übte scharfe Kritik an der Haltung der preußischen Regierung. **In allen andern Ländern Europas seien kommunistische Kundgebungen verboten, nur Deutschland sehe ruhig zu, wie sich die Kräfte des Umsturzes entwickeln.**

**So nahte denn der gefürchtete Tag.** Und da offenbarte sich denn, daß der Ausspruch des Horaz auch auf die Kommunisten zutraf: "*Partirunt montes et nascitur ridiculus mus*": Die Berge fangen an zu kreißen und ein lächerliches Mäuschen kommt zur Welt! **Es war nicht viel vom Geiste der Weltrevolution zu spüren.** Durch die Straßen Berlins wälzten sich etwa 10 000 Menschen mit Fanfarengebläse und roten Fahnen. Alle Betriebe arbeiteten, und der Streikaufruf war völlig ergebnislos geblieben. Einige kleine Zwischenfälle kamen vor, auch wurde ein Reichsbannermann überfallen. In München blieb es ganz ruhig, nur in Nürnberg stieß die Antikriegskundgebung mit Nationalsozialisten zusammen.

**Die Kommunisten waren erbittert über ihren Mißerfolg, der um so krasser deutlich wurde, als drei Tage später in Nürnberg der Nationalsozialistische Parteitag 200 000 Anhänger vereinigte.**

Dieses erste machtvolle Auftreten der jungen Partei forderte den maßlosen Zorn der Kommunisten heraus. Diese betrachteten es als einen unerlaubten Einbruch in ihre Machtsphäre, daß die Nationalsozialisten die deutsche Arbeiterschaft zu gewinnen begannen. **Hier auf dem Felde des Arbeiter-tums trafen von nun an die beiden heterogenen Gewalten zum Kampf auf Tod und Leben**



*Nationalsozialistischer Parteitag 1.-5. August 1929 in Nürnberg.  
Vorbeimarsch vor Hitler auf dem Marktplatz. [Photo Scherl?]*

**zusammen, und von nun an setzte der zielbewußte, unbarmherzig-grausame und blutige Kampf der Kommunisten gegen den nationalsozialistischen Nebenbuhler ein**, der machtvoll sein Haupt erhob. Dieser Kampf wurde ausgetragen außerhalb aller herkömmlich-bourgeoisen Begriffe und Gepflogenheiten nach den Gesetzen des rücksichtslosesten Faustrechtes.

Aber es stand der zehnjährige Verfassungstag am 11. August bevor, der besonders festlich begangen werden sollte. Diesem Umstand schenkten die Kommunisten ihre Aufmerksamkeit und bewiesen dies dadurch, daß sie nachts Reichsbannerleute niedermetzelten. Die Berliner Betriebsräte hatten schon vorher beschlossen, ihre Kinder nicht an den Schulfeiern am 11. August teilnehmen zu lassen. Die Sozialdemokraten fürchteten die kommunistischen Gegendemonstrationen, die für den Verfassungstag angesagt waren, doch konnten sie ihren Parteigenossen, den Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel, nicht bewegen, diese geplanten Kundgebungen zu verbieten. Auch das sei nur Bluff, meinte er.

Da aber kam es **am Abend des 9. August im Berliner Osten zu Zusammenstößen**, Tausend Kommunisten hatten sich zusammengerottet und zogen Lieder singend durch die Straßen. Als die Polizeibeamten den Zug auflösen wollten, wurde aus der Menge auf drei Beamte geschossen, von denen zwei leicht verletzt wurden. Nun schossen die Beamten in Notwehr und töteten einen Kommunisten. Dieser Vorfall veranlaßte Zörgiebel nun doch, die kommunistischen Demonstrationen zum Verfassungstage zu verbieten. Die Kommunisten halfen sich, indem sie am Abend des 10. August demonstrierten. Aber es war eine lächerlich spärliche Beteiligung, so daß **die Gegner des Staates in kurzer Zeit eine zweite, sehr fühlbare Niederlage erlitten hatten.** -

**Doch von nun an setzte jener geheime, grausame Krieg ein, dem in der folgenden Zeit Hunderte von Nationalsozialisten in allen Teilen Deutschlands zum Opfer fielen.** In Berlin und Stettin, in Görlitz und Hamburg, in Stuttgart, Marburg, Neumünster, Chemnitz, Dresden, Hannover, Charlottenburg, Lübeck und Düsseldorf und Koblenz, selbst in kleinen Städten wie Wittenberg und Dudweiler im Saargebiet **griffen die Kommunisten ihre nationalsozialistischen Gegner an. Mit Knüppeln, Messern, Totschlägern und Revolvern** überfielen sie in Rotten einzelne Menschen oder sprengten ganze Versammlungen, richteten ihre Wut gegen die Polizeibeamten, die nur ihre Pflicht taten, wenn sie dazwischentraten. Es verging kein Tag, an dem nicht irgend eine kommuni-

stische Bluttat vorgekommen wäre. In Hamburg wurden im September und Oktober 45 Polizeibeamte in kommunistischen Zusammenstößen verletzt. In Düsseldorf führte der geheime Bürgerkrieg Ende Oktober dazu, daß die Kommunisten Barrikaden errichteten, die von den Polizeibeamten mit dem Seitengewehr erstürmt werden mußten!

**Im Oktober kam das Kieler Stationskommando der Reichsmarine zu der Erkenntnis, daß es den Kommunisten in einem Falle gelungen sei, in der Reichsmarine Fuß zu fassen.** Man beobachtete, daß die Kommunisten eifrige Bemühungen machten, mit Angehörigen der Reichsmarine in Verbindung zu treten. So nahmen bereits Ende 1928 an einer kommunistischen Silvesterfeier Marinesoldaten teil. Die Berührung war so eng, daß sich bereits mehrere kommunistische Vertrauensleute innerhalb der Reichsmarine befanden. Nicht gerade zufällig lag der russische Dampfer "Krasni Profintern" in dem kalten Winter-Frühjahr 1929 im Eise vor Holtenau fest. Täglich fanden hier Versammlungen statt, an denen auch zahlreiche Zivilseeleute von anderen vor Holtenau liegenden Schiffen teilnahmen. Auf diese Weise war es den Kommunisten gelungen, in die Reichsmarine einzudringen, allerdings verhinderten die wachsamen Führer, daß sich der Geist der Zerstörung in die Marine einfressen konnte.

**Auf allen Gebieten des Volkslebens suchten die Kommunisten ihren zersetzenden Einfluß geltend zu machen.** Sie agitierten unter Polizei und Reichswehr, sie spionierten in Fabriken und Kasernen, so z. B. in Hannover. Gegen die Hamburger *Volkszeitung* wurde das Strafverfahren wegen Verrates militärischer Geheimnisse eröffnet, da sie einen nicht zutreffenden Bericht gebracht hatte, wonach in Lübeck Gasmasken für die Reichswehr hergestellt werden sollten. Schon seit dem 1. Juni war im Berliner Weddingviertel ein Mieterstreik im Gange: in Hunderten von Häusern zahlten die Kommunisten monatelang keine Miete, sie bedrohten die Hauseigentümer, so daß diese sich scheuten, Gewalt anzuwenden. Um die christlich-deutsche Kultur zu untergraben, wurde Mitte September in Düsseldorf ein "proletarischer Kulturtag" abgehalten, wobei allerdings Dutzende von Kommunisten verhaftet wurden, weil sie Abzeichen des Rotfrontkämpferbundes trugen. Zielbewußt wurde in den Kindern das Gefühl der Autorität von Schule und Lehrer zerstört. Mitte Oktober kam es in einer Berliner weltlichen Gemeindeschule zu kommunistischen Ausschreitungen: Rektor und Lehrer wurden tätlich mißhandelt. Im folgenden Monat ereigneten sich in Berlin wahre Schulrevolten. Aus Protest gegen den Geschichtsunterricht sangen in einer Neuköllner Schule elfjährige Jungen kommunistische Lieder, der Lehrer mußte das Schulzimmer verlassen. In Reinickendorf warfen zwölfjährige Mädchen mit Büchern und Tintenfassern nach dem Katheder der Lehrerin, weil ihnen deren Unterricht nicht paßte!

**Auch die Freundschaft der bedrängten Bauern suchten die Kommunisten zu erwerben.** Im Oktober 1929 berührten sich die Aufstandsbewegungen der Bauern und der Kommunisten aufs engste. Das wurde an einem Ereignis klar. Als am 11. Oktober in Kiel der Prozeß einer schleswig-holsteinischen Bank gegen zinsverweigernde Bauern verhandelt wurde, stürmte ein Trupp Kommunisten, mit denen sich die Bauern angefreundet hatten, plötzlich mit einer roten Fahne in den Saal und störte die Verhandlung. Es mußte das Überfallkommando herbeigerufen werden, das Saal und Gebäude räumte.

**Besonders die Erwerbslosen suchten die Kommunisten für sich zu gewinnen,** indem sie wirtschaftliche Not für zugkräftiger als politische Programme hielten. Die Zahl der Erwerbslosen, die am 1. Juli 723 000 betrug, stieg bis Mitte August auf 870 000, bis Ende September auf eine Million. Und diese Zunahme der deutschen Not sollte von den Kommunisten in bolschewistische Energie umgesetzt werden. Schon Anfang September war vor dem Rathaus zu Dresden ein großer Erwerbslosenkrawall angezettelt worden, in dessen Verlauf die Polizisten mit Zaunlatten und Stöcken angegriffen wurden. Aber erst seit Ende November nahmen die kommunistischen Erwerbslosendemonstrationen größeren Umfang an. Im Straßenbild **Berlins** gehörten sie zu den täglichen Erscheinungen, und die Hochrufe auf Sowjetdeutschland wurden in allen Stadtteilen gehört. Aus den Insassen des Asyls der Obdachlosen, vor dem die Demonstrationen gewöhnlich begannen, bestand der größte Teil der Demonstranten. Im Laufe der Zeit nahmen diese Aktionen immer größeren Umfang an, und

im Dezember 1929 wiederholten sich Szenen in Berlin, wie sie sonst nur im Dezember 1918 vorgekommen waren. So wurde am 13. Dezember ein regelrechter Sturm auf das Berliner Stadtparlament unternommen, 200 Polizisten waren nötig, um die Stadtverordneten vor Ausschreitungen zu schützen. Das sei die Probe für ein Unternehmen auf ein größeres Parlament, erklärten die Demonstranten, die bis in die Nacht hinein vor dem Rathaus gegen neue Belastungen des Proletariats protestierten.

Wenige Tage später, am 19. Dezember, ereignete sich **wieder eine bedenkliche Aktion der Kommunisten in Berlin**. Die *Rote Fahne* hatte ihre Anhänger für eine große Demonstration am Nachmittag aufgerufen. Nicht bloß die Erwerbslosen, sondern auch die Werktätigen sollten auf den Straßen erscheinen und für eine Winterbeihilfe, eine höhere Unterstützung und den Siebenstundentag demonstrieren. Da der Polizeipräsident eine Bannmeile um das Rathaus geschaffen hatte, hatte die *Rote Fahne* Gelegenheit, ganz besonders Zörgiebel, die Schutzpolizei und die Sozialdemokratie zu beschimpfen. Aber Zörgiebel verbot die Kundgebung, die um 6 Uhr auf dem Neuen Markt stattfinden sollte, da dieser innerhalb der Bannmeile lag. Trotzdem sammelten sich hier viel Erwerbslose an und führten Zwischenfälle herbei. Aber auf dem Bülowplatz im Norden Berlins sammelten sich mehr als 10 000 Teilnehmer der aufgelösten Züge und versuchten gewaltsam, zum Neuen Markt vorzudringen. Die Kommunisten stürmten mehrere Autobusse und griffen die Polizei an, die sich mit dem Gummiknüppel wehrte. Am Bahnhof Alexanderplatz wurden von den Kommunisten Barrikaden errichtet, von denen aus die Polizei beschossen und mit Steinen beworfen wurde. Erst in der Nacht wurde wieder Ruhe geschaffen. - Auch am Heiligen Abend war der Wittenbergplatz in Berlin Zeuge großer kommunistischer Demonstrationen. Redner suchten zu Gewaltakten aufzuputtschen, der Verkehr von Straßenbahn und Omnibus war zeitweise unterbrochen, aber die Rebellen waren nicht imstande, die Sperrlinien der Polizei zu durchbrechen.

**In der ganzen Politik der Kommunisten lag System.** Ein geheimes kommunistisches Rundschreiben vom 10. Dezember gab Richtlinien, daß Erwerbslose, Reichswehr und Polizei gewonnen werden müßten. Die Vorbereitungen seien zu beschleunigen, daß die Partei im Anfang des neuen Jahres schlagfertig sei. Dies geheime Rundschreiben wurde gefunden bei den vielen Haussuchungen, welche die wachsame Polizei vornahm. Zudem gelang es Mitte Dezember, in Wanne-Eickel 24 kommunistische Führer zu verhaften, die zu einer Geheimsitzung zusammengekommen waren, um Kampf- und Streikpläne zu besprechen. Auch der geheime Führer des Rotfrontkämpferbundes im Ruhrgebiet, Jakob Göbel aus Dortmund, wurde bei dieser Gelegenheit verhaftet.

**Das Planmäßige in der kommunistischen Aktion in der Woche vor Weihnachten zeigte sich auch darin, daß in anderen Großstädten ähnliche Vorfälle wie in Berlin sich ereigneten.** So waren in **Frankfurt am Main** viele Tausende auf den Beinen, führten Straßengefechte mit der Polizei, in **Köln** putschten die Erwerbslosen, in **Plauen** und **Kiel** warfen sie Stinkbomben in die Stadtverordnetensitzungen, in **Dresden** drängten etwa 4000 Demonstranten unter Rufen wie "Bluthunde" gegen das Rathaus an, das aber von drei Polizeihundertschaften geschützt wurde.

**Auch nach Weihnachten ebte der Kampf der Kommunisten gegen Staat und Ordnung keineswegs ab.** In den letzten Nächten des Jahres kam es zu schweren Straßenschlachten mit den Nationalsozialisten in **Berlin, Köln und Kiel** wurden von Straßenunruhen erschüttert. Kommunistische Mörder drangen sogar in die Wohnungen ihrer Gegner ein, um diese zu töten. So wurde der nationalsozialistische Student **Horst Wessel** in Berlin am 14. Januar von drei Kommunisten erschossen. Regelrechte Straßenschlachten spielten sich in **Worms** ab. Die kommunistischen Erwerbslosen lieferten der Polizei ein Feuergefecht. Als es endlich der vereinigten Wormser und Darmstädter Polizei gelungen war, nach mehrfachem Handgemenge die Kommunisten im Laufe der Nacht in der Judengasse einzukesseln, eröffnete diese von den Dächern herab ein regelrechtes Schützenfeuer, das die ganze Nacht hindurch anhielt.

**Eine neue Spartakuswelle ging Mitte Januar 1930 über Deutschland:** der Mord an Wessel, die Vorfälle in Worms, Zusammenstöße in Berlin, Revolten in Hartmannsdorf, die fünf Tote forderten. Alle diese Ereignisse veranlaßten endlich den preußischen Innenminister Grzesinski, am 17. Januar

in ganz Preußen öffentliche Umzüge und Versammlungen zu verbieten. Das Aufzüngeln der Flammen war unterdrückt, aber die revolutionäre Glut war nicht erstickt. Das ließ sich an den schweren Straßenkämpfen, die in Hamburg Ende Januar stattfanden, und an den Überfällen in Bremen erkennen. Dem rücksichtslosen Vorgehen der Polizei war es zuzuschreiben, daß die besonderen Anstrengungen der Kommunisten, den "Roten 1. Februar" zum Beginn des Aufstandes zu machen, scheiterten.

**Bei all diesen kommunistischen Ereignissen stand Moskau im Hintergrunde.** Der Bolschewismus hatte seine Hand im Spiele, der asiatische Kulturkreis, der seit einem Jahrzehnt mit dem deutschen und dem westlerisch-demokratischen Kulturkreis um die Macht über Deutschland rang und jetzt unter dem Eindruck des Youngplanes eine besonders scharfe Energie und Kampftätigkeit entfaltete. Durch die Sowjetbotschaft in Berlin, Unter den Linden, war die direkte Beziehung zwischen deutschen und russischen Bolschewisten hergestellt. In der Sowjetbotschaft gingen die kommunistischen Abgeordneten und Parteifunktionäre ein und aus, von hier gingen sie ins Land hinaus, hetzten die Erwerbslosen zu Mord und Gewalttat. Die Polizei hat Dutzende von Abgeordneten und Funktionären in jenem Wintermonat verhaftet. Die Moskauer *Prawda* war mit der Arbeit der deutschen Bolschewisten zufrieden. Zu den Vorgängen in Worms Mitte Januar schrieb sie, sie seien ein Beweis dafür, daß die Kommunistische Partei die Leitung des Kampfes gegen die Herrschaft der Bourgeoisie in der Hand habe. Die Deutsche Kommunistische Partei besitze große Sympathie beim deutschen Proletariat und wisse, was sie wolle. Die letzten Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Erwerbslosen könnten nicht nur als Zwischenfall, sondern als eine neue Periode in dem Freiheitskampf des deutschen Proletariats gegen das Bürgertum und die deutsche Sozialdemokratie angesehen werden. Die letzten Ereignisse hätten die Erweiterung des revolutionären Einflusses der Kommunistischen Partei Deutschlands auf das deutsche Proletariat gezeigt. - So setzte Rußland, wie schon einmal im Herbst 1923, große Hoffnungen auf das Wachsen der deutschen Not und hetzte deutsche Menschen für russische Ziele in den Untergang. -

Aber es war doch ein verhängnisvoller Irrtum, daß die Kommunisten nicht erkannten, sie allein seien viel zu schwach, um den Staat zu stürzen. Sie waren, zu ihrem eigenen Unglück, viel zu verblendet, um zu erkennen, daß, wohin sie blickten, von rechts bis links, sie keinen Freund für sich, sondern nur Feinde wider sich hatten. Das, was sie wollten, war zu kulturlos und nicht geeignet, sich Freunde zu erwerben, es sei denn, unter den dunklen Massen der Gescheiterten.

Deutschland schüttelte sich zu der Zeit, da es vom Dawesplan zum Youngplan übergehen sollte, in schweren inneren Fiebern. Bauern und Erwerbslose, Nationalsozialisten und Kommunisten und Deutschnationale liefen Sturm gegen das herrschende System der Mitte. Zwei Fünftel des ganzen Volkes waren in Bewegung geraten! Aber sie zerfleischten und bekämpften sich auch untereinander, und in diesem Umstande beruhte die Stärke des demokratischen Systems. Und dann stand auch die deutsche Wirtschaft, von Schacht geführt, in feindlicher Haltung der Regierung und ihren Bestrebungen gegenüber. In der Tat hatte die Reichsregierung und mit ihr im Bunde die Regierung Preußens außerordentlich heftige Kämpfe um ihre Selbsterhaltung zu führen, kämpfte nach rechts und links, nach allen Seiten, wobei sie auch nicht immer die Linie des Rechtes innehielt. Die Unterhändler, die Anfang Januar 1930 nach dem Haag gingen, hatten ein derart brausendes und gärendes, innerlich zerklüftetes Volk im Rücken, von dem sie keine Stärkung ihrer Position, keine Resonanz für ihre Wünsche erhoffen durften.



## **2. Kapitel: Besiegelung des Youngplanes:**

### **Zweite Haager Konferenz, Rheinlandräumung.**

Nicht allzu hoffnungsfroh sah die deutsche Regierung der Eröffnung der zweiten Haager Konferenz entgegen. Zwar, das Ergebnis des Volkssentscheids war für Hermann Müller ein gewisser Trost, denn es zeigte, daß die Zahl derer in ständigem Wachsen begriffen sei, "die die Unmöglichkeit einer Außenpolitik auf

**Haager Konferenz  
Januar 1930**

unrealer Grundlage begreift", wie sich der Volksparteiler Dingeldey ausdrückte. Aber die Abwehr der Volksentscheidspropaganda habe doch die Reichsregierung genötigt, über Gebühr stark den Youngplan zu loben, oder wie Dingeldey mit unfreiwilligem Humor meint, "in seinen positiven Eigenschaften zu schildern". Aber darüber könne doch kein Zweifel sein, daß die Reichsregierung mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes in voller Einmütigkeit die durch den Youngplan der deutschen Wirtschaft auferlegten Lasten als für die Dauer untragbar ansehe.

"Wenn die deutschen Sachverständigen im Einklang mit der Reichsregierung den Youngplan gleichwohl unterschrieben haben, so in der Erkenntnis, daß die Bestimmungen über das deutsche Moratorium und den bei der Internationalen Bank eingesetzten Sachverständigenausschuß in sich ohne weiteres die Möglichkeit einer neuen Nachprüfung der Sachlage nach absehbarer Frist eröffnen."

Soweit Dingeldey, und Dingeldey war das Sprachrohr von Curtius, dem Außenminister.

Den deutschen Ministern war keineswegs wohl zumute. Sie erkannten alle die gefährlichen Ziele der Gegner, und sie wußten auch, daß sie als die moralisch Schwächeren zu Kreuze kriechen mußten. Denn wann hätte man es auch nur einmal erlebt, daß seit 1918 ein deutscher Minister mit Mut und Selbstbewußtsein die Forderungen seiner Nation vor den anderen verteidigt hätte? Da lauerten im Haag Verzichte und Drohungen aller Art, Verzichte auf Ersatz liquidierten deutschen Eigentums in Polen und England, Drohungen der Sanktionen von Frankreichs Seite. Denn in Frankreich hatte Tardieu als Ministerpräsident das Heft in der Hand, der berühmte Verfasser des **Versailler Diktatvertrages** und Schüler Clemenceaus. Und Tardieu strebte nach der Hegemonie Frankreichs durch Niederhaltung Deutschlands. Aber die deutsche Regierung nahm gern alles auf sich für das eine Ziel: Räumung der Rheinlande.

Bereits vor Weihnachten begann Frankreich nach der Art eines Tintenfisches die Atmosphäre vom Haag zu verdunkeln. Das *Echo de Paris* sprach davon, daß der englische Schatzkanzler Snowden Aufnahme von Sanktionsklauseln in den Youngplan verlangt hätte, und die französische Zeitung fügte hinzu, für diesen Zweck empfehle sich Beibehaltung der Reparationskommission.

Hierüber war man in Berlin entrüstet, und in London dementierte man mit Befremden und Bedauern. Es handelte sich in Wahrheit um einen Vorstoß Frankreichs, einen Versuch, auch in Zukunft die Hand an der Gurgel Deutschlands halten zu können. -

**Am 3. Januar nachmittags wurde in der Hauptstadt der Niederlande die zweite Haager Konferenz eröffnet.** 16 Mächte waren erschienen. Die englische Abordnung wurde von Graham geführt, Snowden befand sich in ihr; die Franzosen rückten von Tardieu geführt an, Briand, Loucheur, Chéron und die Finanzgewaltigen Moreau und Quesnoy. Die Amerikaner waren nur als Beobachter, nicht als Verhandlungsteilnehmer erschienen. An der Spitze einer Abordnung von 45 Mann traf Curtius als Vertreter Deutschlands ein. Dann waren da die Italiener, Belgier, Tschechen, Polen, Ungarn, Österreicher, Japaner usw. usw. Den Vorsitz führte der belgische Ministerpräsident Jaspar.

**Schon bei den ersten Arbeiten der Konferenz kam es zu Reibungen.** Es wurden drei Ausschüsse gebildet, einer für Reparationen, ein anderer für die Ostreparationen und ein dritter für die Finanzsachverständigen. In diesem Finanzausschuß sollten nur die sechs einladenden Mächte vertreten sein, wogegen die kleinen Mächte unter Führung Rumäniens (Titulescu) und Polens (Ullrich) protestierten, doch vergeblich. Die sechs Mächte, Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, beschlossen, den Vorsitz im Ausschuß der deutschen Reparationen Jaspar, im Ausschuß der nichtdeutschen Reparationen Loucheur zu übertragen. Im großen Ganzen war die Gruppierung im Haag so, daß Deutschland allein stand, während Frankreich und das abwartende England zu gegenseitiger Unterstützung bereit waren mit Ausnahme in der Frage der Sanktionen.

Eine neue Differenz ergab sich, als der Führer der polnischen Abordnung Morosowsky, der an Stelle des Außenministers Zaleski im Haag anwesend war, erklärte, das deutsch-polnische Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929 bilde einen integrierenden Bestandteil der gesamten Haager Ver-

einbarungen. Curtius lehnte diese Verflechtung der polnischen Angelegenheit mit dem Gesamtkomplex der Haager Probleme ab, und Jaspar erklärte, dieser Streitfall interessiere die Konferenz in keiner Weise.

### Konflikte im Haag

Doch **die eigentlichen Schwierigkeiten erhoben sich bei den Verhandlungen Deutschlands mit den fünf Gläubigermächten**, denn über diesen Verhandlungen lag auf beiden Seiten der Abglanz des Volksentscheides, der vor zwei Wochen ergebnislos ausgegangen war. Die Gläubigermächte litten unter Unruhe und Nervosität, sie suchten sich möglichst umfassend und wirksam gegen die Möglichkeit zu sichern, daß einmal in Deutschland eine Regierung ans Ruder kommen könne, die den Youngplan zerreiße. Eine solche Möglichkeit sei durchaus nicht chimärisch, denn der Volksentscheid beweise, daß sie vorhanden sei. Die Deutschen ihrerseits, argwöhnisch und schwach, aufgescheucht durch die ergiebige Kritik der letzten Monate an der Youngpolitik, witterten ängstlich überall Fallstricke und fürchteten die Verantwortung zu Hause. Sie verhielten sich daher defensiv, ausweichend und überließen ihren Gegnern die Verhandlungsführung.

Zunächst konnte man sich nicht über die Zahlungstermine einigen. Die deutschen Vertreter meinten, die monatlichen Zahlungen des Youngplans sollten am Monatsende bei der Bank für internationale Zahlungen erfolgen, das sei der Sinn der Pariser Abmachungen und so sei das allgemein üblich. Dem widersprachen aber die Gläubigermächte. Sie mußten ihre Schulden am Monatsende zahlen, und deshalb sei es nötig, daß Deutschland bereits Anfang, spätestens aber Mitte des Monats die fälligen Raten *pränumerando* überweise. Aber dieser Vorschlag kam einer Mehrbelastung von 80 Millionen über den Youngplan hinaus gleich, deswegen lehnten die Deutschen ihn ab. Aber auch eine von Snowden vorgeschlagene Zwischenlösung, Deutschland solle die Raten am 15. jeden Monats auf die Bank für internationale Zahlungen einzahlen, die Bank solle aber erst am 30. die Beträge den Gläubigern transferieren und den Zinsgewinn in der zweiten Monatshälfte zur Deckung ihrer Unkosten verwenden, fand bei den Deutschen keine Zustimmung. Moldenhauer erklärte, man könne die Unkosten der Bank nicht übernehmen, diese hätten die Gläubigermächte zu zahlen. Man wollte hören, was die Pariser Sachverständigen über den Zahlungstermin beschlossen hatten. Deshalb zitierte man Schacht nach dem Haag. Aber es stellte sich heraus, daß in Paris über die Zahlungstermine nichts Genaues bestimmt worden war, und so kam denn am 14. Januar, nachdem die Gläubiger Moldenhauers Vorschlag, Owen Young als Unparteiischen zu hören, abgelehnt hatten, eine dahingehende Einigung zustande, daß die Zahlungen der Reichsbahn am Monatsende, die übrigen Zahlungen Deutschlands am 15. jeden Monats zu leisten sind.

### Zahlungstermin

### Moratorium

Sodann stritt man sich über **die Bestimmungen des Moratoriums**. Die Gläubigermächte waren der Ansicht, daß Deutschland die gestundeten Beträge nach Wiederaufnahme der Zahlungen entweder sofort im ganzen oder den laufenden Raten angepaßt zu entrichten hätte. Darauf erwiderten die Deutschen, daß eine derartige Auslegung die Moratoriumsbedingungen für die Praxis illusorisch mache. Auch lehnte Deutschland ab, daß irgendeine fremde Macht darüber entscheide, ob Deutschland ein Moratorium beantragen dürfe oder nicht. Noch am 10. Januar behaupteten die Gläubigermächte einmütig, Deutschland dürfe ein neues Zahlungsmoratorium nicht beantragen, solange nicht die während des ersten Moratoriums aufgelaufenen Summen an die Gläubigermächte abgetragen seien. Moldenhauer bestritt dies ganz energisch. Als dann die Gläubigermächte noch behaupteten, Deutschland dürfe ein Zahlungsmoratorium nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen in einer ganz bestimmten Lage, z. B. einer wirtschaftlichen Depression, fordern, und daß Deutschland eine dahingehende Erklärung abzugeben habe, widersetzte sich Moldenhauer mit aller Entschlossenheit. Man befragte die Juristen, und auf ihr Urteil gestanden die Gläubiger der deutschen Regierung das völlig selbständige Recht zu, ohne jede Einmischung selbständig über die Notwendigkeit eines Moratorium-Antrages zu entscheiden. Schließlich setzte sich auch der deutsche Standpunkt in bezug auf die Behandlung der aufgeschobenen Zahlungen durch: nach Ablauf eines Moratoriums hat der im Youngplan vorgesehene Sonderausschuß mit der deutschen Regierung über den Zahlungsmodus zu verhandeln, um finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu vermeiden.

Im Haager Abkommen erhielt also **Artikel VIII** folgende Fassung:

"Um das gute Arbeiten des Neuen Planes zu erleichtern, legt die deutsche Regierung Wert darauf, aus freien Stücken zu erklären, daß sie fest entschlossen ist, auf jede mögliche Weise bemüht zu sein, eine Moratoriumserklärung zu vermeiden und dazu erst dann zu schreiten, wenn sie im guten Glauben zu dem Ergebnis gelangt, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des aufschiebbaren Teils die Annuitäten ernstlich gefährdet werden könnte. Dabei herrscht Einverständnis darüber, daß Deutschland allein berechtigt ist, darüber zu entscheiden, ob zu einer Moratoriumserklärung, so wie sie im Neuen Plan vorgesehen ist, Anlaß besteht."

**Die Frage der Pfänder** bereitete den Gläubigern große Sorge. Man müsse doch für seine Forderungen gesichert sein; wenn man den Volksentscheid und das Memorandum Schachts ansehe, sei dies Verlangen gerechtfertigt. So argumentierten die Engländer und Franzosen. Sie verlangten die Umwandlung des negativen Pfandrechtes, daß der Youngplan vorsah, in ein positives, direktes, sie erstrebten die unmittelbare Kontrolle über zu verpfändende Einnahmen aus Biersteuer, Weinsteuern, Spritmonopol usw., so eben wie es der Dawesplan geschaffen hatte. Die Deutschen lehnten diese Pfänderpolitik als unwürdig ab; am 14. Januar ließen die Gläubiger ihre Forderung auf Aktivierung des indirekten Pfandes an die Reichsbahngesellschaft fallen, und die im Youngplan vorgesehenen indirekten Pfänder sollten als solche bestehen bleiben. Die beharrliche und erfolgreiche Ablehnung der positiven Pfänder durch Deutschland verhinderten es, daß nach dem Willen der Gläubigermächte in die wirtschaftlichen Abmachungen eine sanktionsähnliche Bresche geschlagen wurde.

**Pfänder**

**Der Artikel XIV des Haager Abkommens** besagte demnach folgendes:

"Die Gläubigermächte erkennen an, daß ihre Annahme der feierlichen Verpflichtung der deutschen Regierung alle zur Zeit etwa bestehenden Pfänder, Kontrollen, Garantien und Vorrechte ersetzt",

unter Vorbehalt derjenigen für die Reparationsanleihe von 1924, für die Reichsbahn und einige Steuern. Die Reparationsanleihe von 1924 stand überhaupt außerhalb des Youngplans, ihr Zinsendienst, mit in den Annuitäten begriffen, hatte den Vorrang vor den eigentlichen Youngreparationszahlungen.

Im Laufe der Konferenz wurde der Wunsch der Gläubigermächte, besonders Frankreichs laut, einen Teil der deutschen Youngschuld auf dem Anleihewege sofort zu mobilisieren, um über das so beschaffte Geld verfügen zu können. Am 10. Januar überreichten die Franzosen der deutschen Abordnung eine Denkschrift, worin die Mobilisierung des ersten Abschnittes der deutschen Youngzahlungen erörtert wurde. Man verlangte von der deutschen Reichsregierung, daß sie sich verpflichte, bis zum 1. Oktober 1930 keine Auslandsanleihen aufzunehmen, um nicht die Mobilisierungsaktion zu gefährden. Die Kommerzialisierung der deutschen Zahlungen dürfe nicht durch andere deutsche Finanzoperationen am internationalen Kapitalmarkt gestört werden. Tardieu vervollständigte am nächsten Tage den französischen Vorschlag dahin, daß sofort die erste Rate der Youngzahlungen in Höhe von ein- bis zweihundert Millionen Dollar mobilisiert werden sollte, wovon ein Teil in Frankreich, der Rest auf dem internationalen Kapitalmarkt untergebracht werden solle.

Der deutsche Finanzminister Moldenhauer erklärte zunächst, daß Deutschland angesichts seiner wirtschaftlichen Lage sich unmöglich verpflichten könne, für längere Zeit auf Auslandsanleihen zu verzichten. Doch eine endgültige Antwort wolle erst abgeben, wenn Dr. Schacht im Haag eingetroffen sei. Tardieu verwies dann darauf, daß Frankreich keinen Einspruch gegen die Kreugeranleihe gegen Verpfändung des Zündholzmonopols erhoben habe, worauf Moldenhauer erwiderte, daß die Kreugeranleihe in keiner Weise die französischen Mobilisierungsabsichten berühre. Der Engländer Snowden bemerkte, daß er an dieser Frage in keiner Weise interessiert sei, bei der Mobilisierungsfrage handele es sich um ein Gentlemen-Agreement zwischen Deutschland und Frankreich für kurze Frist.

Man stritt hin und her. Ivar Kreuger, der schwedische Finanzmagnat und Betrüger von weltpolitischer Großartigkeit, Postminister Schätzkel und der Generaldirektor der Reichsbahn, Dorpmüller, wurden nach dem Haag zitiert, um sich über die schwierige Frage zu verbreiten. Moldenhauer wehrte sich nach wie vor gegen die Sperrfrist für Auslandsanleihen und gegen die Übernahme eines Teils der Reparationsbonds durch Reichspost und Reichsbahn. Die Mobilisierungsfrage hänge ganz vom amerikanischen Kapitalmarkt ab. So standen sich die beiden Auffassungen gegenüber. Die französische, welche fürchtete, die Younganleihe könne nicht untergebracht werden, wenn Deutschland seine Anleihepolitik fortsetze, und die deutsche, welche befürchtete, das deutsche Wirtschaftsleben könne durch die Younganleihe gefährdet werden.

Endlich, am Schluß der Konferenz, kam auch hier eine Einigung zustande, **eine Kompromißlösung**. Ein erster Abschnitt der Mobilisierungsanleihe in Höhe von 300 Millionen Dollar sollte bis zum 1. Oktober 1930 aufgelegt werden. Deutschland mußte bis dahin auf jede auswärtige Anleihe verzichten. Sollte die Bank für internationale Zahlungen feststellen, daß der Markt bis zum 1. Oktober 1930 für die Mobilisierungsanleihe nicht aufnahmefähig sei, dann sollte die Sperrfrist für auswärtige Anleihen um ein halbes Jahr verlängert werden. Deutschland konnte sich nach freiem Ermessen mit 100 Millionen Dollar beteiligen, welche Reichsbahn und Reichspost übernehmen sollten. Allerdings durfte Deutschland auf die Beteiligung verzichten, wenn ihm die Bedingungen zu ungünstig erscheinen sollten.

Diese Mobilisierungsaktion war von bedenklicher Natur, sie war gewissermaßen ein Wechsel auf die Zukunft, durch den sich Frankreich zu sichern gedachte. Aber sie schloß in sich auch eine große Gefahr. Bei einer unvorhergesehenen Finanzkatastrophe Deutschlands waren die hier investierten Gelder aufs schwerste gefährdet. Der Kurs konnte dann bis auf nichts herabsinken. So kommt der Younganleihe weniger der Charakter einer auf wirtschaftliches Vertrauen gegründeten Transaktion zu als vielmehr der Charakter einer finanziell vollzogenen politischen Bindung Deutschlands, die im Interesse der französischen Politik lag.

Daß für Frankreich die politischen Probleme im Haag ebenso wichtig waren wie die finanziellen, ganz im Gegensatz zu England, erwies sich auch in der Frage der **Sanktionen**. Wir wissen, daß die ganze Reparationsfrage bis zum Jahre 1924 eine fast ausschließlich politische Angelegenheit war und daß Frankreich bei jedem deutschen Versagen in diesem Punkte sogleich mit Sanktionen bei der Hand war. Durch Dawes wurde der Zustand insofern geändert, als daß das wirtschaftliche Moment als das bestimmende betont wurde, nicht ohne die Drohung mit Sanktionen im Hintergrund zu halten. Die Youngkommission war nun bemüht, die ganze Angelegenheit der Reparationen ausschließlich als eine finanziell-wirtschaftliche zu behandeln. Dagegen nun erhob sich der Widerstand der Franzosen, die in rückläufiger Bewegung danach trachteten, ihre gepanzerte Faust auch fernerhin an der Gurgel Deutschlands zu halten.

Die Sanktionsfrage war seit Monaten in einem Teil der französischen Presse das vorherrschende politische Problem. Und in der Behandlung dieses Problems und den diesbezüglichen Forderungen Frankreichs setzte sich dieser Staat in ausgesprochenen Gegensatz zum Youngplan und der sich darauf stützenden deutschen Auffassung. Diese ist folgende: Die Paragraphen 17 und 18 des Reparationskapitels des Versailler Vertrages sehen vor, daß im Falle deutscher Verfehlungen die Regierungen alle Maßnahmen, die erforderlich erscheinen, zu ergreifen berechtigt sind. Artikel 430 des Versailler Vertrages sieht ferner die **Wiederbesetzung** des besetzten deutschen Gebietes vor für den Fall, daß die Reparationskommission deutsche Verfehlungen feststellt. Demgegenüber erklärt der Youngplan in Übereinstimmung mit seinem Geist und seiner Verfassung in völlig unzweideutiger Weise in Kapitel 6: "Die Beziehungen der Reparationskommission zu Deutschland **hören auf!**" Damit fällt derjenige Organismus, der allein eine Wiederbesetzung der ehemals besetzten Gebiete herbeiführen kann. Ferner erklärt der Youngplan, daß durch die feierlichen Verpflichtungen, die die deutsche Regierung in dem Youngplan übernehme, alle Garantien, Pfänder und Kontrollen, die bestehen oder entstehen könnten, ersetzt würden. - So war es die Linie der deutschen Politik im Haag, zu verhindern, daß die Befugnisse der Reparationskommission auf einen andern Organismus über-

tragen wurden, und daran festhalten, daß die im Youngplan vorgesehenen schiedsgerichtlichen Entscheidungen aller aus ihm sich ergebenden Streitigkeiten allgemein anerkannt wurde. Demgegenüber wollten die Franzosen eine juristische Formel finden, welche die politischen Befugnisse der Reparationskommission auf den Sonderausschuß der Bank für Internationale Zahlungen übertrug.

Am 7. Januar überreichte Tardieu der deutschen Abordnung ein Memorandum zur Sanktionsfrage. Für den Fall, daß Deutschland vorsätzlich und böswillig den Youngplan zerreiße, sollten die Sanktionsbestimmungen des Versailler Vertrages wieder in vollem Umfange in Kraft treten, ein Fall, von dem Frankreich nicht hoffe, daß er je eintrete. Auch dann müsse Deutschland seinen Gläubigern Sanktionsrechte zuerkennen, wenn nach Ablauf eines zweijährigen Moratoriums das im Youngplan vorgesehene Schiedsgericht oder der internationale Gerichtshof als höchste Instanz eine etwaige "Nichterfüllung" Deutschlands feststelle. Die Franzosen nannten die auf diese Weise ausgelösten Repressiv-Maßnahmen nicht mehr Sanktionen, sondern "juristische Konsequenzen", um den "Schuldner nicht abzuschrecken". Der englische Schatzkanzler Snowden war zwar für militärische Sanktionen nicht zu haben, aber in einer Besprechung mit Tardieu vermied er eine eindeutige Stellungnahme.

Die Verhandlungen über die Sanktionen waren wohl mit die schwerste Arbeit der Konferenz, vor allem deshalb, weil die französische Presse seit Monaten das Volk in dieser Frage aufpeitschte und nicht mehr zur Ruhe kommen ließ. Tardieu wurde durch die öffentliche Meinung seines Landes gezwungen, hartnäckig an seinen Forderungen festzuhalten. Er nahm damit eine vollkommen isolierte Stellung im Haag ein, denn Snowden erklärte wiederholt, er sei nicht an der Formulierung der Sanktionsklausel beteiligt. Am Vormittag des 9. Januar fand zwischen Curtius, Tardieu und Briand die erste Unterredung über die Sanktionen statt, die anderthalb Stunden dauerte. Sie war ergebnislos. Schroff und unversöhnlich standen sich die Ansichten gegenüber. Die Franzosen hielten an ihrer allgemeinen elastischen Formel fest, die über eine Entscheidung des Haager Gerichtshofs Sanktionsmaßnahmen durch die Internationale Bank ermöglichte. Curtius lehnte rundweg das Ansinnen ab, denn erstens kenne der Youngplan keine Sanktionen, zweitens aber schließe Deutschlands Zugehörigkeit zum Völkerbund und zum Locarnopakt von selbst jede Sanktionsmaßnahmen aus.

Zwei Tage später, am 11. Januar, legte Curtius seinen Standpunkt in einer abermaligen Unterredung mit Tardieu schriftlich fest. Folgende drei Punkte waren die wichtigsten:

1. Deutschland ist der Ansicht, daß in einem Vertrag, der wie der Youngplan auf gegenseitigem Vertrauen beruht, nicht eine Klausel aufgenommen werden kann, die bereits Unehrllichkeit und bösen Willen Deutschlands vorsieht. Aus diesem Grunde können in dem Schlußprotokoll der Haager Konferenz keinerlei Bestimmungen aufgenommen werden, die die Ehrlichkeit Deutschlands und den guten Willen, seine im Youngplan feierlich übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, irgendwie in Frage stellen.
2. Die deutsche Abordnung ist der Ansicht, daß nach der Kommerzialisierung der deutschen Youngzahlungen nur noch privatrechtliche und finanzielle Maßnahmen in Frage kommen können.
3. Gegen die Zusammensetzung des Schiedsgerichtes des Youngplans (1 Deutscher, 1 Franzose, 2 Neutrale, Vorsitzender Amerikaner) wird Einspruch erhoben und eine Erweiterung der deutschen Vertretung im Schiedsgericht verlangt.

Doch Tardieu hielt zäh an seinen Sanktionsforderungen fest. Um sie den unnachgiebigen Deutschen schmackhafter zu machen, erklärte er am folgenden Tage, eine Wiederbesetzung deutschen Gebietes im Falle der Lossagung Deutschlands vom Youngplan sei nicht als eine kriegerische, sondern als eine friedliche Maßnahme zu betrachten; Deutschland solle diesen Standpunkt annehmen. Doch Curtius war unnachgiebig.

**Endlich, am 15. Januar, kam eine Einigung, ein Kompromiß in der Sanktionsfrage zustande.** Es wurden darüber zwischen der deutschen und den

***Einigung in der Sanktionsfrage***

fünf alliierten Vertretungen Noten gewechselt. Die gemeinsame Note der fünf Gläubigermächte hatte folgenden Inhalt:

Der Ständige Internationale Haager Gerichtshof hat darüber zu entscheiden, ob eine deutsche Regierung "Handlungen vollzogen hat, die ihren Willen bekunden, den Neuen Plan zu zerreißen". Jede einzelne Gläubigermacht hat das Recht, selbständig die Klage auf Vertragsbruch gegen Deutschland vor den Internationalen Haager Gerichtshof zu bringen und gewinnt nach erfolgter Entscheidung volle Handlungsfreiheit gegen Deutschland, ohne daß dadurch die Stellung der übrigen Gläubigermächte in irgendeiner Weise berührt wird. Die Gläubiger brauchen also keineswegs geschlossen gegen Deutschland zu klagen, die Klage einer einzelnen Macht genügt vollkommen.

Die deutsche Erklärung bedauerte es, daß eine solche Eventualität in Betracht gezogen werde, welche die deutsche Regierung ihrerseits für unmöglich halte. Immerhin sei sie mit den Gläubigerregierungen einverstanden, daß der Haager Gerichtshof eine Entscheidung fälle, wenn nun schon eine Klage vorgebracht werde. Im Falle einer bejahenden Haager Entscheidung erkenne sie den Gläubigermächten insgesamt und einzeln das Recht zu, daß sie ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen, um die Ausführung der sich aus dem Neuen Plan ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes sicherzustellen.

Das bedeutete nichts anderes als **ein Nachgeben der Deutschen im letzten Augenblick**. Die deutsche Abordnung suchte ihre Haltung folgendermaßen zu begründen: Die Hauptaufgabe war, **den "äußersten Fall", die Lossagung Deutschlands von dem Youngplan, klar zu definieren**. Wenn bei der Durchführung des Youngplanes ernste Schwierigkeiten eintreten sollten, so mußte diese Kategorie von Schwierigkeiten stark abgegrenzt werden gegenüber jenem Fall, wo eine deutsche Regierung sich mit eindeutigen Worten außerhalb des Youngplanes stellt. Die positiven Punkte der Vereinbarungen sind, daß

**Der "äußerste Fall"**

1. die Funktionen der Reparationskommission und ihre damit zusammenhängende Stellung in Berlin am Tage des Inkrafttretens des Neuen Planes aufhören und
2. die Befugnisse der Gläubigermächte während des Bestehens des Youngplanes durch diesen Plan begrenzt werden.

Damit sind während des Bestehens des Youngplanes alle Sanktionsmaßnahmen ausgeschlossen. Für den äußersten Fall der Lossagung Deutschlands ist die gegenwärtig bestehende internationale Rechtsinstanz, des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag, als letzte entscheidende Instanz eingeschaltet. Erst wenn dieser Gerichtshof feststellt, daß Deutschland den Youngplan gebrochen hat, gewinnen die klageführenden Gläubigermächte volle Handlungsfreiheit.

**Nun aber kam das tragische Moment in der Sanktionsfrage!** In der Sitzung der sechs einladenden Mächte, worin die Vereinbarung in der Sanktionsfrage angenommen wurde, gaben Snowden und Tardieu ihre Erklärungen ab. Der englische Schatzkanzler Snowden betonte, daß England an den Sanktionsverhandlungen nicht teilgenommen habe und bedauerte ausdrücklich die Aufrollung dieser Frage. Immerhin sei es gut, daß eine Vereinbarung getroffen sei. Allerdings sei ein Punkt ungeklärt: durch einen Bruch des Youngplanes von deutscher Seite würde nämlich nicht eine einzelne Macht, sondern sämtliche Gläubigermächte berührt, deshalb sollte von Rechts wegen die Klage beim Internationalen Gerichtshof im Haag nicht, wie vorgesehen, durch eine einzelne Gläubigermacht, sondern durch die Gesamtheit der Gläubigermächte vorgebracht werden. Hierauf entgegnete Tardieu in sehr bezeichnender Weise: **ein Vertragsbruch durch Deutschland müßte der politischen Beurteilung und Stellungnahme jeder einzelnen Gläubigermacht überlassen bleiben, diese Stellungnahme könne aber sehr verschieden sein!** Da geschah das Unglaubliche. Dr. Wirth ergriff nicht die Waffe, die ihm England zum eigenen Vorteil des deutschen Volkes bot, sondern er erklärte ausdrücklich, daß nach der Vereinbarung **jede einzelne Macht** das Recht habe, sich an den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag zu wenden! Selbst Tardieu war erstaunt. **Die Verblendung, mit der Wirth die willig angebotene englische Bundesgenossenschaft ablehnte, verhalf den Franzosen zu einem neuen politischen Siege in Europa.** Mit Erfolg hatte Tardieu um die

politische Hegemonie seines Landes in Europa gekämpft. Er wußte ja, daß die deutschen Zentrums-  
politiker ihre Vorliebe für Frankreich über die politische Notwendigkeit der Nation, England zu  
gewinnen, stellten.

Die offizielle politische Presse in Deutschland, z. B. der *Heimatdienst*, bezeichnete es als großes  
Verdienst, daß der "äußerste Fall" klar und eindeutig festgelegt worden sei. Man war auch sehr  
optimistisch, daß der Haager Gerichtshof kaum je den "äußersten Fall" zuungunsten Deutschlands  
als gegeben feststellen könnte. Täte er es trotzdem, so könnten die Gläubigermächte dennoch nicht  
auf die Sanktionsklauseln des Versailler Vertrages zurückgreifen. Die "volle Handlungsfreiheit" sei  
nicht die des Versailler Vertrages, sondern die des allgemeinen Völkerrechts, das nur unter gewissen  
Voraussetzungen Repressalien kenne. Die Gläubigermächte müßten jede einzelne Maßnahme recht-  
fertigen und in Einklang bringen mit dem Völkerbundspakt, dem Locarnopakt und dem Kellogg-  
pakt. Jedenfalls sei der Versailler Vertrag keine Rechtsgrundlage mehr. Damit sei eine wichtige  
Rehabilitierung Deutschlands gelungen und vom deutschen Rheinland das Wiederbesetzungsrecht  
des Versailler Vertrages endgültig abgewandt. Aber gerade über **die verhängnisvolle Wendung der  
"vollen Handlungsfreiheit"** ging man hinweg. Gerade der Umstand, daß Briand die Räumung des  
Rheinlandes automatisch von der Ratifikation des Youngplanes abhängig machte, mußte erkennen  
lassen, daß die Besetzung von Rechts wegen automatisch wieder erfolgte oder erfolgen durfte, so-  
bald von deutscher Seite dem Youngplan fernere Anerkenntnis versagt würde. In der französischen  
Politik und Geschichte spielte die Besetzung des Rheinlandes eine wesentlich wichtigere Rolle als  
finanzielle Fragen, und so hatte in der Tat Tardieu im Haag sich das Recht der Neubesetzung  
erobert, indem ihm die Deutschen die volle Handlungsfreiheit zugestanden hatten. **Die geschaffene  
Lage war folgende: Frankreich konnte als einzelne Gläubigermacht vor dem Internationalen  
Schiedsgericht gegen Deutschland klagen. Fiel der Spruch gegen Deutschland aus, so bekam  
Frankreich seine volle Handlungsfreiheit wieder, es konnte automatisch das Rheinland wieder  
besetzen, da die Räumung von der Anerkenntnis des Youngplans abhängig gemacht war!**

Tatsächlich lagen die Dinge anders. Tatsächlich erkannte Deutschland **jegliche** Maßnahme der  
Gläubigerregierung an, durfte also im gegebenen Falle auch eine Wiederbesetzung des Rheinlandes  
nicht als kriegerische Handlung auffassen. Und wenn nach dem Versailler Vertrag Frankreich allein  
und politisch für sein Vorgehen die Verantwortung trug, so konnte dies jetzt rechtlich begründet  
werden, **es konnte ein Unrecht in ein Recht verkehrt werden, indem es durch den Haager Ge-  
richtshof legalisiert wurde.** Und darin, daß Deutschland nicht in die Vereinbarung die ausdrückliche  
Berufung auf das allgemeine Völkerrecht, den Völkerbund, den Locarnopakt und den Kellogg-  
pakt hineingebracht hat, hat es tatsächlich auf diese verzichtet. Alle Vergeltungsmaßnahmen also,  
die sich aus dem Sonderfall des Youngplans herleiten würden, würden also außerhalb aller Verträge  
des letzten Jahrfünfts stehen! Am schwersten aber wog **die moralische Niederlage Deutschlands:**  
indem es den "äußersten Fall" ächtete, schnitt es auf ein halbes Jahrhundert seinem Volke jede selb-  
ständige Politik ab; diese Ächtung des "äußersten Falles" war die bedingungslose Übernahme des  
kaudinischen Joches für das 20. Jahrhundert!

**Frankreich  
gegen  
Deutschland**

Über der Haager Konferenz lagerte eine eigentümliche Atmosphäre nervöser Span-  
nung und Unruhe. Die Führung der Gläubigermächte lag unzweifelhaft bei den  
Franzosen, in den Händen Tardieus. Dieser hatte das natürliche Bestreben, den rein  
kaufmännischen Youngplan den aus dem Versailler Vertrag hergeleiteten Vorteilen Frankreichs un-  
terzuordnen. Aber er litt zugleich unter dem Argwohn, daß die französischen Machtansprüche durch  
die Rechtsansprüche Deutschlands gegenstandslos gemacht werden könnten. Dieser Argwohn rich-  
tete sich zwar nun nicht so sehr gegen Curtius und die deutsche Regierung, als vielmehr gegen die  
Kreise, welche den Volksentscheid gefordert und durchgeführt hatten, und gegen die Kreise, die  
hinter dem Reichsbankpräsidenten Schacht, dem tüchtigsten deutschen Finanzfachmann, standen.  
Es war die Sorge vor der Zukunft, vor denen, die nach Curtius und Wirth kommen würden. Für die  
Haager Konferenz erschien den Franzosen Schacht als die nächste, unmittelbarste Gefahr, denn als  
Mitglied des Ausschusses der Bank für internationalen Zahlungsausgleich mußte Schacht Mitte  
Januar im Haag erscheinen. Dann konnte er Kritik üben, und das liebte man nicht.

So nahm es nicht weiter wunder, daß die Pariser Zeitungen Anfang Januar ganz offen Schachts Erscheinen im Haag als eine Gefahr bezeichneten. Der *Temps* fragte besorgt, in welcher geistigen Verfassung Schacht wohl eintreffen werde, und ob er wohl "ehrlich" an der Gründung der Internationalen Bank mitarbeiten werde. Nach seinem Memorandum müsse man das bezweifeln. In dieser Propaganda gegen Schacht hatte auch der Reparationsagent Parker Gilbert die Hand im Spiele, der mit Briand, Tardieu, Loucheur Unterredungen hatte und diesen seinen Pessimismus über die Haltung Schachts "nicht vorenthielt".

Für die Deutschen andererseits war die Lage im Haag außerordentlich ungemütlich. Der Führer, Außenminister Curtius, stand zum ersten Male an einer Stelle, wo Verantwortungsbewußtsein und Entschlußkraft von ihm verlangt wurden. Das persönliche Verhältnis, das Stresemann durch jahrelange Arbeit in der großen Politik gewonnen hatte und das es ihm ermöglichte, sein Werk mit seiner persönlichen Kraft zu durchdringen, fehlte noch dem Nachfolger, dessen Aufgabe von vornherein klar gezeichnet war: nicht selbst zu schaffen, sondern fortzusetzen, zu vollenden. Hinzu kam, daß die bis auf die Spitze getriebene innere Gegnerschaft das Selbstvertrauen der Deutschen schwächte, insbesondere, daß die Vertreter der deutschen Regierung auf die fachmännische Beratung Schachts nach seinem Dezembermemorandum verzichten mußten. Das wirkte erschwerend, verschleppend, ängstlich waren die Deutschen bemüht, kein, auch, nicht das geringste Zugeständnis über das bereits Zugestandene hinaus zu machen, und die deutsche Abordnung fühlte sich daher stärker in der Abwehr gegnerischer Übergriffe als im Angriff, und diese Abwehr hatte teilweise einen hilflosen, teilweise einen geradezu störrischen Charakter. Zudem litt die deutsche Vertretung an der inneren Schwäche der Gegensätze. Curtius und Moldenhauer waren nicht stark genug, um die franzosenfreundlichen Bestrebungen Wirths und Schmidts zurückzuweisen, wie diese sich denn auch in der Sanktionsfrage durchsetzen konnten.

Diese Spannung zwischen Gläubigern und Schuldner führte öfter zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen. Die Gläubiger wollten ihre Erfolge sicherstellen, ehe Schacht eintraf, deshalb drängten sie die Deutschen, die ihrerseits in der Ablehnung beharrten. Schon in den ersten Tagen, am 7. Januar, ließ **Tardieu** sich zu heftigen Vorwürfen gegen die Deutschen hinreißen. Er sagte sinngemäß etwa folgendes (der Wortlaut wurde von deutscher Seite energisch bestritten):

"Wir versichern, daß Ihre feierliche Verpflichtung, den Youngplan auszuführen, allein genügt, um alle Pfänder zu ersetzen, die wir früher in der Hand hatten. Wir alle haben das Vertrauen zu der feierlichen Verpflichtung der hier anwesenden Reichsminister. Indessen lassen unsere Beratungen fortwährend irreführende Feststellungen auftauchen. Sie fordern, daß man Vertrauen zu Ihnen haben soll, und Sie scheinen kein Vertrauen zu sich selbst zu haben. Als gestern die Rede von dem endgültigen Charakter des in Kraft zu setzenden Abkommens war, ließ die allgemeine Aussprache bei Ihnen beunruhigende Revisionsabsichten erkennen. Dasselbe war heute vormittag der Fall in der Frage der Zahlung der Rückstände im Falle eines Moratoriums. Dasselbe beginnt heute abend von neuem bei Gelegenheit der vorbehaltenen Einnahmen. Sie sagen, daß Sie den Youngplan annehmen, und jedesmal, wenn man seine genaue Anwendung festlegen will, lehnen Sie ab. Eine derartige Haltung führt uns dazu, an Ihrer allgemeinen Verhandlungsfähigkeit zu zweifeln. Die Frage mußte ich früher oder später stellen. Ich ziehe es vor, sie bereits heute zu stellen, da Ihre Haltung unsere Arbeitsgrundlage völlig verändern kann!"

Als man auch am 12. Januar, unmittelbar vor der Ankunft Schachts, noch in keinem Punkte zu einem Ergebnis gekommen war, drohte Snowden, die Alliierten seien bereit, die Fortsetzung des Dawesplanes der Inkraftsetzung des Youngplanes vorzuziehen. Und die Pariser Presse ergänzte diesen Ausspruch, daß die Franzosen es dann auch vorziehen würden, in Mainz zu bleiben. Denn Deutschland bereite nicht die Liquidation des Krieges, sondern die Liquidation des Youngplanes vor, ehe dieser in Kraft getreten sei. Allgemein wurden die Deutschen mit Vorwürfen überhäuft, sie suchten die Verhandlungen bis zum Eintreffen Schachts zu verschleppen. Dagegen verwahrte sich Curtius. Die deutsche Abordnung habe nie mit der Hinzuziehung Schachts gedroht. Vielmehr die

Gläubigermächte hätten den Baden-Badener Ausschuß für die Internationale Bank nach dem Haag gerufen. Aufs schärfste müsse er, Curtius, den Vorwurf zurückweisen, als verzögerten die deutschen Unterhändler absichtlich die Verhandlungen bis zum Eintreffen Schachts. Die deutschen Unterhändler seien selbstverständlich in der Lage, ohne in jedem einzelnen Punkte mit der Berliner Regierung Fühlung zu nehmen, selbständig Entscheidungen zu treffen und sofort verantwortliche Erklärungen abzugeben.

**Am 13. Januar war Schacht im Haag, und sein Erscheinen erschütterte die Konferenz aufs Tiefste!**

**Dr. Schacht  
im Haag**

Der Organisationsausschuß der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hielt am Nachmittag eine Sitzung ab, an welcher die sieben Notenbankpräsidenten der Gläubigermächte, Deutschlands und der Vereinigten Staaten teilnahmen. Den Vorsitz führte der Präsident der First-National-Bank, Reynold. Dieser verlas einen Brief Schachts vom 30. Dezember, worin er ausführte, die Reichsbank könne sich nicht mit 100 Millionen Mark an der zu errichtenden Internationalen Bank beteiligen, wenn nicht folgende Bedingungen erfüllt würden: Verzicht Englands auf Liquidation deutschen Eigentums, Verzicht Frankreichs auf alle militärischen und politischen Sanktionen, Rückkehr zum Youngplan in der ursprünglich auf der Pariser Sachverständigenkonferenz ausgearbeiteten Fassung. Jede politische Verfälschung des Youngplanes müsse abgelehnt werden.

**Große Bestürzung bei allen Konferenzteilnehmern folgte.** Besonders in den Kreisen der deutschen Abordnung herrschte ungeheure Erbitterung gegen Schacht. Er falle den Politikern in den Rücken, jetzt, wo das Zusammenwirken aller führenden Organe des Staates höchste Notwendigkeit sei. Und bei dieser Gelegenheit unternahm die deutsche Delegation den einzigen energischen Schritt auf der Konferenz: sie beantragte in aller Form die Abänderung des Entwurfs für das neue Reichsbankgesetz im Sinne der Einschränkung der Rechte des Reichsbankpräsidenten. Dieser Schritt fand lebhaften Widerhall bei der deutschen Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion faßte eine Entschließung, worin sie die Beseitigung der unerträglichen Nebenregierung der Reichsbank durch Schachts Rücktritt forderte und gesetzliche Beschränkung der Befugnisse des Präsidenten verlangte. Im Haag aber erklärten Curtius, Moldenhauer und Wirth, sie würden die Beteiligung der Reichsbank an der Internationalen Bank durch Reichsgesetz gewinnen. Damit war der Zwischenfall erledigt.

So war man denn endlich bis zum Schlusse der Konferenz vorgedrungen. Aber noch einmal erhob sich ein **unerwarteter Widerstand. Die kleine Entente** war mit der Regelung der Reparationen nicht einverstanden. Benesch, der Vertreter der **Tschechoslowakei**, forderte, daß Deutschland auf alle seine Forderungen aus der Liquidierung privaten deutschen Eigentums in der Tschechoslowakei verzichten solle. Das aber wurde abgelehnt. Auch **Portugals** Ansinnen, über die bereits bestehenden Abmachungen hinaus an den deutschen Reparationszahlungen beteiligt zu sein, wies Curtius zurück. Am 20. Januar fand die Unterzeichnung des aus 14 Dokumenten bestehenden Haager Abkommens statt. Dabei gab der tschechische Delegierte Osusky eine Erklärung zu Protokoll, nach der die Tschechoslowakei auf die Liquidationsrechte aus dem Versailler Vertrag nicht verzichten könne. Der portugiesische Delegierte erklärte seinerseits, die bereits in den Verhandlungen gemachten Reserven aufrechterhalten zu müssen.

Dann wurden die letzten Reden gehalten. Snowden und Jaspar gaben ihrer Befriedigung über das Ergebnis der Konferenz Ausdruck. Man lobte die Deutschen, die mutig die Interessen ihres Vaterlandes vertreten hätten. Man erinnerte sich der Königin der Niederlande und dankte ihr für die gewährte Gastfreundschaft.

**Beurteilung des  
Haager Abkommens**

Der Historiker hat die Pflicht, ein Ereignis wie die Haager Konferenz unter großen Perspektiven zu würdigen. **Haag reihte sich als drittes grundlegendes und die Richtung Deutschlands bestimmendes Ereignis der Locarnokonferenz und der Aufnahme in den Völkerbund an.** Das Ergebnis vom Haag beruht zunächst einmal im **teilweisen Versuch eines entschlossenen Bruches mit einer zehnjährigen Vergangenheit, die aus Versailles herleitete.** Es war zweifellos ein Fortschritt, daß nun die Räumung der Rheinlande vor dem

vertragsmäßigen Ablauf der Frist endgültig gesichert war. So wurde wenigstens ein politisches und moralisches Minus, durch welches Deutschland schwer belastet wurde, endlich ausgeglichen. Eine Preisgabe andererseits bedeutete der Verzicht Deutschlands auf sämtliche Abrechnungen zu seinen Gunsten, die es etwa aus dem Verkehr mit der Reparationskommission, aus der Erfüllung des Dawesplanes oder aus der Liquidierung deutschen Eigentums in ehemals feindlichen Ländern herleiten könne. Deutschland, arm und ausgeplündert, verschenkte Milliarden und begab sich des Anspruchs, je einen Entgelt dafür zu fordern! Welch anderes Volk hätte das getan?

**Das zweite wichtige Moment war das Verschwinden der Reparationskommission.** Ihre Befugnisse, soweit sie innerhalb der Grenzen des Neuen Planes lagen, sollten auf den "kleinen Sonderausschuß" der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich übergehen. So verschwand der grausamste Tyrann und Quälgeist, der Zuchtmeister des deutschen Volkes. Dafür aber **gab Deutschland das Recht der freien Willensäußerung preis** durch die "Ächtung des äußersten Falles". Frankreichs politische Hegemonie in Europa wurde damit für lange Jahrzehnte anerkannt. Es war allen Einsichtigen in der Welt klar, daß die Sanktionsregelung für Tardieu ein größerer Erfolg geworden war, als man erwartet hatte.

Diejenigen Erfolge, die die Befürworter der Haager Konferenz rühmten, waren mikroskopischer Natur. Es waren kleine Vorfeldgefechte, in denen man, auch nicht immer erfolgreich, Angriffsversuche der Gegner zurückwies. Der Großkampf und sein befreiender Sieg ist nicht das gnadenreiche Los derer, die in dienstgebundener Gewissenhaftigkeit sich an der Bezwingung der Kleinigkeiten erfreuen, aber vor dem Großen und Gewaltigen in Furcht versinken. **Im Haag gruben die Vertreter einer versinkenden deutschen Generation ihr eigenes Grab. -**

Noch einmal regte der Youngplan das deutsche Volk auf, als die Haager Abmachungen vom Reichstag angenommen werden sollten. Schon gleich nach Beendigung der Haager Konferenz wurden Stimmen des Unwillens in Deutschland laut. Hugenberg kritisierte die Sanktionsklausel, die eine Wiederbesetzung des Rheinlandes offen lasse. Daß die Saarfrage nicht zusammen mit der Rheinlandräumung erledigt worden sei, gebe zu Bedenken Anlaß und das polnische Liquidationsabkommen verschenke zwei Milliarden, ohne daß man sichere Gewähr dafür habe, daß die 12 000 deutschen Siedlerfamilien in Polen, die etwa 80 000 Köpfe zählen und rund 50 000 Hektar innehätten, nun in Zukunft vor allen polnischen Enteignungsgelüsten sicher seien. Alle diese Punkte gaben auch der Volkspartei Anlaß zu Zweifeln. Insbesondere wies die Volkspartei auf **die Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze** hin, die durch den Kampf der Sozialdemokratie gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und durch die infolge von Hilferdings Unfähigkeit hervorgerufene katastrophale Finanzlage des Reiches sich wieder aufgetan hätten. In der Tat war Schacht das Opfer, das fiel. Anfang März trat er vom Reichsbankpräsidium zurück, da er seine persönliche Auffassung vom Youngplan nicht mit derjenigen der Regierung Müller in Übereinstimmung bringen konnte. Sein Nachfolger wurde Dr. Luther, ein Beamter, diffizil im Kleinen, aber ohne großen Schwung, ohne das beherrschende Wissen und die Wucht der Persönlichkeit eines Schacht. Doch gebührte ihm das Verdienst und die Anerkennung, daß er in den kommenden schweren Jahren Deutschlands ein Abgleiten der Währung in eine neue Inflation mit aller Energie verhindert hat. Und das war gewiß ein Verdienst, das manche andre Schwäche verzeihen ließ.

**Verhandlungen  
im Reichstag**

**Am 5. Februar nahm der Reichsrat den "Neuen Plan" und die darauf bezüglichen Gesetze an.** Bayern und Mecklenburg-Schwerin enthielten sich der Stimme, Thüringen, Ostpreußen, Brandenburg, Niederschlesien und Pommern stimmten durch ihre Vertreter gegen die Annahme. Eine Woche später, vom 11. bis 13. Februar, fand die erste Lesung der Youngplangesetze im Reichstag statt. Der Außenminister Curtius gab zunächst in langer Rede einen Überblick über die politische Entwicklung. Am 3. Juli 1928 habe sein Vorgänger Stresemann folgende Ziele für seine Politik aufgestellt: Befreiung der noch besetzten Gebiete, befriedigende Lösung der Saarfrage und endgültige Regelung des Reparationsproblems. "Ich habe nach dem augenblicklichen Stand der Saarfrage keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß sie auch von der Gegenseite mit dem positiven Willen zu baldmöglich-

chem Abschluß geführt wird." Das war seine allzu optimistische Ansicht. Im Vordergrund der deutschen Politik habe die Räumungsfrage gestanden. Die Parallelität der Genfer Beschlüsse vom 16. September 1928 habe allerdings das Risiko enthalten, daß Deutschland für die Räumung besondere finanzielle Opfer zugemutet werden könnten. Dennoch sei die Reichsregierung dies Opfer eingegangen, um nicht beide Gelegenheiten zu verpassen und die Lösung beider Fragen im Ungewissen entschwinden zu sehen. Es sei Stresemann im Haag gelungen, für Annahme und Ingangsetzung des Youngplanes einen festen Räumungstermin zu erhalten. In der zweiten Haager Konferenz sei das Versailler Sanktionssystem beseitigt und Deutschland vor jeder Willkür und Gewalt geschützt. Alle Vorwürfe wegen Mehrbelastungen durch die Liquidationsabkommen seien ungerichtet. Durch den polnischen Vertrag sei es gelungen, 12 000 deutsche Rentengutsbesitzer mit einer Kopfzahl von 80 000 sicherzustellen. Die zweite Haager Konferenz sei ein großer Fortschritt Deutschlands. Deutschlands Kapitalschuld, die laut Londoner Abkommen von 1931 auf 132 Milliarden festgesetzt gewesen sei, sei auf 34,5 Milliarden ermäßigt worden. Die durchschnittliche Jahreslast sei gegenüber dem Dawesplan um 500 Millionen niedriger, dabei sei der Wohlstandsindex noch gar nicht berücksichtigt.

### **Die Parteien über Haag**

Der Sozialdemokrat Breitscheid unterstützte diese Ausführungen mit der Bemerkung, daß kein vernünftiger Mensch die Fortschritte der letzten zehn Jahre leugnen könne, und daß Deutschland eingerückt sei in die Linie der politischen Gleichberechtigung. Dem entgegnete Hugenberg, daß der Youngplan unerfüllbar sei, seine Annahme bedeute die Vollmacht zur Zerstörung des Reiches durch die Sanktionsklausel. Ein ehrliches Nein werde im Ausland besser gewertet als ein unehrliches Ja. Auch der Zentrumsvertreter Brüning erhob gewisse Bedenken. Er wandte sich gegen eine hastige Durchpeitschung der Gesetzesvorlagen. In der Saarfrage vermisse man Frankreichs Verständigungswillen, in der Zerreißungsfrage vermisse man den Locarnogeist. Dem Polenabkommen könne das Zentrum nicht zustimmen. Darauf bezeichnete der Kommunist Thälmann den Youngplan als einen Sklavenvertrag, dem die Kommunisten die Zustimmung verweigerten. Der Volksparteiler Freiherr von Rheinbaben gab eine sozusagen welt-historische Perspektive. Das Haager Vertragswerk sei der Abschluß der zweiten Nachkriegsepoche seit Herbst 1923. Dem Ziele der Wiedergewinnung der territorialen Staatshoheit müsse sich vieles sonst Wünschenswerte unterordnen, da ohne die Entfernung der Besatzung die elementarste Voraussetzung für eine nach neuer Macht und Geltung strebenden Entwicklung fehle. Graf Reventlow lehnte für die Nationalsozialisten die Younggesetze ab, da sie nicht die Liquidation des Krieges, sondern der Vernichtung der deutschen Freiheit dienten.

**Dies waren die Erörterungen des ersten Tages.** An den beiden folgenden lehnten auch die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft und die Volksrechtspartei den Youngplan ab. Der Kommunist Stöcker nahm die Gelegenheit wahr, ausdrücklich zu erklären, er zweifle nicht im geringsten daran, daß auch Hugenberg und Hitler die jetzt von ihnen bekämpfte Erfüllungspolitik betreiben würden, wenn sie an die Macht kämen. Das Ergebnis der zehnjährigen Nachkriegspolitik sei ein dauernder Niedergang der Arbeiterklasse und ein ständiges Steigen der Macht des Kapitals, ein Zustand, an dem in ganz besonderem Maße die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer kapitalfreundlichen Einstellung schuld sei. Noch einmal kam dann Graf Reventlow auf die Zerreißungsklausel zurück und meinte, es hänge ganz vom Haager Schiedsgericht ab, ob es den Zerreißungsfall konstruieren wolle. Es sei eine nicht zu überbietende Frivolität der deutschen Abordnung gewesen, daß sie die Entscheidung über Leben und Tod des deutschen Volkes in die Hände des Haager Schiedsgerichtshofes gelegt habe.

Unmittelbar nach dieser ersten Aussprache begaben sich Hugenberg und Oberföhrn zum Reichspräsidenten von Hindenburg, um ihm ihre Bedenken gegen den Youngplan vorzutragen.

**Die zweite Lesung der Gesetze,** die vom 6.-10. März stattfand, brachte nichts bemerkenswertes Neues außer der **Rede des Fraktionsredners der Deutschen Volkspartei, Dauch.** Die Volkspartei sehe im Youngplan keine endgültige Liquidation der Kriegsära, sondern eine Gewalttätigkeit der andern gegen Deutschland. Tatsächlich habe Deutschland das gezahlt, was ihm in den Waffenstill-

standsbedingungen auferlegt worden sei: es habe bisher 34 Milliarden aufgebracht, eine ungeheure Leistung! Der Youngplan sei gar kein freiwillig abgeschlossener Vertrag, sondern gründe sich auf die beiden Diktate von Versailles und London. Die deutsche Volkspartei würde nicht zustimmen, wenn er nicht auch wesentliche Erleichterungen gegenüber dem Dawesplan bringe. Das sei aber der Fall. Die Kritiker würdigten nicht den großen Erfolg, der in der Befreiung der Rheinlande und im Wegfall der ausländischen Kontrollinstanzen liege.

**Bei der dritten Lesung** am 12. März nahm der Reichskanzler Müller das Wort zu außerordentlich optimistischen Ausführungen. Das Rheinland werde geräumt, man werde zu stabilen und stetigen Wirtschaftsverhältnissen zurückkehren. Wenn es gelinge, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, werde sich die Erwerbslosigkeit nicht mehr so ungünstig auswirken wie gegenwärtig. Mit allem Nachdruck werde die Reichsregierung bemüht sein, die deutsche Sozialpolitik in den bewährten Bahnen fortzuführen. Der Agrarnot werde man abhelfen. Eine Gefährdung der Währung sei ausgeschlossen. Die Regierung sei stark genug, um alle Putschgelüste von rechts und links zu unterdrücken. Die deutsche Republik stehe heute unerschütterlich da.

Die Schlußabstimmungen ergaben 270 Stimmen für, 192 gegen den Youngplan. Drei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Gegen den Plan gestimmt hatten die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten, die Christlich-nationalen, die Wirtschaftspartei, die Kommunisten und der größere Teil der Bayrischen Volkspartei. Dann behandelte der Reichstag den Antrag aller Oppositionsparteien, die Verkündung der Youngplangesetze zwei Monate auszusetzen. Zur Annahme genügte die Zustimmung eines Drittels der Abgeordneten. Das erforderliche Drittel wurde erreicht, denn 173 stimmten für, 289 gegen den Antrag. Der Antrag war also angenommen. Nun aber kamen die Regierungsparteien und ließen namentlich über ihren Antrag abstimmen, die Young-Gesetze für dringlich zu erklären. Zur Annahme genügte die einfache Mehrheit. So wurde dieser Antrag mit 283 gegen 174 Stimmen angenommen. Durch diesen Beschluß wurde, wenn auch der Reichsrat die Gesetze für dringlich erklärte, erreicht, daß der Reichspräsident ungeachtet des Aussetzungsbeschlusses die Young-Gesetze verkünden konnte.

Schon am nächsten Tage **unterzeichnete Hindenburg den Youngplan**. Er gab eine lange Erklärung dazu ab. Trotz schwerer Bedenken habe er sich bereit gefunden, zu unterzeichnen. Die Sorgen seien nicht vom deutschen Volk genommen, aber ein Schritt zu seiner Befreiung sei doch getan: das Rheinland werde geräumt. Eine Ablehnung aber werde ungeheure Zerrüttung über die Wirtschaft und die Staatsfinanzen Deutschlands bringen.

Dieser Schritt Hindenburgs veranlaßte den **Stahlhelm**, sich von dem Generalfeldmarschall in seiner Eigenschaft als Reichspräsident loszusagen. Der Bundesvorstand unter Vorsitz Seldtes faßte am 23. März folgenden Beschluß:

"Wir erkennen die Annahme des Youngplanes und des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens durch den Reichstag nicht als für das deutsche Volk verpflichtend an. Wir sind entschlossen, jede politische Möglichkeit zu benutzen, um die Ketten der auf der **Kriegsschuld** aufgebauten 'Friedensverträge' und aller aus ihnen abgeleiteten Verpflichtungen jedweder Art zu zerbrechen. Auch die Unterschrift des Herrn Reichspräsidenten ändert an dieser Auffassung nichts. Der Sieger von Tannenberg und der große Führer des deutschen Heeres im Weltkrieg bleibt für uns der erste Soldat der alten Armee. Dem Reichspräsidenten aber, der die Verantwortung für die Verknechtung des deutschen Volkes auf Geschlechter hinaus glaubt auf sich nehmen zu müssen, vermag das Frontsoldatengeschlecht aus seinem Verantwortungsbewußtsein heraus nicht zu folgen. Wir haben das Vertrauen verloren, daß eine Regierungsgewalt, die dem deutschen Volke die Freiheit wiederbringen wird, unter dem heutigen System geschaffen und getragen werden kann von Parteien und von irgendeiner aus Parteiabgeordneten zusammengesetzten Volksvertretung. Wir fordern für den Staatsaufbau eine wahrhaft freie, von keiner Partei und Interessenpolitik gefesselte Führung, eine starke Reichsgewalt, unter deren Schutz und Förderung die Bundesstaaten ihr Eigenleben zur höchsten Leistung für die Nation entfalten können. Wir fordern als Vorbedingung des gesun-

den staatlichen Lebens die Wiederaufrichtung der deutschen Wehrmacht, deren Grundlage die Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor der großen Vergangenheit unseres Volkes, zum Wehrwillen und zur christlichen Lebensführung ist."

Dieser Beschluß zeigt, wie tief die Kluft zwischen den Generationen im Frühjahr 1930 sich auftat. Es gab keine Brücke mehr zwischen der Generation, welche die Revolution gemacht hatte und nun ihr Werk durch den Youngplan zu krönen meinte, und der Generation, die an der Front gekämpft hatte und nun mit ihren Söhnen entschlossen war, ein neues Reich aufzurichten.

**Der Widerstand der Oppositionsparteien richtete sich insbesondere gegen die Sanktionsklausel des Haager Abkommens, denn sie sehen darin nichts anderes als das Recht Frankreichs, die Rheinlande wieder zu besetzen.** Nachdem nun der Youngplan von Deutschland angenommen war, **bestätigte Tardieu die Richtigkeit dieser Auffassung.** Vor den vereinigten Kammerausschüssen wurde er am 24. März von einem Abgeordneten gefragt, wie die Bestimmung auszulegen sei, daß "der oder die Staaten ihre volle Handlungsfreiheit wiedererlangen würden, wenn das internationale Schiedsgericht die böswillige Zahlungseinstellung Deutschlands feststelle". Tardieu erklärte hierauf, man müsse dann auf das internationale Recht zurückgreifen, in dem festgelegt sei, was Handlungsfreiheit bedeute. Der Abgeordnete stellte seine Frage sodann noch genauer, indem er Tardieu um Aufklärung darüber bat, ob eine Wiederbesetzung des Rheinlandes unter der Formel "Handlungsfreiheit" verstanden werden könne. Tardieu antwortete, Frankreich habe in diesem Falle völlige Handlungsfreiheit. **Nach Tardieus Ansicht dürfe also Frankreich das Rheinland wieder besetzen.** - Ganz im Gegensatz zu den Beteuerungen Wirths, Curtius' und Hermann Müllers stand diese Auslegung der Sanktionsklausel durch Tardieu, aber sie entsprach durchaus dem, was die nationale Opposition Deutschlands mit Sorgen immer kritisiert und bekämpft hatte.

**Im Laufe der folgenden Monate wurde die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel organisiert.** Inzwischen wurde das Haager Abkommen von den beteiligten Mächten ratifiziert. Am 17. Mai konnte die Reparationskommission unter dem Vorsitz des französischen Senators Chapsal feststellen, daß das Haager Abkommen von Deutschland ratifiziert und die Verkündung der darauf bezüglichen deutschen Gesetze erfolgt sei, daß das Haager Abkommen durch Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien ratifiziert sei, und daß schließlich die Internationale Zahlungsbank in Basel nach ihrer Konstituierung die ihr nach dem Haager Abkommen zufallenden Verpflichtungen übernommen habe und die Schuldenzertifikate der deutschen Regierung und das Zertifikat der Reichsbahn entgegengenommen habe. Damit war der Youngplan in Kraft getreten, die letzte Stunde der Reparationskommission hatte geschlagen. Chapsal hielt eine Rede, worin er einen Überblick über die zehnjährige Tätigkeit der Kommission gab. Sie habe insgesamt von Deutschland 18 Milliarden Goldmark erhalten: 2½ Milliarde in Form abgetretener Staatsgüter, 9½ Milliarde in Form von Sachlieferungen, 6 Milliarden in barem Gelde. **Möge das Youngplansystem einen ebenso günstigen Verlauf nehmen wie der Dawesplan!** Die Pazifizierung der Welt und die Aussöhnung Europas könne nur durch gegenseitige Zugeständnisse erreicht werden. - Chapsal hatte, wie das die Reparationskommission immer tat, **den Wert der abgetretenen Güter und der Sachlieferungen um die Hälfte zu tief bemessen.** Am nächsten Tage vollzog sich in Paris ein feierlicher Akt. Chapsal, der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission Ruppel, und Hientzsch von der Reichsschuldenverwaltung hatten sich versammelt, um die auf Grund des Londoner Ultimatums von 1921 ausgestellten deutschen Schuldverschreibungen der Serien A, B und C in Höhe von 132 Goldmilliarden sowie die Schuldverschreibung der Reichsbahn in Höhe von 11 Goldmilliarden zu verbrennen. So ward auch hier mit der Vergangenheit gebrochen.

**Ingangsetzung  
des Youngplanes**

**Anfang Juni hatte sich in Paris eine Konferenz von Bankiers zusammengefunden, um die Emissionsbedingungen für die Younganleihe (Mobilisierungsanleihe) festzusetzen.** Die Emission sollte zum Kurs von 90 Prozent erfolgen. Um nach Abzug der Unkosten den vollen Betrag von 300 Millionen flüssig zu machen, mußte man den Nominalbetrag auf 350 Millionen erhöhen. Die Verteilung in die einzelnen Länder war diese: die Vereinigten Staaten übernahmen 98¼ Millionen

Dollars, Frankreich 98%, England 58,3, Holland 30,55, Schweden 29,55; Schweiz 17,80; Deutschland 8,5; Belgien 4,9; Italien 5¾. Der Rest wurde Portugal und Südslawien gegeben. Die Anleihe sollte in 35 Jahren getilgt werden, sie war, im Gegensatz zur Dawesanleihe, von 1935 an kündbar und konvertierbar. Von dem Erlös der Anleihe stellten zwei Drittel die Kapitalisierung eines Teiles der ungeschützten Annuitäten dar, die Deutschland nach dem neuen Plan an die Gläubigermächte zu entrichten hatte. Dieser Betrag sollte an die Internationale Bank in Basel für Rechnung der beteiligten Gläubigermächte abgeführt werden. Das letzte Drittel sollte für Rechnung der deutschen Regierung auf die Internationale Bank gezahlt und für die Bedürfnisse der deutschen Reichsbahn und der deutschen Reichspost verwendet werden. - Es gelang, die Anleihe unterzubringen, so daß die Sperrfrist für auswärtige Anleihen Deutschlands nicht über den 1. Oktober hinaus verlängert zu werden brauchte. -

**So war die Sache mit dem Youngplan endgültig geregelt worden. Es war bemerkenswert, daß diese Endkämpfe um die deutschen Tribute unter der Kanzlerschaft eines Sozialdemokraten geführt wurden, der seinen Namen bereits unter das Versailler Diktat gesetzt hatte: Hermann Müller. Die Epoche von 1918 bis 1930 war einheitlich und geschlossen, in System und in Persönlichkeiten.**

*Bedeutung der  
Konferenz*

**Dennoch bedeutete das Frühjahr 1929 bis zum Frühjahr 1930 einen Wendepunkt der deutschen Geschichte.** Der Endkampf um den Youngplan riß eine tiefe Kluft zwischen die Parteien der demokratischen Koalition und diejenigen der nationalen Opposition. **Der Youngplan leitete den Zerfall der demokratischen Gewalt ein.** Die Koalitionsparteien, seit je erfüllt von weltfremdem Optimismus, rühmten die Fortschritte zur Freiheit, die im Youngplan erreicht würden: Befreiung der Rheinlande, Verschwinden der Reparationskommission als Kontrollinstanz, Fortfall der politischen Sanktionen, an deren Stelle eben die juristischen Sanktionen traten. Im Vergleich zu diesen Erfolgen schien es von geringer Bedeutung, daß das deutsche Volk für zwei Generationen tributpflichtig gemacht wurde. Was wollte das besagen, da man doch an den bald wiederkehrenden Aufstieg Deutschlands zum Wohlstand glaubte!

Anders die nationale Opposition. Von vornherein erfüllt von tiefem Mißtrauen und Pessimismus gegen alles, was Frankreich den Deutschen als gut und nützlich pries, stellte sie wesentlich weitergehende Forderungen: völlige Beseitigung des Tributsystems, da es wirtschaftlicher Wahnsinn sei, Auslöschung der Lüge von der deutschen Kriegsschuld, Gleichberechtigung Deutschlands in allen weltpolitischen Fragen. Die nationale Opposition glaubte nicht an den versprochenen Wohlstand, den das System der demokratischen Koalition ein Jahrzehnt hindurch durch Pump und Schuldenwirtschaft vorzutäuschen versucht hatte.

**So hob nun, hervorgerufen durch den Youngplan und gefördert durch seine Folgen, zwischen den demokratischen Machthabern, die sich seit ihren Wahlerfolgen von 1928 auf der Höhe ihrer Macht wähnten, und ihren Gegnern von der nationalen Opposition ein Ringen an, das Stück um Stück den Regierenden der Koalitionsparteien die Macht aus den Händen schlug.** Der Preis, um den die Männer von 1917, 1918, 1919 und 1930 ihre Herrschaft erkaufte hatten, war dem deutschen Volke zu teuer geworden. Es rief nach andern Männern, die in keiner Weise belastet waren, und die kräftig genug waren, um die Knoten zu lösen, die in Versailles, London, Paris und im Haag geknüpft worden waren. Doch bis dahin war ein weiter Weg voller Krisen und Erschütterungen zurückzulegen!



Infolge der Locarno- und Völkerbundspolitik war es Stresemann gelungen, die Westmächte einer vorzeitigen Rheinlandräumung geneigt zu machen. Die Bevölkerung des Rheinlandes wehrte sich zwar dagegen, daß die Räumung durch besondere finanzielle Opfer des deutschen Volkes erkaufte werden sollte. Frankreich und England forderten keine Opfer, aber Briand verstand es, auf der ersten Haager Konferenz im August 1929 die Räumung der dritten Zone von der Ratifizierung des Youngplanes durch Deutschland abhängig zu

*Räumung  
besetzten Gebietes*

machen. Am 30. August 1929, am letzten Tage der ersten Haager Konferenz, kam zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten folgende Vereinbarung zustande:

"Im Verlaufe der Arbeiten der politischen Kommission der Haager Konferenz sind die drei Besatzungsmächte übereingekommen, **die Räumung des Rheinlandes** während des Monats September... zu beginnen. Die Zurückziehung der belgischen und britischen Truppen wird innerhalb einer Frist von drei Monaten, gerechnet vom Beginn der Räumungsoperationen, vollständig durchgeführt sein. Die französischen Truppen werden die zweite Zone innerhalb derselben Frist räumen. Die Räumung der dritten Zone durch die französischen Truppen wird unmittelbar nach der Ratifikation des Youngplanes durch das deutsche und französische Parlament und der Ingangsetzung dieses Planes beginnen. Die Räumung wird ohne Unterbrechung und so schnell durchgeführt werden, wie es die natürlichen Bedingungen erlauben; sie wird in jedem Falle spätestens in einem Zeitraum von acht Monaten, der sich jedoch nicht über das Ende des Monats Juni 1930 hinaus erstrecken darf, beendet werden."

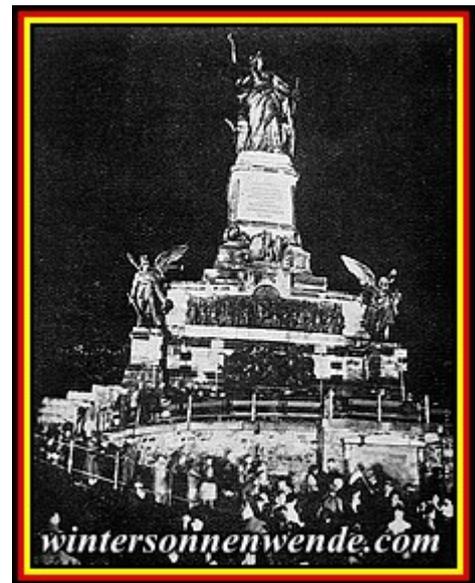
Infolgedessen verließen die Besatzungstruppen in den Herbstwochen das Rheinland. Mitte September begannen die ersten englischen Besatzungstruppen, Deutschland zu verlassen. Bis Ende Oktober war der englische Bahnschutz aus dem Saargebiet zurückgezogen. Am 22. November verlegte die Interalliierte Rheinlandkommission ihren Sitz von Koblenz nach Wiesbaden. Am letzten Novembertage wurde amtlich die Besetzung der zweiten Zone aufgehoben, sechs Wochen vor der vertragsmäßigen Frist, die am 10. Januar 1930 gemäß Versailler Vertrag ablief. Am 12. Dezember verließen die letzten britischen Truppen das deutsche Land. Damit hatte sich die Besatzungsmacht von 56 000 (darunter 51 000 Franzosen) auf 35 000 verringert (nur Franzosen).

In den Frühjahrswochen des Jahres 1930 kündeten französische Truppenbewegungen im Rheinland die bevorstehende Räumung an. Als am 17. Mai die Reparationskommission das Ingangsetzen des Youngplanes festgestellt hatte, ordnete Tardieu noch am gleichen Tage die Räumung der dritten Zone an. Noch im Mai sind Zweibrücken, Germersheim, Speyer, Ludwigshafen, Worms und Bingen freigeworden.

In den ersten Junitagen wurden zum größten Teile Kehl, Mainz und Trier geräumt, wenig später zogen die Franzosen aus Kaiserslautern ab. In den letzten vier Tagen des Juni verließen die Franzosen endgültig Trier, Landau, Neustadt an der Hardt, Kehl und Mainz. **Am Abend des 30. Juni wurden in Wiesbaden auf dem Hotel, in dem die Interalliierte Rheinlandkommission residierte, die Flaggen Englands, Frankreichs und Belgiens niedergeholt. Die Interalliierte Rheinlandkommission hatte aufgehört zu bestehen, das deutsche Rheinland war frei! Und in der hellen Mitternacht kündeten die Glocken der Dome am Rhein die neue Freiheit deutschen Landes.**

In langen Aufrufen feierten die Reichsregierung und der Reichspräsident, die Regierungen Preußens, Bayerns, Badens, Hessens die Befreiung. In dem gemeinsamen Aufruf des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und der Reichsregierung hieß es:

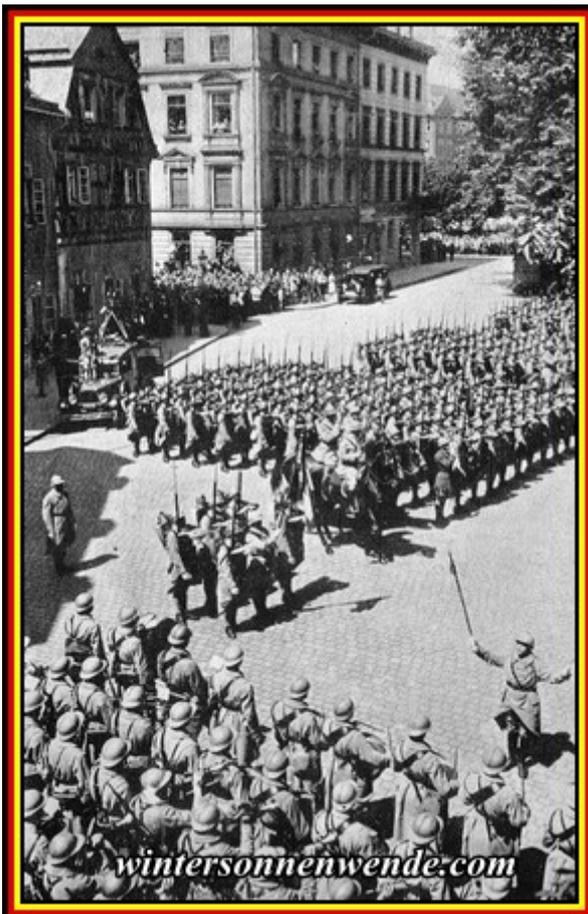
"Der Tag der Befreiung soll ein Tag der Dankbarkeit sein. Unser erstes Gedenken gehört heute denen, die im Kampfe für die Freiheit Deutschlands geblieben sind, die ihr Leben gaben für das Vaterland. Zu ihnen gehören auch alle, die während der harten Jahre der Besetzung ein Opfer ihrer Vaterlandsliebe wurden. Unvergessen sollen die Leiden der Männer und Frauen bleiben, die in der schweren Prüfungszeit seelisch und körperlich für Deutschland geduldet haben, und stets werden wir der vielen Tausende gedenken, die wegen ihrer



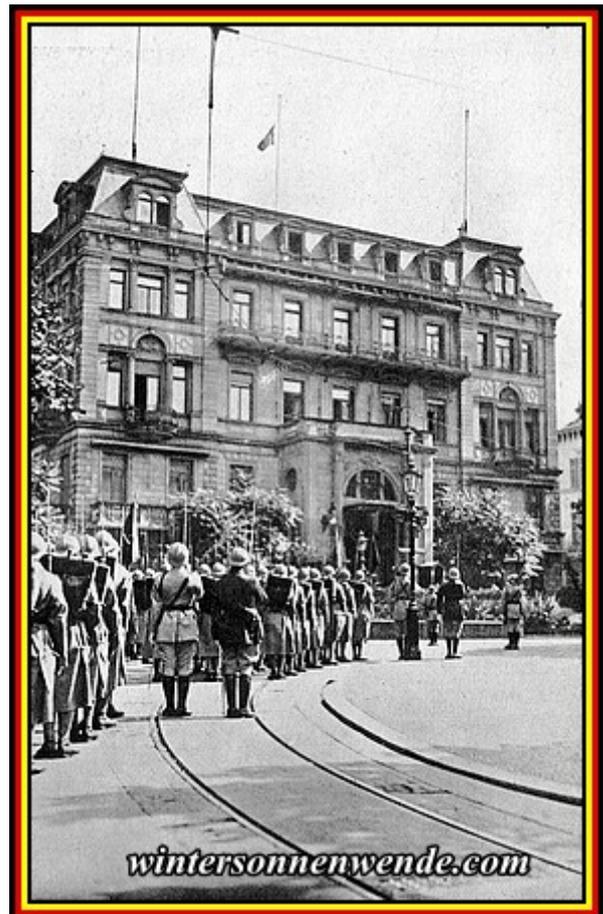
*Befreiungsfeier  
am Niederwalddenkmal im  
Scheinwerferlicht von Bingen aus.  
Photo Scherl.*



*Franzosen räumen Worms 1930. Photo Scherl.*



*Abschiedsparade der französischen Truppen in Mainz vor ihrem endgültigen Abmarsch, Juni 1930. Photo Scherl.*



*Niederholen der Trikolore vom Sitz der Rheinland-Kommission in Wiesbaden unter militärischen Ehren. Photo Scherl.*

Treue zu Vaterland und beschworener Pflicht durch fremde Machtwillkür von Haus und Hof vertrieben wurden. Ihnen allen schulden wir unauslöschlichen Dank! Wir wollen ihn

abstatten durch das Versprechen, uns aller gebrachten Opfer durch Dienst an Volk und Vaterland würdig zu erweisen... Ein Volk, das, ganz auf sich allein gestellt, trotz härtester Bedrängnis sich selbst behauptet hat, ein Land, das auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst und Technik auch in bitterer Notzeit Leistungen vollbracht hat, die in der ganzen Welt anerkannt und bewundert werden, hat ein Recht darauf, mit Selbstvertrauen und mit Zuversicht seiner Zukunft entgegenzusehen... Das Gelöbnis in dieser feierlichen Stunde sei Einigkeit! Einig wollen wir sein in dem Streben, unser geliebtes Vaterland auf friedlichem Wege nach Jahren der Not einem besseren und helleren Tag entgegenzuführen. Einig wollen wir sein in dem Schwur: 'Deutschland, Deutschland über alles!'"

Nachdem es Hindenburg bei Severing durchgesetzt hatte, daß das nun dreiviertel Jahr dauernde Verbot des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen aufgehoben wurde, reiste der Reichspräsident am 19. Juli nach Koblenz, wo drei Tage später die Hauptbefreiungsfeier stattfand. Die Spitzen der preußischen Staatsregierung und Behörden, Ministerpräsident Braun, Oberpräsident Fuchs, der Oberbürgermeister Russel aus Koblenz und schließlich Hindenburg hielten Ansprachen an die nach vielen Tausenden zählende Menge. Die festliche Beleuchtung des Ehrenbreitstein und des deutschen Eck in den Abendstunden hatte dichte Menschenmassen herbeigelockt. Als nun die Menge am deutschen Eck über die Pontonbrücke zurückflutete, da kenterte diese und 40 Menschen ertranken in den Fluten der Mosel. So fanden die Befreiungsfeiern einen tragischen, unheimlichen Abschluß.

In England, Amerika und Italien wurde die Räumung der Rheinlande mit großer Freude begrüßt. Man meinte dort, die Räumung hätte schon längst erfolgen müssen und sei erst vollständig, wenn auch das Saargebiet freigegeben werde. Nur in Paris war man elegisch. **Die Linkspresse frisierte die Rheinlandräumung als Beweis französischer Generosität und guten Willens.** Das *Journal* aber meinte, die Räumung sei in dem Augenblick erfolgt, da Deutschlands Finanzen sehr ungünstig stünden; vielleicht habe man übereilt gehandelt und hätte vorsichtshalber einige Kompagnien in Trier und Landau lassen sollen. Aber das Blatt tröstete sich: "Die Truppen sind zurückgezogen, aber der Versailler Vertrag bleibt bestehen. Er gibt das Recht jederzeitiger Wiederbesetzung, wenn Deutschland seine Pflichten verletzt."

**Eine Zeit der Schrecken und Qualen war erfüllt. Die Grausamkeit der feindlichen Richter hatte ihr Ende erreicht.** Die drei französischen Militärgerichte in der Pfalz, in Landau und Kaiserslautern haben 837 Jahre Gefängnis, 30 Jahre



*Die Saardeutschen feiern die Rheinlandbefreiung. Vor dem illuminierten Rathaus in Saarbrücken. Photo Scherl.*



*Saarschleife bei Mettlach. Photo Scherl.*



*Befreiungsfeier in Mainz. Photo Scherl.*

**Bilanz der Rheinlandbesetzung**



*Stahlhelm in Koblenz nach der Rheinlandbefreiung, 5. September 1930. Photo Scherl.*



*Hindenburg am Deutschen Eck. Atlantic-Photo.*

Zuchthaus, 5 Monate Zwangsarbeit und dreimal lebenslängliche Zwangsarbeit verhängt. Sie haben eine Viertelmillion Mark und 40 000 Franken Geldstrafen verteilt, sie haben 7325 Verurteilungen in der Zeit vom 1. Dezember 1922 bis 31. Mai 1930 ausgesprochen! Insgesamt wurden im Okkupationsgebiet während der 140 Monate dauernden Besetzung 18 590 Deutsche von französischen Gerichten verurteilt, das waren aller zwei Tage neun Verurteilungen! In der Zeit, als das Ruhrgebiet besetzt war, wurden 130 000 Menschen von Haus und Hof vertrieben, vom 11. Januar 1923 bis 1. August 1924. Es wurden in der gleichen Zeit getötet 137, verletzt 603 Menschen. Die Besetzung kostete dem Deutschen Reiche insgesamt 6,6 Milliarden Goldmark, nicht mitgerechnet all die Aufwendungen des Reiches für Einrichtungen und Maßnahmen, die durch die Besetzung notwendig gewor-

den waren. Und außerdem hinterließen Engländer, Belgier und Franzosen etwa 15 000 uneheliche Kinder im Rheinland!

**Eine böse Begleiterscheinung der Besatzung war die Separatistenplage.** Viele unglückliche und unschuldige Deutsche sind durch die Denunziation dieser Verräter schwer bestraft worden. Nun, nachdem die feindliche Macht abgezogen war und ihre separatistischen Trabanten nicht mehr schützen konnte, nahm die Wut des Volkes gegen die Verräter ihren freien Lauf. Zwar die Führer hatten sich in Sicherheit gebracht, Dorten hatte die schützenden Gefilde der Riviera in Südfrankreich aufgesucht, aber die kleinen Größen blieben zurück und wurden vom Volke zur Verantwortung gezogen. **Im Juli begannen die Separatistenverfolgungen im Rheinland,** in Mainz und Koblenz, in Trier und Wiesbaden, und griffen auch auf Düren und Euskirchen über. Zahlreiche Läden wurden angegriffen, Schaufenster zertrümmert, Einrichtungen zerstört bei Kaufleuten, die der separatistischen Bewegung nahestanden.

In **Kaiserslautern** begannen die **Separatistenverfolgungen** im Anschluß an die Befreiungsfeiern am 1. Juli in der Frühe um 3 Uhr.

**Separatistenverfolgungen**

Von Straße zu Straße zog die rasende Volksmenge, zertrümmerte Läden und warf ganze Wohnungseinrichtungen auf die Straße. Verräter wurden halbtot geschlagen, Häuser wurden in Brand gesteckt. Die Polizei war wehrlos, mit Gummiknüppel und blanker Waffe mußte sie ihrem Worte Geltung verschaffen, die Feuerwehr mußte abwechselnd Feuer löschen und den Wasserstrahl gegen die tobende Menge richten. Seit dem Abend des 2. Juli stand **Mainz** in hellem Aufruhr. Die Volkswut war entfesselt. Die ganze Nacht zogen Trupps von mehreren hundert Menschen, meist Leute im Alter von 16 bis 30 Jahren, allen Kreisen der Mainzer Bevölkerung angehörend, alle Parteirichtungen von den Nationalsozialisten bis Rotfront umfassend, patriotische Lieder singend durch die Straßen, zertrümmerten Fensterscheiben in den Häusern der Separatisten, die bisher von den Franzosen geschützt waren, schlugen Haustüren ein, zerstörten Möbel. Die Separatisten flohen in ihrer Angst über die Dächer oder sprangen aus den Fenstern auf die Straße. Polizei, die aus den Nachbarorten herbeigerufen war, war machtlos. Ein Arzt, Dr. Rothe, ehemaliger separatistischer Provinzialdirektor, der bis zum letzten Tage im Dienste des französischen Pressebüros gestanden hatte und viel Schuld an harten Strafmaßnahmen der Franzosen trug, suchte sich und seine Frau zu vergiften, während die Separatistenverfolger seine Wohnung belagerten. Unter starkem Polizeiaufgebot wurden beide ins städtische Krankenhaus gebracht.

Den ganzen 3. Juli dauerte das Strafgericht an, gewann in den folgenden Tagen immer größeren Umfang. In der Provinz **Rhein Hessen** fanden allnächtlich Jagden auf Separatisten statt. In mehr als hundert Ortschaften kam es zu Zusammenstößen. In **Alzey** und **Worms** wurden zahlreiche Wohnungen demoliert. In **Mainz** wurde eine Liste mit den Namen von 320 Separatisten ausgegeben, die boykottiert werden sollten. Vor allem verlangte man Entfernung der Separatisten aus dem Stadtparlament. **Auch in der Pfalz, in Kaiserslautern, Neustadt, Pirmasens** hatten sich Komitees gebildet "zur Reinigung der Pfalz von den Separatisten". In **Ludwigshafen** erreichten die Arbeiter der Anilinwerke die Entlassung von 19 Arbeitern, die als Separatisten einst der Schrecken der übrigen Arbeiterschaft waren. Auch in **Frankenthal** erhob sich das Volk, hier hatten die Separatisten am schandbarsten gehaust und 13 Bürger und Arbeiter in französische Strafhafte gebracht.

Nur drei Berichte über diese Unruhen sollen noch wiedergegeben sein:

"Während sich in **Wiesbaden** selbst keine Ausschreitungen gegen Separatisten mehr ereignet haben, ist es in dem Vorort **Kloppenheim** zu einem schweren Zwischenfall gekommen. Gegen 3 Uhr nachts wurde die Polizei alarmiert (6. Juli). Gleichzeitig ertönte Feuersalarm. Die Polizei mußte feststellen, daß das Grundstück des Landwirts Kunz, der als Separatist bezeichnet wird, angegriffen wurde. An zwei Stellen des Besitztums war Feuer angelegt worden. Aus den Fenstern des Hauses schossen Kunz und dessen Sohn auf die Angreifer. Auch die Polizei, die die Ordnung wiederherstellen wollte, wurde beschossen, während die Feuerwehr mit den Löscharbeiten nicht beginnen konnte. Die Polizei sah sich schließlich gezwungen, selbst von der Schußwaffe Gebrauch zu machen und Kunz zur Übergabe des

brennenden Grundstücks zu bewegen. Auf die Schüsse kam Kunz mit erhobenen Händen aus dem Hause heraus und ergab sich. Kunz, sein Sohn und seine Frau wurden in Schutzhaft genommen."

Ein anderer Bericht aus **Trier** meldete vom Sonntag, dem 6. Juli:

"In der Nacht zum Sonntag wurden in verschiedenen Wohnungen von Separatisten die Fensterscheiben eingeschlagen und die Fensterläden mit Steinen zertrümmert. In die Häuser selbst sind die Täter nicht eingedrungen. Die bekanntesten Sonderbündler haben die Stadt verlassen. Der berühmte Separatistenführer und 'Polizeipräsident von Trier' Gastwirt Hubert Marzel ist nach Frankreich geflüchtet. Er soll sich in Straßburg aufhalten."

Und aus **Düren** wurde am 11. Juli gemeldet:

"Der Rachezug gegen die ehemaligen rheinischen Separatisten scheint sich immer mehr auszudehnen. Nun ist es auch hier zu schwereren Ausschreitungen gekommen. In der vergangenen Nacht wurden nicht weniger als sieben Geschäfte, deren Inhaber einst mit den Sonderbündlern sympathisierten, angegriffen und Schaufenster und Ladeneinrichtungen vollkommen zertrümmert. Natürlich machen sich berufsmäßige Einbrecher die Gelegenheit zunutze, um zu stehlen. Davon wurde ein Schneidergeschäft betroffen, dessen Stofflager vollständig geplündert wurde. Die Zerstörungen und Plünderungen fanden statt, bevor die zahlenmäßig stark unterlegene Polizei eingreifen konnte."

In der Nacht vom 19. zum 20. Juli kamen auch in **Euskirchen** Racheakte gegen die Separatisten vor: an verschiedenen Stellen der Stadt wurden Fensterscheiben eingeworfen.

Über diese Vorgänge war der Reichsinnenminister Wirth von großer Sorge erfüllt. Er fürchtete nicht nur Interpellationen im Reichstag, sondern auch außenpolitische Schwierigkeiten. In der Tat führten der Pariser *Figaro* und *Matin* eine drohende Sprache. Die Separatistenverfolgungen seien ein Verstoß gegen die Voraussetzungen beim Abzug der französischen Truppen. Das nationale Frankreich erwarte von Briand ein entsprechendes Vorgehen gegen Deutschland.

Natürlich bereiteten **Briand** diese Vorgänge auch große Kopfschmerzen, lagen ihm doch die Separatisten in den Ohren, daß er sich für sie einsetze. Briand erwog Anfang Juli ernstlich, ob er eine offizielle Note nach Berlin schicken solle. Er teilte das auch dem deutschen Botschafter von Hösch mit: **Die Zwischenfälle und Unruhen in den rheinischen Städten stünden im Widerspruch zu dem zwischen den alliierten und deutschen amtlichen Stellen getroffenen Vereinbarungen.** Denn es sei ausdrücklich festgelegt, daß alle Vergeltungsmaßnahmen gegen Personen, die zur Besetzung in näheren Beziehungen gestanden hätten, zu unterbleiben hätten. Dies war in der Tat im August 1924 - Londoner Abkommen - vereinbart worden, bezog sich aber auf das Verhalten amtlicher deutscher Stellen. **Daß die Behörden nicht in der Lage waren, der entfesselten Volkswut zu wehren, konnte ihnen nicht als Verletzung der internationalen Vereinbarungen zur Last gelegt werden.** Briand sah daher von einem offiziellen Schritt ab und beauftragte lediglich die französischen Konsulate in Deutschland, ihm dringlich und ausführlich über die Ereignisse zu berichten. Im übrigen sorgte die deutsche Polizei dafür, daß die Vergeltungstaten aufhörten, und mancher Verräter entging unter dem Schutze des Staates der wohlverdienten Strafe. - Die Separatisten aber, die aus dem Rheinland nach dem Elsaß geflohen waren, gründeten Ende Juli in Metz einen Verein "Halt am Rhein". Die Vizepräsidentin dieser Liga, Frau Dutreb, übermittelte den Separatisten die Wünsche des französischen Wohlfahrtsministers; sie sagte unter anderem: "Die Separatisten hätten in Deutschland eine Rabenmutter verloren, aber in Frankreich hätten sie ihre rechte Mutter wiedergefunden." Dann sangen die Separatisten eines ihrer Lieder und brüllten: "Es lebe Frankreich!", worauf der Bürgermeister von Metz und der Generalrat des Moseldepartements noch einige Worte sprachen.

**Frankreich und  
die Separatisten**

Übrigens erhielten sich auch nach Beendigung der Besetzung **Beziehungen zwischen amtlichen französischen Stellen und Separatisten im Rheinland.** Anfang Februar 1931 wurden in Rhein-

land und Pfalz, vor allem in Kaiserslautern, eine Anzahl Subjekte festgenommen, die immer noch an dem alten Traume Frankreichs hingen und mit Unterstützung französischer Regierungsstellen das Rheinland vom deutschen Reiche losreißen zu können glaubten.

**Doch ein Problem blieb ungelöst: Die Saarfrage.** Es war Stresemanns Absicht, dieses Problem zugleich mit der Rheinlandräumung aufzurollen, aber er stieß auf den Widerstand Frankreichs. **Briand** charakterisierte am 8. November 1929 in der Kammer diesen Fragenkomplex folgendermaßen:

### Die Saarfrage

"Die Saarfrage hat keinerlei Zusammenhang mit der Rheinlandfrage; zunächst einmal halten wir das Saargebiet nicht besetzt, denn es wird vom Völkerbund verwaltet. Dann wurde die Saarfrage im Haag nicht auf die Tagesordnung gesetzt, sondern ganz im Gegenteil verlagert. Die Saarfrage ist keine interalliierte, sondern eine rein deutsch-französische Frage. Wir sind Besitzer der Saargruben; haben wir aber ein Interesse daran, noch fünf Jahre zu warten, um die Gruben zu verkaufen? Gewiß nicht: **in fünf Jahren wird die Volksabstimmung gegen uns ausfallen. Wir werden abziehen müssen und dann gezwungen sein, die Gruben zu verkaufen, aber nicht zu einem Preise, den wir selbst, sondern den eine schiedsgerichtliche Kommission festsetzt. Wir haben also jetzt noch ein Pfand in der Hand, das wir aushandeln können. Aber wir haben nicht das Recht, über die Saarbevölkerung willkürlich zu verfügen.**"

Dennoch traf im Frühjahr 1930 in Paris eine deutsche Saardelegation ein, um über die Klärung der Saarfrage zu verhandeln. Die Verhandlungen wurden bis Anfang Juli verschleppt und dann abgebrochen, da keine Einigung in den Fragen der Entschädigung für die Gruben und der Zölle erzielt werden konnte. Im französischen Senat vertrat Senator Eccard die Meinung: das Beste sei Beibehaltung des jetzigen Zustandes. Das Interesse Frankreichs und des Saargebietes verlange dies gebieterisch. Jede Änderung würde vernichtende Wirkungen für die Saarindustrie und die französische Handelsbilanz haben. Nur die Völkerbundsregierung gebe Frankreich und dem Saargebiet Garantien für die Sicherheit ihrer wirtschaftlichen Interessen und für das Zustandekommen einer fruchtbaren deutsch-französischen Zusammenarbeit.

**Wiewohl die Saarbevölkerung in ihren Aufrufen immer wieder verlangte, ebenfalls wie das Rheinland befreit zu werden, so wehrte sie sich doch gegen die Zumutung, daß Deutschland durch neue finanzielle Opfer die Freiheit der Saar erkaufen solle.** Dennoch bewegte tiefer Schmerz die Saardeutschen, als die Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen waren. Auf der 10. Tagung des Bundes der Saarvereine in Trier Anfang Juli wurde folgende EntschlieÙung angenommen:

"Bei der Feier der Befreiung der Rheinlande von dem Drucke der fremden Besatzung in Trier gedenken die Befreiten in tiefer Trauer vereint mit Tausenden ihrer Brüder und Schwestern aus dem Saargebiet der dort dauernden Fremdherrschaft. Sie wiederholen, was die Bevölkerung des Saargebietes in einmütigen Kundgebungen fortgesetzt fordert:

**Unverzögliche Rückkehr des Saargebietes unter die deutsche Regierung** als Wiedergutmachung des begangenen Unrechts. Diesem deutschen Willen des Volkes an der Saar haben sich alle andern Rücksichten unterzuordnen. Die Menschen an der Saar sind es müde, sich als ein Anhängsel wirtschaftlicher Belange behandeln zu lassen. Hand in Hand mit der Rückkehr unter die deutsche Regierung muß der Rückerwerb der Gruben durch das deutsche Reich so vorbehaltlos erfolgen, wie ihn der Versailler Vertrag selbst für den Fall der Rückkehr des Landes unter die deutsche Regierung vorsieht. Bei gutem Willen läßt sich auf den Grundlagen der Rückkehr unter die deutsche Herrschaft und des Rückerwerbs der Gruben durch das deutsche Reich eine Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen erreichen, die dem Saargebiete, Deutschland und Frankreich zum Segen gereichen.

**Einer Mißachtung dieser Grundlagen aber zieht das Volk an der Saar die freventlich aufgezwungene Fremdherrschaft noch weitere fünf Jahre vor. Dann wird die Volksab-**

**stimmung die heißersehnte Befreiung bringen, ohne Bedingungen, ohne Bindungen und ohne Vorbehalte."**

So war der deutsche Wille zur Ohnmacht verurteilt durch den stärkeren Willen Frankreichs. Die französischen Grubendirektoren aber setzten ihre eifrigen, doch vergeblichen Bemühungen fort, durch große Geldzuwendungen die Presse und Propaganda kleiner separatistischer Kreise, in denen Peter Klos und der Professor Friedrich Wilhelm Förster eine Rolle spielten, zu unterstützen. Die Saarbevölkerung jedoch lehnte alle diese Quertreibereien ab.



### **3. Kapitel: Die neue Linie der französischen Sicherheitspolitik.**

Die beiden Konferenzen im Haag schlossen jene Ära der Reparationen in der europäischen Geschichte ab, die sich von Versailles herleitete. Sie empfangen ihren Charakter von dem Widerstreit der beiden Machtprinzipien: dem weltpolitischen Großbritanniens und dem rein europäischen Frankreichs. Es war nicht entschieden, welches dieser beiden Prinzipien sich eigentlich durchsetzen konnte, denn sie beide waren von gleicher Heftigkeit und Stärke. Das Vermögen, dem einen oder dem andern das Übergewicht zu leihen, ruhte allein bei **Deutschland**. Der Schuldner, zwischen zwei gleich starke oder auch gleich schwache Gläubiger gestellt, **hatte es in der Gewalt, die weltpolitische Linie, welche größere Freiheiten mit sich brachte, dem deutschen Volke seine Selbstbestimmung allmählich zurückgegeben hätte, oder die rein europäische Linie zu wählen, welche für Deutschland auch fernerhin Fügung in die politische Hegemonie Frankreichs bedeuten mußte. Deutschland entschied sich für Frankreich.**

Für Frankreich lag in der Entscheidung Deutschlands der Sieg. Dennoch empfand Frankreich das Ergebnis der Haager Konferenz, insonderheit, soweit es mit der Rheinlandräumung zusammenhing, als eine Niederlage. Sie konnte zum Vorteil werden, wenn es Briand gelang, als Gegengabe für das geräumte Rheinland die **große Frage der Sicherheit** in einem für Frankreich günstigen Sinne endgültig zu lösen. Das heißt also: das System von Locarno, das den Franzosen stets nur als eine Zwischenlösung erschien, mußte erweitert, auf ganz Europa ausgedehnt werden, der Westpakt von 1925 mußte im Sinne des Genfer Protokolls von 1924 vervollkommen werden. Dann hatte Frankreich als Hüter von Europas Sicherheit auch die Führung Europas in Händen.

**Frankreichs  
Sicherheit**

Das waren die Erwägungen, welche Briands weiteres Verhalten nach der ersten Konferenz im Haag bestimmten. Und wie schon einmal im Kriege Frankreich es glänzend verstand, sich zum Verteidiger der menscheitsbefreienden demokratischen Idee zu machen, so ward Briand jetzt der beredte Anwalt einer neuen humanitären Idee: der **europäischen Union**. Wieder einmal, wie schon so oft in Europas Vergangenheit, war der Augenblick gekommen einer *res Dei gesta per Francos*.

In den ersten Septembertagen 1929, da der Völkerbund in Genf tagte, gab MacDonald den Auftakt zu großen politischen Erörterungen. Er hielt eine Friedensrede, die um eine große, aber gefährliche Achse kreiste: **die Abrüstung**. Im Herzen befürwortete er die Forderung Deutschlands und der neutralen Staaten, die in der Verminderung der Rüstungen eine Voraussetzung für die internationale Sicherheit erblickten, doch die Stimme der Vernunft gebot ihm, auch die französische Auffassung vom Primat der Sicherheit nicht eindeutig abzulehnen. So war seine Haltung eine schwankende, und dennoch eine starke Bekenntnis für die Möglichkeit enger internationaler Zusammenarbeit auf dem Boden der gegenseitigen Selbstachtung der Völker. An die Stelle des Rüstungsgedankens müsse das Vertrauen treten und das gegenseitige Verständnis, damit eine neue Ära des internationalen Zusammenlebens bald herbeigeführt werden könne.

So war der Boden bereitet für Briand, der nun in glänzender Rede den aufhorchenden Völkern seinen Plan vorlegte. Vorsichtig, in schillernder Verkleidung, sich an Gedanken anlehnend, die bereits im Schoße des Völkerbundes bewegt wurden, aber zielbewußt wirkte hinter seinen Worten Frankreichs harter Wille, die Führung Europas nicht aus der Hand zu lassen um des Lieblingsgedankens

der Sanktionen willen:

"Ich habe mich seit einiger Zeit der Propaganda einer Idee angeschlossen, die man wohl nur deshalb edel nennt, um sie nicht mit dem Worte unvorsichtig zu bezeichnen. Diese Idee, die schon vor Jahren aufgetaucht ist und die Phantasie von Philosophen und Dichtern beschäftigt hat, was ihr einen gewissen Achtungserfolg zuzog, sie hat immer mehr an Bedeutung zugenommen durch ihren eigenen Wert. Sie erscheint heute geradezu als eine Notwendigkeit. Propagandisten haben sich vereinigt, um sie zu vertreten und sie immer mehr in den Geist der Völker eindringen zu lassen. Ich gestehe, daß ich mich unter diesen Propagandisten befinde... Ich denke, daß über den Völkern, die geographisch so nahe beieinander gruppiert sind wie die Völker Europas, eine Art gemeinsamen Bandes bestehen sollte. Diese Völker sollten zu jeder Zeit die Möglichkeit haben, miteinander in Kontakt zu treten, um ihre Interessen zu besprechen, die notwendigen gemeinsamen Entschlüsse zu fassen und unter sich ein Band der Solidarität zu knüpfen, das ihnen die Möglichkeit gibt, auch schwierigen Situationen zu begegnen, denen sie gegenüberstehen könnten. Und daran, dieses Band zu schaffen, meine Herren, möchte ich mitarbeiten. Es ist selbstverständlich, daß sich diese Vereinigung in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiete geltend machen wird, denn hier ist sie am dringlichsten. Und ich glaube, daß man hier auch Erfolg haben würde. Ich bin aber der festen Überzeugung, daß auch auf politischem und sozialem Gebiete ein solches gemeinsames Band, das die Souveränität der einzelnen Nationen durchaus nicht zu berühren brauchte, sehr wohltätig wirken könnte. Ich möchte vorschlagen, daß diejenigen meiner Herren Kollegen, die hier europäische Staaten vertreten, während der Dauer der Tagung inoffiziell Veranlassung nehmen, die Frage zu prüfen und ihren Regierungen zum Studium anzuempfehlen, um später, vielleicht in der nächsten Völkerbundsversammlung, die Möglichkeiten ihrer Verwirklichung im einzelnen zu behandeln."

Es war ein ganz vorsichtiges Sondieren, das diese Rede Briands ausdrückte. Und ebenso vorsichtig betrat der deutsche Außenminister Stresemann den neuen, unbekanntem Boden. Er wies auf die ungelösten Kardinalprobleme der Nachkriegszeit hin, das mangelhafte Minderheitenrecht und die noch bis jetzt versäumte allgemeine Abrüstung. Dann hob er die Bedeutung des Kelloggpaktes hervor, und erklärte: "Der Krieg läßt sich nicht dadurch verhüten, daß man den Krieg gegen den Krieg vorbereitet, sondern nur dadurch, daß man seine Ursachen beseitigt." Sehr lebhaft aber ging der deutsche Außenminister auf den Plan Briands ein, doch mit Vorbehalten. Nicht die politische Seite der europäischen Zusammenarbeit schien ihm das Wichtigste, denn da lag noch manches im Argen, das Minderheitenrecht und die Abrüstung, sondern die wirtschaftliche. Man müsse die europäische Wirtschaftseinigung herbeiführen. Es sei bei der Schaffung neuer Staaten viel Widersinniges gemacht worden. Wo bleibe die europäische Münze, wo die europäische Briefmarke? Er hoffe, daß die 27 Zollgrenzen in Europa in wenigen Jahrzehnten als ein mittelalterlicher Zustand angesehen werden.

Dergestalt begannen die Kräfte des Völkerbundes um ein neues Großes, Unbekanntes zu kreisen. Es war bezeichnend, daß die Initiative von Briand ausging, indem er ein unbewußtes Drängen der andern in französischem Geiste zu formen suchte. Vorsichtig, zurückhaltend, behutsam vorwärtstastend waren sie alle drei, MacDonald mit seinem Abrüstungsideal, Briand mit seinem Sicherheitsideal, Stresemann mit seinem Wirtschaftsideal. Militärisch, politisch, wirtschaftlich konnte man Europa mit Neuerungen beglücken, **aber das Entscheidende war, daß die Formel von der europäischen Zusammenarbeit von Briand geprägt worden war.**

Vier Tage nach diesen Auseinandersetzungen, am 9. September, versammelte Briand die Vertreter von 27 europäischen Staaten um sich, die dem Völkerbund angehörten. Hier wurde Briand kühner, konkreter. Selbst das Wirken des Völkerbundes sei durch die Zerstückelung Europas behindert. Dies müsse auf seine geographische Einheit eine moralische Solidarität gründen. So müsse man also eine moralische europäische Union schaffen, man müsse sich über die Einrichtung einer Art von Bundesverhältnis zwischen den europäi-

**Briand im  
Völkerbund**

schen Völkern verständigen, auf diese Weise wolle man eine ständige Solidarität herstellen, um alle Probleme gemeinsam zu lösen. Diese europäische Union solle sich nicht gegen den Völkerbund und andere Erdteile richten, sondern die Tätigkeit des Völkerbundes unterstützen; das war ein Zugeständnis, das Briand Großbritannien und Deutschland, dann auch den andern Staaten machte. Schließlich wurde Briand aufgetragen, ein Memorandum über die Frage auszuarbeiten und dies an die Regierungen zu verschicken, die Antworten sollten dann der nächsten Völkerbundsversammlung vorgelegt werden. So ward die Konstitution der Vereinigten Staaten von Europa bis auf weiteres Frankreich zu getreuen Händen übergeben. Und damit erhielt Frankreich bis auf weiteres auch die moralische Führung Europas.

In Frankreich wirkte und entwickelte sich die neue Idee. Hier gewann sie Form und Gestalt, und zwar in Kampf mit den nationalistischen Gegnern Briands. Und so wurde **die Idee der Vereinigten Staaten von Europa** ganz von selbst den nationalen Forderungen Frankreichs angepaßt.

***Widerstände in Frankreich:  
Angriffe gegen Briand***

Am 20. Dezember erklärte der Nationalist Senator Lemery im Senat, man habe nun genug von den platonischen Friedensbeteuerungen des Außenministers Briand. Man wünsche endlich, konkrete Antworten auf konkrete Fragen zu erhalten. Augenblicklich sei die französische Öffentlichkeit ganz besonders an der Lockerung der militärischen Kontrolle im Rheinland interessiert, die demnächst mit der Räumung der dritten Zone ganz aufhören werde. In Genf sei Deutschland bereit gewesen, sich mit einem Kontrollorgan abzufinden, in Haag aber habe sich Briand mit einer Regelung abspeisen lassen, die keinerlei praktischen Wert habe und die dem deutschen Außenminister das Recht gegeben habe, über die endgültige Preisgabe der Militärkontrolle zu triumphieren.

Daraufhin erwiderte Briand: Man mache ihm zum Vorwurf, daß er kein Vertrauen zum Verträge von Versailles habe. Er stehe demgegenüber nicht an, zu erklären, daß dieser Vertrag sehr viel Gutes und sehr viel weniger Gutes und vor allem sehr viele Lücken enthalte, die auszufüllen von jeher das Ziel seiner Politik gewesen sei. Die Verträge von Locarno seien immerhin eine wertvolle Ergänzung zum Versailler Vertrag gewesen. Auch in der umstrittenen Frage der Militärkontrolle bedeuteten die Abmachungen von Locarno einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem Friedensvertrag. Frankreich habe damit das Recht erhalten, für den Fall, daß Deutschland in der entmilitarisierten Zone Truppen konzentriere oder strategische Bahnen baue, die nötigen Maßnahmen zu treffen, ohne daß diese als feindselige Aktion ausgelegt werden könnten. Die in London geschaffenen Schlichtungsausschüsse aber hätten ausreichende Vollmachten, um jede Verfehlung Deutschlands in der neutralen Zone rechtzeitig kontrollieren zu können. Selbst General Baratier, der Vorsitzende des Interalliierten Militärkomitees, sei der Ansicht, daß mehr beim besten Willen nicht zu erreichen gewesen sei. Im übrigen scheine man wohl vergessen zu haben, daß Deutschland vor wenigen Jahren unter den Augen der Kontrollkommission neue Befestigungen an der Ostgrenze gebaut habe. Darin liege der unwiderlegliche Beweis, daß es mit der Militärkontrolle allein nicht getan sei. Wenn das Parlament die Räumung der dritten Zone zu verhindern wünsche, brauche es nur den Youngplan und die Haager Vereinbarungen abzulehnen, aber es werde dann wohl sehr bald selbst zur Einsicht kommen, daß man einem Volke von 60 Millionen gegenüber die Politik unmöglich auf Zwang und Gewalt aufbauen könne. Ohne eine Politik der Entspannung zwischen den Völkern sei es unmöglich, in Europa den Frieden zu sichern. Jede andere Politik müsse zu den schlimmsten Abenteuern führen. Es sei leicht, über den Völkerbund und den Antikriegspakt zu spotten, sie hätten aber immerhin das Verdienst, bereits zwei bewaffnete Konflikte verhindert zu haben. Auch bei den jüngsten Verhandlungen im Haag sei von der Regierung nichts versäumt und keines der französischen Rechte leichtfertig preisgegeben worden. Das Verlangen nach der dauernden Kontrolle im Rheinlande sei von Frankreich gestellt, aber abgelehnt worden, weil im Verträge von Versailles keine rechtliche Handhabe dafür vorhanden gewesen sei. Hätte Frankreich deshalb erneut selbständig vorgehen sollen? Die Erfahrungen der vergangenen Zeit seien nicht dazu angetan, die französische Regierung auf diesem Wege zu ermutigen. Die Formel: Wer den Frieden wolle, müsse den Krieg vorbereiten, lehne er ab, denn sie habe bereits zuviel Unheil angerichtet. Die bisherigen Ergebnisse seiner Friedenspolitik aber berechtigten dazu, auch der Zukunft mit Optimismus entgegenzusehen.

Diese Ausführungen Briands zeigten an, daß er auch in seiner Politik der europäischen Union bereits eine Wandlung vorgenommen hatte, insofern nämlich als er jetzt den wirtschaftlichen Vorwand, den er noch in Genf an erste Stelle gesetzt hatte, zurücktreten ließ ganz offen hinter den politischen Zweck der Sicherheit. So war die Briandsche Paneuropaidee in das Bette der französischen Sicherheitspolitik eingemündet, und dieser für die Zukunft vorgezeichnete Weg wurde klar und eindeutig in der EntschlieÙung vorgezeichnet, die der Senat mit 253 Stimmen gegen Lemery und Millerand annahm: "Der Senat hat das Vertrauen in die Regierung, daß sie eine Politik der nationalen Sicherheit und gleichzeitig eine der internationalen Verständigung führt, wie sie sich in den Verträgen von Locarno und Paris ausdrückt." **Damit war Briands weiteres Vorgehen in der Frage der europäischen Union klar auf die Linie der französischen Sicherheitspolitik festgelegt.**

Diese klare und strenge Formulierung gab andererseits dem Ministerpräsidenten Tardieu die Kraft, der obstinaten nationalistischen Rechten entgegenzutreten, wie er dies in einer Kammersitzung am 26. Dezember tat. Tardieu hatte eine breite geschlossene Front hinter sich, und diesmal ward Herriot zum Sprecher für die Vereinigten Staaten von Europa. Ihre Verwirklichung in naher Zukunft sei das einzige mögliche Mittel zur Rettung des Kontinents. Es handele sich weder um die Aufgabe der nationalen Souveränität noch um einen Zollverein. Frankreich erhebe für sich keinen Anspruch auf eine Vormachtstellung in Europa, aber Europa habe nur die Wahl, sich politisch und wirtschaftlich eine Gemeinschaftsorganisation zu schaffen, oder aber der "Kolonisation" anheimzufallen. Der Anfang zu dieser Organisation sei gemacht mit der Internationalen Zahlungsbank und in den großen deutsch-französischen Industriekartellen. Aufgabe der Staaten sei es, diese Verständigung zwischen den Privatwirtschaften nach Möglichkeit zu fördern, zugleich aber auch dafür zu sorgen, daß in den Verbänden dieser Art die höheren Interessen der Allgemeinheit sich voll auswirken könnten; Frankreich werde der Sache des Friedens einen großen Dienst erweisen, wenn es sobald als möglich in Genf ein konkretes Projekt für die Schaffung der europäischen Föderation einbringe. Amerika, das Europa auf diesem Wege wiederholt ermuntert habe, werde daran keinen Anstoß nehmen. Die moralische Ächtung des Krieges reiche nicht aus, sie müsse in einer starken Organisation des Friedens ihre Ergänzung finden.

Dies also waren die großen Tendenzen der französischen Politik, die im geheimen auch die Verhandlungen im Haag durchdrangen. Es standen sich im Haag, wie schon gesagt, zwei Strömungen gegenüber: die französische, die aus der eben geschilderten Bewegung ihre Kraft zog und die "Befriedung" Europas zum Schutze Frankreichs erstrebte, und die englische, die eine "Befriedung" der Welt zum Schutze Großbritanniens wünschte. Die Auffassung Frankreichs war die stärkere, weil Deutschland ihr beitrug. Die Auffassung Englands aber, welche in der Londoner Flottenkonferenz zur Verminderung der Seerüstungen (21. Januar bis 22. April) zum Ausdruck kam, berührte Europa wenig, Deutschland gar nicht.

Eine Stelle aber gab es, die durch die französische Aktion beunruhigt wurde, die eine Rivalität Frankreichs, einen Eingriff in ihre Rechte fürchtete:

### **Zollkonferenz des Völkerbundes 1930**

**der Völkerbund in Genf!** Ihm lag es am Herzen, durch selbständiges Vorgehen den französischen Bestrebungen zuvorzukommen. Denn es hatte in der Tat von Anfang an den Anschein, als handle es sich um eine rein französische Angelegenheit, die herzlich wenig nach dem Genfer Völkerbund fragte. So wurde dann am 17. Februar beim Völkerbund die seit langem vorbereitete Internationale Zollfriedenskonferenz eröffnet. Ihr Vorsitz lag in den Händen des ehemaligen dänischen Außenministers Moltke. 34 Staaten hatten etwa 200 Delegierte entsandt zu dieser "Konferenz für ein gemeinsames wirtschaftliches Vorgehen". Von Deutschland waren der Reichswirtschaftsminister Schmidt, der Reichsfinanzminister Hilferding und eine Reihe von Sachberatern erschienen.

Über die politische Stellung und Bedeutung der Konferenz war man sich in aller Welt von vornherein klar. Deutsche Zeitungen wie die Magdeburgische z. B. gaben folgende richtige Charakteristik:

"Die betont europäische Zusammensetzung der Konferenz ist ein Ergebnis der in diesem Falle sehr geschickten Völkerbundsregie. Sie hat es verstanden, den Septembervorstoß

Briands zugunsten der politischen Paneuropaidee und die wirtschaftlichen Forderungen Stresemanns und Grahams nach nur europäischer Zusammenarbeit in einem ersten gemeinsamen Versuch zur Schaffung eines größeren europäischen Binnenmarktes zu sammeln. Die Fragestellung auf den vorbereitenden Verhandlungen war so, daß schließlich nur die europäischen Staaten als Beschicker der Zollwaffenstillstandskonferenz übrig blieben, ohne daß die übrigen Staaten diese Verhandlungen als unfreundliche europäische Sonderpolitik betrachten können, weil sie eben unter dem neutralen Schutz des Völkerbundes vor sich gehen."

**Allerdings hatten die Beteiligten von Anfang an kein großes Vertrauen zum Gelingen ihres Werkes.** Man argwöhnte, daß auch in diesem Falle, wie schon so oft, die Theorie stärker sein würde als der praktische Wille. Trotzdem erklärte der deutsche Minister Schmidt, daß man sich an die Ideen Stresemanns halten müsse, wenn man, wie im September beschlossen, an die praktische Beilegung der europäischen Schwierigkeiten herangehen wolle. Allerdings schein es, als ob der Gedanke an den Abschluß eines allgemeinen Vertrages für einen Zollfrieden etwas ins Wanken geraten sei. Dennoch sei Deutschland bereit, jede Mitarbeit zu leisten, die auf eine wirtschaftliche Verständigung und Annäherung der Nationen bedacht sei.

**Und schon nach den ersten Verhandlungstagen war die Zollfriedensbewegung völlig zerrüttet.** Vier Gruppen standen mit ihren Wünschen gegeneinander: England, das den Zollfrieden in der beabsichtigten Form verwirklichen möchte, dann ein Block der Randstaaten, Donauländer und belgisch-luxemburgischen Union, wozu auch teilweise Deutschland und Frankreich neigten, welche ein untergeteiltes System von regionalen Zollabkommen befürworteten, drittens Frankreich, das sich in erster Linie auf Abmachungen zwischen den Industrien in Form von Kartellen und Konzernen beschränken wollte, und schließlich Italien, welches das bisherige System der zweiseitigen Handelsverträge nicht aufgeben wollte.

Dann brachte der rumänische Finanzminister Madgaru neue Sonderwünsche der ost- und südost-europäischen Agrarländer vor, sie könnten nicht auf den Schutz ihrer jungen und entwicklungs-fähigen Industrien verzichten, auch Spanien hatte nicht die Absicht, seinen Industriekörper in den großen Körper der europäischen Wirtschaft aufgehen zu lassen, und Polen und die osteuropäischen Staaten standen auf dem gleichen Standpunkt.

So stritt man fünf Wochen hin und her und erntete endlich am 24. März ein mageres Ergebnis: die Zollfriedenskonferenz unterzeichnete drei Dokumente, ein Handelsabkommen über die Verlängerung der Handelsverträge um ein Jahr; ein Protokoll über die weiteren wirtschaftlichen Verhandlungen und einen offiziellen Schlußakt, der eine unverbindliche Empfehlung für die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit enthielt. Ihre Unterschrift gaben Deutschland, Österreich, Belgien, England, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Schweiz, das dritte Protokoll wurde außerdem von Lettland, Litauen, Griechenland und Portugal unterzeichnet. **Kaum die Hälfte aller europäischen Staaten hatte ihre Unterschrift gegeben!**

Die Schlußprotokolle waren mehr eine Sache der Form als des Erfolges: die Mächte verpflichteten sich, ihre Handelsverträge bis zum 1. April 1931 nicht zu kündigen, diejenigen, die nicht handelsverträglich gebunden waren, wie England, Dänemark, Holland, Norwegen, verpflichteten sich, ihre Schutzzölle nicht zu erhöhen und keine neuen Schutzzölle einzuführen. Schutzmaßnahmen, die eine Befolgung dieser negativen Verpflichtungen sicherten, waren nicht vorgesehen. Im Gegenteil: verletzte eine Macht dieses Abkommen, so konnte die davon betroffene Macht Verhandlungen anstreben, scheiterten diese, dann war die betroffene Macht berechtigt, das Abkommen zu kündigen, entweder der Macht, die das Abkommen verletzte, oder allen beteiligten Mächten gegenüber. - Nichts war erreicht, und die Zollkonferenz des Völkerbundes bildete ein neues unfruchtbares Intermezzo in der Geschichte des uneinigen Europa. -

Endlich, am 17. Mai, überreichten die Vertreter Frankreichs den europäischen Regierungen das seit langem angekündigte und erwartete

***Briands Memorandum  
über Paneuropa***

**"Memorandum über die Organisation eines Systems eines europäischen Staatenbundes"** von

Briand. Die Einleitung sagte etwa folgendes:

"Das Werk der Zusammenfassung Europas entspricht Notwendigkeiten, die dringend und lebenswichtig genug sind, um dieser Zusammenfassung ihren Selbstzweck in wahrhaft positiver Arbeit zu geben, die sich niemals gegen irgend jemand richten kann und richten läßt. Ganz im Gegenteil. Dies Werk muß in vollem freundschaftlichen Vertrauen, oft sogar in Zusammenarbeit mit allen andern Staaten oder Staatengruppen betrieben werden, die an der universalen Gestaltung des Friedens genug aufrichtiges Interesse haben, um zu erkennen, wie wichtig es ist, daß in Europa eine größere Einheitlichkeit geschaffen wird; die ferner die heutigen Gesetze der internationalen Wirtschaft klar genug verstehen, um die Stabilität, die für die Entwicklung ihres eigenen wirtschaftlichen Austausches unerlässlich ist, in der besseren Gestaltung eines vereinfachten Europa zu suchen, das eben dadurch der ständigen Gefahr vor Konflikten entrückt wird."

Die Politik europäischer Einigung, die heute das Ziel des Strebens nach einem ersten Bande der Solidarität zwischen europäischen Regierungen sein müsse, berge tatsächlich eine Auffassung in sich, die absolutes Gegenteil derjenigen sei, die früher in Europa die Bildung von Zollunionen bestimmte, bei denen die inneren Zölle abgeschafft, an den gemeinsamen Grenzen dagegen um so höhere Schranken errichtet wurden, d. h. in Wirklichkeit ein Werkzeug zum Kampfe gegen die Staaten waren, die außerhalb dieser Unionen blieben.

Diese europäische Gemeinschaft müsse sich im Rahmen des Völkerbundes halten und eine Art regionaler Untergliederung des Völkerbundes darstellen. Deshalb müßten auch diejenigen Staaten, die dem Völkerbunde nicht angehörten, also Rußland und die Türkei, außerhalb dieser Gemeinschaft bleiben. Auch dürfte trotz der Universalität des Zieles die Souveränität und völlige politische Unabhängigkeit der einzelnen Staaten durch diese Verständigung nicht berührt werden.

So liegt also vor "die Notwendigkeit eines allgemeinen, wenn auch noch so elementaren Vertrages (an anderer Stelle "symbolischen" Vertrages) zur Aufstellung des Grundsatzes der moralischen Union Europas und zur feierlichen Bekräftigung der zwischen europäischen Staaten geschaffenen Solidarität". Dieser Vertrag wäre, wie gesagt, "anfänglich" nur denjenigen europäischen Staaten vorzubehalten, die Mitglieder des Völkerbundes seien.

Dann wäre es auch notwendig, Organe zu schaffen, welche der europäischen Union die Erfüllung ihrer Aufgabe ermöglichen. Es kämen hierzu in Frage eine europäische Konferenz, die etwa der Völkerbundsversammlung entspricht, ein politisches Komitee als Ausführungsorgan, entsprechend dem Völkerbundsrate und ein Sekretariat zur Erledigung der technischen Aufgaben, wie auch ein solches beim Völkerbund besteht. Der Vorsitz müsse wechseln und der Reihe nach ausgeübt werden, um das Übergewicht eines Staates zu vermeiden, ganz so, wie es beim Völkerbund der Fall ist.

Ferner muß die allgemeine Richtlinie der Union sein die grundsätzliche Unterordnung des Wirtschaftsproblems unter das politische Problem. Dies war das Neue, Überraschende. Denn ursprünglich stellte Briand das wirtschaftliche Problem als das beherrschende hin, worauf der Völkerbund mit seiner Zollkonferenz antwortete; jetzt aber, bedingt durch die oben geschilderte innerpolitische französische Beeinflussung des Unionsgedankens und durch die Ergebnislosigkeit der Zollkonferenz, trat der politische Gedanke in den Vordergrund.

Der Endzweck des engeren politischen Zusammenwirkens in Europa sei ein Bund auf der Grundlage des Gedankens der Einigung, nicht der Einheit; d. h. er müsse elastisch genug sein, um die Unabhängigkeit und nationale Souveränität jeden Staates zu wahren, aber allen den Vorteil kollektiver Solidarität bei der Regelung der politischen Fragen zu gewährleisten, die das Schicksal der europäischen Gemeinschaft oder eines ihrer Mitglieder betreffen. Der Begriff der wirtschaftlichen Organisation Europas habe den Endzweck, die europäischen Volkswirtschaften unter der politischen Verantwortung der solidarischen Regierungen durch eine solidarische Zollpolitik gegenseitig anzunähern.

Andere Gebiete der europäischen Zusammenarbeit wären: Volkswirtschaft im allgemeinen, wirtschaftliche Ausrüstung, Verkehrsfragen, Finanzfragen, Hygiene, intellektuelle Zusammenarbeit, interparlamentarische Beziehungen, Verwaltung usw. Eine Erwähnung militärischer Interessengemeinschaften wurde aus guten Gründen ängstlich vermieden.

Man müsse möglichst sofort ein einfaches Bundesverhältnis ausfindig machen:

"Nie war die Stunde günstiger und nie war es dringender, ein Werk des Aufbaues in Europa zu schaffen. Durch die Regelung der wichtigsten materiellen und moralischen Probleme, die der Krieg gezeitigt hat, wird das neue Europa sich bald von der Bürde befreien, die so schwer auf seinem Geiste wie auf seiner Wirtschaft gelastet hat. Schon jetzt erscheint es zu einer positiven Anstrengung befähigt, die einer neuen Ordnung entspricht. Es ist eine Entscheidungsstunde, wo ein waches Europa sein Schicksal selbst bestimmen kann." -

**Was Briand hier der Welt anbot, war ganz unverhüllt ein europäischer Völkerbund mit französischen Zielen im allgemeinen Völkerbund. Briand hatte sich als der kleine Wilson Europas entpuppt. Und so faßte Europa auch den französischen Vorschlag auf. Darum fand er nicht freudige Aufnahme, sondern Zurückhaltung, und in der englischen Presse geradezu Ablehnung.** Auch Deutschland stimmte Paneuropa in der von Briand vorgeschlagenen Form keineswegs zu. Die allgemeine Auffassung, von der man in Europa und auch in Deutschland ausging, war die: das Einheitsstreben Europas werde nicht hervorgerufen durch einen politischen Willen oder moralische Erkenntnis, sondern durch wirtschaftliche Notwendigkeiten, durch die Gefahr, daß die übermächtige Konkurrenz Amerikas und bald vielleicht auch Asiens die Wirtschaft aller europäischen Völker am Lebensnerv treffen könne. Frankreich aber wollte Paneuropa nur gestatten, wenn es die militärische und politische Hegemonie Frankreichs in Europa bestätige und bekräftige, wenn das Genfer Protokoll Wirklichkeit werde.

In der Zeit vom 27. Juni bis 6. August gingen die Antworten der europäischen Regierungen. Sie gaben einen Überblick über die Nöte und Sehnsüchte des geschwächten Europa. Doch unmittelbar nach Veröffentlichung des Memorandums, am 18. und 19. Mai, tagte in Berlin der **Kongreß der Paneuropäischen Union**, deren Vorsitzender **Graf Coudenhove-Kalergi** war. Schon hier zeigten sich Gegensätze. Die Franzosen Loucheur und Serruys bewiesen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, um die wirtschaftliche und soziale Not zu lindern. Der Engländer Amery, früherer Marineminister, lehnte die Beteiligung an einem europäischen Staatenbund rundweg ab, da Englands Interesse mehr dem Empire als Europa gelte. Doch sei eine Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Europa in den großen Weltfragen immerhin möglich. Der jugoslawische Außenminister Nintschitsch bemühte sich, Paneuropa in den Völkerbund einzuordnen.

**Kongreß der  
Paneuropäischen Union**

Graf Coudenhove-Kalergi selbst deckte keineswegs den Briandschen Entwurf: er sei nur eine Etappe auf dem Wege zu Paneuropa. Für ihn, Coudenhove, sei Paneuropa eine moralische Bewegung, deren Ziel Frieden und Rettung der europäischen Kultur und Bekämpfung des Elends sei. Dies Ziel müsse erreicht werden, unbekümmert um die Schwankungen der Tagespolitik, die Stellungnahme der Regierungen und Parteien. Eine dauernde Lösung müsse gerecht und sittlich sein. Jeder wünsche ein Paneuropa auf Kosten seiner Nachbarn, keiner wolle Opfer bringen. Opferwilligkeit sei die Grundbedingung für Paneuropa. Das neue Europa fordere neue Europäer. Deshalb wollte Coudenhove den neuen, europäischen Geist schaffen, eine Aufgabe, für die Thomas Mann seine Mithilfe in Aussicht stellte. - So prallten bereits hier in Berlin die beiden Energien der Paneuropabewegung aufeinander: die ideal-kulturelle pazifistische des Grafen Coudenhove und die militärisch-französisch-realpolitische Briands. Die Anhänger der Bewegung waren der Ansicht, daß beide Auffassungen sich ergänzen und durchdringen müßten, um erfolgreich in Europa zu sein! -

Die erste Großmacht, die Briands Memorandum beantwortete, war **Italien** mit seiner Note vom 6. Juli. Die faschistische Regierung erklärte sich einverstanden, verlangte aber ausdrücklich, daß der Unterschied zwischen Siegern und Besiegten zu

**Antwort  
Italiens**

verschwinden habe. Auch Sowjetrußland und die Türkei, die nicht Mitglieder des Völkerbundes seien, sollten zur nächsten Besprechung nach Genf eingeladen werden. Das europäische System müsse in einen Weltzusammenhang gebracht werden, denn das französische Projekt sei nicht nur imstande, das Prinzip des Weltzusammenhanges zu schwächen, sondern auch zur Gruppierung anderer Mächte zu führen, wodurch die Einheit des Völkerbundes gefährdet werden könne. Andererseits solle jeder Teilnehmer der europäischen Föderation auch Teilnehmer des Völkerbundes werden, damit dieser die Exekutive der Föderation in die Hand nehmen könne. Auf diese Weise würde das Sicherheitsproblem gelöst. Die politischen Voraussetzungen des Völkerbundes sollten auch der europäischen Föderation dienen. Diese dürfe aber nicht das System der Sicherheit erstarren lassen, sondern sei verpflichtet, die sehr deutlichen Verpflichtungen des Völkerbundes zur Abrüstung durchzuführen. Alle Sicherheit sei illusorisch, wenn nicht abgerüstet werde.

"Wenn man wirklich alle Kräfte in der Richtung auf eine europäische Union vereinigen will, und zwar auf eine Zusammenarbeit, die die Nationen Europas enger aneinanderknüpfen soll, dann ist vor allen Dingen das Problem der Abrüstung anzupacken. Dieses Problem der Abrüstung ist in dem französischen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt worden. Aber es ist die Ansicht der faschistischen Regierung, daß von hier aus der Ausgangspunkt für eine wirkliche Zusammenarbeit der europäischen Nationen und für ihre wahre Sicherheit allein gefunden werden kann."

Neben dieser offiziellen Äußerung der italienischen Regierung gab Benito Mussolini auch in Presseäußerungen seine private Ansicht der Welt bekannt. Er sagte da: Geschlossene Völkergruppen weise die Welt bereits mehrere auf; Großbritannien, Pan-Amerika infolge der Monroedoktrin, Pan-Rußland, Pan-Indien und so fort. Aber es gebe drei Musterbeispiele von Staatenbünden, die die Proben der Zeit und mancherlei Kämpfe überstanden hätten, das Britische Reich, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Deutsche Reich.

"Alle diese drei erfolgreichen Bünde weisen ein gemeinsames Element auf, das zu ihrer Zusammenschmiedung beigetragen hat: ohne den Drang, gemeinsam das Geschick des Bundes zu gestalten, würde bei all diesen Föderationen die aus einem Guß geschaffene Festigkeit fehlen. Der Gedanke vereinter Abwehr feindlicher Angriffe und darüber hinaus der Gedanke einer Schicksalsverbundenheit haben diese drei großen Bundesstaaten zu voller Erkenntnis ihrer Untrennbarkeit geführt. Sie werden in dem Bunde nur solange bleiben, und die Einzelteile werden nur solange verschmolzen sein, wie jenes gemeinsame Ziel, die allen Teilen gemeinsame wesentliche Bedingung vorhanden ist, die in dem unverletzten Verbundenheitsgefühl der einzelnen Gliedstaaten besteht."

Den "Vereinigten Staaten von Europa" aber fehle die Gemeinsamkeit von Willensrichtung, Ziel und Schicksal. Die Ziele der europäischen Staaten seien nicht nur verschieden, sondern stünden einander sogar im Wege. Europa sei heute zu mannigfaltig, als daß es zu einer Einheit verschmolzen werden könne, in der die Interessen und Ziele der Einzelnen in dem Gedanken an die Wohlfahrt des Ganzen aufgehen könnten. Verschmelzung würde einen Bastard, aber kein Vollblut hervorbringen. Wie wollte man z. B. Großbritannien und Rußland auf ein gemeinsames Ziel vereinigen? "Bevor wir zu einer allgemeinen Verschmelzung der Ziele kommen können, wäre eine ernste und unvoreingenommene Überprüfung der bestehenden Verträge nötig."

Italien verhielt sich also ablehnend, sehr zum Ärger Frankreichs.

**Antwort  
Deutschlands**

Am 15. Juli antwortete **Deutschland**. Es empfinde den Mangel der Struktur Europas am stärksten und sei deshalb am meisten an dem Projekt interessiert. Jedoch sei es nicht bereit, einen Europapakt in Briands Sinne schon jetzt zu unterzeichnen, denn man könne doch keinen Pakt schließen, bevor man nicht wisse, in welchem Rahmen sich seine Aufgaben bewegten. Die europäische Solidarität dürfe natürlich keine Spitze gegen außereuropäische Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten annehmen. Andererseits könne man auch Rußland und die Türkei nicht ausschließen, zumal diese Länder schon an anderen Völkerbundsberatungen teilgenommen hätten. Bedenklich sei

Briands These, die wirtschaftlichen Probleme dem politischen unterzuordnen. Es handele sich dabei um die Sicherheitsfrage, die Frankreich im Sinne des Genfer Protokolls zu lösen wünsche. Aber alle Versuche einer Besserung der politischen Lage in Europa werden davon abhängen, daß die Grundsätze der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Ausgleichs der natürlichen Lebensnotwendigkeiten der Völker zur Anwendung kommen. Wo bestehende Verhältnisse diesen Grundsätzen widersprüchen, müßten wirksame Mittel für ihre Änderung gefunden werden. Es wäre aussichtslos, ein neues Europa auf einem Fundament aufbauen zu wollen, das der lebendigen Entwicklung nicht standhalten könne. Nicht Stabilisierung, sondern Evolution - in bezug auf die Minderheitenfrage. Auch müßten die wirtschaftlichen Probleme unabhängig von den politischen behandelt werden. Eine ganze Anzahl politischer Fragen Europas sei noch ungelöst, so die Minderheitenfrage. Auch dürfe der Völkerbund nicht unter den europäischen Bestrebungen leiden. Alle Gruppenbildungen innerhalb des Völkerbundes müßten vermieden werden.

Sachlich und freimütig hatte die deutsche Regierung ihren im Grunde ablehnenden Standpunkt dargelegt, indem sie zugleich betonte, sie sei bereit, fördernd am europäischen Gedanken mitzuarbeiten, aber sie fordere dafür unbedingte Gleichberechtigung für Deutschland. Die deutsche Presse von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten bezeichnete die Antwort als geschickt.

Zwei Tage später antwortete **Groß-Britannien**. Es könne die Bemühungen nur unterstützen, wenn sämtliche Regierungen des britischen Reiches dazu herangezogen würden. Ein leitender Grundsatz der von der englischen Regierung betriebenen Politik sei, daß das erste aller britischen Interessen der Friede sei. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas sei an erster Stelle und dringend zu wünschen. Man müsse eine großzügige Auffassung der wirtschaftlichen Fragen fördern

**Antwort Groß-Britanniens**

"und soweit eine politische Aktion sich dieses Ziel gesetzt habe, ist die englische Regierung bereit, dem in dem Memorandum gemachten Vorschlag für ein Zusammenwirken der maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Stellen zuzustimmen. Jedoch sieht die englische Regierung hinsichtlich der Methoden, die die französische Regierung zur Verwirklichung ihrer Absicht vorschlägt, umfängliche Schwierigkeiten voraus".

Die neu zu schaffenden Einrichtungen würden in keiner Hinsicht mit dem Völkerbunde verknüpft sein. Sie würden sich nur, soweit sie dazu willens seien, dem Völkerbunde angleichen.

"Da die Organe des Völkerbundes bereits begonnen haben, an so ziemlich dem ganzen Programm praktischer Betätigung, das in dem Memorandum entwickelt wird, zu arbeiten, ist es für die englische Regierung schwierig einzusehen, wie diese neuen europäischen Institutionen funktionieren könnten, ohne Konfusion zu stiften und vielleicht neue Rivalität zu schaffen, die, so wenig dies auch von den europäischen Regierungen beabsichtigt oder gewünscht sein mag, kaum eine andere Auswirkung haben kann, als sowohl die Leistungsfähigkeit wie die Autorität der Organe des Völkerbundes zu verändern. Abgesehen von diesem sehr schwierigen Problem der Koordinierung hält es die englische Regierung für sehr möglich, daß eine ausschließlich europäische unabhängige Union der vorgeschlagenen Art den auf eine Rivalität oder Feindschaft zwischen den Kontinenten hinauslaufenden Tendenzen unerwünschten Nachdruck verleihen oder sie sogar neu schaffen könnte, also Tendenzen, die zu verringern und denen aus dem Wege zu gehen im allgemeinen Interesse liegt. Es ist nach englischer Ansicht wesentlich, daß die zugunsten einer engeren europäischen Zusammenarbeit zu ergreifenden Maßregeln keine Besorgnis oder Verärgerung auf andern Kontinenten hervorrufen. Die englische Regierung ist der festen Überzeugung, daß, wenn nicht diese Angelegenheit dauernd im Auge behalten wird, die umfassenderen Interessen Europas und der Welt ernsthaft gefährdet werden könnten."

Daran aber habe Großbritannien kein Interesse. Die Vorschläge Briands müßten sich dem Gerüste des Völkerbundes vollständig einfügen. Die englische Regierung denke etwa an die Errichtung europäischer Ausschüsse der Völkerbundsversammlung, des Völkerbundsrates und seiner techni-

schen Ausschüsse, die eine engere europäische Zusammenarbeit ermögliche, ohne daß man sich den Schwierigkeiten und Gefahren aussetze, die ein System neuer und unabhängiger Institutionen mit sich bringe.

Auch die englische Antwort war also nichts anderes als eine höfliche Absage an Briands Plan. England wollte keineswegs sein mühsam aufrechterhaltenes weltpolitisches Gleichgewicht der europäischen fixen Idee Briands zum Opfer bringen. -

Die ehemals **neutralen Staaten** standen dem Briandschen Plane sehr skeptisch gegenüber. Sie fürchteten eine Beeinträchtigung des Völkerbundes, eine Verminderung ihrer Souveränität, und, soweit sie Kolonien besaßen, wünschten sie keine Reibungen mit außereuropäischen Ländern, schließlich waren sie nicht bereit, irgendwelche militärische Sicherheitsverpflichtungen zu übernehmen. **Spanien** (27. Juni) wünschte, daß seinem Protektorat in Afrika kein Abbruch geschehe. **Die Niederlande** (1. Juli) verlangten Beteiligung sämtlicher europäischer Mächte. Die Herabsetzung der Zolltarife sei auch ohne politische Vorarbeiten möglich. Die holländische Regierung habe nicht den Eindruck, daß die Schwierigkeiten, die bisher den Erfolg der vom Völkerbund auf dem Gebiet der Sicherheitsfrage unternommenen Versuche verhindert haben, durch die Anwesenheit nichteuropäischer Staaten verursacht oder erhöht worden seien. Nach ihrer Ansicht sei der Boden noch lange nicht genügend vorbereitet. Ein Meinungs austausch würde nützlich sein und erscheine sogar nötig, um bestimmen zu können, wie man weiter gelangen wolle. **Dänemark** (10. Juli) hatte Bedenken gegen eine allzugroße Angleichung an den Völkerbund. Vor allem sollten wirtschaftliche Probleme und geopolitische Bindungen geprüft werden. Die Übernahme von Sanktionsverpflichtungen im Sinne von Locarno wurde abgelehnt, denn vorher müßten gemäß Artikel 8 der Völkerbundssatzung die Rüstungen herabgesetzt werden, denn weitgehende Sanktionsgedanken verminderten eher die Sicherheit der Staaten als daß sie diese erhöhten, solange gewisse Staaten beträchtliche Rüstungen aufrechterhielten. Auch **Schweden** äußerte seine Bedenken (14. Juli), jetzt bereits ein voll ausgebildetes Staatensystem mit ständigem Sekretariat und Konferenzen zu schaffen. Wirtschaftliche Besprechungen könnten doch am zweckmäßigsten im Zusammengehen mit den Völkerbundstagungen stattfinden. **Norwegen** (14. Juli) sah die Hauptaufgabe in der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete. Es sei sehr heikel, auch politische Probleme anzuschneiden, denn militärische Verpflichtungen müsse Norwegen ablehnen. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete werde man manche Enttäuschungen erleben. Die Lage und die Umstände, wie sie in verschiedenen Teilen Europas vorgefunden würden, seien so kompliziert, daß zahlreiche wichtige Fragen nur allmählich gelöst werden könnten.

### **Antworten der andern europäischen Staaten**

**Portugal** (16. Juli) warnte infolge seiner engen Beziehungen zu Brasilien vor einer Spitze gegen außereuropäische Staaten. Auch das koloniale Moment müsse berücksichtigt werden. Die gemeinsame Prüfung der wirtschaftlichen Frage setze nicht notwendigerweise politische Erörterungen voraus; im Gegenteil: die Lösung politischer Probleme werde erleichtert, wenn durch Abkommen mit Unionscharakter die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gemildert worden seien. **Luxemburg** (19. Juli) verlangte hinsichtlich der Garantieverträge unbedingte Respektierung seiner militärischen Neutralität. Auch **die Schweiz** (6. August) erklärte, daß die Neutralitätsordnung, die seit Jahrhunderten Grundlage der Schweizerischen Verfassung sei, nicht durchbrochen werden dürfe. Auch Kompetenzkonflikte und Rivalitäten mit dem Völkerbunde müßten unbedingt vermieden werden. Die Probleme der Sicherheit könnten mit besserem Erfolg im Rahmen des Völkerbunds verwirklicht werden. Zu einer Zusammenarbeit auf rein wirtschaftlichem Boden, die durchaus möglich sei, sei die Schweiz gern bereit. **Griechenland** schließlich wünschte (21. Juli) auch die Teilnahme der **Türkei**, die "ebenso wie Griechenland eine Balkan- und Mittelmeermacht" sei.

**Belgien**, der treue Trabant Frankreichs, konnte ebenfalls nicht dem Briandmemorandum seine volle Zustimmung geben (16. Juli). Es sei nicht angebracht, einen ständigen politischen Organismus zu schaffen; wo kein Vertrauen und keine Sicherheit herrsche, werde die Koordinierung der wirtschaftlichen Tätigkeit schwerlich Fortschritte machen. Wenn die beiden Beweggründe der Völkerbetätigung, Politik und Wirtschaft, auch einander nicht untergeordnet seien, so übten sie doch beide

gegenseitig aufeinander Einfluß aus. So wichtig auch diese politischen Probleme seien, so könne man doch nicht bestreiten, daß eine solidarische Union der europäischen Staaten auf wirtschaftlichem Gebiete heute außerordentlich notwendig sei. Sie entspreche nicht nur einem allgemeinen Streben, sondern sei auch auf Grund der Tatsachen nötig.

In den Antworten der mittel- und osteuropäischen Nachfolgestaaten kamen all die Mängel zum Ausdruck, unter denen diese verkümmerten alten aber traditionslosen neuen Staaten zu leiden glaubten.

**Österreich** (12. Juli) sah noch manche Probleme, die eine Kriegsgefahr in sich bergen und der Lösung harren. Diese Lösungen könnten aber nur in engster Verbindung mit dem Völkerbund erfolgen. Die wirtschaftlichen Aufgaben sollten nicht den Fachleuten überlassen werden, denn diese würden von den Augenblicksforderungen ihrer heimischen Wirtschaftskreise allzusehr beeinflusst, sondern sie müßten in den Händen der politischen Exponenten der verschiedenen Regierungen zusammenlaufen. Die **Tschechoslowakei** (14. Juli) verhehlte nicht, daß sie noch manche Zweifel hatte. Es werde eine Arbeit auf lange Sicht sein, man werde sehr vorsichtig und etappenweise vorgehen müssen. Vor allem dürfe nicht der Grundsatz der Souveränität und Gleichberechtigung angetastet werden. Die nächste Völkerbundsversammlung sollte ein Studienkomitee einsetzen, um das Organisationsstatut auszuarbeiten. Die nur europäische Zusammenarbeit werde einmal mehr auf politischem, ein andermal mehr auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. **Südslawien** (16. Juli) begrüßte außerordentlich die föderative Gestaltung Europas, da eine neue Atmosphäre geschaffen werde. So könne doch Annäherung und Friede zwischen den Völkern verwirklicht werden, aber es dürfe sich kein Widerspruch zum Völkerbunde ergeben. **Ungarn** (15. Juli), das seit 1919 in der gleichen Lage wie Deutschland war, ging einen Schritt weiter als die Tschechoslowakei: Das Prinzip der Souveränität und Gleichberechtigung sollte so ausgelegt werden, daß alle bestehenden Ungleichheiten, welche die Souveränität gewisser Staaten schmälern, beseitigt würden. Solche Abkommen könnten nicht hinübergenommen werden in das auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung aufgebaute Europa. Ungarn dachte hierbei in erster Linie an seinen Grenzstreit mit Rumänien. Deswegen erklärte die ungarische Regierung, sie müsse jede Mitarbeit verweigern, wenn die Revision der Friedensverträge für die Zukunft ausgeschaltet werde. Ohne Beseitigung der Gegensätze könne das erhabene Ziel des allgemeinen Friedens niemals erreicht werden. Auch dürfe das Ansehen des Völkerbundes nicht herabgesetzt werden. Allerdings müsse Ranggleichheit der Staaten bestehen, die im Völkerbund nicht zu finden sei. Sehr wichtig sei die Frage der nationalen Minderheiten. Auch müsse die Türkei zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Zusammenarbeit sollte zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete organisiert werden, dann sei für später eine günstige Atmosphäre auch zur Lösung der wichtigsten politischen Fragen geschaffen.

In ähnlicher Richtung bewegte sich **Bulgariens** Antwort (19. Juli). Die souveränen Rechte der Staaten dürften nicht geschmälert werden. Die neue Organisation solle sich von dem hohen ethischen Gedanken der politischen und wirtschaftlichen Unterstützung der schwächeren Mitglieder leiten lassen. Die erste Aufgabe der europäischen Entente würde es sein, die Fragen der Minderheiten und der Abrüstung zu lösen. Das wäre gerecht und billig, damit für alle Völker Europas ein Zustand der Gleichberechtigung geschaffen werde und geistige Einheit und gegenseitiges Vertrauen entstehen könnten. Die Zuständigkeit und Autorität des Völkerbundes dürfe in keiner Weise vermindert werden. Für Rußlands Beteiligung lägen vielleicht zur Zeit Hindernisse vor, aber die Türkei müsse herangezogen werden.

Von den Randstaaten war **Lettlands** Ansicht (9. Juli), daß die Autorität des Völkerbundes und seiner Organe nicht geschwächt werde, auch dürfe kein europäischer Staat ausgeschlossen bleiben. Auch **Estland** war der Ansicht (15. Juli), daß der Völkerbund nicht unter der europäischen Union leiden dürfe. **Finnland** schlug (16. Juli) Erweiterung des Schieds- und Vergleichsverfahren vor; es sollte eine Studienkommission für die europäische Frage eingesetzt werden. **Litauen** aber, das sich Polen gegenüber wegen Wilna in einer ähnlichen Verstimmung befand wie Ungarn Rumänien gegenüber, fand (12. Juli), daß eine europäische Union unmöglich sei, solange zwischen ihren künftigen Mitgliedern die tiefen Gegensätze fortbeständen, die von nicht wieder gutzumachenden

Handlungen herrührten. Eine günstige Atmosphäre ließe sich nur auf der Grundlage der Achtung vor den gegenseitigen Rechten schaffen. Die Union solle dem Völkerbunde angegliedert werden. Ein ständiges Sekretariat sei nicht nötig, aber europäische Konferenzen wurden befürwortet.

Der einzige Staat, dessen Antwort am uneingeschränktesten für Frankreichs Vorschlag eintrat, war **Polen** (10. Juli). Das hatte seinen guten Grund, denn Polen war derjenige Staat Europas, in dem das Unrecht des neuen Europa in stärkstem Umfange in Erscheinung trat. Polen war derjenige Staat, der im fortschreitenden Wandel des europäischen Staatensystems am heftigsten bedroht war. Zu dreien seiner Nachbarn stand das neue Polen in unüberbrückbarem Gegensatz, zu Deutschland, Litauen und Rußland. Darum hatte Polen das größte Interesse an der Stabilisierung und Sicherung seines Zustandes. Zaleski antwortete also, daß er vollständig den französischen Standpunkt teile. Zunächst müsse die politische Sicherheit garantiert werden, ehe man andere Probleme, z. B. die wirtschaftlichen, in Angriff nehme. Als Grundlage würde sich das Genfer Protokoll empfehlen. Die Union dürfe keinen aggressiven Charakter haben, sie solle aber die Durchführung der Völkerbundsbestimmungen erleichtern. Die Völkerbundsversammlung im September solle ein Studienkomitee einsetzen, welche das Problem untersuchen und den europäischen Regierungen Bericht erstatten solle.

Demgegenüber am schroffsten ablehnend war die Antwort der **irländischen** Regierung, welche nicht die geringste Beeinträchtigung der Souveränität und Unabhängigkeit zugestehen wollte: jeder Staat solle allein darüber befinden, wie und in welcher Weise er an der europäischen Union mitarbeiten wolle. Das war gegen England gerichtet.

Alle diese Antworten zeigten, wieviel Gegensätze und wieviel Argwohn im neuen Europa herrschten, so daß Frankreich kaum darauf hoffen durfte, das gesamte Europa auf die Linie seiner Sicherheitspolitik festlegen zu können, um sich vor der gefürchteten Isolierung zu bewahren. Dagegen jedoch, daß Frankreich seine Sicherheit auf dem *status quo* von Versailles begründen wollte, lehnten sich die andern auf: Sie forderten Gleichberechtigung aller und Abrüstung, sie lehnten politische und militärische Bindungen ab. Briands These: Europa für Frankreich, fand ein gegensätzliches Echo: Europa gegen Frankreich! Die allerempfindlichste Wunde Europas war die Minderheitenfrage. Aber sie gerade war das Ergebnis jener Neugestaltung des Kontinents, die 1919 und 1920 vorwiegend nach französischen Gesichtspunkten durchgeführt worden war. Und hier stand Frankreichs neue Politik vor einem Hindernis, das sie sich einst selbst aufgerichtet hatte. blieb dies Problem ungelöst, dann war an keine europäische Union zu denken.

**Die Minderheiten selbst** beschäftigten sich am 4. und 5. September auf dem Nationalitätenkongreß in Genf mit dem französischen Plane. Sie kamen zu folgendem Ergebnis, das sie Briand mitteilten:

**Stellung der nationalen  
Minderheiten**

"Mit umso schmerzlicherem Bedauern glauben wir bekennen zu müssen, daß der von Ihnen unternommene Schritt schwerlich zu der von Ihnen und uns mit gleicher Leidenschaft angestrebten Befriedung der europäischen Menschheit führen wird, denn Ihre Gedankenwelt sieht allzu einseitig die Staaten als die ausschließlichen Träger europäischer Vergesellschaftung an. Für die vielen Millionen europäischer Menschen, denen sich das von der Gemeinsamkeit des Volkstums diktierte Einheitsstreben nicht in der Erreichung einer gemeinsamen Staatlichkeit erfüllen kann, muß die europäische Union nicht allein auf die Grundlage der Staaten, sondern auch auf der der Völker aufgebaut werden. Niemand ist besser imstande, die großen Vorteile einer Organisation zu werten, aus deren schöpferischer Arbeit die Europäische Union erstehen soll. Jedoch kann es nicht nur darum gehen, neue Brücken von Staat zu Staat zu schlagen; worum es sich heute vor allem handelt, ist, den Weg frei zu machen für eine Verständigung von Volk zu Volk. Dazu ist erstes Erfordernis, daß jeder europäische Mensch für sich und in engstem Zusammenhang mit seinen Volksgenossen seinem Volkstum leben darf. Allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz gehören indessen Entnationalisierungswillen und Unterbindung volklichen Zusammenfindens zum eisernen Bestande staatlicher Innenpolitik. Deshalb richten wir an Eure Exzellenz... den dringenden Appell: Treten Sie mit dem ganzen Gewicht Ihrer hervorragenden Persönlichkeit an unsere Seite und setzen

Sie sich dafür ein, daß Sie die Evolution zu einer gesamteuropäischen Lebensgemeinschaft nicht allein auf den Notwendigkeiten der Wirtschaft und den Interessen der Staaten, sondern, gestützt auf die Forderungen höchster Gerechtigkeit, auch auf Zusammenarbeit zwischen den Völkern aufbauen."

Aber mit dieser Forderung rüttelten die Minderheiten an den Grundpfeilern der französischen Politik. So konnten die Absichten Briands, die auf einen Schutz Frankreichs gerichtet waren, geradezu in ihr Gegenteil umschlagen, und das hatte Briand nicht im Sinne. Es zeigte sich bereits, daß die französischen Unionsbestrebungen zur Unfruchtbarkeit verurteilt waren, **da Frankreich aus egoistischen Prinzipien nicht in der Lage war, die erste Voraussetzung für das Gelingen der europäischen Union zu erfüllen: das Problem der Minderheiten zu lösen.**

Im Völkerbundssekretariat fand am 8. September eine Besprechung zwischen den Vertretern der 27 europäischen Staaten statt. Die französische Völkerbundsdelegation legte ein Weißbuch vor: "*Schriftstücke über die Organisation einer europäischen föderativen Union*", welches die Antworten der Regierungen enthielt. Die französische Regierung faßte die Vorschläge unter folgenden Gesichtspunkten zusammen: alle befragten Regierungen erkennen die Notwendigkeit einer Koordinierung in Europa an. Alle Antworten enthalten das Bestreben, nichts zu unternehmen, was dem Völkerbund zuwiderlaufen könnte, auch solle Europa nicht durch die Union isoliert werden. Auch außereuropäische und nicht zum Völkerbund gehörende Staaten sollen hinzugezogen werden. Dem stünden keine grundsätzlichen Schwierigkeiten im Wege, meinte Frankreich. Die meisten Antworten legen das Schwergewicht auf wirtschaftliche Fragen. Auch wird verlangt, daß Souveränität und Unabhängigkeit gewahrt bleiben. Frankreich erkläre, daß jede politische Beherrschung ausgeschlossen sei und daß selbst die extreme Formel der irländischen Regierung kein Hindernis für die weiteren Verhandlungen bilde. Auch mit der Einsetzung eines Studienkomitees ist Frankreich einverstanden. **Aber das brennende Problem der Minderheitenfrage wird mit keiner Silbe berührt!**

**Briands Plan vor dem Völkerbund**

Am Ende der Vertreterbesprechung wurde folgende EntschlieÙung angenommen:

"Die Vertreter der europäischen Regierungen nehmen Kenntnis von dem Ergebnis der Umfrage zur Schaffung einer europäischen Union. Sie sind überzeugt, daß eine enge Zusammenarbeit der europäischen Völker auf allen Gebieten des internationalen Lebens für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt von grundlegender Bedeutung ist. Sie sind einmütig in der Auffassung, daß diese Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes und im Geiste der Grundsätze des Völkerbundsabkommens erfolgen soll."

Die Völkerbundsversammlung begann am 11. September mit der Aussprache über Briands Vorschlag. Zunächst sprach Briand, der seinen Vorschlag als eine weitere große Anstrengung im Dienste des Friedens bezeichnete. Der Engländer Henderson erklärte, England sei bereit, alle Sicherheitsmaßnahmen zu ratifizieren, unter der Bedingung, daß ein allgemeiner Vertrag zur Herabsetzung und Beschränkung der nationalen Rüstungen durchgeführt werde. Nur dann seien die Völker wirklich von der Bedrohung durch den Krieg frei. Seit Versailles und Locarno seien die Völker zur Abrüstung verpflichtet. Übrigens sei jede Sicherheit unmöglich, wenn der Wettbewerb der militärischen Vorbereitungen anhalte. Umfassend äußerte sich der deutsche Außenminister Curtius. Er sprach von der Abrüstung, die nun endgültig gefordert werden müsse, von der Minderheitenfrage, von einer neuen Wirtschaftsordnung. Ein Studienkomitee solle gebildet werden und die Fragen der wirtschaftlichen Kooperation prüfen.

"Wenn wir von wirtschaftlicher Einigung Europas sprechen und diese im weitesten Sinne verstehen, so heißt das nichts anderes als europäische Wirtschafts- und Zollunion. Wahrlich, ein kühner Gedanke, sich vorzustellen, daß die europäischen Staaten einmal in Zukunft ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ohne innere Zollgrenzen bilden könnten. Wer von uns möchte zögern, den Wunsch auszusprechen, daß sich Wege finden lassen, diesen Gedanken zu verwirklichen?"

Auch die kleinen Staaten beteiligten sich an der Aussprache, die in der Hauptsache um die Kernprobleme Abrüstung und Wirtschaftseinigung sich drehte. Der **holländische** Außenminister Beelaerts van Blokland meinte, die europäische Zusammenarbeit müßte so gestaltet werden, daß die Interessen der einzelnen Staaten mit denen der Allgemeinheit zusammenfallen. Durch eine Befriedung der Minderheiten könne der Völkerbund wirksam zur internationalen Entspannung beitragen. Der **dänische** Außenminister Munch forderte materielle und moralische Abrüstung. Der **Belgier** Hymans erklärte: "Schon die Tatsache, daß man immer noch vom Kriege und der Möglichkeit eines Krieges spricht, stellt eine Gefahr dar. Es genügt nicht, daß die Regierungen entschlossen sind, keinen Krieg zu führen, sie müssen dahin kommen, ihn als Wahnsinn, überhaupt als eine Unmöglichkeit zu betrachten."

Graf Albert Apponyi aus **Ungarn** unterstützte energisch Hendersons Vorschlag und beklagte die in Europa durch die einseitige Abrüstung hervorgerufene Ungleichheit. Der **österreichische** Bundeskanzler Schober legte das Schwergewicht auf das wirtschaftliche Thema. Er befürwortete regionale Zusammenschlüsse, wie sie auf der Zollfriedenskonferenz im Februar von Deutschland und Frankreich angeregt worden waren.

So plätscherten die inhaltsreichen, aber tatenlosen Programmreden hin, bis sie in eine Völkerbundsentschließung am 17. September ausliefen. Die Mitglieder des Völkerbunds wurden darin aufgefordert, die begonnenen Untersuchungen auf dem Gebiete fortzusetzen. Ein Studienkomitee, welches die 27 europäischen Völkerbundsstaaten umfaßte, sollte sich der Aufgabe widmen und Vollmachten haben, wenn nötig, nichteuropäische Mitglieder und europäische Nichtmitglieder des Völkerbundes - Rußland und Türkei - zu Beratungen heranzuziehen. Der nächsten Völkerbundsversammlung im Herbst 1931 sollte ein konkreter Bericht vorgelegt werden. Am 23. September trat dieser "Studienausschuß für die Europäische Union" unter dem Vorsitz Briands zum erstenmal zusammen.

**Scheitern der  
Briandschen  
Paneuropa-Idee**

Die Überweisung der Europäischen Union an einen Studienausschuß kam der Bestattung in einer schönen Gruft gleich. **Briands Vorstoß in Europa war gescheitert.** Man hatte es Briand leicht gemacht, einen Rückzug in Ehren anzutreten, indem man ihn zum Vorsitzenden des Studienausschusses ernannte. So lag es in seinen Händen, die Arbeiten zu fördern, wenn die Entwicklung Frankreich günstig war, oder im entgegengesetzten Falle die Arbeiten zu hemmen. Briand tat das zweite, denn er hatte erkannt, daß die Zeiten von 1919 und 1920 vorüber waren, daß Frankreichs Einfluß in Europa nicht mehr der alte war. Der für die Herbsttagung des Völkerbundes 1931 vorgesehene Bericht wurde nicht vorgelegt. Das war das ganz natürliche Ergebnis bei dem Auseinanderlaufen französischer und europäischer Wünsche. Dennoch glaubte die Völkerbundsversammlung, Briand eine schöne Geste schuldig zu sein, indem sie den Auftrag an den Studienausschuß 1931 erneuerte, "das unternommene Werk gemäß den in der Entschließung vom 17. September 1930 niedergelegten Grundsätzen fortzusetzen."



#### **4. Kapitel: Scheitern der Regierungspolitik.**

##### ***Die demokratische Gewalt im verschärften Kampf mit ihren Gegnern.***

Eine schwere Sorge des deutschen Volkes war der Beginn einer Finanzkatastrophe des Reiches und damit zusammenhängend eine Katastrophe der Wirtschaft. Die unverantwortliche und sozialistisch-einseitige Politik des unfähigen Hilferding hatten das Heraufziehen der Katastrophe beschleunigt; dazu kam, daß öffentliche Verwaltung und private Wirtschaft, bereits über die Maßen verschuldet, nicht mehr in der Lage waren, durch Anleihen neue Mittel flüssig zu machen. Diese seit sechs Jahren geübte bequeme Politik der Anleihen wurde durch das Haager Abkommen stark gedrosselt. Der sichtbare Ausdruck dieser Not war das rapide Anwachsen der Arbeitslosen, die Reich und Wirtschaft aufs stärkste belasteten. Mitte Februar zählte man 2¼ Million unterstützungsberechtigte Arbeitslose und ¼ Million Krisenunterstützte. Ende März gab es 3½ Million Arbeitssuchende, ein Zehntel aller Arbeitsfähigen.

**Finanznot der  
Reichsregierung**

gen oder 18 Prozent aller Angestellten und Arbeiter waren arbeitslos.

Moldenhauer hatte den ehrlichen Willen, das von Hilferding überkommene Erbe wieder in geordnete Zustände zurückzuführen, aber er hatte dabei mit dem entschlossenen Widerstand der Sozialdemokraten zu rechnen. Moldenhauers Erkenntnis war, daß durch die Ende 1929 einsetzende Erschwerung der Kapitalversorgung, d. h. der Borgwirtschaft, die Initiative der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Hand erlahmt sei, da sie über keine liquiden Mittel mehr verfügten. Die Hilferdingsche Finanzpolitik habe an zwei großen Irrtümern gelitten: zunächst glaubte Hilferding außerordentliche Ausgaben durch Anleihen zu decken, aber es war kein Geld mehr da, was für die Anleihen gegeben wurde! Sodann glaubte er, Mehreinnahmen zu erzielen, indem er die Steuern erhöhte. Diese beiden Allheilmittel, Anleihe und Steuererhöhung, hatte Hilferding, wie wir sahen, im Frühjahr und Winter 1929 angewandt - ohne Erfolg. Moldenhauer aber ist überzeugt, daß der Wirtschaft, deren zu starke Anspannung zum Sinken der Konjunktur geführt oder sie zum wenigsten verschärft habe, geholfen werden müsse, andererseits müßten die Fehlbeträge im Reichshaushalt, welche die stattliche Höhe von 700 Millionen erreicht hatten, gedeckt und ein ausgeglichener Etat hergestellt werden. Nur dann, so meinte der Finanzminister, könne die deutsche Wirtschaft die Kraft finden, die Verpflichtungen des Youngplanes, die zwar eine Erleichterung gegenüber dem Dawesplan, aber noch immer eine schwere Vorbelastung der deutschen Wirtschaft vor allen andern Wirtschaften bildeten, zu erfüllen.

Moldenhauer hatte sich eine große Aufgabe gestellt: Deckung für 700 Millionen des vergangenen Jahres zu schaffen und für das laufende Jahr einen Etat von 11.114 Millionen sicherzustellen, der um 400 Millionen größer war als der vorjährige! Es wurden nämlich von Moldenhauer unter anderem mehr verlangt: 30 Millionen für Krisenfürsorge, 30 Millionen für werteschaffende Arbeitslosenfürsorge, 40 Millionen für Kriegsbeschädigte, 50 Millionen für den Etat der Reichswehr. Der Reichsrat war damit einverstanden.

Sanierung der Finanzen, Entlastung der unter ungeheurem Steuerdruck darniederliegenden Wirtschaft durch Steuersenkungen und Reform sowie Verbilligung der Arbeitslosenversicherung waren die Ziele, die sich Moldenhauer steckte. Die Sanierung der Finanzen wünschte wohl das Volk, aber mehr beiläufig, hauptsächlich lag sie der Regierung am Herzen. Über die Steuersenkungen lachte man, kein Mensch in Deutschland glaubte daran! Die Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung rief den Zorn und die Gegnerschaft der Gewerkschaften hervor. Diese widersetzten sich mit allen Kräften derartigen Versuchen und verlangten vom Reiche, daß es für die Defizite in der Arbeitslosenfürsorge aufkommen sollte. Das war auch die Ansicht des sozialdemokratischen Reichskanzlers Müller. Es stellte sich heraus, daß die Arbeitslosenfürsorge für das neue Jahr einen Zuschuß von wenigstens  $\frac{1}{4}$  Milliarde erfordern würde. 150 Millionen könnte man durch den Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien flüssig machen. Wie aber sollte man die restlichen 100 Millionen beschaffen? Moldenhauer schlug Verbilligung auf dem Wege der Reformen, d. h. Abbau der Leistungen vor. Er vertrat hiermit eine langgehegte Forderung der kapitalistischen Privatwirtschaft, und die Deutsche Volkspartei, die sich entschieden gegen eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wehrte, stand als treibende Kraft hinter dem Minister. Das lehnte die Sozialdemokratie ab. Schroff wie je zuvor standen sich in diesem Punkte die kapitalistischen und sozialistischen Tendenzen gegenüber. Ein anderer Vorschlag wollte die Lösung der Frage der Versicherungsanstalt überlassen. Sie sollte entscheiden, ob auf dem Wege der Beitragserhöhung oder der Leistungsherabsetzung ein Ausgleich zu erreichen sei. Ein dritter Vorschlag forderte kategorisch Beitragserhöhung, aber keine Leistungsverminderung. Schließlich wurde vorgeschlagen, die Festbesoldeten zu einem einmaligen Notopfer heranzuziehen.

Wochenlang tobte der Kampf im Reichskabinett um diese Frage. Eine Einigung schien unmöglich. Moldenhauer erklärte, eine Lösung der finanziellen Deckungsfrage sei unmöglich ohne Lösung der Frage der Arbeitslosenversicherung und der Steuersenkungen. Dem widersprachen die Sozialdemokraten. An diesem Konflikt brach das Kabinett auseinander. Am 27. März unterbreitete es dem Reichspräsidenten sein Rück-

**Rücktritt der  
Regierung  
Hermann Müller**

trittgesuch, welches Hindenburg annahm. -

### *Neues Republikenschutzgesetz*

Während sich diese Vorgänge im Schoße des Reichskabinetts abspielten, hatten Reichstag und Volk den Kampf um die Youngplangesetze, der an anderer Stelle bereits geschildert ist, und um die Erneuerung des Republikenschutzgesetzes durchzuführen. Am 14. März, unmittelbar nach der Annahme der Younggesetze, kam **das Gesetz zum Schutze der Republik** im Reichstag zur Sprache. Severing begründete die Vorlage, indem er sehr geschickt darlegte, das Reich müsse sich gegen die Gewalttaten der Kommunisten schützen. Bei den Zusammenstößen des vergangenen Jahres seien 300 Polizisten verletzt und 14 getötet worden.

"Was müßten wir für schlappe Kerle in der Regierung sein, wenn wir nicht die nötigen Abwehrmaßnahmen gegen den dem Staate angedrohten Schlag vorbereiten würden? Wir legen das Republikenschutzgesetz vor, weil wir wollen, daß weder Arbeiter vor die Karabiner der Schutzpolizei kommen, noch die Schutzpolizeibeamten von Verhetzten totgeschossen werden. Der Machtkitzel der kommunistischen Gewalthaber wird einen empfindlichen Dämpfer bekommen. Man wird es ihnen unmöglich machen, wochenlang in dieser Tonart zu hetzen. Das gilt auch für die Nationalsozialisten... Mit dem Republikenschutzgesetz soll verhindert werden, daß die Machtmittel des Staates vorzeitig abgenutzt werden."

Da aber erhob sich der **Widerspruch** der Deutschnationalen. Als der Abgeordnete Everling zu sprechen begonnen hatte, verließ Severing den Saal. Das reizte die Kommunisten zu lärmendem Tumulte. Als Severing zurückkehrte, setzte Everling seine Rede fort. Man wolle heute den Rest der inneren Freiheit zerschlagen. Die letzte Säule des Rechtsstaates, die Justiz, sei in Gefahr. Das System wolle gegen die Opposition den politischen Kampf mit anderen Mitteln fortsetzen. Wenn Severing erkläre, die staatsbürgerliche Sicherheit sinke täglich mehr, erkläre er nur den Bankrott seines eigenen Systems. Auch der Nationalsozialist Göbbels bekämpfte das Gesetz. Es sei nur dazu bestimmt, die Korruption dieser Republik zu schützen. Der Redner der Christlich-Nationalen Bauernpartei, Wendhausen, erklärte, man wolle das Volk mundtot machen. Ehrlichkeit und Freiheit sollten durch Gummiknüppel und Maschinengewehre unterdrückt werden. Seine Partei wolle das jetzt herrschende undeutsche System durch ein deutsches System der Sauberkeit ersetzen.

**Dennoch wurde das Gesetz durch die Regierungsparteien angenommen.** Das hatte die Folge, daß die Opposition sich nun allen Deckungsvorschlägen der Regierung für das Defizit des Reichshaushaltes noch unzugänglicher zeigte. Am 26. März erklärte der Deutschnationale Abgeordnete Schultz-Bromberg im Reichstag beim Streit über den Nachtragsetat, staatliche Einrichtungen dürften nicht zum Spielball politischer Parteien gemacht werden. Es sollten große Mittel nachbewilligt werden, die für die Bekämpfung des Volksbegehrens von der Regierung ausgegeben worden seien. Die Opposition habe keine Veranlassung, dem zuzustimmen. Severing erwiderte, daß allerdings von der Regierung 350 000 Mark aus dem Fonds zum Schutze der Republik verwendet worden seien, um das deutsche Volk über den Youngplan aufzuklären. Das sei Pflicht der Regierung gewesen.

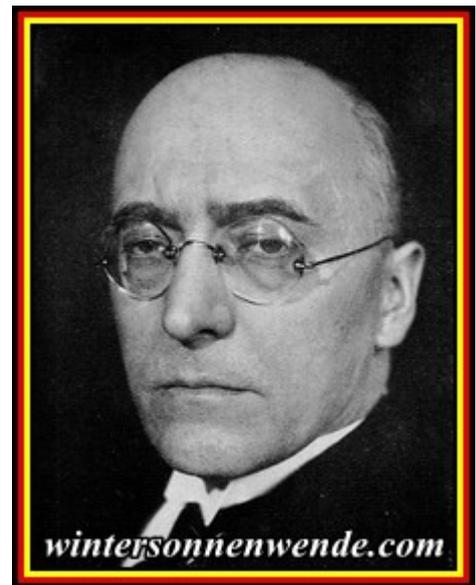
Dieser erbitterte und unversöhnliche Parteistreit, der sich noch aus den durch den Kampf um den Youngplan aufgewühlten Leidenschaften herleitete, zeigte der Regierung Müller, daß sie kaum eine Erfüllung ihrer Finanzforderungen erhoffen durfte. Auch diese Erkenntnis mag zu ihrem Rücktritt am nächsten Tage beigetragen haben. -

Hindenburg beauftragte nun den Fraktionsvorsitzenden der Zentrumspartei, **Dr. Brüning**, eine neue Reichsregierung zu bilden. Es war das Bestreben des Reichspräsidenten, die schmerzhaften Gegensätze, die das Volk in den letzten Monaten tief zerklüftet hatten, wieder auszugleichen. Deshalb gab er Brüning die Weisung, es erscheine ihm zweckmäßig, die künftige Reichsregierung nicht auf koalitionsmäßige Parteibindung aufzubauen. Hindenburg strebte eine Versöhnung mit der nationalen Opposition an.

### *Heinrich Brüning und sein Kabinett*

**Heinrich Brüning aus Münster in Westfalen** war 1886 geboren. Väterlicherseits waren seine Vorfahren Bauern, mütterlicherseits waren sie städtischer Herkunft. Zu seinem Unglück verlor er in frühester Jugend den Vater. Er war ein Zweifler, Skeptiker, ein hin- und herschwankender Geist, der

zu sich selbst kein Vertrauen hat, er war der Typus eines modernen Intellektuellen. Seine Kraft und seinen charakterlichen Halt fand er lediglich in der bedingungslosen Unterordnung unter die strenge Disziplin der katholischen Kirche. Zehn Jahre studierte er, erst Jura, dann Philosophie, Geschichte, Germanistik, machte sein Oberlehrerstaatsexamen, 1915 promovierte er. Er kam nicht zu einem Entschluß, irgend einen Beruf zu ergreifen. Er wurde Soldat, nahm am Weltkrieg teil, wurde Offizier. Im Herbst 1919 gelang es ihm, Privatsekretär zu werden bei Adam Stegerwald, dem Führer der Christlichen Gewerkschaften. Durch die Gewerkschaften erhielt er 1924 ein Reichstagsmandat in Schlesien. Er spielte im Parlament keine Rolle, da er stets unentschlossen war. Er sympathisierte mit rechts und ging den Konflikten mit links aus dem Wege. Nach den Maiwahlen 1928 hatte auch das Zentrum seine Führerkrise. Stegerwald streckte seine Hand nach der Führung aus, aber der Prälat Kaas erhielt den Vorsitz der Partei: Man versöhnte die Gewerkschaften, indem man Brüning, das unbeschriebene Blatt, zum Fraktionsvorsitzenden im Reichstag machte.



*Dr. Heinrich Brüning.  
Photo Scherl.*

Nun hatte sich Brüning, in dem wissenschaftlichen Ehrgeiz der Originalität im Kleinsten, zum Fachmann im Haushaltswesen ausgebildet. Es gab nur wenige Parlamentarier, die auf diesem abgelegenen und untergeordneten Gebiet Fachleute waren. Aber das Etatproblem war im Augenblick der Regierungskrise das Beherrschende, das alle andern innenpolitischen Fragen in den Hintergrund drängte. So erschien Brüning auch aus diesem Grunde dem Reichspräsidenten als der geeignete Mann. Brüning gehörte dem Zentrum an, konnte sich also ungehemmt nach rechts oder links bewegen. Er sympathisierte mit rechts, konnte also die Kluft zur nationalen Opposition überbrücken. Er beherrschte die Etatfragen, konnte also das verwickelte Gegenwartsproblem lösen. Aber die Hauptsache fehlte ihm, die Zuversicht und Kraft des Führers; er war eben ein wankender Zweifler, ein unentschlossener Skeptiker, dessen Rückgrat allerdings die Idee und der Wille seiner Partei, des Zentrums, war.

Hindenburg lernte erst in jenen Tagen Brüning persönlich kennen. Dieser erschien dem Reichspräsidenten als ein Mann, der als Katholik wie als Soldat nicht nur von unbedingter Disziplin, sondern auch von persönlicher Anspruchslosigkeit erfüllt war. Er erschien ferner als der Mann, der konservatives Fühlen mit sozialem Gerechtigkeitsinn, tiefes Nationalempfinden mit staatsmännischer Gesinnung verband. Brüning war der Mann, der dem Soldaten Hindenburg geeignet erschien, jene Volksgemeinschaft wieder zu begründen, wie sie im Frontsoldatentum verkörpert war. Der Reichspräsident sah in Brüning den Exponenten des Frontsozialismus, denjenigen Retter, den Deutschland brauchte, um aus dem Wirrwarr hemmungsloser Parteiwirtschaft und rücksichtslosen Kuhhandels endlich herauszukommen. Sachlich, nüchtern, bescheiden würde dieser Mann ganz im Dienste des Vaterlandes aufgehen, sich die Zuneigung weitester Volkskreise, vor allem der Jugend und der nationalen Opposition, die in unfruchtbarer Kritik abseits stand, erwerben und wieder das alte Vertrauensverhältnis von Parlament und Volk zu Staatsoberhaupt und Armee wiederherstellen. Mit einem Wort: **Brüning war für Hindenburg der Mann der guten deutschen Tradition, der imstande war, das deutsche Volk wieder über seiner Parteizerklüftung zu vereinigen.** Dabei erkannte der Reichspräsident nicht die engen Bindungen Brünings in der Zentrumsparlei und die bei dem unentschlossenen Charakter des Mannes sich hieraus ergebende Gefahr, daß Brüning als Staatsmann ganz zum Werkzeug in den Händen seiner Partei werden könne. 26 Monate bewahrte Hindenburg dem neuen Kanzler seine herzliche Zuneigung, trotz mancher Meinungsverschiedenheiten, bis er ihn nach einer groben Täuschung seines Vertrauens entließ. Brüning war ein Mann, der sein Vaterland liebte als überzeugter Anhänger seiner Partei, des Zentrums. -

Brüning brachte seine neue Regierung zustande. Der Demokrat Groener übernahm wieder die

Reichswehr. Curtius behielt das Äußere, Moldenhauer blieb Finanzminister. Wirth ward Innenminister an Stelle von Severing, Stegerwald übernahm die Arbeit, von Guerard den Verkehr. Schätzel behielt die Post. Der Demokrat Dietrich übernahm das Wirtschaftsministerium. Dies waren vier Zentrumspartheiler, ein Bayrischer Volksparteiler, zwei Deutschvolksparteiler und zwei Demokraten. Nun aber berief Brüning hierzu nicht die Sozialdemokraten, sondern drei Männer, die gegen den Youngplan gestimmt hatten: Schiele für Ernährung und Landwirtschaft, den Wirtschaftsparteiler Bredt für Justiz und den Christlich-Nationalen Treviranus als Minister für die besetzten Gebiete. Diese drei Männer sollten die Verbindung zur nationalen Opposition herstellen, sollten den Versöhnungswillen der Reichsregierung nach der Niederlage des Volksentscheids dartun. Durch diese Zusammensetzung fühlte sich die Sozialdemokratie in die Opposition gedrängt.

Am 1. April stellte Brüning seine Regierung dem Reichstag vor. Sie sei an keine Koalition gebunden. Die große Linie der bisherigen Politik solle fortgeführt werden. Das Kabinett sei gebildet mit dem Zwecke, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es werde der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstag durchzuführen. Einen Aufschub der lebensnotwendigen Arbeiten könne niemand verantworten. Die Stunde fordere schnelles Handeln. Die Reichsregierung fühle sich stark genug, mit den Mitteln, welche das Grundgesetz unserer staatlichen Ordnung, die Weimarer Verfassung, der deutschen Republik zur Verfügung stelle, allen Bedrohungen entgegenzuwirken. Sanierung der Finanz- und Kassenlage, Unterstützung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen finanziellen Lage sei das dringendste. Ohne eine schnelle Ordnung der Kassen- und Finanzlage fehle die Gewähr der dringend notwendigen Entlastung und die Milderung der Arbeitslosigkeit. Neue Steuerlasten zur Sanierung der Kassenlage seien nur tragbar, wenn sie im Rahmen eines auf weite Sicht gestellten, Schritt für Schritt durchzuführenden Gesamtprogramms stünden. In kürzester Frist werde die Regierung Sparvorschläge unterbreiten, die aber nicht von einem antisozialen Geiste getragen sein sollten. Brüning versprach Hilfe der ostdeutschen Landwirtschaft, dem gewerblichen Mittelstand.

Die Kommunisten sprachen der neuen Regierung das Mißtrauen aus. Auch Breitscheid tat das für die Sozialdemokratie. Das neue Kabinett nenne sich eine Regierung der Frontkämpfer, aber es sei ein Kabinett

***Gegensatz zu  
Parlament und Parteien***

der "Grünen Frontkämpfer", der Freunde der Landwirtschaft, das die gesamten Staatsfinanzen und die gesamte Wirtschaft in den Abgrund stürzen werde. Dem offen zugegebenen Leistungsabbau der Arbeitslosenversicherung, der das Kabinett Müller gestürzt habe, werde die Sozialdemokratie nicht zustimmen. Die Sozialdemokratie scheue keine Neuwahlen. Das bewog die Kommunisten, zu versichern, sie würden alles tun, um die Reichstagsauflösung zu erzwingen. Der Nationalsozialist Reventlow erklärte, die Regierung Brüning solle die Widerstände gegen die Durchführung des Youngplans brechen. Aber die Nationalsozialisten würden die irreführten Massen des werktätigen Volkes sammeln zum nationalen und sozialistischen Kampfe gegen den internationalen Kapitalismus.

Auch Hugenberg war ursprünglich entschlossen, Brüning das Vertrauen zu versagen. Doch er änderte seinen Plan, um Einfluß auf die Regierung zu behalten. Brünings Absicht sei, zunächst die Steuer- und Finanzgesetze durchzubringen und die landwirtschaftlichen Vertreter unter dem Druck der noch ausstehenden Gesetzesvorlagen für den Osten und die Landwirtschaft zu gewinnen, den Gesetzen zuzustimmen. Sei dies erreicht, habe Brüning freie Hand, die Große Koalition wiederherzustellen und das Versprechen der Hilfe für die Landwirtschaft nicht zu halten. Dem wollte Hugenberg vorbeugen. Er drohte Brüning mit dem Mißtrauensantrag, wenn nicht die Gesetzesvorlagen für den bedrohten Osten und die Landwirtschaft vordringlich und noch vor Ostern eingebracht würden. Brüning sagte dies zu, und so wurden am 4. April der sozialdemokratische und kommunistische Mißtrauensantrag mit 253 Stimmen gegen 187 der Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Hugenberg hatte Brüning "Bewährungsfrist" zugestanden.

In der Tat war Brüning bemüht, so schnell wie möglich die Gesetze über Agrar- und Osthilfe durchzubringen. Er drohte sogar schon, falls ihm die Erfüllung seines Programms mit Hilfe des Parlaments nicht gelinge, werde er den Reichstag auflösen und auf dem Wege der Notverordnungen

seine Ziele verwirklichen. Doch die von ihm vorgesehenen Hilfsmaßnahmen waren in den Augen der Deutschnationalen zu ungenügend, während sie von den Sozialdemokraten zum Vorwand genommen wurden, die Regierung anzugreifen. Das Bedeutsame aber war nun, daß gerade die Haltung der Sozialdemokratie Brüning Sorgen bereitete. In zahlreichen Reden führte er aus, das Zentrum sei stets zu sachlichen Zugeständnissen bereit, da es ihm nur darauf ankomme, die Große Koalition zu retten. Wenn die Sozialdemokratie Interesse daran habe, die Brücken zum Zentrum nicht abzubrechen, dann möge sie schnell ihre Methoden ändern. Das Kabinett Müller sei den Parteien gegenüber zu schwach gewesen, und deshalb sei die Verantwortung mehr und mehr von der Regierung an die Parteiführer übergegangen. Der Reichspräsident habe dem neuen Kabinett erklärt, daß er mit allen verfassungsmäßigen Mitteln die rechtzeitige Durchführung der Finanzreform garantiere. Hinter der Regierung stehe der Wille und die ganze Macht des Reichspräsidenten und wohl auch der Wille der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes. Wenn es nicht gelinge, mit dem Parlament die notwendigen Reformen durchzuführen, dann müsse das deutsche Volk selbst die Entscheidung in die Hand nehmen und in Neuwahlen ein Parlament schaffen, das den schweren Aufgaben gewachsen sei. Die Reichsregierung werde mit allen Mitteln dafür kämpfen, mit dem deutschen Volke für die Schaffung eines glücklichen Deutschland zu sorgen.

**Das ist das Bezeichnende an der Regierung Brünings:** sie lehnte es ab, eine Rechtsregierung zu sein, sie befürworte die Große Koalition; aber sie war entschlossen, rücksichtslos gegen den parlamentarischen Widerstand der Sozialdemokraten vorzugehen, gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten. **Das Grundelement, durch das sie sich lebensfähig hielt, war die ständige Drohung mit Neuwahlen, und gerade darin lag der verhängnisvolle Irrtum.** Weil Brüning nicht die Sensibilität des wahren Staatsmanns besaß, ahnte er nichts von der tiefen Umwandlung im deutschen Volke, die sich bei den nächsten Wahlen offenbaren mußte. So kam es, daß Brüning stark war, ehe die Drohung mit den Neuwahlen verwirklicht wurde, daß er aber nach den Neuwahlen aus innerer Schwäche gedrängt wurde, diktatorisch zu regieren und das ganze Werk seines eigenen Anschauungskreises, die Weimarer Verfassung, zu verneinen.

Schon Ende April war es soweit, daß die Deutschnationalen in Opposition zur Regierung Brüning traten. Sie konnten es nicht vertragen, daß Brüning um die Gunst der Sozialdemokratie buhlte. Die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, zu denen das Kabinett verpflichtet sei, seien nicht zureichend.

*Haltung der  
Deutschnationalen*

"Wir stehen in Opposition gegen dieses Kabinett, das, ohne und gegen uns gebildet, zur Fortführung der bisherigen Tribut- und Handelsvertragspolitik entschlossen ist, und das auf dem Wege über Preußen immer noch mit der Sozialdemokratie verknüpft ist. Wir können keinerlei Mitverantwortung für seine Politik übernehmen."

Jedoch waren die Deutschnationalen in sich uneinig. Die Mehrheit der Reichstagsfraktion, 36 Abgeordnete unter Führung des Grafen Westarp, widersetzte sich dem Oppositionsbeschluß Hugenbergs. So wurde denn der Fraktion die Freiheit gegeben, bei den Etatsberatungen je nach Lage des Falles für die Regierung zu stimmen. Weil Westarp es durchgesetzt hatte, daß die Selbständigkeit bei allen parlamentarischen Entscheidungen gewahrt wurde, weil auf diese Weise die Diktatur Hugenbergs sich nicht gegen den Antipoden Westarp, der für die Durchführung der Agrar- und Osthilfegesetze im Reichstag eintrat, durchsetzen konnte, war die Gefahr einer ernsthaften Regierungskrise für das Frühjahr noch nicht vorhanden.

**Das Problem blieb nach wie vor die Deckung des Defizits und des Etats.**

*Regierungspläne*

Der Wirtschaftsminister Dietrich war der Ansicht, daß eine sichere und dauernde Senkung der direkten Steuern und insbesondere der Realsteuern nur dann möglich sei, wenn die Besteuerung des entbehrlichen Konsums genügend ausgebaut sei. In der Frage der Arbeitslosenversicherung sei das Entscheidende die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Moldenhauer wies auf die schweren Fehler hin, die Reich, Länder und Gemeinden während der letzten fünf Jahre in der Finanzpolitik gemacht hätten. Um diese schweren Fehler und die Arbeitslosenversicherung wieder in Ordnung zu bringen, müßten Volk und Wirtschaft mit rund 2 Milliar-

den neu belastet werden, gerade in dem Augenblick, da man durch Annahme des Youngplanes Erleichterungen auf der ganzen Linie erwartete. Im April brachte Moldenhauer seine Deckungsvorlage vor den Reichstag: Erhöhung des Benzin- und Benzol-Zolls, Biersteuerkompromiß, Erhöhung der Umsatzsteuer, Warenhaussteuer, Änderung des Branntweinmonopols, Mineralwassersteuer. Er drohte, die Regierung sei entschlossen, alle verfassungsmäßigen Mittel zu gebrauchen, um ihren Willen auch gegen den Reichstag durchzusetzen. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

### **Kampf um die Arbeitslosenfürsorge**

Aber das schwerste stand noch bevor: Für die durch **die ins Ungeheure wachsende Arbeitslosigkeit** entstehenden Belastungen des Reichshaushaltes die notwendigen Einnahmen zum Ausgleich zu finden. Moldenhauer legte der Regierung am 3. Juni Vorschläge vor, die für die Zeit vom 1. Juli 1930 bis 31. März 1931 gelten sollten. Es wurde darin folgendes gefordert: Einnahmenvergrößerung durch Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung um 220 Millionen, durch Ersparnisreformen der Arbeitslosenversicherung um 115 Millionen, durch Notopfer der Festbesoldeten, Ledigen und Aufsichtsräte um 350 Millionen, durch Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn um 100 Millionen und durch Umgruppierung der Zahlungsktermine für die Zigarettenindustrie 50 Millionen. Insbesondere arbeitete das Kabinett ein großangelegtes Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus. Es sollte Arbeit beschafft werden durch Vergebung von Reichsaufträgen, durch Neubauten von 35 000 bis 40 000 Wohnungen sollten noch im laufenden Jahre an die 150 000 Bauarbeiter Arbeitsgelegenheit finden. **Die Reichsregierung ging bei diesen Plänen von dem Gesichtspunkte aus, die Arbeitslosigkeit auf dem üblichen Wege der Arbeitsvermittlung zu mindern. Sie scheute sich, den Vorschlag der Einführung einer Arbeitsdienstpflicht anzunehmen.** Gerade dieses Problem wurde aber in der privatkapitalistischen Wirtschaft oft und eindringlich erörtert und stellenweise, wie z. B. in Köln und später durch den Jungdeutschen Orden im Freistaat Sachsen, erfolgreich durchgeführt.

Die Idee des Notopfers erzürnte alle Festbesoldeten. Wieso sie, gerade sie, denen es selbstverständlich notorisch am schlechtesten gehe, dazukämen, von ihrem kärglichen Einkommen noch etwas zu opfern. Sie protestierten und verschwiegen, daß doch gerade sie diejenigen waren, die jedesmal ihr Gehalt bekamen, ohne sich, wie andere, sorgen zu müssen, woher man sich neue Mittel zum Fristen des Lebens von einem Tag zum andern beschaffen könne.

Mit Argwohn verfolgten die Linksparteien den zweiten Punkt des Moldenhauerschen Deckungsprogramms. Man witterte dahinter einen **Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung**. Die Begründung seines Vorschlages, die der Finanzminister Mitte Juni vorlegte, brachte denn auch in der Tat die Bestätigung dieser Annahme. Ein gewaltiger Sturm der Entrüstung, unter dessen Eindruck auch das Kabinett stand, brach aus, und Moldenhauer mußte weichen. Sein Nachfolger wurde am 26. Juni Dietrich, der die Vorlage seines Vorgängers zurückzog, und nur einen Punkt daraus, das Notopfer der Festbesoldeten, weiterentwickelte. Dietrich legte also einen "Gesetzentwurf über die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes und über einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1930" vor. Das Kabinett nahm den Vorschlag an: Den Festbesoldeten sollte ein Notopfer von 2½ Prozent auferlegt werden, für alle Einkommen über 8000 Mark und für die Ledigen sollte ein Einkommensteuerzuschlag erhoben werden. Brüning rechnete dem Reichsrat vor, daß die Ledigensteuer 110 Millionen, das Notopfer 135 Millionen und der Zuschlag zur Einkommensteuer 58 Millionen erbringen sollte. Dazu Haushaltsabstriche von 100 Millionen. So könne man den Mehrbedarf des Reiches in Höhe von 486 Millionen decken, der sich aus 162 Millionen für Krisenfürsorge, 174 Millionen für die Arbeitslosen und 150 Millionen voraussichtlicher Mindereinnahmen zusammensetzen würde. Man sah also von der Leistungsreform in der Arbeitslosenfürsorge ab und entschied sich für das Notopfer.

Stegerwald, der Arbeitsminister, brachte am 27. Juni die Novelle zur Arbeitslosenversicherung vor den Reichstag. Er gab einen Überblick über die Entwicklung. Von 1924 bis 1928 seien jedes Jahr 2½ bis 3 Milliarden fremdes Kapital nach Deutschland geflossen, wodurch 750 000 bis 1 Million Menschen beschäftigt werden konnten. Das habe nicht nur aufgehört, sondern große Mengen deut-

schen Kapitals seien ins Ausland abgeflossen. Reich und Gemeinden müßten jetzt 3 Milliarden kurzfristige Schulden tilgen oder in langfristige verwandeln. Also überall schwerste wirtschaftliche Depression. Da habe sich denn die Regierung entschlossen, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für 2-300 000 Leute zu entwerfen, denn zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung brauche man 700 Millionen. Das Notopfer werde namhafte Beträge bringen. Aufträge der Reichsbahn und Reichspost in Höhe von 400 Millionen sollten bereitgestellt werden. Für das Wohnungsbauprogramm setze man eine Viertelmilliarde an. Voraussetzung für diese Arbeitsbeschaffung sei jedoch eine fühlbare Senkung der Preise!

Diesen gutgemeinten Vorschlägen gegenüber verhielt sich der Reichstag sehr kühl. Die Deutschnationalen opponierten jetzt, weil sie die Verbindung des Zentrums mit der Sozialdemokratie in Preußen bekämpften. Sie waren enttäuscht, daß Brüning's Kurs im Reiche nicht in der Lage war, auch in Preußen das Zentrum von der Sozialdemokratie loszureißen. Sie mißtrauten Brüning. Die Sozialdemokraten opponierten, weil sie Brüning im Verdachte hatten, er erstrebe eine Rechtsregierung oder stehe unter dem Druck der nationalen Opposition. Am 28. Juni rief Brüning die Parteiführer zu sich und erklärte ihnen, die Regierung werde auf alle Fälle auf der Höhe des zu deckenden Fehlbetrages von 486 Millionen bestehen; die Verabschiedung des Regierungsprogramms müsse unbedingt noch in der Sommersession des Reichstages erfolgen, aber die Regierung sei bereit, mit sich reden zu lassen über Einzelheiten. Brüning konnte in dieser bestimmten Form auftreten, nicht nur weil der Reichsrat seinem Regierungsprogramm günstig gesinnt war, sondern auch, weil er glaubte, die renitenten Parteien mit der Drohung der Reichstagsauflösung in Schach zu halten. Denn er meinte, mit Ausnahme der Nationalsozialisten hätten alle Parteien Scheu vor Neuwahlen.

**Reichstag  
gegen Regierung**

Die erste Julihälfte schlich in ermüdenden Beratungen und zahllos wiederholten Standpunkterklärungen hin. Stegerwald war um eine Reform der Arbeitslosen- und Krankenversicherung bemüht - vergeblich. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages verharrte in Obstruktion, der Steuerausschuß verwarf die fünfprozentige Erhöhung der Einkommensteuer, die Ledigensteuer und die Verlängerung der Kontingentierung der Tabaksteuer. Er lehnte also § 2 des Dietrich'schen Reichshilfegesetzes ab. Dietrich erklärte, daß die Reichsregierung an einer zweiten Lesung der Vorlage kein Interesse habe, und wurde vor Ärger krank. Beratungen schlossen sich an Beratungen. Man billigte den Gemeinden eine Kopfsteuer zu in Höhe von 6 Mark, ließ aber den ursprünglichen Plan, damit eine Senkung der Realsteuern zu erzwingen, fallen. Es herrschte eine heillose Verwirrung, und die Regierung ließ erkennen, daß sie, wenn die zweite Lesung im Plenum negativ verlaufe, von ihrem Notverordnungsrecht Gebrauch machen werde. Am 15. Juli wurde dann im Plenum gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten in zweiter Lesung Artikel 1 der Deckungsvorlage angenommen:

"Zum Ausgleich der Aufwendungen im ordentlichen Reichshaushalt, die sich infolge der schlechten Wirtschaftslage ergeben, werden für die Zeit bis zum 31. März 1931 von dem Einkommen der Personen des öffentlichen Dienstes und von den einkommensteuerpflichtigen Personen einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben."

Doch am folgenden Tage wurde der zweite Artikel, der von der Ledigensteuer usw. handelte, mit 256 Stimmen der Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt gegen 204 Stimmen.

Brüning erklärte, die Regierung lege keinen Wert mehr auf die Fortführung der Verhandlungen über die Vorlage, und der Reichstagspräsident Löbe stellte fest: "**Damit ist nicht nur die Deckungsvorlage gefallen, sondern auch der Ergänzungsetat. Bestehen bleiben aber der Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstages und der kommunistische Mißtrauensantrag.**" Der Antrag der Wirtschaftspartei wurde gegen die Stimmen dieser Partei und der Nationalsozialisten abgelehnt, der Antrag der Kommunisten wurde mit 244 Stimmen einschließlich der Deutschnationalen abgelehnt, die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme.

Der Reichskanzler aber zog Artikel 48 der Reichsverfassung zu Rate und erließ zwei Notverordnungen, die dem vom Reichstag abgelehnten Dietrichschen Finanzprogramm Gesetzeskraft verleihen sollten. Das Notopfer ("Reichshilfe"), die Zuschläge zur Einkommensteuer, die Ledigensteuer, die Bürgersteuer wurden in der einen, die Schankverzehrersteuer in der anderen Notverordnung in Kraft gesetzt. Nun brach der Sturm im Reichstag los. Die Sozialdemokraten verlangten am 18. Juli Aufhebung beider Notverordnungen. Die Deutschnationalen wollten sich abwartend verhalten. Der gemäßigte Flügel des Grafen Westarp wollte diesen Antrag nicht unterstützen mit Rücksicht auf das noch nicht zustande gekommene Osthilfegesetz, das sonst nicht durchgebracht werden konnte. Es wurde über den sozialdemokratischen Antrag abgestimmt. 25 Deutschnationale unter Westarps Führung stimmten dagegen. Dennoch wurde der Antrag mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen!

Unverzüglich trat Brüning vor das Haus.

**Auflösung  
des Reichstages**

"Ich habe dem Hohen Hause eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vorzulesen: Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, daß meine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Notverordnungen vom 16. Juli außer Kraft gesetzt werden, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Verfassung den Reichstag auf."

Das war mittags um 1 Uhr. Das Haus leerte sich, als letzte zogen die Kommunisten aus, die erste Strophe der Internationale singend. Draußen, vor dem Reichstagsgebäude, hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, welche die Auflösung mit Jubel begrüßte. - Die Notverordnungen wurden, weil der Reichstag das wünschte, wieder aufgehoben. Der Reichskanzler und die Reichsminister gaben folgenden Aufruf heraus:

"Der Reichstag hat die Mittel verweigert, deren das Reich zur Durchführung seiner Aufgaben bedarf. Die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten sind von einer geringen Mehrheit abgelehnt worden, die in sich uneinig und zur Übernahme der Verantwortung nicht fähig ist. An das Volk ergeht jetzt der Ruf, selbst über seine Zukunft zu entscheiden. Will das deutsche Volk der Reichsregierung versagen, was zur Ordnung der Finanzen, zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft und zur Sicherung der sozialen Verpflichtungen nötig ist? Das ist die Frage des 14. September. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß Reich, Länder und Gemeinden ihre Aufgabe erfüllen können."

**Das Bedeutungsvolle der Reichstagsauflösung beruhte in dem Zusammenwirken der verschiedenen prinzipiellen, aber gegensätzlichen Strömungen, die das Ereignis durch ihr Zusammenwirken herbeiführten.** Brüning und die Reichsregierung fühlten sich als die Vertreter des Systems, von dem sie glaubten, daß es die Höhe seiner Entwicklung erreicht habe. Ihre Zuversicht war, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihnen stand. Ihr verhängnisvoller Irrtum war es, daß sie die im Grunde recht nebensächliche Frage des Reichshaushaltes für zwingend genug hielten, die breiten Massen an die Politik der demokratischen Regierung zu fesseln. Für die Sozialdemokratie handelte es sich um einen Machtkampf. Von ihrem Standpunkte aus betrachteten sie die Regierung Brüning als eine Erscheinung der Bourgeoisie, des Kapitalismus, die sich schützend vor die nationale Opposition stellte, vor Hugenberg und vor den Nationalsozialismus, der sich drohend und gewaltig im Hintergrunde emporreckte. Aber auch hier waltete ein verhängnisvoller Irrtum, denn die Sozialisten erkannten nicht, daß die Stunde längst vorüber war, da der Kampf der Klassen noch den Ausschlag gab, daß eine neue Generation mit neuen Zielen und neuen Idealen vorwärtsdrängte. Richtig allein war die Auffassung dieser jungen Generation in ihrer sichtbaren Antithese von Nationalsozialismus und Kommunismus, welche die Forderung erhob, nun selbst ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. -

Man hatte vergessen, daß seit jener Wende deutschen Schicksals, die sich in der Resolution vom 19. Juli 1917 anbahnte, ein halbes Menschenalter vergangen war, daß die Koalition, die damals ihren Generationsaufstieg begann, sich von nun an auf dem absteigenden Aste bewegen mußte. Es ist kein Zufall, daß die Wendepunkte deutscher Geschichte, daß die Entthronung der alten Generation durch die junge stets in der Mitte einer Generationsspanne liegen. Fast mit gleicher Wellenlän-

ge verteilen sich die Zeitspannen zwischen den Wendepunkten über den Lauf des letzten halben Jahrhunderts: 1878, 1890, 1902, 1917 und nun 1930.

**Vordringen des  
Nationalsozialismus**

Das Zeichen, unter dem die Auseinandersetzung zwischen den Generationen begann, war **der Kampf zwischen Koalitionsgeist und Nationalsozialismus** um die Verfassung, um den Staat. Er nahm seinen Anfang nach den ersten gewaltigen Aufstiegen des Nationalsozialismus Ende 1929, er ist charakterisiert durch das Vordringen des Nationalsozialismus, durch die Abwehr von Seiten der Koalitionsparteien Zentrum und Sozialdemokratie. Der Kampf der demokratischen Generation gegen die junge wurde von allen berufenen Trägern des herrschenden Staates mit ganz erbitterter Schärfe geführt. Kraft der ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel war das herrschende System noch in der Lage, sich zu behaupten, es war aber nicht in der Lage, die elementaren Bewegungen des Nationalsozialismus und Kommunismus zu ersticken. Es war ein Kampf, der immer mühsamer wurde, je länger er dauerte; der aber um so deutlicher allen denen, die um den Preis ihrer Macht den Krieg verlieren wollten, das feurige Mene-Tekel an die Wand malte.

**Bereits seit dem Herbst 1929 hatten die Sozialdemokraten und die Koalitionsparteien den Kampf gegen den Nationalsozialismus eröffnet.** Den Auftakt bildete das Verbot, daß sich die Beamten am Volksbegehren beteiligen konnten. Zu Beginn des neuen Jahres unternahm der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun in Preußen einen neuen Vorstoß gegen die nationalen Kreise: Der Kultusminister Becker wurde durch den religiösen Sozialisten Grimme ersetzt. Zwischen Becker und der nationalen Jugend hatte es in den letzten Monaten heftige Zusammenstöße gegeben. In Goslar hatten die Schüler einer höheren Schule am zehnten Jahrestage der Reichsverfassung die schwarz-rot-goldene Flagge beschimpft, und in Berlin kam es im November zu ernststen Zusammenstößen zwischen Polizei und Studenten, so daß sogar die Universität polizeilich besetzt wurde. Diese Vorgänge waren der Anlaß für das Weggehen Beckers. In der Vorahnung des kommenden Kampfes mit der Rechten sicherte sich die Sozialdemokratie das Volksbildungsministerium. Einen Monat später, Anfang Februar, erließ der preußische Innenminister eine Verordnung, wonach Nationalsozialisten und Kommunisten nicht als Kommunalbeamte, Bürgermeister, Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher bestätigt werden sollten.

**Reichswehrminister Groener  
gegen Nationalsozialisten  
und Kommunisten**

**Doch mit Machtworten und Verordnungen ließ sich die andrängende Flut des nationalen Sozialismus nicht mehr meistern.** Die Ideen drangen ins Heer ein, Soldaten und Offiziere wandten sich der nationalsozialistischen Partei zu, wie es andererseits welche gab, die mit den Kommunisten sympathisierten. In Ulm wurden drei Reichswehroffiziere verhaftet durch Polizei, welche in die Kasernen eindrang. Die Polizisten holten die drei Offiziere, die für die nationalsozialistischen Ideen eingetreten waren, von der Inspektion weg, ohne den Kommandeur auf seine erstaunte Frage hin aufzuklären. "Daß man sich erfrecht, Offiziere durch Polizeibeamte verhaften zu lassen, die in die Kaserne eindringen, angesichts der Mannschaft, das ist denn doch das schmachlichste, was ich erlebt habe", erklärte Oberst Beck später in der Verhandlung vor dem Reichsgericht. Die Entdeckung der nationalsozialistischen Leutnants, die ihre Beziehungen bis Hannover hatten, bestimmte den Reichswehrminister Groener, Anfang März einen Erlaß an die Reichswehr herauszugeben, der sich gegen Nationalsozialisten und Kommunisten richtete. Wer nicht auf die Vorgesetzten, sondern auf "Radikale Schreier" blicke, gleichgültig, wo sie stünden, sei ein Schädling, denn er werde in der Stunde der Entscheidung versagen. Weit wichtiger als alle rein militärische Leistung sei die innere Verbundenheit von Führern und Untergebenen.

**Erster deutscher national-  
sozialistischer Minister,  
Dr. Frick in Thüringen**

**Nun hatte der Nationalsozialismus bereits Ende Januar die erste Staffel seines Aufstieges siegreich beendet: er bekam die Regierungsgewalt eines deutschen Landes in die Hände.** Am 23. Januar wählte der thüringische Landtag auf Grund der Wahlen vom 8. Dezember 1929 mit 28 gegen 22 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten seine neue Regierung. Der Landvolkparteierteil Baum wurde Finanzminister und Ministerpräsident, der **Nationalsozialist Dr. Frick**

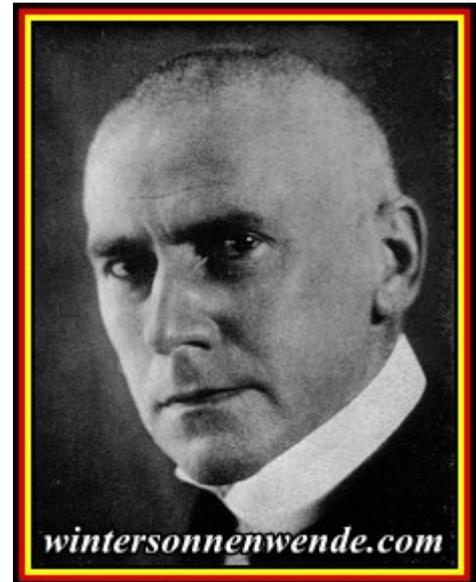
erhielt Inneres und Volksbildung und der Gothaer Rechtsanwalt Kästner, Vertreter der Wirtschaftspartei, übernahm Justiz- und Wirtschaftsministerium.

**Dies Ereignis rief in der Sozialdemokratie Bestürzung hervor**, und es war von vornherein die Absicht des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Severing und der sozialdemokratischen Partei, Frick alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten, um ihn zu fällen. **Es muß vor der Geschichte richtiggestellt werden, daß nicht Frick den Streit mit der Reichsregierung vom Zaune brach, sondern daß die Dinge umgekehrt lagen.** Wenn den Innen- und Volksbildungsministern überhaupt eine Daseinsberechtigung zuerkannt wurde, dann mußten sie das Recht haben, innerhalb gewisser Grenzen selbständig in ihren Ländern zu regieren. Waren doch diese Minister nicht Usurpatoren, sondern vom Vertrauen des Volkes berufen.

In Weimar hatte der Gymnasialdirektor Siefert einen Schülerbund "Adler und Falken" aufgelöst, weil er politische, der Reichsverfassung zuwiderlaufende Ziele verfolgte. Hierüber ging bei Frick eine Beschwerde ein, und da der Minister in Siefert's Vorgehen eine eigenmächtige, keineswegs begründete Handlung erkannte, enthob er den Direktor seines Amtes. Hier nun fühlte sich Reichsinnenminister Severing verpflichtet, Mitte Februar an das thüringische Staatsministerium zu schreiben und um nähere Auskunft über den Fall zu ersuchen. Namentlich stellte er die Frage, ob und welche weiteren Schritte das thüringische Staatsministerium zu tun gedenke. Es war die indirekte Aufforderung, Siefert wieder in sein Amt einzusetzen.

Aber Frick ignorierte den Brief. Er erklärte gelegentlich, Severing könne lange auf eine Antwort warten. Inzwischen ließ der thüringische Minister Personalveränderungen in der Landespolizei vornehmen, die bereits vor seinem Antritt beschlossen worden waren. Jetzt griff Severing zu Repressalien. Am 18. März kündigte er dem thüringischen Staatsministerium an, er habe angeordnet, daß das Reichsinnenministerium Anfragen und Schreiben der thüringischen Regierung nicht eher beantworte, als eine Antwort auf sein Schreiben eingegangen sei. Gleichzeitig würden alle Überweisungen aus Fondsmitteln des Reichsinnenministeriums an Thüringen einstweilen eingestellt. Auch der Reichszuschuß für Polizeizwecke wurde gesperrt, da nach Meldungen bestimmte Voraussetzungen für Gewährung des Reichszuschusses nicht erfüllt seien. Severing stützte sich auf Gerüchte, daß Nationalsozialisten in die Landespolizei aufgenommen worden seien, während er auf dem Standpunkte stand, dies sei verfassungswidrig, weil die Nationalsozialisten Staatsfeinde seien.

Wenn Severing glaubte, mit diesen Gewaltmaßnahmen einen Druck auf die thüringischen Minister ausüben zu können, Frick zur Niederlegung seines Amtes zu bewegen, so hatte er sich geirrt. Der Landvolk Abgeordnete Höfer erklärte im Landtag, Severing's Vorgehen sei unvereinbar mit der Reichsverfassung; gleichzeitig ersuchte er die Landesregierung um beschleunigte Aufklärung und Stellungnahme. Baum übte scharfe Kritik an Severing. Für die thüringische Regierung habe es keinen Anlaß gegeben, gegen den Bund "Adler und Falken" einzuschreiten, denn er richte sich nicht gegen Reich und Verfassung. Severing aber habe nicht das Recht, die Überweisungen einzustellen und die thüringische Bevölkerung zu beunruhigen. Seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte habe die thüringische Regierung in der Landespolizei mit Ausnahme der terminmäßigen Entlassungen und Beförderungen überhaupt keine Veränderungen vorgenommen. Doch damit gaben sich Frick's sozialdemokratische Gegner im Landtag nicht zufrieden. Sie forderten vom Innenminister Aufschluß über seine in öffentlichen Versammlungen angekündigten Absichten einer Umorganisation der Landespolizei im nationalsozialistischen Sinne.



*Dr. Wilhelm Frick,  
erster nationalsozialistischer  
Länderminister in Deutschland,  
Thüringen 1930-31. Photo Scherl.*

***Frick gegen Severing,  
Polizeistreit***

Als sich nun so die thüringische Regierung hinter ihren Minister Frick stellte, war Severing bereit, wieder einzulenken. Er war einverstanden, daß die Polizeiverhältnisse in Thüringen auf Vorschlag der thüringischen Regierung untersucht würden, allerdings kämen für das laufende Jahr Überweisungen aus dem Fonds des Reichsinnenministeriums nicht mehr in Frage, da restlos darüber verfügt sei. Inwieweit in Zukunft solche Überweisungen vorgenommen würden, hänge von der "weiteren politischen Entwicklung in Thüringen" ab. Natürlich war die thüringische Regierung keineswegs zufriedengestellt. Baum war erstaunt, daß Severing überhaupt keine Gründe für sein Verhalten in der Polizeifrage angebe, daß er gar keine Tatsachen bezeichne, sondern sich nur auf Gerüchte stütze! "Die thüringische staatliche Polizei hat nichts zu verbergen und eine Untersuchung nicht zu scheuen, aber unter den vorliegenden Umständen müssen wir in Rücksicht auf die Ehre und Würde unseres Landes unsere Zustimmung dazu versagen, bis der Herr Reichsinnenminister die Tatsachen näher bezeichnet, die seiner Auffassung nach eine Untersuchung notwendig macht." Mit 25 gegen 18 Stimmen der Sozialdemokratie, Kommunisten und des Demokraten hieß der Landtag das Schreiben gut.

Die ganze Angelegenheit war durch Severing gründlich verfahren worden. Er war entlarvt worden, daß er seiner politischen Leidenschaft allzusehr die Zügel hatte schießen lassen und unkontrollierbare Gerüchte zum Gegenstand einer Staatsaktion gemacht hatte, statt sein Vorgehen auf einwandfreie Tatsachen zu gründen. Für Severing war der Rücktritt der Reichsregierung Ende März eine günstige Gelegenheit, sich aus der heiklen Geschichte zu ziehen.

**Inzwischen konzentrierte das thüringische Kabinett seine Kraft darauf, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen.** An die Spitze dieser Bemühungen stellte es den Satz, daß unbedingt rücksichtslose Sparsamkeitsmaßnahmen durchgeführt werden müßten. Um diese Sparsamkeitsprinzipien ungehindert in die Tat umsetzen zu können, legte Frick dem Landtag am 18. März ein Ermächtigungsgesetz vor, das der Regierung weitgehende Vollmachten zu Zwecken der Einsparung und des Personalabbaues geben sollte. Frick begründete die Dringlichkeit der Annahme des Gesetzes mit der Feststellung, daß der Fehlbetrag des Landes täglich um 50 000 Mark steige. Der Landtag nahm am 29. März das Gesetz mit 28 gegen 25 Stimmen an. **Aber auch hier hatte die Reichsregierung Einwände zu erheben.** Versetzungen von Beamten in den Wartestand, wie sie Absatz 1 des dritten Paragraphen im Ermächtigungsgesetz vorsehe, dürfe die thüringische Regierung nicht ohne Genehmigung des Reiches vornehmen; der bewußte Passus des Gesetzes verstoße gegen Artikel 129 der Reichsverfassung, der die wohlerworbenen Rechte der Beamten schütze.

**Das entschlossene Vorgehen Fricks stimmte allmählich die anderen Parteien in Thüringen bedenklich.** Besonders die Entziehung der Reichszuschüsse bereitete ihnen Sorgen. Sie befürchteten davon eine Belastung des Staatshaushaltes. Am 3. April brachten die Sozialdemokraten einen Mißtrauensantrag gegen Frick im Landtage ein. Es gab eine erregte Aussprache. Die Volkspartei erklärte, sie könne zwar teilweise Fricks Handlungen nicht billigen, habe jedoch im allgemeinen dagegen nichts einzuwenden. Es sei nur das Bestreben der Sozialdemokraten, die Regierung zu stürzen, aber die Volkspartei wünsche, daß die Regierung weiterarbeite und das begonnene Werk erfolgreich zu Ende führe. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde mit 25 gegen 25 Stimmen abgelehnt, die drei Volksparteiler enthielten sich der Stimme. Nach diesem Ergebnis verließen die Nationalsozialisten ostentativ den Saal. -

**Auch auf dem Gebiete des Kulturlebens begann Frick reformatorisch zu wirken.** Am 1. April berief er einen führenden Bildhauer Deutschlands, Schultze-Naumburg, als Leiter der Vereinigten Kunstlehranstalten nach Weimar. Seine Arbeiten seien richtungweisend und sollten Mittelpunkt deutscher Kultur werden. **Der Rasseforscher Günther** wurde an die Landesuniversität Jena als Professor berufen. Mitte April erfolgte dann die Bekanntmachung "Gegen die Negerkultur - Für deutsches Volkstum". Um die Zersetzung des deutschen Volkstums durch Jazzband, Neger Tänze, Negergesänge, Negerstücke zu verhindern, werde die Regierung die Verseuchung des deutschen Volkstums durch fremde Unkultur mit polizeilichen Mitteln abwehren. Deutsche Kunst, deutsche Kultur und deutsches Volkstum seien zu erhalten, zu fördern und zu stärken.

**Einige Tage später verordnete Frick das in den thüringischen Schulen einzu-**

**Schulgebet**

**führende Schulgebet.** Es sei nicht möglich, daß eine Mehrheit von Schülern und Schülerinnen auf die Pflege ihres religiösen Denkens und Empfindens verzichten solle, weil eine Klassenminderheit und der Lehrer sich vom Christentum abgewendet hätten. Soweit das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgesellschaften und die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Schüler nicht davon berührt würden, solle zu Beginn und Ende der Schulwoche das Schulgebet gesprochen werden. Fünf Entwürfe dieses Gebetes wurden vorgeschlagen. -

Der Ministerpräsident Baum hoffte, mit dem neuen Reichsinnenminister Wirth eine gütliche Beilegung des Streites wegen der Polizeikostenzuschüsse zu erreichen. Baum reiste am 10. April selbst nach Berlin und hatte eine persönliche Unterredung mit Wirth. Baum wies einwandfrei nach, daß **Nationalsozialisten in die thüringische Landespolizei** nicht aufgenommen worden seien und daß auch sonst die Bedingungen für Gewährung der Reichszuschüsse zu Polizeizwecken nicht verletzt worden seien. Wirth ließ sich überzeugen und hob die Finanzsperre auf, Thüringen bekam wieder seine Polizeigelder. Doch über das **Ermächtigungsgesetz** gingen die Ansichten auseinander. Man einigte sich, die Entscheidung des Reichsgerichts anzurufen. Thüringen verpflichtete sich, vor dieser Entscheidung keine Versetzungen in den Wartestand zu verfügen. Bei der persönlichen Aussprache des Staatssekretärs Zweigert vom Reichsinnenministerium mit Baum und Frick in Weimar am letzten Apriltage brachte Zweigert noch einmal die Ängste der Reichsregierung zur Sprache, daß keine Nationalsozialisten in die Landespolizei aufgenommen worden seien, wie zahlreiche Mitteilungen behaupteten. Noch einmal versicherte Baum feierlich, daß dies nicht der Fall sei.

Der Besuch Zweigerts in Weimar stellte eine Höflichkeitsgeste des Reichsinnenministeriums gegenüber der thüringischen Regierung dar. Er war ein Ausdruck der Versöhnung. Er erregte das starke Mißfallen der Sozialdemokratie, welche dem Minister Wirth große Vorwürfe deswegen machte. Die sozialistische Presse stellte fest, daß der Fall Thüringen zu einem für das Reich beschämenden Abschluß gekommen sei. Sie vergaß allerdings hinzuzufügen, daß er von Severing in unüberlegter Weise hervorgerufen worden war.

Bis auf die Angelegenheit des Ermächtigungsgesetzes war nun der Streit zwischen Thüringen und dem Reich beigelegt. Aber **ein neuer Streitpunkt hatte sich aus den verordneten Schulgebeten ergeben.** In dreien dieser Gebete war von Betrug und Verrat, von Landesverrat und Vaterlandsverrat die Rede. Wirth erklärte, die Gebete hätten politische Tendenz, denn Frick solle im Haushaltsauschuß des Thüringischen Landtages geäußert haben, daß die Gebete sich gegen "rassenfremde Elemente, nämlich die Juden" richten sollten. Wirth brachte die Gebete vor den Staatsgerichtshof, der sie am 11. Juli als unvereinbar mit Artikel 148 der Reichsverfassung bezeichnete.

**Mit Angst und Sorge beobachtete man in Berlin jeden Schritt Fricks, man unterhielt ein ausführliches Nachrichtensystem, um über alle Vorgänge Thüringens unterrichtet zu sein.** Täglich liefen zahlreiche Denunziationen aus den Kreisen der Sozialdemokratie und des Reichsbanners beim Reichsinnenministerium ein. **Bald hatte Wirth einen neuen Anlaß gefunden, einzuschreiten.** Frick glaubte, dem Landtag einige Persönlichkeiten für die Besetzung der zukünftigen Polizeidirektorenstellen vorzuschlagen, darunter zwei Nationalsozialisten. Die in Weimar erscheinende Tageszeitung *Der Nationalsozialist* forderte dazu, daß die von Frick vorzuschlagenden Männer von den Koalitionsparteien anerkannt werden sollten, da es sich um Fachleute und Persönlichkeiten handle, welche Zustände, wie sie sich z. B. in Leipzig anläßlich des Jugendtreffens der Kommunisten am heiligen Osterfest dort offenbart hätten, nicht aufkommen lassen würden, und daß die Koalitionsparteien anerkennen sollten, auch Nationalsozialisten, die sich um Staats- bzw. Beamtenstellen bewerben würden, sollten nach Artikel 128 der Reichsverfassung genau dasselbe Recht haben, wenn sie den Nachweis der Befähigung oder Leistung erbrächten, wie jeder andere Deutsche.

**Jetzt nahm Wirth die Gelegenheit wahr, aufs neue gegen die thüringische Regierung wegen der Polizeifrage und der Schulgebete vorzugehen.** Er habe erwartet, schrieb er, daß die Erklärung Baums Zweigert gegenüber, daß keine

**Wirth gegen Frick;  
neue Schwierigkeiten**

Nationalsozialisten in die thüringische Landespolizei aufgenommen würden, sich nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch auf die Zukunft bezöge. Die Ernennung eines nationalsozialistischen Polizeidirektors würde den alten Streit neu beleben. Zwar sei er, Wirth, der Ansicht, ein Nationalsozialist könne Beamter sein, weil ein Beamter sich wohl zu einer staatsfeindlichen Partei bekennen könne, sich aber nicht in diesem Sinne betätigen dürfe. Doch die Schutzpolizei gehe die Sicherheit der Allgemeinheit an, und deren unparteiischer Charakter müsse gewahrt bleiben. Auch die Schulgebete sollten wegen ihrer politischen Tendenz zurückgezogen werden.

Frick war außerordentlich erbittert. Wirth schein zu denken, wie Severing, Nationalsozialisten dürften nicht in die Polizei eingestellt werden. Aber **wie wolle man einem nationalsozialistischen Länderminister verbieten, Angehörige seiner Partei in die Polizei zu berufen?** Die Ernennung des nationalsozialistischen Polizeidirektors von Weimar sei eine Lebens- und Prestigefrage der Nationalsozialisten. Diese wollten nicht als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden. Den Beweis, daß die Nationalsozialisten die Reichsverfassung gewaltsam stürzen wollten, könne niemand erbringen. Der Kampf der Nationalsozialisten gelte dem heutigen System, das sich eines Tages doch von selbst erledigen würde. Es dürfe nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Als Regierungspartei müßten die Nationalsozialisten ebenso wie die andern behandelt werden, sie müßten auch das Recht haben, wichtige Staatsstellen zu besetzen. Und am 19. Mai beschloß das Kabinett in Weimar, den nationalsozialistischen Oberregierungsrat Hellwig zum Polizeidirektor von Weimar und den nationalsozialistischen Assessor Ortlepp zum Regierungsrat und Leiter der Landeskriminalpolizei bei der Regierung zu ernennen.

Daraufhin protestiere Wirth und kündigte an, er habe zum 28. Mai eine Länderkonferenz der Innenminister nach Berlin zusammengerufen, um sich mit der thüringischen Frage zu beschäftigen. Wirth schrieb: Die Länder seien verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen, daß der unpolitische Charakter der Polizei als Ganzes wie auch das unpolitische Verhalten der einzelnen Beamten im Dienste unbedingt gewährleistet sei. Diese Voraussetzung für die Gewährung der Reichszuschüsse sei **in der wohlerwogenen Absicht aufgestellt, in der Polizei ein unbedingt verfassungstreues und zuverlässiges Instrument der republikanischen Staatsgewalt zu haben.** Dies gelte nicht allein für die Länder, sondern auch für die Bereitstellung polizeilicher Hilfe für das Reich. Die Verhältnisse lägen in dieser Richtung nicht anders als bei der Reichswehr.

Aber das thüringische Ministerium ließ sich nicht beirren. Die Polizeifrage wurde zunächst beiseitegelassen, doch wurde am 24. Mai die von Wirth geforderte Zurückziehung der drei Schulgebete abgelehnt, mit dem Bedauern, daß bereits der Staatsgerichtshof angerufen sei, bevor die Verhandlungen der thüringischen Regierung mit Kirche und Lehrerschaft zu Ende geführt seien. Auch einen sozialdemokratischen Antrag auf Zurückziehung der Schulgebete hatte der Landtag einen Tag vorher abgelehnt.

Die Länderkonferenz vom 28. Mai in Berlin unter Wirths Vorsitz stellt sich nicht als das Machtmittel dar, als das der Reichsinnenminister sie betrachtete. **Wirth legte eine Denkschrift über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vor, die unter der Maske der politischen Objektivität ein haßerfülltes Pamphlet darstellte.** Aus dem Zusammenhang gerissene Stellen aus Reden und Presseäußerungen von Nationalsozialisten waren aneinandergereiht, um den verfassungsfeindlichen, hochverräterischen, revolutionären und gewaltsamen Charakter der Partei zu beweisen. Hierauf stützte sich Wirth und erklärte, daß die Einstellung von Nationalsozialisten mit dem unpolitischen Charakter der Polizei unvereinbar sei. **Wenn das thüringische Staatsministerium auf seiner Absicht beharre, leitende Stellen der Thüringer Polizei mit Nationalsozialisten zu besetzen, müsse die Gewährung von Reichszuschüssen in Zukunft fortfallen.** Baum erwiderte, die Sperrung der Reichszuschüsse sei nach Artikel 128, Absatz 1, der Reichsverfassung nicht möglich, da alle Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihren Befähigungen und Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen seien. Baum verwahrte sich dagegen, daß die Rechtsfrage von politischen Erwägungen in den Hintergrund gedrängt werde. Darauf wandte sich Wirth an die anderen Minister und fragte sie um ihre Meinung. Einige stimmten

ihm zu und führten Dinge an, welche den revolutionären Charakter der nationalsozialistischen Partei beweisen sollten. Sie meinten, man müsse den verfassungsfeindlichen Bestrebungen dieser Partei mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentreten. Dagegen lehnte eine Anzahl anderer Minister es ab, zum Streitfall des Reiches gegen Thüringen irgendwie Stellung zu nehmen. Zum Abschluß richtete Wirth an Baum die eindringliche Forderung, die beabsichtigte Einstellung von Nationalsozialisten in die Thüringer Polizei aufzugeben, falls dies Ersuchen erfolglos bleibe, müsse er die Zahlung weiterer Reichszuschüsse einstellen. Dies um so mehr, als auch der Verlauf der Aussprache die grundsätzliche Auffassung des Reichsinnenministeriums bestätigt habe. Dies letztere bestritt nun zwar Baum, aber er glaubte Wirth zu beruhigen, daß die in Frage stehenden Ernennungen nur unter der Voraussetzung erfolgt seien, daß der thüringische Landtag die entsprechenden Planstellen bewilligen werde, was erst am 24. Juni möglich sei. Doch auch dies genügte dem allzu ängstlichen Wirth nicht. Er erklärte seine Absicht, daß er sofort ein förmliches Ersuchen an das thüringische Staatsministerium richten werde, seinen Beschluß, soweit Nationalsozialisten in Frage käme, rückgängig zu machen.

Anfang Juni aber beschloß das thüringische Kabinett, diesem Ersuchen Wirths nicht stattzugeben und für den Fall, daß der Reichsinnenminister die Polizeizuschüsse aus diesem Grunde sperren sollte, den Staatsgerichtshof anzurufen. Das Staatsministerium teilte diesen Entschluß dem Minister Wirth mit, worauf dieser am 6. Juni die Einstellung aller weiteren Zahlungen von Polizeizuschüssen anordnete. Baum, Frick und Kästner aber beschlossen, den Staatsgerichtshof anzurufen. -

**Die Berufung des Rassenforschers Professor Günther an die Universität Jena im Mai entfesselte nicht nur einen wilden Kampf zwischen Lehrkörper und Studentenschaft in Jena,** wobei der Lehrkörper gegen Ministerium und Studentenschaft auftrat, **sondern erregte auch die Gemüter der Sozialdemokraten aufs tiefste.** Auf dem Parteitag der Thüringer Sozialdemokraten in Jena am 1. Juni wettete der ehemalige Minister Frölich eine scharfe Philippika gegen Frick. Das Ermächtigungsgesetz bedeute einen Verfassungsbruch, nichts anderes stellten auch die Schulgebete dar, die Lehrkräfte, die an die Universität berufen seien, hätten nicht die geringsten wissenschaftlichen Leistungen aufzuweisen, man könne keine bedenklicheren Symptome der kulturzerstörenden Arbeit der Nationalsozialisten als hier in Thüringen feststellen. Wer aber sei schuld daran? Die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Volkspartei, die völlig versagt hätte. Aber von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei fordere diese vollste Aktivität, um bei der ersten Gelegenheit, die sich bietet, die nationalsozialistische Herrschaft zu beseitigen.

In der Tat **schien sich die Entwicklung im Juli ganz gegen das Ministerium, insbesondere gegen Frick zu wenden.** Zwar gelang es Frick, am 1. Juli die kommunale Polizei zu verstaatlichen, so wuchs die Zahl der staatlichen Polizei von 1300 auf 1670 Beamte. Aber einige Tage später brachten die Sozialdemokraten im Landtag Mißtrauensanträge gegen Frick und den nationalsozialistischen Staatsrat Marschler ein. Eine mehrstündige, überaus heftige Aussprache, die mehrfach in Lärm-szenen ausartete, schloß sich an. Für den Mißtrauensantrag stimmten 25 Abgeordnete: Die Sozialdemokraten, Kommunisten und der Demokrat, 22 stimmten dagegen. Die Volkspartei enthielt sich geschlossen der Stimme. Immerhin war der Mißtrauensantrag abgelehnt, da zu seiner Annahme die absolute Mehrheit des Parlaments, 27 Stimmen nötig gewesen wären. Aber es wurde doch klar, daß die Basis, auf die sich Frick stützen konnte, kleiner geworden war.

Hinzu kam, daß der **Staatsgerichtshof** sowohl in der Frage der Schulgebete gegen Thüringen entschied, da diese gegen Artikel 148, 2, der Reichsverfassung verstoßen, als auch Thüringens Antrag zurückwies, die Weitergewährung der vom Reich an Thüringen zu zahlenden Polizeizuschüsse durch einstweilige Verfügung anzuordnen.

**Dieses war ein harter Schlag, denn das thüringische Staatsministerium war sich bewußt, daß es ohne die Reichszuschüsse auf keinen Fall mit seinem Etat auskommen könne. Zu alledem forderte das Reich jetzt auch die bereits zuviel gezahlten Polizeikostenzuschüsse für 1929 zurück.** Doch die thüringische Regierung erklärte, diese Rückzahlungen nicht eher vorzunehmen, als bis der Staatsgerichtshof die Frage entschieden habe, ob die Sperrung der Zuschüsse durch das

Reichsinnenministerium gegen die Grundsätze der Gewährung von Polizeizuschüssen des Reiches an die Länder verstoße. Wirth habe ohne rechtlichen Grund die Zuschüsse gesperrt und Thüringen wünsche, daß die Entscheidung des Staatsgerichtshofes abgewartet werde. Doch Wirth hatte einen noch stärkeren Trumpf in der Hand, er ersuchte den Reichsfinanzminister Dietrich, den strittigen Betrag von 650 000 Mark gegen die auf Reichssteuerüberweisungen an Thüringen auszahlenden Summen zu verrechnen. -

So also war der Verlauf des Ringens jener beiden entgegengesetzten Prinzipien, die beide das Recht an der Macht des Staates geltend machten. **Das geschichtlich Wichtige ist, daß in Thüringen die Nationalsozialisten die erste Bresche in das bis jetzt herrschende mittel- und linksparteiliche Staatsprinzip legten. Und dieses mit Erfolg.** Alle Versuche der Sozialdemokratie und des Zentrums, Severings und Wirths, die Nationalsozialisten aus der Regierung zu drängen, scheiterten. Siegreich behauptete sich Frick gegen alle derartigen Versuche, denen jedes Mittel recht war. **Frick hatte den Nationalsozialisten die Regierungsfähigkeit erkämpft,** allen Versuchen Wirths zum Trotz, die Nationalsozialisten als Staatsfeinde zu brandmarken. Frick stützte sich auf die großen positiven Kräfte im Nationalsozialismus, auf die gewaltige, schöpferische Energie der Bewegung, indem er in unantastbarer Reinheit und Lauterkeit für Recht und Ehrenhaftigkeit, für deutsches Wesen und aufbauende deutsche Kultur kämpfte. Seine Gegner konnten ihm nichts vorwerfen, was den Glauben der Massen an die Sendung des Nationalsozialismus erschüttern konnte. Sie versuchten mit ihrer stärksten Waffe zu kämpfen, indem sie den Nationalsozialismus als staatsfeindliche Kraft bezeichneten. Doch diese Waffe besaß keine Stoßkraft, und deshalb konnte weder Severing noch Wirth über Frick triumphieren wie einst Stresemann über Zeigner. Fricks tapferer und siegreicher Kampf rechtfertigte nicht nur das Unglück vom 9. November 1923, sondern er bahnte auch den Weg in eine aussichtsreiche Zukunft. -

#### **Osterkundgebung der Kommunisten in Leipzig**

**Auch die Kommunisten, die schon 1929 unter dem Drucke Rußlands ihre Aktivität erhöht hatten, führten einen Schlag gegen das demokratische System.** An dieser Stelle wird verzichtet, den Kulturkampf, die Gottlosenaktion der Kommunistischen Partei zu schildern, das wird **im letzten Kapitel** geschehen. Hier soll **nur ein Ereignis geschildert werden, das in seiner Schrecklichkeit die Weise des Bolschewismus deutlich genug enthüllt.** Zu Ostern hielt die Kampforganisation der kommunistischen Jugend in Leipzig einen Kampftag ab. **Aus ganz Deutschland waren die jungen Kommunisten zusammengeströmt und sehr viele von ihnen hatten schon am Sonnabend blutdürstige Absichten geäußert.** Am 20. April, dem Ostersonntagnachmittag, fand trotz Polizeiverbot auf dem Augustusplatz eine Massenkundgebung statt. Etwa 15 000 junge Menschen mit roten Fahnen, Plakaten und Transparenten, die aufreizende Inschriften trugen, hatten sich eingefunden und verursachten derartige Verkehrsstörungen, daß in den Nebenstraßen lange Reihen von Straßenbahnen festsaßen. Die Rede des kommunistischen Parteivorsitzenden Thälmann interessierte die Beteiligten weniger als das Verlangen, irgendeinen Vorwand zu einer Gewalttat zu finden. Sie bot sich auch bald. **Die Demonstranten wollten ein Auto umstürzen, das über den Augustusplatz fuhr. Da die Polizei, an sich zahlenmäßig schwach, das verhinderte, wurde sie mit Latten, Eisenstäben und Dolchen überfallen. Zwei Polizeibeamte wurden getötet, vier verletzt, davon einer schwer. Nun griff die Polizei zum Revolver, erschoss einen Demonstranten und verletzte vier von ihnen schwer.**

Die Bürgerschaft Leipzigs und Sachsens war aufs tiefste empört. Das schamlose Benehmen der jungen Kommunisten mit Frauenzimmern, die Flegelleien auf den Bürgersteigen, die Belästigungen von Fußgängern und Autos, die Ruhestörungen in der Nähe der Kirchen, dies alles rief den Unwillen der Andersgesinnten hervor. Ein Trupp Schuljungen marschierte am Gründonnerstag durch die Straßen mit einer Fahne, darauf stand: "Prügelt alle eure Lehrer!" Aber der sozialdemokratische Polizeipräsident Fleißner von Leipzig war allzu sorglos. Und diese Sorglosigkeit, welche das Unglück und den Tod unschuldiger Menschen verursacht hatte, wurde ihm jetzt zum Vorwurf gemacht. Auch in Preußen wurde sofort die Polizei zu umfangreichen Aktionen gegen die heimkehrenden jungen Kommunisten aufgeboten. Auf den Straßen vor den Städten erwarteten die Beamten die Autos mit den Angehörigen der Roten Jugend, durchsuchten diese nach Waffen, verhafteten viele Dut-

zende. Von Ort zu Ort spielte der Telegraph und kein einziger Lastwagen der Kommunisten entging den wachsamen Polizeibehörden. Auf den Bahnhöfen wurden die ankommenden Züge von Polizeibeamten untersucht. - Diese blutigen Ostern von Leipzig bewiesen dem deutschen Volke, daß **die revolutionäre Explosionsgefahr der staatsvernichtenden bolschewistischen Kräfte noch sehr groß war** und daß die deutsche Demokratie, die sich verzweifelt wehren mußte, um nicht von der nationalen Opposition erdrückt zu werden, nun auch noch gegen **die gewaltsamen Umsturzversuche der Linken** sich zu verteidigen hatte. -

### Reichsreformpläne

Es stand um die deutsche Einigkeit wahrlich recht schlecht. Tiefe Risse und Gegensätze zeigten sich auf allen Gebieten des äußeren und inneren Staatslebens, und vergebens bemühte sich die Staatsmacht der Demokratie, diese Widerstände und Gegensätze zu beseitigen. Diese Gegensätze verurteilten die Republik zu unfruchtbarer Unfähigkeit auch auf dem Gebiete, auf dem sie am ehesten wohl fortschrittlich hätte wirken können: auf dem Gebiete der **Reichsreform**. Die Frage der Reichsreform war durch den vom ehemaligen Reichskanzler Dr. Luther am 6. Januar 1928 gegründeten Bund zur Erneuerung des Reiches in Fluß gekommen, indem sich zugleich die bayrisch-partikularistische Gegenströmung meldete, diese trat am 13. Januar mit einem Aufruf "Kampf um Bayern" an die Öffentlichkeit. Namhafte Bayern hatten ihn unterzeichnet, so der Oberst Xylander, Siegfried Wagner, der Kunstmaler Franz von Stuck und andere.

Bei den Beratungen der Länderkonferenz zur Reichsreform kam nichts heraus. Die Ansichten standen sich gegenüber: diejenige, die jede Reichsreform ablehnte, das war die Ansicht der Deutschnationalen; die zweite, welche das Problem unitarisch lösen wollte, indem alle andere Staaten in Preußen aufgehen und dieses Groß-Preußen dann das Reich sein sollte. Diese Idee wurde vornehmlich von den Demokraten und Sozialdemokraten vertreten. Besonders diese stützten sich auf Preußen, weil dieser größte deutsche Staat sozialdemokratisch regiert wurde. Die dritte Ansicht schließlich war die föderalistisch-separatistische, die von Bayern ausging und von allen Preußenfeinden im Rheinland und in Niedersachsen aufgenommen wurde. Sie ging von gewissen konservativen Anschauungen aus, die teils noch dynastisch, teils religiös, teils auch auf Stammeseigentümlichkeiten begründet war. Diese Föderalisten gingen auf die Zerschlagung Preußens aus, das einerseits als Hausmacht der Hohenzollern, andererseits als Vormacht des Protestantismus angesehen wurde. So kommt es, daß diese föderalistische Lösung vor allem vom Zentrum und der Bayrischen Volkspartei, sodann auch vom rheinischen Teil der Deutschen Volkspartei verlangt wurde.

Eigentlich kämpften im Jahre 1929 in der Länderkonferenz für Reichsreform nur Zentrum und Sozialdemokratie um ihre Prinzipien, jenes für die föderalistische, diese für die unitarische Lösung. Es schien, als solle die Auffassung des Zentrums sich durchsetzen. Am 19. Juni 1929 erstattete der Verfassungsausschuß der Länderkonferenz der Reichsregierung einen Bericht, welcher sich mit der Abgrenzung der Machtbereiche zwischen Reich und Ländern beschäftigte. Die unmittelbare Reichsverwaltung sollte sich auf alle die Gebiete erstrecken, die bereits in der Reichsverfassung dem Reiche vorbehalten waren. Aber Preußen sollte im Reiche aufgehen dergestalt, daß seine Provinzen als neue Länder mit beschränkter Gesetzgebung erklärt werden sollten. Dieser Vorschlag, den man die "differenzierende Lösung" nannte, bedeutete **die Zertrümmerung Preußens**. Das praktische Ergebnis wäre lediglich gewesen, daß die preußische Regierung durch Vereinigung mit der Reichsregierung verschwunden wäre, daß der preußische Landtag aufgehört hätte zu bestehen, und daß die preußischen Behörden mit den Reichsbehörden vereinigt worden wären.

### Streit um Reichsreform

Nach Monaten, Mitte November, tagte die Länderkonferenz wieder unter Severings Vorsitz. Man suchte nach einem Kompromiß. Man hielt grundsätzlich an der "differenzierenden Lösung" fest, doch so, daß geschichtlich gewordenen Zusammenhängen Rechnung getragen werden sollte. Nach wie vor sollten **Preußenregierung und Reichsregierung, Preußenlandtag und Reichstag vereinigt** werden. Die preußischen Provinzen sollten unmittelbar der Reichsgewalt unterstehen wie Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden. Nach diesem Plane sollte also Preußen als Reichsland formell zwar weiter bestehen, aber die preußischen Provinzen unmittelbar dem Reiche unterstellt

werden. Es war ein Versuch, die föderalistische und unitarische Tendenz zu vereinigen; sie wurde im Verfassungsausschuß der Länderkonferenz mit 8 gegen 3 Stimmen angenommen.

Inzwischen hatte **Mahraun auf der Tagung des Jungdeutschen Ordens** zu Dresden Anfang September einen andern Vorschlag gemacht. Er wollte grundsätzlich die durch das Hausmachtstreben der Dynastien entstandenen Staaten beseitigen und eine Neugliederung des Reiches nach Stammeszugehörigkeit vornehmen. Es sollten also Preußen, Bayern, Sachsen, Baden usw. in gleicher Weise verschwinden. Es war sozusagen der Vorschlag des unitarischen Reiches auf der Grundlage des Stammesföderalismus.

"Die Neugliederung des Reiches ist durch Zusammenfassung der deutschen Stammesgebiete bei Berücksichtigung wirtschaftlicher Notwendigkeiten unter zentraler Reichsgewalt zu vollziehen. Dabei ist der Selbstverwaltung weitester Spielraum zu geben. Die durch Hausangelegenheiten der Dynastien, durch Bruderkriege und französische Eingriffe geschaffenen Ländergrenzen des 19. Jahrhunderts sind zu beseitigen."

Das waren die Theorien der Länderkonferenz und Mahrauns. Doch hart im Raume stießen sich die Sachen. Das zeigte sich im Frühjahr 1930, als manche Länder durch Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur, ihrer Etats, vor die Frage gestellt wurden, ob sie den Anschluß an Preußen suchen sollten. **Vor allem und zunächst aber schob Bayern allen unitarischen Bestrebungen einen Riegel vor.** Held, der bayrische Ministerpräsident, nahm die Youngpolitik des Reiches zum Anlaß, um in schärfsten Worten dagegen zu polemisieren. Nach außen hin sei diese Politik versuchter Betrug, nach innen stelle sie eine Ausplünderung der Länder dar:

"In dieser Steuermacherei liegt eine konsequente Ausplünderung Bayerns. Die Einheitsstaatler glauben, jetzt sei der Augenblick gekommen, einer Reihe von Ländern den Kragen umzudrehen. Bayern hat nicht nur die Fähigkeit, es hat auch den absoluten Willen, am Leben zu bleiben."

In scharfen Wendungen gegen Berlin betonte Held rücksichtslos die bayrische Eigenstaatlichkeit. Insonderheit machte man mit Vorliebe dem verhaßten Preußen Vorwürfe. Ende Februar brachte die Korrespondenz der bayrischen Volkspartei eine Auslassung über "Preußische Entschädigungspolitik". Darin wurde gesagt, Preußen habe dem Reiche die Pistole auf die Brust gesetzt, indem es Entschädigungen erpreßte für seine Zustimmung zum Liquidationsabkommen mit Polen. Bayern und Württemberg aber müßten lange um ihre Post-entschädigung ringen. Diese Ausführungen blieben in Berlin nicht unbeantwortet, und so entwickelte sich eine heftige Pressefehde. - Als die Regierung Müller zurücktrat, war der Gegensatz der Bayrischen Volkspartei, die Bayern regierte, zum Reiche so stark, daß die sozialdemokratische *Münchener Post* auf **die Möglichkeit eines Putsches** hinwies. Zwar wurden derartige Vermutungen von amtlicher Seite scharf als Unfug und Parteimanöver zurückgewiesen, aber tatsächlich waren die separatistischen Strömungen in Bayern infolge der Youngplan- und Steuerpolitik des Reiches im Frühjahr 1930 stärker denn je, Bayern war mehr denn je zuvor einer Reichsreform abgeneigt.



**Dr. Heinrich Held, Führer der Bayerischen Volkspartei. Photo Scherl.**

Diese gefühlsmäßige Abneigung gegen den unitarischen Staat, der nur durch Anschluß an Preußen gebildet werden konnte, zeigte sich auch in **Hessen**. Staatspräsident Dr. Adelung befürwortete die "differenzierende Lösung": die hessische Regierung strebe mit allem Nachdruck eine zweckmäßigere Gliederung Deutschlands an, nämlich den **dezentralisierten Einheitsstaat**. Ein Anschluß an Preußen nütze Hessen nichts, denn es werde dadurch seine finanziellen Nöte nicht los. Einen Monat später, Ende Februar, sagte Adelung: Die Entwicklung des Reiches sei föderativ, aus den Ländern

sei das Reich geworden. Der Weg zum Einheitsstaate solle nicht über Preußen gehen. Durch ein Aufgehen Hessens in Preußen würden keine Ersparnisse gemacht; niemand in Hessen wolle in einem armen Preußen Schutz suchen. **Die Armut Preußens ist immer der willkommene Vorwand, Anschlußbestrebungen zu entkräften.** Die hessischen Demokraten stimmten auf ihrem Landesparteitag am 6. April dem Anschluß an Preußen nur zu, wenn der dezentralisierte deutsche Einheitsstaat geschaffen werde. Im übrigen habe die Länderkonferenz vollkommen versagt, Aufgabe der Reichsregierung sei es, die Reichsreform zu verwirklichen.

Auch in **Norddeutschland** lagen die unitarischen und föderalistischen Tendenzen im Kampfe, allerdings trat das einseitige Überwiegen des Föderalismus wie in Süddeutschland nicht so stark in Erscheinung. In **Hamburg** erörterte Senator Matthäi am 19. März in der Bürgerschaft: Hamburgs Senat stehe einhellig auf dem Standpunkte, daß auf dem Wege, die Landesgrenzen innerhalb des Reiches mehr und mehr illusorisch zu machen, weitergegangen werden müsse. Allerdings dürfe das nicht dazu führen, daß die Lösung der wichtigen Fragen mehr oder weniger nur auf Kosten Hamburgs erfolgte. Dieser Standpunkt verschärfte sich im Laufe eines halben Jahres so weit, daß Ende November im Senat erklärt wurde, daß Hamburg mit allem Nachdruck sein Recht verteidigen werde, als selbständiges Land weiterzubestehen.

In **Mecklenburg-Strelitz** befürwortete Minister von Reibnitz anfang Februar im Landtag den Anschluß an Preußen wegen der schlechten Finanzlage des Landes. Auch die Sozialdemokraten und Volksparteiler unterstützten den Vorschlag, da er eine erhebliche finanzielle Entlastung der Bürger mit sich bringe. Die Demokraten aber befürchteten, daß durch den Anschluß der kleinen norddeutschen Länder an Preußen nur die Schwierigkeiten erhöht würden, die in der Überführung Preußens in den deutschen Einheitsstaat lägen. Mecklenburg-Strelitz dürfe nur dann seine Selbständigkeit zugunsten Preußens aufgeben, wenn dringliche finanzielle Nöte dies erforderlich machten. Die Deutschnationalen aber wehrten sich mit aller Energie gegen die Anschlußtreibereien, die von der Sozialdemokratie ausgingen. Denn durch den Anschluß werde Mecklenburg wirtschaftlich zum Hinterlande, kulturell zum Vororte von Berlin. - Das Ländchen **Schaumburg-Lippe** lehnte Ende Februar in dritter Lesung das Gesetz über den Anschluß an Preußen ab, da eine Stimme an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit fehlte.

Desgleichen hatte **Anhalt** keine Lust, in Preußen aufzugehen. Am 10. April kam der Landtag zu dem Ergebnis, der Anschluß sei zur Zeit nicht zweckmäßig, denn er bringe keine Vorteile, auch liege kein Anlaß dazu vor. Ministerpräsident Deist meinte, weite nationale Kreise stimmten durchaus nicht in den Ruf ein: "Schnell nach Preußen!" Um den deutschen Einheitsstaat zu schaffen, könne man wohl Anhalts Selbständigkeit opfern, nicht aber einem größeren Preußen zuliebe. Anhalt sei eine "große Kulturgemeinschaft", die ihre Selbständigkeit behalten werde, solange es gehe. Die Demokraten hatten dieselbe Ansicht, während die Redner der Rechten erklärten, die Frage sei noch viel zu ungeklärt, als daß man sie jetzt in der Öffentlichkeit erörtern könne. Doch die Sozialdemokraten wollten den Anschluß möglichst schnell betreiben.

In **Braunschweig** war die Anschlußfrage ebenfalls akut. Im Landtag am 25. März setzte sich die Volkspartei, Marquardt und Dr. Roloff, dafür ein. Sie hielten es für ihre vaterländische Pflicht, mit dem Anschluß an Preußen nicht so lange zu zögern, bis es zu spät sei. Man wünschte in erster Linie die Förderung der Reichsreform, daneben aber auch nicht minder ernstlich die Klärung der Möglichkeit eines Anschlusses an Preußen. Die Niedersachsen aber, ehemals die Welfen, vertraten die entgegengesetzte Ansicht. Minister Jasper meinte Anfang Mai, er könne weder Zentralisation noch Anschluß befürworten; die deutsche Stammeseigenart, die kulturell bedingt sei, müsse beibehalten werden; der Freistaat Braunschweig wolle nicht ohne weiteres in dem großen preußischen Sack verschwinden.

Die **Niedersachsen** waren überhaupt von jeher unversöhnliche Feinde Preußens, und so sahen sich auch die Niedersachsen der preußischen Provinz **Hannover** genötigt, auf eine Reichsreform im föderalistischen, separatistischen Sinne zu drängen. Am gleichen Tage, da Jasper sich im braunschweigischen Landtage geäußert hatte, brachte die *Niederdeutsche Zeitung* eine "Warnung an

Preußen". Sie stützte sich dabei auf "zahlreiche Zuschriften", welche die Ablehnung des Empfanges des hannoverschen Provinzialausschusses als eine Provokation empfanden und eine Abstimmung laut Artikel 18 der Reichsverfassung forderten.

"Es scheint tatsächlich kein anderes Mittel mehr zu geben, die unerträglichen Zustände abzustellen, als eine Selbständigmachung des Gebietes Niedersachsen."

Das war auch der Grundton, der die Landesversammlung der deutsch-hannoverschen Partei Ende Mai in Ülzen beherrschte. Eine Reichsreform sei unbedingt notwendig, denn den Berliner Zentralismus müsse man ablehnen; es sei höchste Zeit, daß Artikel 18 in Kraft gesetzt werde.

Daß natürlich das nationalsozialistisch regierte **Thüringen** keine Lust hatte, sich dem sozialdemokratisch regierten Preußen anzuschließen, war selbstverständlich. Und so konnte Ministerpräsident Baum am 8. April im Landtag erklären, Thüringen brauche bei seiner gegenwärtigen Finanzlage keinen Anschluß an ein anderes Land zu suchen.

Der einzige magere Erfolg, den alle Bemühungen um eine Reichsreform hatten, war ein Abkommen, das am 21. Juni zwischen dem Senat von **Bremen** und der Preußenregierung Braun zustande kam und eine enge Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen Bremerhaven und Wesermünde auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung zum Gegenstand hatte.

Dieses Hin und Her der Gegensätze stimmte Severing sehr resigniert. Er, der eifrigste Vorkämpfer der Reichsreform in unitarischem Sinne, erkannte, daß weder die Länderkonferenz, noch die einzelnen Landesregierungen für seine Pläne zu haben waren. Es sei jedenfalls jetzt Pflicht der Reichsregierung, die Initiative zu ergreifen, meinte er Ende Mai 1930. **Preußen** werde selbstverständlich auf sein Eigenleben verzichten und im Reich aufgehen, wenn es dabei gleich behandelt werde mit allen anderen Ländern. Eine Differenzierung, d. h. Zerschlagung nach den Vorschlägen der Länderkonferenz mache Preußen unter keinen Umständen mit, denn diese Zerschlagung sei sehr gefährlich, da Preußen viele kommunistische und nationalsozialistische Gefahrenherde in sich berge.

**Severing und  
die Reichsreform**

"Wir Unitaristen müssen uns gedulden, bis die Föderalisten vernünftig werden... Wir Unitaristen möchten die deutschen Stämme zur großen Einheit des deutschen Volkes zusammenfassen und den Traum des großen Deutschen erfüllen, des **Freiherrn vom Stein**."

Es gebe ja noch ein letztes Mittel, die Volksabstimmung und den Volksentscheid.

Für **die Sozialdemokratie** war die Reichsreform nichts anderes als das Mittel, ganz Deutschland unter die starke Hand der sozialdemokratischen Preußenregierung zu bringen. Sie war das Mittel, den sozialistischen Staatskollektivismus auf das ganze Reich auszudehnen. Sie war schließlich das Mittel, einer sozialistischen Reichsregierung die Gewähr größerer Stetigkeit zu verleihen. Severing berief sich auf Stein, das war aber falsch, denn Stein suchte die Einheit Deutschlands zu gründen auf dem sozialen Zusammenschluß deutscher Persönlichkeiten, nicht auf der Grundlage der kollektivistischen Masse. Man fühlte und witterte, daß es sich **bei den sozialdemokratischen Bemühungen um die Reichsreform im Grunde um eine sozialdemokratische Machtfrage handelte**. Nur von einer starken Zentralisation der Staatsgewalt konnte die Sozialdemokratie eine dauernde Erhaltung ihrer Macht erhoffen. **Das Volk war aber jetzt weniger geneigt denn je zuvor, solchen Tendenzen entgegenzukommen.**

Am 21. Juni schloß der Verfassungsausschuß der Länderkonferenz für Reichsreform seine Arbeiten ab. Seine endgültigen Vorschläge nach zweiundeinhalbjähriger Tätigkeit waren folgende: Der Dualismus Reich-Preußen hat nach Beseitigung der Monarchien keinen Sinn mehr. Die preußische Hegemonie ist heute sinnlos. "Man konnte wohl den preußischen König über die anderen Fürsten setzen, man kann aber nicht den preußischen Wähler über die anderen Wähler erhöhen." Neben der Reichsgewalt darf es eine preußische Zentralgewalt nicht mehr geben. Also wird Preußen aufgelöst. Seine Provinzen werden als "Länder neuer Art" neben die bevorrechteten "Länder alter Art" gestellt. Reichsaufgaben bleiben fernerhin: Auswärtiges, Heer, Marine, Finanzen, Reichsbahn, Post, nicht

die Justiz. Die bisherige Kompetenz der Länder alter Art wird grundsätzlich nicht angetastet. Die Länder neuer Art erhalten Zuständigkeit zur Gesetzgebung nur insoweit, als sie ihnen übertragen wird.

"Den Vorschlägen des Verfassungsausschusses wird der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie **Preußens Zerschlagung** bedeuten, noch der gegenteilige Vorwurf, daß bei ihnen Preußen an Stelle des Reiches getreten sei: Hierüber zu urteilen ist Sache der politischen Entscheidung. Es handelt sich um eine organische Neugestaltung des deutschen Reiches, bei der von allen Seiten Opfer zu bringen sind, um dem Reiche die Lebensfähigkeit zu geben, deren es in der schweren wirtschaftlichen und politischen Not der Gegenwart bedarf. Der Verfassungsausschuß glaubt dabei, keiner Seite Zumutungen gestellt zu haben, die von ihr nicht getragen werden können."

Ende Juni hat dann der Reichstag in einer EntschlieÙung die Reichsregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfes über eine umfassende Reichsreform ersucht. Damit verschwand fürs erste ein unglückliches Thema vom Schauplatz politischem Lebens.

Die Anhänger der Reichsreform haben immer wieder behauptet, es sei dies keine Angelegenheit der Parteipolitik. Und doch war es eine solche! Der Gedanke der Reichsreform war das geistige Gut der beiden, seit Juli 1917 herrschenden Koalitionsparteien, des Zentrums und der Sozialdemokratie. Beide aber waren Gegner auf diesem Gebiete. **Das Zentrum verlangte aus religiösen Grundsätzen föderalistische Reichsreform, die Sozialdemokratie aus kollektivistischen Grundsätzen unitarische Reichsreform.** Das war wie Feuer und Wasser: eins schloß das andere aus. Der Vorschlag der Länderkonferenz war ein untauglicher Kompromiß. Mit der sinkenden Macht der Koalitionsparteien zerfiel auch das Ideal der Reichsreform. Hier zeigte sich **die Unzulänglichkeit der Koalitionsmacht: an einem wesentlichen Punkte ihrer schöpferischen Politik scheiterte sie:** So ging im Toben der gegensätzlichen politischen Leidenschaften der Gedanke der Reichsreform unter. Es zeigte sich, daß das deutsche Volk den Bemühungen der Koalition innerlich fremd gegenüberstand. Der Gedanke der Reichsreform konnte höchstens mit einer neuen Generation organisch erwachsen.



## **5. Kapitel: Von den Septemberwahlen zur Diktatur der Demokratie.**

Während des parlamentslosen Vierteljahres war es das eifrigste Bemühen der Regierung Brüning, **den bereits zur Höhe von vielen hundert Millionen anschwellenden Fehlbetrag des Reichshaushaltes auszugleichen.** Furchtbar war der Druck der Not, und er wurde immer stärker. Die Wirtschaft litt an einem Zustande des Weißblutens. Konkurse und Schließungen von Betrieben häuften sich von Tag zu Tag. Die Kündigung ausländischer Millionenkredite zum Ende des Jahres beschleunigte den Zusammenbruch. Immer größer wurden die Ausfälle an Steuern für Reich, Länder und Gemeinden. Die städtischen Steuereingänge Berlins waren im August 1930 40 Prozent niedriger als 12 Monate vorher. Andererseits **wuchs die Not der Arbeitslosigkeit durch diese Entwicklung ins Grauenhafte.** Anfang September war die Berliner Verkehrsgesellschaft zu Massenentlassungen genötigt, 1200 Menschen wurden brotlos. Am 9. August wurden in Deutschland 2 750 000 Erwerbslose gezählt, am 25. August waren es 2 845 000, am 31. August schon 2 873 000 Arbeitslose. **Täglich wurden im Durchschnitt etwa 5000 Menschen aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschaltet.**

Das Deutsche Reich hatte einen Fehlbetrag von 900 Millionen. Schon am 26. Juli setzte der Reichspräsident durch Notverordnung laut Artikel 48 der Verfassung die am 16. Juli vom Reichstag abgelehnten Deckungsvorlagen in etwas veränderter Form in Kraft. So wurde vom 1. September ab eine **zehnprozentige Ledigensteuer** eingeführt. Ende August hatte die Reichsregierung ein **Pensionskürzungsgesetz** geschaffen, das sich gegen sogenannte Doppelverdiener richtete, eine Neufestsetzung des Ruhegeldes enthielt und der Beseiti-

**Maßnahmen  
des Reiches**

gung von Mißständen dienen sollte. Am 14. Oktober nahm der Reichsrat das Gesetz an, das eine **Pensionskürzung für Doppelverdiener** vorsah und bei Höchstpensionen den Mehrbetrag über 12 000 Mark um 10 bis 50 Prozent kürzte. Am gleichen Augusttage, da die Reichsregierung die Kürzung der Ruhegehälter beschlossen hatte, brachte der Reichsrat die Verordnung über die **Bürgersteuer** heraus, welche den Gemeinden das Recht gab, ihre gesamten Einwohner gemäß ihrem Einkommen zu besteuern. In dieser Bürgersteuer lebte die von Erzberger beseitigte Gemeindeeinkommensteuer in veränderter Form wieder auf.

Am letzten Septembertage endlich veröffentlichte die Reichsregierung ihren **Wirtschafts- und Finanzplan**, der nicht nur die Reichsfinanzen, sondern auch die Haushalte der Länder und Gemeinden ins Gleichgewicht bringen wollte. Der Plan hatte folgenden Inhalt: Der Fehlbetrag des Reiches für 1930 in Höhe von 900 Millionen soll getilgt werden durch besondere Fonds innerhalb von drei Jahren, wobei jährlich ein Betrag von etwa 420 Millionen fällig wird. Um den Etat für 1931 auszugleichen, sollen die Ausgaben um eine Milliarde gesenkt werden. Zu diesem Zwecke werden vom 1. April 1931 gekürzt die Gehälter des Reichspräsidenten, der Reichsminister und des Reichskanzlers sowie die Abgeordnetendiäten um 20 Prozent, die Gehälter und Pensionen der Reichsbeamten um 6 Prozent. Die Überweisungen an Länder und Gemeinden werden um 100-140 Millionen verringert. Die Zuschüsse des Reiches zur Arbeitslosenversicherung werden auf 420 Millionen begrenzt, im Etat werden 300 Millionen abgestrichen, und von einer Erhöhung der Tabaksteuer und des Tabakzolles erwartet man einen Mehrbetrag von 167 Millionen. Auch Länder und Gemeinden sollen Gehälter und Diäten nach dem Vorbild des Reiches kürzen. Man faßt außerdem die Mitwirkung des Reiches bei der Haushaltsaufstellung der Länder und Gemeinden ins Auge, ja sogar eine ständige Haushaltskontrolle durch das Reich wird geplant. Außerdem soll das Steuersystem vereinfacht, die Wohnungswirtschaft neu geregelt werden. Die Agrargesetzgebung soll ausgebaut und fortgeführt werden. Die so für Reich, Länder und Gemeinden herabgesetzten Ausgaben dürfen innerhalb dreier Jahre nicht erhöht werden, durch höhere Einnahmen etwa erzielte Überschüsse sollen zur Steuersenkung verwendet werden.

Das waren sehr tiefgreifende Maßregeln, die schon längst nötig gewesen wären. Nun, da die deutsche Wirtschaft durch die jahrelang auf ihr ruhende Last fast erdrückt war, entschloß man sich schweren Herzens zu ihnen, allerdings unter lebhaftem Widerspruch der Beamten und Gemeinden. Mitte Oktober gelang es der Regierung Brüning, durch ein internationales Bankenkonsortium einen Überbrückungskredit von 125 Millionen Dollars zu erhalten, um die erste Rate der schwebenden Schuld von 420 Millionen zu tilgen. - Auch **die Zahl der Arbeitslosen zu verringern** war man bemüht. Reichsbahn und Reichspost arbeiteten **Arbeitsbeschaffungsprogramme** aus, mit denen sie 200 000 Menschen Arbeit geben wollten. Der Jungdeutsche Orden im Freistaat Sachsen ging zur Selbsthilfe über, indem er mit Erfolg für seine Mitglieder die Arbeitsdienstpflicht einführte.

Der neue Wahlkampf im Sommer 1930 zeigte, wie sehr das politische Leben des Volkes seit dem Sommer 1929 in Fluß geraten war. Entfesselte Kräfte tobten gegeneinander und drohten das bisher noch mühsam zusammengehaltene parlamentarische Gefüge in ein wildes Chaos zu verwandeln. **Nicht weniger als 39 Parteien und Gruppen** meldeten ihre Ansprüche auf Vertretung im Reichstag an. Doch lassen sich im großen Ganzen **vier Gruppen** erkennen: **die oppositionelle Rechte, die staatserhaltende Mitte, die isolierte Sozialdemokratie und die radikale Linke.**

**Reichstagswahlkampf**

Zwischen Hitler und Hugenberg kam nicht das Wahlbündnis zustande, das viele seit der Aktion gegen den Youngplan erwartet hatten. **Aber wie ein Feuerstrom brauste der Nationalsozialismus in diesen Sommerwochen über Deutschland hin.** Die große Thüringer Gautagung in Gera, wo Hitler und Frick am 12. und 13. Juli vor Zehntausenden sprachen, eröffnete gleichsam den Feldzug. Bis in die kleinsten Dörfer hinein gelangten die Sendboten des Dritten Reiches, vor Bauern und Arbeitslosen wurde die rote Fahne mit dem Hakenkreuz entrollt. Tausende von Versammlungen, in denen auch Hitler sprach, so in Essen Mitte August vor Zehntausenden von Menschen, führten das aufhorchende Volk zusammen. Leidenschaftliche

**Parteibewegung**

Anklagen gegen das demokratische System wurden vorgebracht, das seit November 1918 das Millionenvolk von einer Schmach in die andere, von einer Knechtschaft in die andere geführt habe.



Nationalsozialistisches Wahlplakat zur Reichstagswahl 1930. Photo Scherl.



Nationalsozialistisches Wahlplakat zur Reichstagswahl 1930. Photo Scherl.

Eine Leidenschaft war entzündet, die etwas Dämonisches in sich hatte, und **wohin die Redner der Nationalsozialisten kamen, da wurden sie vom Jubel umbraust, und die Menschen aller Stände schlossen sich ihnen an.** Die Nationalsozialistische Partei, die nichts gemein hatte mit dem gegenwärtigen Staate, ward zum Sammelbecken aller volks- und kulturbejahenden Deutschen, vor allem der jungen Generation. Das vermochten nicht die **drakonischen Maßnahmen der Regierungen und der Polizeibehörden** zu verhindern, welche die nationalsozialistischen Zeitungen verboten, häufig sogar bereits gefüllte Versammlungen dadurch zu sprengen versuchten, daß sie dem Redner, der schon das Podium bestiegen hatte, das Wort verboten oder ihn gar verhafteten.



Thüringer Gautag der Nationalsozialisten 1930 in Eisenach. Links Dr. Frick (ohne Hut).  
[Photo Scherl?]



Hindenburg in Speyer, Blick vom Rathaus.  
Photo Scherl.

**Die Gegenspieler der Nationalsozialisten waren die Kommunisten.** Auch sie hatten keinerlei Beziehung zur Demokratie und verurteilten das System in Grund und Boden. Auch sie strebten nach der Befreiung Deutschlands, allerdings in der Durchführung des Klassenkampfes bis zur letzten Diktatur des Proletariats, wie sie ihnen in Rußland als Ideal erschien. Schon am 19. Juli erschien der

Wahlaufruf der Kommunisten. Die Partei rufe und rüste zum Kampf für den proletarischen Sieg. In allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in jedem Büro und jeder Amtsstube, auf jedem Gutshofe, in jedem Bauerndorfe - heran an die Organisation des Massenkampfes gegen die faschistische Hungerregierung Brüning-Hindenburg! "Wählt in allen Betrieben Kampfleitungen, organisiert mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition die Arbeitskämpfe gegen die mörderische kapitalistische Rationalisierung unter selbstgewählter Führung. Schafft das Bündnis der Betriebsarbeiter und Angestellten mit den Erwerbslosen. Bildet rote Betriebswehren gegen den Mordfaschismus." Ende August erschien ein neuer Aufruf zur "nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands". Gegen Youngplan, Versailler Vertrag und alle kapitalistischen Unterdrückungen sowie die nationalen Vergewaltigungen der Minderheiten wird volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen gefordert. "Nur die soziale Revolution der Arbeitermassen kann die nationale Frage Deutschlands lösen."

**Auch die Kommunisten hielten wie die Nationalsozialisten in Stadt und Land Massenversammlungen ab. Auch sie riefen die Leidenschaften auf, und Hunderttausende von Verzweifelten schlossen sich der roten Fahne mit Sichel und Hammer an, von der sie alles Heil erhofften.** Mit Jubel stimmten sie den Fanatikern zu, die unentwegt den Bürgerkrieg, den rücksichtslosen Bürgerkrieg proklamierten. Aber die Kommunisten sahen in den Nationalsozialisten eine unerlaubte Konkurrenz, welche ihnen die Arbeitermassen abspenstig machte, und mit unerhörtem Hasse verschärften sie ihren Kampf gegen die Anhänger Hitlers. Es schien, als wolle die junge Generation, gespalten in die unversöhnlichen Gegensätze Nationalsozialismus und Kommunismus, sich gegenseitig zerfleischen. Die **Kommunisten drangen in die Versammlungen der Nationalsozialisten, griffen diese gewalttätig an, verwundeten und töteten ihre Gegner.** Überall tobten diese Saalschlachten, die kaum von der Polizei beendet werden konnten. **Im Dunkel der Nacht rotteten sich bewaffnete kommunistische Banden zusammen, durchzogen die Straßen und überfielen die Nationalsozialisten mit Messern, Gummiknüppeln und Revolvern.** Verfügt doch die Kommunisten noch über eine Anzahl Schußwaffen, wie zufällige Entdeckungen von Waffenlagern, wie z. B. in Schrebergärten bei Leipzig, genugsam bewiesen. Schon Ende Juli war ein derartiger Zustand des Bürgerkrieges erreicht, daß die Regierung durch Notverordnung das Tragen sämtlicher Waffen verbot, um "das bewaffnete Auftreten von Organisationen radikaler Parteien" zu unterbinden.



*Zwei feindliche Brüder im Wahlkampf:  
Sozialdemokraten und Kommunisten.  
Photo Scherl.*



*Sozialdemokratie verteilt Stückchenseife  
als Wahlpropaganda!! Photo Scherl.*

Der Wahlkampf der **Sozialdemokratie** richtete sich gegen die Regierung Brüning. Der Wahlaufruf der Partei im *Vorwärts* erklärte:

"Es ist nicht wahr, daß der Reichstag versagt hat, die Regierung Brüning hat versagt. Ihr einziges Bestreben war darauf gerichtet, die Sozialdemokratie, die politische Vertretung der Arbeiterklasse, auszuschalten und mit den Großindustriellen und den Großgrundbesitzern zu regieren. Daran ist sie gescheitert... Die Regierung Brüning wollte gegen die Sozialdemokratie und mit der Rechten regieren, wie es der Reichspräsident befohlen hatte."

Aber es gab doch innerhalb der Sozialdemokratie auch radikalere Strömungen, besonders unter den Jungsozialisten. Sie erklärten, daß ihnen die Republik allein nicht genüge, sie erstrebten die sozialistische Gesellschaft durch den Klassenkampf. So demonstrierten diese am 1. August gemeinsam mit den Kommunisten, sie verleugneten die schwarz-rot-goldene Fahne und marschierten unter den "roten Fahnen des Aufruhrs", sie führten Transparente mit, auf denen zu lesen stand: "**Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist unser Ziel!**"

Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu Hindenburg, und damit auch zu Brüning und den bürgerlichen Parteien hatte sich infolge der westdeutschen Stahlhelmangelegenheit verschlechtert. Hindenburg hatte an den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Preußen, Braun, einen Brief geschrieben, daß er nur dann das befreite Rheinland besuchen würde, wenn das dort seit dem Oktober geltende Stahlhelmverbot aufgehoben würde. Braun war dazu bereit, doch sollte der Stahlhelm den ersten Schritt tun, damit das Ansehen der Regierung nicht leide. Doch die bürgerlichen Minister widerstanden diesem Verlangen Brauns, und Mitte Juli zog **in Preußen eine Regierungskrise** herauf. Braun gab zwar nun doch nach, da er keine Mehrheit erhalten konnte, aber der Erfolg war eine Vertiefung der Kluft zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Regierungsparteien.

Hugenberg gab für die **Deutschnationale Partei** die Parole "Rechts heran!" aus.

"Die rollende Bewegung der marxistischen Revolution ist nur durch die konservativen Kräfte zu bändigen, die eine Synthese zwischen national-revolutionärem Angriffsgeist und staatspolitischer Beharrlichkeit bilden. Die Zeit zur Lösung dieser Lebensfrage ist gekommen. Die Macht des Marxismus muß gebrochen werden. So geht der Kampf zugleich um Preußen."

Die Deutschnationalen standen in unbedingter Opposition gegen Brüning an der Seite der Nationalsozialisten.

Der **Stahlhelm**, der an sich überparteilich war, gab an seine Mitglieder die Weisung aus, daß man nur die deutschnationale oder nationalsozialistische Liste wählen könne. Der Stahlhelm selbst griff durch Aufmärsche mit Fahnen und Musikkapellen und Ansprachen in den Wahlkampf zugunsten der nationalen Opposition ein. Besonders in Westdeutschlands Großstädten fanden diese Veranstaltungen statt, nachdem das Stahlhelmverbot aufgehoben worden war, und Zehntausende von deutschen Männern und Frauen beteiligten sich daran.

**Das waren die Gegner der Regierung Brüning und der gegenwärtigen Staatsordnung. Sie waren kompakt, zusammengefaßt in vier disziplinierten großen Parteien, selbst einander feind, aber in dieser mächtigen Geschlossenheit gegen die Regierung mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten umfassend.**

Welches Bild der Zersplitterung und Ratlosigkeit boten die vielen kleinen Parteien, welche sich für die Regierung Brüning einsetzten! Die Regierung selbst griff in den Wahlkampf ein, indem sie ihr Programm als "Hindenburgprogramm" bezeichnete. Noch einmal versuchte die Regierung, sich des Namens von Hindenburg als eines Magneten zu bedienen, doch sie vergaß, daß dieser Name schon längst seine Zugkraft bei den Anhängern des nationalen und marxistischen Flügels eingebüßt hatte.

Das **Rückgrat** der demokratischen, oder, wie sie sich nannten, der staatserhaltenden Parteien war **das Zentrum, die Partei Brünings**. Neben ihm spielte **die Deutsche Volkspartei** eine hervorragende Rolle als Kämpferin für die Reichsregierung, für Hindenburg und Brüning. Aber dann gab es da noch **die Demokratische Partei** und **die Volksnationale Reichsvereinigung Mahrauns** sowie die vielen Splitter, die sich von den Deutschnationalen losgesagt hatten.

Mahraun, der Führer des Jungdeutschen Ordens, hatte, wie das in der Linie seiner Bestrebungen lag, am 28. Januar die **Volksnationale Reichsvereinigung** gegründet. Sie wollte unabhängig sein von den "anonymen Finanzgewalten", auch sollte der Mandatsschacher unmöglich gemacht werden. Das neue Gebilde forderte auch die Lockerung des verderblichen Fraktionszwanges, der die Persönlichkeit entwürdigte. Man wollte Marxismus, Plutokratie und antisoziale Gesinnung bekämpfen,

verlangte Wahlreform und Reichsreform, an Stelle der veralteten und überholten Ländergliederung sollte die organische Stammesgliederung gesetzt werden. Die Volksnationale Reichsvereinigung, die Anfang April in Berlin ihre Gründungsversammlung abhielt, trat mit eigenen Listen zu den Wahlen auf, wie in Sachsen, mußte aber erleben, daß sie über den Kreis des Jungdeutschen Ordens hinaus keinen Widerhall im Volke fand.

Wir wenden uns jetzt den **Splitterparteien** zu, welche aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschieden waren. Bereits im Februar 1928 hatte sich **die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei** abgesondert, unter der Führung von Männern wie Gereke, Hepp, von Sybel, Schlange-Schöningen. Bereits bei den Maiwahlen hatte die Partei mehr als eine halbe Million Stimmen erhalten. Diese Partei stand zur Regierung Brüning und erklärte es für verwerflich, daß die Regierung durch die Reichstagsauflösung mitten aus der Agrar- und Osthilfegesetzgebung herausgerissen worden sei.

Gerade diese Erwägungen bewogen auch den **Reichslandbund**, zum ersten Male sich von der Deutschnationalen Volkspartei zu trennen und mit eigenen Listen den Wahlkampf aufzunehmen. Der Reichstag sei durch falsch geführte Kräfte der Rechten und Linken gesprengt worden. Man wollte eine "Front der Tat" bilden mit Hindenburg und Schiele gegen die "Haufen der Negativisten auf der äußersten Rechten wie auf der Linken".

"Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat deshalb beschlossen, unter bewußter Abkehr von der bisher geübten Methode für die kommenden Wahlen seine Mitglieder aufzufordern, der Sammelparole des Berufsstandes zu folgen und, soweit es die örtlichen Verhältnisse irgend zulassen, einzutreten für die Wahl auf Landvolklisten in allen Provinzen und Ländern."

So wandelte sich der Reichslandbund aus einer Wirtschafts- und Berufsvertretung zur politischen Partei, die ihrerseits die Gegensätze zwischen Stadt und Land zu vertiefen imstande war, ein Umstand, auf den vor allem die Deutschnationale Partei hinwies, da sie durch diese Landbundpolitik am heftigsten beeinträchtigt wurde.

Treviranus, der Ende 1929 der Deutschnationalen Partei den Rücken gekehrt hatte, gründete am 28. Januar die "**Volkskonservative Vereinigung**", welcher acht Abgeordnete der zwölf Mann umfassenden neugebildeten Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft beitraten, und zwar diejenigen, die sich nicht der christlich-sozialen Gruppe angeschlossen hatten. Der Aufruf, der von 450 Namen unterzeichnet war, forderte "Erneuerung des Parteiwesens" und unbedingte Verantwortung des eigenen Gewissens für das politische Handeln, Mehrheitsbeschlüsse oder Fraktionszwang wurde strikte abgelehnt.

Nun hatte sich bei der Abstimmung im Reichstag am 19. Juli ein neuer Zwiespalt in der Deutschnationalen Partei enthüllt, da eine Gruppe von Abgeordneten unter Führung des Grafen Westarp der Regierung ihr Vertrauen bezeugt hatte. Die Gruppe Westarp glaubte es nicht verantworten zu können, Brüning weittragende Schwierigkeiten zu bereiten, gerade in dem Augenblicke, da er ernstlich die Hilfe für den deutschen Osten und die Landwirtschaft vorbereitete. Durch diese zwiespältige Abstimmung teilte sich die Deutschnationale Reichstagsfraktion in eine Hugenberg- und eine Westarpgruppe. Da sich aber Parteivorstand und Parteivertretung bei ihrer Besprechung in Berlin am 24. und 25. Juli auf Hugenbergs Seite stellten, war die Westarp-Gruppe in aller Form fallen gelassen worden. Westarp aber kam diesem Parteiverdikt zuvor, indem er sogleich nach der Reichstagsabstimmung die Partei verließ und schon am 23. Juli mit der Volkskonservativen Vereinigung des Treviranus die **Konservative Volkspartei** gründete. Um Verwechslungen infolge des Namens vorzubeugen, rückte der Vorstand des Hauptvereins der alten Konservativen durch eine Erklärung Anfang August deutlich von der neuen Partei ab.

Schließlich gehörte auch der **Christlich-soziale Volksdienst** zu diesen neuen Parteien, die aus der Opposition zu Hugenberg hervorgegangen waren. Er stützte sich besonders auf die breiten Massen der evangelischen Arbeitnehmer.

Es war zweifelsohne eine gewaltige Parteienwaltung, die sich im Sommer 1930 vollzog. Sie war hervorgerufen worden durch die zunehmende Verschärfung der Gegensätze zwischen den Rechts- und Linksparteien. Es handelte sich um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Die neuen Parteien lehnten die Opposition ab, sie wollten hinein in den Staat, sie wollten durch Mitarbeit an und in ihm zur Befreiung des Volkes gelangen. Das, was die Deutsche Volkspartei in ihrem Aufruf vom 18. Juli sagte, war in gleicher Weise die Auffassung der Volksnationalen Reichsvereinigung, der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, des Landbundes, der Konservativen Volkspartei und des Christlich-sozialen Volksdienstes:

"Durch die Reichstagsauflösung sind die bedeutsamen Reformen in Frage gestellt, völlig zerschlagen ist das große Programm zur Rettung des deutschen Ostens, zerschlagen sind die Hilfsmaregeln für den befreiten Westen und die Weiterführung des landwirtschaftlichen Hilfswerkes. Die Kämpfer gegen Separatismus und Landesverrat müssen weiter auf die befreiende Amnestie warten. Für alles das mag das deutsche Volk sich bei Hugenberg und seinen Freunden bedanken, die im Bunde mit Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten der staatsbürgerlichen Front in den Rücken fielen."

Diese weitgehende Übereinstimmung und die weitgehende besorgniserregende Zersplitterung ließen die Frage auftauchen, ob es nicht möglich sei, doch noch eine Einigung unter den einzelnen Gruppen zu erzielen und **eine einzige große Partei der nationalen Mitte** zu schaffen. Bahnbrecher dieses Gedankens war Mahraun gewesen, er hatte mit seiner Volksnationalen Reichsvereinigung den Grundstein zu dieser großen Partei der Mitte legen wollen. Das erste Echo fanden diese Bestrebungen in der Demokratischen Partei. Schon Ende April entwickelte der demokratische Professor Hellpach in Heidelberg einen ganz gleichen Plan. Deutschland müsse an Haupt und Gliedern erneuert werden. Man müsse schleunigst eine große Partei der Mitte bilden, um das notwendige Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. Er richte den feierlichen Appell an die Führer der Deutschen Volkspartei: Wenn bis Pfingsten diese Tat nicht getan sei, stünde ein großer Kreis von Männern und Frauen bereit, die dann entschlossen wären, den entscheidenden Schritt zu tun und wirklich ein Sammelbecken für eine große politische Mittelpartei zu schaffen. Die Notwendigkeiten des Staates müßten zielbewußt in den Mittelpunkt der ganzen Politik gestellt werden, dafür sei die Stunde reif. Auch der Parteivorsitzende Koch-Weser bekannte sich zu der Notwendigkeit, die staatsbürgerlichen Kräfte zusammenzufassen, doch von einer Fusionierung bestehender Parteien, d. h. der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, wollte er nichts wissen.

Ende Mai tagte in Halle an der Saale der Reichsparteiausschu der Demokraten. Wieder erhob Hellpach seine Stimme, eine große neue Parteischopfung, die volksburgerliche Zusammenfassung sei dringend notwendig. Gegen eine stark nach links tendierende Minderheit wurde die Entschlieung angenommen, "die Front einer republikanischen und demokratischen Mitte gegen rechts und links durch Zusammenfassung gesinnungsverwandter Kräfte über den Parteirahmen hinaus zu stärken". In Stuttgart beschloß der Landesausschuß der würtembergischen Demokraten: "Die Partei ist so zu führen, daß eine große Zusammenfassung der Mitte möglich wird." Man solle mit der deutschen Volkspartei zusammenarbeiten.

Bei der Demokratischen Partei fand Mahraun ein Verständnis für seine Gedanken, und das war entscheidend; so förderte er persönlich die Annäherung der Volksnationalen Reichsvereinigung an die Demokratische Partei.

Diesen Bemühungen erhob sich in der Deutschen Volkspartei und in der Konservativen Volkspartei eine Konkurrenz. Beide faßten ebenfalls den Plan einer großen Sammlung der Mitte, doch kamen sie Ende Juli damit zu spät. Die Volkskonservative Partei wollte sogleich nach ihrer Gründung auch die Deutsche Volkspartei zu engster Zusammenarbeit gewinnen. Man dachte daran, die Regierungsparteien und -gruppen als "Hindenburg-Block" zu deklarieren, doch sah man hiervon ab, da man nicht die Person des Reichspräsidenten in den Wahlkampf hineinziehen wollte. Auch dachte man nicht an die große Sammelpartei, sondern mehr an eine Art Burgfrieden.

Die Verhandlungen zwischen Treviranus und der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei führten auch zu keinem Ergebnis. Gereke und Schiele waren überzeugt, daß nur in der Zusammenfassung weitester staatspolitischer Kräfte die Abkehr vom "zersetzenden Radikalismus" erreicht werden könne, doch eine Listenverbindung zwischen beiden Richtungen kam nicht zustande.

Schon am 22. Juli hatte Dr. Scholz, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei an die Christlich-soziale Arbeitsgemeinschaft, die Demokratische Partei, die Wirtschaftspartei und die Gruppe des Grafen Westarp die Anfrage gerichtet, ob sie zu einer Besprechung bereit seien, deren Ziel die Zusammenfassung all derer sein sollte, die unter Zurückstellung des Trennenden bereit sind, sich aktiv in den Dienst des Staates zu stellen.

Während diese Besprechungen vorsichtig und zögernd geführt wurden und Christlich-soziale wie Volkskonservative, Demokraten und Wirtschaftsparteiler schließlich die Sammlungsbestrebungen der Volkspartei ablehnten, - die Demokraten erklärten, sie könnten unmöglich mit "Konservativen" zusammengehen - wurde man plötzlich von der am 27. Juli erfolgten Gründung der **Deutschen Staatspartei** überrascht. Diese Deutsche Staatspartei war die Frucht der Zusammenarbeit zwischen Mahraun und den Demokraten. Sie trat mit einem Aufruf vor das Volk, der von Mahraun'schem Geiste erfüllt war. Er sprach von Agrarhilfe, Osthilfe, Einigung auf dem Boden des Staates, er forderte eine Wahlreform, die wieder der Persönlichkeit zu ihrem Rechte verhelfen sollte, er verlangte weiter eine Reichsreform, die unter Wahrung des Heimatgefühls zustande kommen sollte. Im übrigen enthielt der Aufruf das Bekenntnis zum Staat, zur Republik. Unterzeichnet war der Aufruf unter anderen von Professor Aereboe, Gertrud Bäumer, Reichsminister Dietrich, Finanzminister Höpker-Aschoff, Erich Koch-Weser, Reichsminister a. D. Dr. Külz, Arthur Mahraun, Bürgermeister Petersen-Hamburg.

Ende August gab die Staatspartei ein langes "Manifest" heraus, worin die Ziele der staatspolitischen Erneuerung, die kulturpolitische Klärung und die Stellung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erörtert werden. Einige der charakteristischen Sätze darin lauteten: "Die Außenpolitik ist mehr als je die Kunst des Möglichen und nicht des Wünschenswerten." "Die deutsche Kultur ist wesentlich durch die Kräfte des Christentums bestimmt und geformt worden." "Eine blühende Wirtschaft ist die Vorbedingung für den sozialen und kulturellen Fortschritt der Nation." Es wurde betont, daß die Deutsche Staatspartei weder eine Fortsetzung der Demokratischen Partei noch eine Linkspartei sei.

Es war nun keineswegs so, daß die Demokratische Partei in die Staatspartei umgewandelt war, wenigstens nicht der Form nach. Man war vorsichtig und nahm Rücksicht auf die Gefühle radikaler Elemente, die mit der Sozialdemokratie sympathisierten. Trotzdem Koch-Weser aufs wärmste vor dem Parteiausschuß das Aufgehen der Demokratischen Partei in der Staatspartei befürwortete, wurde die Fusion formell nicht vollzogen, sondern die Demokratische Partei stellte lediglich ihre Parteiorganisation der neuen Staatspartei für den Wahlkampf zur Verfügung. Gleiche Beschlüsse faßten die Landesverbände von Baden, Sachsen und Bayern. Zwischen Koch-Weser, der sehr "rechts heran" wollte, und Höpker-Aschoff, welcher der Sozialdemokratie ein freundlicheres Gesicht zeigte, ergaben sich starke Spannungen.

Nach dieser Entwicklung inniger Beziehungen zwischen Demokratischer Partei und Staatspartei hatte in Nürnberg Professor Quidde, der Pazifist, eine **Vereinigung unabhängiger Demokraten** gegründet. Sie stellten sich hinter Schwarz-Rot-Gold und lehnten Mahraun's Ansicht ab, die auch die der Staatspartei war, man wolle über den Streit um Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold erhaben sein. Man forderte auch den unitarischen Einheitsstaat und lehnte Mahraun's Heimatgliederung ab. Man war sogar für Aufhebung des Abtreibungsparagraphen 218 im Strafgesetzbuch.

"Gegen alle Bestrebungen, die mit dem Schlagwort vom christlichen Staat die kulturelle Reaktion fördern wollen. Gegen offenen und versteckten Antisemitismus. Für die Erziehung der Jugend im Geiste der Verfassung und Völkerversöhnung und für eine entschieden pazifistische Außenpolitik."

Diese Linksdemokraten wollten zwar keine besondere Liste für die Wahl aufstellen, beschlossen

aber, sozialdemokratisch zu wählen. - Da war der Demokrat Erkelenz konsequenter, er trat einfach zur sozialdemokratischen Partei über, und tausende andre Demokraten taten dasselbe.

Durch die Gründung der Deutschen Staatspartei fühlte sich Dr. Scholz aufs empfindlichste in seinen Sammlungsbestrebungen gestört. Die Staatspartei, sagte er, könne den Zweck des Zusammenschlusses keineswegs erfüllen, im Gegenteil, sie habe den Sammlungsbestrebungen Abbruch getan. Das weitgesteckte Ziel der deutschen Volkspartei sei nun nicht mehr zu erreichen. Sie werde nun für sich allein in den Wahlkampf eintreten und ihre Forderungen mit stärkster Entschlossenheit verteidigen. Allerdings setzte Scholz seine Einigungsversuche noch im ersten Drittel des August fort, da die jungen Volksparteiler nach wie vor nach einer Sammlung drängten. Auch in der Volkspartei offenbarte sich insofern die Wende der Zeit, als wie bei den Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten die junge Generation ihr Recht der Mitbestimmung geltend machte.

Die Reichsvereinigung der jungen Volksparteiler bezeichnete die Gründung der Staatspartei als eine Störung der ehrlichen Sammelbestrebungen des Bürgertums; so werde allerdings keine wahre deutsche Volksgemeinschaft auf breitester Grundlage geschaffen. Aber diese Sammlung sei nötig gegen die Staatsverneinung; das Volk sei müde des Parteistreites. Aufgabe der jungen Volksparteiler sei es, dafür zu sorgen, daß die zur großen Sammlung drängende Parteienbewegung der Mitte nicht vorzeitig erstarre.

Scholz setzte seine Bemühungen fort, doch ohne Erfolg. Die Staatspartei war dem Ziele der Einheit weit entrückt. Höpker-Aschoff verlangte, daß die Sozialdemokratie als staaterhaltende Partei anerkannt werde. Das lehnte Scholz ab. Jetzt forderte die Staatspartei, die sich übrigens auch um ein gutes Verhältnis zum Reichsbanner bemühte, den Rücktritt des Parteivorsitzenden Scholz. Darauf wurden die Verhandlungen abgebrochen. Lediglich in Süd-Deutschland, in Baden und Württemberg, einigten sich Volkspartei und Staatspartei auf eine gemeinsame Wahlliste.

Die bürgerliche Sammelbewegung war geistig völlig zusammengebrochen. Diese Tatsache, die Mitte August feststand, zeigte, **wie brüchig die Verteidigungsfrent der bürgerlichen Demokratie war**. Sie war unfähig zu jener großartigen Geschlossenheit, die allein den Fortschritt der Zukunft in sich birgt. Sie war erfüllt von der Todesschwäche des sterbenden parlamentarischen Systems. Denn in der Not der Stunde, die man erkannte, siegte schließlich das Parteiinteresse über den Willen zum Staate. Die Verteidiger Hindenburgs und Brünings hatten der Welt ein trauriges Schauspiel gegeben.

Das magere Ergebnis war ein gemeinsamer Wahlauf Ruf der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Konservativen Volkspartei. Die drei Parteien, vertreten durch ihre Vorsitzenden Scholz, Drewitz und Treviranus, setzten sich für das "**Hindenburgprogramm**" ein: Rettung des Ostens, Belebung der Wirtschaft, Beschäftigung der Arbeitslosen, Hilfe für die Landwirtschaft und soziale Gesetzgebung. Drei Tage später, am 24. August, erschien ein Wahlauf Ruf der Deutschen Volkspartei, welcher Fortsetzung von Stresemanns nationaler Befreiungspolitik, Revision der Friedens- und Tributverträge, Kampf gegen die Kriegsschuldflüge, Reichsreform und Parlamentsreform sowie Verteidigung der christlichen Kultur gegen das Vordringen des Bolschewismus versprach. Zwei Tage vorher war das Manifest der Staatspartei veröffentlicht worden. -

Die Wochen des Wahlkampfes mit ihren Leidenschaften und Gewalttaten gingen dahin. Die nationale und die marxistische Opposition standen im Vordergrund, während die zersplitterte regierungstreue Mitte kaum zu Worte kam. Selbst das Ausland brachte dem deutschen Wahlkampfe Teilnahme entgegen. Französische Zeitungen forderten die Verhaftung Hitlers. Als Treviranus in einer Wahlrede Revision der Ostgrenzen forcierte, war Frankreich empört und Polen trumpfte auf: "Niemals Grenzrevision!" In Frankreich und Polen verbreitete sich ein Zustand der Beklemmung in Erwartung der kommenden Reichstagswahlen.

So nahte, mit gewaltiger Spannung erwartet, der 14. September. Vom frühen Morgen an strömten die Menschen zu den Wahlurnen. In den großen Städten kam es hin und wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. In Dortmund, in Stettin, in Braunschweig und an anderen Orten mußten Ver-

**Reichstagswahl 1930**

letzte den Krankenhäusern zugeführt werden, in Berlin wurden sogar Tote vom Platze getragen.

In den frühen Morgenstunden des 15. September lag das Wahlergebnis vor, das alle Welt überraschte: 6¼ Millionen Nationalsozialisten und 2½ Millionen Deutschnationale, 4½ Millionen Kommunisten und 8½ Millionen Sozialdemokraten; von den Regierungsparteien hatten nur das Zentrum, die Bayrische Volkspartei und die Landvolkpartei gewonnen: sie stiegen insgesamt von 5¼ Millionen auf 6,1 Millionen. Alle anderen Parteien hatten zum Teil recht schwere Verluste, die Volkspartei ging von 2,7 auf 1,6 Millionen zurück, trotz des Erfolges der Stresemannpolitik, der Räumung des Rheinlandes. Die Staatspartei, ehemalige Demokraten, verloren 150 000 Stimmen, die vergreiste Volksrechtspartei büßte 50 Prozent ein, Treviranus hatte gar nur 314 000 Stimmen erhalten, und der Christlich-soziale Volksdienst hatte kaum 850 000 erreicht. - Von 40 Millionen Wählern hatten 35 Millionen ihre Stimmen abgegeben.

**Diese Wahl war eine Überraschung. Die bürgerliche Mitte sprach von einem "Sieg des Radikalismus", von einer "Fieberkurve der Not".** Die enttäuschte Volkspartei war zwar überzeugt, daß der Radikalismus seine Anhänger bald aufs schwerste enttäuschen werde, daß die "Sieger" bald die "Besiegten" sein werden, aber sie war nun doch entschlossen, eine Rechtsregierung zu ermöglichen: los von Versailles! d. h. auch los von der Sozialdemokratie! Auch die ebenso enttäuschte Staatspartei hoffte, daß das Volk bald "aus dem Taumel erwacht". Die Sozialdemokratie betrachtete sich plötzlich als Hüterin der Verfassung. Was werde die Folge der Radikalisierung sein? Wirtschaftskrise, wachsende Arbeitslosigkeit, Massenelend. "Hinweg mit dem Spiel der Diktatur, zurück zur verfassungsmäßigen Gesetzgebung!" So wie Hugenbergs Diktatur die einst stärkste bürgerliche Partei, die deutschnationale Volkspartei, zertrümmert habe, so würde jeder Diktaturversuch im Staate ganz Deutschland in einen Trümmerhaufen verwandeln.

**Die Urteile der Rechtspresse Deutschlands über den Wahlausfall** waren maßvoll bis in die Volkspartei hinein. Die *Deutsche Zeitung* sprach vom Sieg der Freiheitsfront und von der vernichtenden Niederlage der Mittelparteien und des Kabinetts Brüning. Das war überhaupt der Grundton der Ausführungen in der Rechtspresse: die Wahlen sind die Gegenwirkung gegen Versailles und den Youngplan und gegen das herrschende System, sie enthalten den entschiedenen Willen zur Abkehr von der bisherigen Außen- und Innenpolitik. Die Schlußfolgerung, daß nun eine Wendung der deutschen Geschichte sich anbahne, war nur ganz natürlich. Die Wahlen seien die stärkste Bejahung eines neuen Staatswillens, meinte der *Völkische Beobachter*, und die *Deutsche Allgemeine Zeitung* schrieb:

**Urteile des Inlands  
und des Auslands**

"Mit gewaltiger Kraft hat sich in dem Wahlergebnis dumpf und unklar die Sehnsucht nach Autorität, nach sozialer Gerechtigkeit und nach einer stolzen Haltung gegenüber dem Ausland, das unterdrückt, offenbart. Die Stunde der Reform der Verfassung hat geschlagen."

Selbst die regierungsfreundliche und liberale *Kölnische Zeitung* stellte fest: "An diesem 14. September 1930 wird wirklich ein neues Blatt in der deutschen Innenpolitik umgeschlagen."

**Die Presse des Landbundes, des Zentrums und der Demokraten** war verstimmt. Die *Deutsche Tageszeitung* urteilte, die im ungeeigneten Augenblick erzwungene Reichstagsauflösung habe zu einem schweren Mißerfolg geführt. Der Reichstag vom 14. September werde wahrscheinlich nur ein kurzes Dasein haben. Bei einem neuen Wahlkampf werde das Gespenst der Staatskrise deutlich hervortreten. Das Zentrum aber ließ sich nicht in Verwirrung stürzen. Seine Presse drückte deutlich aus, daß das Zentrum nicht gewillt war, durch den Sieg des "Radikalismus" von seiner bisherigen Regierungspolitik sich abdrängen zu lassen. Die *Germania* brachte einen Artikel "Ruhig Blut!", darin hieß es:

"Diese Wahlen sind Konjunkturwahlen. In diesem Debakel gibt es einen Lichtblick: Das Zentrum hat einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, der ihm das Recht gibt, nicht nur zu friedem, sondern stolz zu sein. Die Politik der Regierung Brüning muß fortgesetzt werden, weil es eine andere Politik nicht gibt. Die rechte Opposition ist regierungsunfähig. Die Frage, die jetzt beantwortet werden muß, ist die, ob alle staaterhaltenden Parteien auf

Grund dieser Wahl zur Einsicht und Vernunft gelangt sein werden. Das muß sich in den nächsten Tagen zeigen."

Die *Kölnische Volkszeitung* erging sich in folgenden Betrachtungen:

"Das im ganzen für den politischen Wirklichkeitssinn der Deutschen blamable Wahlergebnis hat das deutsche Volk Herrn Hugenberg und den Sozialdemokraten zu verdanken. Dieses Schauspiel, über dessen außenpolitische Wirkung jetzt nicht gesprochen zu werden braucht, ist ein Trauerspiel und eine Komödie zugleich. Die Frage der Regierungsbildung ist mehr als jemals eine offene Frage. Das Zentrumsvolk wird mit vollkommener Sympathie diejenigen Handlungen begleiten, die der Festigung der Autorität gelten."

Die demokratischen Zeitungen stellten sich im allgemeinen auf den Standpunkt des Zentrums. Die *Vossische Zeitung* hat sich nichts träumen lassen von dem Erfolg der Nationalsozialisten. Die Regierung Brüning werde aber sicherlich in unveränderter Zusammensetzung im Oktober vor den Reichstag treten mit dem Programm, das sie vor den Wahlen in mehreren Gesetzentwürfen aufgestellt habe. Im neuen Reichstag würden die Parteien begreifen müssen, daß es kein anderes Programm gebe als das Deutsche Reich. Die *Frankfurter Zeitung* forderte eine feste verfassungsmäßige Regierung auf der Basis der Parteien, die den bestehenden Staat bejahen. Allerdings sei das bisherige Kabinett dazu untauglich. Das linksdemokratische *Berliner Tageblatt* meinte, das Zentrum stehe vor der Entscheidung, ob es mit den Nationalsozialisten oder mit den Sozialdemokraten regieren wolle. Die Bildung einer neuen Regierung sei durch die Stärkung der Extreme und die Schwächung der Mitte erschwert. Die Verantwortung ruhe allein beim Zentrum.

Neben diesen grundlegenden Auffassungen der Parteipresse konnte als ein sehr allgemeines Kriterium der Wahlen gelten, daß in den Blättern fast aller bürgerlichen Richtungen auch die Ansicht zum Ausdruck kam, der Wahlausfall sei eine **Mahnung an das Ausland**, die unvernünftigen Tribute herabzusetzen, bevor Deutschland und mit ihm Europa ins Chaos gestürzt würde. Daneben erging man sich in der Mittelpresse mit Ausnahme des Zentrums und der Demokraten in Vermutungen über eine neue Regierungsbildung. Die nationalen *Hamburger Nachrichten* legten die letzte Entscheidung darüber in Hindenburgs Hand. Seine historische Stunde sei gekommen und von ihm hänge es ab, ob eine Regierung von Hitler bis Brüning zustande komme.

Vor allem aber glaubte die Sozialdemokratie, daß, nachdem sie im März aus der Regierung ausgeschieden sei, nun wieder ihre Stunde kommen werde. Der *Vorwärts* schrieb, die Erhaltung parlamentarischer Entwicklung zur Rettung des Volkes sei nötiger denn je. Jeder Versuch, nun die Sozialdemokratie von der Regierung auszuschalten, führe zur Gefährdung der Republik, der Wirtschaft und des Lebens des ganzen Volkes. Die sozialdemokratische Presse hoffte auf die Macht der acht Millionen, die hinter ihr stand. -

Auch **die Presse des Auslandes** beschäftigte sich eingehend mit den deutschen Wahlen. **Die französischen** Rechtsblätter waren beunruhigt. Das *Journal* erklärte den nationalsozialistischen Sieg damit, daß das deutsche Volk plötzlich den Kopf verloren habe. Das Ergebnis übertreffe die schlimmsten Befürchtungen. Hitler und Hugenberg seien die Herren des Landes. Der *Figaro* war im höchsten Maße beunruhigt. Der *Petit Parisien* beklagte die Niederlage Brünings. Sicher werde sich das Wahlergebnis sehr stark auf die deutsche Außenpolitik auswirken.

In **England** war man zurückhaltend. Der *Manchester Guardian* war das einzige Blatt, das den Mut fand, die deutschen Wahlen als Protest nicht bloß gegen die wirtschaftliche Notlage, sondern auch gegen Versailles, die unwürdige Stellung gegenüber dem Ausland, gegen die Besetzung des Rheinlandes, deren Ende viel zu spät gekommen sei, gegen die zahlreichen Härten, Unmenschlichkeiten und Erniedrigungen, gegen den Bruch des internationalen Versprechens der allgemeinen Abrüstung und gegen das Versagen des Völkerbundes und der Mächte in Frage des Minderheitenschutzes, besonders in Polen, zu bezeichnen.

Die **amerikanische** Hearstpresse erklärte, der Versailler Vertrag sei ebenso dumm wie brutal. Jetzt

sei es an der Zeit, die Torheit und das Verbrechen des Versailler Vertrages ungeschehen zu machen und die schwere, untragbare Last vom Rücken des deutschen Volkes zu nehmen. Es werde dazu zu spät sein, wenn sich Deutschland wirklich Rußland und der bolschewistischen Politik zuwende.

Die faschistischen Zeitungen **Italiens** empfanden eine Genugtuung über die deutschen Wahlen, aus Gegensatz zu Frankreich. Im *Giornale d'Italia* schrieb Senator Corradini, der Sieg der Hitlerpartei, die den Instinkt für die organische nationale Einheit und für die Souveränität habe, trage in sich mehr als die Anzeichen und mehr als die Anfänge des künftigen Gesundungsprozesses. Dasselbe Blatt schrieb weiter: Das neue Deutschland sei unruhig, es zerre an der eisernen Kette der Verträge, die auf dem gesamten Wirtschaftsleben der Nation mit dem Youngplan laste und bis zum Ende des Jahrhunderts lasten würde. Viele Millionen deutscher Wähler lehnten die gegenwärtige Ordnung Deutschlands und die Verträge ab. *Lavoro Fascista* bemerkte, die Geschichte Deutschlands stehe vor einer entscheidenden Wendung. Die römische *Tevere* aber sagte es ganz offen: **Die deutschen Wahlen seien der Erfolg der französischen Politik, die Franzosen hätten Angst, denn sie verstünden die Stimme der Geschichte nicht.**

Die **dänische** *Nationaltidende* in Kopenhagen urteilte: wenn die Nationalsozialisten und Deutschnationalen mit den rechts eingestellten Parteien zusammengingen, dann sei der große Rechtsblock in Deutschland als Inhaber der Gewalten geschaffen. Das Bürgertum in Deutschland habe eine letzte Gelegenheit, seine verlorengegangene Macht zurückzugewinnen. -

Am Wahltag weilte der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Amerika, in Neuyork. Als das Ergebnis der Wahl bekannt wurde, stürmten Dutzende von Journalisten Schachts Vorzimmer, überschütteten ihn mit Fragen, deren Sinn immer wieder war: "Was wird in Deutschland werden?" Schacht antwortete mit einer Gegenfrage: **"Warum findet man es höchst lobenswert, wenn der Brite, der Franzose, ja der Chinese national denkt? Und warum, um alles in der Welt, erhebt sich über den ganzen Erdball ein Gezeter, wenn auch einmal ein Deutscher national empfindet?"** Dann sagte er: **"Hitler oder nicht, das ist hier nicht die Frage. Die Frage lautet ganz anders. Sie lautet: Soll Deutschland leben oder sterben? Ich sage Ihnen, meine Herren, die Sie so entsetzt sind über die Wahl Hitlers: Wenn Sie Deutschland zum Sterben verurteilen, werden Sie nicht einen Hitler finden in Deutschland, sondern sehr viele!"**

**Die Septemberwahl 1930 bedeutete für Deutschland die Schicksalswende.** Das junge Deutschland hatte seinen Willen zum Leben, sein Recht auf Selbstbestimmung erklärt. Dieser 14. September 1930 ist ein Markstein im natürlichen Leben des deutschen Volkes wie der 19. Juli 1917 einer gewesen war. Das junge Deutschland wandte sich mit entschlossener Mehrheit gegen ein altes, überlebtes Regierungssystem. **Zwei Gewalten** standen von nun an schroff widereinander: **ein alternder Staatswille und ein junger Volkswille.** So, wie die Geschichte der deutschen Republik am 19. Juli 1917 beginnt, so **beginnt die Geschichte des Dritten Reiches am 14. September 1930.** Auch nach dem 19. Juli 1917 änderte sich noch nicht sofort der Kurs in Deutschland, es dauerte noch 16 Monate, ehe der Wunsch des 19. Juli Wirklichkeit wurde. Auch nach dem 14. September änderte sich nicht sogleich der Kurs der deutschen Politik. Im Gegenteil! Selbst unter Preisgabe der großen Errungenschaften der Revolution war die republikanische Regierung entschlossen, sich zu behaupten. Sie trat in die letzte Phase ihrer Entwicklung, indem sie jetzt die parlamentarische Demokratie durch die Diktatur der Mitte ersetzte.

**Die Nationalsozialisten** verhielten sich sehr diszipliniert. Ihre Presse sprach die Erwartung aus, daß der Reichspräsident Dr. Frick mit der Regierungsbildung beauftrage. Natürlich gab man sich keinen Illusionen hin: Brüning werde so tun, als ob nichts geschehen sei, aber die Nationalsozialisten würden strikteste Innehaltung der Verfassung verlangen.

Allerdings ließ Brüning keinen Zweifel darüber, daß er, wenn die nationale Opposition seinen zaghaften Annäherungsversuchen unzugänglich sein sollte, so tun würde, als sei nichts geschehen. Schon am zweiten Tage nach der Wahl hielt der Innenminister Wirth, der nach seinem Ausspruch "Der Feind steht rechts" der "rote Wirth"

**Verhalten der  
Reichsregierung**

genannt wurde, eine Rundfunkrede, in der er folgendes sagte: Der deutsche Radikalismus habe zwar eine Schlacht gewonnen, aber die Regierung behaupte das Schlachtfeld, sie regiere, sie bleibe im Amte. Der Regierung Brüning, hinter der heute 209 Abgeordnete stünden, fehlten 80 Stimmen an der Mehrheit. Selbst bei völliger Stimmenthaltung der Sozialdemokratie fehlten immer noch 17 Stimmen. Eine bloße Neutralität der Sozialdemokraten reiche also nicht aus, um die Regierung vor einem Mißtrauensvotum zu schützen. Die sogenannte Rechtsfront könne nur dann politisch wirksam werden, wenn die Bayrische Volkspartei und das Zentrum dazuträten. Das sei aber politisch nicht diskutierbar, eine solche Entwicklung liege also außerhalb der politischen Möglichkeit.

Die Linie lag also fest: **Die Regierung der deutschen Republik würde gegebenenfalls über die Reichstagswahl zur Tagesordnung übergehen**; sie wollte nicht die Nationalsozialisten und konnte nicht die Sozialdemokraten in sich aufnehmen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entwickelte am 3. Oktober ihre Pläne: erste Aufgabe sei Erhaltung der Demokratie, Sicherung der Verfassung und Schutz des Parlamentarismus gegen die Kommunisten, die kapitalistische Bourgeoisie und den Faschismus. Die Arbeitszeit solle verkürzt werden, um Arbeitslose beschäftigen zu können; die bisherige Außenpolitik müsse weitergeführt werden. Die Fraktion erklärte ihre Entschlossenheit, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft aufs energischste zu verteidigen.

Gegen diese marxistische Energie richtete sich mit gleicher Heftigkeit **die nationale Opposition**. Am 6. Oktober hatte Brüning den Deutschnationalen Oberfohren und von Winterfeld angeboten, auf Grund des von der Reichsregierung vorgelegten Wirtschafts- und Finanzprogramms verantwortlich an der Regierung mitzuarbeiten, d. h. also die Regierung durch wohlwollende Haltung zu unterstützen. Von einer klaren Aufforderung, die Regierung durch Eintritt der Deutschnationalen nach rechts zu erweitern, war dabei nicht die Rede. Auch den Nationalsozialisten brachte der Kanzler sein Programm zur Kenntnis, jedoch ohne das Angebot der Mitarbeit an der Regierung daran zu knüpfen. Eine ganze Woche beriet der deutschnationale Parteivorstand über Brünings Angebot, kam aber zu einer Ablehnung, solange das Zentrum in Preußen mit der Sozialdemokratie zusammenregiere. So schrieben denn Hugenberg und Oberfohren am 14. Oktober an Brüning einen Brief: Die Schaffung einer wirklich nichtmarxistischen Reichsregierung sei nur möglich, wenn auch in Preußen sich das Zentrum von der Sozialdemokratie trenne. Unter dieser Voraussetzung seien auch die Deutschnationalen zur Teilnahme an der Regierung bereit. Bei der bevorstehenden neuen Abstimmung sei grundsätzlich die Frage der Regierungsbildung und des Regierungssystems in Preußen einer politischen Zusammenarbeit der nichtmarxistischen Parteien zur Lösung der immer gefährdender für Deutschland und die Welt aufsteigenden deutschen Frage hinderlich. Die Zusammenarbeit des Zentrums mit der Sozialdemokratie in Preußen sei schuld an der Tribut-, Finanz-, Wirtschafts- und Kulturkrise Deutschlands. Deshalb würden die Deutschnationalen für die Mißtrauensanträge und für die Aufhebung der Notverordnung stimmen.

**So suchte die marxistische und die nationale Opposition das Zentrum für sich zu gewinnen.**

Doch Brüning erhörte weder die eine noch die andre. Aber inzwischen wurde die regierungsfreundliche Mitte von einer neuen Krise befallen. Am 5. Oktober tagte in Rendsburg das Meisterkapitel des Jungdeutschen Ordens, und hierbei erklärte Mahraun, von dem katastrophalen Mißerfolg des 14. September überwältigt: Herren wie Dr. Stolzer, Reinhold und Höpker-Aschoff gefährdeten die Sammlung des verantwortungsbewußten deutschen Staatsbürgertums, sie seien untragbar für die Volksnationale Reichsvereinigung. Wesensfremde plutokratische und parteibürokratische Elemente dürften nicht in der Bewegung sein. Die Deutsche Staatspartei sei weder eine Fortsetzung der Demokratischen Partei noch eine Linkspartei. Solange ein klares Abrücken von den genannten Herren nicht erfolgt sei, sei nur die Volksnationale Reichsvereinigung in der Lage, den Kampf um die staatsbürgerliche Aktivierung vorwärtszutreiben.

Zwei Tage später beantragte Mahraun beim Hauptaktionsausschuß der Staatspartei in Berlin, durch Ausschaltung bestimmter Persönlichkeiten die Führung der Partei zu ändern. Das wurde abgelehnt, und nun erklärten Mahraun und die übrigen Mit-

**Krisis der  
Staatspartei**

glieder der Volksnationalen Reichsvereinigung ihren Austritt aus der Partei mit der Begründung, daß weltanschauliche Gegensätze ihnen das weitere Verbleiben in der Partei unmöglich machten. Die Demokraten waren beleidigt. Sie warfen Mahraun vor, er wolle der "Hitler der Mitte" sein. Koch-Weser legte den Vorsitz der Demokratischen Partei nieder, Höpker-Aschoff wurde sein Nachfolger. Der demokratische Reichsparteiausschuß faßte seine Beratungen Mitte Oktober dahin zusammen: Man habe Sorge vor den Stürmen der nächsten Monate. Diese würden aber den Verblendeten die Augen öffnen und die Gefahren des blinden Radikalismus sowie der bornierten Interessenpolitik zeigen. Aufgabe der Partei sei der Kampf um die Behauptung der Verfassung und die verfassungsmäßige Weiterentwicklung der Republik. Dem Parteitag wolle man den Übergang in die Staatspartei vorschlagen. Die Forderung Höpker-Aschoffs, die aus der Staatspartei ausgeschiedenen gewählten Reichstagsabgeordneten des Jungdeutschen Ordens (Volksnationale Reichsvereinigung) sollten ihre Mandate niederlegen, blieb unberücksichtigt.

**Wir wollen der Entwicklung etwas voraufgreifen und kurz die weiteren Schicksale der Demokratischen Partei betrachten.** Am 8. November fand in Hannover ein außerordentlicher Parteitag statt, wo schwere Angriffe gegen Mahraun geführt wurden und die Auflösung der Partei erörtert wurde. Es gab stürmische Zusammenstöße mit der Richtung Quidde, die nichts von der Staatspartei wissen wollte. Quiddes Anhänger bekannten, sozialdemokratisch gewählt zu haben. Höpker-Aschoff aber lehnte aufs schärfste den Pazifismus Schönaichs ab. Mit 318 gegen 16 Stimmen wurde die Auflösung der Partei und der Anschluß an die Staatspartei beschlossen. Am nächsten Tage wurde **die Deutsche Staatspartei** gegründet, zu deren Vorsitzenden mit allen gegen 22 Stimmen Reichsminister Dietrich gewählt wurde.

"Die Staatspartei will die Partei des heutigen Staates sein. Sie steht weder links noch rechts. Sie zieht einen scharfen Strich gegen die Parteien, die den Sozialismus wollen, und gegen die, welche die Republik bekämpfen. Unser Ideal ist ein freier, mächtiger, sozialer deutscher Volksstaat."

In der Außenpolitik wurden folgende Richtlinien aufgestellt: Zurücknahme der Lüge von der deutschen Alleinschuld, Rückgabe der Kolonien, Schluß mit der wirtschaftlichen Ausplünderung Deutschlands, grundsätzliche Beseitigung aller Reparationsverpflichtungen, Neufestsetzung der an Amerika zu zahlenden Kriegsschulden und Verteilung dieser Schulden unter alle am Kriege beteiligten Staaten, Rückgabe des Weichselkorridors und Danzigs, Rückgabe des Memelgebietes, Neufestsetzung der polnischen Grenze, ehrliche Aussöhnung mit Frankreich und bedingungslose Rückgabe des Saargebietes.

Schon am folgenden Tage erklärte die Vereinigung unabhängiger Demokraten: Die Staatspartei sei eine Fortsetzung der demokratischen Partei.

"Auch wir halten am Privateigentum fest, wir lehnen es aber ab, mit dieser Forderung die rücksichtslosen Machtansprüche der heutigen kapitalistischen Machthaber zu decken. Wir sind für die soziale, gegen die plutokratische Republik."

Am letzten Novembertage konstituierte sich diese Vereinigung in Kassel gegen den Willen Quiddes als "**Radikaldemokratische Partei**", deren Vorsitz ein Berliner Rechtsanwalt Braunbach übernahm. Die neue Partei wollte kämpfen für die "zweite Republik", für eine gerechte Wirtschaftsordnung, gegen das Großkapital, gegen Großgrundbesitz und Zölle, für das Siedlungswesen. Sie bekämpfte die "kulturelle Reaktion", den Militarismus und forderte radikale Abrüstung der Welt. In der Außenpolitik versagte sie dem deutschen Nationalismus jedes Zugeständnis: "Die neue Linke greift an." -

**Die Wirtschaftspartei** benutzte die Verworrenheit im Lager der Mitte, um sich durch ein vorbeugendes Programm der Regierung Brüning gegenüber Handlungsfreiheit zu sichern. Anfang Oktober kamen die Mitglieder des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion und Länderparlamente zu einer Besprechung in Berlin zusammen. Das Regierungsprogramm berühre sich zwar weitgehend mit den Zielen der Wirtschaftspartei, aber, um an der Reichsregierung teilnehmen zu können, müsse man

noch folgende Forderungen hinzufügen: Einleitung von Moratoriumsverhandlungen für die Reparationszahlungen mit dem Ziel einer Revision des Youngplanes; durchgreifende Verwaltungsreformen in Reich, Länder und Gemeinden, wobei die Parteibuchbeamten und alle überflüssigen Stellen zu beseitigen seien; um die Arbeitslosigkeit zu mildern, sei sofort die allgemeine Arbeitsdienstpflicht einzuführen, auch weitere Reformen der Sozialversicherung müßten verlangt werden. Schließlich forderte man weiteren planmäßigen Abbau der Ausgaben der öffentlichen Hand, Beseitigung der Regiebetriebe, Überführung des öffentlichen Wohnungsbauwesens in die freie Wirtschaft, Abbau der Realsteuern, Senkung der Preise und der überspannten Zinssätze.

Am Tage der Reichstagseröffnung beschloß die Fraktion, ihren Justizminister Bredt zurückzuziehen, damit dem Ergebnis der Wahlen vom 14. September durch Umbildung oder Neubildung des Kabinetts Rechnung getragen werden könne. Jedoch erhob sie kein Bedenken gegen ein nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten abhängiges Verbleiben Bredts auf seinem Posten, wenn die Gewähr gegeben sei, daß die künftige Regierung allen grundlegenden Richtlinien für Gesundung von Volk, Staat und Wirtschaft, welche die Partei aufgestellt habe, folgen werde. Bredt hatte sein Rücktrittsgesuch bereits eingereicht, ließ sich aber dann doch von Hindenburg und Brüning bestimmen, weiter im Amte zu bleiben.

Die Reichstagseröffnung war auf den 13. Oktober festgesetzt. Inzwischen geriet das Volk immer mehr in eine Gewitteratmosphäre. **Nach ihrem Siege brauste die nationalsozialistische Bewegung wie ein Sturm durch Deutschland.** 70 000 Versammlungen wurden abgehalten. Im Hintergrunde stand der Hochverratsprozeß, der gegen die drei nationalsozialistischen Offiziere vor dem Reichsgericht in Leipzig geführt wurde und in dem Hitler selbst als Zeuge auftrat. Hier schied sich ganz offen die junge Generation von der alten. Mit ungeheurer Spannung verfolgten alle Parteien die Verhandlungen. Vor dem Gerichtsgebäude, im Saale ballten sich die Massen, die offen ihre Sympathie für Hitler bekundeten. Der Vertreter des Reichsinnenministeriums, Dr. Zweigert, verschwand ganz im Hintergrunde bei diesem gewaltigen Ringen des Neuen gegen das Alte. Anfang Oktober wurden die Offiziere als Hochverräter zu Festung verurteilt. Die Menge tobte, kaum vermochte Polizei und Feuerwehr sie zu zügeln. Das demokratische *Berliner Tageblatt* schrieb, man hätte keine bessere Propaganda für Hitler machen können!

### Reichswehrprozeß

Auch die **Kommunisten** waren eifrig. In Berlin streikten 126 000 Metallarbeiter. Ihr Lohn genüge nicht mehr. Am Tage der Reichstagseröffnung, dem 13. Oktober, ward Berlin von Unruhen erschüttert. Banden von Erwerbslosen zogen durch die Geschäftsstraßen, besonders die Leipziger Straße, und zerstörten die Schaufenster der Warenhäuser durch ein Bombardement mit Pflastersteinen. Jüdische Hetzer reizten die Masse zu Gewalttaten gegen jüdische Geschäfte: "Jetzt alle in die Leipziger Straße: Wir wollen der Bande da die Scheiben einschmeißen!" **Auf diese Weise sollten Gründe geschaffen werden, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel in Berlin gegen die Nationalsozialisten vorgehen konnte.** Berittene Polizei attackierte mit dem Gummiknüppel die nationalsozialistischen Ansammlungen vor dem Reichstagsgebäude. Drei Tage und drei Nächte hielten die polizeilichen Verfolgungen der Nationalsozialisten an, und immer wieder ereigneten sich Zusammenstöße. Die demokratische Presse wollte diese Ausschreitungen den Nationalsozialisten schuld geben; unter den 108 Verhafteten befanden sich 45 Nationalsozialisten. Doch die Untersuchung ergab, daß diese unschuldig waren. In erhöhtem Maße beunruhigten die nächtlichen Kämpfe des heimlichen Bürgerkrieges zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten die Städte.

So wurde am 13. Oktober der Reichstag eröffnet. 576 Abgeordnete zogen ins Parlament, darunter 107 Nationalsozialisten in braunen Hemden.

### Reichstagseröffnung

Doch die stärkste Partei waren noch die Sozialdemokraten mit 143 Abgeordneten. In der Opposition standen ferner 41 Deutschnationale und 76 Kommunisten. Das Zentrum hatte 68, die Bayrische Volkspartei 19, die Deutsche Volkspartei 30 Abgeordnete. Dann kamen die Wirtschaftspartei mit 23, die Staatspartei mit 20, das Landvolk mit 18 und 5 Splitterparteien mit zusammen 31 Abgeordneten. Gegen den Willen der Nationalsozialisten wurde der Sozialdemokrat Löbe zum Präsidenten des Reichstages gewählt. Erster Vizepräsident wurde der Nationalsozialist Stöhr.

Brüning gab eine längere Erklärung über sein Regierungsprogramm ab. Der Reichstag solle den Notverordnungen zustimmen.

"Höchstes Ziel jeder deutschen Innen- und Außenpolitik ist die Erringung der nationalen Freiheit sowie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung Deutschlands. Der Weg zur Verfolgung dieses Zieles wird wie bisher der Weg des Friedens sein. Eine Politik der Abenteuer lehnt die Reichsregierung ab. Was unser Volk und besonders die Jugend aufs tiefste erregt, ist die Tatsache, daß nach der ersten schweren Enttäuschung über die Nichteinhaltung der **Wilsonpunkte** jetzt nicht einmal die Bestimmungen des **Versailler Vertrages**, die zu unsern Gunsten sprechen, von der Gegenseite eingehalten werden. Das uns gegebene Wort, daß der erzwungenen Abrüstung Deutschlands die freiwillige Abrüstung der anderen folgen werde, ist bisher nicht der Verwirklichung nähergebracht worden."

Die Reichsregierung werde die vertraglich gegebenen Möglichkeiten für den Ausbau der Landesverteidigung ausnutzen, sie werde sich stets für die Erhaltung der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes einsetzen.

Die **Sozialdemokraten** schwiegen zunächst. Dann bestieg **Strasser, der Nationalsozialist**, die Rednertribüne. 106 Braunhemden erhoben sich, reckten die Hände zum faschistischen Gruß und riefen: "Deutschland erwache!" Das volle Haus war auf jedes Wort gespannt.

"Wir wollen an die Stelle des seit zwölf Jahren bestehenden Systems der Schamlosigkeit, der Korruption und des Verbrechens die sittliche Staatsidee des Bismarckischen Reiches wieder setzen. Wir wollen keinen Bürgerkrieg, wir wollen eine neue Ordnung. Nicht Verfassung, sondern Erhaltung der Nation ist das Ziel. Mit uns ist die Vernunft und die Seele des deutschen Volkes. Wir wollen keine Reaktion, sondern Gesundung. Wir scheuen den Krieg nicht, wenn er das letzte Mittel sein sollte um die deutsche Selbständigkeit und soziale Freiheit wieder herzustellen. Als Grundrecht der deutschen Verfassung verlangen wir die Proklamation der allgemeinen Wehr- und Arbeitspflicht. Wir haben das tiefste Mißtrauen gegen dieses Kabinett und werden darum für jeden Mißtrauensantrag stimmen, weil wir die Politik dieses Kabinetts bekämpfen. Wir Nationalsozialisten, denen sich jetzt die Mehrheit des Volkes zugewendet hat, werden alle Macht in Anspruch nehmen, die uns die demokratische Verfassung überläßt. Wir verlangen die Wiederherstellung der deutschen Ehre und darum Vernichtung des Diktates von Versailles und die Vernichtung aller jener Diktate, die auf der Kriegsschuldfrage basieren. Sie mögen hier tun, was Sie wollen. Sie mögen den Reichstag auflösen oder nach Hause schicken. Wir freuen uns auf eine Auflösung, weil dann unserem Volke die Gelegenheit gegeben wird, zu entscheiden über das, was die Marxisten und Zentrümmer mit ihm getrieben haben. Bei uns, mit uns Nationalsozialisten ist das Volk! Deutschland erwache!"

Das waren stolze Worte voller Siegeswillen. Der **Deutschnationale** Oberfohren ergänzte sie dann. Das Volk habe mit den Wahlen eine eindeutig radikale Abkehr von dem bisherigen System der Innen- und Außenpolitik verlangt. Aber die Regierung Brüning habe dem Wahlausgang in keiner Weise Rechnung getragen. Die wirkliche Ursache unserer Wirtschaftsnot seien die Tributzahlungen, davon suche die Regierung durch den Hinweis auf die Weltwirtschaftskrise abzulenken. Seine Partei verwerfe deshalb Brünings Sanierungsplan, weil er die Katastrophenpolitik weiterführe, deren Ende das Chaos sein würde. Der Kampf gegen den Youngplan müsse mit allen Mitteln fortgesetzt werden.

**Dingeldey**, der Sprecher der **Volkspartei**, verlangte von der Regierung energische Maßnahmen zur Behebung der Not und der Arbeitslosigkeit. Die Selbstkosten der Wirtschaft müßten gesenkt werden, der Geist der Wehrhaftigkeit müsse gefördert werden. - Für die **Staatspartei** sprach der Abgeordnete Weber. Die Krise sei eine Weltwirtschaftskrise, dafür sei die Regierung nicht verantwortlich. Not sei vor allem eine bessere Organisation des Absatzes. Die Kartelle müßten der Aufsicht des Staates unterstellt werden. Die Kapitalflucht sei aufs schärfste zu verurteilen, aber sie bewiese

den Mangel an Vertrauen zu Wirtschaft und Regierung. Die Wirtschaft könne sich nur entwickeln, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer einträchtig zusammenwirken. Die Aufhebung der Notverordnung lehnte die Staatspartei ab, aber sie verlangte die Reichsreform. In der Außenpolitik werde Deutschland auch in Zukunft nur etwas auf dem Wege vernünftiger Verhandlungen erreichen können.

Inzwischen hatten Nationalsozialisten und Deutschnationale Mißtrauensanträge eingebracht. Die Kommunisten erklärten ihre Zustimmung. Dagegen beantragten Zentrum, Deutsche Volkspartei, Bayrische Volkspartei, Staatspartei und Volksnationale Reichsvereinigung, die Regierungserklärung zur Kenntnis zu nehmen und über alle eingebrachten Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen. Mit 318 gegen 236 Stimmen wurde dieser Antrag angenommen. Nach einer Sitzungsdauer von 10 Tagen wurde der Reichstag auf den 3. Dezember vertagt. -



*Eduard Dingeldey, Führer der Deutschen Volkspartei. Photo Scherl.*

Brüning hatte die Erkenntnis gewonnen, daß er mit diesem Reichstag nicht zusammenarbeiten könne. Die beiden Gewalten des Staates, Volk und Regierung, hatten nicht mehr die gleichen Ziele, die gleiche Willensrichtung. Damit war auch das Bindeglied zwischen Volk und Regierung, welches dem Staate erst seinen demokratischen Inhalt gab, der Parlamentarismus, gegenstandslos geworden. In allen Tonarten sang man im Herbst 1930 das Lied von der Krise des Parlamentarismus in Deutschland. Was Brüning seit dem Juli mehr gezwungen tat, das tat er nun seit dem Oktober mit wohlwogener, klarer Absicht: er verengerte die parlamentarische Regierungsbasis, indem er nicht mehr den Reichstag, mit dem er nicht arbeiten zu können vorgab, sondern lediglich den Reichsrat als die parlamentarische Körperschaft betrachtete, der er Rechenschaft abzulegen schuldig war. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, gab diesem Wandel scharfgeprägten Ausdruck in einer Rede Anfang Dezember:

"Wir haben schon seit geraumer Zeit die Grundlagen des bisherigen Parlamentarismus verlassen und sind zu einem andern Parlamentarismus hinübergewandelt, den wir für sachlicher halten. Was bedeutet es denn, daß jetzt der Reichsrat der Boden geworden ist, wo die Regierung ihr Programm entwickelt? Nichts anderes als die sichtbare Bestätigung der Tatsache, daß der Parlamentarismus in seinen alten Grundlagen solchen außergewöhnlichen Zeiten nicht gewachsen ist."

Um die Demokratie zu retten, tat Brüning den Schritt zur Direktorialregierung, hatte er sich entschlossen, im Bunde mit Hindenburg die halbe Diktatur der Demokratie zu errichten. Vor allem hatte Brüning die Sorge, daß es ihm gelingen möge, die Reichsfinanzen zu sanieren. Ende Oktober hatte das Reich den stattlichen Fehlbetrag von 772 Millionen. Brüning, Stegerwald und Dietrich sprachen vor dem Reichsrat herrliche Worte von Sparsamkeit, Vereinfachung und Umgestaltung der Bauwirtschaft, Senkung der Realsteuern, daß die Herren vom Reichsrat in allen Stücken einverstanden waren. Die Frucht der Bemühungen war die umfassende **erste Notverordnung vom 1. Dezember zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen**, ein wahres Mammutwerk, das von Grund aus die öffentlichen Einnahmen, die Steuern, die sozialen Maßnahmen usw. dem Notstand des Volkes anpassen wollte.

### **Direktorialregierung**

Vor allem hatte der Reichswirtschaftsminister seit dem Sommer einen Gedanken, von dem er glaubte, daß er dem Volke das Heil und das Glück bringen würde. Er forderte unentwegt eine **Senkung der Preise**. Große Verhandlungen mit allen möglichen Industrie- und Handelsvertretern wurden gepflogen, und meist war es so, daß niemand einer Preissenkung zustimmen wollte, wenn nicht zugleich auch auf allen andern Gebieten Verbilligungen erfolgten. Vor allem glaubten die Arbeitgeber, daß nun der Zeitpunkt zum Abbau der Löhne und Gehälter gekommen sei. Für Dietrich waren die

Preissenkungsverhandlungen keine leichte Sache. Trotzdem forderte er nach wie vor "Preissenkung bis zum letzten Verbraucher". Denen aber, die Widerstand leisteten, kündigte er Anfang November an: "Die Reichsregierung wird alle Widerstände brechen. Wenn es nicht ohne Zwang geht, dann erfolgt rücksichtslosester Druck im Interesse von Volk und Wirtschaft." In der Tat traten einige kleine Ermäßigungen der Preise für Brot, Fleisch, Milch, Obst, Gemüse, Kartoffeln, Seefische, auch für Bekleidung ein. Aber sie waren nicht von langer Dauer. Die Wirtschaft war stärker als der Wirtschaftsminister.

Vornehmlich durch die **Preissenkungspolitik** zog sich die Regierung den Groll der **Wirtschaftspartei** zu. Ende November zog dann die Partei ihren Justizminister Bredt aus der Regierung zurück und lehnte weitere Unterstützung des Kabinetts ab. Die Ereignisse der letzten Zeit hätten bewiesen, daß die Reichsregierung ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versuche. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei könnten auf diesem Wege die großen lebenswichtigen Probleme des deutschen Volkes in der Innen- und Außenpolitik nicht gelöst werden.

**Schwierigkeiten  
der Regierung**

Auch die **Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei** erteilte Brüning Anfang Dezember eine scharfe Absage. Das Scheitern des deutschen Abrüstungsvorstoßes in Genf war die Ursache. Die Kardinalforderung der Partei sei die Gleichhaltung Deutschlands mit den andern Mächten in der Abrüstungsfrage. Auch müßten die Ostgrenzen einer Revision unterzogen werden. Die gemeinsame Front aller nationalen Kräfte sei notwendig.

Mit dem Abschwenken dieser beider Parteien hatte die Regierungsfrent im Reichstag eine Einbuße von 41 Stimmen erlitten. Doch die **Deutsche Volkspartei**, deren Vorsitz Dingeldey an Stelle von Scholz am 1. Dezember übernommen hatte, hielt an Brünings Seite aus. Sie betrachtete es als ihre Pflicht, da sie streng antimarxistisch sei, auch ein Kabinett zu unterstützen, das die Beziehungen zur Sozialdemokratie ablehne. Der Außenminister Curtius, der allerdings nicht ebenbürtige Nachfolger Stresemanns im Reichskabinett, war der Vertreter dieser Partei in der Reichsregierung. Sie ließ aber keinen Zweifel darüber, daß sie auch bereit sei, aus der Regierungsfrent abzuschwenken, wenn Brüning der Linken irgendwelche Zugeständnisse machen sollte. So verschieden waren die Auffassungen! Die Wirtschaftspartei löste ihre Verbindung mit Brüning, da er sich zu stark an die Sozialdemokratie anlehne, die Volkspartei unterstützte Brüning, um ihn weiter im antimarxistischen Lager zu halten.

**Inzwischen wuchs die Not des Volkes immer ungeheuerlicher. Die Wirtschaft starb, die Arbeitslosigkeit wuchs.** Anfang November gab es  $3\frac{1}{4}$  Millionen Arbeitslose, Mitte November  $3\frac{1}{2}$  Millionen, Ende November  $3\frac{3}{4}$ , Mitte Dezember 4 Millionen. Mitte Dezember 1929 betrug die Zahl 2,36 Millionen. Der tägliche Zuwachs der Arbeitslosen betrug also in den Spätherbstwochen mehr als 16 000! Zusammenbrüche und Stilllegungen großer Betriebe führten zu dieser unheimlichen Entwicklung. **Geradezu katastrophal erging es den deutschen Bauern.** Im Jahre 1930 wurden im Reiche 16 159 bäuerliche **Zwangsversteigerungen** eingeleitet und davon 4 500 durchgeführt. Das Ergebnis war, daß für 574 Millionen Mark Schulden nur 100 Millionen Mark erzielt wurden. Die Gläubiger büßten mehr als vier Fünftel ihrer Kapitalien ein! - Die Einsichtigen rieten zur Vernunft: Immer lauter wurden die Stimmen, welche die Revision des Youngplanes forderten. Schacht forderte sogar endgültige Abschaffung der Reparationen.

**Vorgänge  
im Reich**

**Und immer wilder wurden die Leidenschaften der hungernden Menge.** Kein Tag verging, ohne daß in verschiedenen Teilen des Reiches sich die Erwerbslosen zusammenrotteten und Gewalttaten begingen. Überall erfolgten Zusammenstöße mit der Polizei. An einem Tage Ende Oktober wurden in Berlin sieben Lebensmittelgeschäfte nacheinander von bewaffneten Banden ausgeraubt. Solche Dinge kamen jetzt täglich in Berlin vor. **Und wie schon in den früheren Jahren, organisierten die Kommunisten diese Revolten planmäßig in der Hoffnung, so den Staat zu stürzen und die Macht in die Hände zu bekommen.** Seit Anfang Dezember hallte Deutschland von Rebellion und Aufstand wider. In **Chemnitz** schränkte der Rat der Stadt den Straßenbahnverkehr ein; das war An-

laß, Barrikaden zu errichten und gegen die Ordnungsmacht des Staates zu kämpfen. In **Berlin** wurde geplündert. **Leipzig** wurde der Schauplatz blutiger Krawalle. In **Dresden** wurde gegen den Hunger demonstriert. Eine Welle schwerer Unruhen brauste am 10. Dezember über Deutschland hin. Viele Tausende aufgewühlter Menschen liefen Sturm gegen den Hungerstaat, gegen die Hungerregierung, **in Berlin und Breslau, in Kolberg, in Chemnitz und Plauen, in Thüringen, Oldenburg, Hameln, Cannstadt, in Düsseldorf und Bonn. In St. Pauli zu Hamburg** kam es aus Anlaß einer kommunistischen Massenkundgebung gegen Hunger und Arbeitslosigkeit zu schweren Schießereien. Das Schreckgespenst des Bürgerkrieges erhob sich erbarmungsloser denn je, und die Behörden konnten feststellen, daß die Kommunisten über Waffen verfügten; fand man doch bei einem Führer in Bayern vier schwere Maschinengewehre!

**Auch die Nationalsozialisten rührten sich. Aber sie verfolgten keine niedrigen Zwecke, sondern bäumten sich in einer großen Idee gegen die Beschimpfung des Vaterlandes auf;** das von der demokratisch-pazifistischen Presse propagierte Buch Remarques: *Im Westen nichts Neues*, das eine Verunglimpfung des deutschen Heeres darstellte und in seiner gefährlich verschleierte Würdelosigkeit die Ehre und das Empfinden jedes Kriegsteilnehmers aufs tiefste beleidigte, war verfilmt worden. Bei der Erstaufführung des Films in Berlin kam es am 8. Dezember zu gewaltigen Tumulten im Lichtspieltheater, die sich auf den Nollendorffplatz fortpflanzten. Die Polizei konnte kaum Herr der Lage werden. **Die Nationalsozialisten waren die Sprecher des anständigen Deutschland. Sie brachen mit ihrem Sturm gesunden Empfindungen weiter Volkskreise Bahn.** So verlangte die Sächsische Regierung Verbot des Filmes, in Thüringen, Braunschweig und Baden durfte er nicht aufgeführt werden. Das Reichswehrministerium sprach sich gegen ihn aus, und die Besitzer der Lichtspieltheater lehnten ihn ab. Am 11. Dezember verbot die Filmoberprüfstelle den Film. Es sei der Film nicht des Krieges, sondern der deutschen Niederlage "und ich möchte das Volk sehen, daß sich die Darstellung der eigenen Niederlage gefallen läßt!" Darüber große Empörung bei den Demokraten und den Sozialdemokraten, besonders bei den betreffenden Ministern Preußens. Um sie zu versöhnen, wurde von der Filmoberprüfstelle am folgenden Tage der Film vom **Koblenzer Stahlhelmaufmarsch** verboten, er könnte im Ausland Anstoß erregen. Aber weder das Ministerium des Äußeren noch das der Reichswehr hatten Einwände gegen diesen Film erhoben!

In diesen turbulenten Zeiten hatte sich der Reichstag wieder versammelt. Dietrich machte den Abgeordneten in langer Rede den neuen Etat schmackhaft, der anderthalb Milliarde niedriger sei als der gegenwärtige. Es sei überall gespart worden, wo es anging. Seine Positionen waren folgende: Überweisungen an Länder und Gemeinden 3 Milliarden, innere und äußere Kriegslast 4 Milliarden, Verzinsung und Tilgung der Reichsschulden 1 Milliarde, desgleichen für soziale Zwecke 1 Milliarde, und für Verwaltung des Reiches schließlich 1½ Milliarde. Aber die Opposition kämpfte gegen die Notverordnung des 1. Dezember. Sie wollte eine gleiche Lage schaffen wie im Juli und die Reichstagsauflösung erzwingen oder den Sturz der Regierung Brüning. So beantragten also Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten am 6. Dezember die Aufhebung der Notverordnung. Der Antrag wurde mit 292 gegen 254 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit der Regierung betrug kaum mehr 40 Stimmen. Sie hatte durch den Abfall der Landvolk- und Wirtschaftspartei 40 Stimmen verloren. Auch bei den anderen Abstimmungen zeigte sich, daß Brüning nur auf schwacher Basis stand. Seine Mehrheit betrug meist 40 Stimmen, erhöhte sich aber bisweilen noch auf 70.

**Dezembersitzung  
des Reichstages**

Vor Weihnachten wurde der Reichstag nach Hause geschickt, vertagt bis zum 3. Februar. Die Überzeugung vom Bankrott des Parlamentarismus hatte sich allgemein im Volke verbreitet. **Ein trübes Weihnachtsfest der Hoffnungslosigkeit ging über das Volk.** In Berlin und Hannover, in Duisburg, Weimar und anderen Städten **demonstrierten die Erwerbslosen am Heiligen Abend.** Kommunisten störten die Gottesdienste, und die Kirchengemeinden mußten wieder nächtliche Wachen vor den Gotteshäusern einrichten, um Kirchenschändungen durch Gottlose zu verhindern.

Drohend zog am politischen Himmel Deutschlands die **Finanzkatastrophe** auf. Durch die Inflation und eine verantwortungslose Pumpwirtschaft war Deutschland in einen Zustand nicht nur der Ver-

armung, sondern auch der Verschuldung hineingeraten, der unweigerlich eine Katastrophe heraufzuführen mußte. Die Männer der Regierung und der Wirtschaft glaubten diesen bevorstehenden Zusammenbruch zu verhindern, indem sie die Schraube, die erst nach vorwärts immer stärker angezogen worden war, einfach zurückdrehten: sie redeten von Preisabbau und vom Abbau der Löhne und Gehälter. Aber viel Köpfe, viele Sinne, es blieb in der Hauptsache nur bei großen Worten.

Der **Bergbau des Ruhrgebietes** wagte Anfang Januar 1931, die Löhne abzubauen. Dazu kündigte sie die Belegschaften. Sofort entfesselten die örtlichen Zellen der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition Streiks auf den Zechen. Im Revier **Hamborn, Recklinghausen, Hamm** hatten am 2. Januar 2500 Bergleute, die Hälfte der Belegschaft, die Arbeit niedergelegt und hinderten die Arbeitswilligen an der Arbeit. Am nächsten Tage hatte die Bewegung auch auf **Gladbeck, Mörs, Gelsenkirchen** übergegriffen, und es wurden etwa 16 000 Ausständische gezählt. Man plante Terrorakte, Unterbrechung von Gas, Wasser, elektrischem Strom. In **Mörs** kam es zu einem regelrechten Feuergefecht mit der Polizei. In **Lintfort** versuchten 2000 Mann die Polizeiwache zu stürmen. Bei dem Gefechte mit der Polizei, das eine Stunde dauerte, hatten die Angreifer zahlreiche Verluste. Auch in **Bottrop, Langenbochum** gab es schwere Zusammenstöße. In **Marl** wurde die Polizei mit Flaschen und Ziegelsteinen beworfen. In der nächtlichen Dunkelheit - alle Laternen waren zertrümmert worden - wurde aus den Häusern auf die Polizeibeamten geschossen. Doch sie blieben Herren der Lage.

**Kommunistische  
Unruhen**

Besonders heftig war der Streik im linksrheinischen Gebiet. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften mahnten zur Ruhe, doch um so erbitterter wurden die **Kommunisten**. Sie organisierten Frauenbataillone. Diese führten Nadelkissen mit, die sie den Arbeitswilligen ins Gesicht schlugen. Ihre Kinder mußten sie begleiten, "zur wirkungsvollen Abwehr der Polizeikosaken". Hinter den Bemühungen der Kommunisten standen große politische Ziele; sie wollten einen roten Einheitsverband der Bergarbeiter schaffen, einen politischen Massenstreik entfesseln und die Regierung Brüning sowie die "faschistische Diktatur" stürzen.

Erst das energische Durchgreifen der Polizei, Haussuchungen in **Bochum**, wobei 100 Kommunisten verhaftet wurden, Versammlungsverbot in **Recklinghausen** und die durch den Lohnausfall heraufgeführte Not brachte die gefährliche Welle zum Rücklauf. Am Mittag des 5. Januar waren es nur noch 5000, zwei Tage später nur noch 2500 Streikende.

Inzwischen hatten in **Essen** die Schlichtungsverhandlungen begonnen. Die Bergarbeiterverbände lehnten zwar die Lohnabbauforderungen des Zechenverbandes ab, verurteilten aber ebenso die wilde Streikbewegung der Kommunisten. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald begab sich selbst ins Ruhrgebiet, versuchte vergeblich zu vermitteln. Die Sache war so hoffnungslos, daß die Regierung bereits daran dachte, den Ruhrbergbau, der mit Stilllegung drohte, durch gewisse Subventionierung in Form von baren Zuschüssen in die Lage zu versetzen, die bisherigen Löhne weiterzuzahlen. Am 8. Januar beendete Hindenburg den Ruhrkonflikt durch **Notverordnung**. So wurde denn nach zwei Tagen der Schiedsspruch gefällt, welcher die Löhne um 6 Prozent senkte. Die Kommunisten drohten mit einem neuen Streik, doch kam dieser infolge der Ablehnung der Gewerkschaften nicht zustande.

Inzwischen bemühte sich der Reichsfinanzminister Dietrich auf seine Weise, der Wirtschaftsnot zu steuern. Er forderte energischen Preisabbau, schlug aber auch vor, statt den Arbeitslosen die Versicherungsgelder auszuzahlen, diese Summen zur Verbilligung und Vermehrung der Produktion zu verwenden. Man solle für jeden Arbeitslosen, der in die von der Krisis befallene Wirtschaft wieder eingereiht werde, dem Betriebe eine entsprechende Summe zahlen. Dies sei aber nicht etwa als Subventionierung, als Unterstützung des Unternehmers von Reichs wegen, aufzufassen.

**Arbeitslosigkeit**

Dieser Plan löste bei den Ministerkollegen Dietrichs Kopfschütteln aus. Sie waren sehr skeptisch und befürchteten nur einen vorübergehenden Erfolg. Denn die Frage der Beschäftigung der Arbeitslosen sei weniger eine Frage der Produktion als vielmehr des Absatzes. Aber die sozialdemokrati-

schen Gewerkschaften waren entrüstet. Sie argwöhnten sofort einen hinterlistigen Angriff auf die Arbeitslosenversicherung, und die schützten sie ja wie ihr Heiligtum!

Eine andere Lösung des **Arbeitslosenproblems** versuchte Stegerwald. Am 11. Januar erörterte er mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft die dem Reichstag vorliegenden Anträge auf Einführung der **Arbeitsdienstpflicht**. Allerdings lehnten Arbeitgeber wie Gewerkschaften aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen die Arbeitsdienstpflicht ab. Man kam zu dem Schlusse, daß der Wert der Produktion und die Belegung der Kaufkraft unsichere Größen seien. Die gegenwärtige Krise sei bedingt durch die vorwiegend unzureichende Kapitaldecke und die fehlenden Absatzmöglichkeiten. Man leide ohnehin an Überproduktion. Da könne auch der Arbeitsdienst keine Abhilfe schaffen.

Nichtsdestoweniger propagierten die nationalen Kreise weiterhin den freiwilligen Arbeitsdienst. Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Deutsche Arbeitsdienstpflicht, der sich 61 nationale Parteien und Verbände angeschlossen hatten, kamen am 17. Januar mit einem Vertreter des Arbeitsministeriums zusammen und forderten die freiwillige Dienstpflicht. Sie sagten, die Berechnung des Ministers eines Arbeitslosentagewerks mit 10 Mark sei viel zu hoch. Dennoch erklärte der Vertreter des Ministers, die amtlichen Stellen stünden den ganzen Bestrebungen in dieser Richtung vorläufig noch abwartend gegenüber. Gewiß würde der Einsatz von 450 000 Mann die Arbeitslosenkosten um 420 Millionen verringern. Aber er müsse doch den Standpunkt vertreten, den der Minister in seiner Aussprache mit den Wirtschafts- und Gewerkschaftsführern gewonnen habe. So war auch diese Hoffnung auf eine Herabminderung der Arbeitslosigkeit gescheitert. Aber die Reichsregierung setzte jetzt unter dem Vorsitz des ehemaligen Reichsarbeitsministers Brauns eine Kommission ein, die nach Mitteln suchen sollte, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

**Regierung und Volk waren machtlos der wachsenden Not gegenüber. Nicht allein die Privatwirtschaft litt unter dem Versiechen der Einnahmen, auch die großen Reichsbetriebe spürten es ganz empfindlich.** Die Reichsbahn hatte 1930 rund 800 Millionen Einnahmeausfall gehabt, die Reichspost 120 Millionen. Diese Verluste konnten nicht ersetzt werden durch erhöhte Arbeitsleistungen. Denn die Lösung der Arbeitslosenfrage scheiterte nicht bloß am Widerstand der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, sondern auch an der absoluten Unmöglichkeit der Wirtschaft, ihre Produktion zu steigern. Der Abbau der Preise scheiterte am Widerstande weiterer Wirtschaftskreise, die ihrerseits Senkung der Zinsen, der Löhne und der Steuern forderten. Damit aber waren nicht die Banken, die Arbeitnehmer und die Regierungen einverstanden. So sah Dietrich Mitte Januar sich genötigt, zu erklären, für die Zukunft könne niemand mit Bestimmtheit vorhersagen, ob es besser oder schlechter werde. Mit der behördlichen Preissenkungsaktion müsse endlich einmal Schluß gemacht werden, sonst werde eine Wirtschaftserholung nicht möglich sein. **So stieg die Ziffer der Arbeitslosen unaufhaltsam**, von 4,4 Millionen Ende Dezember auf 4¾ Millionen Mitte Januar, auf 4,9 Millionen Ende Januar. Etwa anderthalb Hundert Lohntarife waren bis Ende Januar gekündigt.

**Maßnahmen auf Lohnabbau, die von den Regierungen ergriffen wurden, wirkten wie ein Tropfen auf einen heißen Stein.** Bei den Eisenbahnern wurde der Lohn herabgesetzt, trotz heftigem Widerstreben. Bei den Reichs- und Staatsangestellten wurde eine fünfprozentige Gehaltsenkung durchgeführt. Man sann auch noch auf andre Mittel, das ungeheure Mißverhältnis zwischen brachliegenden Arbeitskräften und mangelndem Gelde zu mildern. In Sachsen entließen die Gemeinden, Bezirks- und Zweckverbände die Doppelverdiener. Die Preußenregierung hatte große Pläne. Sie erdachte gleich vier wirksame Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern: es sollte in einzelnen Wirtschaftsgebieten die Kurzarbeitswoche von 5 Tagen oder 40 Stunden eingeführt werden. Man wollte ein neuntes Schuljahr einrichten, das, wie Handelsminister Schreiber sagte, eine Viertelmillion Jugendlicher vom Arbeitsmarkt fernhalte. Die Kosten von etwa 15 Millionen hierfür seien geringer als die Kosten für eine Viertelmillion Arbeitslose. Man entwarf ein großzügiges Meliorationsprogramm, 78 000 Arbeitslose sollten bei der Erschließung von Hoch- und Niederungsmooren und bei der Intensivierung von Grünlandwirtschaften verwendet werden. Man wollte für

das kommende Jahr keine ausländischen Wanderarbeiter zulassen, so würden weitere 110 000 Arbeitslose Beschäftigung finden. Nichts von all den großen Plänen wurde Wirklichkeit. Im Gegenteil, der Reichsrat ließ Ende Januar mit Rücksicht auf die Lage der Landwirtschaft die Verwendung von ausländischen Wanderarbeitern in beschränktem Umfange wieder zu, doch sollten vier Fünftel wenigstens weibliche Kräfte sein. -

**Dabei nahm die politische Spannung immer leidenschaftlichere Formen an.** An die Seite der Kommunisten trat jetzt auch das Reichsbanner in seinem Kampfe gegen die Nationalsozialisten. Hörsing, der Führer, erklärte Anfang Januar in Husum, die Lage sei ganz katastrophal, es könne jeden Augenblick zur Explosion, zum **Bürgerkrieg** kommen. Der Nationalsozialismus sei eine moderne Krankheit. Das Reichsbanner sei zwar bisher etwas schlapp gewesen, aber es werde schon Adolf, gemeint war Hitler, überwinden. Von nun an wurden die Formationen des Reichsbanners in regelrechten militärischen Kursen ausgebildet, so daß Hörsing Ende Februar feststellen konnte, 160 000 ausgebildete Reichsbannerleute stünden der Republik zur Verfügung.

**Verschärfung der inneren Gegensätze**

**Schwere kommunistische Ausschreitungen gegen Nationalsozialisten forderten täglich Blutopfer.** In **Güstrow in Pommern** kam es zu Kämpfen, in **Berlin** wurde eine richtige Saalschlacht geschlagen. In einer nationalsozialistischen Versammlung erhoben sich 600 Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 2000 Nationalsozialisten. Über 100 Verletzte wurden vom Platze getragen. In **Altona, in Brunsbüttel-Koog, in Bismarck, bei Königsberg, in Danzig, in Geesthacht bei Hamburg, in Hannheim im Rheinland** - überall prallten die Gegner aufeinander. **Kommunistische Waffenlager** wurden in **Berlin**, in einem Kinderheim zu **Elgersburg in Thüringen**, in **Düsseldorf-Germersheim** ausgehoben. Immer aufs neue entdeckte man verborgene Waffen, deren Bestimmung auf den kommenden Bürgerkrieg hinzielte. Selbst das Zentrum begann Streitkräfte zu formieren zum Kampf und Abwehr gegen die Nationalsozialisten, Prälat Ullrich bildete in Oberschlesien die "Kreuzschar". So wurde die Front von Tag zu Tag breiter gegen die Nationalsozialisten, die in siegesgewisser Kühnheit im Kampf ums Dritte Reich die Hand bereits nach der Macht ausstreckten.

In den Reichstagsausschüssen spiegelte sich die zunehmende Kampf Stimmung wider. **Finanzminister Dietrich** mußte ein düstres Bild von der Finanzlage des Reiches geben. **Der Etat für 1930 schloß mit 1 Milliarde Fehlbetrag ab.** Was nun? Alle Maßnahmen, welche die Regierung ergriffen habe und noch ergreifen werde, hätten das Ziel, der Wirtschaft wieder Auftrieb und Rentabilität zu geben und eine möglichst große Anzahl Erwerbsloser wieder in den Arbeitsprozeß einzufügen. Der Nationalsozialist Albrecht entgegnete, seine Partei würde alle diejenigen Beamten ohne jede Pension abbauen, die in den letzten zwölf Jahren auf Grund ihres Parteibuches sich in Amt und Würden hineingeschlichen hätten. Er verlangte Ablehnung sämtlicher Tributzahlungen und den Rücktritt des Ministers. Selbst die Volkspartei, die bisher noch zur Regierung gestanden hatte, drohte mit Opposition. Sie machte Dietrich den Vorwurf der Leichtfertigkeit, er berücksichtige nicht den Ausfall der Reichseinnahmen durch den Rückgang der Wirtschaft. Alle seine Maßnahmen seien halb. Die Partei machte ihre Mitarbeit am Etat abhängig von der Vorlegung eines Programms vor der Etatsberatung im Reichstagsplenum, das noch mindestens 300 Millionen Abstriche vorsehe. Der Sozialdemokrat Hilferding wies auf das Defizit der Gemeinden hin, das 1931 auf 1,1 Milliarde anwachsen werde. - Ja, die Regierung war in der Tat machtlos und gehetzt.

Zu offenem Gegensatz kam es am 22. Januar bei der Beratung des Justizetats. Ein Nationalsozialist erwiderte auf Beleidigung von

**Regierungsschwierigkeiten**

seiten der Sozialdemokratie: "Bekanntlich betreiben die Sozialdemokraten seit zehn Jahren Hochverrat." Der nationalsozialistische Vorsitzende des Ausschusses weigerte sich, seinen Parteigenossen zur Ordnung zu rufen. Darauf verließen die Sozialdemokraten den Saal, Kommunisten und Zentrum schlossen sich an, da es doch zwecklos sei, ohne eine solche große Partei weiterzuberaten.

Bei den weiteren Besprechungen im Haushaltsausschuß beantragten die Sozialdemokraten, die Kürzung der Beamtengehälter zu staffeln. Doch lehnten Dietrich und andere Parteien dies ab, da hierdurch der finanzielle Ertrag in Frage gestellt würde und die Besoldungsordnung erheblich

zerschlagen würde. Auch ein nationalsozialistischer Antrag wurde abgelehnt, welcher die Kürzung der Gehälter bis zu 20 Prozent bei Oberbürgermeistern und ähnlichen Beamten staffeln wollte.

**Zentrum und Sozialdemokratie waren unterdessen dabei, ein neues Mittel zu ersinnen, um die Opposition der Regierung im Reichstag zu knebeln.** Sie berieten gemeinsam über eine Parlamentsreform durch Änderung der Geschäftsordnung, um ein ungestörtes Arbeiten des Parlamentes zu sichern und es vor Beschimpfungen und Störungen zu schützen. Im Zusammenhang hiermit wurden dem Geschäftsausschuß des Reichstags Ende Januar 283 Anträge auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten zugeleitet; davon bezogen sich 209 Anträge auf Nationalsozialisten, und 65 auf Kommunisten. Der Nationalsozialist Stöhr kämpfte energisch dagegen. Nach langer Aussprache wurde endlich mit einer Stimme Mehrheit die Immunität des Nationalsozialisten Spangemacher aufgehoben.

Brüning hat sich inzwischen mit dem Problem der **Osthilfe** beschäftigt. Er hat die Grenzmark bereist und wurde mit feindlichen Kundgebungen der Kommunisten und Erwerbslosen empfangen, wie übrigens kurz danach auch auf einer Reise nach Chemnitz. Der Reichskanzler beschloß eine Erweiterung des geplanten Osthilfegesetzes in der Weise, daß dem deutschen Osten eine Milliarde Mark in sechs Jahresraten zur Verfügung gestellt werden sollten. Ende Januar schien es so, als sei zwischen dem Kanzler und der parlamentarischen "Grünen Front" eine Einigung in den Fragen der Osthilfe und Agrargesetze erzielt. Brüning atmete auf. Er glaubte, bei der bevorstehenden Reichstagsitzung eine kümmerliche Mehrheit von 20 bis 30 Stimmen zu erlangen.

Doch da bereitete ihm der **Reichslandbund** eine neue Enttäuschung. In einer Riesenversammlung Anfang Februar machten die Landwirte dem Kanzler schwerste Vorwürfe. Zehn Monate sei nichts getan. Der Bauer habe tiefstes Mißtrauen gegen die Regierung. Tönende Worte aber und halbe Maßnahmen lehne die Landwirtschaft ab, denn diese führen nur zu Mißerfolgen.

Zum Überfluß wurde jetzt auch die **Volkspartei** völlig rebellisch. Sie teilte nicht Dietrichs Optimismus und verlangte 300 Millionen Abstriche am Etat. Es sei ja zwecklos, wenn die Parteien Sanierungsanträge stellten. Diese würden in den Ausschußbesprechungen zerrieben. Die Regierung müsse selbst Abhilfe schaffen und Vorschläge machen. Die Lage sei ernst, und die Volkspartei werde die Konsequenzen ziehen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden.

Brüning sah sich veranlaßt, nun selbst mit der Volkspartei zu verhandeln. Er machte Zugeständnisse, und schließlich - der Reichstag war schon eröffnet, - kam noch einmal eine Einigung zustande. Brüning versprach, Ausfälle von Reichseinnahmen nur durch weitere Ausgabenkürzungen, nicht durch Erhöhung der Lasten oder Vermehrung der Schulden auszugleichen. Dafür aber wollte Brüning vom Reichstag eine Sparerermächtigung fordern. -

Das waren schwere Sorgen, mit denen die Regierung der kommenden Reichstagsitzung entgegen sah. Die Dinge standen mit großer Wahrscheinlichkeit so, daß Brüning keine Mehrheit erlangen konnte. Dann mußte entweder die Regierung zurücktreten oder der Reichstag aufgelöst werden. Beides wollte Brüning nicht. Nur keine Reichstagsauflösung, auf welche die nationale Opposition ihre Hoffnung setzte! Hatten doch die Nationalsozialisten bereits beim Reichspräsidenten den Antrag auf Reichstagsauflösung nach Artikel 25 gestellt! Immerhin, man mußte gerüstet sein. Die Regierung rechnete Anfang Februar stark mit einer Vertagung oder gar Auflösung des Reichstages. Sie wollte dann **durch Notverordnung das Wahlalter heraufsetzen, um die nationale Jugend von den kommenden Wahlen auszuschließen.** Aber vorderhand waren diese Gedanken noch tief in der Brust der Regierenden verschlossen. Sie wollten Mut zeigen und dem Reichstag gegenüber treten, ehe sie ihre Staatsstreichpläne enthüllten! Hoffte doch die Regierung auf eine Mehrheit von 25 bis 35 Stimmen für den Etat, wenn Deutsche Volkspartei, Bayrische Volkspartei und Sozialdemokratie geschlossen dafür stimmten.

Am 3. Februar eröffnete der Reichstag seine Sitzung. Dies geschah vollkommen ruhig, und die Reichsregierung nahm vorläufig keine Notiz vom Parlamente, denn bei Beginn der Sitzung waren ihre Plätze

**Reichstagswahlkampf  
Februar 1931**

vollkommen leer. Aber eine gewisse Nervosität hatte die Mittelparteien befallen:

"Die Angst beflügelt den eilenden Fuß,  
Ihn jagen der Sorgen Qualen."

wie **Schiller** sagt. Die Angst um Neuwahlen, welche die Sozialdemokratie beunruhigte.

Schon den folgenden Tag enttäuschte der Reichsfinanzminister Dietrich das hoffende Volk aufs tiefste: es sei gar kein Gedanke mehr, daß die Steuern gesenkt würden, denn dadurch würde das Reich 95 Millionen einbüßen. Damit war abermals ein schöner Traum vergangener Wochen zu Ende. Dann kam Brüning. Die Regierung weise alle Staatsstreichpläne weit von sich. Sie lege Wert darauf, daß der Etat nicht durch Notverordnung, sondern parlamentarisch verabschiedet werde. Man werde bemüht sein, die Ausgaben zu senken und weitere Ersparnisse zu machen. Doch bitte die Regierung um eine Sparerermächtigung.

Als die Reichstagsaussprache am 6. Februar über den Etat begann, verließen die Kommunisten den Saal. Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen schlossen sich an. Sorgen umwölkten die Stirn der Regierung, denn der Reichstag war beschlußunfähig geworden. Jedoch wurden am folgenden Tage nationalsozialistische und kommunistische Mißtrauensanträge abgelehnt, dagegen mit 312 gegen 206 ein Zentrumsantrag angenommen, über die Oppositionsanträge zur Tagesordnung überzugehen.

Am 9. Februar wagte Dr. Bell im Namen des Zentrums den Vorstoß gegen das Parlament, womit er die nationale Opposition treffen wollte. Er sprach von einer Änderung der Geschäftsordnung, um Agitationsanträge zu verhindern. Auch schlug er eine Änderung des Pressegesetzes vor, um dem "vielfachen Mißbrauch der Immunität" ein Ende zu machen. Da entgegnete der deutschnationale Vizepräsident Graf, die ganze Parlamentsreform sei nichts anderes als eine Sicherung des Paktes, den Dr. Faust-Brüning mit Mephisto-Braun geschlossen habe, eine gegenseitige Garantie zwischen Reichskanzler und Sozialdemokratie in Preußen. Der Nationalsozialist Franck schleuderte der Regierung ins Gesicht:

"Behalten Sie diese Republik mit ihren geschäftlichen Vorteilen, wir nehmen uns das deutsche Volk. Sie geben jetzt glatt zu, daß Sie keine rechtliche Möglichkeit mehr haben, mit der nationalen Opposition fertig zu werden. Sie sind darauf angewiesen, sich mit Geschäftsordnungstricks über Wasser zu halten. Die Reichsverfassung wird immer dann gebrochen, wenn es sich um die Nationalsozialisten handelt. Der Antrag Bell ist eine Sammlung von Verfassungsbrüchen. Sie selbst sind heute nur noch da durch einen Irrtum der deutschen Geschichte."

Dennoch wurde der Antrag Bell mit 300 gegen 160 Stimmen angenommen. Auch die Änderung des Preßgesetzes wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten angenommen, schließlich wurde in allen zur Sprache stehenden Fällen die Immunität mit Stimmenmehrheit aufgehoben. Um ½3 Uhr nachts war die Sitzung zu Ende, die 107 Nationalsozialisten erhoben sich und verließen den Saal, das Horst-Wessel-Lied singend.

Als am 10. Februar der Reichstag sich wieder versammelt hatte, legte der nationalsozialistische Vizepräsident Stöhr sein Amt nieder. In flammenden Worten protestierte er gegen die Vergewaltigung der nationalsozialistischen Opposition und erklärte, daß **alle weiteren Beschlüsse dieses Reichstages, der dem Volkswillen nicht mehr entspreche, verfassungswidrig seien** und daß die deutsche Opposition, verkörpert in den Nationalsozialisten, sich in nichts daran gebunden fühle. Sie würden den Reichstag erst wieder betreten, wenn sich die Möglichkeit biete, eine besonders tückische Maßnahme der Mehrheit gegen die Minderheit abzuwehren. **Eine ähnliche Erklärung gaben die Deutschnationalen ab.** Dann verließen Nationalsozialisten und Deutschnationale den Saal, 4 von den 20 Landvolkparteilern schlossen sich an. Stürmische Rausrufe der Regierungsparteien und Sozialdemokraten begleiteten den Auszug der nationalen Opposition.

*Auszug der  
nationalen Opposition*

Das Rumpfparlament tagte dann weiter. Es erörterte Fragen der Außenpolitik, wo man Revision der Kriegsschuldfrage, des Youngplanes und gleiche militärische Sicherheit forderte. Aber der Auszug der nationalen Opposition machte sich im Leben des Volkes unangenehm bemerkbar. Zwar glaubte Severing, einen gewissen Optimismus an den Tag legen zu müssen. Die Staatsmacht, sagte er, sei dieser hetzerischen Opposition überlegen. Er habe den Eindruck, daß heute bei den Nationalsozialisten von Angriff nicht mehr, höchstens von Abwehr die Rede sein könne. Es gelte jetzt, sie weiter zurückzudrängen. Die Nationalsozialisten sollten wissen, daß die Polizei sie beobachte. Hörsing war allerdings etwas nervöser. Er ließ sein Reichsbanner zur Bürgerkriegstruppe ausbilden und hatte, wie er versicherte, bereits eine ausgebildete Schutzgarde von 160 000 Mann. Die republikanischen Parteien sollten endlich Schluß machen mit der Duldsamkeit gegenüber dem Todfeinde der Demokratie.

Die Spannung zwischen der Opposition und dem Rumpfparlament nahm zu. Während die Mehrheitsparteien und Sozialdemokratie daran dachten, den Auszug der nationalen Opposition als Mandatsniederlegung aufzufassen, hielten die Nationalsozialisten an einem Sonntage tausend Versammlungen in Deutschland ab, in denen sie mit beredten Worten das zum Untergang reife System geißelten. Mit den Deutschnationalen verhandelten sie darüber, ob man eine Volksbefragung wegen der Auflösung des Reichstages einleiten sollte. Dann tauchte auch, aber ohne feste Gestalt zu gewinnen, der Gedanke auf, ein Oppositionsparlament nach Weimar zu berufen.

Hierdurch wurde der Reichsinnenminister Wirth sehr beunruhigt und er drohte Anfang März mit der Reichsexekution, falls Frick etwa den Plan verwirklichen sollte, das sei eine revolutionäre Tat.



*General Litzmann in einer nationalsozialistischen Massenversammlung im Berliner Sportpalast, Anfang 1931. [Photo Scherl?]*

Viel schlimmer aber für Brüning und seine Freunde war etwas anderes. **Die starken Kreditabzüge des Auslandes zu Beginn des Jahres** hatte die Führer der deutschen Wirtschaft veranlaßt, bei Frankreich einen Kredit von etwa 400 Millionen nachzusuchen. Ende Januar weilten dann auch acht französische Bankiers in Berlin und verhandelten mit Vertretern der Großbanken, der Metall- und Elektroindustrie. Als dann der Reichstag auseinanderfiel, scheiterten die Verhandlungen mit den französischen Banken, zu denen auch noch Belgier getreten waren. Die ausländischen Geldgeber zogen ihre Angebote zurück, indem sie sich auf die Spaltung des deutschen Parlamentes bezogen. Darin liege ein großes Gefahrenmoment. Anfang März wurde in der französischen Kammer ohne Umschweife gesagt, es sei kein Gedanke daran, daß Deutschland von Frankreich Geld bekomme. Auch Amerika sah diese Ausschaltung der nationalen Opposition mit mißtrauischen Augen an. In der Woche vom 11. bis 17. Februar zog es 30 Millionen Dollar kurzfristige Kredite zurück. Man hatte im Auslande die Besorgnis, daß der Auszug der nationalen Opposition etwa der Anfang eines Bürgerkrieges sein könnte und daß in der Folge die Deutschland geliehenen Gelder verloren sein dürften.

Das allerdings hatte die Reichstagsmehrheit nicht erwartet, als sie so schnell dabei war, den Reichstag auf ein Parlament von "Nur-Regierungs-Anhängern" zu beschränken. Insbesondere Brüning war von dieser Entwicklung wenig erbaut. Immer wieder versuchte er insgeheim, mit den Deutschnationalen anzuknüpfen und ihre Rückkehr zu erreichen. Aber mit harter Entschlossenheit bestand Hugenberg auf seiner Forderung: radikale Trennung des Zentrums von der Sozialdemokratie in Preußen.

Neue Unzufriedenheit rief auch das **Osthilfegesetz** hervor, das vom Reichskabinett Mitte Februar verabschiedet wurde und zur Entschuldung der Landwirtschaft 950 Millionen unverzinslich zur Verfügung stellte. Die Industrie- und Handelskammer von Breslau war enttäuscht, weil nur die äußersten Randgebiete berücksichtigt werden sollten und die bescheidenen Wünsche von Industrie,

Handel und Gewerbe vollkommen unbeachtet geblieben seien. Auch die Landwirtschaftskammer von Niederschlesien war ganz unzufrieden. Und ebenso, wie die Besitzenden der Regierung gegenüber mißtrauisch waren, so versuchten die Arbeitnehmer auf eigene Faust den Gang der inneren Politik zu beeinflussen. Ende Februar begab sich der sozialdemokratische Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, zu Hindenburg, um mit ihm die Lösung des Arbeitslosenproblems zu besprechen. Man müsse die Kaufkraft der Landwirtschaft wieder heben, auch die **40-Stunden-Arbeitswoche** könne schon eine große Zahl von Erwerbslosen wieder in den Wirtschaftsprozeß einreihen. Vor allem aber müsse man alle Angriffe auf die Lohntarife und Sozialversicherung zurückschlagen. Allerdings, gegen die 40-Stunden-Woche war die Reichsregierung ebenso skeptisch wie gegen den Vorschlag der Arbeitsdienstplicht. Stegerwald war der Ansicht, daß von der Verkürzung der Arbeitszeit etwas ganz Entscheidendes nicht zu erwarten sei. Die Krise stelle schwere Anforderungen an die Regierung. Die Preissenkung habe sich noch nicht genügend ausgewirkt. Das Ausbleiben der Preissenkung sei in größerem Maße auch bei der Lohnpolitik zu berücksichtigen. - In der Tat hatte sich die ganze, mit großen Hoffnungen begonnene Regierungspolitik des Preisabbaues und der Lohnsenkung im Februar festgefahren. Sie war auf Widerstände an allen Orten gestoßen und die ganzen Bemühungen der Regierung um Verringerung der Arbeitslosigkeit, welche die Wintermonate ausgefüllt hatte, waren gescheitert. Die Ziffer der Arbeitslosen, die Mitte Februar 4 991 000 betrug, war Ende des Monats ganz unerheblich auf 4 972 000 zurückgegangen.

Aber noch eine ganz andere Folge hatte der Auszug der nationalen Opposition. Der *Vorwärts* triumphtierte am 10. Februar über die "Marneschlacht" der Nationalsozialisten, doch kaum zwei Wochen später erkannten die Sozialdemokraten, daß sie die Marneschlacht verloren hatten! Brüning hatte die Sozialdemokratie in der Gewalt. Dafür, daß das Zentrum bereit war, in Preußen mit der Sozialdemokratie zu regieren, verlangte Brüning, daß die Sozialdemokratie die gegenwärtige Reichsregierung toleriere. Indem Brüning der oppositionellen Sozialdemokratie entgegenkam und um ihre Freundschaft warb, drohte er zugleich bei Widersetzlichkeit mit seinem Rücktritt und einer Regierung der nationalen Opposition bzw. mit einer Reichstagsauflösung. Beides war den Sozialdemokraten in gleicher Weise unangenehm.

So standen die Dinge Anfang März, ohne daß zwischen beiden Verhandelnden eine Einigung erzielt wurde. Die Sozialdemokraten wollten die erste Baurate zum Panzerkreuzer B verweigern. Dann werde der Reichswehrminister zurücktreten. Gut! Die Sozialdemokraten wollten dem Panzerkreuzer zustimmen, aber dafür sollte der Zuschlag zur Einkommensteuer erhöht werden, also eine Art Wehrbeitrag der Besitzenden für den Panzerkreuzer eingeführt werden, es sollte ferner die Gewähr gegeben werden, daß der Lohnabbau nicht weiter durchgeführt und die Sozialversicherung in vollem Umfange aufrecht erhalten werde. Brüning bedauerte, daß die erste Forderung nicht erfüllt werden könne, da der Finanzminister bereits bindend erklärt habe, daß neue oder erhöhte Steuern in diesem Jahre nicht durchgeführt werden könnten, für die anderen Forderungen sei der Reichsarbeitsminister Stegerwald zuständig.

Die Sozialdemokraten blieben hartnäckig. Brüning wurde brüsk: er lehne es ab, sich von dieser Partei Forderungen in solch unberechtigter Form stellen zu lassen. Sollten die Sozialdemokraten gegen den Panzerkreuzer stimmen, so würde er in gleicher Stunde dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt mitteilen. Dem preußischen Ministerpräsidenten Braun und seinem Freunde Heilmann aber ließ der Kanzler sagen: Für den Fall der Ablehnung des Wehretats durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion werde das Zentrum die preußische Regierungskoalition lösen. Die Sozialdemokratie war in eine verhängnisvolle Sackgasse geraten. Also sie durfte um keinen Preis die Verhandlungen abbrechen. Sie selbst war in sich uneins. Die Unversöhnlichen meinten, die Partei habe schon viel zu viel geschluckt, viel zu viel Zugeständnisse gemacht. Es wäre geradezu eine Katastrophe, wenn sie um das Linsengericht einer sehr zweifelhaften Regierung vergesse, was sie ihrem Namen und ihrer Zukunft schuldig sei. Vor allem handle es sich doch darum, ob die Regierung Brüning im Kampfe der Sozialdemokratie zur Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus eine unentbehrliche Barrikade sei, so daß man

**Brüning und die Sozialdemokratie**

ihr auch auf sachlichem Gebiete Zugeständnisse machen müsse, um ihren Sturz zu verhindern. Man müsse sich vor überstürzten Beschlüssen hüten, wenn sie die Ablehnung sozialdemokratischer Forderungen bedeuteten. Die gemäßigte Richtung, die "Ministeriellen" aber wollten reale Politik treiben, sie wollten einer weiteren Ausschaltung von der Regierung des Reiches vorbeugen.

So blieb alles in der Schwebe. Die Sozialdemokraten beharrten auf dem Einkommensteuerzuschlag, obgleich die Regierung und die anderen Parteien ihn glatt ablehnten. Die Volkspartei wandte sich klar und scharf gegen jedes Zugeständnis an die Sozialdemokratie. Brüning wurde des Verhandeln müde, und Stegerwald trat an seine Stelle. Der Sozialdemokratie war nicht wohl in ihrer Haut. Vorsichtig schrieb der *Vorwärts* am 8. März: Die Partei könne zwar den Panzerkreuzer ablehnen, aber ihre Linke sei geschwächt durch die starke kommunistische Partei. Die Mitte allein, vor allem das Zentrum, trage die Verantwortung für den Panzerkreuzer. Vielleicht könne die Sozialdemokratie auch weiterhin noch genötigt sein, eine Regierung der Mitte zu halten, um das Kommen einer halb oder ganz faschistischen Reichsregierung zu verhindern.

Schließlich gab es doch einen Ausweg: Der Haushaltsausschuß nahm die Baurate für den Panzerkreuzer mit allen Stimmen gegen die Kommunisten an, die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme. Der Kampf zog sich über den größten Teil des März hin. Am 20. März wurde im Reichstag abgestimmt. Wels entfesselte mit seiner Rede großen Tumult. Die Sozialdemokratie sei grundsätzlich gegen das Panzerschiff B. Aber sie wolle nicht die Staatsgewalt den Faschisten und terroristischen Feinden der Demokratie ausliefern: "Nieder mit dem Faschismus! Es lebe die Republik! Es lebe die Sozialdemokratie!" Die Panzerkreuzerrate wurde angenommen. 107 sozialdemokratische Abgeordnete hatten vor der Abstimmung fluchtartig den Saal verlassen. Aber 34 Sozialdemokraten stimmten gegen den Panzerkreuzer. An diesem Tage lag der Bruch in der Sozialdemokratie klar vor aller Augen. Die Partei war letzten Endes durch das Verhalten der nationalen Opposition zerschlagen worden.

Nun hatte der Steuerausschuß gegen den Willen der Regierung am 12. März eine Erhöhung der Aufsichtsratssteuer von 10 auf 20 Prozent und einen 10prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für alle Einkommen von mehr als 20 000 Mark angenommen. Auch der Reichstag nahm diese Erhöhungen an mit den Stimmen der Sozialisten, Kommunisten und einiger Abgeordneten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei. Brüning kam nun mit der Volkspartei und den Volkskonservativen überein, diesen Beschluß außer Kraft zu setzen, indem die Regierung beim Reichsrat Aufhebung der neuen Steuern verlangte. Bereits am 27. März hob der Reichsrat die Steuern auf.

Die Sozialdemokraten hatten eine große Schlacht verloren. Was nützte es, daß sie radikale Agitation trieben gegen die Höhere Schule, deren Aufhebung sie verlangten? Was nützte ihnen der kleine Erfolg, daß der Reichstag ihren Antrag annahm, das Verbot des Remarquefilms sei sachlich nicht begründet?

**Das letzte, was dieses Rumpfparlament beschloß, war die Annahme der Zollermächtigung, der Osthilfe, sowie der Vertagung bis zum Herbst, am 24. März.** Diese Vertagung auf den 13. Oktober, die unter lärmendem Protest der Kommunisten beschlossen wurde mit großer Mehrheit der anderen Parteien, war das Bedeutsamste, was dieses Rumpfparlament überhaupt geleistet hatte. Verschiedene Erkenntnisse hatten dazu geführt. Die Regierung Brüning sah, daß sie nicht mit diesem unbequemen Reichstag regieren konnte, die Opposition war zu stark, die Krisis lag stets allzu nahe. Die Regierungsparteien besaßen zu wenig Selbstvertrauen, besonders, da deutsche Volkspartei, Landvolk und Wirtschaftspartei allzu leicht geneigt waren, in die Fußstapfen der nationalen Opposition zu treten. Es war ein ewiges Spiel mit dem Feuer, das mit der Zeit die Nerven überanstrengte. Die Sozialdemokratie war zwar nicht mit einer Vertagung von fast sieben Monaten einverstanden. Während dieser Zeit war die Regierung Brüning, welche von der Sozialdemokratie stets mit mißtrauischen Gefühlen beobachtet wurde, außer Beaufsichtigung. So fühlte sich der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe als Hüter des Parlamentarismus und trat "unter allen Umständen" für eine kurze Sommertagung vor oder kurz nach Pfingsten ein. Aber auch die Sozialdemokratie brauchte andererseits vorläufig eine Atempause, um die ihr beigebrachten Schläge zu

heilen und ihren inneren Riß zu kurieren. So fand man den Ausweg der Vertagung mit der Klausel: Sobald es nötig sei, solle das Parlament auf Vereinbarung zwischen Reichstagspräsidium und Reichsregierung einberufen werden. -

**Politische  
Notverordnung  
März 1931**

**Kaum war der Reichstag nach Hause geschickt, da erließen, am 28. März, Hindenburg, Brüning und Wirth eine Notverordnung, die das neue System der Demokratischen Diktatur in aller Form bestätigte und die gefahrdrohende Entwicklung der nationalsozialistischen Politik im Keime ersticken sollte.** Die Notverordnung war bereits am 18. März auf einer Konferenz der Innenminister der deutschen Länder besprochen und gutgeheißen worden. Brüning aber besaß nicht den Mut, den Reichstag, der noch nicht geschlossen war, von seinen Plänen zu unterrichten, wie ja überhaupt eine gewisse Heimlichkeit und Unaufrichtigkeit, aus innerer Schwäche geboren, das bestimmende Merkmal der Brüningregierung war. Durch diese Notverordnung wurden die Polizeiorgane mit geradezu diktatorischen Vollmachten gegenüber dem politischen Leben des Volkes ausgestattet. Sie erhielten weitgehende Befugnisse, Versammlungen zu verbieten, gegen einzelne Personen einzuschreiten, das Tragen von Uniformen zu verbieten. Plakate und Flugblätter mußten den Polizeibeamten zur Zensur vorgelegt werden, Tageszeitungen durften bis zu 8 Wochen, periodische Zeitschriften bis zu 6 Wochen verboten werden. Ja, um diese gewalttätigen Maßnahmen auch rücksichtslos durchführen zu können, **wurden die in Artikel 48, Absatz 2, der Verfassung genannten Grundrechte der Deutschen außer Kraft gesetzt. Diese außer Kraft gesetzten Grundrechte betrafen die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Briefgeheimnis und was damit zusammenhängt, das Recht der freien Meinungsäußerung und Zensurfreiheit. Das Versammlungsrecht, das Vereinsrecht, das Recht auf Eigentum und Besitz sogar!** Auf die geringsten Vergehen gegen diese drakonischen Bestimmungen stand eine Mindestgefängnisstrafe von drei Monaten!

**Die nationale Opposition erhob Einspruch gegen die Notverordnung.** Sie verlangte Aufhebung. Sie forderte Hindenburg auf, sich von seinen gegenwärtigen Beratern zu trennen. Auch die Kommunisten protestierten. Die Mittelparteien begrüßten den Schritt der Regierung, da er geeignet sei, die nationale Bewegung zu schwächen. Die Sozialdemokraten waren in Sorge, daß sie in ihren Bestrebungen behindert werden könnten.

In **Paris** sprach man vom **ersten Schritt zur Diktatur.** Allerdings hatte man gleich Argwohn, daß das Kabinett Brüning nun eine außerparlamentarische Geheimpolitik treiben wolle. Auch in **Neu-york** beurteilte man die Notverordnung als eine Einführung der Diktatur. Das *World Telegram* meinte, es bestehe nur wenig Hoffnung, die kapitalistische Demokratie in Deutschland zu retten, wenn die Reparationen und Kriegsschulden nicht gestrichen und die Zölle ermäßigt würden. Amerika und die andern Mächte müßten helfen, sonst würde Deutschland das Opfer des Faschismus und dann des Bolschewismus! -

**So war der Parlamentarismus, welcher zwölf Jahre Deutschland regiert hatte, seiner Bedeutung entkleidet worden. Regierung und Parlament verstanden sich nicht mehr.** In dieser höchsten Krisis der Selbsterhaltung griff das herrschende System zum letzten Mittel, das ihm noch übrig blieb: zur **demokratischen Diktatur.** Man hatte wohl noch auf Mittel gesonnen, den Parlamentarismus neu zu beleben. Eins dieser Mittel war der Antrag der Deutschen Volkspartei Anfang März im Reichstag, das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre hinaufzusetzen. Doch die vergreisten Parteien hatten nicht mehr die Kraft, dieses dringende Gebot ihrer Selbsterhaltung durch Verfassungsänderung zu bewirken.

War Brüning mit großer Mühe bestrebt, die Führung des Reiches auf einer mittleren Linie zu halten und die gewaltsame Auseinandersetzung der beiden großen Prinzipien Nationalsozialismus und Sozialdemokratie um die Macht zu verhindern, so wirkten doch in den einzelnen Ländern die feindlichen Tendenzen unmittelbar aufeinander. Heftig war der Kampf der sozialdemokratischen Regierung Preußens gegen die nationale Macht, und ebenso entschlossen kämpfte in der nationalsozialistischen Regierung Thüringens Dr. Frick gegen die Widerstände, die ihm die Sozialdemokratie und der Reichsinnenminister Wirth entgensetzte. Im Winter 1930 zu 1931 standen sich die beiden

hervorragenden Exponenten der beiden Machtkreise, Dr. Frick und Severing, als Innenminister gegenüber: Frick in Thüringen, Severing in Preußen.

**Gegen die gewaltige Entfaltung des Nationalsozialismus ging die Preußenregierung zunächst mit Verordnungen vor.**

**Kampf in  
Preußen**

Im Juni wurde das Uniformverbot herausgegeben, das den Nationalsozialisten wie den Kommunisten das Tragen ihrer Uniformen verbot. Die Nationalsozialisten fochten das Verbot an, und Mitte März 1931 hob das Kammergericht dieses Verbot als unbegründet auf. Aber in der Zwischenzeit machte die Polizei in den Städten energisch Jagd auf jedes braune Hemd der Nationalsozialisten. Die Träger wurden verhaftet und auf der Wache ihrer Uniformstücke entkleidet, häufig auch noch bestraft.

Das Staatsministerium Braun sah sich Anfang Juli 1930 genötigt, den Behörden bekanntzugeben, daß nach "der Entwicklung, welche die nationalsozialistische und kommunistische Partei genommen haben, beide Parteien als Organisationen anzusehen seien, deren Ziel der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung sei." Es wurde den Beamten verboten, sich daran zu beteiligen. Jede Beteiligung sei Dienstvergehen, Verletzung der Treuepflicht gegenüber dem Staate, die disziplinarisch geahndet werden würde. (Übrigens maßregelte gleichzeitig auch Baden verschiedene Lehrer, die sich in der nationalsozialistischen Partei betätigt hatten, und verbot unter Androhung sofortiger Amtsenthebung jede Teilnahme der Unterrichtspersonen an der Partei.)

Ein empfindlicher Stoß für Braun und seine Partei war es, daß er der Forderung Hindenburgs nachkommen mußte, das Stahlhelmverbot in Rheinland und Westfalen aufzuheben, Juli 1930. Die Verschärfung der Gegensätze brachte der Reichstagswahlkampf mit sich. Die nationale Opposition Nationalsozialisten, Deutschnationale und Stahlhelm, führten diesen Kampf zugleich unter der Losung von Neuwahlen in Preußen. Sie verlangten Auflösung des Landtags und machten dem Zentrum bittere Vorwürfe, daß es so lange an der Verbindung mit der Sozialdemokratie festhalte. Als dann der Landtag Mitte Oktober 1930 zusammentrat, ließen die Abgeordneten der nationalen Opposition keinen Zweifel darüber, daß sie das Volk aufrufen würden zur Entscheidung über Neuwahlen. Allerdings wurden die Auflösungsanträge der Kommunisten und Wirtschaftspartei abgelehnt.

**Das Anwachsen der Nationalsozialisten** bewog das Staatsministerium, den bisherigen Innenminister Wäntig durch den entschlosseneren und rücksichtsloseren Severing abzulösen, am 22. Oktober 1930. Severing fühlte in sich die Kraft, den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzunehmen. Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen Severing wurde am 6. November mit nur 33 Stimmen Mehrheit (229 : 196) abgelehnt. Severing ließ vernehmen, daß er nicht davor zurückschrecken werde, wenn nötig mit Reichswehr gegen die Welle des "nationalen Chauvinismus" vorzugehen. Die Möglichkeit eines offenen Aufstandes in Deutschland sei nicht ausgeschlossen, doch werde die Sozialdemokratie alles Mögliche tun, um einer revolutionären Bewegung die Grundlage zu entziehen. Er dachte auch vorübergehend an ein Verbot der nationalsozialistischen Partei, scheute aber davor zurück, da es doch nur die gegenteilige Wirkung haben könne.

**Mit rücksichtsloser Rigorosität gingen Braun, Severing und Grimme gegen die Angehörigen der nationalen Parteien und des Stahlhelms vor. Besonders die akademische Jugend strömte in Massen zur nationalsozialistischen Partei, und so kam es zu ersten schweren Zusammenstößen zwischen Studenten und Staatsgewalt.** In Königsberg hatte der Rektor der Universität zwei schwarz-weiß-rote Schleifen von Kränzen entfernen lassen, welche die Studenten anlässlich des Jahrestages von Langemarck, 11. November, an der Heldentafel niedergelegt hatten. Die Aufschrift "Die deutsche Studentenschaft" sei in dieser Verallgemeinerung unstatthaft. Eine gewaltige Empörung tobte in den Studenten, und durch ihre Demonstration zwangen sie den Rektor, "ausnahmsweise", wie er sagte, die Schleifen wieder anzubringen.

Das gefiel natürlich der preußischen Regierung ganz und gar nicht. Anfang Dezember berief Grimme eine Konferenz der Hochschulrektoren in sein Ministerium. Es seien mehrfach Ausschreitungen an den preußischen Universitäten vorgekommen. Die Studenten hätten versucht, mit Kundgebungen, Zusammenrottungen und Drohungen die akademische Lehrfreiheit zu beeinträchtigen und

gewaltsam auf die Beschlüsse akademischer Behörden einzuwirken. Dagegen müsse man mit aller Festigkeit eingreifen. Er ermahnte die Rektoren, bei ähnlichen Vorfällen im Interesse der Staatsautorität sofort die Polizei herbeizurufen. Gleichzeitig verfügte Severing an die Oberpräsidenten, Präsidenten usw. einen Runderlaß folgenden Inhalts: Die akademische Freiheit sei durch Terror und Gewalt gestört worden. Weder in sachlicher noch in örtlicher Beziehung seien die Befugnisse der Polizei gegenüber den Universitäten, ihren Organen und Besuchern irgendwie beschränkt. Die Polizei habe sofort und mit möglichster Beschleunigung einzugreifen, wenn die Universitätsbehörden dies verlangten.

Auch Grzesinski, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, schritt gegen die Studenten ein. So ließ er gegen Ende November gegen 200 Berliner Studenten verhaften, weil sie trotz dem Mensurverbote Bestimmungsmensuren abgehalten hatten.

Eine gute Stütze von Severing war das **Reichsbanner**. Aus seinen Reihen gingen dem Minister dauernd Denunziationen zu, die zur Verhaftung von Angehörigen nationaler Organisationen führten. So fanden Anfang Dezember in Breslau Massenverhaftungen von Nationalsozialisten statt, die sich hinterher als ganz zwecklos herausstellten.

Trotz all dieser Drangsale wurde ein deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen Braun und Severing Mitte Dezember 1930 im Landtag mit 224 gegen 182 Stimmen abgelehnt. Allerdings war der Antrag begründet mit der ablehnenden Haltung der beiden Minister beim Verbot des Filmes "Im Westen nichts Neues".

Severing hatte das Zeug zum Diktator in sich und so war es gar nicht weiter wunderbar, daß in zahlreichen sozialdemokratischen Versammlungen Entschließungen gefaßt wurden, die eine Diktatur in Preußen forderten, damit nicht die Republik durch einen etwaigen Sieg der Nationalsozialisten bei den Landtagswahlen 1932 bedroht werde.

**Inzwischen nahm die Forderung des Stahlhelms, ein Volksbegehren für Landtagsauflösung zu beantragen, greifbare Formen an.**

**Stahlhelmvolksbegehren**

Die Regierung traf vorbeugende Maßnahmen. Zunächst einmal verbot der Disziplinarhof den Beamten jede Betätigung im Stahlhelm, da er "nicht einwandfrei auf dem Boden der geltenden Verfassung" stehe. Dann auch versuchte man, die Aktion des Stahlhelms als zwecklos und überflüssig hinzustellen, indem man scheinbar erwog, bereits im Herbst neue Landtagswahlen auszuschreiben. Das konnte viele Menschen gleichgültig machen gegen die Aktion des Stahlhelm.

Am 1. Februar 1931 stellte Seldte, der Führer des Stahlhelms, dem Innenminister Severing den **Antrag auf das Volksbegehren** zu. Severing machte erst Einwendungen, aber als Seldte bereits nach kurzer Zeit 42 000 Unterschriften allein aus Berlin und Brandenburg brachte, bequemte sich Severing, wenn auch sehr zögernd, das Volksbegehren zuzulassen, aber nicht ohne zu bemerken, daß er den Beamten die Beteiligung am Volksbegehren verbieten würde. Doch sofort bildete sich eine breite Front, die gegen die Regierung Stellung nahm und das Volksbegehren befürwortete: die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Volkskonservative Partei, die Volksrechtspartei, der Landbund, die Haus- und Grundbesitzer, der Christlich-soziale Volksdienst. -

**Wie ein Feuer, das an tausend Enden zugleich aufzüngelt und das vergeblich an der einen Stelle gelöscht wird, um an der anderen mit besonderer Heftigkeit hervorzubrechen, so war die nationale Bewegung in Preußen.** Severing gab sich alle erdenkliche Mühe, die Lohe zu löschen, doch vergeblich. Die Provinzialschulkollegien mußten Verfügungen erlassen, welche den Schülern die Mitgliedschaft an "staatsfeindlichen" Organisationen verboten. Doch kräftiger denn je zuvor blühten die nationalen Bünde der Jugend, die Hitlerjugend besaß Ortsgruppen bis in die kleinsten Dörfer hinein. Dann kam man auf den Gedanken, Polizeispitzel in die nationalsozialistischen Sturmabteilungen zu schicken, und mit Hilfe dieses Systems führte Severing unmittelbar nach dem Auszug der nationalen Opposition einen Schlag gegen die Berliner Nationalsozialisten. Umfangreiche Haussuchungen wurden abgehalten, Verhaftungen vorgenommen. Und es war wieder

nichts. Es stellte sich bald heraus, daß man einen Fehlschlag getan hatte. Aber das Spitzelunwesen nahm dergestalt zu, daß Hitler sich genötigt sah, verschiedene Sturmabteilungen aufzulösen.

**Wie in Preußen die nationale Opposition die sozialistischen Ministerien, so versuchte in Thüringen die marxistische Opposition das nationalsozialistische Ministerium Frick zu erschüttern.** Der Verbündete der thüringischen Linken war der Reichsinnenminister Wirth. Die Sozialdemokraten und Kommunisten brachten die verschiedenartigsten Anträge vor den Landtag, die sich entweder gegen diesen oder gegen den Minister Frick und seinen nationalsozialistischen Staatsrat Marschler richteten. Zu Beginn des November brachten die Kommunisten den Antrag ein, den Landtag aufzulösen. Demgegenüber legten die Nationalsozialisten ein Vertrauensvotum für die Gesamtregierung vor, während die Sozialdemokraten einige große Anträge einbrachten, die sich mit den Reden Fricks und Marschlers im sächsischen Wahlkampf beschäftigten. Der Sozialist Frölich, Führer der Linken, hatte nämlich festgestellt, daß Frick und Marschler verfassungs- und gesetzwidrige Maßregeln angekündigt und Reichsregierung und Länder herausgefordert hätten. Man möchte wissen, ob die beiden hierbei die Meinung der Landesregierung zum Ausdruck gebracht hätten. Der Staatsminister Baum erwiderte, daß diese beiden Kabinettsmitglieder nicht als Mitglieder der thüringischen Regierung, sondern als Nationalsozialisten und Parlamentsmitglieder im Wahlkampfe aufgetreten seien. Ihre Äußerungen hätten keinen amtlichen Charakter gehabt. Der Landtag lehnte auch den kommunistischen Auflösungsantrag ab. Über den nationalsozialistischen Antrag war man verschiedener Meinung. Der Fraktionsvorsitzer der Deutschen Volkspartei, Witzmann, billigte zwar die Haltung der Regierung im Polizeistreit, lehnte aber den Antrag der Nationalsozialisten als demonstrativ, unbegründet und unangebracht ab. Die Partei werde auch weiterhin mit der Landesregierung zusammenarbeiten.

**Freiheitskampf  
in Thüringen**

Immerhin war doch **innerhalb der Regierungskoalition ein Spannungsmoment** aufgetreten. Frick wollte den Führer der Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Gerstenhauer, zum Ministerialdirektor im Innenministerium ernennen. Gerstenhauer gehörte erst dem Landbund an, war dann deutschvölkisch und schließlich Wirtschaftsparteiler. Die Volkspartei lehnte ihn entschieden ab. Das führte zu Kontroversen Fricks mit der Deutschen Volkspartei, die in weiten Kreisen große Besorgnis auslöste. Darum beschwor der Landbundführer Höfer die Koalitionsregierung, zusammenzubleiben, denn Neuwahlen seien eine Gefahr, sie würden der Linken die Mehrheit bringen. Deshalb stelle sich der Landbund vorbehaltlos hinter die jetzige Regierung, hinter Frick.

Immerhin war doch **innerhalb der Regierungskoalition ein Spannungsmoment** aufgetreten. Frick wollte den Führer der Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Gerstenhauer, zum Ministerialdirektor im Innenministerium ernennen. Gerstenhauer gehörte erst dem Landbund an, war dann deutschvölkisch und schließlich Wirtschaftsparteiler. Die Volkspartei lehnte ihn entschieden ab. Das führte zu Kontroversen Fricks mit der Deutschen Volkspartei, die in weiten Kreisen große Besorgnis auslöste. Darum beschwor der Landbundführer Höfer die Koalitionsregierung, zusammenzubleiben, denn Neuwahlen seien eine Gefahr, sie würden der Linken die Mehrheit bringen. Deshalb stelle sich der Landbund vorbehaltlos hinter die jetzige Regierung, hinter Frick.

In seinen Kämpfen gegen den Reichsinnenminister Wirth war es Frick gelungen, wichtige Feststellungen zu machen. **In der thüringischen Polizei** war vom Reichsbannergeschäftsführer in Weimar **ein umfangreiches Spitzel- und Denunziantentum eingerichtet worden**, das dem Reichsinnenminister über preußische Regierungsstellen in Erfurt eine Fülle anfechtbaren und unwahren Materials zukommen ließ. Diese angeblichen Vorfälle sollten für Wirth wichtiges Material gegen Thüringen vor dem Staatsgerichtshof bilden. **Frick, der hiervon Kenntnis erhalten hatte, ließ bei Polizeibeamten und beim Reichsbanner Haussuchungen vornehmen, wobei ihm das Material in die Hände fiel. So konnte er diese feingesponnene, hinterhältige Lügenpolitik entlarven.** Ein Polizeihauptmann in Gotha, der auf Grund dieser Vorgänge von der thüringischen Regierung fristlos entlassen wurde, fand bald darauf neue Anstellung in preußischen Diensten. Das gleiche Schicksal teilte der Polizeidirektor von Altenburg, der gleichzeitig Führer der Reichsbannerortsgruppe war.

Die Sozialdemokraten glaubten dennoch, Frick zu Falle bringen zu können. Mitte November brachten sie je einen Mißtrauensantrag gegen Frick und Marschler ein, um den Parteien, welche mit den beiden Kabinettsmitgliedern nicht einverstanden seien, sowie den bürgerlichen Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, die beiden Nationalsozialisten zum Rücktritt zu veranlassen. Doch vor der Abstimmung fünf Tage später erklärten die Regierungsparteien gemeinsam, daß sie die sozialdemokratischen Anträge lediglich als Störungsversuche mit dem Endziele betrachteten, die Aufbauarbeit der Landesregierung zu unterbinden und unmöglich zu machen. Gegen diese durchsichtige Haltung der Linksopposition würden die Regierungsparteien alles daransetzen, die Geschäfte des Landtages so zu beeinflussen, daß die Arbeit der Regierung ungestört fortgeführt werden könne. Auch die

Deutsche Volkspartei erklärte, sie sei entschlossen, die Regierung weiterhin gegen Wirth zu unterstützen. So wurden die Mißtrauensanträge durch Übergang zur Tagesordnung erledigt, ein Vertrauensvotum wurde mit 28 gegen 25 Stimmen angenommen, wobei der Demokrat dagegenstimmte, der Mißtrauensantrag wurde mit 28 gegen 24 Stimmen abgelehnt, wobei sich der Demokrat der Stimme enthielt.

**Mit zielbewußter Energie förderte Frick die deutsch-christliche Kultur in Thüringen.** Er legte dem Landtag ein Gesetz vor, durch welches das sozialistische Kirchnaustrittsgesetz von 1922 abgeändert und die Bedingungen für den Kirchnaustritt erschwert wurden. Sozialisten und Kommunisten stimmten mit 23 Stimmen dagegen, aber die 27 bürgerlichen Stimmen waren dafür. Freidenkerische und kommunistische Lehrer wurden von den Schulen entfernt. An der Landesuniversität Jena verhinderte Frick die Wahl eines sozialdemokratischen Rektors. Eine verschärfte Presseüberwachung sorgte dafür, daß die Gegner keine Verleumdungen öffentlich aussprachen. Ein sozialdemokratischer Antrag, das schon gleich zu Beginn der Regierungstätigkeit Fricks aus den Schulen als untauglich entfernte Buch Remarques *Im Westen nichts Neues* als Schulbuch wieder einzuführen, hatte keinen Erfolg.

Inzwischen wurde auch Anfang März der **Polizeikostenstreit** mit dem Reichsinnenminister Wirth durch einen Vergleich beigelegt. Der Staatsgerichtshof hatte keine Veranlassung, gegen Thüringen zu entscheiden. Das war **ein Sieg Fricks, eine Niederlage Wirths**. Der Reichsinnenminister, dem es nicht gelungen war, Frick zu stürzen, strafte diesen von nun an mit Verachtung. Zu einer Länderkonferenz Mitte März, wo Maßnahmen gegen die Gottlosenpropaganda besprochen werden sollten, erhielt Frick keine Einladung.

**Was weder Severing, noch Wirth, noch die Sozialdemokratie vermochte, das brachte bürgerlicher Parteihader zustande: Frick und Marschler zu**

**Dr. Fricks Sturz**

**stürzen.** Die Zeitung *Der Nationalsozialist* in Weimar hatte sich Anfang März über die Politik der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung verbreitet und dabei Ausdrücke gebraucht wie "trottelhafte Greise", "charakterlose Parteigänger", "Betrüger und Verräter". Die Landtagsfraktion der Volkspartei nahm so etwas sehr übel und forderte von den Nationalsozialisten Aufklärung, die verweigert wurde, worauf die Volksparteiler am 10. März das Parlament verließen. Die Nationalsozialisten schrieben der Volkspartei, Fragen der Reichspolitik hätten im Koalitionsverhältnis der Thüringer Regierung keine Rolle zu spielen. Auf die volksparteiliche Forderung, die ausgesprochenen Beleidigungen zurückzunehmen, antwortete der *Nationalsozialist*: "Es wird nichts zurückgenommen. Wir denken nicht daran!" Hierauf erwiderte die Volkspartei, die Nationalsozialisten hätten die Koalition gebrochen.

Jetzt konnte die Sozialdemokratie mit Aussicht auf Erfolg die Rolle des Loki spielen. Sie brachte neue Mißtrauensanträge gegen Frick und Marschler ein und forderte den Zusammentritt des Landtages noch vor Ostern. Mit neuem Mute und neuer Hoffnung begann die Linke gegen das Werk Fricks Sturm zu laufen, denn unverzüglich legte sie dem Haushaltausschuß eine Entschließung gegen die Berufung Günthers in Jena vor, aber diese Entschließung wurde abgelehnt.

**Die Nationalsozialisten** waren doch etwas überrascht von dieser Entwicklung. Sie **erklärten, sie hätten keinen Anlaß, aus der Regierung auszusteiden. "Wir bleiben in der Regierung, solange es uns gefällt. Wir lassen uns nicht herausdrängen."** Aber die Volkspartei blieb unerbittlich, sie sagte, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit seien endgültig zerstört. Vermittlungsversuche des Ministerpräsidenten Baum blieben erfolglos.

Am 1. April fand die entscheidende Landtagssitzung statt. Eine stürmische Aussprache ging der Abstimmung über **die sozialdemokratischen Mißtrauensanträge** voraus. Dann wurden sie mit 29 gegen 22 Stimmen angenommen. Die Kommunisten, die Sozialdemokraten, Staatspartei und Volkspartei stimmten dafür, Deutschnationale, Landvolk, Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten dagegen. Frick und Marschler gaben darauf dem Landtagspräsidenten von Thümmel ihren Rücktritt bekannt. Auch der deutschnationale Staatsrat Kien erklärte seinen Rücktritt.

**Von allen Ministerstürzen der deutschen Republik ist dieser vielleicht der tragischste, da er ohne Schuld des Ministers Frick zustande gekommen war. Es war ein hinterlistiger Überfall, ein Meuchelmord.** Die Volkspartei nahm Äußerungen der Presse, die noch nicht einmal eine Beziehung zu Thüringen hatten, zum Anlaß, um den Minister zu stürzen. Das war ein Vorziehen egoistischer Parteiinteressen vor das Staatsinteresse. Das war vielleicht auch eine gewisse, gefühlsmäßig hervorgerufene Verkennung der Machtverhältnisse. Die Volkspartei hatte sich im Reiche wieder Brüning genähert, und so rückte sie in Thüringen von Frick ab. Vielleicht war auch durch die soeben beschlossene österreichisch-deutsche Zollunion das Machtbewußtsein der Volkspartei allzu sehr gewachsen, daß sie sogar mit dem Hinweis auf den Erfolg des Curtius selbst vor Neuwahlen nicht zurückschreckte. **Jedenfalls hatte die erste Etappe der Machteroberung durch die Nationalsozialisten ihren Abschluß gefunden.** Deutschland hatte erlebt, daß sich ein nationalsozialistischer Minister gegen Reichsregierung und Marxisten behaupten konnte. Es hatte aber auch erlebt, daß er durch bürgerliche Gegner gestürzt worden war. -

*Nationalsozialistischer  
Minister in Braunschweig*

**Seit dem 1. Oktober 1930 hatte noch ein andres deutsches Land einen nationalsozialistischen Minister: Braunschweig.**

Auf Grund der Landtagswahlen vom 14. September waren Dr. Küchenthal von der Bürgerlichen Einheitsliste und **der Nationalsozialist Dr. Franzen** zu Ministern gewählt worden, worauf sich der Sozialdemokrat Dr. Jasper sofort in Opposition begab. Franzens erste Taten waren die Aufhebung des Sieversschen Schulerlasses vom 6. Januar 1928 und die Wiederherstellung der Bekenntnisschule, sodann die sofortige Beurlaubung und spätere Entlassung von vier sozialdemokratischen Kreisdirektoren in Braunschweig, Blankenburg, Holzminden und Gandersheim. Darauf **begann Wirth dasselbe Spiel wie in Thüringen: er drohte mit Sperrung der Polizeikostenzuschüsse.**

Nun hatte sich folgendes zugetragen: Bei den Steinattentaten in der Leipziger Straße zu Berlin am 13. Oktober war ein Landwirt Guth verhaftet worden, der aber den Ausweis des nationalsozialistischen Abgeordneten Lohse bei sich hatte. Auf Grund dieses Ausweises, dessen Identität er nicht prüfte, verwandte sich Franzen für die Freilassung Guths, zog aber seinen Freilassungsantrag sofort zurück, als der Betrug bekannt wurde. Dennoch wurde **gegen Franzen ein Strafverfahren wegen Begünstigung** eingeleitet. Diesen Vorfall nahm der Sozialdemokrat Thielemann Anfang November zum Anlaß, um im Landtag nach gehässigen Angriffen zu erklären, daß Franzen für Braunschweig unmöglich sei. Die sozialdemokratische Forderung, daß Franzen bis zur Entscheidung des Strafverfahrens sein Amt niederlege, wurde von der Regierung abgelehnt.

**Wie Frick in Thüringen, so trieb Franzen in Braunschweig eine Politik der Gerechtigkeit und Sparsamkeit.** Er beseitigte die einseitige Bevorzugung sozialistischer und kommunistischer Gewerbebetriebe, indem er den Konsumvereinen die Gewerbesteuer auferlegte. Er schuf ferner ein Gesetz, welches die Ministergehälter auf eine Höhe von 12 000 Mark festsetzte und Übergangsgelder sowie Pensionen für Minister beseitigte. Außerdem ersuchten die Nationalsozialisten das Staatsministerium um eine Vorlage, wonach die Gehälter der oberen Beamten so weit herabgesetzt werden sollten, daß sie zu den Amtsbezügen der Minister in angemessenem Verhältnis stehen.

Daß die braunschweigische Bevölkerung mit der Regierungsweise Franzens nicht unzufrieden war, erwiesen **die Kommunalwahlen vom 1. März 1931, bei denen etwa ein Drittel aller Stimmen für die Nationalsozialisten abgegeben wurden.** Auch die Hoffnung der Opposition, daß der Sturz des thüringischen Ministers Frick auch auf Braunschweig zurückwirke, erfüllte sich nicht. Hier kam es zu keinerlei Gegensätzen innerhalb der Koalition. -

All diese Vorgänge spielten sich an der Oberfläche ab, während das Volk im Kampf der Meinungen und Ideen entbrannt war. In Berlin ereigneten sich täglich Zusammenrottungen und Plünderungen von Lebensmittelgeschäften. Hier waren vor allem die hungernden Erwerbslosen beteiligt. Man war machtlos gegenüber diesem Bandenunwesen.

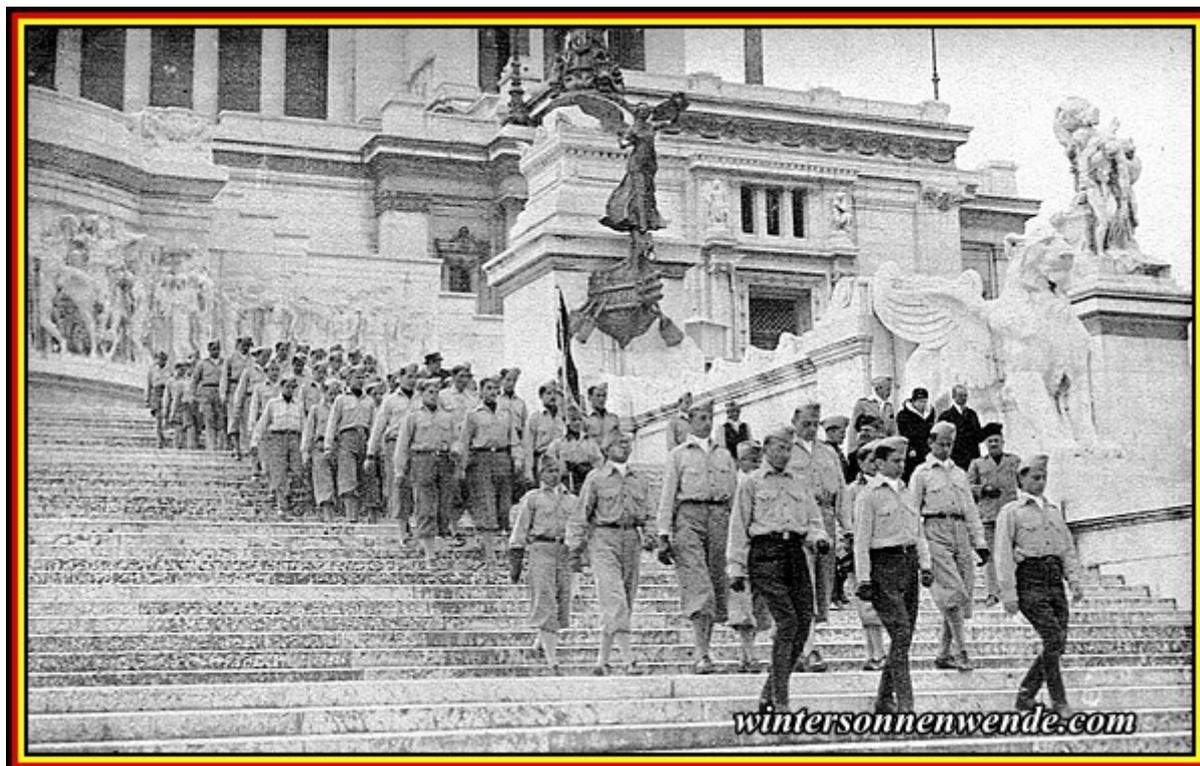
Aber ebenso sehr wühlten die politischen Gegensätze das Volk auf. **Nationalsozialismus und Kommunismus waren die bei-den entgegengesetzten Pole, um welche die Millionen kreisten.**

**In hellen Haufen strömte die Jugend zu den Fahnen Hitlers.** Vor allem die Studenten. Bei den Studentenwahlen in Gießen, Greifswald und Karlsruhe Anfang Februar erhielten die Nationalsozialisten die überlegene Mehrheit. Von den Studentenunruhen in Königsberg ist oben gesprochen worden. An der Universität Heidelberg kam es Ende Januar 1931 zu Zusammenstößen, weil der Minister Remmele den Allgemeinen Studentenausschuß aufgelöst hatte. **Mit dem Gummiknüppel ging die Polizei gegen die Studenten vor.** - Bei den Betriebsratswahlen in den Fabriken eroberten sich die Nationalsozialisten mehr und mehr Sitze. Der Siegeszug der zwingenden Idee des Nationalsozialismus war durch nichts mehr aufzuhalten.

**Mit Sorge verfolgten die andern Parteien diese Entwicklung.** In Wort und Schrift traten sie dem geheimnisvollen Neuen entgegen, suchten es zu widerlegen, Widersprüche zu konstruieren, durch Lächerlichkeit zu schwächen. Jedes Mittel war recht. Ende Januar 1931 mußte die Filmoberprüfstelle auf Verlangen des Reichsinnen- und Außenministers einen sozialistischen Film "Das Dritte Reich" verbieten, weil man Bedenken trug, daß er Gewalttätigkeiten herbeiführen könnte!



*Jungsturm voran! Photo Uhlich.*



*Nationalsozialistische deutsche Studenten in Rom nach der Kranzniederlegung am Grabe des unbekanntes Soldaten, 30. März 1931. Photo Scherl.*

**Vor allem das Zentrum und die katholische Kirche stellten sich in Kampffront gegen den Nationalsozialismus.** Der Vorsitzende der preußischen Zentrumsfraktion, Dr. Heß, erklärte Ende Januar in einer Dortmunder Versammlung, der Nationalsozialismus sei in seinen politischen Bestrebungen und Auswirkungen als eine rein antikatholische Welle zu bewerten. Man müsse in ihm eine Gefahr für die katholischen Lebensinteressen erblicken, dementsprechend stelle sich auch das Zentrum ein.

**Der Kardinalerzbischof Faulhaber war ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus.** Er inspirierte die Kundgebung der acht bayrischen Bischöfe von Mitte Februar 1931:

*Bischöfe gegen  
Nationalsozialismus*

"Der Nationalsozialismus enthält in seinem kulturgeschichtlichen Programm Irrlehren, weil er nach Erklärung seiner Führer eine neue Weltanschauung an die Stelle des christlichen Glaubens setzen will. Führende Vertreter des Nationalsozialismus stellen die deutsche Rasse höher als die Religion. Sie lehnen die Offenbarungen des Alten Testaments und sogar das mosaische Zehngebot ab. Sie lassen den Primat des Papstes nicht gelten und spielen mit dem Gedanken einer neuen deutschen Nationalkirche. Die Bischöfe müssen also als Wächter der kirchlichen Glaubenslehre vor dem Nationalsozialismus warnen, solange und soweit er Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind. Den katholischen Geistlichen ist streng verboten, an der nationalsozialistischen Bewegung in irgend einer Weise mitzuarbeiten."

Bald darauf folgten die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz mit einer ähnlichen Erklärung, und Mitte März wandte sich auch Erzbischof Kaspar von Paderborn im Verein mit den Bischöfen von Fulda und Hildesheim gegen die Bewegung. Nach einer besonderen Polemik gegen die schriftstellerische und agitatorische Tätigkeit Alfred Rosenbergs, des Hauptschriftleiters am *Völkischen Beobachter*, kommt die Kundgebung zu dem Schluß, daß für katholische Christen die Zugehörigkeit zur N.S.D.A.P. unerlaubt sei, "so lange und so weit sie kulturpolitische Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind".

**Die Kommunisten verübten immer öfter schwere Gewalttaten gegen ihre politischen Gegner. An einem Sonnabend, dem 24. Januar 1931, gab es nicht weniger als 90 mehr oder weniger schwer Verletzte in politischen Schlägereien. Mit Revolvern und Messern und Schlagringen wurden die Nationalsozialisten angegriffen. Dabei unterstützte jetzt auch das Reichsbanner die Kommunisten. In allen Städten spielten sich blutige Tumulte ab. In Stuttgart, Mannheim, Köln, Altona, Lyck, Zittau, Leipzig, Danzig.** Ende Februar beherrschten die Kommunisten mit einem Weltkampftag die Straße. Tausende demonstrierten für die Weltrevolution in Hamburg, Köln, Braunschweig, Magdeburg, Leipzig, Berlin, Bremen, Wiesbaden, München. Es wurde geplündert, es gab Tote und Verletzte, aber immer noch vermochte die Staatsgewalt die Epigonen Lenins und Sinowjeffs im Zaume zu halten. Max Hölz weilte in Rußland und prophezeite bereits die Rätediktatur in Deutschland, aber es kam nicht soweit, weshalb die Sowjetmachthaber in Rußland sehr ungehalten über die deutschen Kommunisten waren.

In diesem Frühjahr ward viel Haß gesät, in diesem Frühjahr floß viel Blut für Zukunftsideale.



## **6. Kapitel: Äußere Schicksale Deutschlands.**

Seit der zweiten Haager Konferenz sank die deutsche Außenpolitik in einen Zustand der Ermattung zurück. Das Zusammenwirken einer Fülle von gegensätzlichen Bestrebungen führte dahin, daß sich die ganze beschämende Schwäche Deutschlands vor den Augen der ganzen Welt rücksichtslos enthüllte in der Frage der **Zollunion mit Österreich.**

Vor allem setzte **Polen** den Deutschen **und dem Deutschtum** in unwürdiger Weise zu. Das polnisch-deutsche Liquidationsabkommen, das im Herbst 1929 abgeschlossen wurde und das auf der zweiten Haager Konferenz dazu verwendet werden sollte, ein "Ostlocarno" vorzubereiten, hatte nicht die Versöhnung gebracht, die Deutschland erhofft hatte. Die deutsche Regierung kam den Polen außerdem mit einem Wirtschaftsabkommen entgegen, das im Reichsrat am 28. Mai mit 40 gegen 25 Stimmen angenommen wurde - dagegengestimmt hatten die Länder Thüringen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und die Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein und Grenzmark - und das den Polen ein Einfuhrkontingent an Schweinen von 200-350 000 Stück und an Kohle in Höhe von 320 000 Tonnen zugestand. Beide Abkommen, sowohl das über die Liquidationen wie das über die polnische Einfuhr, wurden vom deutschen Volke mit großem Widerspruch aufgenommen, da man hierin nur nutzlose Opfer erblickte; denn **eine Besserung der Beziehungen zu Polen wurden nicht**

**Polnische Übergriffe  
und Gewalttaten**

erreicht.

**Im Gegenteil!** Polen, das zum besseren Schutze seines westpreußischen Besitzes seit langem zähe und erfolglos auf ein Ostlocarno hingearbeitet hatte, wurde in seinen Maßnahmen gegen die Deutschen immer rigoroser. Die Frage der ungerechten und unhaltbaren deutschen Ostgrenze begann allmählich auch die anderen Völker zu interessieren und in Amerika suchte man sich an die Möglichkeit einer Revision der deutschen Ostgrenze zu gewöhnen. Die Frage wurde umso lauter, als auch Deutschland **infolge unaufhörlicher Grenzverletzungen** eine Revision der Ostgrenze, wenn auch nicht offiziell, so doch aber um so mehr durch den Mund der politischen Führer, forderte. War doch da folgender Fall vorgekommen: Seit Herbst 1929 hatten polnische Beamte vergeblich versucht, deutsche Grenzbeamte in Marienwerder zur Aushändigung von Geheimmateral zu veranlassen. Endlich gaben die Deutschen nach und Ende Mai begaben sich zwei polnische Grenzschutzbeamte in die Baracke der deutschen Grenzwahe, um das Geheimmateral, eine Gasmaske und verschiedene Schriftstücke, in Empfang zu nehmen. Als nun deutsche Kriminalbeamte die beiden Polen festnehmen wollten, riefen diese eine Schießerei hervor, wobei ein Pole tödlich verwundet wurde. Gleichzeitig überschritten polnische Grenzsoldaten die deutsche Grenze und feuerten auf die deutsche Baracke bei Neuhöfen. Dieses Ereignis rief Verwicklungen zwischen Berlin und Warschau hervor. Eine deutsch-polnische Kommission, welche die Schuldfrage klären sollte (sie stand ja eigentlich nach dem ganzen Sachverhalt schon fest), kam zu keinem Ergebnis, weil die Polen ungerechtfertigterweise alle Schuld von sich wiesen. Noch hatte sich die Erregung hierüber nicht gelegt, als schon **zwei neue Fälle schwerer Grenzverletzung durch die Polen** vorkamen. In dem einen Falle wurde eine Frau, die ihre Kühe molk, festgenommen und fortgeführt, im andern Falle wurde ein deutscher Zollbeamter auf deutschem Gebiete im Walde bei Proßken von einem in Zivil gekleideten polnischen Zollbeamten beschossen. Doch der Deutsche erschoss in Notwehr den Polen.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse forderte Treviranus in einer Wahlkampfrede energisch Revision der deutschen Ostgrenze, worüber man sich sowohl in Warschau wie in Paris sehr entrüstete. Die Franzosen waren besonders in Sorge, da die Äußerung von einem Minister getan war, und sie forderten eine amtliche Zurücknahme der Erklärung durch die deutsche Regierung. Aber diese wurde abgelehnt.

Allen Grenzrevisionsfragen suchte Polen durch **eine rücksichtslose Entdeutschungspolitik** zuvorzukommen. Trotzdem das Liquidationsabkommen mit Deutschland für Polen die Bedingung enthielt, alle weiteren **Zwangsenteignungen deutscher Güter** einzustellen, sah die polnische Regierung für 1930 auf Grund des **Agrarreformgesetzes** für Posen und Pommerellen Zwangsparzellierungen von 13 820 Hektar vor, wovon 10 000 in deutschem Besitz waren. Von den übrigen 27 000 Hektar, die ebenfalls enteignet werden sollten, war auch der weitaus größte Teil deutscher Besitz. Hand in Hand mit dieser Entdeutschung des Besitzes ging die Entdeutschung der Kultur. In Posen und Pommerellen (**Korridor**) mußten 15 000 deutsche Kinder polnische Schulen besuchen, davon erhielten 11 800 überhaupt keinen deutschen Unterricht, 2400 hatten wöchentlich ein bis zwei Stunden, 1075 drei bis vier Stunden Deutschunterricht. Seit Bestehen des polnischen Staates bis Ende 1929 waren über 400 deutsche Volksschulen in Kongreßpolen geschlossen worden.

**Ganz schlimm war es in Oberschlesien.** Von den 70 deutschen Minderheitenschulen standen, ganz im Gegensatz zur Genfer Konvention, 52 unter polnischer Verwaltung und Leitung. Mitte Juni 1930 wurde im Schlesischen Sejm durch Mehrheitsbeschluß die deutsche Sprache abgeschafft. Wie rechtlos die Deutschen waren, zeigte sich darin, daß von den seit 1. April 1929 bis 31. März 1930 erhobenen 571 Beschwerden des deutschen Volksbundes in Kattowitz, welcher etwa 30 000 Mitglieder zählte, nur 20 erledigt worden waren und 264 unerledigt blieben, während der Rest zurückgezogen worden war.

**Oberschlesiens  
Martyrium**

Ende September 1930 löste Staatspräsident Moscicki den Warschauer Sejm und Senat auf, gleichzeitig löste der oberschlesische Wojwode Grascinski den Schlesischen Sejm auf. Der neue Wahlfeldzug sollte ein Vernichtungsschlag gegen die deutsche Minderheit werden. Zunächst ließ Moscicki auf Marschall Pilsudskis Betreiben zahlreiche oppositionelle Abgeordnete, darunter viele

Deutsche verhaften, die im **Festungsgefängnis von Brest-Litowsk** eine tierische Behandlung erfuhr. So wurde der Führer der Sozialisten, Dr. Liebermann, auf dem Wege nach Brest von Polizisten und Gendarmen solange geschlagen, bis er das Bewußtsein verlor. Von den furchtbaren Mißhandlungen trug er zwanzig blutende Wunden davon. Im Gefängnis mußten die Verhafteten widerwärtige Arbeiten verrichten. Sie konnten nur verunreinigtes Wasser trinken und nagten vor Hunger am Stroh ihrer Strohsäcke. Mit Stöcken und Peitschen wurden sie geschlagen. Eines nachts zog man sie nackt aus, stellte sie mit dem Gesicht an die Wand und kündigte ihnen die Hinrichtung an. Tatsächlich schlugen Revolverkugeln neben ihren Köpfen in die Mauer. Dergestalt wurden die Unglücklichen in steter und tiefer Erniedrigung gemartert.

Noch schlimmer aber war **der Terror, der die Wahlen zum Sejm und zum Senat im November 1930 begleitete**. Zwar brachte die antideutsche Woche in Oberschlesien vom 19. bis 26. Oktober noch nicht den befürchteten Ausbruch des Terrors. Aber man schikanierte die Deutschen, indem man mit und ohne jeden Grund ihre Wahllisten ungültig erklärte, so in Graudenz, Czarnikau, Samter, Bielitz, Teschen, Rybnik. Durch die Anfechtung von Unterschriften und Unstimmigkeiten in den Wählerlisten gingen etwa 30 000 deutsche Stimmen verloren. Noch viel raffinierter ging **der ober-schlesische Wojwode** zu Werke, er **ließ amtlich bekanntmachen, daß, wer sich zur Regierungspartei bekenne, den Stimmzettel offen abgebe, aber den, der nicht offen wähle, müsse er als Staatsfeind betrachten**.

Wahlpropaganda war **den Deutschen** unmöglich gemacht. **Wahlversammlungen durften sie nicht abhalten, wenn sie nicht überfallen, halbtot geschlagen oder gar ins Gefängnis geschleppt werden wollten**. Graszinski mobilisierte den Verband der Schlesischen Aufständischen, dessen Ehrenvorsitzender er war, und der etwa 40 000 Mitglieder zählte. Dieser Verband hatte sich 1921 gegründet und arbeitete jetzt wieder mit den schrecklichen Terrormethoden gegen die Deutschen. Gemeinsam mit dem **Westmarkenverein** gab er aufreizende Aufrufe heraus gegen den deutschen Volksbund und die deutsche Wahlgemeinschaft und stellte seine Arbeit unter die Losung: "Unsere Antwort an Treviranus!" Tag und Nacht durchzogen Tausende von Aufständischen in Uniform die Straßen, um "ihre Macht zu zeigen und den Feinden zu imponieren"! Dutzende von Wohnungen friedlicher Bürger wurden überfallen, die Einrichtungen zerstört, Hunderte von Deutschen wurden in ihren Wohnungen oder auf der Straße oder in öffentlichen Lokalen brutal mißhandelt mit Gummiknüppel und Ochsenziemer. Scharen verstörter Flüchtlinge strömten über die deutsche Grenze. Die rigorose Zensur über die deutsche Presse wurde nicht nur von den polnischen Staatsanwälten, sondern auch von den Aufständischen ausgeübt. Zeitungsträgerinnen wurden überfallen, die geraubten Zeitungen an Ort und Stelle verbrannt.

Am schlimmsten waren die **Deutschenverfolgungen an den Wahltagen**. Was dabei herauskam, ließ sich denken. Bei den Wahlen zum Sejm am 16. November 1930 erhielten die Deutschen 5 Mandate von 444, vorher hatten sie 19 Sitze von 414 inne. Die Wahlen zum Senat am 23. November brachten den Deutschen 3 Sitze von den 111, während sie vorher 5 innehatten! Natürlich erhob die Deutsche Wahlgemeinschaft in allen drei schlesischen Wahlkreisen Einspruch gegen diese Terrorwahlen beim Völkerbund. Jetzt war auch der Zeitpunkt gekommen, daß die deutsche Regierung schützend für das Recht ihrer Minderheit in Polen eintrat. Sie reichte eine umfangreiche Beschwerdeschrift beim Völkerbund in Genf ein.

**Es war das erstmal, daß die Reichsregierung selbständig neben der Beschwerde der deutschen Minderheit in Genf gegen den polnischen Terror protestierte**. Bisher war es immer so gewesen, daß die deutsche Regierung lediglich die Beschwerdenoten der ober-schlesischen Deutschen unterstützt hatte, diesmal aber machte sie das Schicksal der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien zu ihrer eigenen Angelegenheit, indem sie sich auf ihr Recht als Mitglied des Völkerbundsrates bezog. **Die deutsche Beschwerdeschrift schilderte die grauenhaften Qualen der Deutschen an 22 besonders schrecklichen Einzelfällen und betonte, daß der deutschen Regierung insgesamt 200 Fälle von Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Bedrohungen oder Hausfriedensbrüchen bekannt geworden seien**. Der Völkerbund möge alle diejenigen Maßnahmen ergreifen,

die notwendig seien, um dem Zustand der Rechtlosigkeit und Bedrückung abzuhelpfen, unter dem die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu leiden habe.

### **Deutschland und Polen vor dem Völkerbund**

Das war eine erregte **Ratssitzung, die vom 19. bis 24. Januar 1931 in Genf** stattfand. Der deutsche Außenminister Curtius erhob die bittersten Vorwürfe gegen Polen, das ein planmäßiges Vorgehen, ein regelrechtes System der Unterdrückung und Einschüchterung gegen die Deutschen befolge. Es gelang dem polnischen **Außenminister Zaleski nicht, die harten Anklagen von deutscher Seite zu entkräften. Aber er wagte persönliche Anspielungen**, indem er den polnischen Insurgentenverband mit dem deutschen Stahlhelm verglich und auf die deutschen Bestrebungen auf eine Grenzrevision im Osten hinwies. Demgegenüber lehnte Curtius jeden Vergleich der zügellosen, brutalen, verbrecherischen Insurgentenvereinigung mit dem disziplinierten deutschen Stahlhelm ab und, soweit von einer Revision der Ostgrenzen die Rede war, bekannte sich Curtius frei und offen dazu, erklärte aber, Deutschland wolle nur mit friedlichen Mitteln diese Ziele erreichen. **Es war das erstmal, daß der amtliche deutsche Vertreter sich über die Frage des Ostens im Völkerbunde äußerte, ohne Widerspruch zu finden.**

Überhaupt war der Erfolg des Redekampfes zwischen Curtius und Zaleski der, daß **die Teilnahme der Versammlung sich den Deutschen zuwandte und die Polen vor aller Welt als schwer belastet dastanden.** Selbst das obereschlesische Organ Korfantys, *Polonia*, hatte den Eindruck, daß das System der Polnischen Regierung verurteilt worden sei und Zaleski nur noch um mildernde Umstände gebeten habe. Im Völkerbundsrate wurde die deutsche Beweisführung, selbst mit Briands Zustimmung, als vollständig ausreichend anerkannt, und **zum ersten Male seit seinem Bestehen entschied der Völkerbund klar und unzweifelhaft, daß eine Verletzung der Minderheitenverträge vorliege.** Das ergab sich aus dem Berichte des japanischen Referenten. Diese Verletzung mußte durch Polen gesühnt werden, und Curtius verlangte ausdrücklich, daß der Völkerbundsrat die versprochenen Sühnemaßnahmen überwache und Sicherheiten schaffe, daß ähnliche Dinge in Zukunft nicht wieder vorkommen.

Unter dem Vorsitz Hendersons faßte der Rat eine EntschlieÙung, die in folgenden Sätzen gipfelte:

"Der Völkerbund hat aus den vorgelegten Urkunden den Eindruck gewonnen, daß der Verband der Aufständischen von einem Geist beseelt war, der sicher nicht geeignet war, die Annäherung zwischen beiden Elementen der Bevölkerung zu erleichtern. In jedem Falle ist es unerläßlich, daß der deutschen Minderheit in der Wojwodschaft Schlesien das Gefühl des Vertrauens wiedergegeben wird, das leider aufs tiefste erschüttert zu sein scheint und ohne das eine Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Minderheit nicht hergestellt werden kann. Die internationalen Verträge und die Beschlüsse der Vollversammlung legen diese Zusammenarbeit dem Staat und den interessierten Minderheiten als eine unabweisbare Pflicht auf. Der Völkerbundsrat wird daher zu gegebener Zeit, noch vor der nächsten Tagung des Völkerbundsrates, von den Beschlüssen Kenntnis zu nehmen haben, die die polnische Regierung in dieser Frage ergreift."

Die amtlichen Stellen Deutschlands bezeichneten diese Regelung als befriedigend. In Anbetracht des Umstandes, daß dem Reiche keinerlei Machtmittel zur Verfügung standen, die Polen zur Durchführung der Sühnemaßnahmen zu zwingen, hatte diese Auffassung eine gewisse Berechtigung. Es war der deutschen Regierung gelungen, den Polen vor aller Welt eine Niederlage zu bereiten, wenn auch nur eine moralische Niederlage. Dennoch empfanden weite Kreise Deutschlands die Lücke, die dadurch entstanden war, daß es Deutschland nicht gelang, unmittelbaren Einfluß auf die Durchführung der polnischen Maßnahmen zu gewinnen. Wenn die sozialistische und demokratische Presse von einem "Erfolge" sprach, so ging das viel zu weit. Die nationalen Kreise machten weniger Curtius, als vielmehr dem Völkerbundsrat einen Vorwurf, sie wiesen auf seine Halbheit und sein Ausweichen hin. Das Zentrum fand es bedenklich, daß es den Polen ganz allein überlassen bleibe, eine Änderung in der Behandlung der Minderheiten herbeizuführen.

**Das deutsche Mißtrauen war wohl begründet.** Wenige Tage nach den Genfer Beschlüssen lehnte

die polnische Regierung die Einsprüche der deutschen Wahlgemeinschaft Oberschlesien gegen die Terrorwahlen in den Kreisen Kattowitz und Königshütte ab, weil sie zu spät eingereicht worden seien. Die *Germania* war "fassungslos erstaunt" über diese "Sabotage der Genfer Beschlüsse". -

In Genf machte Deutschland auf einem anderen Gebiete ebenfalls einen Vorstoß: in der **Abrüstungsfrage**. Hier kündigte sich gleichsam auch das neue Zeitalter an, das durch die Wendung vom 14. September eingeleitet worden war. Die drängende nationale Kraft des jungen Deutschland nötigte die Reichsregierung, mit Energie ihre Forderungen zu erheben und zu befolgen.

Seit dem 6. November 1930 hielt in Genf der "**Ausschuß des Völkerbundes zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz**" in Fortsetzung der am 9. Mai 1929 unterbrochenen 6. Tagung seine Schlußtagung ab, die fast fünf Wochen dauerte und 32 Völkerdelegationen vereinigte. Schärfer als bei den früheren Tagungen stießen hier die Gegensätze aufeinander: Das ungestüme auf Weltabrüstung drängende Deutschland, vertreten durch den energischen Grafen Bernstorff, und die zögernden Gegner, Frankreich und England, vertreten durch Tardieu und Lord Cecil. In einem allerdings war man sich einig: man wollte nun endlich mit der vorbereitenden Arbeit, die 4½ Jahr gedauert hatte, Schluß machen. Allerdings war in dieser Arbeit nicht viel geleistet worden; alle, hauptsächlich von deutscher Seite vorgeschlagenen Mittel, eine wirkliche Herabsetzung oder auch nur wirksame Kontrolle der Heeresaufwendungen zu erreichen, waren abgewiesen worden, so die Einbeziehung der Reserven in die Heeresstärken, die Beschränkung des Kriegsmaterials, die Kontrolle der Heeresetats. All dies scheiterte vornehmlich an Frankreichs Forderung: "Erst Sicherheit, dann Abrüstung".

**Vorbereitende  
Abrüstungskonferenz**

Der im November 1930 vorgelegte **Konventionsentwurf** entsprach ganz den Wünschen Frankreichs, das unbequeme **Deutschland durch eine scheinbare Abrüstung zu täuschen**. Er gliederte sich in 6 Teile über Personal-, Material-, Haushaltsausgaben, Nachrichtenaustausch, chemische Waffen und allgemeine Bestimmungen. Wichtig war, daß die allgemeine Wehrpflicht nicht abgeschafft wurde, daß die Polizeikräfte, Gendarmen, Zollbeamten und Förster sowie die ausgebildeten Reserven nicht in den Abrüstungskomplex einbezogen wurden. Schon diese Vorbehalte zeigten, daß **von einer Gleichberechtigung Deutschlands mit den andern nicht die Rede** war. Nun wurde noch dazu den Regierungen gestattet, eine noch festzusetzende Höchstdienstzeit zu überschreiten, wenn die Jahrgänge infolge Geburtenrückganges zu klein würden. Ferner war es bedenklich, daß für die Abrüstung der Landheere nur die indirekte Methode durch Beschränkung der Ausgaben für Unterhalt, Ankauf und Herstellung des Kriegsmaterials vorgesehen war. Der deutsche **Graf Bernstorff protestierte gegen diese Umgehungsversuche**, er forderte, wie das im Versailler Vertrag Deutschland diktiert war, auch für die andern Einbeziehung der Reserven und des Reservematerials, Verbot der schweren Artillerie, der Tanks und der Luftrüstung sowie des Bombenabwurfs aus der Luft. **Doch vergeblich**.

**Konventionsentwurf  
November 1930**

Der vierte Teil sprach von regelmäßigen Mitteilungen der Staaten über ihre Rüstungen an das Generalsekretariat des Völkerbundes. Aber diese Mitteilungen sollten sich nur auf solche jungen Leute erstrecken, die eine "obligatorische militärische Vorbildung erhalten", nicht aber auf die freiwillige militärische Vorbildung. **So berührte der Entwurf in keiner Weise die militärische Vorbereitung der Jugend, die ein Eckpfeiler der militärischen Organisation Frankreichs darstellte, während diese dem deutschen Volke in Versailles verboten worden war**.

**Die ganze Scheinheiligkeit des Entwurfes zeigte sich im letzten Teil über allgemeine Bestimmungen**. Hier war einerseits gesagt: wenn einer der Vertragspartner während der Dauer des Vertrages infolge "veränderter Verhältnisse" seine "nationale Sicherheit" bedroht sehe, könne er **die Bestimmungen des Vertrages für sich vorübergehend außer Kraft setzen**. Andererseits bestimmte Artikel 53:

"Der vorliegende Vertrag berührt die Abmachungen früherer Verträge nicht, auf Grund derer gewisse hohe vertragschließende Teile eine Beschränkung ihrer Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft auf sich genommen haben und damit wechselseitig ihre Pflichten

und Rechte auf diesem Gebiete festgelegt haben. Folgende hohe vertragschließende Teile..., die diese Verträge unterzeichnet haben, erklären, daß die im vorliegenden Verträge für ihre Rüstungen festgelegten Grenzen von ihnen im Hinblick auf die Wirksamkeit der im vorhergehenden Absatz erwähnten Abmachungen angenommen werden und **daß ihr Inkraftbleiben für sie eine wesentliche Voraussetzung für die Einhaltung des vorliegenden Vertrages ist.**"

**Das war nichts anderes, als daß man von Deutschland eine freiwillige und endgültige Anerkennung der Versailler Entwaffnungsbestimmungen verlangte.** Von der Sicherheit und der Gleichberechtigung Deutschlands war keine Rede in diesem Entwurf, wohl aber stellte er den entschlossenen Versuch Frankreichs dar, endgültig die Entwaffnungsforderung der Völkerbundssatzung zu sabotieren und den im Versailler Verträge geschaffenen militärischen Zustand zu verewigen. **Der Entwurf beabsichtigt also nur eine Scheinlösung der Abrüstungsfrage und eine Verschleierung des wahren Rüstungsstandes.** So war es Frankreichs Wille, aber Deutschland konnte einem solchen Vorhaben nicht zustimmen. -

Immerhin, jetzt endlich war man also so weit, daß die entscheidende Abrüstungskonferenz einberufen werden sollte. Graf Bernstorff setzte als Termin den 2. November 1931. Das ginge nicht, sagten die andern, man dürfe der Entscheidung des Völkerbundsrates nicht vorgreifen! Schließlich einigte man sich auf den Vorschlag Lord Cecils, der Völkerbundsrat möge auf seiner Januartagung das Datum festsetzen. Diese verbindliche Erklärung gab Lord Cecil nur mit schwerem Herzen ab, und er entschädigte sich und alle Gegner der Abrüstung mit der Erneuerung eines Antrags aus dem Jahre 1927, wonach der Ausschuß beschließen sollte, daß die bereits bestehenden Abrüstungsverpflichtungen, die Entwaffnung Deutschlands und seiner ehemaligen Bundesgenossen durch die etwaigen Beschlüsse der Abrüstungskonferenz nicht berührt werden könnten. **Tardieu verlangte noch schärfer, daß die Aufrechterhaltung der bestehenden Verträge die Vorbedingung für das Inkrafttreten eines Abrüstungsabkommens bilden müsse.** Es war ein merkwürdiges Widerspiel der Unehrlichkeit. Diejenigen, die sich trotz allem inneren Widerstreben ihrem einmal feierlich gegebenen Worte nicht länger entziehen konnten, suchten von vornhinein Deutschland so zu knebeln und seiner Handlungsfreiheit zu berauben, daß es keinen Fortschritt von der Abrüstungskonferenz erhoffen durfte.

**Graf Bernstorff lehnte den vorgelegten Konventionsentwurf mit seinen Mängeln (die oben erwähnten Unterlassungen) im ganzen und den englisch-französischen Antrag im besonderen ab.** Sowjetrußland, Italien, Bulgarien und die Türkei standen auf deutscher Seite. Deutschland wurde überstimmt, wie das zu erwarten war. Bernstorff, durch diese Hartnäckigkeit gereizt, erklärte, daß er keinen Entwurf mit diesem gegen Deutschland gerichteten Artikel unterzeichnen, sondern bei dessen Einfügung den ganzen Entwurf ablehnen werde. **Der gegenwärtige Konventionsentwurf habe mit Abrüstung, soweit es sich um die Landstreitkräfte handle, überhaupt nichts mehr gemeinsam als die Überschrift.**

**Streit um  
Konventionsentwurf**

"Vielleicht gibt es Delegierte in unserer Kommission", fuhr Bernstorff fort, "die in dem Glauben leben, man könne meiner Regierung einen Vertrag zur Unterzeichnung anbieten, der, statt eine wirkliche Abrüstung zu bringen, den Rüstungsstand der Welt zu Lande verschleiert oder gar seine Erhöhung gestattet und der für mich gleichzeitig eine Erneuerung der deutschen Unterschrift unter die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages bedeuten würde. Ich muß Sie bitten, einer solchen Illusion endgültig zu entsagen. **Unser Standpunkt ist, daß Deutschland einen Abrüstungsvertrag nur dann als solchen anerkennen kann, wenn er eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung bringt.** Diese Auffassung hat erst vor wenigen Wochen der Reichsaußenminister Dr. Curtius hier in Genf wiederholt. Ich selbst habe mich stets im gleichen Sinne ausgesprochen. Deutschland wird die Abrüstungskonvention danach beurteilen, ob sie als Gegenleistung für die deutsche Abrüstung endlich den Grundsatz paritätischer Sicherheit verwirklicht. Der Entwurf, den Sie in den letzten fünf Jahren ausgearbeitet haben, tut das nicht."

**Dagegen allerdings vertraten Lord Cecil und Tardieu die Auffassung, daß die Verträge nur Deutschland, aber nicht den Siegerstaaten die Verpflichtung zur Abrüstung auferlegt hätten.**

[Scriptorium merkt an: !!!!!.....] Noch einmal in der Schlußsitzung am 9. Dezember sagte Bernstorff, man vermisse den starken Willen zur Abrüstung. Der kommenden Abrüstungskonferenz seien die letzten Chancen gegeben. "Mögen die Völker nicht vergessen, welch schwere Gefahren am Horizont erscheinen könnten, wenn die Aufgabe der Abrüstung nicht erfüllt wird!" Doch der Konventionentwurf wurde von der Konferenz angenommen.

**Unwillen in  
Deutschland**

Die Abrüstungsfrage war wohl dasjenige außenpolitische Problem, das um die Jahreswende 1930-1931 am heftigsten das deutsche Volk bewegte. **Reichswehrminister Gröner stellte einmal die deutsche Wehrlosigkeit den gigantischen Rüstungen Frankreichs gegenüber und sagte dann, man gefährde den Frieden, solange die Abrüstung auf ein Land beschränkt sei und es jedem feindlichen Einfall wehrlos preisgegeben sei: Das Bedürfnis nach nationaler Sicherheit sei berechtigt und in der Völkerbundssatzung verankert. Dem unerträglichen Mißverhältnis der Rüstungen innerhalb Europas müsse ein Ende gemacht werden.**

Dieser letzte Satz Grönors ließ eine sehr weite Auslegung zu: er forderte, wenn die Abrüstung der andern nicht verwirklicht werde, die Aufrüstung Deutschlands. Ähnliche Anträge wurden bereits dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages unterbreitet, dessen Vorsitz der Nationalsozialist Dr. Frick innehatte. Die englischen Liberalen erkannten deutlich die neue Wendung in der Abrüstungsfrage, die durch die deutsche Aktivität hervorgerufen wurde. In den *News Chronicle* schrieb Spender, nahezu alle Deutschen empfänden es, daß Deutschland, wenn die andern Nationen nicht abrüsteten, sich mit seiner eigenen Abrüstung auf die Dauer nicht abfinden könne, da dies ein Zeichen der Ungleichheit und Unterlegenheit wäre. Übrigens bestätigte Lloyd George selbst in dieser Zeit, daß die Mantelnote **Clemenceaus in klaren Worten das Versprechen enthalte, die Bewaffnung der Verbündeten auf das Maß der Bewaffnung Deutschlands herabzusetzen.**

Auch der Reichsaußenminister Curtius trat mit Entschlossenheit für eine gerechte Lösung des Abrüstungsproblems ein. Er polemisierte gegen Tardieu, dessen Abrüstungstheorie den Bestand des Völkerbundes und alle andern Friedenssicherungen aufs schwerste gefährden würde, denn die Voraussetzung all dieser Verträge sei die Gleichberechtigung der Völker und Vertragspartner. Ja, man wurde von deutscher Seite immer aggressiver. Kurz vor Eröffnung der Tagung des Völkerbundsrates im Januar 1931 erklärte Curtius, Deutschland werde aus dem Völkerbunde austreten, wenn die Abrüstungskonferenz nicht festgelegt werde. **Die Drohung mit dem Austritt aus dem Völkerbund wurde immer lauter.** Generaloberst von Seeckt befürwortete sie, denn der Völkerbund versage ja doch in allen Fragen, die Deutschland angingen, so vor allem in der Frage der Minderheiten und der Abrüstung. Ja, Anfang Februar unterstützten Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten im Auswärtigen Ausschuß einen Antrag auf Austritt aus dem Völkerbunde, der allerdings abgelehnt wurde.

Inzwischen hatte am 19. Januar in Genf die Ratstagung begonnen. Für sie bildete die Festsetzung der Abrüstungskonferenz einen sehr schwer verdaulichen Bissen. Wie Bernstorff lehnte jetzt Curtius den vorgelegten Konventionentwurf ab, der höchstens auf eine Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes hinauslaufe und zum Teil sogar noch eine Erhöhung erlaube. **Auch Deutschland habe das Recht auf paritätische Sicherheiten.**

**"Würde der Völkerbund diesen Grundsatz preisgeben, würde er bei dieser Aufgabe versagen, die darin besteht, durch Abrüstung allen seinen Mitgliedern Sicherheit zu verschaffen, so würde er seine Friedensaufgaben verfehlen, sein eigenes Dasein erschüttern und seine Existenzberechtigung verlieren. Erfüllt er aber seine Abrüstungsverpflichtung, so werden wir die ersten sein, das anzuerkennen. Niemandem kann mehr an Abrüstung gelegen sein als dem deutschen Volke."**

Trotzdem man sich weder über die Organisation noch über den Vorsitz der Abrüstungskonferenz

einig wurde, setzte man, dem deutschen Drängen folgend, ihren Beginn auf den 2. Februar 1932 fest. -

Nun trat gelegentlich der Ratstagung auch die **Paneuropakommission** wieder in Genf zusammen. Das "Studienkomitee für eine europäische Union" versammelte vom 16.-21. Januar 27 europäische Außenminister. Doch die Arbeit war recht mager. Man beschloß, die Weltwirtschaftskrise zu studieren, soweit sie die europäischen Staaten gemeinsam angehe, und man beschloß ferner auf deutsche Veranlassung, auch Nichtmitglieder des Völkerbundes, vor allem Rußland, die Türkei, dann auch Island, zu den Beratungen heranzuziehen. Man begann schon allmählich an dem Erfolg der Paneuropakommission zu zweifeln, und ungeduldig rief der ehemalige holländische Außenminister Colijn der Versammlung zu:

"Meine Herren, Sie haben sich selbst die Aufgabe gesetzt, die Völker Europas einander näher zu bringen und eine engere Zusammenarbeit zwischen ihnen herzustellen. Müssen Sie da nicht in erster Linie dafür sorgen, daß die Völker sich nicht allmählich mehr voneinander entfernen? Der drohende Zollkrieg wird für Ihr Ziel das ernsteste Hindernis sein. Dagegen wäre eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen eine unerläßliche Vorbedingung für die Ziele dieser Kommission. Aber ich wiederhole: es ist allerhöchste Zeit!"

Doch die Paneuropakommission liebte keine stürmischen Aktionen, sie ging gemächlich Schritt für Schritt weiter. Sie setzte noch eine Anzahl Unterkommissionen ein, welche die verschiedensten Fragen zu studieren hatten, sie empfahl allen Staaten, das allgemeine Handelsabkommen in Kraft zu setzen, und erließ schließlich im Namen Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens **Briands "Europäisches Manifest"**, das zum Schlusse erklärte:

"Das Beste, was wir tun konnten, um die wirtschaftliche Lage zu verbessern, ist, keinen Zweifel an der Unerschütterlichkeit des Friedens in Europa aufkommen zu lassen. In unserer Eigenschaft als Minister des Äußeren und verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten erklären wir, daß wir mehr als je entschlossen sind, uns des Organs des Völkerbundes zu bedienen, um jede Anwendung von Gewalt zu verhindern."

Dabei blieb es auch. Im übrigen zeigte sich, daß dieser gute Wille sich lediglich auf die Paneuropakommission beschränkte. Das allgemeine Handelsabkommen, auf das dieses Komitee so große Hoffnungen setzte und durch dessen Zustandekommen die Kommission erst ihre Existenzberechtigung im Sinne Colijns erwiesen hätte, scheiterte endgültig auf der dritten Tagung der europäischen Wirtschaftskonferenz am 17. März 1931. Es gelang nicht, das provisorische Genfer Zollabkommen vom 24. März 1930 endgültig vom 1. April 1931 in Kraft zu setzen. Eine Reihe Staaten, darunter Deutschland, hatten sich zwar dafür ausgesprochen, aber die ablehnende Haltung Englands, der sich dann auch die Schweiz, Frankreich, Ost- und Südosteuropa anschlossen, ließ das Abkommen scheitern. So war die Hoffnung auf eine gemeinsame europäische Zollpolitik geschwunden. Die Staaten blieben bei ihrem bisherigen zollpolitischen Wirtschaftsselbstschutz. -

Unverkennbare starke Spannungen beherrschten den Völkerbund. Sie wirkten sich vor allem auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiete aus. Nicht zum wenigsten wurde diese Entwicklung durch das Drängen des nationalen Volkes in Deutschland gefördert. Diesem Drängen mußte die deutsche Regierung in Genf gewisse Zugeständnisse machen, in Gestalt eines energischeren, nach absoluter Gleichberechtigung verlangenden Auftretens. Den schwersten Stoß erhielt hierbei die **französische Europapolitik**. Schritt für Schritt verlor Frankreich Stützpunkte seiner Stellungen gegen Deutschland. Die **Rheinlandräumung Ende Juni 1930** wurde in Paris als eine Niederlage empfunden. Alle hochfliegenden Pläne, die Frankreich in bezug auf das Rheinland hatte, waren zu Wasser geworden. Dann kamen die **Septemberwahlen**. Ihr Ergebnis erfüllte die Prestigepolitiker mit schweren Sorgen. Selbst Briand, der sich einer gemäßigten Haltung befleißigte, hatte seine Befürchtungen über das Anwachsen der deutschen Kreise, die der bisherigen französischen Politik ausgesprochen feindselig gegenüberstanden. **Frankreich versuchte, Deutschland für diese Wahl durch Kündigung umfangreicher kurzfri-**

**Scheitern der  
französischen  
Europapolitik**

**stiger Kredite zu bestrafen. Nach dem 14. September wurden in Deutschland rund 2 Milliarden ausländischer Kredite zum Jahresende gekündigt.**

Es war ein eigenartiges Zusammentreffen, daß im gleichen Augenblick, da die Nationalsozialisten Deutschlands Wahlschlacht gewannen, in Genf Briands Paneuropaidee scheiterte. Denn etwas anderes bedeuteten nicht die mehr oder weniger verklausulierten Absagen der europäischen Regierungen. Auch dieser Schlag traf hart die französischen Staatsmänner.

Nun kam noch das deutsche Drängen nach der Abrüstung der anderen hinzu. Schwer lastete dies auf den französischen Seelen. Eine panikartige Nervosität befahl die Politiker. Ende Oktober organisierte der Pariser Abgeordnete Taittinger, Gründer und Leiter der Jeunesse Patriote, eine neue Partei: **Die nationale und soziale republikanische Partei, die zwar den Frieden wolle, aber einen Frieden, der hauptsächlich die Sicherheit Frankreichs garantiere.** Ein durch die sofortige Abrüstung Frankreichs verwirklichter Frieden um jeden Preis würde aber den Krieg zur Folge haben.

**Französische  
Sorgen**

Die Niedergeschlagenheit der Franzosen drückte sich auch in der Rede aus, die Briand Mitte November 1930 vor der Kammer hielt. Er gebe zu, daß man gegenwärtig einem schlecht gestimmten Deutschland gegenüberstehe. Das zwingt Frankreich zum Klarblick, ja zum Mißtrauen. Aber als er, Briand, die eindrucksvollen Zahlen über das Ergebnis der Reichstagswahlen las, erinnerte er sich der Bestimmungen der deutschen Verfassung. Er wisse, daß es in Preußen Männer gebe, welche der republikanischen Verfassung ergeben seien. In Frankreich und in Deutschland gebe es Männer, die gefährliche Reden hielten und die Völker zur Feindschaft aufreizten. Aber man müsse deshalb kaltes Blut bewahren. Allzu oft seien die Völker mitten in einer schlimmen Wirklichkeit aufgewacht. Nach dem letzten Kriege hätten die leitenden Männer in Frankreich wie auch aller Länder die Pflicht, die Völker vor der Wiederholung solcher Möglichkeiten zu schützen, die Fühlungnahme zwischen den Völkern herzustellen und nicht den Mut zu verlieren. Das hindere sie nicht, die Verträge zu verteidigen und die Grenze zu sichern.

Auch **Tardieu** bemühte sich um einen Ausweg aus der fatalen Abrüstungsklemme. Er erklärte, daß hinsichtlich der Abrüstungsfrage im Völkerbunde zwischen Deutschland und Frankreich Meinungsverschiedenheiten bestünden. Es sei doch klar, daß sich Frankreich an den **Friedensvertrag** halte, **der es Deutschland zur Pflicht mache, abzurüsten**, während er den Alliierten nur **die Möglichkeit** einer **freiwilligen** Abrüstung gebe. Natürlich sei es auch **Unsinn, wenn Deutschland im Osten, gegen Polen, Grenzrevision verlange.**

**Daß der Kriegsminister Maginot die Abrüstung bekämpfte, verstand sich von selbst.** Frankreich sei gewiß für internationale Lösungen zu haben, verlange aber gleichzeitig nationale Sicherheit. Maginot wurde noch von einer andern Sorge bedrückt. Infolge des Geburtenausfalles während des Krieges werde man 1935 nicht mehr das normale Heereskontingent von 240 000 Rekruten erreichen, sondern müsse mit höchstens 140 000 Mann rechnen. Das komme effektiv einer Verkürzung der Dienstzeit auf sechs Monate gleich. Es sei klar, daß, bevor dieser Zeitpunkt da sei, neue militärische Lösungen geschaffen werden müssen. Man werde vor die Wahl gestellt zwischen einem stehenden Heer und einer Miliz.

Das Gespenst der **Abrüstung beunruhigte Frankreich** um so mehr, als auch **Italien**, das sich von Frankreich nicht hinreichend als Großmacht gewürdigt fühlte, **in dieser Frage auf Seiten Deutschlands stand.**

Zudem litt Frankreich in den letzten Monaten an einer starken Wirtschaftskrise. Bankenzusammenbrüche ließen Rentner und Sparer für ihre Vermögen fürchten. Alle diese ungünstigen Ereignisse der inneren und äußeren Politik trugen schließlich zum **Sturze des Kabinetts Tardieu** bei, und es war sehr bezeichnend, daß sich in dieser kritischen Zeit kaum ein Mann fand, der den Mut hatte, eine neue Regierung zu bilden.

Barthou und der Senator Pierre Laval lehnten ab. Endlich kam **ein radikales Ministerium unter**

**der Leitung von Steeg** zusammen, das die Folgerungen aus der Lage zog und betonte, es werde nachdrücklich und mit Wachsamkeit die **Politik europäischer Aussöhnung** verfolgen, nicht aus Furcht oder Schwäche, sondern weil sie in ihrem menschlichen Idealismus die realistischste aller Arten von Politik sei. Damit lud sie den Zorn der Republikanischen Partei (Fraktion Poincaré) auf sich, die sich gegen die neue Regierung erklärte, weil sie mit einer Partei zusammenarbeite, deren Programm außen- und innenpolitisch den Interessen Frankreichs gefährlich sei.

Das Kabinett Steeg hatte keine lange Lebensdauer. Ende Januar 1931 stolperte es über landwirtschaftliche Fragen, und nun bildete der früher sozialistische, jetzt "unabhängige" Senator Pierre **Laval eine neue Regierung, die in die Fußstapfen des früheren Kabinetts Tardieu zurückkehrte.** Die internationale Aussöhnung trat wieder zurück hinter die nationale Sicherheit.

**Laval begann, eine ganz neuartige Politik zur Beherrschung Deutschlands zu entfalten. Nun, wo alle politischen und militärischen Stützen Frankreichs zu wanken drohten, versuchte Laval, die Weltwirtschaftskrise für Frankreich gegen Deutschland auszunutzen.** Man mußte jetzt, wo man nicht mehr das Rheinland in der Hand hatte und mit Abrüstung bedroht wurde, versuchen, durch die Anhäufung kapitalistischer Machtmittel in Paris das unbotmäßige Deutschland gefügig zu machen, zu unterjochen. **Das wirtschaftlich stärkere Frankreich sollte das wirtschaftlich schwächere Deutschland beherrschen.**

Es war ein Verhängnis, daß **Curtius** sich nicht von den längst überholten Theorien der Stresemann-Ära freimachen konnte und **immer noch mit Eifer auf ein gutes Einvernehmen mit Frankreich hinarbeitete. Das war der ganze Inhalt seiner illusionistischen Politik, die Freundschaft Frankreichs zu gewinnen. Die völlige Verkennung der französischen Mentalität** verleitete die Reichsregierung zu dem Schritte, dasselbe Frankreich, das soeben hunderte von Millionen aus der deutschen Wirtschaft herausgezogen hatte, im Januar um einen neuen Kredit von mehreren Hundert Millionen anzugehen. Wochenlang wurde verhandelt, und endlich, Ende Februar, wurde in Paris den deutschen Unterhändlern - es waren Zentrumsbeauftragte, Abgeordnete Brauns, Joos, Vorkel u. a. - erklärt, Deutschland erhalte keinen Pfennig. Langfristige Kredite zu geben, sei nicht möglich, an eine Anleihe sei ganz und gar nicht zu denken.

Übrigens wurden **bei diesen deutsch-französischen Verhandlungen,** die von deutscher Seite mit werbendem Drängen, von französischer Seite mit abwehrender Verzögerung geführt wurden, **ganz eigenartige Pläne** entwickelte. Von den Deutschen wurde den Franzosen ein Bündnis gegen Sowjetrußland angeboten. Die Franzosen sollten eine halbe Million Soldaten, die Deutschen eine Armee von 300 000 Mann zur Bekämpfung Rußlands zur Verfügung stellen. Es war die alte Idee des auf antibolschewistischer Tendenz beruhenden deutsch-französischen Militärbündnisses, das seit Locarno von dem Großindustriellen Arnold Rechberg und Artur Mahraun sehr eifrig befürwortet wurde. Es wurde aber jetzt ebenso wenig daraus wie fünf Jahre vorher. -

**Rußland** hatte seit einiger Zeit wieder den Schwerpunkt seiner Außenpolitik auf die illegale Seite gelegt, und das erschwerte die guten Beziehungen zur Regierung Brüning. Von Moskau aus wurde die deutsche kommunistische Partei unablässig zu Aktionen gedrängt, um nun endlich das längst verheißene Sowjetdeutschland zu verwirklichen. Aber alle Versuche schlugen fehl, und die kommunistische Internationale sparte nicht mit Vorwürfen. Dennoch waren die Verbindungen der deutschen Kommunisten mit Rußland sehr innig, wenn auch die Russen in ihren deutschen Genossen nur Schwächlinge erblickten. Max Hölz, der Bandenführer des Aufbruchs von 1921, bewohnte, stark von der politischen Polizei der Sowjets bewacht, vier elegant eingerichtete Räume in Leningrad, um dort die Theorie und Praxis des Klassenkampfes zu studieren. Sein Urteil über Rußland faßte er einem deutschen Genossen gegenüber, der ihn besuchte, in folgende Worte zusammen: "Hier ist alles gut, hier herrscht eine tolle Schweinerei, die reinste Bonzokratie."

Hatte also die deutsche Regierung wenig Lust, mit Rußland eine großzügige aktive Politik zu betreiben, so interessierte sich doch **die deutsche Wirtschaft** sehr für dies Land. So begab sich im Februar eine Kommission von deutschen Industriellen nach Rußland, um dort die staatlichen Indu-

**Rußland**

striewerke zu besichtigen. Die Deutschen waren hochbefriedigt und der oberste Volkswirtschafts-sowjet gab eine amtliche Nachricht heraus, daß beide Teile zu dem Ergebnis gekommen seien, die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen und zu erweitern. Mit neuen Aufträgen für 300 Millionen Mark kehrten die Deutschen in die Heimat zurück und verlangten, daß zu 40 Prozent das Reich, zu 30 Prozent die Länder die Garantie für die 300 Millionen übernehmen sollten. Der Optimismus der Rußlandfahrer begegnete doch in weiten Teilen der deutschen Industrie starken Zweifeln. Schließlich aber wurde doch Mitte April ein deutsch-russisches Abkommen für die Zeit vom 15. April bis 31. August 1931 und über deutsche Lieferungen in Höhe von 300 Millionen Mark abgeschlossen. Es gab Leute in Deutschland, die hiervon viel für das darniederliegende deutsche Wirtschaftsleben erhofften. -

Diese deutsche Wirtschaftsaktion in Rußland rief starke Verstimmung in **England** hervor. Im Februar machte sich eine englische Abordnung von 30 Holzindustriellen und Gewerkschaftlern ihrerseits auf den Weg nach Rußland, um dort auch noch einige Aufträge zu erhaschen. So trug auch diese russische Angelegenheit neben dem deutschen Abrüstungsvorstoß dazu bei, daß sich zwischen Deutschland und England gewisse Spannungen bildeten. Nun hat ja die deutsche Regierung trotz der günstigen Gelegenheit auf den Haager Konferenzen nie besonders Wert darauf gelegt, mit England engere Fühlung zu bekommen, denn das auswärtige Amt litt unter der Vorstellung, daß vor allem gute Beziehungen mit Frankreich hergestellt werden müßten. **So war es ganz natürlich, daß England sich von Deutschland abwandte und wieder näher an Frankreich heranrückte.** Dieser Frontwechsel kam in dem französisch-italienischen Flottenabkommen von Rom Anfang März 1931 zum Ausdruck. Baldwin kommentierte dieses Ereignis, das eine neue Übereinstimmung der ehemals alliierten Großmächte herbeiführte, dahin, daß Deutschland nun in die Arme Rußlands getrieben würde. Der römische *Tevere* aber höhnte, das deutsche Volk habe sich gute Gelegenheiten entgehen lassen, seine Außenpolitik leide an einer Bewegungslosigkeit, die geradezu an Lähmung grenze.

Nun gab es aber eine Tatsache, welche mit höherer Gewalt alle Staaten, deren Bestrebungen weit auseinandergingen, zu gemeinsamen Handeln zwang: **die mächtig heraufziehende Weltwirtschaftskrise.** Die großen Mächte waren wie durch einen Fluch zusammengekoppelt und all ihrer Bewegungsfreiheit beraubt. Sie waren zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschmiedet durch das Band der Kriegsschulden, und das ursprünglich nur auf Deutschland und seine Verbündeten beschränkte Reparationsschicksal hatte allmählich die ganze Welt in seinen Bann gezogen. **Es ergab sich immer deutlicher die Unmöglichkeit eines Zustandes, in dem ein Volk bis auf nichts ausgeplündert, andere Völker aber bis zum Platzen mit Geld und Gold und Waren vollgestopft worden. Die Welt war aus dem wirtschaftlichen Gleichgewicht gekommen.**

Das deutsche Volk ächzte unter der Tributlast. Nach amerikanischer Schätzung hatte es von 1924 bis 1930 etwa 10½ Milliarden Reichsmark gezahlt. Bereits Anfang 1931 erwog man in Berlin die Notwendigkeit eines Zahlungsaufschubes. Aber Brüning zögerte sehr, diesen Plan zu verwirklichen. **Die Reparationen** seien zwar eine außerordentliche Belastung für die Zinsbildung, aber man müsse sehr vorsichtig sein mit dem Antrag eines Moratoriums, dies stelle keine endgültige Lösung des Reparationsproblems dar, es könne vielmehr diese Lösung verbarrikadieren.

Seufzte das deutsche Volk seit Jahren unter seiner Not, **so zeigten sich jetzt auch bei den angelsächsischen Völkern bedenkliche Vorgänge.** In den ersten Wochen des Jahres 1931 brachen in den **Vereinigten Staaten** 260 Banken zusammen. In jener Zeit begann der Gedanke im amerikanischen Volke Fuß zu fassen, ob es nicht besser sei, alle Kriegsschulden überhaupt zu streichen. Die Großbanken waren einverstanden mit einer völligen Schuldenstreichung, sie wäre für die amerikanische Regierung ein "gutes Geschäft". Oder wenigstens solle man die deutschen Reparationen herabsetzen. Die *New York Times* vertraten dieselbe Auffassung. Es wurde auch **vorgeschlagen, die internationalen Schulden herabzusetzen gegen Übernahme der Abrüstungsverpflichtung, ein Gedanke, der den Franzosen außerordentlich unsympathisch war.** Immerhin griff Graf d'Or-

messon in Paris die Idee auf; etwaige Tributerleichterungen mit Abstrichen am französischen und deutschen Wehretat zu verkoppeln. - Doch die Meinung der amerikanischen Regierung war eine andere. Beharrlich widersetzte sie sich allen Versuchen, an dem durch den Youngplan neugeregelten Reparationsproblem zu rühren.

Auch in **England** ließen sich Stimmen vernehmen, die für eine Herabsetzung der Kriegsschulden eintraten, denn auf die Dauer sei die Last für Deutschland untragbar. Vor allem trat Balfour für eine vernünftige Regelung der Schuldenfrage ein. So bereitete sich, gleichsam durch die Entwicklung in allen Staaten erzwungen, eine Neuaufrollung des Youngplans vor, dessen Unantastbarkeit noch kaum vor Jahresfrist feierlich verkündet war.

Nun aber ereignete sich im Frühjahr 1931 etwas, das den Zorn und den Schrecken all der Staaten hervorrief, die auf einen neuen Aufstieg Deutschlands eifersüchtig waren. Bereits im Februar 1930 hatte der Bundeskanzler Österreichs, Schober, nachdem er in Rom gewesen war, und dort die Freundschaft Österreichs mit Italien durch einen Schiedsvertrag besiegelt hatte, der deutschen Regierung einen Besuch abgestattet. Mit großer Herzlichkeit wurde Schober vom deutschen Reichskanzler Müller und seinen Ministern begrüßt und bei dieser Gelegenheit ging endlich der seit Jahren betriebene Handelsvertrag zwischen beiden Völkern seiner Vollendung entgegen. Bei den Besprechungen wurde das international verhängliche Thema des Anschlusses nicht berührt, da, wie Schober sagte, dieses Thema nicht aktuell sei. Beurteilte man in Rom Schobers Besuch in Berlin mit einigem Wohlwollen, so war man in Paris vom schlimmsten Argwohn erfüllt. Man fürchtete, daß in Berlin Anschlußkomplotte geschmiedet würden aus einem gewissen mystischen Gefühl heraus, gegen das Vernunft nicht aufkäme. Aber es gäbe ja noch Mächte, die stark genug seien, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu schützen. Den schwersten Schaden einer abwegigen Politik habe nur Österreich. Die Franzosen waren erst wieder versöhnt, als Schober nach seinem Berliner Aufenthalt nach Paris fuhr und sich den Orden der Ehrenlegion umhängen ließ.

Allerdings waren im deutschen wie im österreichischen Volke neue Anschlußhoffnungen geweckt worden. In der Presse und in Versammlungen forderte man die Vereinigung der beiden deutschen Reiche, und es gab viele Deutsche, die über Schobers Reise nach Paris enttäuscht waren und behaupteten, der Bundeskanzler habe dort an der Anschlußbewegung Verrat geübt. In Berlin wie in Wien gab es Leute, die doch noch an eine Verwirklichung Großdeutschlands glaubten, allerdings auf Umwegen. So forderte Schobers Amtsvorgänger Streeruwitz den Anschluß. Die Auffassung, der Anschluß habe Zeit, sagte er, sei bedenklich, denn auf diese Weise habe man früher die Schweiz und die Niederlande verloren. Mit Österreich würde Deutschland wertvolle Verbindungen nach Osten verlieren. - Als Mitte Mai 1930 im österreichischen Nationalrat der Handelsvertrag mit Deutschland besprochen wurde, sagte der Landbündler Schönbauer, die Schwierigkeiten, die von Österreich schwer empfunden würden, lägen in der Meistbegünstigungsklausel, dagegen gebe es nur ein dauerndes und wirksames Mittel: die **Zollunion**. Und als Anfang Dezember 1930 das neue Kabinett Ender sich dem Nationalrat vorstellte, belebten dessen Ausführungen aufs neue den Anschlußgedanken.

**Deutschlands  
Zollunion  
mit Österreich**

Unter dem Drucke der Weltwirtschaftskrise traten Anfang 1931 deutsche und österreichische Staatsmänner dem Gedanken einer wirtschaftlichen Vereinigung ihrer beiden Länder näher. Österreich hatte bereits auf der ersten Paneuropakonferenz in Genf den Abschluß regionaler Wirtschaftsverträge angeregt. Der deutsche Außenminister Curtius hatte dann im Januar 1931 auf der zweiten Tagung des Europa-Ausschusses darauf hingewiesen, daß durch Abschluß zunächst zweiseitiger Präferenzverträge dem Problem des Zollabbaues und der Organisation Europas nähergekommen werden könne. So hatte man die Welt auf die geplante Zollunion zwischen Deutschland und Österreich vorbereitet.

Anfang März 1931 weilte Curtius in Wien und legte mit der dortigen Regierung die Richtlinien der Zollunion fest. Unbeschadet ihrer staatlichen Souveränität wollten sich beide Länder mit einer gemeinsamen Zollgrenze umgeben. Es sollte ein einheitlicher deutsch-österreichischer Wirtschaftsraum geschaffen werden bei völliger Wahrung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit

beider Länder. Dies sollte der erste Anfang einer gesamteuropäischen Konsolidierung sein, es sollte andern Ländern, besonders in erster Linie südeuropäischen, der Beitritt zur Zollunion freistehen. **So wollten Deutschland und Österreich die Initiative in der innerhalb Briands Paneuropaplan vorgesehenen europäischen Zollunion ergreifen**, sie wollten nach dem Scheitern der Genfer Zollkonvention einen ersten praktischen Versuch machen, die Gedanken wirtschaftlicher Neuorientierung durchzuführen, und diese Formulierung erschien den beiderseitigen Politikern völkerrechtlich unanfechtbar.

Zwei Tage nach der Abfassung des Protokolls über die Zollunion, also am 21. März, teilten die deutschen und österreichischen Gesandten den Regierungen in London, Paris und Rom den Schritt der deutschen Mächte mit. Man wies darauf hin, daß sich die Zollunion, geboren aus den Wirtschaftssorgen und der Wirtschaftsnot der beiden Länder, sich völlig bewege in den Bahnen der gesamteuropäischen Kooperation. Sofort erhoben die Regierungen Frankreichs, der Tschechoslowakei und Italiens Einspruch in Wien. Allerdings zog sich Mussolini alsbald auf eine nüchtern-sachliche und abwartende Haltung zurück, so, wie England eine solche einnahm. Rumänien, Jugoslawien, die skandinavischen Staaten, Japan und Amerika betrachteten die Entwicklung sogar mit einer gewissen Sympathie und Freundlichkeit.

### Sturm um Zollunion

Nur **in Paris und Prag zeterte man in allen Tönen**. Die Pariser *Journée Industrielle* schrieb, indem Deutschland mit Österreich nicht ein Abkommen, sondern eine Vereinigung eingehe, bringe es die Gesamtheit der Staaten aus dem Gleichgewicht. **Poincaré** drohte mit militärischen Maßnahmen, indem er **erklärte, die Zollunion sei ein Friedensbruch und stehe auf gleicher Stufe mit dem deutschen Einmarsch in Belgien**. Man schob bewußt die ganze Angelegenheit vom wirtschaftlichen auf das politische Gebiet und gab ihr so ein ganz anderes Gesicht. Die Franzosen verlangten, daß die Zollunion zur politischen Untersuchung vor das Forum des Völkerbundes gebracht würde, da sie sowohl gegen den Versailler Vertrag wie gegen das Genfer Abkommen verstoße.

**Mit allen Mitteln versuchten die Franzosen, Österreich und Deutschland zu zwingen, den Plan der Zollunion aufzugeben. Französische Banken kündigten kurzfristige Kredite**, und die Deutschen waren gezwungen, in Amerika Anleihen aufzunehmen. **Briand erklärte vor dem Senat, die Zollunion widerspreche allen Bedingungen einer europäischen Zusammenarbeit**, in den Beziehungen zu Deutschland sei ein Stillstand eingetreten. In Paris wurde der Plan einer großen Zollunion zwischen Polen, Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien und Griechenland erörtert. Zweck sollte sein, die drohende wirtschaftspolitische Ausdehnung Deutschlands zu vereiteln. Briand ließ den Plan auftauchen, eine internationale Landwirtschaftsbank zu gründen, um die Pläne Österreichs zu durchkreuzen, indem er sich zum Retter Südosteuropas aus der Landwirtschaftskrise machte. Die Franzosen ließen auch wissen, daß unter den veränderten Verhältnissen auch die für Anfang 1932 in Aussicht genommene Abrüstungskonferenz in Frage gestellt werde. **Ja, es gab französische Zeitungen, welche die Wiederbesetzung des Rheinlandes forderten**.

Zwischen Frankreich und Deutschland war wieder einmal ein Zustand höchster Spannung eingetreten. Die Reichsregierung ließ sich durch die französischen Angriffe zunächst nicht beirren. Die mit Österreich eingeleiteten Verhandlungen über die zoll- und handelspolitische Angleichung nahmen ihren Fortgang, ja Österreich kündigte am 1. April zum 1. Juli die Zollverträge mit Südslawien und Ungarn und deutete an, daß es zu neuen Verhandlungen bereit sei, die einen Beitritt der beiden Staaten zur Zollunion bezwecken würden. **In Deutschland verfolgte der größte Teil des Volkes voll Hoffnung den Gang der Zollunion, und in Österreich war dasselbe der Fall**. Hier stand nur eine kleine Gruppe christlich-sozialer Politiker, eine habsburgische Separatistenklique, abseits. Diese klerikalen Kreise setzten der Zollunion Widerstand entgegen und verhandelten gleichzeitig insgeheim mit der ehemaligen Kaiserin Zita sowie mit Vertretern Frankreichs und Ungarns.

**England versuchte, in diesem Streite einer Vermittlerrolle einzunehmen, doch standen offensichtlich seine Sympathien auf Deutschlands Seite**. Einige Blätter sprachen recht drastisch von der "hysterischen Reaktion" Frankreichs. Die *Times* stellten die Argumente für und gegen die Rechtmäßigkeit der Zollunion zusammen. Den französischen Einwänden, daß die österreichische

Unabhängigkeit gefährdet sei, stehe das Beispiel Luxemburgs gegenüber, das durch seine Zollunion mit Belgien auch nicht seine Unabhängigkeit verloren habe. Die englischen Juristen erklärten, daß zwischen der Zollunion und dem Versailler Vertrag sowie dem Genfer Protokoll von 1922 keine Widersprüche beständen. Henderson machte der deutschen Regierung den Vermittlungsvorschlag, man möge das Projekt dem Völkerbundsrate unterbreiten, nicht um ein politisches Gutachten zu erwirken, sondern nur um die juristische Seite zu prüfen. Brüning möge alle weiteren Verhandlungen mit Österreich sechs Wochen aufschieben, bis nach der Genfer Ratstagung.

Hierauf erklärte Brüning, eine politische Diskussion über die Zollunion in Genf komme überhaupt nicht in Frage, eine Erörterung der Rechtsfrage brauche Deutschland nicht zu befürchten, aber sie werde deutscherseits nicht für erforderlich gehalten, "da der ganze Plan auf unserer und Österreichs Überzeugung beruht, daß er sich völlig im Rahmen der internationalen Verträge hält." Den sechswöchigen Aufschub der Verhandlungen mit Österreich lehnte der Kanzler ab, und *Daily Herald* bezeichnete diese Ablehnung als "rohe Unhöflichkeit". Und Curtius, der Reichsaußenminister, beantwortete Briands Staatsrede damit, daß er erklärte, die Zollunion sei nur der Anfang einer gesamteuropäischen Union. Der Gedanke regionaler Wirtschaftsvereinbarungen mache von selbst eine Erörterung der Rechtsfrage überflüssig. "Wir brauchen aber eine Behandlung der Rechtsfrage im Völkerbundsrate in keiner Weise zu fürchten. Wir können nichts dagegen einwenden, wenn Herr Henderson die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung setzen will." Von einer Gefährdung des Friedens könne keine Rede sein. Deshalb sei der Plan der Zollunion auch kein Hemmnis für die festgesetzte Abrüstungskonferenz.

Nun hatte der englische Ministerpräsident Macdonald bereits Mitte März, noch vor dem Bekanntwerden der Zollunion, den deutschen Kanzler und Außenminister zu einer Besprechung nach London im April eingeladen. Henderson sprach die Hoffnung aus, daß auch Briand zugegen sein werde. Der Zweck der Zusammenkunft war eine freundschaftliche Geste Englands den Deutschen gegenüber, um die Atmosphäre zwischen Deutschland und England und überhaupt in Europa zu verbessern. Deutschland hatte es England, Frankreich und Italien übelgenommen, daß es nicht offiziell über das Ergebnis der Flottenabrüstungskonferenz unterrichtet worden war. Das wollten Macdonald und Henderson nachholen, auch über Abrüstung und Reparationen sollte gesprochen werden.

Brüning und Curtius erwiderten, sie könnten im April nicht kommen. Man möge einen späteren Zeitpunkt bestimmen. In der Tat wurde dann Anfang Juni für die Zusammenkunft in Chequers festgesetzt. Da nun die Sache mit der Zollunion akut geworden war, vermieden die deutschen Staatsmänner ängstlich vor Frankreich den Schein, als konspirierten sie mit England. **Es war dieselbe Erscheinung, wie sie das deutsche Volk schon zweimal erlebt hatte bei den beiden Haager Konferenzen 1929 und 1930: die Hand, die England den Deutschen entgegenstreckte, wurde zurückgewiesen - aus Liebe zu Frankreich, das Deutschland dafür mit Peitschenhieben traktierte!**

Um so mehr diene diese Einladung dazu, um in Frankreich eine starke Verstimmung gegen England aufkommen zu lassen. Briand wollte zunächst nicht nach London gehen, weil er einen Mißerfolg fürchtete. Aber er erging sich in Drohungen: das Flottenabkommen sei in Frage gestellt. Überhaupt war man in Paris verstimmt, daß England eine vermittelnde Schiedsrichterrolle zugunsten Deutschlands und Österreichs einnehmen wollte. Das war den Franzosen höchst unerwünscht. Dazu vertiefte sich der Gegensatz Frankreichs zu Italien, auch auf Grund des Flottenabkommens. Frankreich fürchtete den Verlust seiner Stellung im Mittelmeer. Man war in Paris überzeugt, daß die Lage außerordentlich ernst war. Das Flottenabkommen stehe vor dem Zusammenbruch. Der Ernst der Lage bewog schließlich Briand, es noch nicht zu entscheiden, ob er nach London gehen werde. Aber vorläufig sei er stark beschäftigt. Die Präsidentenwahl stehe vor der Tür. Immerhin, man dürfe in London nicht fehlen, schon um eine deutsch-englische Verständigung zu verhindern.

Am 10. April **stellte die französische Regierung** beim Völkerbundssekretariat in Genf für die in vier Wochen stattfindende Ratssitzung **den Antrag, den deutsch-österreichischen Zollanschlußvertrag als unvereinbar mit den von**

**Zollunion vor  
Völkerbund**

**Deutschland und Österreich eingegangenen Verpflichtungen zu erklären.** Zwei Tage später ging Englands Antrag ein, die Zollunion juristisch zu untersuchen. Es war dies der von England gewählte Mittelweg, der weder Frankreich noch Deutschland beleidigen sollte. In welcher Weise nach Englands Meinung diese Prüfung ausfallen sollte, das ließen **die englischen Kronjuristen erkennen: sie stellten endgültig fest, daß die Zollunion nicht gegen die anderweitigen Abmachungen verstoße.** Der Londoner *Observer* aber meinte, die Lage sei ernster als je nach dem Waffenstillstande, infolge der rücksichtslosen Unterdrückungspolitik Frankreichs. England sei ein wirklicher Freund Deutschlands wie auch Frankreichs, es sei bemüht, das europäische Gleichgewicht wiederherzustellen.

Inzwischen wollten Deutschland und Österreich ihre Verhandlungen beschleunigen und zum Abschluß bringen, um die Genfer Tagung vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Österreich war entschlossen, nicht nachzugeben. Man müsse nun endlich die politische Flickschusterei durch eine großzügige Lösung der Zollunion beenden. Noch am 1. Mai beschloß das Reichskabinett in Berlin, daß in Genf erklärt werden sollte, Deutschland werde jeden Einspruch dritter Mächte aus juristischen, verfassungs- und völkerrechtlichen Gründen zurückweisen. Eine ähnliche Erklärung wollte Österreich abgeben.

**Briand aber knüpfte seine Fäden.** Die *Journée Industrielle* drohte Ende April dem Völkerbund: die Schaffung eines geeinten Mitteleuropa sei ein Wunsch, den das Recht nicht zulasse und weder in zehn noch in fünfzig Jahren zulassen oder sanktionieren werde. Das sei ein direkter Angriff auf den europäischen Status und auf die bestehenden Verträge. **Wenn Genf sich unfähig zeigen sollte, diesen Plan zu unterdrücken, dann sei es erwiesen, daß man zu andern Mitteln greifen müsse, um die Ordnung und den Frieden aufrecht zu erhalten.** Wenn Deutschland dieser Angriff gelinge, dann gewinne es das Ansehen einer Macht, die ganz Europa ihre Gesetze diktieren könne und freie Hand zu anderen Aktionen gewinne, die Frankreich noch weit stärker berühren würden. In Regierungskreisen wurde erwogen, die Abrüstungskonferenz, deren Beginn auf den 2. Februar 1932 festgesetzt war, zu verschieben. **Briand wies Benesch an, eine wirtschaftliche Donauföderation zu schaffen, die Österreich, Ungarn, Rumänien, Polen, Bulgarien, Südslawien und Tschechoslowakei umfassen und Prag als Mittelpunkt haben sollte. Deutschland sollte ausgeschlossen sein. Und die Donauföderation sollte sich als starker Riegel zwischen Deutschland und Italien schieben.** Bei seiner Arbeit bediente sich Benesch des beliebten Pariser Arguments, daß er in der geplanten deutsch-österreichischen Zollunion den Keim einer neuen politischen Blockbildung sehe. Er müsse aber jede Blockbildung auf das entschiedenste bekämpfen, weil sie eine Gefahr für den europäischen Frieden bedeute.

Das war überhaupt **Briands Plan: es sollte ein Wirtschaftsblock vom Schwarzen Meer bis zum Ozean entstehen, in dem aber Deutschland und Österreich fehlten.** Diesem Projekt stimmte der französische Ministerrat zu, und an seiner Durchführung arbeitete man energisch am Quai d'Orsay. Der Plan gipfelte darin, Südosteuropa von der Tschechei bis nach Griechenland wirtschaftlich fest an Frankreich zu ketten. Frankreich war bereit, den Südoststaaten gegen Gold ihre überschüssigen Getreidemengen abzukaufen und sie in Frankreich, das dieses Getreide gar nicht brauchte, einzulagern - nur um Deutschland in Südosteuropa auszuschalten.

Am 8. Mai sprach Briand vor der Kammer: "Deutschland und Österreich behaupten, das Recht für einen derartigen Plan zu besitzen. Ich antworte: Nein! Denn wenn sie diesen Gedanken hatten, so hätten sie ihn mit andern Mächten besprechen müssen und insbesondere mit derjenigen, die ihnen Anleihen gegeben hat!" Damit meinte er Frankreich, das sein Prestigegefühl beleidigt sieht. Wenn in Genf keine Einigung erzielt werde, müsse der Plan der Zollunion dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt werden. Dann wurde die Tagesordnung angenommen, die in aller Form den Plan des deutsch-österreichischen Zollabkommens verurteilte, weil er im Widerspruch zur Verständigungspolitik einer weitgehenden und ehrlichen Zusammenarbeit der europäischen Völker und zu den Verträgen stehe. Mit diesem Ergebnis glaubte Briand, daß seine Chancen für die bevorstehende Präsidentenwahl wieder gestiegen seien. Sie

**Briands  
Ablehnung**

waren schon tief gesunken. Briand war zufrieden. Aber der Schein trog. Bei der Wahl am 14. Mai erhielt Briand nur 401 Stimmen und unterlag so gegenüber Doumer, der 442 Stimmen bekam. Die Niederlage Briands legte das *Journal de Genève* Curtius zur Last, der mit seiner Zollunion denjenigen Mann in Frankreich kompromittiert habe, von dem die Zukunft der deutschfranzösischen Verständigung und der Befriedung Europas abhängen. Immerhin, nach Genf wollte Briand noch gehen, bevor er ins Privatleben zurückkehrte.

Doch je näher **die Genfer Tagung** heranrückte, entschwand den deutschen Staatsmännern der Mut, ihr Ziel gegen die Entschlossenheit der Franzosen zu verfolgen. **Auch Brüning und Curtius gehörten zu den Männern, die im entscheidenden Augenblick vor dem Schicksal kapitulierten, anstatt ihm entgegenzutreten.** Als Curtius bereits seine Koffer für Genf packte, am 9. Mai 1931, sah er sich nochmals genötigt, auf die Kammerrede Briands vom Tage zuvor zu erwidern. **Die französischen Vorwürfe seien unberechtigt.** Unmittelbar nach der Erzielung eines Einverständnisses über die Richtlinien der Zollunion zwischen Deutschland und Österreich seien die anderen Regierungen in vollem Umfange unterrichtet worden. **Die Geißel fürchterlichster Arbeitslosigkeit und der Druck schwerster Reparationen zwinge Deutschland zur Zollunion. Österreichs Unabhängigkeit werde nicht angetastet.** Es gehe nicht an, die Rechtsfrage durch Erwägungen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und politischer Wünsche zu verdunkeln. Selbstverständlich würden Deutschland und Österreich in Genf alle anderen Vorschläge und umfassenden Pläne für die Sanierung der europäischen Wirtschaft begrüßen und sich intensiv daran beteiligen. - Mit diesen Worten **trat Curtius bereits den Rückzug vor Frankreich an: er will mit sich reden lassen, ist bereit, den deutschen Plan mit französischen Wünschen in Einklang zu bringen!** Aber das war es ja nicht allein! Diese Bereitwilligkeit war **zugleich der erste Schritt zur Unterwerfung**, mit deren Möglichkeit Curtius bereits rechnete, um sich dadurch bei der zunehmenden deutschen Wirtschaftsnot den Weg der Aufnahme französischer Anleihen offen zu halten.

Und nun kam, nach Schobers Worten "wie ein Blitz aus heitrem Himmel", **die Katastrophe des größten österreichischen Bankinstituts am 11. Mai 1931** hinzu. Die "österreichische Kreditanstalt", welche die Rolle einer staatlichen Bundesbank versah, war durch die Entziehung französischer Anleihen an den Rand des Abgrunds getrieben. Das gesamte Aktienkapital war verloren. Der Staat versuchte Schatzwechsel über 150 Millionen Schilling (= 100 Millionen Mark) auszugeben, die aber keine Abnehmer fanden. **Da reiste der französische Präsident Quesnay der Tributbank in Basel nach Wien und versprach Sanierung durch französisches Geld - falls Österreich die Zollunion aufgeben!** Nur mit größter Mühe konnte die österreichische Regierung den völligen Zusammenbruch des Instituts abwenden. **Die französische Kreditdrosselung hatte ihre Wirkung gehabt.**

So gingen, bereits innerlich gebrochen, Deutschland und Österreich nach Genf, wo am 15. Mai der zweite Akt der Tragödie um die Zollunion ihren Anfang nahm. Zunächst befaßte sich die Europakommission mit der Zollfrage. Curtius, im Innern unsicher und verzagt, versuchte in recht gedämpften Tönen ganz allgemein den Gedanken regionaler Zollunionen zu verteidigen. Er sei bereit, "mit jedem Lande, sei es groß oder klein, sofort in einen Gedankenaustausch über die Möglichkeit der Einführung einer Zollunion einzutreten. Ich mache dabei keinen Unterschied in der Richtung, ob Verhandlungen zu zweien oder von vornherein Verhandlungen einer regionalen Gruppe in Betracht kommen. Ich darf die dringende Bitte aussprechen, diese Aufforderung ernst zu nehmen."

Curtius hatte vorsichtig gesprochen, sich in allgemeinen Ausdrücken bewegt, ganz ängstlich vermieden, mit seinem Zollunionsgedanken die andern schmerzlich zu berühren. Briand ging frisch und froh gleich ins Konkrete. Scharf lehnte er den Plan der deutschösterreichischen Zollunion ab. **Frankreich könne das Abkommen nicht zulassen**, da es gegen die internationalen Abmachungen und Verträge verstoße. Ja, am 17. Mai übermittelte das Generalsekretariat den Mitgliedern des Völkerbundes eine umfangreiche französische Denkschrift, worin gefordert wurde, die Zollunion solle im Rate - entgegen dem englischen Antrag, nicht nur nach rechtlichen, sondern auch nach politischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten behandelt werden. Deutschland und

Österreich waren sehr erstaunt.

**Englands  
Vermittlung**

Henderson befand sich in keiner beneidenswerten Lage. Er erinnerte sich stets, daß England keine Erschütterung in Europa brauchen kann, daß man mit dem sanften Mittel der Kompromisse versuchen müsse, das europäische Gleichgewicht wiederherzustellen. Am 18. Mai, als die Ratstagung eröffnet war, brachte der englische Außenminister nach einer neuerlichen ermüdenden Rede von Curtius über die Methode der wirtschaftlichen Orientierung Europas "von unten her" den Antrag ein, den Internationalen Gerichtshof im Haag um ein Gutachten darüber zu ersuchen, ob das Zollprotokoll vom 19. März 1931 mit Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und mit dem Genfer Protokoll Nr. 1 vom 4. Oktober 1922 vereinbar sei. Auf diese Weise wurde eine drohende langwierige Diskussion im Völkerbundsrate vermieden. Nun ging Henderson aber noch einen Schritt weiter: um wenigstens für die Sommermonate Europas Ruhe nicht trüben zu lassen, fragte er jetzt kurz und klar Schober, ob bis zur Erledigung der Angelegenheit durch den Rat jede Verhandlung unterbliebe. Schober konnte nur mit einem ebenso klaren Ja antworten. Er dachte an die Österreichische Kreditanstalt und das französische Geld, so blieb ihm keine andre Antwort übrig.

Der Antrag Hendersons, die Frage an Schober und die Antwort des Bundespräsidenten, das war das einzige wirklich Positive, was Genf im Frühjahr für die Zollunion tat. Nicht Briand und Curtius, sondern Henderson war der aktive Staatsmann. Es ist bemerkenswert, wie sehr Briand, der früher die Völkerbundstagungen beherrschte, diesmal im Hintergrund blieb.

Es wurde noch am 19. Mai in Genf über den deutsch-österreichischen Plan gesprochen. Und jetzt tauchten **all die Vorwürfe und argwöhnischen Unterstellungen** auf, die Curtius zu zerstreuen sich vergeblich bemüht hatte. Benesch, der tschechoslowakische Außenminister, wies auf die politischen Momente der Zollunion hin. Und der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch schlug in dieselbe Kerbe, indem er erklärte, jede wirtschaftliche Tatsache habe ihre politischen Rückwirkungen und werde damit zu einer politischen Angelegenheit.

**Dieses ewige, bewußt unaufrichtige Hinüberspielen der ganzen Frage auf das politische Gebiet** brachte Curtius aus der Ruhe:

"Wir haben ausdrücklich erklärt, daß die Unabhängigkeit Österreichs in keiner Weise angetastet wird. Es liegt keine Veranlassung vor, an der Ernsthaftigkeit dieses Willens zu zweifeln. Kommt der Haag zu der Feststellung, daß keine Verletzungen der völkerrechtlichen Verpflichtungen Österreichs vorliegen, dann halte ich es nicht für angebracht, den Vorwurf zu machen, daß wir eine Störung des Friedens herbeigeführt hätten... Ich lehne es ausdrücklich ab, mich als Störer des Friedens vor ein internationales Forum ziehen zu lassen."

Als sich mit dem 21. Mai der letzte Genfer Verhandlungstag seinem Ende zuneigte, gingen die Völker auseinander mit dem Bewußtsein, daß **Deutschland eine große diplomatische Schlacht verloren habe**. Am folgenden Tage traf Briand in Paris ein. Eine ungeheure Menschenmenge feierte den Staatsmann wie einen Sieger. Damen überreichten Sträuße roter Rosen. Ununterbrochen ertönten Rufe wie: "Es lebe Briand! Es lebe der Friede!"

Tiefe Niedergeschlagenheit drückte weite Kreise des deutschen Volkes. Man empfand es in Deutschland als eine Schmach, daß Curtius seine Zollaktion so ungenügend vorbereitet hatte. **Keine einzige Stimme in Genf hatte für Deutschland und Österreich gesprochen. Beide Länder waren vollkommen isoliert**. Hatte denn die ganze deutsche Diplomatie im Ausland versagt in der Zeit vom 21. März bis 15. Mai? Hatte das Außenministerium versagt? Etwas anderes konnte es doch nicht sein. Mit welcher kläglichen Hilflosigkeit stand Curtius den Franzosen gegenüber! Ohne Kraft, ohne Mut, sich gegen die bewußt unwahren Angriffe durch Gegenangriffe zu wehren, die auf Recht und Wahrheit gegründet, mit flammender Leidenschaft Briand die Maske vom Gesicht gerissen hätten. Nichts von alledem! Curtius stand als ein vollkommen unfähiger Außenminister da! Kein Wunder, daß er keine Sympathien zu wecken verstand, weder in England, noch in Italien, die nur auf ein kraftvolles deutsches Wort warteten!

Gerade in der deutsch-österreichischen Frage war für die Reichsleitung Taktgefühl und Energie nötig. **Hier handelte es sich um die großdeutsche Einheit, die von breiten Massen des Volkes nicht verstandesmäßig, sondern gefühlsmäßig erfaßt und erstrebt wurde. Ein Versagen der Reichsregierung in dieser Frage empfanden weite Teile des Volkes als eine Brüskierung ihrer heiligsten Gefühle nicht nur durch das Ausland, sondern durch die eigene Regierung.**

**Der Unmut in Deutschland wuchs.** Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* forderte Deutschlands Austritt aus dem Völkerbunde, da Brünings Ansehen durch die Genfer Vorgänge stark gefährdet sei. Das war ein ehrliches, überzeugtes Wort. Die Reichsregierung aber, statt dankbar zu sein, wenn ihr so der Rücken gesteuft wurde, fühlte sich beleidigt. Sie fand den traurigen Mut, die *Deutsche Allgemeine Zeitung* zu rüffeln: nicht die Genfer Vorgänge, sondern die Auslassungen der Zeitung seien geeignet, das Ansehen des Reichsaußenministers zu schädigen. So verblendet waren die Herostraten in ihrer Schwäche, daß sie in maßloser Selbstüberhebung ihr jämmerliches Werk als erhaben über alle Kritik hinzustellen versuchten! Ja, sie konstruierten sogar noch für sich einen Erfolg in Genf!

"Eins aber ist festzuhalten, daß der Rat kein politisches Veto gegen die Zollunion ausgesprochen hat, sooft auch einzelne Mitglieder den Versuch dazu machten. Acht Tage lang ging diese Debatte im Europaausschuß und im Rat, wobei die deutsch-österreichische Kampfgruppe mit Mut und Geschick ihre Stellung behauptete. In der Endbilanz ist keine Position verlorengegangen."

So schrieb der offiziöse Heimatdienst! -

In den folgenden Monaten tauchte die Zollunion im Wirbel der **wachsenden Wirtschaftskatastrophe Deutschlands** unter. Doch bei den Kreditverhandlungen, die das reiche Frankreich mit Österreich und Deutschland führte, schwang als Unterton stets die französische Forderung mit, den Gedanken der Zollunion restlos aufzugeben.

Der letzte Akt des traurigen Schauspiels ging im **September 1931 vor sich. Unter dem übermächtigen Finanzdruck Frankreichs mußten Österreich und Deutschland in aller Form den Verzicht auf die Zollunion erklären.** Besonders demütigend für die Vertreter der Mittelmächte war es, daß sie den Franzosen verschiedene Formeln der Verzichtserklärung vorlegen mußten, die aber von diesen als ungenügend verworfen wurden. Zunächst ging **Schober** nach Canossa, am 4. September in der Europakommission:

"Die österreichische Regierung erklärt, das Projekt der österreichischen Zollunion nicht weiter verfolgen zu wollen, und hofft, daß diese Erklärung dazu beitragen werde, die notwendige allgemeine Beruhigung herbeizuführen und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Regierungen zu schaffen. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird zu einem größeren Teil außerordentlich verschärft durch die bestehende weitreichende Vertrauenskrise, die die Grundlagen der europäischen Wirtschaft erschüttert. Die abgegebene Erklärung soll zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen und die engere europäische Zusammenarbeit für die Zukunft sichern."

Dann beugte sich **Curtius** unter das kaudinische Joch Frankreichs:

"In Erwartung eines fruchtbaren Ergebnisses der Arbeiten der europäischen Studienkommission hat die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung nicht die Absicht, das ursprünglich ins Auge gefaßte Projekt weiter zu verfolgen."

Nach der Abgabe dieser Verzichtserklärungen traf **das Gutachten aus dem Haag** ein. Es war für den 2. September erwartet worden. Aber innerhalb des Haager Gerichtshofes war ein harter Streit ausgebrochen. Der englische Richter Hurst war eifrig bemüht, eine Entscheidung herbeizuführen, in der sich der Gerichtshof in der Frage der Zollunion als nicht zuständig erklärte. Das hätte am meisten in Englands Interesse gelegen. Aber diese Entscheidung kam nicht zustande. Statt dessen erklärten der japanische Präsident, der amerikanische, englische, niederländische, deutsche, belgische und chinesische Richter, daß gegen die Zollunion nichts einzu-

**Haager  
Spruch**

wenden sei. Den entgegengesetzten Standpunkt nahmen ein: Frankreich, Polen, Rumänien, Spanien, Salvador und Kolumbien. Dem Franzosen gelang es noch, Italien und Kuba auf seine Seite zu ziehen, obwohl diese von Frankreichs Meinung abweichende Begründungen für ihre Ablehnung der Zollunion gaben. Mit acht gegen sieben Stimmen wurde folgendes Ergebnis festgestellt: "Ein auf der Grundlage und in den Grenzen der Grundsätze des Protokolls vom 19. März 1931 errichtetes Zollregime zwischen Deutschland und Österreich würde mit dem am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokoll Nr. 1 nicht vereinbar sein."

Schober und Curtius hatten bereits vor Eintreffen dieses Spruches in Genf den Verzicht erklärt, um zu verhindern, daß sich in der Ratssitzung lange Diskussionen entspannen. So nahm der Rat die Erklärungen der Staatsmänner und des Haager Hofes ohne Debatte zur Kenntnis, und der Fall war erledigt.

**Scheitern der  
Zollunion**

**In Paris war man natürlich nicht zufrieden.** Die Rechtsblätter verlangten, daß Curtius und Schober erklärten, sie würden für die nächsten zehn Jahre auf jede Wiederaufnahme der Anschlußverhandlungen verzichten. In Österreich wühlte die Genfer Niederlage tief die Volkseele auf. Die habsburgischen Separatisten bekamen Luft, und von ihnen gedrängt, unternahm Dr. Pfierner am 13. September einen Heimwehrputsch, der alsbald unterdrückt wurde. **In Deutschland empfand man das Genfer Ergebnis als die tiefste Demütigung seit Versailles 1919.** Selbst innerhalb der Volkspartei wurde die Forderung erhoben, daß ihr eigener Minister Curtius, der sich unmöglich gemacht habe, zurücktrete. Doch Brüning hielt seine schützende Hand über den schwachen Mann, der eine Tat unternommen hatte, ohne die nötige Kraft zu ihrer Durchführung zu besitzen.

Durch die geschickte österreichische Politik der deutschen Reichsregierung war vor allem die **Tschechoslowakei** aufgeschreckt worden. Der Gedanke, zwischen einem wirtschaftlich geeinten Deutschland und Österreich eingekleidet zu sitzen, war ihr furchtbar. Und deshalb war die Tschechoslowakei bemüht, in diesen Fragen mitzureden. Ende Oktober 1931 **schlug Benesch der Wiener Regierung vor, eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Tschechoslowakei herzustellen,** etwa nach den Plänen der deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung eine gemischte österreichisch-tschechische Wirtschaftskommission zu bilden und Abmachungen zwischen den Industriekartellen beider Nachbarländer zu treffen.

**Tschechisch-  
französische  
Umtriebe**

**Hinter diesem Plane stand Briand.** Wie ja denn die Franzosen in Genf und Paris geradezu haarsträubende Gedanken erwogen. Ihr Prinzip war es, **einen zentraleuropäischen, zunächst wirtschaftlich orientierten Völkerbund zwischen Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Südslawien und Rumänien, möglicherweise auch Polen, aber unter strikter Fernhaltung Deutschlands zu schaffen.** Ja, ganz verwegene Politiker an der Seine glaubten, in diese "Donauföderation" auch Bayern einbeziehen zu können und so das Deutsche Reich zu zerschlagen.

Schober, der Leiter der Wiener Regierung, verhielt sich dem tschechischen Vorschlag gegenüber zunächst abwartend. Eine Ablehnung wäre ein Schlag gegen Frankreich gewesen, und dieses Land machte ja der Wiener Regierung jetzt gerade Hoffnung auf einen 60-Millionen-Kredit. Und die Sorge um die Finanzen seines Landes bewegte Schober jetzt mehr als jede andere Frage. Aber **die Stimmen des Volkes mehrten sich gegen die tschechisch-französischen Pläne. Die Presse erklärte, eine Lösung ohne oder gegen Deutschland komme nicht in Frage.** Karl Anton Prinz Rohan schrieb, für Österreich gebe es nur eins: Alle Kombinationen mit, keine ohne Deutschland, die österreichische Wirtschaft müsse haben ein "Präferenzsystem im Raum zwischen Hamburg-Konstantinopel".

Noch in den folgenden Monaten bewegte die Frage der Donauföderation die große Politik Europas.





***Aus unserem Versandbuchhandel:***

**Das Versailler Diktat.**  
**Vorgeschichte, vollständiger Vertragstext,**  
**Gegenvorschläge der deutschen Regierung**



***Mehr aus unserem Archiv:***

**Der Abgrund von Versailles**



**Die Schandverträge**



**Das Ultimatum der Entente**  
**Vollständiger Text der Mantelnote**  
**und der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge**  
**Amtlicher Wortlaut**



**Was Deutschland gezahlt hat**  
**Die bisherigen deutschen Leistungen auf Grund des Vertrages von Versailles**



**Wer hat das Versailler Abrüstungsversprechen gebrochen?**



**Zehn Jahre Versailles**

